„Sicherheitsgesetze": Legalisierter Überwachungsstaat? S. 18



Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 267, 10. 2. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Meinhof: gut
Prinzing: ausreichend
Baader: ungenügend

WAR DAS STAMMHEIM?

Geschichte wird wieder einmal bewältigt in der BRD. Der Staatsfeind Nr 1. der 70er Jahre, die RAF, das Staatstabu Nr. 1 von 1977, Stammheim, wurde unversehens zum Gesprächsgegenstand Nr.1.

Anstoß gibt ein Buch von Stephan Aust über den „Baader-Meinhof-Komplex", sowie der darauf aufbauende Film „Stammheim" des Regisseurs Volker Hauf auf Grundlage eines Drehbuchs von Stephan Aust. Die Meinungen teilen sich:

Bis hin zu „konkret" kritisieren Linke das Buch als diffamierenden Psychokrimi. Als „Stammheim fürs Feuilleton," bezeichnete die Hamburger „Szene" den Film. Andere Linke finden den Film durchaus aufrüttelnd und wichtig für die Diskussion um das weitere Schicksal der politischen Gefangenen.

Wir meinen: Das kann ja wohl noch nicht alles gewesen sein. Wir glauben jedenfalls immer noch nicht an Selbstmord.



Ein empfehlenswertes Buch, urteilt z.B. „Die Zeit" in einer Besprechung unter dem Titel „Selbstzerstörung einer Gruppe." Als geeignet fürs Fernsehen bezeichnete der Hamburger VS-Mann Lochte den Film. Eine liberale oder sich zumindest als liberal verstehende Öffentlichkeit zeigt sich bewegt. Daß unser Rechtsstaat zu solchen Exzessen fähig war, das hat man doch nicht gewußt. Daß junge Menschen sich in ihren revolutionären Fanatismus bis zum Selbstmord treiben lassen, ist wirklich erschütternd.

Von einer Verantwortung des Staates für die Toten in Stammheim ist nicht mehr die Rede. Im Gegenteil, der letzte Satz des Films lautet: „Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergaben: Selbstmord."

Verwandte, Betroffene, die einschlägige, sich in der Tradition der RAF verstehende Szene sieht sich provoziert, läuft Sturm gegen das Buch, und den Film. In Hamburg wurde die Premiere des Films samt geplanter Podiumsdiskussion zwischen Vertretern der damaligen Bundesregierung, ehemaligen RAF-Mitgliedern und damaligen Stammheimer Verteidigern gesprengt.

Zum Thema in dieser Ausgabe:
Das Buch:
Stefan Austs Buch „Der Baader-Meinhof Komplex" ist den einen die endliche Wahrheit über die RAF, den anderen Reduktion politischen Kampfes auf ein Psychogramm.
Das Gespräch:
Wir führten ein ausführliches Gespräch mit Stefan Aust über seine Auswahlkriterien bei der Wahl von Material und Informationen und diskutierten mit ihm über die Verantwortung des Staates für die Tode in Stammheim.
Der Film:
„Stammheim — Baader-Meinhof vor Gericht" dokumentiert eindrucksvoll den ersten Prozeß in Stammheim.
Die geplatzte Premiere:
Politische Prominenz und Kulturschickeria war vergeblich zur Hamburger Premiere gekommen — nun ist allenthalben von einer „verpaßten Chance" die Rede.

Geht Marcos oder kommt das Militär?

verstehende Szene sieht sich provoziert, läuft Sturm gegen das Buch, und den Film. In Hamburg wurde die Premiere des Films samt geplanter Podiumsdiskussion zwischen Vertretern der damaligen Bundesregierung, ehemaligen RAF-Mitgliedern und damaligen Stammheimer Verteidigern gesprengt.

Geht Marcos oder kommt das Militär?

REIN IN DEN FRIEDEN

RAUS AUS DER NATO?

Umstritten und nur von einer Minderheit getragen war sie in der Friedensbewegung schon immer, die Forderung nach NATO-Austritt der BRD. Sozialdemokratische Gegner dieser Forderung benutzen gerne ihre derzeitige Nicht-Realisierbarkeit, um in der Friedensbewegung Anhänger für die Position des schrittweisen Umbaus der NATO bei gleichzeitigem Verbleib im westlichen (Militär-) Bündnis zu gewinnen. Vielen blockübergreifenden Freunden ist die Austrittsforderung zu einseitig. Sie wollen gleich beide Blöcke — NATO und Warschauer Pakt — auflösen. Was sich noch ein Stück radikaler anhört, ist in der politischen Realität eine Entlastung der NATO-Befürworter, weil sie das beliebte Spiel „Hannemann geh du voran" erleichtert, den Verweis darauf, daß man ja abrüsten würde, wenn die andere Seite auch ... Aber ist die Forderung deswegen falsch? fragen die „Blockfreien". Verstärkt melden sich auch die Befürworter einer gesamteuropäischen Friedensordnung wie Otto Schily zu Wort.

Zum fruchtbaren Streit um die NATO haben die Veranstalter des Kongesses „Frieden mit der NATO?" die Vertreter der verschiedenen Positionen eingeladen. Am 12. und 13. April soll in Köln zwei Tage in Arbeitsgruppen und Plenumsveranstaltungen diskutiert werden. Am Trägerkreis des Kongresses beteiligt sind neben dem BuF (unabhängige Friedensgruppen), dem BBU, der Friedensliste und dem Göttinger AK gegen Atomenergie eine Reihe linker Gruppen. Aus den Grünen unterstützt bislang außer Einzelpersonen nur der Hamburger Landesverband, die GAL, das Vorhaben. Die Bundesfriedens AG der Grünen beteiligt sich als Beobachter.

Innerhalb der Grünen hat eine Sitzung ihrer Bundestagsfraktion vom 21. Januar Aufsehen erregt und die Diskussion um die Stellung der Partei zur Austrittsforderung neu belebt. Unversehens ist die NATO-Frage zum Konfliktthema des grünen Dauerstreits zwischen Realos und Fundis geworden. Ihre besondere Brisanz erhält diese Debatte durch unverhohlene Einmischung von Sozialdemokraten wie Karsten Voigt, die klipp und klar erklärt haben, daß eine positive Haltung zum westlichen NATO-Bündnis ein Muß für jede Überlegung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen nach der Bundestagswahl 1987 ist. Dieser Zusammenhang wird von Realos gerne bestritten. Auffällig ist aber, daß die Diskussion nicht mehr nur um das Aufstellen der in der Partei immer schon umstrittenen Austrittsforderung geht, sondern erstmals grüne Prominenz wie beispielsweise Schily sie aus prinzipiellen Erwägungen ablehnt. Er hält den Austritt für „nicht wünschenswert" und nicht einfach nur für aktuell realpolitisch unbrauchbar, wie vielfach in der Vergangenheit argumentiert wurde. Mit dieser Position kämen die Grünen auf Bundesebene einer Koalition mit der SPD durchaus näher.

Nachdem die bayerischen Grünen auf ihrer Landesversammlung bereits „Raus aus der NATO" abgelehnt haben, steht diese Auseinandersetzung jetzt in Baden-Württemberg bevor. Der Landesvorstand hat dem Parteitag im März eine um die Austrittsforderung kastrierte Friedensresolution vorgelegt. Dies hat die NATO-Gegner auf den Plan gerufen, deren Position wir dokumentieren. Sie fordern, daß der NATO-Austritt in die aktuelle Politik der Grünen aufgenommen wird und beantragen eine Unterstützung des Kölner Kongresses im April durch die Grünen.

Die Diskussion der Grünen um „Raus aus der NATO" wird zunehmend zur Frage „Rein in die Koalition?" Verpassen die grünen NATO-Gegner den Anschluß oder mischen sie sich verstärkt ein? Eine Frage, die sicherlich auch auf dem Kölner Kongreß eine Rolle spielen wird.

In dieser Ausgabe zum Thema:
— Grüne NATO-Diskussion
— Thilo Weichert (MdL) für Austritt
— Grüner Antrag „Jetzt mit dem Ausstieg aus der NATO beginnen"
— Programm des Kongresses „Frieden mit der NATO?"
Außerdem:
— Die Dokumente der letzten Aktionskonferenz der Friedensbewegung

„Baby Doc" Duvalier im vornehmen Exil in Grenoble wartet täglich auf Gesellschaft. Ferdinand Marcos — so besagen Gerüchte — werde demnächst mit einer US-Militärmaschine eingeflogen. Doch noch ist es nichts weiter als ein Gerücht, daß der philippinische Diktator aufgibt. Mittlerweile ist die Lage auf den Philippinen so unübersichtlich, daß Zweifel bestehen, ob das Ergebnis der Wahlen vom 7. Februar überhaupt noch bekanntgegeben wird. Doch wenn es noch ein Ergebnis geben wird, so steht jetzt schon fest, der Verlierer wird Marcos heißen. Inzwischen weiß jeder, daß nur ein manipuliertes Ergebnis herauskommen wird. Alle Beobachter sind sich einig, daß Marcos in einer fairen Wahl keine Chance gehabt hätte. Nach der Schließung der Wahllokale hat das Marcos-Regime nur noch auf brutale Unterdrückung — auf Polizei und Militär — gesetzt. Die Absicherung der manipulierten Stimmenauszählung hat mehr als 100 Menschen das Leben gekostet.

Marcos' Versuch, durch vorgezogene Präsidentschaftswahlen der Weltöffentlichkeit den Schein eines Vertrauensbeweises der Filipinos vorzugaukeln, ist gescheitert. Er hat offenkundig nur noch die Chance, mithilfe des Militärs an der Macht zu bleiben. Gescheitert sein könnte damit aber auch sein Bemühen, sich die Gunst der USA zu erhalten. In den USA hatten Berichte des CIA, daß es der Guerilla in etwa drei Jahren gelingen wird, ein militärisches Patt mit den Streitkräften zu erreichen, zunehmende Besorgnis über die Zukunft der einstigen Kolonie ausgelöst. Während Reagans Berater Marcos zu Reformen drängten, wurde in den USA offen über Alternativen zum Diktator diskutiert. Nach dem Wahldesaster dürfte die Sorge um den Erhalt der US-Militärbasen eher noch gewachsen sein. Mit Sicherheit werden die USA bei der weiteren Entwicklung im Lande eine Mitsprache für sich beanspruchen, um ihre Interessen zu sichern.

Wie lange Marcos sich noch halten kann, ist derzeit noch genauso offen wie die Beantwortung der Frage, ob das Militär angesichts zunehmender Unruhen im Lande die Zügel selber in die Hand nehmen wird, um möglicherweise eine kontrollierte Übergangsregierung einzusetzen. Eher unwahrscheinlich ist es, daß das Militär der Herausforderin, Corazon Aquino, den Weg in den Präsidentenpalast ebnen wird.

Siehe auch in dieser Ausgabe:
— Geht Marcos — oder kommt das Militär?
— Rainer Werning: Was vertritt die Opposition?



Alle Macht den Frauen

(es sei denn, es handelt sich um eine Koalitionsgegnerin)

Monika Scheffler aus der Grünen Frauengruppe Frankfurt schreibt über die Arbeit der Landesweiten Frauengruppe der hessischen Grünen und die aktuelle Auseinandersetzung um die Rotation der Koalitionsgegnerin Marion Papaczek in den Landtag.

Mehr als drei Jahre existiert sie jetzt, die Landesweite Frauengruppe (im weiteren LAG genannt). In dieser Zeit sind Parität, Vetorecht für Frauen und sonstige strukturelle Verbesserungen für Frauen in der Partei durchgesetzt worden. Hier ist das Aktionsprogramm für Frauen erarbeitet und eine ganze Reihe anderer Initiativen gestartet worden. Kaum eine andere landesweit arbeitende Gruppe der Grünen kann auf eine derart erfolgreiche und fruchtbare Arbeit zurückblicken. Und dies, obwohl sich spätestens seit dem Frauenaktionsprogramm auch in der LAG Frauen in zwei mehr oder weniger festgefügten Blöcken gegenüberstehen und um die richtige Strategie kämpfen. Bis auf die Tatsache, daß sich in der LAG nie eine Fundi-Frau hat blicken lassen und die Rolle der Opposition hier allein von Frauen, die sich entweder der ökosozialistischen oder gar keiner Strömung innerhalb der Grünen zugehörig fühlen, gespielt wird und daß die Gruppe der sogenannten Realpolitikerinnen verstärkt wird durch eine Reihe ,,autonomer Frauen'', ist die LAG also ein getreues Abbild der sonstigen Partei.

Daß trotz der Strömungskämpfe fruchtbar gearbeitet werden konnte, hängt bestimmt nicht damit zusammen, daß Frauen besser mit Konflikten umgehen können. Es sind wohl eher die schlechten Bedingungen, unter denen Frauen bei den Grünen arbeiten müssen, also ein ziemlich großer Außendruck, der dafür gesorgt hat, daß die Arbeit trotz aller Auseinandersetzungen weitergeführt wurde.

Die ewige Minderheit:
Die Frauen, die nicht mit den sogenannten Realpolitikerinnen übereinstimmen, die also der Ansicht sind, daß das hessische Frauenaktionsprogramm mit seinem Umfang von lächerlichen 6 bis 7 Mill. DM für Frauenprojekte nun mal wirklich nicht den großen frauenpolitischen Erfolg darstellt, die auch die Einrichtung eines Staatssekretariats für Frauenfragen, das, da die SPD inhaltlich nicht bereit war zuzubuttern, ebenfalls im Bereich der Klein-Klein-Politik steckenbleiben muß, für keinen ausreichenden Grund ansehen, einer Koalition mit der SPD zuzustimmen — immerhin hat die SPD sich in den entscheidenden politischen Forderungen zu § 218 und Quotierung keinen Milimeter bewegt —, waren in der LAG von Anfang an in der Minderheit.

Eine Diffamierung dieser Frauen aus den Reihen der Befürworterinnen der Realpolitik hat es ständig gegeben; sie hat aber immer dann zugenommen, wenn eine Entscheidung anstand. ,,Nur aus allgemeinpolitischen Gründen'' stellten sie sich gegen ,,die Frauen'', sie hätten eben keinen feministischen Standpunkt, hieß es nur allzu oft. Aus dem Streit über die Strategie der grünen Frauen wurde allzu oft ein Streit, welche Frau sich als Feministin bezeichnen dürfe. Aber Auseinandersetzungen werden eben auch unter Frauen nicht immer solidarisch geführt und so waren solche Diffamierungen kein Grund für die ewige Minderheit, der gesamten LAG ihre Loyalität zu verweigern. Im Gegenteil, was den nicht parlamentarisch ausgerichteten Teil der Arbeit betrifft, sei es nun der Kampf um Parität, Vetorecht oder um Programmänderung zum § 218, ist die Arbeit wesentlich von dieser Minderheit getragen worden.

Doch die Art und Weise, wie die LAG-Mehrheit nun mit dem Streit um die Rotation von Marion Papaczek umgegangen ist, stellt die weitere Zusammenarbeit mit der LAG-Mehrheit zumindest in Frage.

Was ist eigentlich passiert:
Die Landtagsgruppe beschließt, daß über die Rotation von Marion Papaczek ein erneuter Beschluß der Landesversammlung der GRÜNEN HESSEN herbeigeführt werden soll. Dazu muß man/frau wissen, daß die Rotation der Landtagsgruppe vor der Landesversammlung bereits beschlossen wurde und bisher bis auf die Ausnahme von Marion Papaczek auch durchgeführt wurde. Ihre Rotation stünde jetzt im Sommer an. Sie würde dann für Franz Jakob in den Landtag nachrücken, der seinerzeit Reinhard Brückner ersetzt hatte, der sich nach einem knappen Jahr Landtagsarbeit aus aktuellem Anlaß wieder vollständig der Südafrika-Arbeit widmen wollte. In dieser Situation — der Rotationsbeschluß ist fast vollständig umgesetzt — kommt die erneute Befassung der Landesversammlung mit diesem Thema einem Antrag der Landtagsgruppe gleich, die Rotation von Marion Papaczek nicht durchführen zu müssen. Zumal die Landtagsgruppe mehrheitlich erklärt hat, diese Rotation sei ,,politisch extrem schädlich und unerwünscht''.

Allein dies dürfte wohl kaum der
tion von Marion Papaczek nicht durchführen zu müssen. Zumal die Landtagsgruppe mehrheitlich erklärt hat, diese Rotation sei ,,politisch extrem schädlich und unerwünscht''.
Allein dies dürfte wohl kaum der
vielfach beschworenen politischen Kultur bei den Grünen gerecht werden.

Wirklich schlimm wurde die Sache erst durch die später in einer Presseerklärung nachgelieferte ,,Begründung'' für diesen Schritt. Da diese Begründung dann auch noch ausgerechnet von Staatssekretärin Marita Haibach und einigen Frauen aus der Landtagsgruppe in einem Antwortbrief an Marion Papaczek unterstützt wurde, wurde die ganze Angelegenheit, die vorher eher eine Frage der politischen Kultur und Hygiene war, erst zu einem Thema für grüne Frauen und damit natürlich auch für die Landesweite Frauengruppe.

Was ist die Essenz der ,,Begründung'' für die Verweigerung der Rotation:
In einer Presseerklärung der Landtagsgruppe lautet das so: ,, ... *ein Austritt zweier fundamentalistischer Abgeordneter (würde) den Fraktionsstatus im Landtag und damit die Arbeitsfähigkeit der GRÜNEN HESSEN gefährden. Eine ständige Erpreßbarkeit durch die fundamentalistische Minderheit, die sich an Basisbeschlüsse im Landesverband nicht hält, darf nicht die inhaltliche Arbeit im Landtag überschatten.*'' Marita Haibach führt dann aus: ,,*Die große Mehrheit der GRÜNEN-Hessen hat die Landtagsgruppe beauftragt, eine Koalition mit der SPD im Hessischen Landtag einzugehen. Wenn nun außer Jan Kuhnert noch ein weiteres Fraktionsmitglied der GRÜNEN im Hessischen Landtag die Koalition ablehnt ..., ist das Bestehen der Koalition ernsthaft gefährdet. Die Mehrheit der hessischen grünen Frauen hat sich für das Bündnis mit der SPD entschieden ... Es wäre daher absurd, dieses Frauenvotum dadurch in Frage zu stellen, daß eine Frau, die das Bündnis ablehnt, ihren ,Anspruch' auf ein Abgeordneten-Mandat zu Lasten der Mehrheitsverhältnisse im Hessischen Landtag einfordert.*''

Etwa ähnlich lautet die Argumentation in einem Brief einiger Landtagsfrauen.

Ich habe so ausführlich zitiert, weil das, was hier klar ausgesprochen wird, so unglaublich ist: Der Opposition innerhalb der GRÜNEN wird das Recht auf parlamentarische Vertretung abgesprochen. Da nützt es nichts, daß Marion Papaczek klar erklärt hat, daß sie sich an das imperative Mandat gebunden fühlt und sich gegebenenfalls ein Minderheitenvotum der Landesversammlung einholen würde; die Angst vor der ,,unberechenbaren'' Minderheit sitzt anscheinend so tief, daß man selbst vor einer Präventivverurteilung nicht zurückschreckt.

Was bedeutet das aber für die Opposition, die ja, z. B. bei der Frage Koalition ja oder nein, immerhin aus 46 % der Niedernhausener Landesversammlung bestand. Was bedeutet das für die Frauen, die eben nicht der Meinung sind, daß die Frauenpolitik in Hessen allein durch die Zusammenarbeit mit der SPD abzusichern ist?

Völlig klar ist, daß dieser vordergründig nur gegen Marion Papaczek geführte Streich der Landtagsgruppe, da er im wesentlichen nicht mit Argumenten gegen Rotation überhaupt oder mit Gründen, die in der Person von Marion Papaczek liegen, begründet wird, sondern allein mit dem Argument, sie sei Koalitionsgegnerin, in Wirklichkeit gegen alle Koalitionsgegner und -gegnerinnen gerichtet ist. Jede/n, die/der bei den letzten Abstimmungen auf Landesversammlungen, die ja meistens im Verhältnis 1/3 zu 2/3 ausgegangen sind, manchmal aber auch sehr knapp ausfielen, auf der Seite der Minderheit stand, würde es heute genauso treffen wie Marion Papaczek.

Einer Minderheit innerhalb der Partei aber das Recht auf Vertretung im Landtag entsprechend ihres Anteils in der Partei abzusprechen, ist nichts anderes als das Hinausdrängen dieser Minderheit. Da erscheint ein Brief von E. Rüter, Ex-Landesvorstand der Bayern-Grünen, in dem er die ,,Fundamentalisten mitsamt ihres anarchistischen Anhangs'' auffordert, die Partei zu verlassen, nur ehrlicher.

Die Diskussion der Landesweiten Frauengruppe:
All diese Argumente sind nun auch auf der letzten Sitzung der Landesweiten Frauengruppe gefallen und erstaunlicherweise ist ihnen im wesentlichen auch nicht widersprochen worden.

Statt aber einem Antrag der Grünen Frauengruppe Frankfurt zuzustimmen, der lediglich die von Marita Haibach und einigen Landtagsfrauen oben zitierte Haltung zurücknimmt, wurden
cherweise ist ihnen im wesentlichen auch nicht widersprochen worden.
Statt aber einem Antrag der Grünen Frauengruppe Frankfurt zuzustimmen, der lediglich die von Marita Haibach und einigen Landtagsfrauen oben zitierte Haltung zurücknimmt, wurden
von den Realpolitikerinnen alle ,,Bedenken'' aufrechterhalten, und zwar möglichst, ohne sich allzu eindeutig zu äußern. Schon bald war klar, daß frau sich möglichst gar nicht äußern wollte. Frau wollte sich weder klar zu der Haltung von Marita Haibach bekennen und sich damit die Finger schmutzig machen, noch wollte sie sich schützend vor die Minderheit stellen. So wurde dann auch der Antrag auf Nichtbefassung gestellt und mit 13 zu 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgestimmt. Betroffenheit herrschte für eine kleine Weile im Raum, denn so knapp ging hier selten eine Abstimmung aus. Aber dann überwog doch die Erleichterung und weiter ging's in der Tagesordnung.

Wie sollen nun die Oppositionsfrauen in den GRÜNEN zu solch' einer Gruppe stehen?

In jeder Gruppe gibt es eine ,,herrschende'' Mehrheit und eine unterlegene Minderheit. Was aber, wenn ,,Herrschaft'' mißbraucht wird und die Gruppe dazu schweigt?

Wenn sich das nicht ändert oder gar wiederholt vorkommt, wird die weitere Mitarbeit von Frauen der Minderheit in dieser Gruppe wohl nur noch für Masochistinnen oder naive Idealistinnen in Frage kommen.

Der Versuch, trotz aller Auseinandersetzungen strömungsübergreifende Frauenpolitik zu machen, wäre innerhalb der Grünen erstmal gescheitert. Dieser Rückschlag, den das ohne Zweifel für alle Frauen der Grünen bedeuten würde, ist eigentlich nur zu verhindern, wenn es gelingt, mehr grüne Frauen für die Arbeit der Landesweiten Frauengruppe zu mobilisieren und damit den Anteil der Frauen zu verringern, die die Frage der Existenzberechtigung als Frau an die Frage Koalition ja oder nein zu koppeln versuchen.

Das Ergebnis unserer Spendensammlung bis zum 8.2.86

SUMME 10.1.86 (s.AK 266) 25.610,05

Das Ergebnis unserer Spendensammlung bis zum 8.2.86

SUMME 10.1.86 (s.AK 266) 25.610,05

Neueingänge seither

J.P., Hamburg	50,-
KB-Gruppe Bremen	605,-
KB-Gruppe Braunschweig	300,-
J., Ex-SSB, Hamburg	10,-
Antirep-Zelle, Hamburg	10,-
g., Antirep.	150,-
Bd., Antirep.	100,-
E., Antirep.	40,-
Sa., Antirep.	50,-
I., Antirep.	200,-
B&G, Hamburg	100,-
Uli, Hamburg	1.000,-
Buchladen Gegenwind	100,-
M.St., Hamburg	100,-
S.H., Hamburg	100,-
P., Flensburg	100,-
Wh., Göttingen	500,-
Antimil., Göttingen	3.000,-
P.K., Westberlin	50,-
M.B., Hagen	50,-
H.R., Hamburg	100,-
A.K., Witten	200,-
AGF, Hamburg	50,-
KB-Gruppe Baden-Baden	300,-
BO-Harburg	1.111,-
BO-Harburg	600,-
P.H., Heidgraben	400,-
J.S., Kiel	50,-
W.P., Göttingen	200,-
KB, Ba-Wü	600,-
F.H., Hamburg	350,-
KB-Gruppe Lüneburg	100,-
G.M., Kiel	300,-
KB-Gruppe Bremerhaven	900,-
H.E.W., Bonn	50,-
R., Mö-Gladbach	1.500,-
Bunte Zelle, Rahlstedt	80,-
F.P., Hamburg	50,-
M.N., Altona	30,-
R.G., Marburg	20,-
Hochschulgruppe Göttingen	200,-
W.P., Hamburg	500,-
S. + R., Kiel	200,-
R.S., Bayreuth	35,-
G.Sch., Darmstadt	100,-
U.S., Westberlin	200,-
A.B., Westberlin	400,-
Zwischen 10.1. und 8.2.	**15.241,-**
Gesamtspendensumme	**40.851,05**

Bonner Beamte erfinden Umweltschutz

Springers am rechten Rand der CDU angesiedeltes Kampfblatt ,,Die Welt'' verfolgt seit jeher aufmerksam Vorgänge innerhalb der Linken und der Grünen. Zu diesem Zweck hält sich die Redaktion eine Art hauseigenen Geheimdienst, der neben blindwütiger Hetze mitunter auch erstaunliche Hintergrundinformationen liefert. So ist es nicht verwunderlich, daß das Blatt — meines Wissens als einzige Zeitung — breit über den denkwürdigen Vortrag berichtet, den der frühere Staatssekretär Günter Hartkopf (FDP) auf der 27. beamtenpolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes am 8.1. in Bad Kissingen hielt. Thema: Die Rolle von Spitzenbeamten bei der Schaffung von ,,Umweltbewußtsein'', insbesondere beim Aufbau des BBU (zitiert nach ,,Die Welt'', 10.1.86).

Hartkopfs Ausführungen, die ,,*unmittelbar die Grundsätze und das Ethos des Berufsbeamtentums berührten*'', hätten ,,*die ungewöhnlichen Einflußmöglichkeiten von Spitzenbeamten auf*(gezeigt), *wenn diese ressortübergreifend diskret und einhellig zusammenarbeiten und dabei selbst die verantwortlichen Politiker überspielen.*''

Ausgangspunkt für das geheime Wirken der Umwelt-Agenten sei folgende Überlegung gewesen: ,,*Als ,reine Staatsorganisation' würde der Umweltschutz nach Meinung des früheren Staatssekretärs kaum eine Chance gehabt haben, da ,als Gegner ... große und finanzkräftige Wirtschaftsorganisationen mit Verbündeten innerhalb und außerhalb von Verwaltungseinheiten' vorhanden gewesen seien. Die Umweltverwaltung, also die dem Umweltschutz verpflichteten Beamten, hätten sich deshalb ihrerseits nach einer Lobby, ,die außerhalb von Verwaltung und Parlament Forderungen für*
halb und außerhalb von Verwaltungseinheiten' vorhanden gewesen seien. Die Umweltverwaltung, also die dem Umweltschutz verpflichteten Beamten, hätten sich deshalb ihrerseits nach einer Lobby, ,die außerhalb von Verwaltung und Parlament Forderungen für
mehr Umweltschutz erhebt und damit in Politik und Medien gehört wird', umsehen müssen. Der lakonische Schluß des Spitzenbeamten: ,Nachdem zu Beginn der eigentlichen bundesdeutschen Umweltpolitik eine solche potente Gegenseite nicht vorhanden war, mußte sie geschaffen werden.'

Was Hartkopf darauf folgen ließ, läßt die Umweltdebatte in der Bundesrepublik fast wie das Ergebnis einer geheimnisvollen Inszenierung einiger führender Beamter erscheinen. Sie gründeten die ,Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen' und statteten sie ,mit Leben und sachlichen Mitteln' aus. Weil aber dieses ,neutrale Forum' von Umweltnutzern und Umweltschützern noch immer kein ,Kampfverband' gewesen sei, ,mußte er eben gebildet werden'.

Geboren wurde so — wie Hartkopf seinem einigermaßen staunenden Publikum enthüllte — der später einigen Schrecken verbreitende ,Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz' (BBU), aus dem unter anderem der Brokdorf-Kämpfer und heutige saarländische Umweltminister Jo Leinen (SPD) hervorgegangen ist. Der geheimnisvolle Zirkel von Beamten habe ,die Gründungsversammlung und noch einige mehr finanziert'.

Rückblickend räumt nun Hartkopf ein: ,Natürlich war allen Beteiligten klar, daß man einen ziemlich wilden Haufen ins Leben gerufen hatte, der auch der Umweltverwaltung durch seine Forderungen schwer zu schaffen machen würde. Doch das eigentliche Wadenbeißen des Verbandes fand immer in der richtigen Richtung statt und verschaffte der Umweltverwaltung Luft zum Agieren'. (...) Inzwischen hätten Beamte Spitzenpositionen in vielen potenten und mitgliederstarken Umweltverbänden übernommen.''

Leider hat keiner der beamteten Tagungsteilnehmer Hartkopf die naheliegende Frage gestellt, wie es denn mit ,,ressortübergreifend diskreten'' Interventionen von ,,Spitzenbeamten'' in der Grünen Partei aussieht. Wäre da nicht ein breites Betätigungsfeld für ehrgeizige Staatsdiener, zumal die BI-Bewegung ja doch ziemlich zurückgegangen ist?

Vermutungen, daß bei der Gründung der Grünen ,,Spitzenbeamte'' mit Hand angelegt haben, gab es seinerzeit auch im engsten Kreis grüner Insider, so von Seiten der ehemaligen Schatzmeisterin Grete Thomas, die in ihrem Buch ,,Die Grünen kommen'' streng vertrauliche Gespräche von Verfassungsschützern mit führenden Grünen wiedergibt: ,,*Die Gründung einer Grünen Partei lag in der Luft, und wir haben hier glücklicherweise ein wenig die Initiative ergreifen können. Eine Grüne Partei wird das gesamte Parteienspektrum gründlich durcheinanderbringen — da ergeben sich erfreuliche Perspektiven für die staatserhaltenden Kräfte*'', sagt da ein Herr vom Verfassungsschutz. Und ein ehemaliger CDU-Mann, der dann in der Grünen Partei Karriere macht, gibt die Linie aus: ,,*In diese Bürgerinitiativen könnte man hineingehen, dort eine Partei gründen, um damit die Antiatombewegung zu kanalisieren.*''



Aber das zitierte Buch ist bloß ein Roman und — so die Autorin im Vorwort — Produkt der ,,freien Phantasie''.

js./Hamburg

Wir wissen ja, daß die Springerpresse viel lügt. Wir wollen nicht ausschließen, daß ein Hartkopf ein gezieltes Diffamierungsinteresse verfolgen könnte.

js./Hamburg

Wir wissen ja, daß die Springerpresse viel lügt. Wir wollen nicht ausschließen, daß ein Hartkopf ein gezieltes Diffamierungsinteresse verfolgen könnte.
Wir erinnern aber auch sehr gut, daß insbesondere gegen Ende der siebziger Jahre verschiedene Bürgerinitiativen solche Vorwürfe gegen den damaligen BBU-Vorsitzenden Wüstenhagen erhoben haben. Jo Leinen als einer seiner Nachfolger im BBU und heutiger Minister könnte ja richtigstellen, wenn er kann. — Die Redaktion

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

stern-Enthüllung wg. Hanau

Nervosität im Atomstaat

Da kommt Spannung auf: Staatsanwaltliche Ermittlungen gegen die Betreiber der Hanauer Plutoniumfabriken ALKEM, NUKEM und RBU, gegen die leitenden Angestellten des hessischen Wirtschaftsministeriums, Thurmann und Frank sowie gegen Zimmermann höchstpersönlich.

Ermittelt wird wegen einer Straftat, auf die Gefängnisstrafe steht: der illegale Betrieb von Atomanlagen. Die gewöhnlich gut unterrichteten Kreise rechnen fest mit einer Anklageerhebung, die zuerst vermutlich Thurmann und Frank treffen wird. Falls diese sich auf eine Anweisung von oben berufen sollten, dürfte auch Wirtschafsminister Steger auf der Anklagebank Platz nehmen dürfen.

Daß die Hanauer Atomanlagen ohne atomrechtliche Genehmigung ausgebaut und betrieben wurden, haben ebenfalls zwei von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebene Gutachten bestätigt. Daß darüberhinaus in Hanau Plutoniumbilanzen gefälscht und — im Fall der RBU — der vorgeschriebene Sicherheitsbericht frisiert wurde, „um in der Öffentlichkeit nicht mit dem Umgang mit Plutonium in Verbindung gebracht zu werden" (vgl. AK 265) macht die Sache delikat und erklärt das leichte Knistern im Gebälk des Atomstaats:

— Schon im Dezember 1984, unmittelbar nach der staatsanwaltlichen Durchsuchung der ALKEM wurden die Hanauer Staatsanwälte nach Wiesbaden zitiert, um die *„erheblichen Bedenken"* des Rechtsausschusses des Landtages und sonstige Maßregelungen zur Kenntnis zu nehmen.

— Im Februar 1985 verlangte Atomstaatsschützer Nr. 1, Innenminster Zimmermann, *„mit Nachdruck"* von seinen hessischen Kumpanen, *„der Hanauer Staatsanwaltschaft die Akten über die umstrittenen Genehmigungsverfahren nicht zur Verfügung zu stellen. Das Innenministerium bezog sich dabei auf den Paragraphen 96 der Strafprozeßordnung, wonach eine Behörde die Herausgabe amtlicher Schriftstücke dann verweigern kann, wenn sie ‚das Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes gefährdet sieht'."* Diese Mitteilung brachte die FR jedoch erst am 7.4.85, drei Wochen nach der erhellenden Mitteilung der taz, daß *„Frank und Thurmann (s.o.) belastendes Aktenmaterial zur Plutoniumfabrik ALKEM beiseitegeschafft haben."* (taz, 15.3.85).

— Am 21.3.85 berichtete der Stern in einem Hanau-Beitrag unter der Überschrift „Das Ding ist heiß": „Um die Ankläger (Staatsanwaltschaft) nicht über die Stränge schlagen zu lassen, haben sich Justizminister und Generalstaatsanwaltschaft schon etwas einfallen lassen." Offenbar mit wenig Erfolg! Denn:

— Am 6.2.86 bringt der Stern einen ausgezeichnet recherchierten Report über den Versuch Zimmermanns, die fortgeschrittenen staatsanwaltlichen Ermittlungen mit einer Selbstamnestierung durch Atomrechtsänderung zu unterlaufen: *„Herr Warrikoff (Geschäftsführer der ALKEM und der RBU, gleichzeitig als MdB im Bundestags-Forschungsausschuß — Anm. AK) solle einen diesbezüglich genauere Vorstellungen konkretisierenden Brief an Herrn Minister richten, in dem der Änderungsbedarf ... inhaltlich präzisiert werde"* so — lt. Stern — ein Vermerk aus dem Bundesinnenministerium vom 17.7.85. Daß gerade derjenige das Atomrecht umformulieren sollte, der an erster Stelle vor einer Anklageerhebung steht, zeugt wahrhaftig nicht gerade von Feingefühl, dürfte aber dennoch bezeichnend sein für den spezifisch-diskreten Charme dieser unserer Bourgeoisie ...

Jedoch — der Coup flog auf. Das halbseidene „Dementi" des Zimmermann-Ministeriums nach der Stern-Veröffentlichung („Richtig ist vielmehr, daß nicht an einer Novellierung des Atomgesetzes gearbeitet wird, weil die derzeitige Rechtslage völlig ausreichend ist und die Notwendigkeit einer Änderung nicht besteht", vgl. Stern v. 13.2.86) verleiht der Verlegenheit des Innenministeriums nur Ausdruck ohne die vorherige Existenz der Amnestierungspläne in Zweifel zu ziehen.

SPD und FDP: Grüße aus dem Plutoniumsumpf

Die weiteren Enthüllungen der jüngsten Stern-Reportage von Hubert Seipel beweisen, daß alle maßgeblichen Stellen des Bundesinnenministeriums schon 1981/82 die Stillegung der Hanauer Atomanlagen wegen „unerlaubten Betreibens von kerntechnischen Anlagen" für unabwendbar hielten und erst nach mehreren Vorstößen der damaligen FDP-Politiker Karry und von Schoeler sowie auf Wunsch der damaligen Forschungsminister Hauff und von Bülow der illegalen Plutoniumverarbeitung zustimmten. Die neuen Facts im chronologischen Überblick:

12.12.75: Die Hanauer Atombetriebe beantragen eine Genehmigung nach § 7, Atomgesetz, was erstmals eine Beteiligung der Öffentlichkeit zur Folge hätte. Bis heute liegen diese Genehmigungen nicht vor — die Betriebe arbeiten illegal auf Grundlage sogenannter Übergangsgenehmigungen.

13.2.79: Innenminister Baum (FDP) beschwert sich bei Forschungsminister Hauff (SPD) über den Mißbrauch der „Übergangsgenehmigung" durch die Firma ALKEM. Ohne Erfolg.

19.3.79: In der Energiekommission des FDP-Präsidiums bedrängen Riemer, Hirsch, Lambstorff und Karry Innenminister Baum, zugunsten des Plutoniumbunkers der ALKEM beide Augen zuzudrücken.

November 1979: Die „Gesellschaft für Reaktorsicherheit" (GRS) warnt vor Katastrophen bei Flugzeugabstürzen auf die Anlagen der ALKEM.

1980: Die Abteilung Reaktorsicherheit des Bundesinnenministeriums (BMI) kritisiert die „schamlose Ausnutzung" der Übergangsgenehmigung durch die Hanauer Atomfirmen und die „Verschleppung des Verfahrens".

4.1.81: Der hessische Wirtschaftminister Karry plädiert in einem Brief an Baum, Genscher und Lambstorff für Nachsicht in Sachen Hanauer Plutoniumsumpf.

16.10.81: Der CSU-nahe BMI-Angestellte Pfaffelhuber vermerkt über das hessische Wirtschaftsministerium, es neige „dazu, sicherheitstechnische Belange auf die Seite zu schieben."

Okt. 81: Baum teilt in einem Brief an den neuen Forschungsminister von Bülow mit, daß die Schließung der ALKEM drohe.

29.10.81: Von Bülow bittet „dringend darum", von einer Schließung abzusehen und in alle weiteren Entscheidungen hinsichtlich ALKEM einbezogen zu werden.

27.11.81: In einem Vermerk des BMI wird die Gefahr von Flugzeugabstürzen hervorgehoben *(„Alkem in Hanau-Wolfgang liegt im Bereich der Warteschleife Charly des Flughafens Frankfurt").* Ministerialdirigent Pfaffelhuber (BMI) notiert, daß die Änderungen bei ALKEM gegen das Strafgesetz verstoßen. **BMI-Staatssekretär Hartkopf, zuständig für Hanau, vermerkt: „Wann wird der Betrieb endlich eingestellt?"**

1.6.82: Der direkt aus dem hessischen Wirtschaftsministerium ins Bundesinnenministerium übergewechselte neue Staatssekretär von Schoeler — ein Duz-Freund des ALKEM-Geschäftsführers Roepennack, derzeit SPD-Staatssekretär im hessischen Innenministerium — erklärt in einem Brief an Baum und unter Berufung auf Gespräche mit dem rechtsliberalen Karry-Nachfolger im hessischen Wirtschaftministerium, K.J. Hoffie, eine ALKEM-Schließung sei „weder vertretbar noch durchsetzbar."

All diese Enthüllungen belegen, daß zugunsten der Hanauer Plutoniumwirtschaft auch die Minister Baum, von Bülow und Hauff — sowie selbstverständlich ihre Nachfolger — wissentlich Straftatbestände begangen und die selbst verabschiedeten Gesetze gebrochen haben.

Darüberhinaus zeigt sich erneut, daß die Hanauer Plutoniumbetriebe unter den besonderen Schutz der Bundesregierung gestellt und von dieser immer abgedeckt wurden.

Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß in Hanau die Giganten der Kraftwerks- und der metallerzeugenden Industrie zusammenkommen: DEGUSSA und Metallgesellschaft halten 45% der NUKEM, die mit 40% bei ALKEM und der RBU engagiert ist. Die Kraftwerksunion (100% Siemenstochter) besitzt 60% von ALKEM und RBU. Dies ist insofern interessant, als Plutonium für Waffenzwecke mittels Elektrolyse von einer wässrigen Lösung in ein Metall umgearbeitet werden muß, wobei schon heute die Degussa in zwei strengbewachten Hallen auf dem Gelände der Hanauer Atombetriebe täglich per Elektrolyse Metalle, darunter Gold und Silber, abscheidet.

Die besondere Bedeutung der Plutoniumfabrik und Lagerstätte ALKEM für den bundesdeutschen Staatsapparat wird u.a. diskret im Posten RBVA 691 1/8 der vom Forschungsministerium geförderten Projekte angedeutet: „Beteiligung des Bundes an der Abdeckung der aus der von ALKEM betriebenen weiteren Entwicklung der Verarbeitung von Plutonium entstehenden Risiken." Kostenpunkt: 24,5 Millionen DM. Laufzeit: Bis 1991. Finanzanteil des Bundes: 100%.

Nur allzu verständlich also, daß alle staatstragenden Parteien derzeit die Enthüllungen des Stern künstlich ignorieren bzw. tiefstapeln, um den Kelch möglichst rasch vorübergehen zu lassen. Insbesondere die historisch und aktuell unmittelbar betroffene SPD (Steger!) ist bisher durch den Versuch, sich totzustellen, aufgefallen. Leider wurde es auch bisher von den hessischen Grünen vermieden, das hessische Wirtschaftsministerium mit den neuen Erkenntnissen öffentlich zu konfrontieren. Erwogen werden bisher von dieser Seite lediglich zusätzliche Strafanzeigen gegen Zimmermann und Warrikoff. Den Bundestagsgrünen zufolge entpuppt sich das Hanauer Politik-Poker *„zunehmend als der größte Nuklearskandal in der Geschichte der Bundesrepublik"*. Gefordert wird eine Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses. Angekündigt wurde die Einbringung einer Großen Anfrage zu Hanau wodurch die Stern-Enthüllungen Gegenstand einer Bundestags-Debatte würden.

ms, Bonn

Cashberlin — die kriminelle Fluchtburg

Als die CDU zusammen mit der FDP vor 5 Jahren die Regierungsgeschäfte von einer völlig abgewirtschafteten SPD übernahm (Hausbesetzer-Revolten; Garski-Skandal, der den damaligen Senat um 128 Mio. DM „erleichterte"), verkündete der frisch gekürte Innensenator Lummer, mit den „kriminellen Fluchtburgen" in den besetzten Häusern aufzuräumen.

Nun hat Westberlin sie wieder — die „kriminellen Fluchtburgen": sie befinden sich in CDU-geführten Rathäusern, Amtsstuben, Hotels und Bordellen. Nicht Hausbesetzer, sondern Hausbesitzer spielen dabei eine zentrale Rolle, denn sie haben alle Westberliner Parteien mit Ausnahme der AL mit ihrem Spekulations-Mammon reichlich bedient. Der Regierende Bürgermeister erhielt z.B. 75.000 DM, ein CDU-Bezirksbürgermeister 60.000 DM, der ehemalige SPD-Finanzsenator Riebschläger 120.000 DM usw., ohne daß die Parteispenden oder Teile davon entsprechend registriert wurden. Den dümmsten Spruch leistete sich der FDP-Senator Vetter, der über den Erhalt eines Briefcouverts mit 10.000 DM fürchterlich „entsetzt" gewesen sei. Frei nach dem Motto „legal — illegal — scheißegal" haben Bauspekulanten zumindest zwei CDU-Baustadträte kräftig geschmiert und als Gegenleistung lukrative Baugrundstücke erhalten. Sie sitzen derzeit im Knast. Zu diesem Westberliner Spenden- und Schmiergelder-Sumpf gesellen sich obendrein noch Leute aus der Unterwelt, wie etwa ein Bordellbesitzer mit dem beziehungsreichen Namen Schwanz oder ein Wuppertaler Autohändler namens Putsch. Letzterer hat sich erwiesenermaßen mit Innensenator Lummer in Beirut getroffen und es wird gemunkelt, daß es dabei weniger um Autos als um Waffen ging (1). Kurzum: vor allem der CDU/FDP-Senat steckt tief im Schlamassel und ist in den größten Finanzskandal dieser Stadt verstrickt. Selbst ein „Welt"-Journalist erklärte öffentlich, daß die CDU den „roten Filz" der SPD weit übertroffen habe. Man könne nicht mehr von „Filz" sprechen, sondern es gehe um kriminelle Handlungen (2).

Die CDU war bisher bemüht, den entstandenen politischen Schaden möglichst zu begrenzen und kehrt den Biedermann heraus. Die oppositionelle SPD fordert Aufklärung und appelliert an die „Selbstreinigungskräfte" der Stadt. Allzu laut posaunt auch sie nicht herum, denn wer im Glashaus sitzt ...

Die Alternative Liste (AL) reagierte erwartungsgemäß und bekam mit den Stimmen der CDU den parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Im Bezirk Tiergarten wurde gleichfalls ein Sonderausschuß eingerichtet und CDU/SPD gestanden der AL freiwillig den Ausschuß-Vorsitz zu.

Am 30.1.86 stellte die AL einen Mißtrauensantrag gegen den Senat, der von der SPD unterstützt, aber von der Koalitionsmehrheit von CDU und FDP abgelehnt wurde.

Jenseits von Spenden- und Bestechungsaffären, die derzeit alle anderen politischen Geschehnisse überdecken, mußte der CDU/FDP-Senat breiteren politischen Widerstand von Teilen der Bevölkerung hinnehmen:

— Im Herbst letzten Jahres forcierte CDU-„Sozial"senator Fink seine reaktionäre Gesundheitspolitik. Mehrere Tausend Betten sollen abgebaut, ganze Kliniken geschlossen bzw. privatisiert werden. Es kam zu mehreren Streiks der Krankenhaus-Beschäftigten und zwei Krankenhaus-Komitees leiteten ein Volksbegehren zum Sturz des Senats ein. 40.000 Unterschriften wurden bereits gesammelt (3).

— Und Wissenschaftsenator Kewenig sorgte bei der geplanten Verschärfung der Westberliner Hochschulgesetze und Stellen- und Gehaltskürzungen bei den Tutoren dafür, daß Erinnerungen an die Studentenbewegung 1968 wach werden. Am 29.1.86 demonstrierten 20.000 Studenten gegen die reaktionäre Hochschulpolitik, Kewenig wurde auf einer Veranstaltung mit Eiern beworfen, die universitären Vollversammlungen sind sehr gut besucht usw. (siehe Artikel in diesem AK).

Innerhalb der Westberliner Linken und der AL werden Erinnerungen an 1981 wach. Der damalige sozialliberale Senat hatte durch eine Spekulationsaffäre und Hausbesetzerrevolte vorzeitig abdanken müssen. AL und CDU führten ein Volksbegehren durch. Läßt sich — parallel zu 1981 — nun auch der reaktionäre CDU-Senat stürzen?

Zunächst bestehen Unterschiede: die Mehrheit der Bevölkerung sah in der damals unverbrauchten CDU eine Alternative — und viele Menschen wollten dafür sorgen, daß auch die AL ins Abgeordnetenhaus einzog. Hinzu kam, daß die gesamte Wohnungsbaupolitik mitsamt Kahlschlagsanierungen, Hausbesetzerrevolten usw. das politische Klima für den Rücktritt des sozial-liberalen Senats schufen.

Heute sieht die Lage anders aus. In die Spendengelder- und Bestechungsaffären sind a l l e bürgerlichen Parteien verstrickt, und die SPD bietet weder personell, noch konzeptionell eine Alternative. Im Falle von Neuwahlen also würden die Konservativen mit aller Wahrscheinlichkeit an der Macht bleiben (4) — zulegen würde allenfalls die oppositionelle AL. Und spätestens seit Flick sieht sich mensch ohnehin in der Auffassung bestätigt, daß Politik und Kommerz eng beieinander liegen. Die reaktionäre Gesundheits- und Hochschulpolitik des CDU/FDP-Senats hat bisher nur partielle Proteste, wenn auch in recht großem Ausmaß, hervorgerufen, ohne daß größere Teile der Bevölkerung — auch mangels Alternative — in Gänze mit dieser Politik gebrochen hätten.



So abgewirtschaftet wie der damalige SPD-Senat steht die CDU derzeit (noch) nicht da.

Innerhalb der AL wird diskutiert, was in dieser politischen Situation zu tun ist. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Liste befürwortet die Einleitung eines Volksbegehrens (3), ein anderer Teil möchte diese Fragen mit oppositionellen Kräften (Frauenbewegung, Mieterbewegung, Gewerkschaften, Studentenvertreter usw.) in der Stadt öffentlich diskutieren.

Für den 14.2.86 ist dazu eigens eine Diskussionsveranstaltung geplant. Am 15.2.86 soll im Zeichen des Karnevals eine Demonstration unter dem Motto „Ganz Berlin ist eine Schmiere" stattfinden.

Anmerkungen:

1) In der bürgerlichen Presse ist reichlich über den Westberliner Sumpf berichtet worden. Zu empfehlen sei insbesondere ein Artikel aus der „Zeit" Nr. 6/86 von ex-„Taz"-Redakteur Michael Sontheimer.
2) So geschehen in der SFB-III-Sendung „Berliner Schaufenster" vom 29.1.86
3) Zur Einleitung von Neuwahlen ist ein Volksbegehren in zwei Schritten notwendig: zunächst müssen 80.000 Unterschriften beigebracht werden und anschließend noch einmal 300.000 Unerschriften binnen 8 Tagen, wobei letztere nicht auf der Straße gesammelt werden können, sondern die Bevölkerung in die Rathäuser gehen muß.
4) Bei den Wahlen Anfang 1985 stürzte die SPD unter ihrem damaligen Kandidaten Raketen-Apel auf runde 32% ab (AL: 10,6%).

D./Westberlin, 4.2.86

FRIEDEN MIT DER NATO?

AUFRUF

zum Diskussions-Kongreß

Der KOORDINATIONSKREIS KONGRESS: o Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BuF) o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) o Comision Anti-OTAN Madrid o Demokratische Sozialisten (DS) o Friedensliste o Göttinger AK gegen Atomenergie o Grün-Alternative Liste Hamburg o Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) o Initiative „Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO" o Kommunistischer Bund (KB) o Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) o Als Beobachter arbeiten mit: Bundes-AG Frieden der GRÜNEN

12. und 13. April 1986 in Köln

Seit 1949 wird die Aufrüstungs-, Militär- und Konfrontationspolitik des Westens vereinheitlicht und umgesetzt durch das Militärbündnis NATO. Doch wurde das Bündnis selbst in den über 30 Jahren der bundesdeutschen NATO-Mitgliedschaft nie in den Mittelpunkt einer kritischen Diskussion gerückt. Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung waren lediglich Teilaspekte seiner Politik.

Obwohl die NATO für zahlreiche Aufrüstungsschritte verantwortlich gemacht werden kann, sehen viele in ihr immer noch ein notwendiges Verteidigungsbündnis. Deshalb ist es an der Zeit, das Bündnis NATO und die Rolle der BRD in der NATO zum Thema in der Friedensbewegung zu machen.

Aus diesem Grunde laden wir alle Interessierten zum Diskussionskongreß FRIEDEN MIT DER NATO? ein. Auf diesem Kongreß wollen (...) wir diskutierten

— mit denen, die den Frieden mit einer reformierten NATO für möglich halten,
— denen, die im Austritt aus der NATO einen Weg zum Frieden sehen,
— und denen, die den Weg einer gesamteuropäischen Friedensordnung suchen.

Mit dem Kongreß soll in der Friedensbewegung eine größere Debatte um die NATO begonnen werden. (...) Deshalb rufen wir auf zum Diskussionsprozeß: „FRIEDEN MIT DER NATO?" am 12. und 13. April 1986 in Köln!

Den Aufruf, den wir hier in Auszügen dokumentieren, haben neben dem Trägerkreis, dem inzwischen die DFG-VK-Gruppe Offenbach beigetreten ist, die GAL Hamm und die GAL Münster unterzeichnet. Im Rahmen der anlaufenden Debatte bei den Grünen um die NATO-Frage haben inzwischen eine Reihe von Personen und Gruppen ebenfalls zur Teilnahme aufgerufen (s. u.a. in diesem AK dazu)

Vorläufiges Programm

Samstag, 12.4., vormittags ab 9.30 Uhr

Eröffnung, Begrüßung, Organisatoria
Inhaltliche Einleitung: Über die Notwendigkeit des Kongresses

* Entwicklung der Friedensbewegung und warum die Diskussion zum Kongreßthema so wichtig ist
* Geschichtlicher Aufriß: Historie der NATO
* Aufriß unterschiedlicher Personen zur NATO in der Friedensbewegung
* Europäische Volksbewegungen gegen die NATO

ab Mittag

Arbeitsgruppen mit je zwei kontroversen/ergänzenden Einleitungsreferaten:

AG 1: Geschichte und Funktion der NATO als Instrument westlicher Globalpolitik
AG 2: BRD in der NATO: Biedermann oder Brandstifter?
AG 3: „Europäisierung": Abkoppelung von den USA oder Stärkung der NATO?
AG 4: BRD/Westeuropa: Das kleinere Übel für die 3.Welt?
AG 5: Die NATO als innere Ordnungsmacht?
AG 6: Die NATO — Reaktion auf eine Bedrohung?
AG 7: Widersprüche innerhalb der NATO: Ansatz für die Friedensbewegung?
AG 8: Alternativkonzepte zur herrschenden Sicherheitspolitik und die NATO-Frage
AG 9: Muß die BRD raus aus der NATO?
AG 10: Militär-industrieller Komplex
AG 11: Widerstandsperspektiven

abends, ab 19 Uhr

Podium zum westeuropäischen Widerstand gegen die NATO

Sonntag, 13.4., vormittags ab 10 Uhr

Podiumsdiskussion: Frieden mit der NATO?
— Streitgespräch über Handlungskonzepte bundesdeutscher Friedenspolitik

Berichte aus den Arbeitsgruppen
Plenumsdiskussion

Dieses Programm ist ein vorläufiges! Unterstützer und Besteller erhalten die jeweils neuesten Informationen über den Stand der Dinge wie: Änderungen und Erweiterungen, Referenten, Stand der Planung, Protokolle der Vorbereitungssitzungen, Kulturprogramm am Vorabend des Kongresses, etc.

* Ich/Wir unterstütze/n den Kongreß „Frieden mit der NATO?" als Aufrufer und zahlen DM ..... (mind. DM 30,-) für die Organisierung.
* Ich bin/Wir sind am Kongreß interessiert und möchten Materialien und Unterlagen zum Kongreß bestellen (DM 30,-)
* Das Geld ist auf das Konto des Kongresses überwiesen
* liegt als Scheck/Bargeld diesem Brief bei

Kongreß-Konto: A. Klörs, Sonderkonto Kongreß Nr 355603-500 bei Postgiroamt Köln (BLZ 370100 50)
Postanschrift: Kongreß-Büro, Kongreß „Frieden mit der NATO?", Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 5000 KÖLN 1

Grüne NATO-Diskussion:

'Politikfähigkeit' contra Austritt

Die Diskussion der Bundestags-Grünen am 21. Januar um die Forderung nach NATO-Austritt der BRD hat ein Schlaglicht auf den derzeit ablaufenden Anpassungsprozeß in dieser Partei geworfen. Scheibchenweise werden im Zuge der Koalierbarmachung der Grünen all jene ‚alten Hüte' abgelegt, die einstmals die Grünen für viele sozialistische Linke so attraktiv gemacht haben. Derzeit geht's der bei den Grünen immer schon umstrittenen NATO-Raus-Forderung an den Kragen.

Eine besondere Bedeutung bekommt diese Diskussion vor dem Hintergrund der Vorbereitungen zum Anti-NATO-Kongreß am 12. und 13. April in Köln. Träger und Unterstützer ist das politische Spektrum des Aktionsbündnisses gegen den Weltwirtschaftsgipfel, mit Ausnahme der Grünen. Bislang gehört allein die GAL Hamburg dem Trägerkreis an. Die Bundes-AG Frieden der Grünen hat sich zwar nicht generell gegen den Kongreß gestellt, sie nimmt als ‚Beobachter' am Trägerkreis teil, sie ist aber auf Distanz gegangen, da die Plattform des Kongresses nicht geeignet sei, die „Diskussion im Sinne einer blockübergreifenden Friedenspolitik konstruktiv voranzubringen" und ins Lager derjenigen hineinzutragen, die dieses Thema bisher umgangen hätten (voller Wortlaut in AK 265). Nachdem die bayerischen Grünen die Austrittsforderung abgelehnt haben, steht im März in Baden-Württemberg eine ähnliche Kontroverse bevor. Die baden-württembergischen Linken haben einen Antrag vorbereitet (den wir untenstehend dokumentieren), der nicht nur die Perspektive des NATO-Austritts verteidigt, sondern auch eine Unterstützung des Anti-NATO-Kongresses durch die Grünen fordert.

Damit bekommt die grüne Debatte eine konkrete Zielsetzung, innerhalb derer die derzeitige vornehme Zurückhaltung vieler linker Grüner kaum noch geeignet sein dürfte, einen politischen Klärungsprozeß weiter aufzuschieben.

Schilys Antwort auf die SPD-Forderung nach Bündnistreue?

Otto Schily, neben Joschka Fischer medienwirksamster Repräsentant des grünen Realo-Lagers, ist seinem Anhang häufig um ein paar Monate voraus. Mit Anträgen kann er sich deshalb nur selten durchsetzen. Seine Mit-Realos lassen gern erst eine Anstandsfrist verstreichen, bevor sie sich seinen Positionen anschließen. So vollzieht es sich in der Frage des staatlichen Gewaltmonopols, in der Otto im März 1985 den Meilenstein setzte: „Die Grünen dürfen keinen Zweifel daran lassen, daß sie das Gewaltmonopol des Staates unterstützen. (...) Aber in der Frage des staatlichen Gewaltmonopols bin ich nicht einen Zentimeter kompromißbereit" („Spiegel"-Interview in Nr. 13/85). Ähnlich geht es mit der grünen „Sicherheitspolitik", wo Schily ebenfalls die Norm aufstellte, die seine Mitstreiter nun erreichen und ggf. übererfüllen sollen: „Ich bin nicht für einen einseitigen Auszug der Bundesrepublik aus der NATO" („FAZ", 12.12.85).

Die auf dem Duisburger Friedensparteitag der Grünen (November 1983, am Wochenende vor der „Nachrüstungs"-Debatte im Bundestag) erstmals zum Programm erhobene Forderung nach NATO-Austritt der BRD ist absolut unvereinbar mit jeglichen Koalitionsbestrebungen auf Bundesebene. Mehr noch: die SPD verlangt sogar ein „positives Bekenntnis" der Grünen zur NATO-Mitgliedschaft. Das hat Karsten Voigt erst im Dezember noch einmal in einem Brief an den grünen „Militärexperten" Torsten Lange unmißverständlich deutlich gemacht: „Die Zustimmung der Grünen zur Mitgliedschaft in der NATO (ist) Vorbedingung für jede Regierungs- und Koalitionsfähigkeit der Grünen auf Bundesebene" (zitiert nach „taz" vom 23.1.)

Schilys „Entmilitarisierungsprogramm": NATO-Austritt nicht wünschenswert

Nach solchen sozialdemokratischen Vorgaben ist es also verpflichtend für grüne Realos, das geforderte Bekenntnis auch abzulegen, nach Möglichkeit gut verpackt in ein für Grüne annehmbares „Entmilitarisierungsprogramm". Das haben Otto Schily und Henning Schierholz mit ihren „Perspektiven ... zur Weiterentwicklung europäischer Friedenspolitik" versucht. Dieses Papier, eingebracht als Tischvorlage für die Fraktionssitzung der Grünen im Bundestag am 21.1., verspricht einen „ab sofort in Angriff zu nehmenden Vorschlag zur Überwindung der Spaltung in Mitteleuropa, zur Realisierung einer europäischen, von Massenvernichtungsmitteln freien Entspannungs- und Abrüstungszone und damit langfristig zu erreichenden europäischen Friedensordnung". Zu besonderen Taten berufen seien die Deutschen: „Die Deutschen sind im Blick auf ihre Vergangenheit aufgerufen, sich als erste dem Wettlauf des R ü s t u n g s w a h n s i n n s entgegenzustellen"; und zwar „die Deutschen in beiden deutschen Staaten", die auch das Kernstück einer „mitteleuropäischen Friedensunion" (MFU) bilden sollen, der nach Schilys und Schierholz' Wünschen außerdem Österreich, die CSSR, Ungarn, Polen, die Benelux-Staaten und Dänemark angehören sollen.

Zwar erklären Schily und Schierholz die angestrebte „Sicherheitspartnerschaft" für „unvereinbar mit einer Logik paktgestützter Sicherheit"; der Austritt der MFU-Staaten aus ihren Militärbündnissen — also auch der Nato-Austritt der BRD — soll aber erst nach voll ausgebauter Sicherheitspartnerschaft mit „Vertrauensbildung, Anfreundung und Aussöhnung" in Angriff genommen werden: „Nur in dieser Perspektive kann ein Prozeß der Auflösung der Militärblöcke in Mitteleuropa in Gang gesetzt werden, wenn auch die friedensgefährdende und falsche NATO-Politik schon heute einer deutlichen Kritik unterzogen wird."

Was an diesem Konzept so besonders „realitätstüchtig" — eines von Schilys Lieblingsworten — sein soll, erklärt das Papier nicht. Immerhin bietet es „realpolitisch" einige Vorteile: Gegner in der Auseinandersetzung um die „Friedensunion" wäre vor allem die Sowjetunion, die kaum Interesse daran haben dürfte, daß sich die Staaten im westlichen Teil ihres Einflußgebietes an den NATO-Staat BRD binden und so die Linie der Blockkonfrontation nach Osten verschoben wird. Die SPD dagegen könnte mit dem in weite Ferne gerückten NATO-Austritt — als Ende eines gar nicht stattfindenden „blockübergreifenden" Entstehungsprozesses einer mitteleuropäischen Friedensunion — durchaus leben. Schon heute legen Sozialdemokraten Wert auf die Feststellung, daß für sie — gaaanz anders als für die CDU — die NATO-Mitgliedschaft „kein Selbstzweck, kein Grundwert und erst recht kein Beitrag zur geistig-moralischen Erneuerung" sei (Karsten Voigt im Bundestag am 11.9.85) — für Interpretationskünstler wie Schily sicher kein Problem, hier „Gemeinsamkeiten" auszumachen.

In der Fraktionssitzung am 21.1. hat Schily aber auch deutlich gemacht, daß es ihm gar nicht primär um „Realitätstüchtigkeit" geht: einseitiger NATO-Austritt der BRD sei nicht nur unrealistisch, sondern auch „nicht wünschbar". Auf Nachfrage von Petra Kelly präzisierte er: „Ich bin dagegen, daß wir als paktfreies Land existieren. Innerhalb der NATO gibt es Widerstandsmöglichkeiten". Die „Möglichkeiten, die wir in der NATO haben, nützen" wollte auch Waltraud Schoppe. Bedrohlicher als das Wegfallen dieser nicht näher beschriebenen „Widerstandsmöglichkeiten" ist für Schily aber dies: „Das Szenario, das sich ergeben würde, wenn die BRD tatsächlich aus der NATO austreten würde und dann einseitig als blockfreier Staat dastünde, hat sich wohl noch niemand richtig ausgemalt" (zitiert nach „taz", 23.1.). Konkretes darüber, was uns dann Schlimmes blühen könnte, war auch von Schily nicht zu erfahren. Zwei seiner „realpolitisch" engagierten Gesinnungsfreunde sind da offener: Frank Herterich im Realo-Magazin „Pflasterstrand" (11.1.): „Der Irrwitz der Austrittsperspektive liegt darin, daß die Deutsche Frage losgetreten würde, ohne zu wissen, wohin." Und Joschka Fischer in Sabine Stamers Interview-Band „Von der Machbarkeit des Unmöglichen: „Ich will hier eine wirkliche Abrüstung und eine wirkliche Blocküberwindung, ohne daß unsere europäischen Nachbarn wieder Angst vor uns haben müssen und ohne daß wir aus einer moderaten



Satellitenrolle gegenüber Washington plötzlich in eine **sehr harte** Satellitenrolle gegenüber Moskau geraten."

Tumulte in der Fraktion

Als besonders wachsamer Kämpfer gegen den „russischen Expansionismus" erwies sich Hendrik Auhagen, der auf der Fraktionssitzung am 21.1. Geschichtsunterricht erteilte: Zur NATO-Gründung habe ein Wechselspiel von ‚expansionistischen stalinistischen Tendenzen' und restaurativen Kräften im Westen geführt. Die Angst vor dem russischen Expansionismus sei berechtigt und legitim; wer das leugne, werde in der Bevölkerung nie Erfolg haben.

Abgesehen von Griechenland habe es auch seither Interventionen nur im RGW gegeben. Tumulte gab es, als Auhagen Finnland als „faktisches Mitglied des Warschauer Paktes" bezeichnete — was er dann eine Woche später in der „taz" als „völlig unpassenden Ausdruck" zurücknahm (Schwierigkeiten mit der Wortwahl haben ja auch Abgeordnete anderer Parteien, was ihre berechtigten Anliegen dann in einem ganz falschen Licht erscheinen läßt; siehe CSU-Fellner und Kohls Kritik an dessen „unglücklichen Formulierungen").

Der Vollständigkeit halber sei auch noch die kleiner werdende Schar der Antimilitaristen in der Bundestagsfraktion erwähnt, die Schilys Schwenk zur Bündnistreue zurückwiesen: Torsten Lange, der sich die Thesen des Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) über die NATO zu eigen gemacht hat, in denen die NATO als offensives Militärbündnis gegen die UdSSR, die Bundeswehr als „Armee für die Offensive gen Osten" bezeichnet und die NATO für „nicht reformierbar" erklärt wird (vgl. AK 265, S. 22); Petra Kelly, Jürgen Reents, Christa Nickels und Gabi Gottwald, die noch einmal den Zusammenhang von Koalitionsbestrebungen und Absage an den NATO-Austritt aufzeigte: „Seitdem die Koalitionsfrage die Frage in den Grünen ist, wird auch die Forderung nach einem NATO-Austritt kritisiert, seitdem kommen die Leute aus ihren Löchern hervor, die schon immer gegen den Austritt waren" (zitiert nach „taz", 23.1.).

Ein Nachtrag: Ludger Volmer, in der „taz" immer wieder gern als „Ökosozialist" bezeichnet, der am 2.2. neben Hannegret Hönes und Annemarie Borgmann zum neuen grünen Fraktionsprecher gewählt wurde, hat in der ungeklärten NATO-Frage gleich nach Amtsantritt einen „Kompromißvorschlag" gemacht. Er will die „Forderung ‚Raus aus der NATO' in politikfähige Schritte zerlegen" (Interview in der „taz" vom 4.2.). Auf die Frage, ob das nicht eine „stille Verabschiedung der radikalen Forderung" sei, antwortet er: „Mit ‚politikfähigen Schritten' meine ich, daß Forderungen entwickelt werden müssen, die von der Bevölkerung verstanden und akzeptiert werden können." Weitere Nachfrage der „taz": „Also würdet ihr, auch wenn es um Koalitionsgespräche mit der SPD geht, auf der ‚Raus aus der NATO'-Forderung beharren?" Volmer: „Als Formel ist sie politisch zu plakativ. Man muß den Prozeßcharakter deutlicher machen." Politikfähige Schritte, die den Prozeßcharakter deutlich machen — deutlich wird hier vor allem der kurze Prozeß, in welchem sich ein „Ökosozialist" zum Dummschwätzer macht. Aber politikfähig ist er und nach der unschönen Polarisierung eine echte Integrationskraft.

js./Hamburg

Auf der baden-württembergischen Landesversammlung der Grünen am 8./9. März in Freudenstadt wird es eine Kontroverse um die Frage des NATO-Austritts der BRD geben. Mehrere Parteimitglieder, darunter Ursula Denkinger vom Landesvorstand, Uli Tost vom Bundesvorstand und Ali Schmeißner aus dem Bundeshauptausschuß der Grünen, haben einen Antrag gestellt, den wir nachstehend dokumentieren.

Grüne aus Baden-Württemberg:

Jetzt mit dem Ausstieg aus der NATO beginnen

Dokument



GRÜNE Friedenspolitik muß in den Monaten des (Vor-)Wahlkampfes pointiert die eigenen Ziele und Inhalte darstellen und diese klar in Abgrenzung zum Friedensgerede der SPD den Wählerinnen und Wählern nahebringen. GRÜNE und unabhängige Friedenspolitik sollte bis zu den Bundestagswahlen deutlich machen:

1. Die NATO ist nicht reformierbar. Der NATO-Austritt ist daher das einzig realistische Ziel.
2. Substantielle Abrüstungsschritte muß jede Bundesregierung unmittelbar nach ihrer Amtsübernahme zur Durchführung bringen, wenn sie uns nicht zum Gegner haben will.
3. Nicht geschicktes Taktieren im Parlament, sondern das Wiederanwachsen des außerparlamentarischen Widerstands ist der einzig wirkungsvolle Weg zum Frieden.

ad 1. Die NATO ist nicht reformierbar. Der NATO-Austritt ist daher das einzig realistische Ziel.

ad 2. Substanzielle Abrüstung

Ziel.

Insbesondere seitens der SPD wird vertreten, daß wir den Frieden mit und in der NATO sichern müßten. Dies sei durch Korrekturen an Einzelpunkten der NATO-Strategie möglich.

Die SPD selber geht davon aus, daß ein solcher „Umbau" der NATO erst in 10-15 Jahren vom Reißbrett auf die Armeestruktur übergegangen sein wird. 10-15 Jahre, in denen jährlich ein paar mal eine internationale Krise (Grenada, Nicaragua, Lybien, Korea — die Schauplätze werden immer mehr, die Zeitabstände immer kürzer) per „horizontaler Eskalation" auf Europa übergreifen könnte.

Die Vorstellung von einer „Reformierbarkeit" der NATO beruht oft darauf, daß gesagt wird, die NATO habe in den 36 Jahren ihres Bestehens schon des öfteren ihre Strategie geändert: Von der „massiven Vergeltung" zur „flexible response" und von da zur heutigen Diskussion um „Air-land-battle" und „SDI". Tatsächlich hat es sich bei diesen „Reformen" aber immer um eine Anpassung von Kriegsführungskonzepten an den neuesten Stand der Waffentechnik gehandelt.

Auch die neuesten Vorschläge zur „Reform" der NATO ändern nichts an der Aggressivität des Nordatlantik-Pakts:

— Die SPD spricht vom Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Was bringt das aber, wenn die modernen konventionellen Waffen („intelligente Munition") dieselbe Vernichtungswirkung entfalten!?!
— Die SPD spricht vom Abzug der Mittelstreckenraketen aus der BRD. Stattdessen sollen sie auf U-Booten in den europäischen Randmeeren verlegt werden! Ein Fortschritt!?!?
— Die SPD spricht von der Umrüstung auf „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" unterstützt aber weiterhin die Anschaffung von weitreichenden Raketenwaffen zur „Abriegelung in der Tiefe" (deep interdiction).
— Einzelvorschläge der SPD, die tatsächlich defensiven Charakter haben, laufen zudem Gefahr, **von der NATO** für offensive und Kriegsführungsabsichten vereinnahmt zu werden. Denn jede Offensivstrategie benötigt auch defensive Komponenten, um etwa gegen Gegenangriffe auf die Flanken oder den Nachschub gewappnet zu sein. **Eine partielle „Defensivierung" läuft Gefahr, die Offensivkraft des Westens zu stärken, wenn sie nicht gleichzeitig mit einer Abkoppelung von der NATO verbunden wird!**

Die „NATO-Reform" ist also eine Sprechblase, die nur die Menschen in Sicherheit wiegen soll. Den vielen Millionen zurecht verängstigten Menschen soll der Eindruck vermittelt werden, auch in den Chefetagen der NATO-Parteien und der NATO-Stäbe werden sich ernsthaft Gedanken um Friedenssicherung gemacht.

Diesen Eindruck verstärken wir nur, wenn wir „konstruktiv" über den „Umbau der NATO" mitdiskutieren. Stattdessen müssen wir deutlich machen: Der Austritt aus der NATO ist zwar ein Weg, bei dem zahlreiche Widerstände überwunden und ein langjähriger politischer Kampf geführt werden muß. Er ist aber immer noch ein viel realistischerer Weg zum Frieden, als die Scheinversprechungen der NATO-„Reformer" in der SPD und anderswo.

ad 2. Substanzielle Abrüstung ohne Vorbedingungen

Entscheidende einseitige Abrüstungsschritte schwächen das NATO-Bündnis, vermindern die Kriegsgefahr und führen auch anderswo zur Verstärkung von Friedensbestrebungen („Abrüstungswettlauf")

Die GRÜNEN als Partei der Friedensbewegung müssen den Druck auf eine mögliche sozialdemokratische Bundestagsmehrheit verstärken, reale Abrüstung zu verwirklichen. **Eine Tolerierung eines SPD-Kanzlers im Bundestag muß deshalb von bestimmten Mindestbedingungen abhängig gemacht werden.** Diese Bedingungen sollten im Konsens mit der Friedensbewegung gefunden werden und auch den Interessen derjeigen Kräfte in der SPD entsprechen, die Abrüstung nicht nur im Munde führen. Vorstellbar als Mindestbedingungen wäre (genaueres gilt es mit der Friedensbewegung abzustimmen):

1. **Abzug von Pershing 2 und cruise missiles innerhalb von 6 Monaten**
Die SPD suggeriert, daß sie das sowieso vorhabe. Im zweiten Atemzug erklärt sie, daß die Raketen aber nicht einseitig abgezogen, sondern „in Ost und West wegverhandelt" werden sollen. Wie dieses Wegverhandeln in Genf klappt, sieht man jedes Jahr auf's Neue. — Die obige Forderung soll die SPD deshalb verpflichten, aus Worten Taten zu machen. (Sie wird im übrigen auch von der SPD-Linken („Frankfurter Kreis") — leider ohne jede Aussicht auf innerparteiliche Durchsetzung — erhoben).
2. **Sofortiger einseitiger Abzug aller C-Waffen aus der BRD**
Die SPD hat eine Vereinbarung mit der SED vorgelegt, die die Schaffung einer C-Waffenfreien Zone in der BRD, DDR und CSSR vorsieht. **Leider hat die SPD entsprechendes schon 1970 angekündigt, und dann nicht in die Tat umgesetzt!** Stattdessen hat sie mit den USA ein Abkommen über eine Geheimhaltung der C-Waffen-Lager abgeschlossen!!! Auch diesmal besteht die Gefahr, daß ein SPD-Kanzler ein solches Abkommen zugunsten der USA wieder verschleppen und/oder verwässern wird. Deshalb müssen wir GRÜNE eine ganz klare und sofortige, einseitige Umsetzung der C-Waffenfreien Zone fordern — was in der SPD-Wählerbasis sicherlich viel Interesse finden wird.

Zu klären wäre, ob weitere Punkte als Mindestbedingungen zu formulieren wären, etwa die Kündigung des Wartime-Host-Nation-Support-Abkommens, die Nichtbeteiligung an SDI/Eureka und das sofortige Bauende der WAA (= Option auf eigene Atomwaffen-Produktion). Die Mindestbedingungen sollten danach ausgewählt werden, in der SPD die Widersprüche zum Tanzen zu bringen, das neue „Wir-Gefühl" aufbrechen zu lassen und so eine neue Dynamik für die Friedensbewegung (und uns GRÜNE) auszulösen. — **Voraussetzung ist allerdings, daß diese Punkte wirklich als unverhandelbare Essentials und nicht als wegverhandelbare Konkursmasse behandelt werden.**

ad 3. Der außerparlamentarische Widerstand

Abrüstungsschritte oder auch nur ein Anhalten der Aufrüstung hängen nicht vom geschickten parlamentarischen Agieren der Grünen ab. Vielmehr ist eine Neubelebung des außerparlamentarischen Widerstands die Voraussetzung dazu. In diesem Sinne unterstützen bzw. initiieren die GRÜNEN:

a) Den **Kongreß „Friede mit der NATO?" am 12./13. April in Köln. Dieser Kongreß wird vom linken Flügel der Friedensbewegung („Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen"-BUF) veranstaltet und hat zum Ziel, eine Verstärkung der Diskussion um den NATO-Austritt.**
b) **Die vom KA der Friedensbewegung vorgeschlagene Großdemonstration** gegen die Stationierung von Cruise missiles **im Hunsrück** im Oktober 1986.
c) Am 11. Januar 1987, zum zweiten Jahrestag des Pershing-Unfalls und kurz vor der Bundestagswahl, soll in **Heilbronn eine Großdemonstration** stattfinden. Sie soll weniger der Selbstdarstellung der GRÜNEN dienen, als vielmehr den Willen der unabhängigen Friedensbewegung deutlich machen, **unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahlen keine Ruhe zu geben, bis diese Raketen abgezogen sind.** — Die GRÜNEN initiieren in der süddeutschen Friedensbewegung eine Diskussion um eine solche Aktion.
d) Für die Unterstützung der Dauerpräsenz in **Mutlangen und Wackersdorf** werden im Jahr 1986 **mindestens 5.000,- DM** bereitgestellt. In den **GRÜNEN BLÄTTERN** wird eine **ständige Rubrik** eingerichtet, die über den dortigen Widerstand informiert und Service-Angebote (Material, Referenten/innen, Anreisemöglichkeiten etc.) macht.

Unterzeichner/innen des Antrags: Ursula Denkinger, Uli Tost, Ali Schmeißner, Edgar Neumann, Doris Muscheler, Bernd-Ulrich Jung, Christine Muscheler, Volker Schwarz, Hans Ulrich Mayer, Gabi Gumbel, Birgitt Mayer

Schwerpunkt: Raus aus der NATO

Thilo Weichert, MdL, Die GRÜNEN Baden-Württemberg

Als der sog. Sicherheitsexperte der SPD Bülow sein sog. Sicherheitspapier im September der Presse zugänglich machte, jaulte die CDU und deren Presse auf, z.B. die BILD mit der Überschrift: „SPD-Plan: Amis raus". Da wurde „Antiamerikanismus" und „Verrat an der äußeren Sicherheit der BRD" festgestellt.

Voller Hoffnung vertiefte ich mich deshalb in die Lektüre des Bülow-Papiers. Danach war ich total enttäuscht.

(...)

Enttäuscht war ich nicht nur vom real existierenden Bülow-Papier, sondern auch von den Reaktionen der Grünen darauf.

Torsten Lange im Bundestag: „Was von Bülow angedeutet hat, wollen die Grünen in die Tat umsetzen."

Und Jürgen Maier (BAG Frieden und LaVo Baden-Württemberg, Anm. AK) meinte dann auch noch: „Bülow-Papier weist in die richtige Richtung."

Ich unterstelle zugunsten von Jürgen und Torsten, daß sie das Papier nur aus der Zeitung kannten, oder daß sie, wie bei der Presse üblich, sinnentstellend verkürzt wurden.

Ich möchte jetzt nicht das gesamte Bülow-Papier zerrupfen, dafür gäbe es genügend Ansatzpunkte, sondern nur auf zwei darin zu findende blauäugige Grundannahmen der SPD hinweisen, die für den Wahlkampf in Sachen Frieden äußerst wichtig sind:

1. Die SPD glaubt, die Bundeswehr erhalte den Frieden, und eine Verteidigung der BRD sei innerhalb der NATO auf deutschem Boden möglich.
2. Die SPD bildet sich ein, eine Reform der NATO evt. sogar alleine durchsetzen zu können, und zwar insbesondere gegen US-Interessen.

Lediglich der linke Flügel um Eppler vertritt hier eine etwas andere Position.

(...)

Zwar will Eppler mit seinen Genossen nicht „Raus aus der NATO", aber doch die „Auflösung der Militärblöcke". Die SPD macht sich totale Illusionen, was die militärischen, ökonomischen und machtpolitischen Interessen der USA angeht, oder sie lügt der bundesdeutschen Bevölkerung etwas in die Tasche.

Ich vertrete die Ansicht, daß die Bündnisfrage Dreh- und Angelpunkt ist zwischen sozialdemokratischer Kosmetik und tatsächlicher Friedenspolitik. Deshalb muß eine zentrale Forderung der Grünen im Bundestagswahlkampf sein: „Raus aus der NATO" — auch wenn dies aktuell mit oder ohne SPD, mit oder ohne Regierung noch Utopie ist.

(...)

Am NATO-Austritt kommt also tatsächliche Friedenspolitik praktisch nicht vorbei. Dennoch glauben einige — insbesondere die auf Bundes-Koalitionskurs getrimmten grünen Politiker — mit der NATO leben zu können.

Abgesehen davon, daß die SPD keine Koalition mit den Grünen im Bund eingehen wird, wenn wir auf den NATO-Austritt als Essential bestehen: Das Umschwenken auf NATO-Linie bei Teilen der Grünen hat v.a. irrationale Gründe: Von der CDU bis weit hinein in die SPD wird die NATO-Mitgliedschaft als ein Tabu-Thema behandelt (auch durch von Bülow). In Verfassungsschutzberichten wird sogar der Eindruck erweckt, daß die Forderung nach Abzug der amerikanischen Truppen verfassungswidrig sei — übrigens eine Behauptung, deren Gegenteil immer mehr zutrifft: Wer den Erhalt unserer verfassungsmäßigen Ordnung (Grundrechte, Friedensgebot) will, muß für einen Austritt aus der NATO sein.

Der bisherige Konsensus der NATO-Treue bei bundesdeutschen Politikern ist Ausdruck unbewältigter Vergangenheit. Noch immer am Vorwurf deutschen faschistischen Weltmachtstrebens leidend, will man sich und der Welt nicht eingestehen, daß die Bundesrepublik schon lange wieder imperialistische Weltmachtpolitik betreibt.

(...)

Ich wage sogar die These, daß die Forderung nach NATO-Austritt in der Friedenspolitik zu denen gehört, die in der Bevölkerung schnell mehrheitfähig werden könnten. Wer nun einwendet, das Ziel des NATO-Austritts sei unrealistisch, der hat vielleicht kurzsichtig recht, doch hat er auch politisch kapituliert. Bisher war jede Forderung der Friedensbewegung — selbst die nach Nichtstationierung von Pershing und Cruise — unrealistisch, und doch war fast jede Forderung richtig und wichtig. Ein politisches Ziel kann man nur erreichen, wenn man es definiert und verfolgt, nicht, indem man es verschweigt, weil es kurzfristig auf Grund der Machtkonstellation (man denke an die 94% NATO-Befürworter im Bundestag) unrealistisch erscheint. Die NATO-Mitgliedschaft sollte deshalb zu einem der beiden Friedensthemen im Bundestagswahlkampf gemacht werden.

(...)

NATO-Austritt und einseitige Abrüstung als Schwerpunkte des Bundestagswahlkampfes machen grüne Friedenspolitik unverwechselbar, klar und eindeutig und bringen uns in der Friedensdiskussion wieder in die Offensive. Beide Forderungen zusammen sind eine gute Grundlage für weitergehende antimilitaristische Arbeit.

Thilo Weichert fühlt sich dem politischen Spektrum der Gewaltfreien Aktion zugehörig und arbeitet in der Initiative „Kein Frieden mit der NATO" in Baden-Württemberg mit.
Das hier auszugsweise abgedruckte Papier ist für die nächste Ausgabe der „Grünen Blätter" bestimmt.

Airland-Battle -Angriff? Ohne mich!

'Darmstädter Signal' und 'Innere Führung'

„Sie haben das moralische Recht, ja sogar die Pflicht, abweichende Ansichten zu äußern, wo es im Sinne des Ganzen oder einer höheren Wertvorstellung erforderlich erscheint ... Es gibt kaum etwas Schlimmeres als den ‚voreilenden Gehorsam' ..." Dieser Sätze eines gewissen Dr. Manfred Wörner — seines Zeichens BRD-Kriegsminister —, ausgesprochen im Rahmen einer Rede vor der Offiziersschule des Heeres in Hannover am 10.6.83, mochte sich Ende vergangenen Jahres offenbar niemand in dessen Ministerium mehr erinnern: Wegen „extensiver Ausnutzung von Grundrechten", die zu „unhaltbaren Zuständen in der Bundeswehr" geführt hätte, wurde Hauptmann Carl-Alfred Fechner mit Beginn des neuen Jahres von seiner Kompanie beim Panzergrenadierbataillon 292 im schwäbischen Immendingen (Kreis Tuttlingen) „zur besonderen Verwendung" des Stabchefs beim 2. Korps in Ulm versetzt (taz, 5.1.86). Man habe ihn „aus einer Konfliktsituation herauslösen" müssen (so ein Heeres-Sprecher gegenüber der FR, 7.12.85), denn: Der 32jährige Offizier ist eines der profilierteren Mitglieder des „Darmstädter Signal", einer Gruppe von inzwischen ca. 170 Zeit- und Berufssoldaten sowie ziviler Mitarbeiter/innen der Bundeswehr, die sich anläßlich der „Nach"rüstung mit Pershing II und Cruise missiles im September '83 erstmals mit einer kritischen Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt hatten.



Bei den letztjährigen Geburtstagsfeiern der Bundeswehr hatten sich 20 Wehrpflichtige eben jener Kompanie, die Hauptmann Fechner befehligte, anläßlich ihrer öffentlichen Vereidigung zu einer aufsehenerregenden Zusatzerklärung entschlossen. Angeregt durch Diskussionen mit einer Tuttlinger Friedensinitiative kündigten sie an, ihr Gelöbnis werde im Falle eines Einsatzes von ABC-Waffen durch die Bundeswehr hinfällig. Daraufhin setzte der Bataillonschef Linden die betreffenden Rekruten derartig unter Druck, daß gut die Hälfte der Unterzeichner ihre Unterschriften wegen der angedrohten Konsequenzen (Verweigerung einer Beförderung oder Verpflichtung auf Zeit, Schwierigkeiten bei Bewerbungen zum Staatsdient) wieder zurückzog.

Fechner selbst hatte bereits 1983 einen „strengen Verweis" seines Bataillonskommandeurs erst durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes abwenden können, der ihm für das Überreichen einer Petition zur Atomwaffenfreiheit Tuttlingens — in Zivil und gemeinsam mit der dortigen Friedensinitiative — erteilt worden war. Eine in der örtlichen Presse erschienene Stellungnahme der „schweigenden Mehrheit" der Kompaniechefs seines Bataillons legte ihm noch vor der offiziellen Maßaregelung durch seinen obersten Dienstherren nahe, wegen Verletzung der Loyalitätspflicht gegenüber dem Staat „*Konsequenzen daraus (zu) ziehen*" (taz, s.o.). Das Bundesministerium wirft ihm vor, daß er den Gelöbnisvorbehalt seiner Untergebenen nicht unterbunden hat (FR, 7.12.85).

Das „Darmstädter Signal"

Vorangegangen waren zahlreiche Aktivitäten im Rahmen der Initiative „Darmstädter Signal": Unter dieser Überschrift hatten sich im September 1983 20 Soldaten und zivile Mitarbeiter der Bundeswehr mit einer Erklärung (s. nebenstehend abgedruckt die um Passagen zu den neuen NATO-Strategien erweiterte Fassung vom Oktober 1984) an alle Bundestagsabgeordneten und die Öffentlichkeit gewandt. Seitdem trafen sich im Abstand von jeweils zwei Monaten regelmäßig immer mehr Angehörige der Bundeswehr an verschiedenen Orten der BRD, um „*eine offene und kritische Diskussion innerhalb und außerhalb der Bundeswehr über Probleme unserer Sicherheitspolitik und den Soldatenberuf (zu) ermöglichen und ‚in Gang (zu) setzen'* " (Selbstdarstellung).

Im Januar '84 kritisierten sie das Redeverbot Wörners für Bundeswehrgeneräle im Zusammenhang mit öffentlichen Diskussionen um die sog. „Heilbronner Erklärung" von Schriftstellern und anderen Prominenten (s. AK 242). Bei einem daraufhin in Eigeninitiative veranstalteten Streitgespräch zwischen Mitgliedern beider Unterzeichnergruppen vertren sie den „Heilbronnern" gegenüber die Auffassung, auch die Stationierung von Pershing-II-Raketen rechtfertige keineswegs die in deren Erklärung geforderte Kriegsdienstverweigerung mit der Begründung, die Bundeswehr werde dadurch zum Bestandteil eines verfassungswidrigen Offensiv-Konzepts.

Vielmehr wolle man erreichen, daß kritische Jugendliche ihre Kritik in die Bundeswehr tragen. (s. Anmerkung) Dementsprechend fordern die „Darmstädter" immer wieder konsequent das Recht auf freie politische Betätigung und freie Meinungsäußerung für den „Staatsbürger in Uniform" und bemängeln öffentlich die politische Einäugigkeit (nicht nur) höherer Bundeswehrorgane und -repräsentanten.

Kritik an Offensivstrategien

Auch gegenüber den neuen NATO- und US-Strategien Airland Battle, Rogers-Plan etc. hielten sie nicht hinterm Berg: Die „*betont offensive Konzeption*" bedrohe den Entspannungsprozeß und schüre „*historische Ängste bei unseren östlichen Nachbarn.*" Gewinnbarkeit von Kriegen in Mitteleuropa anzustreben sei angesichts heutiger Massenvernichtungsmittel unverantwortlich, gesteigerte Aufrüstung die Folge. „*Massive Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht und damit gegen unser Grundgesetz wären nicht zu vermeiden.*" Hauptmann Fechner äußerte beim „2. Hardtberg-Gespräch" (u.a. mit D. Sölle, F. Alt und H. Misalla), daß „*mit mir als Kompaniechef ... die Bundesregierung keinen Angriff im Sinne der Airland-Battle-Strategie durchführen*" könne (Allg. Deutsches Sonntagsblatt, 31.3.85). Gefordert werden „*überzeugende Defensivkonzepte*"

Im Oktober 1985 folgte eine Presseerklärung mit „nachdrücklicher Begrüßung" des Bülow-Papiers in dem u.a. eine Reduzierung des Bundeswehrumfangs und Kürzung der Wehrdienstzeit vorgeschlagen werden (vgl. AK 263), und Krtitik an „*langatmige(n), die Fakten und Risiken verschleiernde(n) Weißbuch der Bundesregierung '85.*" Kurz darauf veröffentlichten sie eine Stellungnahme gegen die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Türkei und insbesondere ihrer Armee durch die BRD: Diese Politik verstoße „*gegen den Grundgedanken, unter dem sich die NATO zusammengefunden hat*" (Schutz der Bürger- und Menschenrechte lt. Weißbuch '85). „*Aktivitäten, die nur unseren Macht- und Wirtschaftsinteressen dienen*", sollten eingeschränkt, Militärhilfen eingestellt, und Kontakte zur türkischen Armee überprüft werden.

„Wir wollen eine andere Armee"

Die letzte spektakuläre Aktivität des Arbeitskreises bestand in einem Interview, das vier seiner Mitglieder (Major Helmuth Prieß, Hauptmann Jörg Schulz-Trieglaff, Hauptfeldwebel Peter Brosche und Fechner) dem „Spiegel" (46/85) anläßlich der 30-Jahrfeiern der Bundeswehr gaben. Darin kritisierten sie dieses Spektakel als „*eine riesige Propagandaschau*" und setzten sich für eine weitgehende Demokratisierung und Mitbestimmung in der Bundeswehr ein.

Hauptmann Schulz-Trieglaff beklagte in dem Interview: „*Diejenigen von uns, die sich öffentlich engagieren, werden häufig denunziert. Und dann prüfen Rechtsgelehrte, ob wir einen Schritt über die Grenzen gemacht haben.*" Und Hauptfeldwebel Brosche fügte hinzu: „*Teilweise bekommt man regelrecht Begleitschutz vom MAD (Militärischer Abschirmdienst) für seine Veranstaltungen ...*"

Fechner ist nicht der Erste (und Einzige), der disziplinarisch belangt wurde: Schulz-Trieglaff, ehemals Lehrer an der Heeeresoffizierschule Hannover, wurde in das Personalstammamt nach Köln versetzt. Und dem Regens-

Fortsetzung nächste Seite



Im Wortlaut: 13. Oktober 1984 

Soldaten gegen Wettrüsten

Das „Darmstädter Signal", eine 1983 gegründete Friedensinitiative von Soldaten und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Bundeswehr, die gegen das Wettrüsten und für eine „Sicherheitspartnerschaft" zwischen den Militärblöcken eintreten, ist mit einem neuen Appell an die Öffentlichkeit getreten. Der Aufruf unter dem Titel „Nein zur Stationierung neuer Atomraketen in unserem Land" hat folgenden Wortlaut:

Das fortgesetzte Wettrüsten der Machtblöcke gefährdet die Existenz der Menschheit und entzieht den kommenden Generationen die Lebensgrundlagen. Unersetzbare Rohstoffe, Finanzmittel und geistige Kräfte werden für militärische Zwecke verschwendet. Die Zerstörung der natürlichen Umwelt schreitet voran, und soziale Ungerechtigkeiten nehmen weltweit zu.

Über 150 Kriege in der sogenannten Dritten Welt, die zunehmende Gefahr, daß solche Kriege auf Europa übergreifen und die Möglichkeit eines Atomkrieges „aus Versehen" gebieten eine Umkehr!

Wir können und müssen damit anfangen! Deshalb fordern Soldaten — als Staatsbürger in Uniform — und Mitarbeiter/-innen der Bundeswehr, die sich im Arbeitskreis „Darmstädter Signal" zusammengeschlossen haben:

1. Das Wiederaufgreifen einer Politik der Entspannung und des Interessenausgleichs sowie die Abkehr von allen Forderungen nach Vormachtstreben und einer Politik der Stärke im Ost-West-Verhältnis.
2. Verhandlungen, die wirklich vom Willen zur Verständigung getragen sind, und konkrete Schritte zur Abrüstung.
3. Als vertrauensbildende Vorleistung einen Rüstungsstopp, den unverzüglichen Abzug aller chemischen und die deutliche Verringerung von atomaren Kampfmitteln auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland.
4. Die sofortige Rücknahme der sogenannten „Nachrüstung"!
5. Das Schaffen von ABC-waffenfreien Zonen in Europa (z.B. entsprechend dem Palme-Plan).
6. Eine konsequente Umsetzung des defensiven Auftrages der Bundeswehr im Rüstungsbereich. Zurückweisung aller Konzepte für die NATO (Air Land Battle, Angriff in die Tiefe, Rogers-Plan), die neue Rüstung notwendig machen und zum Präventivschlag herausfordern.
7. Die schrittwiese Verringerung der Rüstungsexporte und Militärhilfen für Länder der sogenannten Dritten Welt!

Frieden und Sicherheit in Europa sind nur zu erreichen, wenn die Länder der NATO und des Warschauer Vertrages im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft wechselseitig ihre politischen Interessen berücksichtigen und aufeinander abstimmen. Militärische Stärke als Druckmittel und die atomare Abschreckung als Dauerlösung lehnen wir ebenso ab, wie jenes Gleichgewichtsdenken, mit dem immer neue Maßnahmen der Aufrüstung begründet werden.

Als Soldaten und Mitarbeiter / -innen der Bundeswehr fühlen wir uns besonders betroffen und verantwortlich.

Wir verstehen uns als Friedensinitiative und solidarisieren uns mit allen Friedensgruppen, die sich für Frieden mit weniger Waffen in West und Ost einsetzen!

Wir treten entschieden dem Eindruck entgegen, daß in der Bundeswehr Einigkeit darüber herrscht, die „Nachrüstung" oder eine weitere konventionelle Aufrüstung sei aus politischen oder militärischen Gründen notwendig!

Für den Arbeitskreis „Darmstädter Signal":

Helmuth Prieß (Major), Quellenstraße 80, 5357 Swisttal-Heimerzheim (und mehrere weitere Unterzeichner)

Im Wortlaut: FR, 9.12.85

Gewissenslage der Armee

Gegen die vom Verteidigungsminister aus politischen Gründen angeordnete Versetzung ihres Mitglieds Carl Fechner protestiert die Vereinigung von Zeit- und Berufssoldaten „Darmstädter Signal", die sich gegen atomare Rüstung einsetzt. Der 32jährige Hauptmann Fechner hatte — wie berichtet — zugelassen, daß sich 20 Bundeswehrrekruten bei ihrem Gelöbnis gegen atomare, biologische und chemische Waffen aussprachen. Das „Darmstädter Signal" erklärt dazu:

Der Arbeitskreis „Darmstädter Signal", der Zusammenschluß von über 170 Zeit- und Berufssoldaten (vom Obergefreiten bis Oberst),

— solidarisiert sich mit seinem Kameraden, dem Hauptmann Carl-A. Fechner, und

— erwartet, daß die soeben verfügte Versetzung unseres Kameraden Fechner auf einen minderwertigen Dienstposten beim Stab, II. Korps in Ulm, aufgehoben wird.

Wir sind entsetzt, daß nun zum zweitenmal versucht wird, den politisch kritischen Offizier Carl-A. Fechner dienstlich zu benachteiligen. Der Vorwurf des Verteidigungsministeriums gegen Hauptmann Fechner, er hätte die Gewissensentscheidung seiner 20 Rekruten, die sich durch eine Erklärung zum Gelöbnis gegen den Einsatz von ABC-Waffen im Verteidigungsfall wandten, versuchen müssen zu verhindern, ist untragbar.

Minister Wörner hat sich in die Personalentscheidung des Hauptmanns Fechner persönlich eingeschaltet; auf seine Weisung wurde die zuerst vorgesehene Verwendung des Hptm Fechner bei der Heeresoffiziersschule nicht verfügt.

Seit Anfang 85 liegen dem Ministerium und Minister Wörner die Studie des bw-ehreigenen Sozialwissenschaftlichen Instituts vor. Dem Satz „Nichts kann einen Krieg rechtfertigen, in dem Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden" stimmen danach 83,5 % der Wehrpflichtigen zu/ teilweise zu, rund 70 % der Unteroffiziere und über 50 % der Offiziere! Diese Studie wird unter Verschluß gehalten. Aber die tatsächliche „Gewissenslage der Armee" kann weder auf die Dauer verschwiegen werden, noch kann (und darf) sie durch dienstliche Aktionen „zurechtgerückt werden".

Die Lösung besteht darin, endlich die Diskussion über ABC-Waffen-Androhung und -Einsatz auch innerhalb der Bw (Bundeswehr, d. Red.) „freizugeben" und die Glaubwürdigkeitskrise der NATO-Strategie durch eine Veränderung der Verteidigungsstrategie zu überwinden. Wir hoffen, daß unser Kamerad, Hauptmann Carl-A. Fechner, seinen untadeligen und besonders belobigten Dienst als KpChef 2./PzGrenBtl 301 fortsetzen kann.

Fortsetzung von vorheriger Seite

burger Oberleutnant Staude ist sogar verboten worden, auf seinem Aktenkoffer die Aufkleber „Nie wieder Krieg! Abrüsten statt aufrüsten" des DGB und „Schwerter zu Pflugscharen" zu tragen (ÖTV-Wehrreport 11/84). Da half auch der Verweis auf Kanzler Kohls Parole „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" nichts. Die rote Nelke (im DGB-Aufkleber) ist nämlich das *„Symbol des Sozialismus"*. Nämlich.

Antimil-Kommission
KB Göttingen

Anmerkung:

Nach Beginn der Stationierung der Pershing-Raketen (Herbst 1983) gab es in der Friedensbewegung Debatten, zu einer Verweigerungskampagne in der BRD zu kommen. Es gab auch eine scharf attackierte Prominenten-Initiative, der u.a. Günter Grass angehörte, die jetzt zur Verweigerung des Bundeswehrdienstes aufrief. Die Bundesregierung antwortete mit massiver Diffamierung der Initiative, und die gemeinsame Debatte mit Angehörigen des „Darmstädter Signals", die vertraten, die Debatte müsse in der Bundeswehr geführt werden, war für die Initiative Anlaß, den Aufruf zur Verweigerung nicht weiter zu verfolgen. Angehörige des Darmstädter Signals, speziell ihr Sprecher Helmut Prieß, wandten sich 1984 mit Erhard Eppler, Oskar Lafontaine u.a. gegen die gepalnten Manöverbehinderungsaktionen im Fulda Gap und bei Hildesheim. Solche Behinderungen würden sich gegen den einfachen Soldaten und Rekruten richten und es würde zu gewalttätigen Konfrontationen kommen, waren u.a. die zentralen Begründungen. Während Eppler damals noch einen drauf gab und im Fernsehen daherlog, die Aktionen seien abgeblasen, hatte Major Prieß den Schneid, sich einer Diskussion mit dem Bonner Koordinationskreis dazu zu stellen und teilweise seine Kritik an den Manöverbehinderungen zurückzunehmen. Die Problematik, daß eine offen in der Bundeswehr arbeitende Gemeinschaft gegen Atomaufrüstung und gegen offensive Kriegsführungsoptionen, die als „gleichberechtigte Friedensinitiative" in der Friedensbewegung betrachtet wird, nahezu fast zwangsläufig in die Rolle kommt, dort für die Abschwächung jeder Kampagne gegen die Bundeswehr einzutreten, ist mehr eine Problematik der Friedensbewegung und nicht Gegenstand dieses Artikels. (Anm. HH)

Friedensinitiative" in der Friedensbewegung betrachtet wird, nahezu fast zwangsläufig in die Rolle kommt, dort für die Abschwächung jeder Kampagne gegen die Bundeswehr einzutreten, ist mehr eine Problematik der Friedensbewegung und nicht Gegenstand dieses Artikels. (Anm. HH)

Friedensbewegung beschließt:

Demonstration am 1.10. im Hunsrück

„Frieden braucht Bewegung", unter diesem Motto beschlossen rund 700 Teilnehmer der bundesweiten Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1./2. Februar in Bonn, nach einjähriger Pause in diesem Herbst wieder eine bundesweite Demonstration durchzuführen.

Nach Abschluß der Pershing-Stationierung beginnt ab März dieses Jahres die Stationierung der Cruise missiles im Hunsrück. Ein erster Voraustrupp wird anfangs die Technik und den Einsatz der Systeme ohne Atomsprengkopf erproben, im Herbst soll es dann ernst werden. Derzeit werden auf dem Stationierungsgelände bei Hasselbach noch „Garagen" gebaut, wie der CDU-Politiker Klepsch in der Region diese bombensicheren Unterstände nannte. Weil dies der einzige Stützpunkt für die neuen Mittelstreckenraketen ist, der solche Unterstände bekommt, vermutete in einem Vortrag ein Mitglied der örtlichen Friedensinitiative als Grund die Tatsache, daß die Hunsrück-Raketen mit 2.500 km Reichweite (gegenüber 1.900 bei der Pershing) als einzige tatsächlich Moskau erreichen könnten.

Wie auf den Friedenskonferenzen nicht ganz unüblich, waren die entscheidenden Beschlüsse schon vorher im „Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung" (KA) gefallen. Eine Mehrheit von christlichen Vertretern und aus den Reihen der SPD, bis hin zu den Vertretern des BUF (= Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen) hatten sich durchgesetzt:

— Es wird nur eine zentrale Demonstration der Friedensbewegung 1986 geben, nämlich im Hunsrück am vorgesehen Stationierungsort für CM; sie soll nicht durch parallele Aktionen abgewertet werden können.
— Es wird der bisherige gesamte Forderungskatalog, der den gesamten Aufrüstungskurs der NATO benennen soll, und nicht einzelne Forderungen (z.B. SDI) in den Mittelpunkt gestellt.
— Es soll nach den Erfahrungen des Willy-Brandt-Auftrittes dort keine hochrangigen Parteiredner geben.

Die DKP-Kräfte und Bündnisorganisationen und die Jusos, die einen Aufmarsch in Bonn befürwortet hatten, hatten die Alternative, ihren bisherigen Kurs einer reinen Anti-SDI-Kampagne, möglichst mit hochrangigen SPD'lern im Bündnis, fortzusetzen oder sich diesem Vorschlag anzuschließen (wir berichteten davon im AK). Die Konferenz brachte hier dann allergrößte „Einmütigkeit", wie man auch in der UZ lesen kann: Vertreter des Ruhrostermarsches, die noch vorher schäumend vor Wut den KA aufgesucht hatten, um dort mal zu erzählen, „was die Basis denkt", hielten auf der Konferenz dann flammende Reden für eine Hunsrück-Aktion. Nach einer Briefkampagne aus den KoFAZ-Reihen (= Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit), wo die Unverschämtheit des KA in schrillen Worten an den Pranger gestellt wurde, weil er eine Verschiebung der Aktionskonferenz vorgenommen hatte, fand der KoFAZ-Sprecher versöhnliche Worte, da man sich jetzt wegen der Verschiebung auch mit dem neuen Gorbatschow-Vorschlag befassen könne.

Während die Jusos sich sehr schnell besannen, den jetzt gefaßten Beschluß zwar „für falsch" zu erklären, aber trotzdem mitzumachen, hatte die DKP zumindest intern ganz herbe Auseinandersetzungen durchzustehen, hatte doch die UZ seit dem letzten Ostermarsch bereits verkündet, daß sich die Friedensbewegung nun zu einer neuen Ein- bis Drei-Punkt-Bewegung im Sinne der DKP gemausert hätte. Nach heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen bis an die „Grenze der Belastung" erhielten die Bündnisarbeiter in der DKP etwas mehr Spielraum seitens der Partei zugestanden. Der immer wieder zu hörende Vorschlag, man solle sich in der Friedensarbeit jetzt ganz auf die „Säule" der betrieblichen, berufsbezogenen und örtlichen Friedensinitativen stützen, wo das KoFAZ dominiert, und den KA fallen lassen, konnte sich nicht durchsetzen. Etwas päpstlicher als der Papst war zuletzt, kurz vor der Konferenz, auch die DFU „umgefallen". Man einigte sich auch darauf, auf harte „Zuspitzungen" in der Friedensbewegung zu verzichten, weil das Bündnis eben „noch nicht so weit" sei.

Diese Kräfte erhielten dann auf der Aktionskonferenz noch eine ganze „Kampagne" im UNO-Friedensjahr zugestanden, wobei schwer zu durchschauen ist, was das nun für eine Kampagne sein soll. Der Auftakt, die Ostermärsche, werden eh örtlich durchgeführt, die vorgeschlagenen örtlichen Aktionstage machen auch noch keine Kampagne. Ernster ist schon die Aufforderung sich per Kauf eines „Bausteines" an der Finanzierung der ganzen Sache zu beteiligen.

Was dieses Bündnis nun im Herbst auf die Beine bringen kann, wieweit der Beschluß, dort sogar „Aktionen des zivilen Ungehorsams" durchzuführen, sich nicht nur in symbolischen Ersatzhandlungen Raum schafft, muß die weitere Vorbereitung noch zeigen. Alle Spektren in der Friedensbewegung tragen Mobilisierung und Aktion, die direkt an den vorgesehenen Stützpunkt führen soll, der dann vermutlich nicht nur durch einen Zaun „eingefriedet" sein wird. Geht man nach der grandiosen Stimmung, die auf der Konferenz ein Sprecher der IG-Metall zu den derzeitigen Auseinandersetzungen zum 116 auslöste, so kann es ja gar nicht schiefgehen.

Aus aktuellem Anlaß gab es auf der Konferenz auch eine Debatte um die Bewertung der neuen Abrüstungsvorschläge seitens der Sowjetunion. Als eine „faszinierende Perspektive" hatte die UZ sie vor der Konferenz bezeichnet. Gemäß der neuen Linie hielt sich die DKP neben flammenden Reden sehr zurück. Andreas Zumach von Aktion Sühnezeichen warnte zwar davor, die Friedensbewegung „nicht an die Fieberkurve der sowjetischen Politik anzukoppeln", wofür er dann eine Schlagzeile der „Frankfurter Rundschau" bekam, aber es waren genau die gleichen Sozialdemokraten auf der Konferenz, die gemäß der Brandt-Äußerung dort eine „Überwindung von Geist und Logik der Abschreckung" erblicken wollten. „Politische Elemente" davon billigt dann auch die verabschiedete Resolution dem Gorbatschow zu, ansonsten wurden alle Einzigartigkeiten, die diesem Vorschlag zuerkannt werden sollten — i.ü. mit auf Initiative der DKP — gestrichen. Solange die Bundesregierung nicht zu konkreter Abrüstung (wie von der Friedensbewegung gefordert), bereit sei, sei der vielbeschworene Geist von Genf ein „Dunstschleier zur Täuschung der Öffentlichkeit".

In dem verabschiedeten Papier für die Kampagne steht auch drin, daß sich die Friedensbewegung ganz kräftig in den Wahlkampf einmischen wird. Diese Aussage könnte irgendeine Art Einigkeit vorspiegeln, darüber wurde aber erst gar nicht ernsthaft auf dieser Konferenz diskutiert, dazu sind die Unterschiede viel zu groß zwischen denjenigen, die eine Ablösung der jetzigen Koalition um jeden Preis wollen und anderen Vorstellungen. Wir dokumentieren dazu ein Positionspapier von Andreas Zumach, das auch im Reader der Konferenz abgedruckt war. Wenn sich diese Kräfte gemäß der dort gemachten Vorschlage aktiv einmischen wollen, kann es durchaus interessant werden.

HH

Dokumente der Aktionskonferenz der Friedensbewegung, Bonn, 1./2. Februar 1986

Dokumente der Aktionskonferenz der Friedensbewegung, Bonn, 1./2. Februar 1986

Abrüstung jetzt — Friedenskampagne '86

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 11.10. nach Hasselbach

Neben den drei Resolutionen, die wir dokumentieren, verabschiedete die Konferenz eine Reihe weiterer — zum Beispiel zur Ausgestaltung der Friedenskampagne '86, zum Kampf um Volksentscheide, zur Anti-NATO-Kampagne in Spanien und zu Südafrika.

Wir brauchen eine andere Politik. Es gibt keine Sicherheit mit immer mehr Waffen. Dies ist ein tödlicher Irrtum. Weltraumwaffen, Atomraketen, modernste Kriegstechnik und die Rückkehr zum Faustrecht gegenüber den Völkern der „Dritten Welt" rücken die Menschheit näher an den Abgrund.

Es muß ein Anfang gemacht werden, die riesigen Waffenarsenale abzurüsten. Wir wollen unseren Kindern eine Welt übergeben, die frei ist von atomarer Bedrohung. Dazu müssen alle Massenvernichtungswaffen abgeschafft werden. Alle Menschen und Völker sollen ihr Leben frei von Furcht gestalten können — friedlich und gerecht.

Wir wollen eine Welt frei von Sexismus und Rassismus. Durch Abrüstung und eine neue Friedenspolitik. Verschaffen wir uns Möglichkeiten, den sozialen und ökologischen Ruin abzuwenden. Wir brauchen Arbeit für alle und Brot für alle.

Statt Westeuropa mit aufzurüsten, muß die Bundesrepublik eigene Abrüstungsschritte gehen.

Wir fordern:

1. Keine Beteiligung unseres Landes an Erforschung und Entwicklung von Weltraumwaffen — und Raketenabwehr — hier und überall. Sie schützen niemand und bringen die Atomwaffen nicht aus der Welt.
2. Pershing II und Cruise-Missiles müssen alle wieder weg! Der Bundestag muß den Stationierungsbeschluß aufheben!
3. Statt die Bundeswehr weiter mit offensiven Waffen aufzurüsten, muß der Rüstungshaushalt gesenkt werden.
4. Wir fordern, den Einfluß des Militärs auf unser Leben zurückzudrängen, den Militärdienst zu kürzen, die illusionäre Zivilschutzplanung zurückzunehmen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht länger einzuschränken.
5. Wir fordern, Rüstungsexporte zu beenden und sich der Unterdrückung von Völkern der „Dritten Welt" entgegenzustellen.

Alle chemischen Kampfstoffe sind zu vernichten. Alle Atomwaffentests sollen gestoppt werden.

Vorliegende, weitreichende Vorschläge zur vollständigen atomaren Abrüstung, wie z.B. den der Sowjetunion, erfordern eine positive Antwort. Die Stationierung von Cruise-Missiles zeigt, daß die Bundesregierung keine Abrüstung will.

Wir haben gelernt: Frieden braucht Bewegung. Nur durch unser eigenes Handeln werden unsere Forderungen unüberhörbar.

Im Jahr vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag müssen Weichen gestellt werden. Sorgen wir dafür, daß keine Regierung mehr den Willen der Bevölkerung übergehen kann. 1986 muß zum Jahr des Friedens werden!

Wir sehen heute, daß die Politik seit vielen Jahren die Menschen vereinzeln, entsolidarisieren und wehrlos machen will. Dann sind sie besser zu beherrschen. Dagegen müssen sich die sozialen Bewegungen stellen — die Friedensbewegung, die, die in Schwandorf gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage kämpfen, die Frauenbewegung, die Arbeitslosen, die Gewerkschaften. Der gemeinsame Widerspruch ist nötig.

Wir rufen deshalb alle Bürgerinnen und Bürger auf:

— Macht mit bei der Friedenskampagne '86 der Friedensbewegung!
— Kommt zur bundesweiten Demonstration und Kundgebung an der Cruise-Missiles-Basis in Hasselbach/Hunsrück am 11. Oktober 1986! Unterstützt Aktionen zivilen Ungehorsams!
— Meßt die Wahlversprechen der Parteien an den Forderungen der Friedensbewegung!

Es gibt einen Weg: Frieden schaffen ohne Waffen.

Resolution zum Abrüstungsvorschlag Gorbatschows

1. Die Sowjetunion hat einen Abrüstungsvorschlag mit Schritten zur stufenweisen, kontrollierten Abschaffung aller Atomwaffen vorgelegt. Politische Elemente des Vorschlags stellen Geist und Logik der Abschreckung in Frage. Der „Chef" einer der beiden Großmächte erteilt im Prinzip der bisherigen Abschreckungsdoktrin eine Absage, wenn er erklärt: „Es ist unzulässig, sich der Gewalt des nuklearen Wettrüstens zu unterwerfen", und: „Es ist an der Zeit, auf die Denkweise der Steinzeit zu verzichten, als die Hauptsorge darin bestand, sich eine möglichst größere Keule oder einen gewichtigeren Stein zu besorgen."

2. Die Friedensbewegung macht sich keine Illusionen darüber, ob der Abrüstungsvorschlag unmittelbar zu einer Abkehr vom Wettrüsten zwischen Ost und West führt. Trotz verbaler Begrüßung halten insbesondere Bundesregierung und US-Regierung an ihrem provozierenden Aufrüstungskurs fest:

— Auf den Vorschlag, alle amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen abzubauen, antworten Bundesregierung und NATO mit der „beschleunigten Stationierung" der Cruise-Missiles im Hunsrück.
— Seitdem die UdSSR ihren — unerwarteten — einseitigen Teststopp erklärte, meinte „Abrüstungsbotschafter" Wegner in Genf, der Westen müßte wegen der sowjetischen Überlegenheit weitertesten! (Und das nach dem offiziell bisher unterstützten Wunsch nach umfassendem Teststopp!)
— Das SDI-Programm soll jetzt die Ursache für die sowjetische Abrüstungsbereitschaft sein. Deshalb soll jetzt erst recht die Beteiligung an SDI und einem europäischen Raketenabwehrsystem vorangetrieben werden — wohlwissend, daß gerade dann, wenn ein größerer Teil der Offensivraketen abgerüstet wird, derjenige über eine Erstschlagsfähigkeit verfügt, der ein funktionierendes Raketenabwehrsystem besitzt.

3. Die Aktionskonferenz ruft deshalb die Gruppen der Friedensbewegung auf, weiterhin alles zu tun, um der Aufrüstungspolitik die Legitimation zu entziehen und insbesondere die Bevölkerung über die Kernforderungen der Friedensbewegung zu informieren und über ihre Aktionen zu mobilisieren.

4. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Gorbatschow-Vorschlag durch folgende konkrete Schritte positiv zu beantworten:

— durch Verzicht auf die für März 1986 geplante Stationierung von Cruise-Missiles im Hunsrück,
— mit dem Abzug der bereits stationierten Pershing-II-Raketen zu beginnen, um so günstige Voraussetzungen für einen wechselseitigen Abrüstungsprozeß zu schaffen,
— öffentlich von den USA die Einstellung aller Atomtests als Antwort auf das sowjetische Testmoratorium zu verlangen,
— den Plan für SDI und eine europäische Raketenabwehr (EVI) eine Absage zu erteilen und
— zu erklären, daß die Bundesregierung den Abzug der in der Bundesrepublik stationierten Chemiewaffen verlangt und unter keinen Umständen die Stationierung der in den USA produzierten binären C-Waffen zulassen wird.

Solange die Bundesregierung nicht zu solchen konkreten Schritten bereit ist, zeigt sie, daß sie den vielbeschworenen „Geist von Genf" nur als rhetorischen Dunstschleier zur Täuschung der Öffentlichkeit über ihre Aufrüstungspläne mißbraucht.

KDV-Verbot für Sanitätsoffiziere

„Wer sich freiwillig als Sanitätsoffizier zur Bundeswehr verpflichtet, darf sich ... nicht auf das Grundrecht zur Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen berufen ... weil es sich beim Sanitätsdienst um ‚waffenlosen Dienst' handele", der nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom April letzten Jahres für KDV-Antragsteller vorgesehen ist. Dies werde schon dadurch bestätigt, daß auch Frauen sich zum Dienst als Sanitätsoffiziere verpflichten könnten. Denen ist ja bekanntlich das Dienen mit der Waffe veboten.

Außerdem schützt das Genfer Rotkreuz-Abkommen den Sanitätsdienst völkerrechtlich vor militärischen Angriffen — etwa so, wie die Vietnamesen „völkerrechtlich" vor C-Waffen geschützt waren? — weswegen Sanitätsoffiziere nur Handfeuerwaffen zur „Verteidigung" ihrer eigenen Person und der Patient/inn/en tragen dürfen.

Die Bundesregierung ist zwar der Meinung, dies sei sehr wohl ein *„Dienst mit der Waffe"*, wenn der Waffengebrauch auch nicht „prägend" sei. Die gerade in Überarbeitung befindliche Zentrale Dienstvorschrift 49/50 schreibt zwar für die Kriegschirurgie vor, *„daß sich im Gegensatz zur üblichen ärztlichen Handlungsweise die Sorge für den einzelnen zwangsläufig den militärischen Erfordernissen unterordnen muß"*, und der Ausbilder im Offizierslehrgang *„erwartet auch, daß der Sanitätsdienst Munition mit nach vorne nimmt"* — aber was ficht all dies ein Bupdesverwaltungsgericht an, wo doch im Grundgesetz steht, daß Frauen, die sich zum Sanitätsdienst verpflichten usw. usf. (Urteil vom 26.11.85, nach FR, 28.11., taz, 29.11. und Spiegel, 2.12.85).

Mit Gott für Heimat, Marktwirtschaft und Anstand

Erklärung zum Wahlprogramm der bayerischen Grünen

Die vor allem in Norddeutschland verbreiteten Vorurteile gegen den bayerischen Volksstamm, von denen selbst aus Baden-Württemberg gebürtige AK-Redakteure nicht frei sind (,,leberkranke und katholische Feudaldeppen''; vgl. AK 266), werden auch von den bayerischen Grünen immer wieder auf das Angenehmste bestätigt. Deren im Januar verabschiedetes Landtagswahlprogramm beginnt mit einer Liebeserklärung an die bayerischen Heimat mit ihrer *,,lebendigen Traditionen und einer originären, freiheitlichen Kultur''*. Während man den grünen Realos in anderen Bundesländern ,,zugutehalten'' muß, daß ihre immer weiter nach rechts orientierte Politik (vgl. den Streit um den NATO-Austritt) eine für das erstrebte Bündnis mit der Sozialdemokratie notwendige Vorleistung ist, sind die bayerischen Mehrheits-Grünen rechts aus tiefster Überzeugung. Statt Opposition gegen die CSU, deren unangefochtene Vormachtstellung ihnen taktische Verrenkungen erspart, zu betreiben, haben sie sich entschieden, deren christlich-grüne Schwesterpartei (CGU) zu werden.

Die in AK 264 vorgestellte linke Fraktion innerhalb der bayerischen Grünen (,,Trachtenverein'') hat das Landtagswahlprogramm einer massiven Kritik unterzogen, die wir (geringfügig gekürzt) abdrucken. Die schon im November aufgeworfene Frage nach organisatorischen Konsequenzen ist innerhalb der Opposition stark umstritten.

Im grünen Landesvorstand hat es nach der Landesversammlung vom 12.1. keine politischen Verschiebungen gegeben. Neu in ein Sprecheramt gewählt wurde Martin Benedikt Kaltenhauser von Kreisverband Traunstein, der sein Bewerbungsschreiben ganz der Polemik gegen die bei den Grünen angeblich tonangebenden ,,vulgärmarxistischen Romantiker'' gewidmet hat. Ihm geht es nicht *,,um die Aufhebung der Besitzverhältnisse und auch nicht um eine ,Gegnerschaft zum Staat' mit der päbstlich beschworenen Überwindung des Systems''*. Das *,,Interesse des Kapitals — das so monolithisch nicht existiert, wie es die Feindbilder sehen wollen''* will er nicht antasten, das ,,Staatssystem'' nur gegen seinen ,,Mißbrauch durch die Machteliten'' in Schutz nehmen.

Aus der Landespolitik verabschiedet hat sich Ekkehart Rotter, bisheriger Landesvorstandssprecher und Intimfreund des Bonner Bundestags-Realos Heinz Suhr. Rotter will zukünftig auf Bundesebene wirken. Sein zu diesem Zweck geschriebenes Papier ,,Realos aller Bundesländer, vereinigt Euch!'' ist so saublöd, daß wir es den interessierten AK-Lesern auf keinen Fall vorenthalten wollen.

Offener Brief:
Realos aller Länder vereinigt euch!

Zum Jahresschluß gab es noch einmal eine schöne Bescherung aus Frankfurt: Dort ist unter der vertrauten Anstiftung von Manfred Zieran, der Strohpuppe Jutta Ditfurth, ein **,,Forum der Radikalökologen, Fundamentalisten, Ökosozialisten und Ökoanarchisten innerhalb und außerhalb der Grünen''** ans Licht gekommen. Selbstverständlich arbeitet unsere fundamentalistische Bundesvorstandssprecherin Ditfurth, wie die Presse zu berichten weiß, auch selbst in diesem Forum mit. Sie kann dies wohl um so besser und offensiver, nachdem — wie zu befürchten stand — die Konfliktscheu unserer Delegierten in Offenburg und zusätzliche fundamentalistische Theatereinlagen ihre Abwahl nicht zustande kommen ließen.

Auf der anderen Seite hat sie sich damit natürlich — trotz ihrer anderslautenden Ankündigung — weiter als Flügelexponentin stark gemacht und das große Feld derer, die sich durch sie in keiner Weise vertreten fühlen, nochmals vergrößert.

Jutta Ditfurth und alle ihre Freunde in diesem ,,Forum'' betreiben mit dem bundesweiten Aufbau einer Gruppierung **,,Linke in den Grünen''** (Selbstbezeichnung) nun eine Ausgrenzungspolitik, wie sie in dieser Schärfe bislang nicht zu beobachten war. Am Ende steht die Spaltung und die seit langem geplante Zerstörung der GRÜNEN als parlamentarische Kraft. Die jetzige Vorgehens-Strategie beruht auf der simplen Formel: Wer nicht zu den ,,Linken in den Grünen'' gehört, ist ein rechtes Schwein; und was die Rechten wollen und tun, ist ja bekannt.

Es scheint, daß die Fundamentalisten ihre lange nur mühsam und unter Qualen hochgehaltenen Masken endlich ablegen wollen. Die Einheit der Vielfalt hat sie anscheinend lange genug genervt. Das leidige grüne Mäntelchen hat für K-Grüppler und Z-Fraktionäre seine Schuldigkeit getan; GRÜN kann gehen.

Bevor alles zu spät und der letzte Wähler mit absoluter Sicherheit vergrault ist (das Politbarometer zeigte deutlich den fundamentalen Offenburg-Rückschlag auf knappe 5%!), sollten die Realpolitiker dieser Partei das Angebot aufgreifen und die Fundamentalisten samt ihrem anarchistischen Anhang ziehen lassen; denn mit Leuten, die etwa die Frage der Gewaltlosigkeit in einer Weise diskutieren, daß sie sich lediglich aus taktischem Kalkül noch zu ihr bekennen, sie aber im Grunde als idiotisch ablehnen, gibt es keine gemeinsame Basis mehr. Die grundsätzlich andere Auffassung vom Gewaltmonopol des Staates weist darüber hinaus Fundamentalisten und Realpolitiker zwei unvereinbar verschiedenen Lagern zu.

Über solche und weitere Knackpunkte sollten die Realpolitiker umgehend den Dissens herausarbeiten und erklären, weshalb eine weitere Zusammenarbeit mit den Fundamentalisten nicht mehr möglich und nach außen nicht mehr vertretbar ist. Als persönliche Indikatoren für eine Grüne Realpolitische Partei müssen Otto Schily, Joschka Fischer, Waltraud Schoppe, Heinz Suhr, Jo Müller, Hubert Kleinert u.a. bereitstehen. Mit einer durch diese figurierten grünen Partei sind die Chancen für die nächsten und übernächsten Wahlen um ein Vielfaches größer als mit diesem unseligen fundamentalistischen Bundesvorstand.

Die Sammlung unserer Kräfte ist schnellstens geboten. Wir sollten rasch in Kontakt treten, um uns vielleicht im Februar an einem gemeinsamen Wochenende über unser Vorgehen zu verständigen. Jedes weitere Zögern — gerade der oben genannten grünen Hoffnungsträger — bringt uns unweigerlich dem Ende der GRÜNEN und damit dem Ende der Zukunft näher.

Mit immer noch sattgrünen Grüßen
herzlichst
Dr. Ekkehart Rotter
Landesvorstandssprecher der bayerischen Grünen, Mitglied der Bundesstrukturkommission der Grünen, 6.1.86

Dokument Dokument Dokument

Wunderschön, liebenswert und freiheitlich ...

,,Noch immer ist Bayern ein wunderschönes und liebenswertes Land mit vielen lebendigen Traditionen und einer originären, freiheitlichen Kultur.''

Diese Feststellung stammt nicht von CSU oder SPD, sondern leitet die Präambel zum Wahlprogramm der bayerischen Grünen ein. Im Land der Massenfestnahmen (KOMM, Haidhausen, WAA-Hüttendörfer), des CS-Gases, des ausgeprägtesten Spitzelwesens und der härtesten Berufsverbote-Praxis von freiheitlicher Kultur zu reden, zeugt von einem an Zynismus grenzenden Opportunismus, wie er sonst nur von den staatstragenden Alt-Parteien bekannt ist. Mit der blutigen Niederschlagung der Räterepublik 1919 wurde auch die ,,freiheitliche Kultur'' niedergeschlagen. Seither behauptet Bayern seine Rolle als ,,Ordnungszelle der Nation'' (Strauß). Viele der beschworenen ,,lebendigen Traditio-

publik 1919 wurde auch die ,,freiheitliche Kultur'' niedergeschlagen. Seither behauptet Bayern seine Rolle als ,,Ordnungszelle der Nation'' (Strauß). Viele der beschworenen ,,lebendigen Traditio-

nen'' sind reaktionär (z.B. die Gebirgsschützenvereine, die aus den Freicorps hervorgegangen sind und eine Wurzel des Faschismus in Bayern waren), oder schlicht frauenfeindlich, wie die sog. Büchsenmacherei (symbolische Reduzierung der Frau auf das Loch, das gestopft gehört). In Bayern hat das Kapital in Zusammenarbeit mit Staatspartei CSU und katholischem Klerus ein politisches Klima der Dumpfheit, der Unterdrückung Andersdenkender und der polizeistaatlichen Tendenzen geschaffen, das in der BRD einzigartig dasteht. (...).





... und christlich ...

Christlich wie der Durchschnittsbayer kommt der bayerische Grüne daher: ,,Grüne Politik verwirklicht auch wesentliche christliche Vorstellungen'', heißt's im Programm. Daran wäre noch nicht einmal etwas auszusetzen, hätten sich die Verfechter dieses Satzes nicht selbst entlarvt. Der Zusatzantrag, ,,Grüne Politik verwirklicht darüber hinaus auch emanzipatorische, anarchistische, marxistische ... Vorstellungen'' wurde von der christlichen Landesversammlung zu Regensburg genauso abgelehnt, wie die bildungspolitische Forderung, das Pflichtfach Religion solle zukünftig nur noch Wahlfach sein.

Für das Leben, gegen die Frauen ...

Bei so viel Christlichkeit ist es oft nicht mehr weit zur liebevollen Betreuung möglichen Wachstums im Unterleib der Frauen. Die bayerischen Grünen entschieden sich für den ,,Schutz des Lebens'' und gegen die ersatzlose Streichung des § 218. Sie entschieden sich damit auch gegen die Frauenbewegung. Es ist wenig tröstreich, daß wenigstens eine dreimonatige Fristenregelung übriggeblieben ist. Die Entscheidung für ,,den Schutz des Ungeborenen Lebens'' war eine Entscheidung gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Damit sind die bayerischen Grünen hinter die Forderungen der ÖTV oder der Mehrheit der sozialdemokratischen Frauen zurückgefallen und an den rechten Rand gedriftet.

Für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus oder so

Schon am 3.11.85 stellte die SZ zum Wirtschaftsteil des Programms fest: ,,Zum Zuge kamen die weitgehend marktwirtschaftlichen Vorstellungen der Realos.''

Zwar finden sich im Wirtschaftsteil hübsche Forderungen, wie der nach Vergesellschaftung, oder der nach voller Selbstbestimmung der Lohnabhängigen etc., wenn mensch sich aber die Wege zu diesen heren Zielen ansieht, drängt sich der Verdacht auf, daß sie nur als Zugeständnis an die Parteilinke aufgenommen wurden. Denn diese, der Marktwirtschaft widersprechenden Ziele sollen ,,unter Nutzung marktwirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten'' erreicht werden. Das ,,Profitprinzip soll'' lediglich ,,zurückgedrängt werden'' und im Landwirtschaftsteil heißt es sogar: ,,Die Marktstrukturgesetze sollen so umgestaltet werden, daß die Förderung kleiner Strukturen im Vordergrund steht und nicht deren Vernichtung''. Wie das alles gehen soll, steht natürlich nicht drin, dafür aber eine ziemlich neuartige Erkenntnis: ,,Wir wenden uns gegen die kapitalistische Form der Marktwirtschaft.'' Bis jetzt sind die Volkswirtschaftler, egal welcher Richtung, immer davon ausgegangen, daß Marktwirtschaft und kapitalistische Wirtschaft das gleiche ist. Die bayerischen Grünen haben sich in ihren Bemühungen, bloß das Kapital nicht angreifen zu müssen auch um diese Tatsache herumgemogelt. (...)

Wir alle leisten Verzicht

Allerdings produzieren solche Vorstellungen über Wirtschaft nicht nur Unglaubwürdigkeit bis hin zur Lächerlichkeit, sondern auch Forderungen wie diese: ,,Wir treten ein für eine Verringerung der Stoffzufuhr auf das überlebensnotwendige Maß; auch für den Fall, daß es mit einer Verminderung unseres materiellen Wohlstands verbunden sein sollte.'' In einer Gesellschaft, in der die Einkommen so ungleich verteilt sind, wie in der BRD von ,,uns allen'' unter Umständen Verzicht zu fordern, ist eine glatte Verhöhnung von Millionen Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Behinderten, Studenten, Lehrlingen ... Es ist aber auch ein Bekenntnis zu dem heuchlerischen Wir-Prinzip, daß die Herrschenden den Beherrschten einreden, wenn sie die Folgen der Katastrophen, die ihre Wirtschaftsordnung von Mal zu Mal produziert auf deren Schultern abladen wollen.

Den Armen ein wenig mehr

Die Liste der Peinlichkeiten setzt sich im Programmteil ,,Soziales'' fort. Hier wurde die von den Arbeitsloseninitiativen bundesweit vertretene Forderung nach einer Mindestabsicherung von 1.200-1.500 DM abgelehnt. Stattdessen dividiert das Programm Arbeitslosengeld/hilfe-Empfänger und Sozialhilfeempfänger auseinander: Während den Arbeitslosengeld/hilfe-Empfängern eine Mindestabsicherung von 1.000 DM (!) zugestanden wurde, konnte mensch sich bei den Sozialhilfeempfängern gerade noch zu einer lumpigen Anhebung des Regelsatzes (= ca. 390 DM!) um 30% durchringen. So haben nun auch die bayerischen Grünen ihren Beitrag zur Zementierung der Zweiklassengesellschaft bei den sozial Schwachen geleistet.

Wir verbieten nix

Anpäßlerei, Naivität und eine tiefe Furcht vor der eigenen Radikalität verschafften einem pseudo-liberalen Bekenntnis Eingang in den Programmteil ,,Demokratie und Recht'': ,,Wir wenden uns gegen das Verbot politischer Parteien''. Diese Formulierung war die Antwort auf die ursprünglich vorgesehene Verbotsforderung rechtsradikaler Parteien und Organisationen. Diese tolle Liberalität erwies sich schon bei der ersten Probe als Heuchelei. Der Antrag, nun müsse konsequenterweise auch die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbotes von 1956 ins Programm aufgenommen werden wurde abgelehnt. In anderen Teilen der BRD, z.B. in Hamburg und Frankfurt fordern die Grünen schon seit längerem das Verbot der FAP und anderer rechtsradikaler Gruppierungen. Für Bayern, wo sich rechtsradikale Aktivitäten seit Jahren häufen, ist das für die Grünen offensichtlich kein Thema. Die Ablehnung der Verbotsforderung kommt einem Freibrief der Grünen an rechtsradikale Organisationen gleich.

Was wir befürchten

Schon wenige Tage nach dem Regensburger § 218-Beschluß erschien in der FRAZ (Nürnberg) ein Artikel von Siggi Günter. Darin wird folgendes Fazit gezogen: ,,Denn für Frauen bieten die Grünen keine Perspektive mehr — falls sie überhaupt je so viel zu bieten hatten.''

Wir befürchten, daß nicht nur engagierte Frauen, sondern auch andere Personenkreise, die den Grünen bislang nahestanden sich überlegen, ob die bayerischen Grünen für sie noch wählbar sind. Wir verhehlen nicht, daß wir diesen Überlegungen ein gewisses Verständnis entgegenbringen.

(32 Unterzeichner/innen aus verschiedenen Kreisverbänden der Grünen).

Grünes Schattenkabinett

Grünes Schattenkabinett hält sich bereit

Auf drei Landesdelegiertenkonferenzen verabschiedeten die Grünen in Niedersachsen während der vergangenen Wochen Programm und Wahlaussage für die Landtagswahl im Juni. Erklärtes Wahlziel ist die Ablösung der Regierung Albrecht und ein Bündnis mit der SPD. Voraussetzung für letzteres soll sein, *,,daß ein deutliches Zeichen des Bruches zur bisherigen Politk gesetzt wird.''* Die niedersächsischen Grünen *,,streben in Verhandlungen mit der SPD ein Arbeitsprogramm für ein Bündnis während der nächsten Legislaturperiode an (...) Ob sich dabei das Maß an Übereinstimmung als groß genug erweist, eine Landesregierung seitens der Grünen mitzutragen oder nur zu dulden, wird eine Landesversammlung zu entscheiden haben''* (vgl. auch AK 265)

Das verabschiedete Programm ist ein Katalog von Forderungen (,,Der gewerbsmäßige Heimtierhandel ist zu verbieten'' u.ä.). Wirkliche Gegenpositionen zur SPD sind nur an ganz wenigen Punkten herausgearbeitet worden (zum Teil bei Frauen, Frieden, Energie, Innere Sicherheit), der Rest läßt an Interpretationsmöglichkeit für Koalitionsverhandlungen nichts zu wünschen übrig.

Im Bereich Wirtschaft wird beispielsweise gefordert, Wirtschaftsförderung müsse einer ,,sanften Technologie'' dienen und obligatorisch die Alternativbetriebe fördern. Um die Forderung nach Vergesellschaftung zu umgehen, wird die ,,Reform des Konkurs- und Gemeinnützigkeitsgesetzes'' angestrebt; um die ,,beherrschende Stellung des Marktes als Regulator zu überwinden'', sollen ,,verbindliche Rahmendaten'' aufgestellt werden — was daraus folgen soll, bleibt unklar. Garniert ist das Ganze mit ,,Ausbau der Mitbestimmung'', der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für Bezieher unterer und mittlerer Einkommen und nach 30-prozentiger Erhöhung der Sozialhilfe — ein Kompromiß mit der SPD wird sich da finden lassen.

Im Programmteil ,,Demokratie und Recht'' waren die Programmersteller ihre beste Klientel. So wird sich seitenweise mit den Rechten von Abgeordneten und kleinen Gemeinden beschäftigt und die ,,Unüberschaubarkeit von Großgerichten'' kritisiert, die natürlich ,,dezentralisiert'' werden.

Echte Probleme bereitet den Koalos eigentlich nur der ,,sofortige Ausstieg aus der Atomenergie'', der verknüpft ist mit der Stillegung bzw. dem Nicht-Ausbau der für das Atomprogramm bundesweit bedeutsamen Zwischen- und Endlager von Gorleben und Schacht Konrad. Auf diese ,,Entsorgungsanlagen'' baut auch das ,,kleine Atomprogramm'' der SPD auf. Der SPD-Landesvorsitzende Bruns bezeichnete diese Forderung der Grünen als das neben der (inzwischen gekippten) Rotation größte Hindernis für eine Zusammenarbeit. Innerhalb der Grünen wird insbesondere das Wörtchen ,,sofortig'' vor dem Ausstieg keineswegs von allen getragen. Ein Antrag aus Lüchow-Dannenberg, die Zusammenarbeit mit der SPD von deren Erklärung abhängig zu machen, alle (auch eventuell nicht erfolgversprechenden) Schritte zur Stillegung von Atomanlagen innerhalb von zwölf Monaten einzuleiten und den Ausstieg binnen einer Legislaturperiode abzuschließen, wurde auf der LDK abgelehnt. Viel mehr als deklamatorischen Charakter hat der ,,sofortige Ausstieg'' damit auch nicht mehr.

Überraschend verlief am 12.1. die Aufstellung der Kandidatenliste für die Landtagswahl. Nachdem im Dezember die Rotation abgeschafft worden war, setzte nun das Gedränge um die wenigen aussichtsreichen Listenplätze ein, die nach Geschlechterparität, Regional- und Themenproporz besetzt wurden. Spitzenkandidatin wurde Thea Dückert, erst seit einem Jahr Mitglied der Grünen Partei und bisher ebensowenig in Erscheinung getreten wie die übrigen Kandidaten. Der Ökosozialist Jürgen Trittin, zur Zeit Fraktionssprecher im Landtag und Verfasser der im Dezember siegreichen Wahlaussage, fiel dagegen durch.

Während die ,,taz'' sich über die Ansammlung ,,grauer Mäuse'' mokierte, sah die ,,FAZ'' bei der Kanditatenkür einen Sieg der Realos. So pauschal ist das sicher nicht haltbar. Die Hoffnungen der Koalos dürften vielmehr dahin gehen, die wenig profilierten Kandidaten im ,,Ernstfall'' in ihre Richtung lenken zu können. Helmut Lippelt, prominentester Koalitionsbefürworter und intern schon als zukünftiger Minister gehandelt, hat erst gar nicht für einen Listenplatz kandidiert und sich stattdessen in den Landesvorstand ,zurückgezogen' — bis auf weiteres.

S., KB-Gruppe Lüneburg und AK-Redaktion

SPD und alltäglicher Rassismus

Die Politik der Hamburger SPD nach der Ermordung Ramazan Avcis

Sechs Wochen nach der Erschlagung des Türken Ramazan Avci durch rassistische Skinheads ist die öffentliche Debatte um diesen Mord und die hieraus zu ziehenden Konsequenzen noch voll im Gange. Mag der Hamburger SPD-Senat zunächst darauf spekuliert haben, diesen „Einzelfall" nach pflichtgemäßem Kundtun „tiefer Erschütterung" abhaken und zur Tagesordnung übergehen zu können, sieht er sich hierin mittlerweile gründlich getäuscht. Spätestens mit dem Zustandekommen eines beispiellos breiten Bündnisses türkischer Emigrantenorganisationen und Moscheen sowie durch die bislang größte Hamburger Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus mit 15.000 Teilnehmern war der anfänglichen Beschwichtigungspropaganda der Boden gründlich entzogen.

Seit der Ermordung Ramazan Avcis ist der Terror rassistischer Skinheads gegen Ausländer weitergegangen. Jugendliche Türken haben ihrerseits am 25. Januar zurückgeschlagen, indem sie zwei stadtbekannte Skinhead-Schläger angriffen und einen von ihnen lebensgefährlich verletzten. Die Situation hat sich zugespitzt, Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi sah sich sogar zu einem in deutsch und türkisch verfaßten „Offenen Brief" an die Jugend veranlaßt: „Hamburg will Frieden" schreibt er dort, den in seiner Ausländerpolitik begründeten Unfrieden erwähnt er nicht.

Innensenator und Polizei: Rassistischer Skin-Terror nicht politisch motiviert

Begonnen hatte der Senat unmittelbar nach dem Mord an Ramazan Avci mit beschwichtigenden und vernebelnden Stellungnahmen. *„Die Türken brauchen in Hamburg keine Angst zu haben"*, behauptete wider besseren Wissens Innensenator Rolf Lange. Das gezielt gegen Ausländer gerichtete Vorgehen der Skinhead-Bande wurde relativiert und verharmlost. Unisono behaupteten Senator Lange, sein Staatsrat Dr. Rabels, Polizeipräsident Heering und Hamburger Verfassungsschützer, daß Skinheads keine „politische Gruppierung" sind, der Mord an Ramazan Avci folglich auch nicht politisch zu bewerten sei.

Nicht der Staatsschutz, sondern die „Dienststelle für jugendliche Gewalttäter" (FD 614), das sogenannte „Rockerdezernat" wurde mit den Ermittlungen gegen die Avci-Mörder beauftragt. In den dokumentierten Äußerungen von Innenbehörde und Polizeiführung wurde dies damit gerechtfertigt, daß es sich bei den Skinheads zwar um eine teilweise bewaffnete Gruppe „jugendlicher Gewalttäter" handle, sie *„außer ihrem gemeinsamen Aussehen und gemeinsamen Auftreten bei gewalttätigen Ausschreitungen"* aber nichts gemeinsam hätten. Politische Motivationen bzw. Zielsetzungen seien *„bei diesen Jugendlichen erkennbar nicht vorhanden"*. Dort übliche Parolen wie „Ausländer raus", „Heil Hitler" usw. seien *„kein Zeichen einer politischen Gesinnung"*.

Man mag sich über soviel politische Dreistigkeit wundern, aber es sollte nicht vergessen werden, daß derartige Behauptungen in der Vergangenheit von der veröffentlichten Meinung oft genug geschluckt und kolportiert worden sind. Im Sinne einer Politik, die bestrebt ist, unbequemen öffentlichen Auseinandersetzungen und Nachfragen möglichst aus dem Wege zu gehen, hat die verharmlosende Darstellung des rassistischen Skinterrors jedenfalls durchaus ihren Wert.

Wem klargemacht werden kann, daß es sich bei den Skinhead-Banden um eine von der übrigen Bevölkerung scharf abgrenzbare und zudem winzige „Problemgruppe" handelt, deren mitunter auch ausländerfeindliche Handlungen gewissermaßen in sich selbst bzw. in der bei den Skins anzutreffenden Aggressivität begründet liegen, den brauchen natürlich auch die vorhandenen und im Hamburger Fall konkret nachweisbaren Verbindungen dieser Gruppe zum organisierten Neonazismus nicht zu interessieren. Ohnehin steht die staatlich legalisierte faschistische Betätigung in Form der NPD, HLA, Wiking-Jugend usw. politisch nicht zur Disposition. Ein Grund mehr, keine schlafenden Hunde zu wecken und diese Frage nicht unnötig zu thematisieren.

Wobei hiermit erst ein, wenn auch nicht unwesentlicher, *Neben*aspekt benannt ist.

Tatsächlich gibt es gute Gründe, den ursächlichen Einfluß organisierter Neonazis auf die rassistische Prägung und Gewalttätigkeit der Skinheads nicht überzubewerten. Der bei den Skins anzutreffende Ausländerhaß ist nicht hauptsächlich Ergebnis neonazistischer Propaganda. Seine tieferen Ursachen sind nicht am Rande, sondern im Zentrum dieser Gesellschaft zu suchen. Zwar sind die Skinheads in ihrer Eigenschaft als glatzköpfige Schläger gegenwärtig eine absolute Randerscheinung, hierin für die Mehrheit der Bevölkerung sicherlich ebenso ein Ärgernis wie ehedem die sogenannten Rocker. Für die in diesen Banden vorhandene Ausländerfeindlichkeit läßt sich dies in gleicher Weise aber zweifellos nicht sagen; sie ist — wenn auch in einer spezifischen Ausprägung — Teil und Produkt der diesen Staat und diese Gesellschaft insgesamt dominierenden Ausländerfeindlichkeit. Es ist daher nur zu verständlich, wenn Innenbehörde und Polizei, selbst täglich mit der Durchführung repressiven Ausländerrechts befaßt, sich weigern, den Rassismus der Skinheads gesellschaftspolitisch auf einen Begriff zu bringen. Täten sie dies, müßten sie über kurz oder lang auch zu den hierfür konstituierenden und von der herrschenden Politik maßgeblich mitverantworteten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Stellung nehmen. Hieran besteht offensichtlich kein gesteigertes Interesse.

Und noch etwas: Würde der Innensenator zugeben, daß die rassistiche Komponente bei den Skinheads geradezu identitätsstiftend ist, daß ihr Terror gegen Ausländer nicht ein Ausnahme-, sondern der Regelfall ist, würde damit zwangsläufig und umso mehr die Frage im Raum stehen, weshalb die Polizei, obwohl es an Fähigkeit hierzu keineswegs mangelt, diesen Banden noch immer nicht das Handwerk gelegt hat.

SPD-Fraktionschef Voscherau: „Wir haben diesen Mord politisch zu beurteilen"

Angesichts der breiten und öffentlichen Empörung über den Mord an Ramazan Avci, insbesondere auch angesichts des starken Protests der türkischen Bevölkerung, aufgrund umfangreicher Berichterstattung über den seit Jahren wütenden Skinhead-Terror gegen Ausländer, wegen der verschiedenen Hinweise auf bestehende Verbindungen zum organisierten Neonazismus u.a.m., erwies sich die von Innensenator und Polizei vorgegebene Propagandalinie für die Hamburger SPD insgesamt letztlich als unhaltbar. Nicht einmal das der Springer-Presse angehörende „Hamburger Abendblatt" war noch bereit, die These vom unpolitischen „Einzelfall" mitzutragen.

Noch im alten Jahr hatte sich aus Bonn der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wernitz, mit der Auffassung zu Wort gemeldet, bei den Skinheads handle es sich um eine *gemeingefährliche Bande"*, die *„brutalen Terror von rechts"* ausübe. Er forderte Bundesinnenminister Zimmermann auf, die Skinheads zu verbieten. Ein putziger Vorschlag, wenn man bedenkt, daß es ich bei den Skins ja tatsächlich nicht um eine herkömmliche Organisation handelt. Ein solches Verbot müßte, um wirksam zu werden, somit das Tragen von Glatzen, Knobelbechern usw. unter Strafe stellen. Wernitz' Begründung für seine Verbotsforderung: *„Bei einem Verbot der Skinheads würde es erst gar nicht mehr dazu kommen, daß sie sich zu hunderten zusammenrotten. Die Polizei könnte frühzeitig einschreiten"* (BILD v. 28.12.85).

Abgesehen davon, daß Wernitz sich in seiner Einschätzung der Skinhead-Banden deutlich von der vom Hamburger Innensenator vertretenen Version abhob, enthält seine Verbotsforderung ansonsten nichts als Demagogie. Ein in Bonn „oppositioneller" SPD-Politiker verlangt von CSU-Zimmermann eine Handlung, zu der dieser von Haus aus nicht bereit und im konkreten Fall auch gar nicht fähig ist, während gleichzeitig die offensichtliche Untätigkeit der SPD-geführten Polizeiorgane in Hamburg hierdurch kaschiert wird.



Kritik an der Behauptung vom unpolitischen Einzelfall kam in gemäßigter Form auch vom Hamburger SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve, deutlicher äußerte sich der SPD-Ausländerexperte in der Hamburger Bürgerschaft, Uwe Voigt, der *„die verharmlosenden Darstellungen aus der Behörde für Inneres als politisch wenig hilfreich"* qualifizierte. Voigt war auch der unseres Wissens *einzige* SPD-Politiker,der in diesem Zusammenhang das Ausländergesetz selbst angriff, es als „Anti-Ausländer-Gesetz" bezeichnete und stattdessen forderte, die *„volle soziale, rechtliche und politische Gleichstellung — und damit die Gleichwertigkeit — der hier auf Dauer lebenden Ausländer herzustellen"*. Im SPD-Senat, der sich bislang konsequent weigert, selbst den auf Länderebene zweifellos vorhandenen Spielraum zugunsten von Ausländern zu nutzen (z.B. in der Frage des Familiennachzuges), sind diese Äußerungen erkennbar nicht auf positive Resonanz gestoßen.

Ebenfalls mit Forderungen, wenn auch in weitaus bescheidenerem Rahmen, meldete sich kurz vor der großen Protestdemonstration am 11. Januar auch der SPD-Landesvorsitzende Ortwin Runde zu Wort: Er sprach sich für das kommunale Wahlrecht für Ausländer aus, wohl wissend, daß es der Senat selbst bereits vor geraumer Zeit per Beschluß abgelehnt hat, diese auf SPD-Landesparteitagen mehrheitlich beschlossene Forderung durchzuführen.

Das war dann auch schon fast alles, was SPD-Politiker den in der Stadt lebenden Ausländern anzubieten hatten, sieht man einmal davon ab, daß die Harburger Bezirksversammlung (kommunales Hamburger Stadtteilparlament) aus Anlaß des Avci-Mordes die Einrichtung einer materiell wie rechtlich spärlich ausgestatteten Stelle eines „Ausländerbeauftragten" beschloß.

Am 15. Januar fand eine „aktuelle Stunde" der Hamburger Bürgerschaft zum Mord an Ramazan Avci statt. Anstelle des abwesenden Regierungschefs Klaus von Dohnanyi hielt für die SPD ihr Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft, Henning Voscherau, eine insgesamt bemerkenswerte Rede, in der er die Skinheads als Organisation charakterisierte, die *„eingestandenermaßen ‚Jagd auf Ausländer' macht"*, und sich von anderslautenden Auffassungen des Hamburger Polizeipräsidenten öffentlich absetzte. Dessen Erklärung, — so Voscherau — *„die Skinheads seien eine eigentlich unpolitische Organisation, mag polizeilich-handwerklich richtig sein. Wir aber haben diesen Mord politisch zu beurteilen. Eine solche Erklärung hätte gegenüber den Großvätern vor 60 Jahren auch abgegeben werden können, gegenüber Männern, die wenig später zu SA-Schlägern wurden. Neofaschismus wird zur konkreten Bedrohung, wenn selbsternannte Führer wie Herr Kühnen für ihre Zwecke auf eine dumpfe Schlägertruppe zurückgreifen können"*. Ein Verbot der Neonazis ergibt sich aus diesen Äußerungen eigentlich zwingend. Es wurde von Voscherau aber nicht gefordert. Eine *„gezielte Arbeit der Sicherheitsbehörden"* zu den Skinheads hält er allerdings für erforderlich. Was damit konkret gemeint sein könnte, insbesondere im Vergleich zur aktuellen Praxis, wurde nicht erläutert.

Wie ausländerfeindlich ist die Polizei?

Zu dieser Frage lohnt es sich, sozusagen aus gegebenem Anlaß, noch einmal die Äußerungen zur Kenntnis zu nehmen, die Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei im DGB, am 16.3.82 in der BILD-Zeitung als seine Meinung veröffentlichen ließ:

„Es gibt kein Ausländer-, sondern nur ein Türkenproblem. Das müssen wir lösen, wenn nicht eines Tages offener Haß, ja sogar Straßenkämpfe zwischen Deutschen und Türken ausbrechen sollen.

Sie (die Türken, Anm. AK) *stammen aus einem fremden Kulturkreis, kapseln sich von den Deutschen ab, wohnen in selbstgeschaffenen Ghettos. Viele weigern sich, Deutsch zu lernen und schicken ihre Kinder auf eigene Koran-Schulen.*

Wer sich so verhält, zeigt damit, daß er sich nicht in unsere Gesellschaft eingliedern will. Wer hier nur Geld verdienen will und später in seine Heimat zurück will, dessen Aufenthalt bei uns muß begrenzt werden. Frauen, Kinder und andere Familienangehörige, die in die Bundesrepublik nachziehen, sollten in Zukunft nur noch Arbeitserlaubnis für zwei bis drei Jahre bekommen. Danach müssen sie eben in die Heimat zurück."

Kommentar: Wer so denkt und spricht, dabei aber das Pech hat, nicht bei der Polizei unterzukommen oder gar in der Gewerkschaft Karriere zu machen, kann mit diesen Ansichten zumindest noch darauf hoffen, bei den Skinheads oder in der NPD kameradschaftliche Aufnahme zu finden.

Was die Polizei kann, wenn sie will, und warum sie es nicht immer tut

Die zukünftige polizeiliche Behandlung der Skinheads ist gegenwärtig noch nicht abseh- und bewertbar, wohl aber das bisherige Verhalten gegenüber dieser Gruppe.

Die Polizei hat es in Hamburg in den vergangenen Jahren mit verschiedenen „Jugendbanden" zu tun gehabt. Sie hat dabei Praktiken der Observation und Operation erprobt und eingesetzt, die ihr ein sehr effektives Vorgehen erlaubten und die für die davon betroffenen Gruppen nachhaltige Konsequenzen hatten. Noch in schlechter Erinnerung ist das Vorgehen gegen die Punks, die, als teilweise auch politisch agierende Jugendgruppe, praktisch zerstreut wurden. An ihren damaligen Treffpunkten, z.B. am Spritzenplatz in Hamburg-Altona, sind sie nicht mehr zu sehen. Von ihnen bedroht fühlten sich allerdings auch nicht Ausländer, sondern die benachbarten Einzelhändler. Ebenso zerstreut wurden die „Champs", eine türkische Jugendgruppe, sowie die deutsch-türkischen „Bomber", die sich kollektiv gegen Skinheads und Neonazis zur Wehr gesetzt hatten. Die „Bomber" sind 1 1/2 Jahre durch eine spezielle Ermittlungsgruppe der Polizei beobachtet und in Schach gehalten worden. Mindestens eine konspirative Wohnung wurde zu diesem Zweck angemietet, 29 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet und durch die Massierung polizeilichen Drucks wurde schließlich die Auflösung dieser Gruppe erzwungen.

Demgegenüber präsentierten sich die Skinheads die ganze Zeit über als nach wie vor intakte Schlägergruppe. Die Akteure sind der Polizei bestens bekannt, was von dieser Seite auch offen eingeräumt wird. Polizeilich wurden ihnen allein für 1985 74 Straftaten zugeordnet, 60 Skins wurden dabei registriert, 27 mehrfach, darunter auch die späteren Avci-Mörder. Gegen 30 Skins wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, eine angesichts ständigen Skin-Terrors erstaunlich niedrige Zahl, wenn man berücksichtigt, daß allein gegen *einen* Skin-Schläger von Betroffenen mittlerweile 32 Anzeigen eingereicht wurden, der Betreffende aber immer noch frei herumläuft.

Wie überhaupt ist es zu verstehen, daß eine Gruppe, von der sich nachweislich und nachprüfbar ein erheblicher Teil der ausländischen Bevölkerung bedroht und eingeschüchtert fühlt, immer noch agieren kann und offensichtlich von der Polizei an der „langen Leine" gehalten wird? Es erscheint unglaublich und unfaßbar, und doch fällt uns hierzu nur eine einleuchtende Erklärung ein: Bei dem äußerst mäßigen Interesse der Polizei, Ausländer in dieser Stadt gegen rassistische Übergriffe effektiv zu schützen, handelt es sich um politisch motivierte Absicht, sozusagen um einen Bestandteil einer Politik, die sich der Begrenzung und Reduzierung des Ausländeranteils verschrieben hat.

Es ist hinlänglich bekannt, daß Ausländer die BRD nicht nur aus ökonomischen Gründen verlassen, sondern wesentlich auch wegen der spürbar angewachsenen Ausländerfeindlichkeit. Im Rahmen der von allen etablierten Kräften betriebenen Ausländerbegrenzungs- und „Rückkehrförderungs"politik ist die vorhandene Ausländerfeindlichkeit selbstverständlich eine politische Größe, mit der im Rahmen dieser Politik offenbar gerechnet wird, die sich jedenfalls funktional in die bekannten ausländerpolitischen Absichten einpaßt. Ein zumindest subtiles staatliches Desinteresse, diesen auf der ausländischen Bevölkerung lastenden Druck zu verringern, ist so gesehen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

verständlich. Hundertprozentig sicher ist jedenfalls, daß die bisherige polizeiliche Untätigkeit in puncto Skinheads nicht Ausdruck handwerklicher Unfähigkeit, sondern allein Ergebnis politischen Wollens ist. Nicht neue Ermittlungs- und Observierungspraktiken sind daher gefragt, sondern eine andere Politik.

Bürgermeister von Dohnanyi: „Wir wollen in Frieden leben"

Auch nach dem Mord an Ramazan Avci ist es wieder zu zahlreichen rassistischen Übergriffen auf Ausländer gekommen. Die Presse, die naturgemäß nur einen Teil und darunter vor allem die schweren Fälle aufgreift, berichtete von zwei Skinhead-Überfällen auf türkische Besucher einer Diskothek in Kellinghusen bei Hamburg, über Angriffe auf einen schwarzen Engländer am S-Bahnhof Landwehr, auf einen Türken am Hauptbahnhof sowie auf eine türkische Familie in der S-Bahn zwischen Heimfeld und Neuwiedenthal. In einer St. Pauli-Kneipe wurde ein deutscher Gast von Skinheads zusammengeschlagen, weil er eine ausländerfreundliche Haltung eingenommen hatte, ein 16jähriger türkischer Jugendlicher mußte nach einem weiteren Skin-Überfall im Hafenkrankenhaus behandelt werden.

Bei türkischen Jugendlichen hat nicht nur die Angst, sondern auch die Wut über diese Entwicklung zugenommen sowie die Bereitschaft, sich gegen die Skinheads zur Wehr zu setzen. Geschrumpfte oder zerstreute Gruppen wie die ,,Champs'' und die ,,Bomber'' erhalten wieder Zulauf, weitere neue Gruppen entstehen. Am 25. Januar, in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag, griffen türkische Jugendliche in Harburg-Neuwiedenthal zwei bekannte Skin-Schläger an, einer der beiden wurde durch Messerstiche schwer verletzt. Mit den Ermittlungen in dieser Sache wurde, anders als im Fall Avci, das FD 7, die Staatsschutzabteilung der Polizei, betraut. Die Polizei gibt hierzu an, daß seit dem 11. Januar alle Auseinandersetzungen rechtsextremer

hierzu an, daß seit dem 11. Januar alle

Auseinandersetzungen rechtsextremer Deutscher mit Ausländern von dieser Dienststelle bearbeitet würden. Daß es aber noch um wesentlich mehr geht, wurde bereits am Montag danach deutlich, als acht junge Türken im Zusammenhang mit den Neuwiedenthaler Ereignissen festgenommen wurden. Zwei der Festgenommenen wurden dem Haftrichter vorgeführt, der beide Haftbefehle bestätigte. Einer der verhafteten türkischen Jugendlichen war, dies wird auch von der Polizei nicht bestritten, in Neuwiedenthal gar nicht dabei. Ihm wird vielmehr vorgeworfen, zu ,,schwerem Landfriedensbruch'' aufgerufen zu haben. Zur Last gelegt wird ihm dabei u.a. ein Redebeitrag auf einem antifaschistischen Treffen in der ,,Werkstatt 3'' in Hamburg-Altona, zu dem sich vorwiegend türkische Jugendliche am gleichen Tag, also noch vor den Neuwiedenthaler Ereignissen, zusammengefunden hatten. Auf diesem Treffen anwesend waren offenbar auch Polizeispitzel, anders sind die vorgenommene Verhaftung und der dazu genannte Haftgrund jedenfalls nicht zu erklären.

Es zeichnet sich damit ab, daß die Polizei gewillt ist, gegen die Skinheads und andere Ausländerfeinde gerichtete Zusammenschlüsse türkischer Jugendlicher nicht zuzulassen, sie jedenfalls umfassend observieren und auch zerschlagen wird, wenn es nicht gelingt, eine über die betroffenen türkischen Jugendlichen hinausreichende politische Solidarität und Öffentlichkeit zu organisieren, die derartigen Vorhaben entgegentritt. Dabei wird es auch notwendig sein, in der gebotenen Deutlichkeit und Schärfe solche Äußerungen zurückzuweisen, wie die des Bürgermeisters von Dohnanyi, der nach den Neuwiedenthaler Auseinandersetzungen über die Hamburger Tageszeitungen einen in deutscher und türkischer Sprache verfaßten ,,Offenen Brief'' an die Jugend richtete, in dem es u.a. heißt: *,,Alle Deutschen und Türken können in Frieden in Hamburg leben, wenn Sie es wollen''*.

Hinter wohlgesetzten Worten verbirgt sich hier im Grunde nichts anderes als ein arrogantes Nicht-zur-Kenntnisnehmen-wollen der verzweifelten Lage vieler Ausländer und vor allem der türkischen Jugendlichen. Wie denn sollen sie in dieser Stadt in Frieden leben können, solange es die ausländerfeindliche Politik, ausländerfeindliche Deutsche und rassistische Banden gibt, die gerade dies nicht zulassen? Der Senat wird sich auf Dauer nicht um eine Stellungnahme zu diesen Fragen herumdrücken können.

AG Ausländer
KB/Gruppe Hamburg

Kontrovers:

Die Linke aus der Türkei und das Hamburger Bündnis türkischer Organisationen und Moscheen

Nach der Ermordung des Türken Ramazan Avci durch rassistische Skinheads hat sich in Hamburg ein türkisches Bündnis gebildet, das hinsichtlich seiner Breite und vor allem wegen seiner Zusammensetzung bislang einmalig dasteht. Dort vertreten sind Organisationen der türkischen Linken, der türkischen Sozialdemokraten, Konservative sowie islamische Gruppierungen und Moscheen. Verständlich, daß dies innerhalb der Linken aus der Türkei — und nicht nur dort — zu einer teilweise heftig geführten Diskussion darüber geführt hat, ob es richtig ist, in diesem Bündnis mitzuarbeiten und wenn ja, welche Möglichkeiten es bieten könnte, um innerhalb der ausländischen Bevölkerung eine gemeinsame Basis für einen eigenständigen Kampf um vollständige Gleichstellung zu erreichen bzw. zu verbreitern.

In den nachfolgenden Interviews äußern sich hierzu Yusuf Tiryaki, der als Einzelperson von Anfang an im türkischen Bündnis mitarbeitet, sowie mit jeweils stark voneinander abweichenden Auffassungen, Vertreter der beiden örtlichen Vereine der gespaltenen Organisation ,,Devrimci Isci''.



'Der Forschritt liegt in der Artikulation einer unterdrückten nationalen Minderheit'

Gespräch mit zwei Vertretern von Hamburg Devrimci Isci

Gespräch mit zwei Vertretern von Hamburg Devrimci Isci:

Die linken Gegner des Bündnisses wollen den Fortschritt nicht wahrhaben, der darin liegt, daß sich eine nationale Minderheit in Hamburg selbst artikuliert

AK: Könntet Ihr für unsere Leser kurz darstellen, welche Kräfte im türkischen Bündnis vertreten sind und welche unterschiedlichen Ziele sie dort nach Eurer Ansicht verfolgen ?

Devrimci Isci: Innerhalb des Bündnisses gibt es im wesentlichen folgende Tendenzen mit jeweils unterschiedlichen Ansichten zu Funktion und Perspektive dieses Zusammenschlusses:

1. Die Vertreter des türkischen Nationalismus. Sie betrachten die Ausländerfrage in der BRD ausschließlich unter dem Aspekt eines ,Türkenproblems'. Dementsprechend wollen sie ein rein türkisches Bündnis, dem nicht einmal kurdische Organisationen angehören sollen. Aus dieser Richtung kommt der Vorschlag eines Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen kurdische Organisationen. Ein derartiger Abgrenzungsbeschluß konnte bisher im Bündnis allerdings nicht durchgesetzt werden, obwohl sich hierfür selbst ein so profiliertes Mitglied wie Hakki Keskin eingesetzt hat. Außer ihm, der sich selbst als ,unabhängig' bezeichnet, gehören zur im Bündnis vertretenen Strömung des türkischen Nationalismus die ,Türkische Gemeinde' und die türkische sozialdemokratische Organisation HDF. Letztere war früher verlängerter Arm der alten kemalistischen CHP in der BRD, heute sind sie Anhänger der neugegründeten SHP - der Sozialdemokratischen Volkspartei in der Türkei. Diesen Kräften macht es auch nichts aus, mit dem Türkischen Generalkonsulat zusammenzuarbeiten.

2. Islamische Kreise, hauptsächlich Anhänger der früheren MSP Erbakans. Sie fordern ebenfalls Gleichberechtigung der Immigranten mit den Deutschen, wollen aber, daß die Immigranten aus der Türkei in der BRD eine geschlossene Gemeinschaft bilden, die ihre eigene Kultur und Religion in reiner Form bewahrt. Sie haben nichts gegen eine Zusammenarbeit mit kurdischen Organisationen und stehen in Opposition zur türkischen Republik und deren kemalistischen Grundlagen, die bekanntlich den Laizismus, also die strikte Trennung von Religion und Politik beinhalten. Außerdem im Bündnis vertreten, allerdings hinsichtlich des von ihr repräsentierten Potentials als weitaus unbedeutender einzuschätzen, die eine islamische Strömung, die sich in Anerkennung der kemalistischen Staatsdoktrin direkt dem staatlichen Religionsamt der Türkei unterstellt hat. Es handelt sich hierbei um die Beyazit-Moschee in der Langen Reihe (Straße im Hamburger Stadtteil St. Georg, Anm. AK). Ihre Vertreter sind im Bündnis bisher nicht mit eigenen Beiträgen hervorgetreten.

3. Von den traditionell-kommunistischen Organisationen beeinflußte Arbeitervereine wie FIDEF und DIDF betrachten die Ausländerfrage vom ,Klassenstandpunkt'. Sie betonen die Einheit des Proletariats unabhängig von der Nationalität und sehen die rechtliche und soziale Ungleichheit nur unter dem Aspekt der Spaltung der Arbeiterklasse. Sie haben sich einem Bündnis mit der Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb verschrieben und deren Positionen im Bündnis in allen bisher aufgetretenen Streitfragen unterstützt, selbst im Fall der Kurdenfrage.

4. Die ,undogmatischen Linken', vertreten durch uns. Wir reduzieren die ,Ausländerproblematik' weder auf eine nationale bzw. kulturelle Frage, noch auf die Klassenfrage. Natürlich ist es richtig, daß die Einteilung der arbeitenden Bevölkerung in der BRD in zwei Teile, einen mit vollen Rechten und einen fast rechtlosen, eine Spaltung der Arbeiterklasse bedeutet und allen Arbeitern, gleich welcher Nationalität, schadet. Stärker betonen wir jedoch die Identitätskrise der Ausländer — insbesondere der aus dem Nahen Osten — zwischen zwei Kulturen. Aber wir verherrlichen weder die eigene ,orientalische' Kultur mit ihren vorkapitalistischen Wertvorstellungen, noch bevorzugen wir — wie die kemalistischen Sozialdemokraten oder in anderer Form die traditionellen Kommunisten — das westlich-industrialistische Modell von Kultur und Gesellschaft. Was wir wollen, ist eine gänzlich andere Gesellschaft, in der die Verschiedenartigkeit der Menschen, darunter auch die nationale und kulturelle, nicht im Interesse irgendeiner ,Nationalen Einheit' und des industriellen Produktionsprozesses subtil oder brutal eingeebnet oder aber zu Ausbeutungszwecken als Mittel der Spaltung und Unterdrückung des Volkes instrumentalisiert wird. Was wir wollen, ist eine Gesellschaft, in der die Begriffe ,Minderheit' und ,abweichendes Verhalten' ihren Sinn verlieren, weil die Regeln menschlichen Zusammenlebens aufhören, zwanghaft uniform zu sein.

Ein derart breites Bündnis weltanschaulich so unterschiedlich strukturierter Gruppierungen aus der Türkei hat es unseres Wissens in der BRD noch nie gegeben. Wie beurteilt Ihr die Tatsache seines Zustandekommens und wie kann es mit diesem doch sehr problematischen Bündnis jetzt weitergehen ?

Grundlage für das Zustandeskommen dieses in der Tat sehr problematischen Bündnisses ist die alltägliche Ausländerfeindlichkeit, die in den letzten Jahren zugenommen und eine besondere Zuspitzung in gewalttätigen Angriffen auf Ausländer erfahren hat. Der brutale Mord an Ramazan Avci war hierfür ein Beispiel und er hat deutlich gemacht, daß von dieser Bedrohung alle Menschen aus der Türkei betroffen sind, ganz unabhängig von ihrer jeweiligen Weltanschauung. Darüber hinaus natürlich nicht nur Türken und Kurden, sondern die in der BRD lebenden Ausländer überhaupt.

Das Hamburger Bündnis hat mit einem Aufruf, der sich gleichermaßen gegen den Rassismus in der Gesellschaft und gegen die ausländerfeindliche Politik des Staates gerichtet hat, zur Protestdemonstration anläßlich der Ermordung Ramazan Avcis mobilisiert. Wir haben die größte Demonstration in Hamburg durchgeführt, die es zu dieser Thematik je gegeben hat. Breiteste Kreise der Bevölkerung wurden mit unseren Problemen und Forderungen konfrontiert. Die linken Gegner dieses Bündnisses, die die dort a u c h vertretenen reaktionären Positionen zum Anlaß genommen haben und zum Anlaß nehmen, nicht mitzuarbeiten und das Bündnis stattdessen zu bekämpfen, wollen offensichtlich den Fortschritt nicht wahrhaben, der darin liegt, daß sich eine nationale Minderheit in Hamburg erstmals selbst artikuliert hat. Die politischen Motive der Kritiker stehen wesentlich nicht in sachlichem Bezug zu der Frage, wie auf dem Boden der Verhältnisse in der BRD eine emanzipatorische Bewegung der Emigranten geschaffen werden kann, die sich nicht mehr durch andere vertreten läßt, sondern ihre hiesigen Interessen selbst formuliert und ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt. Ihre Abneigung gegen dieses Bündnis resultiert im Kern vielmehr aus den in der Türkei in anderem politischen Zusammenhang entstandenen politischen Gegensätzen, die zweifellos in unverminderter Schärfe fortbestehen. Gerade aber in dieser bislang fast ausschließlich türkeiorientierten Sichtweise und Politik der Linken aus der Türkei liegt auch die Hauptursache ihres verschwindend geringen Einflusses unter den hiesigen Landsleuten. Angesichts dieser wohl unbestreitbaren Situation wäre es geradezu lächerlich und selbstmörderisch, wollte man die Anerkennung bestimmter politischer Auffassungen, die ihrer Herkunft nach aus den Auseinandersetzungen in der Türkei resultieren, zur Voraussetzung für ein Aktionsbündnis der Emigranten in der BRD machen. Allerdings, und insofern beurteilen wir die Möglichkeiten des existierenden Bündnisses sehr skeptisch, ist diese politisch unfruchtbare Haltung nicht nur bei seinen linken Kritikern anzutreffen. Ausnahmslos a l l e Vereinigungen aus der Türkei, also auch alle im Bündnis vertretenen, sind von ihrer politischen Zusammensetzung und Aufgabenstellung her ein typisches Produkt der türkischen Verhältnisse und insoweit auch bestrebt, ihre daraus abgeleiteten Vorstellungen durchzusetzen. Demgegenüber gibt es gegenwärtig nennenswert keine Organisation der türkischen und kurdischen Emigranten, die sozusagen ein BRD-orientiertes, in den hiesigen

ein BRD-orientiertes, in den hiesigen

Verhältnissen wurzelndes und auf sie bezogenes Produkt emanzipatorischer Emigrantenpolitik wäre. Wir glauben daher auch nicht, das das türkische Bündnis in seiner gegenwärtigen Verfassung als Ansammlung türkeiorientierter Gruppen den Kern oder womöglich das politisch-organisatorische Gerüst für eine zu entwickelnde Emigrantenbewegung darstellen kann. Nützliche Dienste hierfür könnte es allerdings dann leisten, wenn es sich als gleichberechtigtes Aktionsbündnis, als Forum der Diskussion und punktueller Aktion zu Fragen der alltäglichen Ausländerfeindlichkeit und für eine Politik der vollständigen Gleichberechtigung von Ausländern begreifen würde, ohne daraus den Anspruch abzuleiten, als Vertreter einer b e s t i m m t e n politischen Richtung gewissermaßen d i e Türken oder d i e Ausländer umfassend zu vertreten.

Ob sich dies aber realisieren läßt, ist gegenwärtig zweifelhaft. Nach der erfolgreichen Demonstration anläßlich des Avci-Mordes hat es im Bündnis praktisch zu k e i n e r Frage der Emigrantenpolitik die Bereitschaft gegeben, eine weiterführende inhaltliche Diskussion mit dem Ziel gemeinsamer öffentlicher Aktivitäten anzupacken. Im Vordergrund standen stattdessen Auseinandersetzungen um die von der sozialdemokratischen, nationalistischen Strömung verursachten Ausgrenzungs- und Formierungsbestrebungen, deren Ziel es offensichtlich ist, eine ,türkische Lobby' aufzubauen, die als gewissermaßen stromlienienförmige Organisation die Interessen aller Türken, und n u r der Türken, in Hamburg repräsentieren soll, dies aber unter keinen Umständen in Opposition zum gegenwärtigen türkischen Staat.

Sollte die sozialdemokratische Strömung diese Bestrebung nicht aufgeben, wird eine Fortführung des Aktionsbündnisses in der bisherigen Zusammensetzung wohl nicht möglich sein.

Auf der letzten Sitzung des Bündnisses am 4. Februar ist es zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Anlaß hierzu war unseres Wissens eine von Hakki Keskin im Namen des Bündnisses abgegebene Presseerklärung, in der er sich von den türkischen Jugendlichen distanzierte, die am 25. Januar Skinheads in Harburg-Neuwiedenthal angegriffen hatten.

Es ist tatsächlich so, daß Hakki Keskin in völlig eigenmächtiger und undemokratischer Weise für das Bündnis eine

Fortsetzung nächste Seite

'Ich meine, daß es an der Zeit ist, daß sich die Ausländer selbst artikulieren'

Interview mit Yusuf Tiryaki, Mitarbeiter im 'türkischen Bündnis'

AK: Bereits vor der vom türischen Bündnis organisierten Demonstration anläßlich der Ermordung von Ramazan Avci wurden aus Kreisen der Linken aus der Türkei aber auch aus deutschen Gruppierungen Stimmen laut, die dem Bündnis vorwarfen, es arbeite mit sogenannten „Islam-Faschisten" zusammen...

Yusuf T.: Wir sollten als Mitglieder im Bündnis nicht verschweigen, daß wir in der Tat mit islamischen Fundamentalisten oder Traditionalisten zusammenarbeiten. Und sicherlich ist es auch so, daß ich mit diesen islamischen Fundamentalisten und Traditionalisten im Sinne meiner weitergehenden gesellschaftspolitischen Vorstellungen keine politische Arbeit leisten kann. Aber hier, im Bündnis, haben wir es zunächst mit Elementen und Vorgängen in der Gesellschaft zu tun, von denen sowohl die Fundamentalisten/Traditionalisten, als auch die linken und konservativen Gruppierungen betroffen sind, nämlich, mit den Problemen eines ganzen Bevölkerungsteils, einer ethnischen Minderheit.

An den sich daraus ergebenden Fragen kann man eine gemeinsame Politik betreiben, sofern dabei die türkeiorientierte Politik ausgeklammert wird. Dennoch kann ich die jetzt gegen die Zusammenarbeit mit islamischen Fundamentalisten oder Traditionalisten gerichteten Vorwürfe gut verstehen. Nicht weil sie richtig sind. Die Linke aus der Türkei, ich schließe mich da mit ein, als auch deutsche linke Organisationen waren in der Vergangenheit in punkto Islam immer schnell dabei, diesen als durchgängig faschistisch oder reaktionär zu qualifizieren. Ich halte das inzwischen für falsch. Zwar fordern die islamischen Fundamentalisten einen islamischen Staat, aber dieser wäre mit einem faschistischen nicht vergleichbar. Das wäre ein fundamentalistischer islamischer Staat, basierend auf Scharia-Gesetzen, was ich persönlich natürlich ablehne. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Fundamentalisten wegen ihrer Ideologie in der Türkei politisch verfolgt werden. Wir haben somit verbindende Elemente nicht nur in der BRD, wo wir alle von Ausländerfeindlichkeit betroffen sind, sondern auch hinsichtlich der türkischen Politik, aufgrund der gemeinsamen politischen Verfolgung durch diesen Staat.

Tatsächlich waren in der Vergangenheit einige Moscheen und andere moslemische Vereinigungen von „Grauen Wölfen" unterwandert, wobei diese Gruppierungen, ohne daß man dabei groß differenzierte, mit den übrigen islamischen Strömungen in einen Topf geworfen wurden. Inzwischen aber haben diese Moscheen oder islamischen Vereinigungen erkannt, daß sie große Distanz zu den „Grauen Wölfen" bzw. zur faschistischen Idee insgesamt halten müssen, weil diese den Staatsvorstellungen der islamischen Ideologie widersprechen. Wenn man jetzt ein Resümee aus der Vergangenheit zieht und diese Vergangenheit analysiert, muß man heute sagen können, das sind zwar Konservative oder islamische Fundamentalisten, aber auf keinen Fall Faschisten. Gleich in der ersten Zusammenkunft des Bündnisses wurde ganz offen ausgesprochen und klar gesagt, daß keine faschistische Organisation, keine rassistische Organisation, kein Faschist und kein Rassist in diesem Bündnis mitarbeiten darf. Insofern halte ich die gegen das Bündnis gerichteten Vorwürfe für ungerechtfertigt.

Laß uns die Frage der Gemeinsamkeiten in diesem politisch so heterogenen Bündnis, aber auch die Frage der Gegensätze, noch etwas vertiefen. Was sind die für die weitere Existenz dieses Bündnisses wesentlichen Punkte, wel-

Laß uns die Frage der Gemeinsamkeiten in diesem politisch so heterogenen Bündnis, aber auch die Frage der Gegensätze, noch etwas vertiefen. Was sind die für die weitere Existenz dieses Bündnisses wesentlichen Punkte, wel-

che Fragen würden diesen Zusammenschluß zum gegenwärtigen Zeitpunkt sprengen?

Vielleicht beginne ich zuerst mit der zweiten Frage. Dieses Bündnis würde sofort zerfallen, wenn man eine türkeiorientierte Politik betreiben würde. Türkeiorientierte Politik würde für mich z.B. bedeuten, Kritik an der existierenden türkischen Gesellschaft zu üben, Kritik an dem Demokratieverständnis in der Türkei; diese würde von verschieden Teilen des Bündnisses vielleicht unterstützt, von vielen islamisch orientierten und auch von vielen Sozialdemokraten und Konservativen aber nicht. Die verbindenden Elementen für dieses Bündnis liegen in der BRD. Die erstrangigste Gemeinsamkeit liegt in der Ausländerfeindlichkeit, der wir tagtäglich begegnen. Das hat uns zusammengebracht, das wird für die Weiterexistenz des Bündnisses vielleicht eine entscheidende Rolle spielen. Allerdings ist das nur e i n Punkt. Nur mit einem Punkt kann ein so breites Bündnis verschiedenster Ideologien und Weltanschauungen, von Atheisten bis Fundamentalisten, nicht existieren. Es müßten andere verbindende Elemente hinzukommen. Bis jetzt haben alle türkischen Organisationen und Vereine mehr oder weniger ein politisches Konzept für sich ausgearbeitet, aber dessen Umsetzung wurde immer wieder den deutschen Mitstreitern überlassen. Sprachrohr waren immer die deutschen Freunde in irgendwelchen deutschen Organisationen. Ich meine, daß es an der Zeit ist, daß wir uns selbst artikulieren. Z.B. verfügen die GAL, die SPD, die Gewerkschaften, die CDU, die FDP und viele andere Organisationen über Stellungnahmen zum Niederlassungsrecht, zum Wahlrecht für Ausländer, über muttersprachlichen Unterricht usw. Aber ein Großteil der türkischen Organisationen und Bürger weiß nicht, wie diese Stellungnahmen aussehen. Es wäre die Aufgabe des Bündnisses, hierüber eine Dokumentation zu erstellen und sich nach breiter Diskussion im Plenum entweder für eines der vorliegenden Konzepte zu entscheiden oder aber eine ganz neue Konzeption zu erarbeiten, mit der wir uns identifizieren können.

Also die verbindenden Elemente liegen m.E. in der Arbeit zu folgenden Fragen: Niederlassungsrecht, Wahlrecht, muttersprachlicher Unterricht, islamischer Religionsunterricht, ja oder nein, wenn ja wie?, in der Dokumentation des alltäglichen Rassismus und in der Dokumentation des gewaltsamen Rassismus.

Nach dem Mord an Ramazan Avci ist einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, daß die Skinheads bereits seit Jahren ausländische Bürger, vor allem Türken und türkische Jugendliche, terrorisieren. Nach den jüngsten Ereignissen ist feststellbar, daß sich verschiedene Gruppen türkischer Jugendlicher zusammenschließen, um sich gegen die Skinheads zur Wehr zu setzen. Am 25. Januar sind bekanntlich zwei Skinheads von einer dieser Gruppen angegriffen worden, einer wurde dabei schwer verletzt. Hierzu hat Hakki Keskin eine offenbar unautorisierte Stellungnahme für das türkische Bündnis abgegeben, in der er sich *„entschieden gegen derartige Formen von Selbstjustiz bei der Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus"* wendet. Wie beurteilst du die Situation?

Ich lehne jegliche Gewaltanwendung ab. Ich verurteile Gewalt, aber ich verurteile diese türkischen Jugendlichen nicht, weil sie in Notwehr handeln. Man könnte mir darauf sagen, daß sie an diesem Tag ja gar nicht angegriffen wurden. Das mag sein. Aber diese Jugendlichen, die hier geboren und aufgewachsen sind, sind seit ihrer Geburt durch diese Gesellschaft gedemütigt und ausgegrenzt worden, tagtäglich sind sie provoziert worden, am Arbeitsplatz, in der U-Bahn, in der Schule, auf der Straße beim Einkaufen und Spazierengehen, in ihrem ganzen täglichen Leben. Sie haben die ganze Zeit eine für mich unglaubliche Selbstbeherrschung an den Tag gelegt und diese Behandlung erduldet. Nun sagen sie, ich kann das nicht mehr, ich muß mich wehren. Ich muß mich wehren, um mein Leben erhalten zu können. Die Motive dieser Jugendlichen mit denen der Skins in einen Topf zu werfen, das ist unmöglich. Wenn jemand wie Hakki Keskin vom türkischen Bündnis,

ich kann das nicht mehr, ich muß mich wehren. Ich muß mich wehren, um mein Leben erhalten zu können. Die Motive dieser Jugendlichen mit denen der Skins in einen Topf zu werfen, das ist unmöglich. Wenn jemand wie Hakki Keskin vom türkischen Bündnis,

sich in dieser Situation hinstellt und sagt, ich lehne jegliche Gewaltanwendung und Selbstjustiz ab, dann hat er die Lage noch nicht erkannt. Ich habe zu beklagen, daß meine Freunde mich abends nicht mehr besuchen oder sich abholen lassen müssen. Ich habe zu beklagen, daß meine Landsleute in Gruppen zum Arbeitsplatz fahren müssen. Ich habe zu beklagen, daß meine Freunde mit Taxis zur Arbeit fahren, daß Eltern ihre Kinder nicht mehr zur Gesamtschule schicken, weil es zu weit ist. Wenn sich in dieser Situation Jugendliche wehren, dann ist das für mich Notwehr. Das türkische Bündnis müßte auf jeden Fall die Probleme dieser Jugendlichen mit diesen Jugendlichen gemeinsam besprechen, mit den Jugendlichen gemeinsam Lösungsmöglichkeiten erarbeiten und diese den zuständigen Stellen und Ämtern unterbreiten. Wenn das Bündnis allerdings den Fehler machen sollte, gegenüber diesen Jugendlichen eine Abgrenzungspolitik zu betreiben oder über ihre Köpfe hinweg irgendwelche Lösungsvorschläge zu erarbeiten, dann wird das Bündnis diese Jugendlichen gegen sich haben.

Das türkische Bündnis trifft sich zur Zeit in Form eines Plenums mit bis zu 120 Teilnehmern. Gibt es eine Diskussion darüber, wie man in einer ggf. veränderten Struktur miteinander arbeiten kann?

Tatsächlich diskutiert das Bündnis z.Zt. hauptsächlich darüber, wie die weitere Zusammenarbeit aussehen soll. Allerdings wird diese Diskussion vorwiegend strukturell geführt, nicht inhaltlich, was mir nicht behagt. Ein in

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

öffentliche Erklärung abgegeben hat, ohne daß er hierzu durch das Plenum legitimiert war. Während er sich gegenüber der deutschen Presse von den türkischen Jugendlichen distanzierte, weil sie nicht in unmittelbarer ‚Notwehr' gehandelt hätten, gab er in der türkischen Presse sogar zu verstehen, daß für die Neuwiedenthaler Auseinandersetzungen eine bestimmte politische türkische Vereinigung verantwortlich gewesen sei, die ihm bekannt wäre.

Natürlich kann man mit Recht geteilter Meinung darüber sein, ob das Vorgehen der in Neuwiedenthal beteiligten türkischen Jugendlichen wirklich richtig war und politisch gutzuheißen ist. Auf dem türkischen Bündnis anwesende Jugendliche haben in einer dort von ihnen eingebrachten Erklärung zum Beispiel vertreten, daß sie es nicht richtig finden, daß man aus einem Rachegefühl heraus jemanden verletzt.

Aber es ist unseres Erachtens angesichts tagtäglicher rassistischer Übergriffe völlig unzulässig, nur solche Formen der Selbsthilfe und Notwehr für legitim zu erklären, die sich unmittelbar aus einem konkreten Angriff ergeben. Es sollte doch zumindest verständlich sein, wenn Jugendliche aus der Türkei nicht mehr warten können

griffe völlig unzulässig, nur solche Formen der Selbsthilfe und Notwehr für legitim zu erklären, die sich unmittelbar aus einem konkreten Angriff ergeben. Es sollte doch zumindest verständlich sein, wenn Jugendliche aus der Türkei nicht mehr warten können

und wollen, bis sie zum Opfer des nächsten Überfalls werden. Solange der Hamburger Senat nicht das ihm Mögliche tut, um den rassistischen Banden ihr schmutziges Handwerk zu legen, solange kann und wird es nicht ausbleiben, daß hiervon Betroffene sich im Sinne berechtigter Notwehr gegen die rassistischen Akteure zusammenschließen und gegen sie vorgehen.

Zusammen mit Jugendlichen aus der Türkei haben wir auf der letzten Sitzung des Bündnisses folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Verabschiedung einer Erklärung, in der die Freilassung der beiden nach den Neuwiedenthaler Vorfällen inhaftierten türkischen Jugendlichen gefordert wird; damit verbunden eine Spendensammlung für deren juristische Vertretung sowie die Einrichtung eines Komitees im Bündnis, das die notwendige Solidaritätsarbeit leistet.

2. Unterstützung eines von Jugendlichen aus der Türkei verfaßten ‚Offenen Briefes' an den Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi, als Antwort auf dessen kürzlich veröffentlichtes Schreiben an die ausländischen und deutschen Jugendlichen.

3. Öffentliche Rücknahme der von Hakki Keskin eigenmächtig im Namen des Bündnisses herausgegebenen Presseerklärung.

Alle die Forderungen konnten vor allem aufgrund der Intervention Hakki Keskins im Plenum des Bündnisses leider nicht abschließend befaßt werden. Hakki K. erklärte stattdessen, an seiner Presseerklärung gäbe es nichts zu ändern. Damit war die Sitzung gesprengt. Das Bündnis ging auseinander und es ist gegenwärtig unklar, wann es wieder zusammenkommen wird.

'Das Bündnis ist eine staatsfreundliche türkische Lobby'

Gespräch mit Gazi, Devrimci Isci

AK: Was sind die wesentlichen Gründe, die Euch dazu bewogen haben, nicht am Hamburger Bündnis türkischer Organisationen und Moscheen teilzunehmen?

Gazi: Es gibt einige Gründe, die ausschlaggebend für unsere Entscheidung waren und die mit der Zusammensetzung des Bündnisses und dem Charakter der teilnehmenden Strömungen zu tun haben.

Bevor ich hierauf näher eingehe, möchte ich zunächst einige Bemerkungen zur allgemeinen Lage und zum Tod von Ramazan Avci machen. Ramazan Avci ist unserer Ansicht nach ein Opfer der ausländerfeindlichen Politik des Staates, die nach wie vor von der Bundesregierung wie auch vom Hamburger Senat praktiziert wird. Er ist ein Opfer der Neonazis, deren Greueltaten, wenn nicht vom Staat direkt unterstützt, durch ihre Duldung zumindest ermöglicht werden. Die Ermordung von Ramazan Avci sowie weitere Anschläge auf Ausländer sind nur die Spitze des Eisberges an Ausländerfeindlichkeit in dieser Gesellschaft. Es fängt an bei faschistischen und rassistischen Schmierereien, Witzen über Ausländer und geht systematisch weiter in der täglichen Ausweisung von Asylbewerbern und in der Verweigerung unserer Rechte auf Sozialämtern, bei der Ausländerpolizei, in allen staatlichen Behörden.

Die wahren Schuldigen und eigentlich Verantwortlichen an Ramazans Tod sind die Bundesregierung und der SPD-geführte Senat in Hamburg. Die Äußerungen des Bundesinnenministers Zimmermann zum Thema „Ausländer", die ich hier nicht zitieren möchte, weil ohnehin zuviel zitiert und zu wenig dagegen unternommen wird, bilden eigentlich den Inhalt des Auftrages, den diese wilden Skinheads, vielleicht unbewußt (!?), ausführen.

Wir meinen deshalb, daß sich unser Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und neofaschistische Anschläge in erster Linie gegen diese staatliche Praxis richten und mit Forderungen nach demokratischen Rechten und Selbstbestimmung verbunden werden muß.

„Gleiche soziale und politische Rechte für Ausländer und Deutsche" — dies muß die Maxime unseres Handelns sein.

Wir halten es daher für verständlich und legitim, wenn wir behaupten, daß dieser Kampf um demokratische Rechte der ausländischen Bevölkerung nicht mit Vertretern der regierenden, Aus-

delns sein.

Wir halten es daher für verständlich und legitim, wenn wir behaupten, daß dieser Kampf um demokratische Rechte der ausländischen Bevölkerung nicht mit Vertretern der regierenden, Aus-

länderfeindlichkeit erzeugenden Partei, sondern nur gegen sie geführt werden kann. Alle Bündnisse, die zur Führung dieses Kampfes gebildet werden, müssen daher antirassistisch, antifaschistisch und demokratisch sein. Die Zusammensetzung eines Bündnisses ist unseres Erachtens ausschlaggebend für die Inhalte, die es vermittelt und vermitteln will.

Dies vorausgesetzt, nun zu den Gründen unserer Nichtteilnahme am Hamburger Bündnis türkischer Organisationen und Moscheen:

1. In diesem Bündnis sind Moscheen vertreten, die nicht antifaschistisch und auch nicht antirassistisch eingestellt sind. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Mevlana-Moschee und die Selimiye-Moschee. Diese Moscheen sind nach uns vorliegenden Informationen von „Grauen Wölfen" unterwandert, die dort eine dominierende Rolle spielen. Damit ich hier nicht mißverstanden werde, möchte ich hinzufügen, daß wir in punktuellen Aktionen sehr wohl zu einer Zusammenarbeit mit „Milli Görüs" (islamische Fundamentalisten) oder mit der Hamburger Merkez-Moschee (ebenfalls den islamischen Fundamentalisten zugehörig, Anm. AK) bereit sind, nicht aber mit Moscheen, die eindeutig Organisationsfeld der „Grauen Wölfe" sind.

2. Ein Bündnis gegen Ausländerfeindlichkeit mit dem Anspruch auf kontinuierliche Zusammenarbeit muß unserer Meinung nach fähig sein, alle ausländischen und deutschen Organisationen auf dem Boden der Forderung nach sozialer und politischer Gleichberechtigung, des Antifaschismus und des Antirassismus zu erfassen. Das Hamburger Bündnis aber hat sich von Anfang an die Aufgabe gesetzt, „zuerst die Türken zu einer Gemeinschaft" zusammenzuschließen. Dieser Anspruch ist nationalistisch und beruht auf einem Verkennen der Situation, wenn er nicht von Illusionen bestimmt ist. Schließlich war die Ermordung von Ramazan Avci ein Angriff auf *alle* Ausländer, nicht nur auf die Türken. Die Neonazis fragen, wenn sie einen Scharzköpfigen treffen, nicht danach, welchen Paß er hat, einen spanischen oder türkischen, ob er Türke oder Kurde ist.

Ein weiterer Punkt ist, daß das Bündnis beschlossen haben soll, alle „Differenzen hinsichtlich der Türkei" auszuschalten. Diese sehr simple „Ausschaltung der Differenzen" ist eigentlich ein Diskussionsthema für sich, da schon dadurch jeglichen Strömungen Platz im Bündnis angeboten wird, allein aus der Tatsache heraus, daß sie „betroffene Türken" sind, egal welche politische Linie sie verfolgen. Ich möchte dies hier nicht weiter vertiefen. Ich will nur noch erwähnen, daß dieses Bündnis jeglichen türkischen Gruppierungen durch die Ausschaltung der Differenzen die Zusammenarbeit ermöglicht, andererseits eine kurdische Organisation nicht haben will, weil sie in der Türkei für einen eigenen kurdischen Staat kämpfe. Ist das nicht paradox?

3. In dem Bündnis ist die Organisation Hür-Türk (Freier Türke) vertreten; sie hat auch das Aufrufflugblatt zur Demonstration mit unterschrieben. Der Vorsitzende von Hür-Türk ist ein gewisser Dr. H. Sternken, seines Zeichens Bundestagsabgeordneter der CDU. Wie kann eine CDU-beherrschte Organisation angesichts der von dieser Partei verantworteten Politik gegen Ausländerfeindlichkeit sein? Von dieser Organisation ist uns bekannt, daß sie auch gewisse Verbindungen zum türkischen Geheimdienst MIT unterhält. Nur in Worten gegen den Rassismus zu sein, reicht als Grundlage für ein Bündnis nicht aus. Selbst der Hamburger Verein der „Grauen Wölfe" hat in einer Anzeige in der türkischen Zeitung Tercüman aus Anlaß des Mordes an Ramazan Avci „Nieder mit dem Rassismus" gefordert. Türke sein allein darf daher nicht die alleinige Basis eines Bündnisses sein, ebensowenig wie das Ausländer sein für sich genommen ausreicht.

4. Die Organisation „Türkische Gemeinde", ebenfalls im Bündnis vertreten, ist für ihre intimen Beziehungen zum türkischen Konsulat bekannt und hat hier mit diesem und den Faschisten unlängst eine Demonstration gegen die „Unterdrückung der Türken" in Bul-

4. Die Organisation „Türkische Gemeinde", ebenfalls im Bündnis vertreten, ist für ihre intimen Beziehungen zum türkischen Konsulat bekannt und hat hier mit diesem und den Faschisten unlängst eine Demonstration gegen die „Unterdrückung der Türken" in Bul-

garien veranstaltet.

5. Ein weiterer Grund für unsere Nichtteilnahme am Hamburger Bündnis lag schließlich an unserer Desinformation über dessen erste Zusammenkunft. Als wir dann davon erfuhren, hatte sich das Bündnis in der dargestellten Zusammensetzung bereits festgelegt.

Namentlich die Stärke der sozialdemokratischen und anderen reformistischen Strömungen in diesem Bündnis lassen bei mir die Befürchtung entstehen, daß sich diese sogenannte türkische Gemeinschaft zu einem Instrument der SPD entwickelt, die hier die ausländerfeindliche Praxis als Teil ihrer antidemokratischen Politik trägt.

Wie sieht Eure Alternative zu dem von Euch kritisierten türkischen Bündnis aus? Was schlagt Ihr stattdessen vor?

Ich will versuchen, unsere Alternative kurz zu erläutern: Wir lehnen jede Einmischung des türkischen Konsulats und anderer mit dem Konsulat intimen Organisationen wie auch der staatlichen Behörden und regierenden Parteien in den Kampf um völlige Gleichstellung von Ausländern und Deutschen grundsätzlich ab. Wir meinen, daß der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und für die Rechte der Ausländer ein gemeinsamer Kampf von Ausländern und Deutschen ist. Eine unumgängliche Forderung dieses Kampfes, die jetzt vielleicht nebensächlich erscheinen mag, muß sein, daß die deutsche Regierung das türkische Konsulat als Repräsentanten der Ausländer nicht anerkennen darf.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

'Ich meine, daß es an der Zeit ist, daß sich die Ausländer selbst artikulieren'

Interview mit Yusuf Tiryaki,

diesem Zusammenhang gemachter Vorschlag sieht z.B. vor, einen 7-köpfigen Vorstand zu wählen mit einer profilierten Persönlichkeit an der Spitze, dem die gesamte Koordination und Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses zu übertragen wäre. Diese Organisationsform wird v.a. von gewerkschaftlichen Kräften im Bündnis und aus der sozialdemokratischen Ecke favorisiert. Ich halte diese Vorgehensweise für falsch und gefährlich. Eine derartige Struktur kann nur in homogenen Gruppen oder Vereinen angebracht sein. In einer so heterogen und problematisch zusammengesetzten Gruppierung wie dem türkischen Bündnis, muß die weitere Form der Zusammenarbeit stattdessen inhaltlich bestimmt werden und sich aus den anstehenden Arbeitsaufgaben heraus ergeben. Meine persönliche Vorstellung ist es, Arbeitsgruppen zu bilden, zu den Punkten, die ich bereits genannt habe sowie auch solche, die hierzu als nächstes je eine türkisch- und deutschsprachige Großveranstaltung des Bündnisses vorbereiten. Diese Arbeitsgruppen, in denen jeder mitarbeiten kann, sollten für die Dauer ihrer Existenz jeweils Sprecher wählen, die dann gemeinsam die Koordination und die Vertretung des Bündnisses in der Öffentlichkeit wahrzunehmen hätten. Hierdurch wäre erstens ein inhaltlicher Zusammenhalt und zweitens die Möglichkeit gegeben, die zahlreichen unterschiedlichen Gruppierungen so einzubeziehen, daß sie sich im und durch das Bündnis vertreten fühlen können. Ganz anders sähe es aus, wenn das Bündnis zu einem „Ein-Mann-Betrieb'' würde, zur „Firma'' einer bestimmten politischen Richtung oder einer etablierten Partei- ma'' einer bestimmten politischen Richtung oder einer etablierten Partei, wozu es momentan leider starke Tendenzen gibt. Dies würde der bisherigen Zusammenarbeit die Grundlage entziehen.

Der Name Yusuf Tiryaki ist ein Pseudonym. Unser Interviewpartner bat uns, seine Identität aus politischen Gründen zu verbergen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

'Das Bündnis ist eine staatsfreundliche türkische Lobby'

Gespräch mit Gazi, Devrimci Isci

Aus der Feststellung, daß dieser Kampf sich unumgänglich gegen die herrschende ausländerfeindliche Staatspolitik richten muß, ergibt sich für uns, daß die diesen Kampf tragenden Organisationen Distanz zu dieser Staatspolitik pflegen müssen. Deswegen lehnen wir eine Zusammenarbeit mit „Hür-Türk'', der „Türkischen Gemeinde'' und dem Konsulat ab.

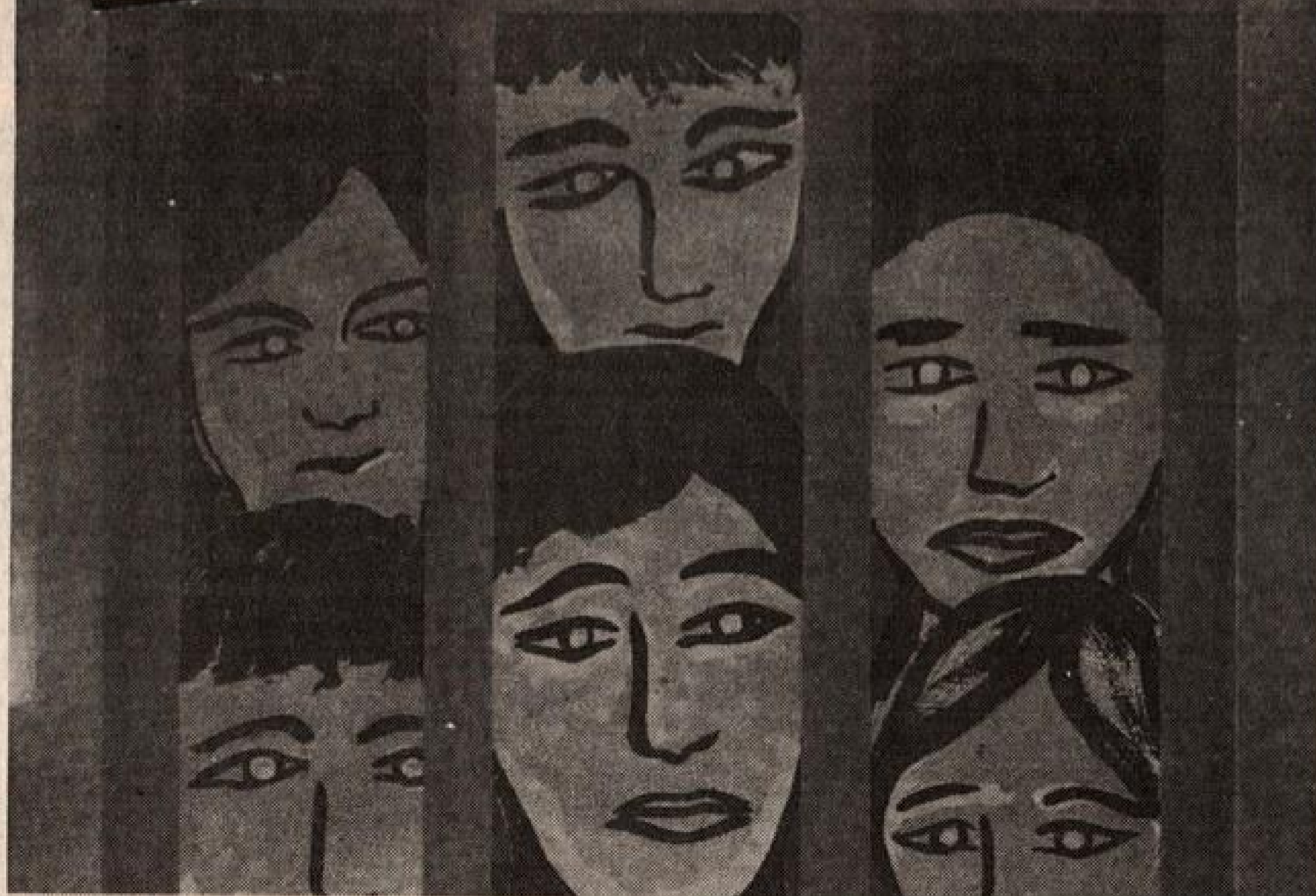
Aus der Feststellung, daß die ausländerfeindliche Staatspolitik und die Angriffe der Neonazis sich speziell gegen *alle* Ausländer und generell auch gegen Deutsche richten, ergibt sich für uns, daß ein noch zu bildendes Bündnis alle Ausländer und Deutschen für eine langfristige Zusammenarbeit umfassen muß.

Aus der Feststellung, daß dieser Kampf antifaschistisch und antirassistisch ist, ergibt sich für uns, daß alle beteiligten Gruppierungen im zu bildenden Bündnis Faschismus und Rassismus überall auf der Welt verurteilen müssen.

Aus der Feststellung, daß das bestehende türkische Bündnis in Hamburg nichts erreichen kann, außer der Bildung einer staatsfreundlichen türkischen Lobby, schlagen wir die Bildung eines Bündnisses von Ausländern und Deutschen vor, welches — ganz allgemein formuliert — langfristig das Ziel „Gleiche soziale und politische Rechte für Ausländer'' verfolgen muß. Über die kurzfristigen und langfristigen Forderungen dieses demokratischen Kampfes müßte man sich in dem dazu noch zu bildenden Bündnis dann im einzelnen unterhalten.

Wir stellen vor:

Auch ich will einen Flüchtling schützen!



Seit Ende 1985 wird vom Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis

Seit Ende 1985 wird vom Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis (DAAB) und der „Koordination Flüchtlinge in Hamburg'' eine Kampagne gegen die Asylpolitik der Bundesregierung vorbereitet. Die Kampagne „Auch ich will einen Flüchtling schützen'' will Druck auf die Politiker ausüben, soll aber auch über eine rein appellative Anklage hinausgehen und unmittelbaren konkreten Schutz für Flüchtlinge organisieren.

Dem „Recht'' des Staates, Asylbewerber nach „Ermessen'' und durch „gesetzliche'' Willkür den Lebensraum einzuschränken und sie abzuschieben, soll praktischer Widerstand entgegengesetzt werden.

Auf einer gutbesuchten Veranstaltung (etwa 700 Teilnehmer) in Hamburg wurde der Aufruf und die Kampagne vorgestellt.

Wir dokumentieren:

— den Aufruf „Auch ich will einen Flüchtling schützen'' und bitten um Unterstützung,

— die Rede des Arztes Dr. Jungfer, Mitglied der „Koordination Flüchtlinge in Hamburg'' und der „Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten e.V.'', in der die Forderungen und die Ziele des Aufrufs vorgestellt werden,

— sowie den Bericht „Erfahrungen eines Asylbewerbers'', der auf der Veranstaltung vorgetragen wurde.

Besonders hingewiesen sei auf die Broschüre „Schwarzbuch Asyl'' (s. Besprechung) über die Lager und die Situation der Flüchtlinge in Hamburg.

AG Ausländer des KB

Weltweit gibt es in den letzten Jahren mehr Flüchtlinge, die durch Hunger, Krieg, Verfolgung aus ihren Heimatländern vertrieben werden. Nach einer Schätzung der UN sind es mindestens 15 Millionen. Die westeuropäischen Industriestaaten und Unternehmen sind an diesen Zuständen nicht unbeteiligt: sie zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen in der sog. Dritten Welt, um den eigenen Profit zu maximieren; sie liefern die Waffen für die Kriege, sie unterstützen die westlich orientierten Folterregimes.

Aber während es weltweit mehr Flüchtlinge gibt, werden es hier, in der BRD, immer weniger. Die Grenzen sind geschlossen. Von den Flüchtlingen werden Visa gefordert und gleichzeitig werden die Botschaften angewiesen, keine Visa auszustellen. Die Situation der Flüchtlinge hier wird nach der Maxime der Abschreckung gestaltet: wer trotzdem noch kommt, soll im Lager vegetieren als Abschreckung für die anderen. Vier von fünf Flüchtlingen werden nicht als asylberechtigt anerkannt. Sowohl was die Zahlen angeht, als auch, was die soziale Situation der Flüchtlinge angeht, ist die BRD das Schlußlicht unter den westeuropäischen Staaten. Senator Lange in Hamburg hat sich kurz vor Weihnachten zufrieden gezeigt, daß die Bundesrepublik kein Einwandererland sei und daß die Möglichkeiten des Asylrechts zur „Eindämmung des Asylmißbrauchs voll ausgeschöpft'' würden. Lummer in Berlin fordert noch eine Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes. Ein Entwurf dafür wurde im Bundesrat bereits verabschiedet. Das heißt dann noch schlechtere Bedingungen, noch raschere Abweisung, noch leichtere Abschiebung.

Ich nenne die Zahlen für die Abschiebungen aus Hamburg: 1984 waren es 1.311 Abschiebungen und auch 1985 waren es sicher über 1.000; in den ersten drei Quartalen waren es 778.

Unsere Forderungen:

— *Abschaffung des Asylverfahrensgesetzes*

— *Abschaffung der Visapflicht*

— *Beendigung der Abschiebung in Länder, in denen Diktatur, Folter, Krieg und Bürgerkrieg herrschen,*

Kontrolle und Abschreckung sind Gründe für die Einweisung der Flüchtlinge in die Lager. Sie haben Gefängnis, Folter, Flucht hinter sich und kommen nach der Flucht ins Lager. Auch wenn sie in Hamburg „Gemeinschaftsunterkünfte'' heißen, sind es trotzdem Lager und sie sind eine Fortsetzung der entwürdigenden und destabilisierenden Situation, welche die Flüchtlinge schon vorher erlitten haben. Wir haben die Situation in den Hamburger Lagern im Schwarzbuch dokumentiert.

Unsere Forderung:

— *Abschaffung der Zwangsunterbringung im Lager! Freies Wohnrecht. Wohngeld für die Flüchtlinge.*

Zwischen den Bundesländern findet eine Verteilung der Flüchtlinge nach Länderquoten statt. Hamburgs Quote liegt bei 3,3%; der Rest wird „verlegt'': zunächst in die Sammellager der Bundesländer, dann auf die Dörfer. Statt eines Finanzausgleichs zwischen den Bundesländern werden Menschen verschoben.

Unsere Forderung:

— *Sofortige Beendigung der Zwangsumverteilung! Freies Aufenthaltsrecht für jeden Flüchtling.*

Flüchtlinge erhalten gekürzte Sozialhilfesätze. Dabei sind ihre Ausgaben höher als bei anderen Sozialhilfeempfängern, denn sie haben Prozesse zu führen, Anwälte zu bezahlen, Strafen abzuzahlen (zum Beispiel für illegale Einreise). Die „Hilfe in besonderen Lebenslagen'', z.B. die Arztkosten bei Krankheit, sind „Kann-Leistungen'', auf die kein Anrecht besteht, sondern sie unterliegen der Willkür der Sozialämter.

Bertolt Brecht

ÜBER DIE BEZEICHNUNG EMIGRANTEN

Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab:
Emigranten.
Das heißt doch Auswanderer. Aber wir
Wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluß
Wählend ein anderes Land. Wanderten wir doch auch nicht
Ein in ein Land, dort zu bleiben, womöglich für immer.
Sondern wir flohen. Vertriebene sind wir, Verbannte.
Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns da
aufnahm.
Unruhig sitzen wir so, möglichst nahe den Grenzen
Wartend des Tags der Rückkehr, jede kleinste
Veränderung
Jenseits der Grenze beobachtend, jeden Ankömmling
Eifrig befragend, nichts vergessend und nichts aufgebend
Und auch verzeihend nichts, was geschah, nichts verzeihend.
Ach, die Stille der Stunde täuscht uns nicht! Wir hören die
Schreie
Aus ihren Lagern bis hierher. Sind wir doch selber
Fast wie Gerüchte von Untaten, die da entkamen
Über die Grenzen. Jeder von uns
Der mit zerrissenen Schuhn durch die Menge geht
Zeugt von der Schande, die jetzt unser Land befleckt.
Aber keiner von uns
Wird hier bleiben. Das letzte Wort
Ist noch nicht gesprochen.



Die Auszahlung von Sozialgeldern ist an das Aufenthaltsrecht gebunden. Wer sich z.B. nicht umverteilen läßt und bei Freunden Unterkunft findet, bekommt nichts. Wer es doch versucht, wird auf den Ämtern hingehalten, bis die Greiftrupps des FD 624 angerückt sind, die auf dem Weg der Amtshilfe sofort herbeigeholt werden.

Unsere Forderungen:

— *Gleichstellung beim Bezug von Sozialhilfe. Gleiche medizinische Versorgung. Abschaffung des Arbeitsverbots. Finanzierung von Sprachkursen. Und:*

— *Sozialleistungen unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status! Schluß mit der „Amtshilfe'' zwischen Ausländerbehörde, Sozialamt und Polizei!*

Soweit unsere Forderungen. Aber wer die Realität kennt, kann sich nicht damit begnügen, Forderungen an die Politiker zu stellen. Wir müssen Druck ausüben, indem wir Tatsachen schaffen. Nämlich indem wir den Schutz der Flüchtlinge organisieren, Schutz vor Abschiebung, gegen den Lagerzwang, gegen die Umverteilung.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wir rufen dazu auf,
Flüchtlingen bei den Auseinandersetzungen mit Ausländerbehörde, Sozialämtern, Gerichten zu helfen, indem wir sie zu den Terminen begleiten und dafür sorgen, daß sie nicht schikaniert und abgewiesen werden.

Wir rufen dazu auf,
Flüchtlingen, die es im Lager nicht mehr aushalten, bei der Suche nach einer menschenwürdigen, selbstbestimmten Unterkunft zu helfen.

Wir rufen dazu auf,
Flüchtlinge unterzubringen, die gegen ihren Willen in andere Bundesländer verschoben werden sollen, und ihren Anspruch auf Sozialhilfe durchzusetzen.

Wir rufen dazu auf,
Flüchtlinge zu verstecken, die abgeschoben werden sollen und die sich in ihrem Heimatland bedroht fühlen.

Viele mögen an der Durchführbarkeit dieses Aufrufs zweifeln. Aber ein Blick in andere Länder zeigt, daß es möglich ist, Schutz zu organisieren.

Ein Beispiel ist die Initiative der Familie Zuber in der Schweiz. Flüchtlinge, die von Abschiebung bedroht sind, werden von den Beteiligten als Gäste aufgenommen. Inzwischen gibt es ein Netz von tausenden, die mitmachen, das sich über die ganze Schweiz erstreckt.

Ein anderes Beispiel wäre die Sanctuary-Bewegung in den USA. Dort sorgen Kirchengemeinden für den Schutz von Flüchtlingen. Alle Versuche des FBI, diese Bewegung zu infiltrieren und aufzubrechen, sind bisher gescheitert. Auch dies Bewegung bietet Schutz für tausende.

Viele mögen auch Zweifel in rechtlicher Hinsicht haben. Aber es gibt kein höheres Recht als das auf Leben und Unversehrtheit. Viele haben Angst, worauf sie sich da einlassen. Aber ich möchte dem entgegenhalten, daß der Widerstand gegen Umverteilung und Abschiebung bereits jetzt sehr breit ist; bereits jetzt lassen sich ein Drittel der Flüchtlinge nicht umverteilen und kommen bei Freunden unter. Oder die Flucht vor der Abschiebung: bereits jetzt leben in Hamburg tausende von Menschen ,,illegal'', ständig von Abschiebung bedroht. Aber sie benötigen unsere Unterstützung.

Deshalb unser Aufruf. Was können Sie tun?

— Melden Sie sich bei den Beratungsstellen oder Gruppen, wo Flüchtlingsarbeit geleistet wird. Es soll dort die Begleitung von Flüchtlingen zu Ämtern und Behörden organisiert werden.

— Überlegen Sie in Ihren Zusammenhängen, mit Ihren Freunden, ob Sie gegebenenfalls für einen Flüchtling aufkommen und ihn unterbringen können. Diese Initiative muß dezentral organisiert werden, natürlich kann es keine alternative Wohnraumvermittlung geben.

— Unterstützen Sie unseren Aufruf. Unterschreiben Sie die ausliegenden Listen. Wenn Sie im Sinne dieses Aufrufs handeln, werden die Gruppen und Personen, die diesen Aufruf tragen, Sie bei Schwierigkeiten nach allen Kräften unterstützen.

Eberhard Jungfer

Vom Nationalsozialismus verfolgte Deutsche, darunter Tausende von Juden, konnten kaum oder nur schwer Schutz im Ausland finden; viele wurden von den Staaten, in denen sie Schutz suchten, an ihre Verfolger ausgeliefert und kamen in KZ's um. Die Bedingungen, unter denen die Verfolgten damals im Ausland lebten, waren katastrophal.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund wurde 1949 bei der Gründung der BRD Art. 16 ,,Politisch Verfolgte genießen Asylrecht'' in der Verfassung verankert.

Heute will sich niemand mehr so recht daran erinnern.

Staatliche Stellen unternehmen alles, um die Gewährung dieses Grundrechtes zu verhindern.

Flüchtlingen aus Ländern, in denen Folter und Verfolgung droht, werden Einreisevisa von den deutschen Auslandsvertretungen verweigert.

Flüchtlinge werden an den Grenzen wieder in ihr Land zurückgeschickt.

Gelingt die Asylantragstellung in der BRD, leben die Flüchtlinge hier unter menschenunwürdigen Bedingungen, die oft eine Fortsetzung der Schrecken von Folter, Verfolgung und Flucht bedeuten. Ihr Aufenthalt ist auf einen Ort beschränkt, sie werden in Lagern gehalten, in denen sie jeglicher Privatsphäre beraubt sind und in denen sie krank werden. Depressionen, Angst und psychosomatische Erkrankungen haben bereits ein erschreckendes Ausmaß angenommen.

Ergeht der ,,Umverteilungsbeschluß'', werden die Flüchtlinge in andere Bundesländer ,,verlegt'', in große Zentrallager erst, wo sie ein paar Tage aber auch Wochen verbringen müssen, bis sich eine Gemeinde gefunden hat, die sie aufnimmt. Viele Gemeinden weigern sich, werden aber zur Aufnahme von Asylsuchenden verpflichtet, so daß der Boden für Ablehnung und Fremdenhaß bereitet ist, noch ehe die Flüchtlinge in Dörfern und Kleinstädten ankommen.

Widersetzen sich die Asylsuchenden den Umverteilungsbeschlüssen, indem sie sie nicht befolgen und untertauchen, werden Strafverfahren eingeleitet. Diejenigen, die gefaßt werden, sind wegen ,,Fluchtgefahr'' in Haft.

Hinzu kommen Arbeitsverbot, gekürzte Sozialhilfe, unzureichende Ausstattung mit Bekleidung und Hausrat, eingeschränkte Krankenhilfe. Strafverfahren wegen angeblicher illegaler Einreise, Untersuchungshaft, Abschiebehaft — alles Maßnahmen, die politisch Verfolgte weiter verfolgen, sie abschrecken sollen, diskriminieren und kriminalisieren.

Diese menschenunwürdige Behandlung von Flüchtlingen befriedigt aber diejenigen Gemüter noch nicht, die ständig von Asylantenflut und Überfremdung der deutschen Bevölkerung sprechen. Neue Verschärfungen sind konkret geplant. Ein weiteres Gesetz ,,zur Eindämmung des Asylmißbrauchs'' soll her.

Mit aller Deutlichkeit setzen wir dem unsere Forderungen entgegen:

- Abschaffung des Asylverfahrensgesetzes
- Abschaffung der Visapflicht für politisch Verfolgte
- Gleichstellung bei Bezug von Sozialleistungen, Recht auf Arbeit, freie Arztwahl, Finanzierung von Sprachkursen
- Abschaffung von Zwangsunterbringung in Lagern
- sofortige Beendigung von Zwangsumverteilung
- sofortige Beendigung der Abschiebung von Flüchtlingen in Länder, in denen Diktatur, Folter, Krieg und Bürgerkrieg herrschen.

Doch die bisherigen Anstrengungen aller im Asylbereich tätigen Gruppen reichen nicht aus. Die praktische Solidarität aller demokratisch gesinnten Menschen ist notwendig.

,,Auch ich will einen Flüchtling schützen'' ist deshalb unser Aufruf an Alle, sich bereit zu erklären, einen Flüchtling vor Zwangsumverteilung, Lagerleben oder Abschiebung ins Heimatland zu bewahren, notfalls einen Flüchtling bei sich aufzunehmen und Aktionen im Sinne dieses Aufrufes in jeder Hinsicht zu unterstützen.

,,Auch ich will einen Flüchtling schützen'' ist unser Aufruf an Alle, die mit uns kämpfen wollen, daß das Grundrecht ,,Politisch Verfolgte genießen Asylrecht'' ein Grundrecht bleibt.

,,Auch ich will einen Flüchtling schützen'' ist deshalb unser Aufruf an Alle, sich bereit zu erklären, einen Flüchtling vor Zwangsumverteilung, Lagerleben oder Abschiebung ins Heimatland zu bewahren, notfalls einen Flüchtling bei sich aufzunehmen und Aktionen im Sinne dieses Aufrufes in jeder Hinsicht zu unterstützen.

,,Auch ich will einen Flüchtling schützen'' ist unser Aufruf an Alle, die mit uns kämpfen wollen, daß das Grundrecht ,,Politisch Verfolgte genießen Asylrecht'' ein Grundrecht bleibt.

,,Auch ich will einen Flüchtling schützen'' ist unser Aufruf an Alle, die mit uns anklagen, daß in diesem Land jeden Tag Menschenrechte der Flüchtlinge verletzt werden.

,,Koordination Flüchtlinge in Hamburg''
Organisationen (ohne Einzelpersonen), die den Aufruf ,,Auch ich will einen Flüchtling schützen'' bislang unterstützen
(Stand 08.01.86)
Afrikanische Union Hamburg e.V.; DAAB — Deutsch-Ausländisches-Aktionsbündnis-Hamburg; ESG — Evangelische Studentengemeinde Hamburg; Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten e.V.; Hamburger Arbeitskreis ASYL e.V.; Informationsbüro zum Schutz vor Auslieferung und Abschiebung; Movement of Justice, Gambia (MOJA), Sektion Hamburg; Rechtshilfefond für Ausländer e.V. Hamburg; Republikanischer Anwaltsverein Regionalgruppe Hamburg; Terre des Hommes e.V., Hamburg; Sozialistische Partei Chiles, Sektion Hamburg; GAL — Grün-Alternative-Liste-Hamburg; INCI — Internationale Cultur und Information für Frauen e.V.; Anlaufstelle für Ausländische Familien; AKS — Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Hamburg; SB — Sozialistisches Büro Hamburg; Deutsch-Ausländischer Kulturladen e.V.; Redaktion der Hamburger Rundschau; KPD — Kommunistische Partei Deutschlands; Arbeitsgemeinschaft Strafverteidiger e.V. Hamburg; Devrimci Isci, Hamburg, c/o Kulturzentrum Karolinenstr. 1a; Sympathisantenorganisation der Volksfedayin, Iran, Sektion Hamburg; Iranische Studentenorganisation, Sympathisanten der Guerillaorganisation Volksfedayin Iran; KAWA; Isci Gercegi Hamburg; HTIB; a.i. — amnesty international, Sektion Hamburg; Eritrea-Hilfswerk e.V. — Ortsgruppe Hamburg; KB — Kommunistischer Bund; Zentrale Beratungsstelle für Asylbewerber der Arbeiterwohlfahrt — Landesverband Hamburg e.V.; Betriebsrat der Arbeiterwohlfahrt — Landesverband Hamburg e.V.

Wir bitten Sie/Euch, die Unterstützung des Aufrufs durch Ihre/Eure Unterschrift mit einer Spende von 10,-DM zu verbinden, damit wir eine Anzeige finanzieren können. Spenden bitte auf das Konto: Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V. — Postscheckamt Hamburg, Konto-Nr. 24412-205, Stichwort ,,Aufruf'', (BLZ 201 100 20)

An eine Veröffentlichung ist nur gedacht, wenn mehr als 500 Unterschriften gesammelt sind.

Kontaktadressen:
— Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V.
Laufgraben 37, 2000 Hamburg 13
— Deutsch-Ausländisches Aktionsbündnis (DAAB)
c/o DAAG Wallgraben 37, 2000 Hamburg 90

Ich unterstütze den Aufruf: ,,Auch ich will einen Flüchtling schützen''

Name/Institution	Beruf	Adresse	Unterschrift

Folter in der Türkei ist kein Asylgrund'

— Erfahrungen eines kurdischen Asylbewerbers —

Bei der Gewährung von Asyl steht die Bundesrepublik in Europa an vorletzter Stelle. In Großbritannien z.B. ist die Zahl der Asylsuchenden beinahe doppelt, in der Schweiz dreimal so hoch wie in der BRD. Die Schweizer Liga für Menschenrechte bestätigte der Bundesregierung auf einer internationalen Tagung nicht nur, zahlenmäßig das asylunfreundlichste Land Europas zu sein, sondern ebenso, was die menschliche und soziale Behandlung der Flüchtlinge angeht, an letzter Stelle zu stehen.

Dennoch wird von bürgerlichen Politikern immer wieder die angeblich zu hohe Zahl der Asylbewerber hervorgehoben.

Abschreckung und Verschärfungen sind angesagt, durch ,,Ausschöpfung des geltenden Rechts'' soll die Zahl der Asylsuchenden verringert und die Aussicht auf Anerkennung eines Asylantrags gesenkt werden.

Was verbirgt sich hinter der Formulierung ,,Ausschöpfung des geltenden Rechts''? Was heißt es für die Flüchtlinge, in Lagern zu leben?

soll die Zahl der Asylsuchenden verringert und die Aussicht auf Anerkennung eines Asylantrags gesenkt werden.

Was verbirgt sich hinter der Formulierung ,,Ausschöpfung des geltenden Rechts''? Was heißt es für die Flüchtlinge, in Lagern zu leben?

Was bedeutet es, von gekürzter Sozialhilfe bei Arbeitsverbot sein Dasein zu fristen?

Die ,,*Koordination Flüchtlinge in Hamburg*'' hat zu diesen Problemfeldern eine Broschüre herausgegeben und eine ,,traurige, grausame Bilanz'' gezogen:

Schwarzbuch Asyl Lager — Verteilung — Abschiebung

— Dargestellt und durch Photos dokumentiert werden die Zustände in den Lagern (in Hamburg heißen die Lager vornehm hanseatisch ,,Gemeinschaftsunterkünfte'');
— Über die Verteilung der Flüchtlinge wird berichtet: als persönliche Geschichte einer Umverteilung, auch als Theaterszene;
— gezeigt wird die Situation in den zentralen Sammellagern der anderen Bundesländer, in die die Flüchtlinge verlegt werden, dazu aktuelle Presseartikel und Reportagen;
— informiert wird über die rechtliche (,,den Teufelskreis der Zuständigkeiten'') und die soziale Lage sowie über die medizinische Versorgung und die Abschiebepraxis.

Obwohl die Broschüre in erster Linie von der Hamburger Situation ausgeht, ist sie an vielen Punkten auch auf andere Bundesländer zu verallgemeinern und anwendbar (z.B. bei der Darstellung der zentralen Auffanglager), und nicht zuletzt regt sie auch dazu an, eigene Untersuchungen durchzuführen.

AG Ausländer des KB

Mustafa Kerecin, der in Juni 1980 aus der Türkei in die BRD flüchtete und politisches Asyl beantragte, berichtete über seine Erfahrungen als Asylbewerber.

Mustafa Kerecin hatte für die Unabhängigkeit des kurdischen Volkes gekämpft und war verhaftet und gefoltert worden: ,,Mir wurde mit Gewalt die Kleidung heruntergerissen, mir wurde mit Stöcken auf die Fußsohlen geschlagen. Später mußte ich mit den blutenden Füßen durch Salzwasser gehen, dabei saß ein Mann auf meinem Rücken. An meine Ohrläppchen wurden Stromkabel angeschlossen. Ich wurde in eine Zelle geworfen, in der ich bis zum Bauch in Urin und Kot stand. Später wurde ich an den Füßen aufgehängt. Die Soldaten ließen mich jedoch fallen und ich schlug aus einem Meter Höhe mit dem Kopf auf den Betonfußboden. Eine Woche lang konnte ich nicht mehr sehen, noch heute habe ich Hörschwierigkeiten. Mir wurden Zigaretten im Gesicht und auf der Brust ausgedrückt. Patronen wurden zwischen meine Finger gesteckt, und die Finger dann zusammengedrückt. Ich wurde zwischen zwei Eisenbänke gelegt und die Soldaten haben sich auf die obere Bank gesetzt. Ich mußte mit

ich Hörschwierigkeiten. Mir wurden Zigaretten im Gesicht und auf der Brust ausgedrückt. Patronen wurden zwischen meine Finger gesteckt, und die Finger dann zusammengedrückt. Ich wurde zwischen zwei Eisenbänke gelegt und die Soldaten haben sich auf die obere Bank gesetzt. Ich mußte mit

ansehen, wie andere gefoltert wurden, unter dieser Situation habe ich am meisten gelitten. An dieser Folter waren Soldaten wie Polizisten beteiligt. Selbst der Staatsanwalt hat mich bei der Vernehmung geschlagen.''

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf beschied Kerecins Asylantrag 1981 abschlägig: Kurden würden in der Türkei nicht politisch verfolgt. Die Ausländerbehörde Segeberg forderte ihn auf, die BRD sowie Westberlin unverzüglich zu verlassen. Kerecin legte Widerspruch ein beim Verwaltungsgericht Schleswig. Im März 1982 wurde Kerecins Aufenthalt mit einer Verfügung der Ausländerbehörde Segeberg auf den Kreis Segeberg eingeschränkt, er sollte in ein Sammellager. Sein Widerspruch war erfolglos.

Im Juni 1982 wurde Kerecin als Asylberechtigter anerkannt. Hiergegen legte jedoch der Bundesbeauftragte für das Asylwesen im August 1982 Widerspruch ein: dem Asylbewerber Kerecin drohe bei einer Rückkehr keine politische sondern nur eine strafrechtliche Verfolgung. Kerecin beantragte Zurückweisung dieses Widerspruchs.

Während der folgenden drei Jahre wurde keine neue Entscheidung getroffen. Dieser Zustand jedoch und Probleme mit dem ihn vertretenden Anwalt führten, so Kercin, zu ,,einem unvorstellbaren Zustand an Nervenbelastung. Ich litt und leide unter Schlaflosigkeit, starken Magenbeschwerden, Gewichtsabnahme und Kreislaufstörungen.''

Im Mai 1988 endlich wurde Kerecins Klage gegen die Zurückweisung seines Antrags auf politisches Asyl durch den Bundesbeauftragten vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg verhandelt. Das OVG urteilte, es erscheine ,,hinreichend wahrscheinlich, daß gegen den Kläger nach seiner Rückkehr in seine Heimat Maßnahmen der Strafverfolgung ergriffen werden. Die türkische Staatsgewalt arbeitet seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 wieder effizient. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, die innere Sicherheit des Landes wieder herzustellen. Hierzu gehört insbesondere die strafrechtliche Verfolgung separatistischer Bestrebungen im kurdischen Bevölkerungsteil. Die dem Kläger drohende Strafverfolgung ist jedoch keine politische Verfolgung. Schließlich kann sich der Kläger wegen seiner Umtriebe in Deutschland nach Art. 114 TStGB strafbar gemacht haben. Der Senat vermag auch in den allgemeinen politischen Verhältnissen der Türkei und der Praxis der Strafrechtspflege keine hinreichenden Anhaltspunkte für eine politische Zweckbestimmung der Strafverfolgung zu erkennen. Der Senat geht davon aus, daß der Kläger auch wegen seines Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland bei einer Rückkehr in die Türkei strafrechtliche Maßnahmen zu erwarten hat, er hat seine Propagandatätigkeit insbesondere für ein unabhängiges vereintes demokratisches Kurdistan im Inland fortgesetzt und damit gegen die bereits genannten Staatsschutzbedingungen des türkischen Strafrechts verstoßen.

Auch durch den Einsatz der Folter

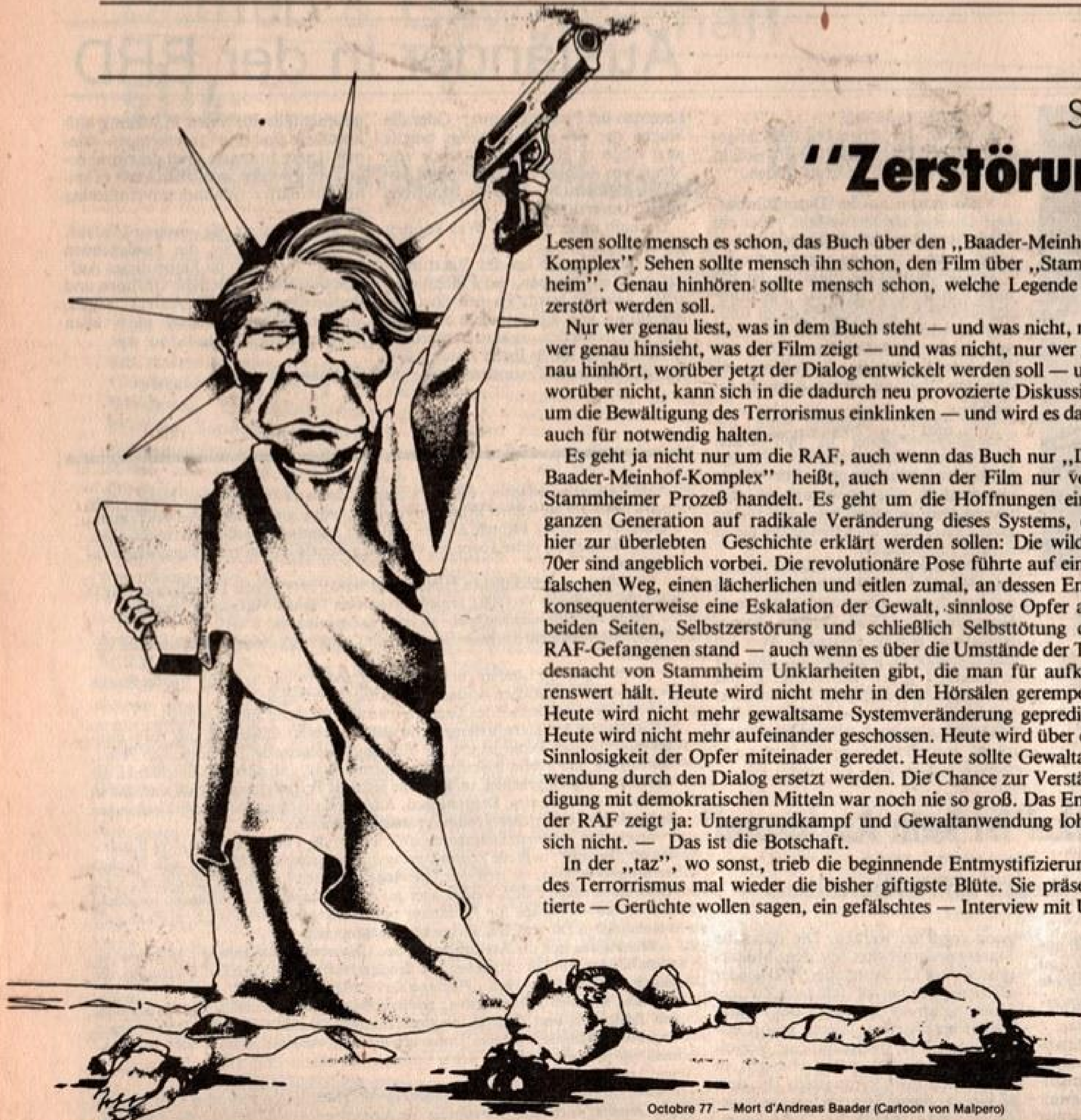
ten hat, er hat seine Propagandatätigkeit insbesondere für ein unabhängiges vereintes demokratisches Kurdistan im Inland fortgesetzt und damit gegen die bereits genannten Staatsschutzbedingungen des türkischen Strafrechts verstoßen.

Auch durch den Einsatz der Folter

in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren erhält die Verfolgung der Staatsschutzdelikte keine politische Qualität. Derartige Übergriffe finden ihre Erklärung teils in der traditionsbedingten Einstellung der Türken zur Gewalt, die sich nicht nur im Bereich strafrechtlicher Verfahren, sondern auch im Wehrdienst oder bei der Kindererziehung niederschlägt. Teilweise sind die Übergriffe aber auch auf das Selbstverständnis der Sicherheitskräfte zurückzuführen, die dieses Mittel zum Schutze des in seiner Existenz bedrohten Staates nicht für verwerflich halten. (...) Auch für ein künftiges Ermittlungsverfahren gegen den Kläger lassen sich ähnliche Mißhandlungen nicht völlig ausschließen,''

Mustafa Kerecin ist mit diesem Urteil in einer verzweifelten, ausichtslos erscheinenden Lage. Denn die Verfügung der Ausländerbehörde, mit der sein Aufenthalt beendet und ihm zwangsweise Abschiebung angedroht wurde, ist seit 1982 rechtskräftig und bei Beendigung des Asylverfahrens durchsetzbar. Da sein damaliger Anwalt gegen den Bescheid keinen Widerspruch eingelegt habe, berichtet Kerecin, komme ihm dann auch nicht mehr die sog. Duldung zugute. Sein Aufenthalt in der BRD hängt damit im Moment einzig und allein von der Entscheidung über seinen Asylantrag ab. Hinzu kommt, daß ein etwaiger Rechtsstreit über sein Aufenthaltsrecht wieder irgendwann bei den Richtern des OVG Lüneburg landen würde, die mit der Begründung für die Ablehnung von Kerecins Klage eines der kaltschnäuzigsten Urteile in dieser an menschenverachtenden Gerichtsentscheidungen gewiß nicht armen Republik gesprochen haben.

Mustafa Kerecin hat nunmehr gegen das OVG-Urteil Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin eingelegt.



Octobre 77 — Mort d'Andreas Baader (Cartoon von Malpero)

Stammheim — RAF:

"Zerstörung einer Legende"?

Lesen sollte mensch es schon, das Buch über den „Baader-Meinhof-Komplex". Sehen sollte mensch ihn schon, den Film über „Stammheim". Genau hinhören sollte mensch schon, welche Legende da zerstört werden soll.

Nur wer genau liest, was in dem Buch steht — und was nicht, nur wer genau hinsieht, was der Film zeigt — und was nicht, nur wer genau hinhört, worüber jetzt der Dialog entwickelt werden soll — und worüber nicht, kann sich in die dadurch neu provozierte Diskussion um die Bewältigung des Terrorismus einklinken — und wird es dann auch für notwendig halten.

Es geht ja nicht nur um die RAF, auch wenn das Buch nur „Der Baader-Meinhof-Komplex" heißt, auch wenn der Film nur vom Stammheimer Prozeß handelt. Es geht um die Hoffnungen einer ganzen Generation auf radikale Veränderung dieses Systems, die hier zur überlebten Geschichte erklärt werden sollen: Die wilden 70er sind angeblich vorbei. Die revolutionäre Pose führte auf einen falschen Weg, einen lächerlichen und eitlen zumal, an dessen Ende konsequenterweise eine Eskalation der Gewalt, sinnlose Opfer auf beiden Seiten, Selbstzerstörung und schließlich Selbsttötung der RAF-Gefangenen stand — auch wenn es über die Umstände der Todesnacht von Stammheim Unklarheiten gibt, die man für aufklärenswert hält. Heute wird nicht mehr in den Hörsälen gerempelt. Heute wird nicht mehr gewaltsame Systemveränderung gepredigt. Heute wird nicht mehr aufeinander geschossen. Heute wird über die Sinnlosigkeit der Opfer miteinader geredet. Heute sollte Gewaltanwendung durch den Dialog ersetzt werden. Die Chance zur Verständigung mit demokratischen Mitteln war noch nie so groß. Das Ende der RAF zeigt ja: Untergrundkampf und Gewaltanwendung lohnt sich nicht. — Das ist die Botschaft.

In der „taz", wo sonst, trieb die beginnende Entmystifizierung des Terrorrismus mal wieder die bisher giftigste Blüte. Sie präsentierte — Gerüchte wollen sagen, ein gefälschtes — Interview mit Ulrich Tukur, dem Darsteller Baaders, in dem sie Tukur sagen läßt, Baader sei ein ziemliches Schwein, ein Psychopath, ein Verrückter, sehr brutal mit einem gewissen Charme und einem unheimlichen Gefühl für Macht. Der Interviewer durfte noch einen draufsetzen, indem er fragte: „Du hast in „Ghetto" den SS-Offizier Kittel gespielt, diesen brutalen Schlächter mit menschlichen Anwandlungen. Fiel dir **deshalb** (Hervorhebung AK) der Einstieg in die Baader-Rolle leichter?"

Eine Auseinandersetzung mit der Politik der RAF und mit der ihrer heutigen Nachfolger halten auch wir für unumgänglich und haben uns dazu sowohl in der Vergangenheit als auch aktuell immer wieder kritisch geäußert, so kürzlich erst wieder anläßlich der Erschießung des GI Pimental. Was aber mit diesem „taz"-Beitrag zutage tritt, läuft auf blanke Denunziation der RAF und darüberhinaus auch — an der RAF als scheinbar opportunem Objekt festgemacht — jeglicher revolutionärer Gewalt als „faschistoid" hinaus. Von einer politischen Auseinandersetzung kann da nicht mehr die Rede sein.

Bei solchen Entgleisungen muß sich niemand wundern, wenn sich Angehörige von (ehemaligen) RAF- Mitgliedern, wenn sich die einschlägige Szene, wenn sich auch Teile der Linken provoziert fühlen und der geplatzten Premeriere des Films in Hamburg noch weitere Zusammenstöße folgen.

Ungeachtet solcher Zusammenstöße allerdings werden Film und Buch auf breites Interesse stoßen, entwickelt sich daran eine aufgeregte öffentliche Debatte. Ohne die Illusion zu haben, mit Worten allein diesen an Hand der RAF stattfindenden Trend zum Ausverkauf linksradikaler Geschichte aufhalten zu können, ist es für die Linke in dieser Sutuation nicht nur möglich, sondern auch nötig, in diese Debatte einzugreifen.

Mit einer Vorstellung des Buches, einer Besprechung des Films einem kritischen Gespräch mit dem Autor des Buches Stephan Aust, der auch das Drehbuch zu dem Film schrieb, sowie einem Kommentar zu der geplatzen Premiere wollen wir auf den folgenden Seiten Stoff für die notwendige Auseinandersetzung liefern.

F.

Gespräch mit Stephan Aust

AK: Betrachtest du dein Buch als authentische Geschichte der RAF?

Stefan Aust: Es ist nicht die Geschichte der RAF. Es ist das Ergebis meiner Recherchen für einen bestimmten Zeitraum. Ich weiß wahrscheinlich sehr viel genauer als jeder, der das Buch liest, wo die Grenzen der Darstellung sind. Es gibt sehr viele Punkte, wo ich gern mehr gewußt und recherchiert hätte.

Du hast keine Quellen angegeben. In der „taz" vom 23.1.86 hast du die Kritik daran damit beantwortet, du habest alle Materialien durchgearbeitet und dann getan, was jeder Journalist tun müsse, nämlich: „nach gründlicher Recherche die Version aufzuschreiben, die er die richtige findet." Gibt es also für die Geschichte der RAF eine „richtige Version"?

Nein, ich sage, was ich aufgeschrieben habe, ist die Version, die mir als die richtige erscheint. Daß natürlich sehr viele Leute, gerade wenn sie persönlich beteiligt waren, Familienangehörige sind oder umgekehrt Mitglieder einer Fahndungskommission — so rum kann man es ja auch einmal betrachten — eine ganz andere Sicht der Dinge haben, liegt auf der Hand.

In deinem Vorwort schreibst du: „Gab es einander krass widersprechende Versionen, so habe ich diese gegenübergestellt." In einigen Fällen hast du das getan, so z. B. beim Tod von Ulrike Meinhof, bei der Todesnacht in Stammheim. In anderen Fällen hast du es nicht getan wie z. B. beim Tod von Petra Schelm, den du glatterdings in der Polizeiversion darstellst, ohne den geringsten Zweifel anzumelden.

Nach welchen Kriterien hast du deine Entscheidung getroffen, wann polizeiliche, wann andere Versionen die richtigen sind?

Ach Gott! Also erst mal ganz generell nach Plausibilität. d.h. wenn mir irgendwas ganz überwiegend wahrscheinlich erschien, dann habe diese Version genommen. Z.B. beim Tod von Petra Schelm erscheint mir die offizielle Version schon so deutlich in Bezug darauf, daß dieser Tod schon weitgehend ein Ergebnis von Hysteriesierung, etwa von Seiten der Polizei, gewesen ist, daß ich es m.E. ausführlich genug dargestellt habe, auch wenn in dem späteren Prozeß noch weitere Einzelheiten zutage kamen.

Aber du stellst die Situation in der Version des Polizisten dar, der Putativ-Notwehr für sich behauptete.

Da ist doch auch was wahres dran. Machen wir uns doch nichts vor. Daß zwanzigjährige Polizisten in der Konfrontation mit Angehörigen dieser Gruppe natürlich wirklich Schiß gehabt haben, und zwar die Hosen bis oben voll, und daß sie immer gedacht haben, besser wir schießen zuerst, als die schießen zuerst, das liegt doch auf der Hand.

Aber das ändert doch nichts an der grundsätzlichen Frage, wie weit du glaubst, den Polizeiversionen bei diesem und anderen Vorgängen vertrauen zu können.

Du willst darauf hinaus, daß dieser Staat Angehörige dieser Gruppe mit der Zielrichtung verfolgt hat, sie auf der Straße abzuknallen. Das glaub ich nicht. Also, wenn ich mir z.B. die Verhaftung von Baader und Meins angucke, da hätte der Beamte, der aus dem Fenster mit dem Zielfernrohr auf Baader anlegte, ihm ja auch nicht erst ins Bein zu schießen brauchen. Er hätte ihn ja auch gleich abknallen können. Für mich ist das keine grundsätzliche Frage. Wenn ich Material auf dem Tisch gehabt hätte, das z.B. den Tod von Petra Schelm auf eine völlig andere Weise darstellt, als ich es getan habe, dann hätte ich nicht die geringste Scheu gehabt, das zu schreiben.

Du hast über große Strecken Untersuchungen des BKA, insonderheit des sog. Familienbullen Klaus als Unterlagen für deine Version benutzt. Nach welchen Kriterien hast du staatliche Versionen übernommen?

Das kann ich dir genau sagen. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten oder die Protokolle von Polizeibeamten — Klaus muß man dabei ausnehmen, weil er eine Sonderrolle gehabt hat — haben das Ziel, Leute zu überführen. Das ist ihre Aufgabe. Das kannst aus allen Akten ersehen. Aus diesen Gründen sind die Akten auch häufig, gerade was die Beteiligung von sog. Kronzeugen anbetrifft, na, wollen wir mal gelinde sagen, unvollständig. Ich hab an manchen Stellen durchaus den Verdacht, daß den Zeugen etwas in den Kaffee getan wurde, um sie als Kronzeugen zu behalten. Das führe ich ja an dem Beispiel Gerhard Müller sehr deutlich aus. Ich habe dagegen eine ganz ganz andere Zielrichtung. Ich will ja niemand nachträglich belasten. Ich hab die Polizeiprotokolle nach ganz anderen Dingen durchsucht, nämlich ob sozusagen unbeabsichtigt in diesen Aussagen manchmal Schilderungen drin sind, die mir einen Einblick in das Gruppenleben geben. Und ich hab dann zu sehr vielen Stellen, die ich da rausgeschrieben hatte, Leute befragt, die dabeigewesen sind, war das so — ja oder nein.

Das ist das eine. Das andere betrifft den Beamten Alfred Klaus. Ich hab den im Lauf der Recherchen ganz gut kennengelernt. Ich habe vor allen Dingen sehr aufmerksam und sehr ausführlich gelesen, was er an Berichten zusammengestellt hatte über die Zellenkassiber. Es war ja seine Aufgabe, die Dinger auszuwerten. Ich hab die gelesen und hab dann eine sehr mühsame Arbeit gemacht. Ich hab mir nämlich die Originale dazu aus anderen Quellen besorgt. Die sind ja nicht alle so heimlich, wie manche Leute jetzt tun. Und die liegen ja auch nicht nur alle beim BKA. Das ist alles Quatsch. Ich habe sehr sorgfältig geguckt, aus welchen Originalen der das rausgeholt hat. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, man kann sicherlich viel gegen ihn sagen je nach Standort, auf jeden Fall aber ist er, soweit ich das beurteilen kann, sehr, sehr quellengerecht.

Trotz der problematischen Quellenlage vermittelst du mit der Art wie du schreibst — einer im faktischen Präsens gefaßten Reportage mit wörtlicher Rede usw. — den Eindruck einer geschlossenen Geschichte. Wäre es nicht richtiger gewesen, statt die unterschiedlichen Quellen nach deinen Recherchen zu glätten, ihre Unstimmigkeiten, speziell die der staatlichen Versionen herauszuarbeiten, wie du es z.B. noch mit deinem letzten Buch zum Fall Schmücker getan hast?

In den gravierenden Fällen habe ich das getan, Ich denke z.B. an Müllers Erzählungen über die angebliche Erschießung von Ingeborg Barz durch Andreas Baader oder an den Tod des Polizeibeamten Norbert Schmidt — auch übrigens an die Konfrontation von Manfred Grashoff und des Polizeibeamten Eckkardt.

Ich bestreite auch, daß das Buch den Eindruck erweckt, die allgemeingültige historische Aufarbeitung zu sein. Ich glaube im Gegenteil, sie ist so geschrieben, daß gerade durch die Hineinnahme wörtlicher Rede, durch das Mittel der Reportage, sehr deutlich wird, das das Buch nicht **den** wissenschaftlichen Anspruch erhebt, sondern daß das eben mein Recherchenergebnis ist.

Meinst du nicht, daß es — sowohl historisch wie auch im Rahmen der aktuellen Anti-Terrorismus-Politik in diesem Land — allen Grund gibt, den staatlichen Versionen erst einmal zu mißtrauen?

Nach meinen Erfahrungen traue ich den staatlichen Quellen genausoviel und genausowenig wie den Quellen und Äußerungen von Leuten, die mit direkt dabei gewesen sind. Ich sage dir, ich bin in diesem Zusammenhang von so vielen Leuten angelogen worden, wirklich schlicht angelogen worden, auch was z.B. die Todesumstände oben in Stammheim anbetrifft, daß ich da mit mindestens genausoviel Reserve rangehe wie an diese staatlichen Geschichten.

Auch würde ich die Erfahrungen in diesem Lande erst mal nicht unbedingt gleichsetzen mit dem gegenwärtigen Zustand dieser Republik oder auch dem Zustand in den 7oer Jahren. Da bin ich sicherlich ganz anderer Auffassung als du oder als die RAF erst recht. Ich setze die Manipulationspraktiken der GeStaPo nicht gleich mit denen des BKA. Da, meine ich, hat sich in diesem Lande wirklich schon eine ganze Menge verändert. Aber skeptisch bin ich absolut. Was meinst du, warum ich mich wochenlang hingesetzt hab, um festzustellen, wie weit man z.B. dem Alfred Klaus trauen kann.

Es geht ja nicht allein darum, ob du selbst als Rechercheur skeptisch warst, es geht ja vielmehr darum, deine Skepsis deiner Leserschaft direkt mitzuteilen, die Fragen herauszuholen, Unstimmigkeiten zu betonen usw. statt umgekehrt — nach einem für die Leser nicht durchschaubaren Verfahren — die Unstimmigkeiten wegzuglätten.

Erstens glaube ich nicht, daß der Leser so blöd ist, wie manche linke Kritiker dieses Buches glauben. Im Gegenteil. Zweitens glaube ich einfach, daß manche Leute aus dem Buch Sachen entnehmen — auch über den Standpunkt des Autors —, die sehr viel mehr mit ihrem eigenen Vorurteil zu tun haben als mit dem wirklichen Standpunkt des Autors. Laß mich ganz generell noch eins dazu sagen. Ich hab im Vorwort meine Haltung und meine Arbeitsweise, wie ich glaube, sehr präzise beschrieben. Ich habe gesagt, die subjektive Auswahl der Materialien, die Gewichtung ist eine persönliche Entscheidung. So wie ich das im Augenblick sehe — auch aus vielen Gesprächen, die ich dazu geführt habe — kommt das, was ich da zusammengetragen habe, der Realität sehr viel näher als das meiste, was bis jetzt dazu geschrieben worden ist.

Du stellst in deinem Buch gesetzliche Maßnahmen dar, die als Lex-Stammheim in die Justiz-Geschichte eingegangen sind. Es fehlt aber eine Darstellung der Funktion, die die RAF für die seit Ende der sechziger Jahre betriebene präventive innere Aufrüstung der BRD hatte. Was hältst du von dem Satz „Wenn es die RAF nicht gegeben hätte, hätte der Staat sie erfinden müssen?"

Ich bin da anderer Meinung. Ich glaube, daß es Leute im Sicherheitsapparat gegeben hat, die es sehr gern gesehen haben, daß Leute wie Ulrike Meinhof oder Horst Mahler sich kriminalisieren, weil man dadurch der sich abflachenden Studentenbewegung mit juristischen Maßnahmen besser beikommen konnte, auch um überhaupt linke Politik zu diskreditieren oder so. Aber daß man dem Staat insgesamt unterstellt, daß er die RAF hätte erfinden müssen, soweit würde ich nicht gehen. Ich glaube auch, daß viele der Gesetze oder der finanziellen Zuwendungen für die Dienste, das BKA, die Polizei insgesamt sicherlich erst im Zusammenhang damit möglich gewesen sind. Aber daß man systematisch die RAF sich herbeigewünscht hat oder so, um eine ohnehin vorhandene Tendenz dann wirklich durchzusetzen, soweit würde ich nicht gehen.

Laß mich noch eins sagen, was die Veränderung der gesamten Gesetzeslage und der gesamten inneren Aufrüstung betrifft: Dieses habe ich ganz bewußt nicht in den Vordergrund gerückt. U.a. weil es ein vorzügliches Buch von Sebastian Cobler genau dazu gibt. Da hätte ich ja im Grunde nur von dem abschreiben können. Ich konnte und wollte ja nun wirklich nicht alles das, was an anlalytischen



Ansätzen zu dieser Zeit gegeben hat, nun in diesem Buch noch mal wieder aufnehmen.

Von Teilen der Linken wird dein Buch als unpolitischer Krimi kritisiert. Aus bürgerlichen und liberalen Kreisen bekommst du sehr viel Lob. So schrieb zum Beispiel Karl-Heinz Janßen in der ,,Zeit'': ,,Man möchte dieses Buch all jenen Jugendlichen in die Hand drücken, die mit dem Gedanken spielen, unterzutauchen und sich einem Kommando der RAF dritter oder vierter Generation anzuschließen. Spätestens müßten ihnen die Augen aufgehen, wenn sie erfahren, wie wenig heroisch, wie langweilig, wie ermüdend das Leben als Guerillero sein kann.''

Wenn er das aus dem Buch abliest, kann ich das nur respektieren. Ich habe auch nichts dagegen, wenn irgendjemand, der davor ist in den Untergrund abzutauchen, aufgrund dieses Buches das nicht tut, denn ich glaube, es ist nicht besonders positiv, wenn Leute in den Untergrund abtauchen und sich der RAF oder ähnlichen Gruppen anschließen. Wenn das ein Effekt ist, der dabei herauskommt, hätte ich persönlich überhaupt nichts dagegen. Im Gegenteil, fände ich gut. Aber man kann jetzt nicht sagen, daß ich das Buch für Jugendliche geschrieben habe, um sie vor dem Terrorismus zu warnen. Ich hab ein viel weniger weitgehendes Interesse dabei gehabt. Ich wollte die Geschichte, so genau es mir möglich ist, aufschreiben, für mich wissen.

In dem ,,taz''-Interview hast du über dein Motiv, dieses Buch zu schreiben, gesagt, daß du damit zur ,,Zerstörung einer Legendenbildung'' beitrügen könnest.

Mir ist aufgefallen, daß die Gruppe von vielen Leuten benutzt worden ist

Mir ist aufgefallen, daß die Gruppe von vielen Leuten benutzt worden ist wie so eine Projektionsfläche für eigene Wünsche und Hoffnungen. D.h. manche, die der Ansicht sind, es müßte in dieser Republik unbedingt eine revolutionäre Gruppe geben, haben den Mythos der revolutionären Gruppe auf die Leute übertragen. Ich glaube, das stimmt nicht. Ich würde diese Gruppe nicht unbedingt als eine revolutionäre Gruppe ansehen, was auch immer jetzt darunter zu verstehen ist. Umgekehrt wurden die Leute von vielen Seiten als der Staatsfeind Nr. 1 betrachtet. Ich glaube, auch dieses trifft nicht zu. Ich glaube, sie haben das Gesamtsystem nicht im Geringstem irgendwie auch nur angekratzt oder es auch nur ankratzen können. Dafür sind die Machtverhältnisse viel zu klar gewesen. An diesem Bild, könnte ich mir vorstellen, hat das Buch ein bißchen gekratzt.

Gehört die Reduzierung vermeintlicher Helden auf ihr ,,menschliches Maß'' mit in die Absichten, die du hattest?

Ich muß mich dieser Fragestellung entziehen, weil ich nicht mit dem Ziel angefangen habe zu schreiben, eine Legende zu zerstören. Das ist vielleicht an einzelnen Punkten dabei herausgekommen, aber es war nicht so, daß ich mir von Anfang an vorgenommen hätte, z.B. Baader mal auf sein richtiges Maß zurückzubringen.

Betrachtest du die Zweifel an den Selbstmorden von U. Meinhof und denen der Stammheimer Nacht ebenfalls als Legende, die beseitigt werden muß?

Ich fühle mich da schon wieder mißverstanden. Ich habe sehr wenig Zweifel am Selbstmord von Ulrike Meinhof. Die zweite Version, die ich dazu geschrieben habe, habe ich nur der Vollständigkeit halber dazu geschrieben, um zu zeigen, welche Art von Mutmaßungen, oder Interpretationen in bestimmten Bereichen schon damals rumgegeistert sind. Ich habe auch wenig Zweifel am Selbstmord der Gefangenen oben im 7. Stock. Nur zu einem etwas unterschiedlichen Prozentsatz, wenn man es mal so sagen will.

Wenn ich Anhaltspunkte gefunden hätte, die es wahrscheinlicher machen, als ich das jetzt sehe, daß sie ermordet worden wären, dann hätte ich auch hier nicht die geringste Scheu gehabt, dieses zu schreiben. Ich wollte nicht die Legende vom Selbstmord zerstören. Ich wollte wissen, was sich da abgespielt hat.

Mit deiner Schilderung der Auseinandersetzungen der Gefangenen während des Stammheimer Prozesses legst du nahe, daß Ulrike durch eine sehr brutale Behandlung besonders durch Gudrun Ensslin soweit in die Enge getrieben worden sei, daß sie als Konsequenz daraus Selbstmord verübt habe. Siehst du das so?

So hat sich das mir aus den Materialien dargestellt. Ich wußte vorher nicht, daß es so gewesen ist. Es kommt noch ein Punkt hinzu. Ihr Tod hat sehr viel zu tun mit der Distanzierung vom Springer-Attentat. Jedenfalls drängt sich mir der Verdacht auf und genau so habe ich es geschrieben — nicht mehr, nicht als Beweis — , daß diese Distanzierung vom Springer-Attentat, womit Ulrike ja ganz offenkundig eine Menge zu tun hatte, für sie wirken mußte wie die öffentliche Aufkündigung der Solidarität.

An den Schluß deines Buches hast du das Brecht-Gedicht gestellt: ,,Furchtbar ist es, zu töten / Aber nicht andere nur, auch uns töten wir, wenn es nottut / Da doch nur mit Gewalt diese tötende / Welt zu ändern ist, wie / Jeder Lebende weiß.'' Dieses Gedicht, auch wenn du vorher schreibst, ,,Fragen, Zweifel, Widersprüche bleiben'', legt nahe, daß auch die Stammheimer Gefangenen sich selbst getötet haben. Habe ich das richtig verstanden?

Das Zitat gehörte mit zum intellektuellen Repertoire der Gruppe. Und der

Das Zitat gehörte mit zum intellektuellen Repertoire der Gruppe. Und der Selbstmord als Akt der Revolte, oder wie man das nun immer bezeichnen mag, kommt ja nicht nur in diesem Brecht-Zitat zum Ausdruck. Du merkst es auch z.B. in dem einen Brief von Gudrun Ensslin, in dem ihr Vorschlag steht, daß sich jede zweite, dritte oder vierte Woche einer von uns tötet, solange, bis die Isolation aufgehört hat. Und ich hab jetzt grade in neuen Materialien noch einen Text gefunden, wo Ulrike Meinhof etwas ganz Ähnliches schreibt.

Bist du nicht der Meinung, daß die Verantwortung für den Tod der Gefangenen in jedem Fall bei den staatlichen Organen liegt und nirgendwo anders?

Also, nirgends woanders würde ich nicht sagen, aber es hat so viele Anzeichen für ihre Selbstmordabsicht gegeben, daß die Behördenvertreter, die davon gewußt haben und die dafür verantwortlich gewesen sind, nicht nur kläglich versagt haben, sondern daß da eine ganz erhebliche Verantwortungslosigkeit vorgelegen hat. Daß die im August, als noch Hungerstreik war, nach der Schlägerei noch Zellenkontrollen gemacht haben, jede Nacht, alle Stunde und das dann plötzlich während der Kontaktsperre angeblich mit Rücksicht auf die Psyche der Gefangenen nicht mehr möglich war, das finde ich abenteuerlich. Das ist alles bis jetzt in der Tragweite nicht bekannt gewesen. Über ein paar Ecken hab ich aus der Bundesanwaltschaft gehört, daß das selbst da nicht so bekannt gewesen ist. Ein paar Sachen, z.B. was der Klaus geschrieben hat, stehen in der Dokumentation der Bundesregierung. Aber es steht z.B. nichts darüber, was der Anstaltsarzt Dr. Henck da gemacht hat oder welchen Dienstweg solche Mitteilungen sogar gegangen sind. Das ist ja zur Behörde hin gegangen ur wieder zurückgekommen.

Unterm Strich bleibt als die mir wahrscheinlichste Version übrig, daß es so eine Mittellösung gewesen ist, d. h. Selbstmord, aber — ich will gar

Fortsetzung nächste Seite

Das Buch

592 Seiten hat das Buch, das Stephan Aust, bekannter linksliberaler Panorama-Rechercheur, in dreijähriger Arbeit über Entstehung, Geschichte und Ende der ersten RAF-Generation vorgelegt hat, Titel: ,,Der Baader-Meinhof-Komplex''. Ausgangs- und Endpunkt seiner Recherchen ist die Todesnacht von Stammheim. Dazwischen entwickelt er in Form einer Reportage, was sein Verlag im Klappentext ,,ein treffsicheres Psychogramm jener Jahre'', ein ,,dramatisches Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte'' nennt. Tatsächlich liegt damit nach ,,Hitlers children'' der US-Autorin Jillian Becker und anderen rechtsbürgerlichen bis BKA-offiziösen Dokumentationen der erste umfangreichere Versuch einer Aufarbeitung der frühen RAF-Geschichte aus links-liberaler Sicht vor. Das Buch macht reichlich Furore. Pro und Contra stehen hart gegeneinander. Trotz eines Preises von fast 40,— DM sind inzwischen seit Erscheinen des Buches Anfang des Jahres in zweiter Auflage über 20.000 Stück verkauft.

Nach seiner Motivation für das Buch befragt, gibt Stephan Aust an: Er sei neugierig gewesen. Er wollte wissen, was sich wirklich abgespielt hat. Vielleicht könne er zur Zerstörung einer falschen Legende beitragen. Vielleicht könne er eine Diskussion anstoßen, die schon lange überfällig sei.

Seine Neugier hat Stephan Aust ausreichend befriedigt. Auch seine Leserschaft kommt nicht zu kurz. Wer noch nichts über die Entstehung der RAF, die persönliche Geschichte von A. Baader, U. Meinhof, G. Ensslin, H. Mahler, J. C. Raspe und anderer Gründungsmitglieder der RAF, nichts über das Leben, sowie auch Sterben als ,,Staatsfeind Nr.1'' im Untergrund, über die Situation der RAF-Mitglieder im Knast, nichts über den Stammheimer Schauprozess , die Todesnacht in Stammheim, auch nichts über die staatliche Terrorismus-Hysterie der Jahre 71 und 72 wußte, wird mit viel Details und in gekonnter Schreibe informiert. Wer andererseits die Zeit miterlebt hat, darf sich erinnert fühlen.

Details und in gekonnter Schreibe informiert. Wer andererseits die Zeit miterlebt hat, darf sich erinnert fühlen,

bekommt vielleicht nachträglich manchen Einblick ins Innere des Gruppenlebens der RAF wie auch der Fahndungs- und Justiz-Aktionen des Staates. Dies ist zweifellos ein Verdienst des Buches, allein schon deshalb, weil damit die Chance besteht, daß eine eine relativ breite und vor allem auch junge Öffentlichkeit zu den hier geschilderten Tatsachen Zugang erhält. Dazu gehören auch die von Aust dieser Öffentlichkeit vermutlich erstmals in dieser Form geschilderten Ungeheuerlichkeiten der Stammheimer Prozeßfarce. Dazu gehören auch Schilderungen wie die, daß die Behörden zwar sonst kaum etwas, aber sehr wohl an die Gefangenen mit der Aufforderung sich umzubringen adressierte Kälberstricke die Postzensur passieren ließen.

Besonders hervorzuheben ist die minutiöse Beweisführung Austs aufgrund von offiziellen staatlichen Dokumenten, daß die nicht nur die Besucher-, sondern auch die übrigen Zellen der Gefangenen, insbesondere im Stammheimer Knast, mit Wissen der Behörden regelmäßig abgehört wurden. Aufgrund des von Aust veröffentlichten Materials müssen sich die Behörden fragen lassen, ob die Zellen auch in der Stammheimer Todesnacht abgehört wurden und was aus diesen Aufzeichnungen wurde, bzw. wenn in dieser Nacht ausnahmsweise nicht abgehört wurde, warum nicht und auf wessen Weisung. Damit hat Aust Material vorgelegt, daß von der liberalen und linken Öffentlichkeit unbedingt zu neuen Vorstößen für die Aufklärung der Vorfälle im Stammheimer 7.Stock genutzt werden kann — und muß.

Solchen hellen Seiten des Buches stehen allerdings viele, viele dunkle gegenüber.

Erstens verzichtet Stephan Aust darauf, seine Quellen transparent zu machen. Dem Interesse der Leserschaft, die Aussagen des Buches zu überprüfen, sind damit enge Grenzen gesetzt. Sie ist darauf angewiesen, Stepahn Aust zu glauben, daß er den in seinem wortkargen Vorwort benannten Quellenvergleich tatsachengerecht vorgenommen hat. Im Dunkel bleibt die generelle Glaubwürdigkeit der Quellen. Im Dunkeln bleiben die Kriterien, nach denen der Autor sich für die von ihm letztlich in Form seiner Reportage (einschließlich wörtlicher Rede u.a.) aufgeschriebenen Versionen entschieden hat. In einigen Fällen hat er staatliche und andere Versionen gegenübergestellt, in anderen Fällen (etwa im Fall des Todes von P. Schelm, des Prozesses gegen Hoppe, der Erschießung von Th. Weißbecker) nicht. Wonach er das entschieden hat, ist sein Geheimnis. Nicht-Informierte können das nicht merken, weil sie nur die von ihm geglättete Version vorgeführt bekommen.

Auch eine generelle Quellenkritik gegenüber staatlichen Quellen fehlt, obwohl sich Aust über lange Strecken auf Unterlagen des BKA, d.h. direkte BKA-Untersuchungen, staatsanwaltschaftliche Prozessakten, Kronzeugenaussagen u.ä. stützt (nach der Materiallage auch häufig stützen muß, wenn es andere Unterlagen nicht gibt). Unter solchen Bedingungen verkehrt sich die endgültige Reportage dann zur kriminalistischen Detailhuberei ohne wirklichen Erkenntniswert für die Leser oder Leserin.

Dies wird verstärkt durch eine ausdrückliche Individualisierung des Stoffes. Zunächst wird die Geschichte der APO-Differenzierung in den ,,Langen Marsch durch die Institutionen'' zum einen, die ML-Bewegung zum zweiten und die terroristische Linie zum dritten auf die RAF reduziert. Die RAF-Geschichte ihrerseits wird als Geschichte einer Handvoll Personen erzählt, deren Geschichte wiederum streckenweise stark über psychologische Situationen entwickelt wird, was z.T. fatal an die bekannten platten BKA-Studien zur Familiengeschichte bekannter Terrroristen erinnert. Stichworte dazu: Baaders Vorliebe für Samthosen oder schnelle Autos, seine aus einer einzigen Situation belegte Kinderfeindlichkeit etc., entsprechende Details zu G. Ensslin oder U.Meinhof und anderen. In Beschreibungen wie der, daß Baader die anderen angeiferte, bis er im wahrsten Sinn des Wortes Schaum vor dem Mund gehabt habe, erreicht diese Darstellung persönlich diffamierende Qualität.

Während die politischen und auch theoretischen Begründungszusammenhänge aus den Schriften der Entstehungszeit und des ersten Untergrundjahres nur bruchstückhaft im Text verstreut werden, widmet Aust der psychologisch zugespitzten Auseinander-

jahres nur bruchstückhaft im Text verstreut werden, widmet Aust der psychologisch zugespitzten Auseinander-

setzung während der Iso-Haft in Stammheim und während des Prozesses sehr viel Raum. Auch dies trägt dazu bei, das Gewicht von einer politischen auf eine psychologische Dimension zu verschieben, und von der Problematik der RAF als politisch isolierter Gruppe, die an ihrem revolutionäaren Stellvertretungsanspruch angesichts einer nicht-revolutionären Situation und angesichts einer zum äußersten bereiten Repression scheitert, auf gruppendynamische Prozesse abzulenken. Diese Betrachtungsweise mag sensationell und für viele attraktiv sein, die — wie Gremlitza sich in der ,,Konkret'' ausdrückt, schon immer mal wissen wollten, ob auch Helden scheißen müssen, bringt aber für das Begreifen dessen, woran die RAF gescheitert ist, herzlich wenig.

Seine unschöne Spitze erfährt dieser Ansatz, wenn auch zur Erklärung des Todes von Ulrike Meinhof, sowie der Toten im 7.Stock von Stammheim vorrangig nicht die Verantwortlichkeit der damaligen Bundesregierung und anderer staatlicher Organe, sondern die Auswirkungen eben dieses gruppendynamischen Prozesses herausgearbeitet werden.

So versucht Stephan Aust nachzuweisen, daß Ulrike Meinhof — in dem Maße als sie sich mit den Zielen der Gruppe nicht mehr identifizieren konnte — durch die Brutalität der Gruppe, speziell G. Ensslins und A. Baaders, soweit in die Enge getrieben worden sei, daß sie Selbstmord verübte. Speziell die öffentliche Kritik der Gruppe an dem Springer-Attentat, für das U. Meinhof wesentlich verantwortlich gewesen sei, habe ihr als Aufkündigung der Solidarität erscheinen müssen. ,,Vier Tage später'', schreibt Aust, ,,war Ulrike Meinhof tot.'' Er erklärt nicht nur alle Zweifel am Selbstmord von Ulrike Meinhof für erledigt, sondern macht die Selbstzerfleischung der Gruppe dafür verantwortlich. Ulrike Meinhofs eigene vorsorgliche Versicherung, daß — wenn sie tot aufgefunden werden sollte — es auf keinen Fall sie gewesen ist, die Hand an sich gelegt hat, bekommt bei dieser Darstellung den Geruch einer zynischen Propaganda.

Ähnlich verfährt Stephan Aust mit der Verantwortlichkeit für die Stammheimer Todesfälle. Über x-Seiten bemüht er sich — gestützt auf die Protokolle der in Stammheim zu der Zeit aus- und eingehenden Ministerial-, Polizei- und Vollzugsbeamten — die Selbstmordabsichten der Gefangenen für den Fall des Nicht-Austausches nachzuweisen. Zwar erklärt er am Schluß seines Buches, zu den konkreten Ereignissen während der Nacht blieben Zweifel und Widersprüche, legt aber danach im Schlußabsatz selbst den Selbstmord als wahrscheinliche Version nahe, indem er ein Gedicht aus Brechts ,,Maßnahme'' über den Selbstmord zitiert, das nach dem Tod von G. Ensslin durch Kriminalbeamte in ihrer Zelle gefunden worden sei. Anderslautende Äußerungen der Gefangenen, in denen sie ihre Befürchtungen vor Mord geäußert hatten, sowie die Darstellung von Irmgard Möller erscheinen dabei auch wieder als Propaganda eines Gruppenzwangs, der sich in zynischer Weise über das Leben der Einzelnen hinweg durchsetzt.

Ähnliche Versuche einer überparteilichen Beurteilung unternimmt Stephan Aust auch in anderen Punkten: So beschreibt er zwar die Brutalität der Zwangsernährung. Ursächlich erscheint der Tod von Holger Meins in seiner Darstellung aber als das zwangsläufige Produkt einer bis zur Selbsttötungsdrohung eskalierenden erpresserischen Gruppendynamik. So beschreibt er zwar die Isolationssituation der Gefangenen einschließlich solcher Vorgänge wie der von den Justizvollzugsbeamten im 7. Stock provozierten Schlägerei. Für die Zeit der Kontaktsperre aber läßt er das Bild einer privilegierten Gruppe entstehen, bei der von Isolation nicht die Rede sein könnte. So beschreibt er zwar, wie die RAF zum ,,Staatsfeind Nr 1'' gemacht wird. In den Schilderungen der konkreten Fahndungskonfrontationen aber läßt er das Bild eines Wettkampfes entstehen, bei dem ,,inzwischen auf beiden Seiten die Finger schnell am Abzug waren ... Wer zuerst schießt, überlebt.'' Wer es nicht besser wüßte, könnte meinen, daß sich die RAF und der Staat waffengleich gegenübergestanden hätten.

In der Fiktion seiner Objektivität schwingt sich der Journalist zum Richter auf, dabei aber selbst noch die Grundregeln bürgerlicher Rechtsprechung hinter sich lassend, nach der der Prozess der Wahrheitsfindung sich —

Grundregeln bürgerlicher Rechtsprechung hinter sich lassend, nach der der Prozess der Wahrheitsfindung sich —

nicht ohne Grund — öffentlich kontrollierbar aus der Dialektik von Anklage, Verteidigung und Urteil ergeben soll. Stephan Aust fällt seinen journalistischen Spruch, ohne seine Quellen, Beweisstücke und Zeugen aktenkundig zu machen und der Öffentlichkeit vorzuführen.

Vor diesem Hintergrund verwandelt sich die von Aust benutzte Methode der Individualisierung und Psychlogisierung der RAF-Geschichte bis hin zu diffamierenden Beschreibungen der Art, daß Baader die anderen angeiferte, bis er im wahrsten Sinne des Wortes Schaum vor dem Mund gehabt habe unversehens von einem bloßen Fehler in eine politische Aussage, die fatal an das Bild vom unpolitischen Kriminellen erinnert, das die westdeutsche Justiz und die gesamte antiterroristische Propaganda von den RAF-Leuten entwirft.

Die scheinbar objektive, über den Parteien stehende Reduzierung der RAF auf ihr menschliches Maß ist in Wirklichkeit das genaue Gegenteil, nämlich eine heftige und äußerst subjektive Parteinahme gegen die RAF, der nicht ihre politischen Ziele sondern Unmenschlichkeit, Brutalität und Psychoterror vorgeworfen wird — ganz abgesehen von der mangelnden Attraktivität, die aus ihrer selbstverschuldeten Niederlage resultiert. Der Staat dagegen wird — bei aller heftigen Kritik, die Aust an ihm vorbringt — letztlich aus der Verantwortung genommen, die er sich mit den Toten von Stammheim aufgeladen hat.

Es erweist sich also: Dies ist keineswegs ein unpolitisches Buch, wie manche linken Kritiker meinen. Im Gegenteil, wird es mit seiner breitenfreundlichen sportiven Aufmachung erhebliche politische Wirkung haben, grund genug für die Linke, die um das Buch entstandene Aufregung zu nutzen, um sich entschieden mit dem darin vermittelten Bild von revolutionärer Gewalt und deren angeblich durch das Ende der RAF belegten Sinnlosigkeit auseinanderzusetzen.

F.

Der Film

Der Stammheim-Film ,,zeichnet in bedrückender Genauigkeit nach, was ,in der Strafsache gegen Baader u.a.' alles möglich war. Der Film ruft uns schmerzlich ins Gedächtnis, daß die Ereignisse, um die es geht, noch längst nicht historisch obsolet geworden sind. Er holt ins Zentrum unserer Wahrnehmung zurück, was wir gern an ihren Rand verdrängen würden: daß es Stammheim immer noch gibt und daß nichts geschehen ist, was die Bunkerjustiz, die dort nach wie vor (...) zelebriert wird, unmöglich gemacht hätte.'' (Rupert von Plottnitz, Vertrauensverteidiger von Jan-Carl Raspe).

Nicht über eine Co-Produktion mit einer Fernsehanstalt konnte ,,Stammheim — Baader-Meinhof vor Gericht'' realisiert werden, sondern erst durch das Engagement des Intendanten des Hamburger Thalia-Theaters, Jürgen Flimm, der die Beteiligung des (neuen) Ensembles und des Ausstattungsbereiches zusagte. Daraufhin wurde — die Wege des Herrn sind wunderbar — dem Film die Hamburger Wirtschafts-Filmförderung und die kulturelle Filmförderung zugesprochen.

Nach dem Drehbuch von Stefan Aust, der sich wesentlich auf das entsprechende Kapitel seines Buches ,,Der Baader-Meinhof Komplex'' stützt und in der Regie von Reinhard Hauff (,,Das Messer im Kopf'') komprimiert der Film die 192 Tage des Prozesses auf gut 100 Minuten.

Herausragend ist die Wiedergabe der Prozeßführung durch das Gericht, das mit unbedingtem Verurteilungs- und Vernichtungswillen jede Möglichkeit einer sachgerechten Verteidigung, sei es durch die Angeklagten selbst, sei es durch deren Verteidiger, mit jedem nur denkbaren Mittel behindert, unterläuft, ignoriert, zerschlägt. Hier — in der aktengetreuen Darstellung der Stammheimer Staatsmaschine, die heute noch kaum weniger wütet (nur: sehr viel weniger beachtet) als Mitte der siebziger Jahre, liegt die eigentliche Stärke, der eigentliche ,,Aufklärungswert'' des Films. Und zwar für diejenigen, die den Prozeß damals verfolgt haben nicht weniger als für diejenigen, die damals zu jung waren, um mehr von Stammheim zu wissen, als daß es ein Ortsteil von Stuttgart ist.

Bedenklich hingegen, fast ein Bruch gegenüber der Wiedergabe des Prozeßverlaufs ist die Darstellung der Gefangenen und — eh schon nur mehr am Rande — ihrer Haftbedingungen. Kaum deutlich wird in dem Film, daß das mehr und mehr verzweifelte Agieren und Reagieren der Angeklagten, daß die Ausführungen zu ihrem Kampf, die mehr und mehr sich von der politischen Realität entfernen (von der Vermittelbarkeit der Positionen ganz zu schweigen) Ausdruck und Ergebnis tiefer politischer Isoliertheit vor ihrer Gefangennahme und erst recht Ausdruck und Ergebnis der Vernichtungshaft sind. Verschärft wird dieser Mangel noch dadurch, daß dem Zuschauer die politischen Positionen der RAF reduziert auf deren Erklärungen , sowie anhand mehr oder weniger blutrünstiger Aufnahmen von RAF-Aktionen und entsprechenden Zeugenaussagen vor Gericht vorgeführt werden.

Rupert von Plottnitz, der Vertrauensverteidiger von Jan-Carl Raspe in dem zur Rede stehenden Prozeß: Obwohl authentische Textquellen verwendet werden, sei ,,die Wirklichkeit, die der Film gibt, nicht die Wirklichkeit, der er gilt. (...) Im Film sehen wir Angeklagte, die meist kraftvoll und entschlossen reden oder agieren. Die Sprechweise und die Aktionen der wirklichen Angeklagten waren demgegenüber in der Regel leiser, stockender und tastender. (...) Im Film überwiegen bei der Darstellung der Angeklagten Beweglichkeit und Schnelligkeit. Im Gestus der wirklichen Angeklagten ging es dagegen eher schleppend, zögernd und entkräftet zu.''

Im Vorspann versprechen die Filmmacher: ,,Szenen und Dialoge beruhen auf wirklichen Texten und Ereignissen.'' Dies ,,beruhen auf'' wird streckenweise sehr weitherzig ausgelegt. Als unmittelbar persönlichen Zusammenstoß zeigt der Film einen Disput zwischen Andreas Baader und Ulrike Meinhof, die aus dem Hintergrund mit den Worten ,,Projektionen, Paranoia, Schwein'' von Gudrun Ensslin beschimpft wird. Tatsächlich handelt es sich hierbei aber, wie Stefan Aust selbst noch in seinem Buch schreibt (S. 373), um eine Randnotiz von Gudrun Ensslin auf einem Brief von Ulrike Meinhof.

Es hat durchaus seine innere Logik, wenn gerade bei der filmischen Darstellung eines Zusammenstoßes von Ulrike Meinhof mit anderen Mitgliedern der Gruppe sehr viel weitergehend von dem Mittel der ,,künstlerischen Freiheit'' Gebrauch gemacht wird, als sie einem Film ansteht, der im Vorspann seinen dokumentarischen Charakter betont. In seinem Buch suggeriert Stefan Aust die Selbsttötung der Gefangenen, indem er berichtet, Kriminalbeamte hätten in der Zelle von Gudrun Ensslin nach deren Tod ein Buch von Bertolt Brecht gefunden, in dem die ,,Maßnahme'', aus der die Gefangenen immer wieder zitiert hätten, enthalten war. (S. 592) In der ,,Maßnahme'' heißt es: ,,Furchtbar ist es, zu töten. / Aber nicht nur andere, auch uns töten wir, wenn es nottut / Da doch nur mit Gewalt diese tötende / Welt zu ändern ist, wie / Jeder Lebende weiß.'' — Im Film ist es nun Ulrike Meinhof, die — nach Differenzen mit den anderen Gruppenmitgliedern — in ihrer Zelle eben diese Zeilen aus der ,,Maßnahme'' zitiert. Nächste Einstellung: In einer eher surrealen Szene streben Menschen vor den Stammheimer Mauern zusammen — Ulrike Meinhof ist tot. Suggeriert werden soll zum einen: Ulrike Meinhof war im Begriff, die RAF zu verlassen. (Rupert von Plottnitz: ,,Die Texte und Erklärungen, auf die sich Film und Drehbuch stützen, schließen eine solche Deutung nicht aus, machen sie aber auch nicht zwingend.'') Suggeriert wird zum andern: Ulrike Meinhof hat, fertiggemacht von der Gruppe, Selbstmord begangen.

Voll danebengelangt schließlich haben die Filmemacher in ,,formaler'' Hinsicht. Gekonnt geführte lange Fahrten entlang der Stammheimer Mauer, winterliche Ansichten auf den beleuchteten Knast sind dem tatsächlichen Grauen so unangemessen wie die Wiedergabe des eisigen Schreckens und des Protests nach dem Tod von Ulrike Meinhof durch in der Ferne verschwimmende Demonstrantenstaffage. Der — wie ich denke — Versuch, den schleichenden Tod im Stammheimer Prozeß und im 7. Stock durch einen permanenten ,,Blaustich'' auch farblich zu vermitteln, ruft eher Erinnerungen hervor an ein durchgestyltes New-Wave-Lokal. Blauer Farbdunst und Schwenks zur Decke vermögen auch nicht nur annähernd näherzubringen, was Isolation, was Vernichtungshaft ist. Und die Musik ... Ist es noch eine nicht zu unterschätzende Qualität des gesamten Films, daß er das Gericht nicht als omnipotent, damit den Zuschauer vollends niederdrückend, darstellt, sondern auch die kleinen Siege von Gefangenen und Verteidigern, sind die Musikeinsätze hochdramatisch, schreckerregend, unterstreicht die Musik nochmals, was durch Kameraführung und Farbgebung schon angelegt ist: Stammheim, ein gleichsam überirdischer, fast mystischer Ort, herausgelöst aus der Wirklichkeit dieses Landes und dieses Staates.

Der Film endet mit dem Satz: ,,Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergaben Selbstmord.'' Da war sogar das Boulevardblatt ,,Hamburger Morgenpost'' mutiger, als es jüngst dieses Ermittlungsergebnis mit einem ,,Offizielle Erklärung: Selbstmord'' wiedergab.

Trotz der z.T. nicht geringen Mängel und Fehler des Stammheim-Films: Wir haben bislang kaum ein besseres Mittel, die Diskussion über diesen Staat und seine Justiz zu führen, als eben diesen Film. Ob es allerdings gelingt, die Debatte mit angemessener Tiefe und über den engsten Kreis hinaus zu führen, das ist nicht mehr Aufgabe der Filmemacher, sondern der Linken selbst.

K., Hamburg



Szenenfoto aus ,,Stammheim — Baader-Meinhof vor Gericht''

Fortsetzung von vorheriger Seite

nicht sagen — mit Billigung, sondern mit stillschweigender Duldung von Behördenvertretern.

Ich will noch eins dazu sagen: Den dafür Zuständigen in der Vollzugsanstalt direkt und im Ministerium, die davon ja weitgehend gewußt haben, mußte natürlich auch klar sein, wenn die da oben tot sind, Selbstmord begehen, dann ist Schleyer auch tot.

Schleyer war bereits geopfert, als die Bundesregierung das Ultimatum der Entführer ablehnte.

Für mich ist offenbar, daß die Bundesregierung einen Austausch auf keinen Fall wollten. Das ist klar. Wenn es aber eine Möglichkeit gegeben hätte, Schleyer lebend wiederzukriegen, ohne die Gefangenen auszutauschen, dann, glaube ich schon, hätten sie sich darauf eingelassen. Dieses Beharren auf der harten Linie und den Tricks, die da versucht worden sind, die Entführer an der Nase herumzuführen, haben jedes Denken über irgendeine Kompromißlösung völlig beiseitegedrückt. Ich kann mir schon vorstellen, daß es Möglichkeiten gegeben hätte, zu irgendwelchen Kompromißlösungen zu kommen, sogar Lösungen, die ja merkwürdigerweise fast identisch von ein paar der Anwälte gekommen sind — und z. B. vom BKA-Beamten Alfred Klaus.

Aber diese Kompromißlösungen sind nicht durchgeführt worden. Durchgeführt worden ist die sog. Befreiungsaktion der GSG 9 in Mogadishu, und durchgeführt worden — von wem immer — ist die Stammheimer Nacht, alles andere waren Könnte-Erwägungen und Hätte-Spekulationen, die nicht Wirklichkeit wurden.

Das ist ja die entsetzliche Tragödie an der ganzen Geschichte.

Insofern würde ich an diesem Punkt keine Version zulassen, die staatliche Stellen aus der politischen und juristischen Verantwortung nimmt und insofern scheint mir dein Schluß bzgl. der Selbstmorde unakzeptabel.

Du hast vorhin Herrn Janßen von der ,,Zeit'' zitiert. Der wirft mir ja was ganz anderes vor. Der sägt, er vermißt das klare Wort meinerseits, daß es Selbstmord gewesen sei. Und dieses klare Wort kann ich nicht aussprechen und werde ich nicht aussprechen, solange die Behörden auf weiteren Materialien sitzen, die sie zur Aufhellung rausgeben könnten, wenn sie wollten, oder von denen sie behaupten, daß es sie nicht mehr gibt wie z.B. die ganze Frage, ob da Möglicherweise während der Kontaktsperre und während der Todesnacht abgehört worden ist.

Du belegts in deinem Buch, daß die Zellen der Gefangenen schon vor der Stammheimer Nacht regelmäßig abgehört worden sind, und zwar nicht nur die Besuchszellen, sondern auch die normalen Zellen, in denen sich die Gefangenen aufgehalten haben, woraus zu schließen sei, daß auch während der Stammheimer Nacht entweder abgehört worden oder aus irgendeinem Grund diese Anlage abgeschaltet worden sein müsse. Jedenfalls muß es dazu irgendeine Art von behördlichem Vorgang, wenn nicht gar vollständige Aufzeichnungen geben. Ist mit dieser Information politisch gearbeitet worden?

Nichts! Null! Das spricht eigentlich nicht sehr für die Linke im weitesten Sinne in diesem Land. Da ereifern sich Leute über Seiten in der ,,taz'' oder sonstwo oder auch im Gespräch darüber, ob es nun erlaubt, zulässig oder verboten ist, aus internen Briefen dieser Gruppe zu zitieren. Aber auf den naheliegenden Gedanken, nun mal das Material, was ich da vorgelegt habe, zu nutzen und ein bißchen weiterzubohren, ist niemand gekommen. Ich frage mich, ob nicht jemand wie z.B. der Rechstanwalt und jetzige MdB Ströbele, der wie ich höre, der ,,taz'' ein kritisches Interview zu dem Buch gegeben haben soll, was vermutlich irgendwann demnächst erscheint, im Bundestag in dieser Angelegenheit irgendwas unternimmt. Oder die GRÜNEN im Landtag Baden-Württemberg. Oder die SPD. Oder wer immer. Nirgends! Es ist ja nun wirklich genügend darüber erschienen, auch z.B. in der ,,taz''. Wir wollen ja an andere Leute gar nicht mal so große Anforderungen stellen. Aber daß da nicht mal jemand sich gesagt hat, das ist der wirkliche Hit an dem Buch. Das ist das, was einem völlig neue Perspektiven eröffnet. Daß da nicht niemand hinterhergegangen ist, um sich damit zu beschäftigen, das finde ich eigentlich ziemlich erschreckend.

Hast du selbst irgendetwas unternommen?

Naja, sicher. Ich habe mich mit den Baden-Württembergischen Behörden in Verbindung gesetzt. Ich habe ihnen ganz simple Fragen gestellt wie zum Beispiel, in welchen Zellen waren die Mikrofone? Sind sie ausgebaut worden, wenn ja, wann? Wenn sie nicht ausgebaut worden sind, sind sie während der Kontaktsperre noch in Betrieb gewesen oder warum hat man das da nicht gemacht. So ganz simple Fragen. Und darauf konnte man mir nicht antworten. Ich habe auch, nachdem das Buch erschienen war, noch mal einen Brief geschrieben, und hab da auch ne total läppische Antwort gekriegt.

Bist du an die GRÜNEN rangetreten oder an irgendeine andere politische Kraft, damit da was in Gang gesetzt wird?

Nein, das habe ich jetzt nicht gemacht. Was ich an Wissen und Material habe, das habe ich in das Buch reingebaut und jetzt wäre es eigentlich mal an der Zeit gewesen, daß sich jemand anderes drum kümmert. Wenn das niemand tut, werde ich da sicherlich selbst noch mal aktiv werden. Aber das ist jetzt ja nicht eine Frage von drei Tagen, in denen man das macht. Ich denke auch, daß sich vielleicht irgendwann jemand bei mir meldet, und mir da mal ein paar Hinweise gibt.

Laß uns noch einmal zu dem Buch selbst zurückkommen: Was sagst du zu der Kritik Gremlitzas in ,,konkret'', daß dein Buch über die RAF ,,einen Bedarf deckt, den die vielfältigen Bemühungen, die Geschichte der 68 Revolte zu liqidieren, noch ungestillt gelassen hatten''?

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Leute haben nach dem Erscheinen des Buches angefangen darüber ein bißchen intensiver zu diskutieren, vielleicht kontrovers, vielleicht hauen sie mich auch in die Pfanne. Aber man kann nun wirklich nicht sagen, daß damit die Geschichte auf irgendeine Weise liquidiert und die Diskussion darum abgewürgt worden sei. Im Gegenteil, die Diskussion ist erst richtig aufgekommen. Das ist wirklich ein Quatsch.

Gremlitza kritisierte auch, um daran ebenfalls anzuknüpfen, du habest eine ,,Krankengeschichte, statt einer politischen Geschichte'' geschrieben, die nichts anderes beweise, als die Banalität: ,,Auch Helden gehen mal scheißen.'' Fühlst du dich dadurch als Schlüssellochgucker angegriffen?

Das ist so ein absurder Vorwurf, der mich wirklich nicht trifft. Mich trifft es, wenn mir jemand einen Fehler nachweist. Da ärgere ich mich über mich selbst. Aber erstens glaube ich nicht, daß ich denen in die Unterhose geguckt habe. Grade was den Bereich unter der Gürtellinie, Beziehungskisten, Liebesverhältnisse und intime Dinge anbetrifft, habe ich mich ganz bewußt sehr zurückgehalten. Es ist überhaupt keine Schlüssellochguckerei, sich anzusehen, wie die miteinder umgegangen sind. Wenn Gremlitza der Ansicht ist, daß diese Briefe nur der Ausdruck der Haftbedingungen und der Isolation sind, dann ist das ein Vorwurf, der in zweierlei Weise nicht zutrifft: Erstens sind es keine wirklich internen Briefe. Die meisten davon sind im internen Infø nicht nur an alle Gefangenen verteilt worden, sondern auch ans BKA sozusagen — in dem Wissen schließlich, daß da mitgelesen wird. Zum zweiten sind das mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen auch keine wirklich persönlichen Dinge, sondern es sind politische Auseinandersetzun-

Kommentar

,,Mal miteinander reden'' sollten bei der Premiere des Films in Hamburg am 30.1.86 Leute, ,,die damals im Handgemenge waren.'' Geladen waren außer einer Reihe bekannter ehemaliger RAF-Verteidiger solche extremen Pole wie Bommi Baumann zum einen, Klaus Bölling zum andern.

Statt des erhofften Premieren-Dialogs sorgte die einschlägige Szene für erneutes ,,Handgemenge''. Der Film wurde geklaut. Bölling erhielt zwei lange aufgesparte Backpfeifen. Die Premiere platze, ,,weil wir nicht mehr miteinander reden können,'' so der Veranstalter, der Intendant des an der Poduktion des Films beteiligten Thalia-Theaters, Flimm. Polizei wurde nicht geholt.

,,Politisches Analphabetentum'', so Bölling, ,,nackter Terror'', so die bürgerliche Presse. ,,Eine verpaßte Chance'', so ziemlich unisono die Initiatoren und ihr Podium. Es sei die Chance vertan worden, endlich miteinander ins Gespräch zu kommen. Man müsse leider bezweifeln, schrieb Iring Fetscher, ebenfalls verhinderter Podiumsteilnehmer tags darauf in der ,,taz'', daß in der BRD die Zeit heute reif sei, über Amnestie, über Strafverkürzung, kurz über die Konsequenzen der Stammheimer Ereignisse neu zu diskutieren.

Tatsächlich, sie ist noch nicht reif für ,,politische Lösungen für ehemalige Terroristen im Gefängnis'', wie MdB Antje Vollmer das nennt: Noch immer gibt es Leute, die diesen Staat für die Toten von Stammheim verantwortlich machen, für die Amnestie und Abschwören zwei Worte mit unterschiedlicher Bedeutung sind, auch solche, für die politische Auseinandersetzung mit der Geschichte und aktuellen Politik des Terrorismus nicht Distanzierung bedeutet. Das hat man nicht erwartet.

Und worüber sprechen wir nun?

Sprechen wir über Politik, wenn wir Politik meinen. Fordern wir Freilassung ohne wenn und aber, wenn wir Amnestie sagen.

F.



gen, die da geführt werden, die natürlich in den persönlichen Bereich auch reingehen. Das ist klar. Wenn Ulrike Meinhoff eine Selbstkritik macht, ich meine über Sozialisation, Sadismus oder sonstwas, dann geht das natürlich in den privaten Bereich rein. Aber das sind Sachen, die sind im Grunde für den Rest der Gruppe geschrieben worden. Selbst wenn es so wäre, daß diese Art von gegenseitiger Zerfleischung nur ein Ausdruck der Haftbedingungen gewesen ist, gerade dann würde ich es auch für wichtig halten, dieses zu veröffentlichen, um zu zeigen, zu welchen Resultaten einer psychologischen Struktur solche Haftbedingungen führen können. Aber selbst dies trifft nur in geringem Umfang zu. Die Umgangsformen während der zwei Jahre Untergrund und z.T. sogar schon vorher sind nicht sehr viel anders gewesen.

Gottfried Ensslin, der Bruder von Christiane Ensslin kritisiert eine „unterschwellige Häme" deines Buches, wenn du beschreibst, wie C. Ensslin von einem Polizisten im Nacken gekitzelt wird, um sie für die Herstellung eines ED-Fotos aufzulockern, wenn du das SPK unter der Überschrift „Irre ans Gewehr" abhandelst, oder die Schilderung der Schlägerei im 7.Stock mit der Montage der Nachtwachenmeldung abschließt, in der von Speck- und Bratkartoffelgeruch die Rede ist.

Ich könnte weitere Stellen hinzufügen, etwa wie du Baaders Vorliebe für Samthosen und schnelle Autos schilderst, oder feststellst, daß er während Holger Meins im Hungerstreik zu Tode kam, gegessen haben soll u.a.m. Findest du nicht, daß diese Darstellungsweise mehr über deine Auswahl als über die beschriebenen Personen und die RAF insgesamt aussagt?

Das glaube ich nicht. Es ist für die Charakterisierung einer Person durchaus wichtig, derartige Details zu beschreiben. Wenn ich z. B. die Frage, warum fährt Baader einen Iso Rivolta, sozusagen vom Konzept des Untergrundkampfes her betrachte, dann kann ich nur sagen: das ist der helle Wahn. Es gibt ja auch andere schnelle Autos. Wenn man nun unbedingt vor der Polizei abhaun will, dann kann man ja auch ne andere Marke fahren. Ich glaube, daß es auf die persönliche Struktur ein sehr bezeichnendes Licht wirft, wenn man nun einen Iso Rivolta fährt. Ich möchte nicht wissen, wenn ich einen Iso Rivolta fahren würde und ein solches Buch schreiben, was Leute mir dann um die Ohren hauen würden.

Es gibt Leute, für die die RAF nie eine Legende gewesen ist, sondern die sich schon frühzeitig mit ihr auseinandergesetzt haben. Das gilt speziell für Teile sog. legalen Linken. War dir diese Auseinandersetzung nicht bekannt oder hat es dich nicht interessiert?

Welche politische Auseinandersetzung meinst du?

setzt haben. Das gilt speziell für Teile sog. legalen Linken. War dir diese Auseinandersetzung nicht bekannt oder hat es dich nicht interessiert?

Welche politische Auseinandersetzung meinst du?

Die Differenzierung um den Weg der Nach-Apo-Zeit, also 70, 71, 72. Da hat es zu der Zeit eben doch sehr viele theoretische Auseinandersetzungen gegeben, die sich u.a. wesentlich um die Frage der revolutionären Gewalt drehten. In diesem Zusammenhang zitierst du ja auch aus den damaligen Schriften der RAF dies und das. Nur, was du eben nicht machst, ist: du ordnest die Diskussion der RAF nicht in die Auseinandersetzung der damaligen Linken ein. In deinem ganzen Buch kommt diese Linke praktisch nicht vor, weder das direkte politische Umfeld der RAF, noch das linksliberale später sog. Sympathisantenumfeld, noch die linksradikale Szene. Es gibt auch die SPD-Politik des Antiterrorismus in deinem Buch nicht. Das halte ich für einen erheblichen Mangel.

Ich kann nur sehr schwer eine Diskussion darüber führen,, was alles nicht in dem Buch steht.

Dann sage ich es anders: Meiner Meinung nach reduzierst du die Geschichte der RAF stark auf eine psychologisierende Gruppengeschichte bzw. eine Geschichte von Individuen.

Also erstens habe ich keine Psychologisierung vorgenommen. Unter Psychologisierung würde ich verstehen, wenn ich mich hinstelle und sage, Baader war ein neurotischer, narzistischer Psychopath oder so. Das tue ich nicht. Ich erzähle eine Geschichte und schildere Szenen, so wie ich das vielleicht bei einem Film machen würde. Wenn Leute daraus irgendwelche psychologischen Schlußfolgerungen ziehen, dann kann ich ihnen das nicht verwehren. Ich ziehe ja auch bestimmte Schlußfolgerungen daraus. Aber mit psychologischen Wertungen oder Etiketten, die ich aufklebe, halte ich mich sehr zurück. Daß ich die Geschichte individualisiere, ist wahr. Die Problematik ist mir von Anfang an klar gewesen. Ich personalisiere, d.h. ich erzähle die Geschichte von ein paar Leuten mit einer bestimmten Biografie, die ich m.M. nicht aus ihrem politischen Zusammenhang herauslöse. Ich versuche zu beschreiben, in welchen Situationen Leute bestimmte Erfahrungen gemacht haben und aus welchen individuellen und politischen Gründen sie sich auf diese Reise begeben haben.

Fürchtest du nicht, daß die von dir vorgenommene Personalisierung der RAF-Geschichte von einer politischen Auseinandersetzung mit dem Weg der RAF ablenkt, bzw. die politische Auseinandersetzung um die Frage, wie diese Gesellschaft erfolgreich zu verändern ist, auf ein individuelles und psychologisches Problem reduzierst?

Diese Kritik ist von einem bestimmten politischen Standpunkt aus geführt. Mich interessiert im Grunde an der Geschichte was ganz anderes. Mich interssiert eben der Weg von handelnden Personen. Warum sie als Personen in eine solche Situation gekommen sind. Wenn ich mir Leute angucke, die heute auch noch im Gefängnis sitzen, und für ein kurzes Abenteuer bei der RAF von 8 Monaten vielleicht Lebenslänglich kriegen, dann reduziert sich für die natürlich auch sehr viel auf ihr eigenes persönliches Schicksal, ihre eigenen Erfahrungen und Erlebnisse, ihre eigene Tragödie. Ich glaube wirklich, daß Geschichte nicht nur ein abstrakter Begriff von geistig oder politischen Auseinandersetzungen, sondern von handelnden Personen ist.

Was sagst du zu dem „taz"-Interview, in dem Ulrich Tukur, der Darsteller Baaders aus dem Film „Stammheim", Baader als ziemliches Schwein, Psychopath, machtbesessen, brutal usw.

delnden Personen ist.

Was sagst du zu dem „taz"-Interview, in dem Ulrich Tukur, der Darsteller Baaders aus dem Film „Stammheim", Baader als ziemliches Schwein, Psychopath, machtbesessen, brutal usw.

bezeichnet? Was sagst du zu der daraufhin gestellten „taz"-Frage, ob er den Baader deshalb leichter spielen konte, weil er vorher in „Ghetto" den SS-Mann Kittel, den „Schlächter mit menschlichem Gesicht" gespielt habe?

Tukur hat mir gesagt, das Interview habe so nicht stattgefunden. Ich kann deswegen dazu auch überhaupt keine Stellung nehmen. Über diesen Text ist er selbst außerordentlich entsetzt und wird auch, soweit ich das weiß, was dagegen unternehmen.

Meinst du nicht, daß deine Art der Darstellung solche Entgleisungen mit einer gewissen Folgerichtigkeit nach sich zieht?

Das glaube ich nicht. Wenn man will, kann man sich natürlich aus dem Buch Sachen zusammensuchen, und daraus eine Montage herstellen, die mich als völlig bekloppten Denunzianten erscheinen läßt. Das kann man, wenn man will. Ich glaube, das kann man fast aus jedem 600 Seiten Buch.

Wie stehst du zu der geplatzten Premiere des Stammheim-Films.?

Mir war schon klar, als ich das Buch geschrieben hab, daß ich es knüppeldick von vielen Seiten kriegen würde. Ich konnte mir auch ausmalen, daß der Film ebenfalls bei manchen Leuten auf erhebliche Abneigung stoßen würde. Man kann ja nicht erwarten, wenn man sich mit so einer komplizierten Materie befaßt, daß man da Beifall von allen Seiten kriegt. Ich habe auch unheimliche Angst davor gehabt, das zu machen. Ich habe mir auch vorstellen können, daß da Leute auftauchen und Rabbatz machen, verlangen, daß sie aufs Podium kommen, auch sich sehr lautstark und meinetwegen auch sehr aggressiv mit Klaus Bölling oder anderen auseinandersetzen. Das Leute nun schlichtweg kommen, um die Veranstaltung zu verhindern, auch davor nicht zurückschrecken, da direkte Gewaltmaßnahmen zu ergreifen, z. B. gegen Klaus Bölling, von dem ich es ja immerhin sehr respektabel finde, daß er überhaupt bereit war, sich einer solchen für ihn sicherlich sehr schwierigen Diskussion zu stellen, damit habe ich nicht so gerechnet. Vielleicht war das naiv.

In der „taz" bedauerte Iring Fetcher am Tag darauf die „verpaßte Chance". Siehst du das auch so? Welche Chance soll da verpaßt worden sein?

Ich sehe das auch so. Ich bin nun nicht der Auffassung, daß der Krieg der RAF gegen den Rest der Gesellschaft weitergehen soll. Ulrike Meinhof hat irgendwann am Anfang mal in irgendeinem der Papiere geschrieben: ob es geht, den illegalen Kampf in der Bundesrepublik zu führen, wird sich an der Praxis zeigen. Ich glaube die Praxis hat gezeigt, daß dieses nicht geht, und daß dieses zu einer erheblichen Gefährdung von Menschen, auch von denjenigen, die sich als Kämpfer betrachten, führt. Ich finde es eine entsetzliche Tragödie zu sehen, wie Leute, z.B. Klaus Jünschke oder Manfred Grashof, seit 14 Jahren im Gefängnis sitzen, die Chancen, daß sie nach 15 Jahren rauskommen, vielleicht da sind, aber so riesig auch nicht, oder Christoph Wackernagel anzusehen, der ja inzwischen schon die Hälfte seiner 15 Jahre rum hat, bei dem die normalen gesetzlichen Voraussetzungen, ggf. auch die Möglichkeiten einer vorzeitigen Entlassung, eines Ausgangs oder sonstwelcher Hafterleichterungen nur sehr zurückhaltend, mal ganz gelinde gesagt, angewendet werden. Ich glaube, daß diese Veranstaltung, so war auch die Diskussion gedacht, die anschließend ablaufen sollte, natürlich ganz erheblich auf die Frage, was nun mit den Gefangenen passiert, gezielt hätte.

Was versprichst du dir von diesem Dialog?

Von diesem Dialog verspreche ich mir, daß zumindest Interesse für diese vergessenen Gefangenen geweckt wird. Und man kann ja sehen, daß Antje Vollmer ihre Seite in der „taz", wo es um dieses Problem geht, zum jetzigen Zeitpunkt gemacht hat, wo durch das Buch und den Film und die ganze öffentliche Diskussion die Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit und auch mit Personen aus dieser Vergangenheit zu beschäftigen, meiner Ansicht nach wesentlich größer gewesen ist als vorher.

Das hat sie schon vor einem halben Jahr gemacht, immer verbunden allerdings mit der Vorstellung, daß die Voraussetzung für die Amnestie das Abschwören von der RAF und dem bewaffneten Kampf ist, was m.E. nur eine Karikatur von Amnestie wäre. Daran hat sich nun natürlich durch die neue Situation gar nichts geändert. Ich bezweifle übrigens, daß die Herrschenden dieses Landes, jetzt plötzlich andere Maßstäbe anlegen als noch vor einem halben Jahr.

Ich glaube, eine öffentliche Diskussion und ein öffentliches Interesse bedeutet auch eine gewisse öffentliche Kontrolle. Ich glaube, daß in diesen Behördenapparaten viele Leute sich freuen, wenn es möglichst still um die Gefangenen ist, und wenn sie sich darüber nicht Gedanken machen müssen. Je mehr Anfragen, Gesuche, Diskussionen, Artikel zu diesem Thema geschrieben werden, desto größer ist die Neigung, innerhalb dieses Behördenapparates, mal darüber nachzudenken, und z.B. auch Hafterleichterungen durchzusetzen.

Natürlich geht es mir ganz wesentlich um diejenigen, die — ich will gar nicht mal sagen — abgeschworen haben, aber die sich von der RAF getrennt haben. Ob sie das nun öffentlich oder weniger öffentlich gemacht haben, finde ich dabei gar nicht so wahnsinnig erheblich. Natürlich geht es um die. Aber es geht nicht nur um die, denn ich glaube, daß man sicherlich nicht damit rechnen kann, daß dieser Staat oder die dafür zuständigen Strafvollstreckungskammern oder die Behörden oder die Ministerien nun jemand nach Halbstrafe rauslassen, wenn er auch noch sagt, daß was wir gemacht haben in der RAF war richtig, und wir wollen es weiter machen, wenn wir wieder rauskommen. Das wird man sicherlich nicht erwarten können, das wäre einfach unrealistisch, nur ich glaube, daß es auch für diejenigen, die noch voll auf Linie sind, und die ja zum Teil noch unter sehr schwierigen Haftbedingungen sitzen, immer noch Möglichkeiten gibt, das für die ein bißchen zu erleichtern und damit auch die Möglichkeit, sich aus dem Verein zu verabschieden, erleichtert wird. Das war ja auch die Aussage, die Ulrike Meinhof in dem Stammheimer Prozess gemacht hat, aus der ich auch schließe, daß sie nicht mehr voll auf Linie gewesen ist, wo sie sagt: wie kann der Gefangene in der Isolation zum Ausdruck bringen, daß er sein Verhalten geändert hat. Er kann es nicht, weil es da nur zwei Möglichkeiten gibt, den Verrat, sich dem Staat als Kronzeuge usw. zur Verfügung zu stellen oder eben weiter unter diesen Haftbedingungen zu sitzen. Es wäre auch ganz praktisch für den Staat, Leute nicht so sehr in die Defensive zu treiben.

Viel Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte F.



**ES GIBT VIELE ARTEN ZU TÖTEN.
MAN KANN EINEM EIN MESSER
IN DEN BAUCH STECHEN,
EINEM DAS BROT ENTZIEHEN,
EINEN VON EINER KRANKHEIT
NICHT HEILEN,
EINEN IN EINE
SCHLECHTE WOHNUNG STECKEN,
EINEN ZUM SELBSTMORD TREIBEN,
DURCH ARBEIT ZU TODE SCHINDEN,
EINEN IN DEN KRIEG FÜHREN USW.
NUR WENIGES DAVON IST IN
UNSEREM STAATE VERBOTEN.**

Vertreibung von Satz- und Layout-Teufeln

aus: 'Thesen zur Volkszählung ...' in AK 266, S. 18/19

Ein Teufel kommt selten allein. ganisierung einer Gegeninformations-

Vertreibung von Satz- und Layout-Teufeln

aus: 'Thesen zur Volkszählung ...' in AK 266, S. 18/19

Ein Teufel kommt selten allein. Als erster kam der Weglassungsteufel: Ihm fiel zunächst die Verfasserangabe der Thesen zum Opfer. Es sei hiermit nachgetragen: Der Verfasser ist F./Hamburg.

Als zweiter kam der Satzteufel: Ihm fiel die These 6 zum Opfer. Beim Ausdruck mogelte der Satzcomputer, was niemand merkte, wildfremde Textteile in die These hinein, schmiß dafür Bestandteile der These hinaus, niemand weiß wohin. Sorry! Die ursprünglich geplante Fassung der These 6 wird hiermit nachgeliefert.

Als dritter wirkte dann schließlich noch der Layout-Teufel: Er verhinderte, daß der dokumentierte Text der Humanistischen Union zu den 'Sicherheitsgesetzen' auch als solche Dokumentation erkennbar wurde. Für alle, die es nicht gemerkt haben, sei also nachgetragen: Die „Übersicht über das Ermächtigungsgesetz" (der bei dem „Ermächtigungsgesetz" leider auch die notwendigen Tüttel fehlen) ist eine gekürzte Fassung des Original-Memorandums der HU zu den 'Sicherheitsgesetzen'.

Es folgt nun die satzfehlerbereinigte Fassung der These 6:

These 6

Praktisch müssen sich politische Aktivitäten zunächst auf die kommende Volkszählung konzentrieren. Die Bundesregierung hat sich das 700 Millionenprojekt für weitere 16 Millionen durch eine professionelle Werbefirma stromlinienförmig machen lassen. Im Dezember '86 wurde der Fragebogen auf den Markt gebracht. In den nächsten Monaten soll eine „Aufklärungskampagne" gestartet werden. Die Organisierung einer Gegeninformationskampagne ist damit erstes Gebot, wenn Widerstand entstehen soll.

Ansatzpunkte für eine Gegeninformationskampagne in Sachen Volkszählung (und Mikrozensus) sind:

1. Eine Kritik des Fragebogens:
Die Bundesregierung rühmt den neuen Fragebogen als re-identifizierungssicher. Der Fragebogen besteht aus einem sog. Mantelbogen und dem eigentlichen Fragebogen. Der Mantelbogen, der die für den Befragungsvorgang nötigen identifizierbaren Personendaten enthält, soll laut Volkszählungsgesetz nach der Befragung „möglichst zügig" abgetrennt und vernichtet werden. Hier ist der Kritikansatz: Wer kontrolliert das? Wer garantiert dafür, daß — selbst bei abgetrenntem Mantelbogen — die Daten auf dem Fragebogen nicht doch eine Identifizierbarkeit der ausfüllenden Personen erlauben? Nach dem technischen Stand ist eine solche Zusammenführung möglich. Es soll hier nicht weiter in die Details gegangen werden. Klar ist jedenfalls, daß auch der neue Fragebogen trotz aller Schönungen keinen Schutz vor einer Re-Identifizierung der Personendaten und damit des amtlichen Mißbrauchs garantiert. In diesem Punkt reicht der Nachweis der Unkontrollierbarkeit als Argument.

2) Eine Kritik des Zwecks der Zählung:
Die Bundesregierung wirbt mit der durch die Befragung angeblich zu erreichenden „langfristig vorausschauenden Planung von Arbeitsplätzen, Renten, Schulen, Wohnungen oder Verkehrswegen" usw. Es muß und kann nachgewiesen werden, daß steigende Arbeitslosigkeit, Mißplanung und Abbau von „Lebensqualität" keineswegs Ergebnis mangelnder Daten, sondern notwendige und aktuell von der Koalition auch bewußt in Kauf genommene bzw. gewollte Konsequenz der „freien Marktwirtschaft" sind, daß darüberhinaus die evtl. neu gewonnenen Einsichten keineswegs zugunsten der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, sondern mit Sicherheit zu weiteren Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen sowie sozialen und politischen Manipulationen genutzt werden sollen und werden. Das Versprechen der Bundesregierung auf mehr Wohlstand und soziale Sicherheit durch Volkszählung (= bessere Planung) muß als Demagogie bloßgestellt werden, die die tatsächlich von der Bundesregierung produzierte soziale Demontage und Unsicherheit nicht nur kaschiert, sondern tendenziell sogar verstärkt und verstärken soll.

3) Entwicklung einer klaren antifaschistisch-demokratischen Kritik:
Das bedeutet zum einen Herstellung eines sachlich nachvollziehbaren Rückzugs auf Erfahrungen mit dem Faschismus. Das heißt vor allem Erinnerung an die Methoden und Folgen der nationalsozialistischen Gleichschaltung zum einen der Selektion als Bestandteil dieser Gleichschaltung zum anderen. Vorlage von Beweisen zur personellen, methodischen und ideologischen Kontinuität der aus dem Faschismus stammenden Überwachungspraktiken u.a.m.

Das bedeutet zum zweiten die Bloßstellung von Volkszählung und Mikrozensus als Bestandteil der aktuellen Offensive der „Sicherheitsbürokratie" für die Legalisierung und den weiteren Ausbau des Überwachungsstaats im Sinne der voranstehenden Thesen.

Wenn eine solche Gegeninformationskampagne Aussicht auf Verbreitung über einen kleinen Kreis von Experten hinaus haben soll, dann ist es allerhöchste Zeit, jetzt damit zu beginnen. Weitere Schritte werden davon abhängen, ob es gelingt, anläßlich der bevorstehenden Volkszählung einen ersten neuen Pflock einzuschlagen.

'Sicherheitsgesetze' werden durchgezogen

Aus dem Paket der sieben „Sicherheitsgesetze" sind mittlerweile vier zur ersten Lesung in den Bundestag eingebracht worden. Es handelt sich um das Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst, über den Verfassungsschutz (BVerfSchG), um die Novelle des Straßenverkehrsgesetzes und des Bundesdatenschutzgesetzes. Das Personalausweisgesetz und das Paßgesetz, durch die der maschinenlesbare Personalausweis und Reisepaß eingeführt werden soll, werden voraussichtlich am 21. Februar in den Bundestag eingebracht. In der Regierungskoalition nach wie vor umstritten ist das „Zusammenarbeitsgesetz" (ZAG), das die informationelle Zusammenarbeit aller „Sicherheitsbehörden", also Polizei, BKA, BGS und Geheimdienste, legalisiert.

Im Kabinett hat die FDP diesem Gesetz zwar zugestimmt, „trotz erheblicher Bedenken", der Entwurf ist jetzt aber zunächst dem Bundesrat zur Prüfung übergeben worden.

Die Verschiebung von Personalausweis- und Paßeesetz geht auf eine Intervention der SPD-Fraktion zurück. Da gleichzeitig mit den beiden Gesetzen auch über den künftigen Europapaß verhandelt werden sollte, setzte die SPD eine erneute „Anhörung" dazu im Innenausschuß des Bundestages durch. Daß die beabsichtigten Gesetze dadurch inhaltlich beeinflußt werden können, ist kaum zu erwarten. Allerdings hat die FDP mittlerweile selbst „Bedenken" gegen das Gesetz über den maschinenlesbaren Personalausweis geäußert, die sich allerdings nicht auf die eigentliche Neuerung im Personalausweisgesetz, eben die Maschinenlesbarkeit beziehen, sondern auf eine in diesem Gesetz versteckte Änderung der Strafprozeßordnung. Mit Hilfe des neuen Ausweises soll jetzt nämlich doch zur Aufklärung bestimmter Straftaten die Erstellung von Bewegungsbildern — auch über ganz unverdächtige Personen — zulässig werden.

Das „Zusammenarbeitsgesetz", dessen Verabschiedung ebenfalls verzögert worden ist, wird von einigen Kritikern als das „Kernstück" des gesamten Gesetzespaketes angesehen. Die Verzögerung gerade dieses Gesetzes ist einerseits zwar als Reaktion auf diese Stimmen zu erklären, darf andererseits aber in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Zum einen ist der weitgehende Datenverbund zwischen den verschiedenen „Sicherheitsbehörden" auch bereits in den anderen Gesetzen vorgesehen (BVerfSchG, MAD-Gesetz, Polizeigesetze), wird also nicht erst durch das umstrittene „Zusammenarbeitsgesetz" hergestellt; zum anderen hat die FDP ihre „Bedenken" gegen dieses Gesetz im Kabinett ja bereits zurückgestellt. Daß sie sich einer Verabschiedung letztlich in den Weg stellen wird, kann daher zur Zeit nicht erwartet werden.

Die aktuellen Fassungen der sieben Gesetzentwürfe liegen bis heute der Öffentlichkeit nicht vor. Die Parlamentarier im Bundestag sind erst 48 Stunden vor der Sitzung über die Fassung der vier Gesetze, die dann zu beraten waren, informiert worden. Von einem — wenigstens der Form nach — demokratischen Gesetzgebungsverfahren kann unter diesen Umständen keine Rede mehr sein. Eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit ist offenbar unerwünscht.

Nichtsdestoweniger hat die kritische Diskussion um die geplante Verrechtlichung der Überwachungspraxis von Polizei und Geheimdiensten in Teilen der Öffentlichkeit und in „Fachkreisen" begonnen. Den Datenschützern, die auf einer gemeinsamen Konferenz ihre Kritik an den Gesetzentwürfen formuliert hatten, wird von der CDU vorgeworfen, „sich mit ihrer Stellungnahme in den tagespolitischen Kampf eingemischt und sich damit von ihren eigentlichen Aufgaben entfernt" zu haben (taz v. 29.1.). In der SPD wird eine Verfassungsklage gegen die Bonner Sicherheitsgesetze in Erwägung gezogen. Die GRÜNEN im Bundestag lehnen die geplanten Gesetze ab, stehen einer Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes allerdings skeptisch gegenüber. Ströbele äußerte eher die Hoffnung, daß durch die geplanten „Sicherheitsgesetze" die „Akzeptanz der Volkszählung noch geringer und diverse Aktionsgruppen wieder aktiv würden" (taz v. 29.1.).

In der Tat kommen Aktivitäten „an der Baiss" erst allmählich in Gang. Dabei steht zur Zeit der Widerstand gegen die sogenannte „kleine Volkszählung", den Mikrozensus, und die kommende Volkszählung '87 im Vordergrund. Dagegen sind die geplanten Gesetze in Bonn und die Entwicklung der Polizeigesetzgebung noch kaum über „Fachkreise" hinaus von einer breiteren Öffentlichkeit aufgegriffen worden. Die Frage, wie dagegen eine politische Mobilisierung erreicht werden kann, muß versärkt diskutiert werden.

Im letzten AK wurden dazu sechs Thesen veröffentlicht. In diesem AK dokumentieren wir einen Beitrag der Fachgruppe „Demokratie und Recht" der GAL, der u.a. zu den Widerstandsmöglichkeiten gegenüber den geplanten Gesetzen Stellung nimmt. Außerdem veröffentlichen wir eine Presseerklärung der Hamburger Initiative gegen den Mikrozensus, um einen Einblick in den Stand der Auseinandersetzung zu geben.

'Legal in den Überwachungsstaat?'

Edda Weßlau, Fachgruppe Demokratie und Recht, GAL Hamburg

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über den neuesten Stand der Koalitionsverhandlungen zu den „Sicherheitsgesetzen" in Bonn und über den Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens berichtet wird. Die SPD wird dieses Thema womöglich zum Wahlkampfthema erheben. Während also alle Blicke auf Bonn gerichtet sind, haben inzwischen die SPD-regierten Länder Hessen und Hamburg Gesetzentwürfe zur Neuregelung des Polizeirechts vorgelegt, die in allen wesentlichen Fragen mit dem neuen Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz übereinstimmen.

Unter der Fragestellung „Legal in den Überwachungsstaat" hat nun in Hamburg eine erste öffentliche Veranstaltung zu der Thematik stattgefunden. Die Humanistische Union hatte einen Vertreter von der Redaktion der polizeikritischen Zeitschrift cilip, die Initiative „Bürger beobachten die Polizei" und die GAL-Fachgruppe Demokratie und Recht eingeladen. Wir veröffentlichen den Beitrag der GAL-Fachgruppe in der von der Referentin überarbeiteten Fassung. Der Beitrag stellt den Hamburger und den Hessischen Polizeigesetzentwurf vor und versucht die politische Bedeutung, die die gesetzgeberischen Vorhaben auf Bundeswie auf Landesebene haben, einzuschätzen. Er stellt dar, welche Widerstände es dagegen bereits gibt und enthält Überlegungen, welche Chancen für eine breitere politische Mobilisierung gegen die Gesetzesvorhaben bestehen.



Polizeigesetze — Bestandteil des „Sicherheitspakets"

Noch bevor auf Bundesebene die notwendige „Anpassung" der gesetzlichen Vorschriften über Datenerhebungen, -verarbeitung und -weitergabe in Angriff genommen wurde, haben bereits die Innenminister der Länder in der Innenministerkonferenz an einem neuen Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz gebastelt. Der Ausgangspunkt hierfür war ebenfalls die vom Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil aufgestellte Forderung, daß für alle „informationellen Eingriffe", also Datenerhebungen, -speicherungen usw., eine spezielle gesetzliche Grundlage geschaffen werden muß.

Als erste Bundesländer haben inzwischen Hessen und Hamburg entsprechende Änderungsentwürfe ihrer Landespolizeigesetze vorgelegt. Von der Sache her gehören die Polizeigesetze und die in Bonn verhandelten Sicherheitsgesetze zusammen. Politisch ist aber eine andere Situation gegeben, denn Polizeigesetzgebung ist Ländersache. D.h. hier könnten die SPD-regierten Länder in Taten zeigen, welchen Wert die SPD dem „informationellen Selbstbestimmungsrecht" des Bürgers beimißt und inwieweit sie bereit ist, zugunsten dieses Grundrechts die Befugnisse der „Sicherheitsorgane" einzuschränken.

Der Vergleich zeigt (siehe Kasten): In den grundsätzlichen Fragen gehen der Hessische und der Hamburger Gesetzentwurf in dieselbe Richtung wie der Musterentwurf der Innenministerkonferenz. Für die politische Beurteilung muß man sich dabei vor Augen halten, daß die Innenministerkonferenz zwar mehrheitlich aus CDU-Vertretern besteht, der Musterentwurf aber unter Federführung von NRW-Innenminister Schnoor zustande gekommen ist.

Die Rolle der SPD

Derselbe Minister Schnoor hat nun angekündigt, die SPD werde die Bonner Sicherheitsgesetze möglicherweise zum Wahlkampfthema machen. Das Kalkül, daß sich die SPD dabei als Garant von Bürgerrechten und von Datenschutz auch im Sicherheitsbereich darstellen kann, könnte nur aufgehen, wenn die Polizeigesetzgebung gar nicht erst ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerät. Die SPD-freundliche Presse ist bereits kräftig dabei, in dieser Frage für Irreführung zu sorgen. So schreibt „Die Zeit" z.B. in einem ausführlichen Artikel über die neuen Sicherheitsgesetze: „Der größte Brocken der Datenverarbeitung, jene der Polizeien, bleibt vorerst ungeregelt ..." (v. 17.1.). Das ist sachlich zwar grundfalsch, kann politisch aber der SPD dafür umso mehr nützen. Das Hamburger Magazin „Der Spiegel" ging so weit zwar nicht: Der Hamburger Gesetzentwurf wurde sogar ausgesprochen kritisch kommentiert (v. 6.1.1986), Innensenator Lange aber als „vor allem bei seinen Parteifreunden" isoliert hingestellt. Lange wird vorgeworfen, „die Bemühungen der (seinerzeit noch von der SPD allein geführten) Regierung in Hessen, die Konsequenzen aus dem Karlsruher Volkszählungsurteil auf die polizeiliche Datenverarbeitung zu ziehen" zu „desavouieren". In dem Hessischen Entwurf seien die Befugnisse der Polizei vorbildlich „abgestuft nach der Schwere der Straftaten, an enge Voraussetzungen geknüpft" worden.

Nun ist es in der Tat so, daß innerhalb der SPD auch grundsätzlich Kritik an dem eingeschlagenen Weg in der Polizeigesetzgebung besteht. Der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve etwa bezeichnete den Hamburger Gesetzentwurf als „Ermächtigungsgesetz für die Polizei" (Hamburger Rundschau v. 3.1.1986). Der Bundesausschuß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen verabschiedete bereits im Oktober eine Erklärung, in der die geplanten Änderungen des Polizeirechts als „Weg zur Errichtung einer Geheimpolizei" kritisiert werden. Auch die Tatsache, daß der Hamburger SOG-Entwurf erst einmal wieder „auf Eis gelegt" worden ist, spricht für Meinungsverschiedenheiten. Soweit es hierbei nicht ohnehin bloß um taktische, sondern auch um inhaltliche Differenzen geht, dürfte es sich — von Außenseitermeinungen einmal abgesehen — nicht um grundsätzliche Fragen drehen, etwa ob die Polizei mit geheimdienstlichen Mitteln operieren dürfen soll, sondern um Details. Diese können im Einzelfall durchaus wichtig werden, an dem Charakter der neuen Polizeibefugnisse ändern sie aber nichts. Der Hessische Entwurf ist hierfür beispielhaft, gilt er doch vielen als gelungene Abwägung zwischen dem Interesse der Polizei und den Datenschutzbedürfnissen der Bürger.

Eine glaubhafte Opposition gegen die „Sicherheitsgesetze" wird also die Entwicklung des Polizeirechts mit einbeziehen und sich daher auch mit der SPD kritisch auseinandersetzen müssen.

„Nur" Verrechtlichung der bestehenden Praxis

An dieser Stelle drängt sich die berechtigte Frage auf, wieso überhaupt die Gesetze so wichtig sein sollen, daß sie zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung gemacht werden sollten. Wird darin nicht weitgehend bloß das gesetzlich geregelt, was ohnehin längst praktiziert wird? So ist es in der Tat. Man kann sagen, daß für die Entwicklung der Staatsschutzbehörden in den letzten Jahren 15 Jahren, die Vernetzung zwischen Geheimdiensten und Polizei, die Ausdehnung des polizeilichen Zugriffs durch operative Vorfeldermittlungen, nunmehr die rechtlichen Grundlagen nachgeschoben werden. Wer also angesichts der geplanten Gesetze wortradikal Alarm schlägt und — wie der Hessische Datenschutzbeauftragte Simitis — behauptet, mit diesen Gesetzen werde erstmals in der Bundesrepublik das Tor aufgestoßen auf dem Weg zur Errichtung einer Geheimpolizei, verharmlost den wirklichen Zustand in diesem Lande und bleibt mit seiner Kritik auf halbem Wege stehen. Diese Haltung kommt wiederum der SPD bei ihrem Versuch zugute, sich selbst als Hüterin des Datenschutzes und der demokratischen Freiheiten hinzustellen. Denn niemand anderes als die SPD ist ja verantwortlich für die Polizeireform der 70er Jahre und das „Programm Innere Sicherheit", was uns gerade den „Sicherheitsapparat" beschert hat, der sich längst von den bisherigen rechtlichen Fesseln emanzipiert hat.

Dennoch darf die politische Bedeutung, die eine Verrechtlichung dieser Entwicklung hat, nicht unterschätzt werden. Die über Jahre hinweg Schritt für Schritt eingeführten Praktiken stehen jetzt erstmals als Grundsatzfrage **politisch** zur Debatte. Bisher sind alle diese Maßnahmen auf ministerieller Ebene in Form von Richtlinien getroffen worden. Entscheidungen, die eine Übereinstimmung **aller** herrschenden Kräfte erfordern, haben dagegen ein viel größeres politisches Gewicht; erst sie schaffen eine demokratische Legitimation, wie sie in einem parlamentarischen System — zumindest formal — von Entscheidungen des Gesetzgebers ausgeht. Es ist also ein erheblicher Unterschied, ob die Polizei und die Geheimdienste ohne eine solche gesetzliche Legitimation agieren, oder ob sie von den herrschenden Kräften dazu ausdrücklich ermächtigt werden.

Die Auseinandersetzung um die Gesetze für Polizei und Geheimdienste bedeutet mithin eine **Politisierung der Frage, welche Rolle die Polizei und die Geheimdienste in dieser Gesellschaft spielen sollen.** Auch von mancher polizeikritischen Seite läßt sich nicht länger so tun, als sei der Ausbau der „Sicherheitsapparate" das Ergebnis einer organisationssoziologisch bedingten „Eigendynamik" bürokratischer Apparate oder gar des persönlichen Eifers einzelner Sicherheitsstrategen wie z.B. Herold. **Die geplanten Gesetze lassen keinen Zweifel mehr daran, daß es hier um politische Entscheidungen geht**, die keineswegs — auch das ist festzuhalten — von irgendwelchen technischen Entwicklungen diktiert werden.,

Diese Situation der Politisierung muß von allen, die schon in der Vergangenheit gegen den Ausbau der Überwachungs- und Repressionstechniken gekämpft haben, genutzt werden. Die Auseinandersetzung um die „Sicherheitsgesetze" muß als Chance begriffen werden, mit der Kritik an der tatsächlichen Praxis, wie sie sich im

Fortsetzung nächste Seite

Laufe der letzten Jahre etabliert hat, an eine aufmerksam(er) gewordene Öffentlichkeit heranzutreten.

Chancen des Widerstandes

Wie stehen die Chancen, die geplanten Gesetze mit parlamentarischen und juristischen Mitteln zu verhindern? Hinsichtlich des Bonner Gesetzespakets liegen die Verhältnisse angesichts der parlamentarischen Kräfteverhältnisse klar auf der Hand. Von der FDP ist nennenswerter Widerstand nicht zu erwarten. Umso mehr wird von verschiedenen Seiten mit einem Gang vor das Bundesverfassungsgericht geliebäugelt. Hessens Innenminister Winterstein regte an, mit dem Land Hessen eine Organklage gegen die Bonner Gesetze anzustrengen. Der Hamburger Datenschutzbeauftragte fordert gleiches von der Regierung der Hansestadt.

Hinter diesen Anregungen steht die Vorstellung, das Bundesverfassungsgericht habe im Volkszählungsurteil das genaue Gegenteil dessen gefordert, was jetzt von den Gesetzesbetreibern daraus gemacht wird. **Tatsächlich ist das Volkszählungsurteil aber durchaus ambivalent:** Einerseits wurde zwar das „informationelle Selbstbestimmungsrecht" als Grundrecht aus der Verfassung abgeleitet, andererseits soll dieses Recht wie alle Grundrechte einschränkbar sein, wenn wichtige Belange des „Allgemeinwohls" dies erfordern. Gerade mit seiner jüngsten Entscheidung zum Ausschluß der GRÜNEN aus dem Haushaltsunterausschuß für Geheimdienste hat das Bundesverfassungsgericht wieder einmal bewiesen, daß die „Sicherheitsbelange" des Staates allemal als vorrangig eingestuft werden gegenüber demokratischen Gepflogenheiten. Allzu große Illusionen über den Ausgang einer eventuellen Verfassungsklage sind also fehl am Platz.

Die parlamentarischen Möglichkeiten, auf die Polizeigesetzgebung Einfluß zu nehmen, sind von Land zu Land verschieden. Da in Hamburg der Entwurf zunächst „auf Eis gelegt" worden ist, wird sich das Problem erst nach der Landtagswahl wieder stellen. Für die GAL sollte klar sein, daß im Fall von Tolerierungsverhandlungen eine Zustimmung zu dem neuen Polizeigesetz nicht in Frage kommt. Dasselbe muß u.E. für die Hessischen GRÜNEN gegenüber dem Hessischen Polizeigesetzentwurf gelten.

Schwerpunktmäßig kommt es aber auf eine **außerparlamentarische Mobilisierung der Öffentlichkeit** an, wenn die minimalen parlamentarischen Möglichkeiten überhaupt einen Sinn haben sollen. Hier besteht die Schwierigkeit darin, ein **Mobilisierungsziel** zu finden, in dem sich der Protest gegen die „Sicherheitsgesetze" und die Überwachungs- und Repressionspraktiken ausdrücken kann. Anders als bei der

zeigesetz nicht in Frage kommt. Dasselbe muß u.E. für die Hessischen GRÜNEN gegenüber dem Hessischen Polizeigesetzentwurf gelten.

Schwerpunktmäßig kommt es aber auf eine **außerparlamentarische Mobilisierung der Öffentlichkeit** an, wenn die minimalen parlamentarischen Möglichkeiten überhaupt einen Sinn haben sollen. Hier besteht die Schwierigkeit darin, ein **Mobilisierungsziel** zu finden, in dem sich der Protest gegen die „Sicherheitsgesetze" und die Überwachungs- und Repressionspraktiken ausdrücken kann. Anders als bei der
Kampagne gegen die Volkszählung kann hier nicht auf einen Boykott orientiert werden, da der einzelne gar keine Handlungsmöglichkeiten hat. Allerdings bietet die im Zusammenhang mit den „Sicherheitsgesetzen" geplante **Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises** die Chance, wenigstens an einem Zipfel des großen Netzes aus polizeilichen Überwachungstechniken mit praktischer Gegenwehr anzusetzen. Eine **Boykottkampagne gegen den maschinenlesbaren Personalausweis** würde allerdings ein langes Durchhaltevermögen erfordern, da sich die Einführung des Ausweises über mehrere Jahre erstrecken soll.

„Betroffenheit" entsteht nicht spontan

Voraussetzung für eine erfolgreiche Mobilisierung der Öffentlichkeit ist in erster Linie eine überzeugende Aufklärungsarbeit. Mit welchen Argumenten läßt sich unsere Kritik an den geplanten Gesetzen und den darin geregelten Praktiken einer breiteren Öffentlichkeit vermitteln? Das Problem besteht hier wiederum im Unterschied zur Volkszählung darin, daß sich der **Durchschnitts-Bundesbürger gar nicht betroffen fühlt:** Wer nichts zu verbergen hat, braucht Polizei und Geheimdienste nicht zu fürchten — so denken viele. Eine diffuse Angst vor dem „Überwachungsstaat", die u.a. auch die Breite des Protests gegen die Volkszählung ausgemacht hat, kann in diesem Fall gar nicht spontan entstehen, da der „Überwachungsvorgang" selber ja unbemerkt vor sich geht. Die Geheimdienste und die Polizei breiten ihr Kontrollnetz lautlos über der Gesellschaft aus.

Am ehesten wird sich ein Problembewußtsein bei den Menschen finden lassen, die sich bereits an bestimmten Fragen gegen staatliche Politik zur Wehr gesetzt haben — sei es in der Friedensbewegung, sei es auch in den Gewerkschaften. Hier ein realistisches Bewußtsein der eigenen Betroffenheit zu erzeugen, wäre bereits ein großer Erfolg.

Die Aufklärungsarbeit muß so angelegt sein, daß die Betreiber der „Sicherheitsgesetze" in die argumentative Defensive kommen.

Erstens muß anhand der Gesetze **konkret** aufgezeigt werden, welche Überwachungs- und Eingriffsmöglichkeiten diese Gesetze den staatlichen „Sicherheitsorganen" verschaffen.

So sind die Befugnisse und Aufgaben des Verfassungsschutzes und des MAD z.B. so gefaßt, daß die Friedensbewegung, aber auch die Gewerkschaften als Ausforschungsobjekte auch in Zukunft ein bevorzugtes Betätigungsfeld dieser Geheimdienste sein werden. Die bislang illegale „Zersetzerkartei" des MAD, in der rund 50.000 Bundesbürger gespeichert waren, wird nach dem neuen Gesetz legal betrieben werden können. Der Vorwurf, daß die Gewerkschaften vom Verfassungsschutz ausspioniert werden dürfen, wird von den Betreibern der Gesetze zwar energisch abgestritten. Das läßt sich jedoch leicht widerlegen: Bei den Geheimdiensten gelten die Gewerkschaften als bevorzugtes Zielobjekt „sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten" fremder, namentlich östlicher Nachrichtendienste. Wie der Verfassungsschutz nun seiner in §3 Bundesverfassungsschutzgesetz beschriebenen Aufgabe, Informationen über *„sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten ... für eine fremde Macht"* zu sammeln, nachkommen will, ohne dabei die Gewerkschaften zu überwachen, läßt sich nicht vorstellen. — Aber auch die Polizei, die ihre „Erkenntnisse" ja sogar unmittelbar in exekutive Zugriffsmaßnahmen einfließen lassen kann, darf mit geheimdienstlichen und operativen Methoden „vorbeugende Verbrechensbekämpfung" nicht nur gegen Schwerkriminalität betreiben. Ein Verdacht hinsichtlich der oben genannten Staatsschutz-Straftatsbestände („Störpropaganda gegen die Bundeswehr" usw.) deren „vorbeugende Bekämpfung" ja den Einsatz dieser Methoden ermöglichen kann, läßt sich aber schon gegen jede aktive Friedensinitiative erheben.

In diesem Sinne müssen die abstrakten und zum Teil verwirrenden Gesetzestexte auf weitere konkrete Anwendungsfälle bezogen werden.

Zweitens müssen wir klarstellen, daß nicht wir die Beweislast dafür haben, daß diese Gesetze auch ganz bestimmt so angewandt werden, wie wir befürchten. Dieser Beweis würde uns — von wenigen Ausnahmen vielleicht abgesehen — kaum gelingen, da der berühmte „Rest des Eisberges" den Augen der Öffentlichkeit, also auch uns verborgen bleibt. **Welches Ausmaß die Überwachung tatsächlich hat, können wir**

In diesem Sinne müssen die abstrakten und zum Teil verwirrenden Gesetzestexte auf weitere konkrete Anwendungsfälle bezogen werden.

Zweitens müssen wir klarstellen, daß nicht wir die Beweislast dafür haben, daß diese Gesetze auch ganz bestimmt so angewandt werden, wie wir befürchten. Dieser Beweis würde uns — von wenigen Ausnahmen vielleicht abgesehen — kaum gelingen, da der berühmte „Rest des Eisberges" den Augen der Öffentlichkeit, also auch uns verborgen bleibt. **Welches Ausmaß die Überwachung tatsächlich hat, können wir**
nur ahnen. Alle Erfahrungen mit Geheimdiensten und mit einer Geheimpolizei rechtfertigen aber die schlimmsten Ahnungen. Gerade auch die Erfahrungen aus der Nazizeit sind dabei keineswegs irrelevant, historisch überholt oder dergleichen. Besonders der Apparat der Geheimdienste ist nahezu bruchlos aus der Nazizeit übernommen worden.

Überhaupt darf der kritische Blick nicht auf die Gegenwart und auch icht auf die Vergangenheit beschränkt bleiben. Ähnlich wie beim Kampf gegen die Notstandsgesetze geht es nicht nur um die sofort spürbaren Auswirkungen, sondern darum, daß bereits jetzt Gesetze geschaffen werden, die im Fall innerer Unruhen quasi über Nacht notstandsähnliche Maßnahmen möglich machen. Die möglichst frühzeitige und exakte Erfassung aller sozialen und politischen Unruheherde schafft dem Staat dafür erst die Voraussetzungen.

Drittens muß herausgestellt werden, daß durch die Gesetze nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für den Bürger geschaffen wird. Die Rechtssicherheit wurde vom Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil als elementarer Bestandteil eines Rechtsstaates anerkannt. Dieses Bedürfnis nach Rechtssicherheit wurde so definiert: Der Einzelne muß erkennen können, *„wer wann was bei welcher Gelegenheit über ihn weiß"*. Angesichts der neu gefaßten weiten Befugnisse der „Sicherheitsbehörden" einerseits und der weitreichenden Einschränkungen des Auskunftsrechts des Bürgers andererseits, kann sich tatsächlich niemand mehr sicher sein, ob er nun zu den Objekten polizeilichen und geheimdienstlichen Interesses gehört oder nicht. **Die neuen Gesetze schaffen — bzw. erhalten — diesbezüglich größtmögliche Unsicherheit! Und vor allem: Von dieser Unsicherheit ist tatsächlich jeder und jede betroffen!**

Hamburger Initiative klagt gegen Mikrozensus '85

Mit Widerspruchsverfahren, Eilantrag und vielem mehr hat die Mikrozensusgruppe dem Statistischen Landesamt nun 7 Monate widerstanden. Jetzt reichten 15 Verweigerer beim Hamburger Verwaltungsgericht Klagen ein.

Es wird über die sog. „kleine Volkszählung" verhandelt: Der Fragebogen enthält 79 sehr detaillierte Fragen — viel mehr als jene „große" Volkszählung. Da der Mikrozensus aber nur 1% der Bevölkerung erfaßt, wurde er von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

Mit Überrumpelung, Drohungen und wachsenden Zwangsgeldern betreibt das Statistische Landesamt seine „Volksbefragung". Bei einem Verweigerer erschien bereits ein Gerichtsvollzieher, um 100,- DM „zwangsweise beizutreiben", — allerdings zog sich der Vollziehungsbeamte unverrichteter Dinge zurück, als ein Reporter den Vorgang dokumentieren wollte.

Nach dem Gesetz entbindet nun selbst die Klage nicht von dem Zwang, den Fragebogen ausfüllen zu müssen. Deshalb wurde ein weiteres Aussetzungsverfahren eingeleitet (gemäß § 80 Abs. 5 VwGO). Die Rechtsanwältin Verena Rottmann belegt dezidiert, daß das Mikrozensusgesetz in vielen Punkten verfassungswidrig ist.

So verletzt bereits die gesetzliche Verpflichtung zur Auskunftserteilung das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Daten werden nicht im erforderlichen Maß anonymisiert — sie lassen sich in ihrem Personenbezug identifizieren und ergeben ein Persönlichkeitsprofil, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem „Volkszählungsurteil" abgelehnt hatte. Ein weiteres Beispiel: Fragen, die Auskunft fordern über Arbeitsstreitigkeiten (Teilnahme an Streiks, Absperrungen), bergen die Gefahr sozialer Abstempelung; u.v.a.m.

In Hannover war dieselbe Anwältin mit einem Eilverfahren soeben erfolgreich: Dort ordnete das Verwaltungsgericht an, die Auskunftspflicht eines Verweigerers ist einstweilen auszusetzen!

Hamburg, den 28.1.86

Die geplanten grundsätzlichen Änderungen des Polizeirechts — Musterentwurf, Hamburger und Hessisches „Sicherheits- und Ordnungsgesetz" (SOG) im Vergleich

Die Änderungen betreffen drei wesentliche Komplexe:

1. Die Loslösung des polizeilichen Eingriffs von der Voraussetzung, daß eine „konkrete Gefahr" vorliegen muß bzw. daß ein bestimmter Tatverdacht besteht. Diese Voraussetzungen gehörten bislang (mit einigen Ausnahmen, die durch den Musterentwurf der 70er Jahre eingeführt worden sind) zu den Grundprinzipien des Polizeirechts, und zwar seitdem das Preußische Oberverwaltungsgericht noch in der Kaiserzeit diese juristischen Begriffe zur Eingrenzung des polizeilichen Auftrages entwickelt hatte. Dieser Spruch des Gerichts gilt als Geburtsstunde eines rechtsstaatlichen Polizeirechts.

Im Musterentwurf ist nun vorgesehen, daß die Polizei zusätzlich zu den genannten „klassischen" Aufgabenfeldern für die *„Gefahrenvorsorge"* und die *„vorbeugende Verbrechensbekämpfung"* zuständig ist und zu diesen Zwecken auch „personenbezogene Daten" erheben darf. Was unter diesen Begriffen genau zu verstehen ist, weiß man nicht; die Polizei erhält über diese Aufgabenzuweisung jedenfalls die Befugnis, schon im Vorfeld „konkreter", d.h. bereits real bestehender Gefahren und eines konkreten Tatverdachts Ermittlungen anzustellen und Erkenntnisse zu sammeln und zu speichern. Diese Vorfeldarbeit muß natürlich breit angelegt sein, da sich mangels konkreter Verdachtsmomente auch die Objekte des polizeilichen Interesses noch gar nicht näher eingrenzen lassen.

Im Musterentwurf heißt es dazu ganz unverhüllt, daß personenbezogene Daten nicht nur über „Störer", sondern auch über *„andere Personen"* erhoben, ge-

zu verstehen ist, weiß man nicht; die Polizei erhält über diese Aufgabenzuweisung jedenfalls die Befugnis, schon im Vorfeld „konkreter", d.h. bereits real bestehender Gefahren und eines konkreten Tatverdachts Ermittlungen anzustellen und Erkenntnisse zu sammeln und zu speichern. Diese Vorfeldarbeit muß natürlich breit angelegt sein, da sich mangels konkreter Verdachtsmomente auch die Objekte des polizeilichen Interesses noch gar nicht näher eingrenzen lassen.

Im Musterentwurf heißt es dazu ganz unverhüllt, daß personenbezogene Daten nicht nur über „Störer", sondern auch über *„andere Personen"* erhoben, ge-
speichert und genutzt werden dürfen.

Der Hamburger Entwurf scheint hier präziser zu sein: *„Personen, bei denen Anhaltspunkte bestehen, daß sie Straftaten begehen werden, Kontakt- oder Begleitpersonen"* dieser Personen, *„erheblich gefährdete Personen"* und *„Zeugen, Hinweisgeber und sonstige Auskunftspersonen"* dürfen im Polizeicomputer landen (§ 16a). Dieser Katalog ist jedoch Augenwischerei, weil ohnehin kaum eine Personengruppe vorstellbar ist, deren Daten für die „vorbeugende Verbrechensbekämpfung" benötigt werden könnten, die in dieser Aufzählung nicht enthalten ist.

Die Zulässigkeit von Datenerhebungen und -speicherungen, die erforderlich sind, *„um künftige Gefahren wirkungsvoll abwehren zu können"* (Gefahrenvorsorge, § 11 Abs. 3, § 12a) begründet die Hamburger Innenbehörde mit einem besonders bürgernahen Beispiel: Die Daten der Bewohner des Vordeiches müßten gespeichert werden, um sie im Falle einer drohenden Sturmflut rechtzeitig warnen zu können. Unter das Motto der Gefahrenvorsorge lassen sich jedoch ohne viel Phantasie auch ganz andere Situationen subsumieren, in denen den Betroffenen die Erfassung im Polizeicomputer gar nicht so recht ist. Zu denken wäre dabei z.B. an die schon seit Jahren umstrittene Praxis, Menschen, die einen Selbstmordversuch begangen haben, im Polizeicomputer mit dem Merkmal FRTOD zu erfassen. (Vor wenigen Tagen hat der Hamburger Senat in einem Geheimbeschluß diese Praxis endlich untersagt und damit in diesem Einzelfall dem massiven Druck des Datenschutzbeauftragten, der Gesundheitsbehörde und der Ärztekammer nachgegeben.) Juristisch wäre diese Maßnahme künftig nicht mehr angreifbar.

Auch der Hessische Entwurf gibt das Prinzip auf, daß Eingriffe der Polizei nur zur Abwehr konkreter Gefahren erlaubt sind: Die Polizei hat die Aufgaben *„zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten"* wahrzunehmen (§ 44) und darf zu diesem Zweck ohne Einschränkung des Personenkreises personenbezogene Daten erheben, speichern und nutzen (§ 44b). Allerdings ist dies nicht zur Bekämpfung aller Straftaten gestattet, sondern nur auf die dort aufgezählten beschränkt; dazu gehören aber neben den Staatsschutzdelikten und Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz z.B. auch schon einfache Eigentumsdelikte und Straßenprostitution. Wohl um unsinnige Ausuferungen zu verhindern, werden darüber hinaus bestimmte Formalitäten vorgeschrieben, z.B. Anhörung des Datenschutzbeauftragten, Anordnungsbefugnis nur durch den Innenminister und räumliche und zeitliche Begrenzung der Datenerhebungen.

Informationelle Eingriffe zur Gefahrenvorsorge werden im Hessischen Entwurf zwar nicht ausdrücklich gestattet, sind aber durch andere Umschreibungen gedeckt, etwa durch Datenerhebungen *„zum Schutz privater Rechte"* (§ 44b), ohne daß der betroffene Personenkreis näher eingegrenzt wird.

2. Die Legalisierung bislang umstrittener verdeckter und operativer Strategien. Unter der Überschrift *„Besondere Formen der verdeckten Datenerhebung"* wird der Polizei erlaubt, *„durch längerfristige Observation, durch verdeckten Einsatz von technischen Mitteln, durch Einsatz von Polizeivollzugsbeamten unter einer Legende oder durch längerfristigen, planvollen Einsatz von V-Personen"* personenbezogene Daten zu gewinnen (§ 8c Musterentwurf; § 16f Hamburger SOG - mit unbedeutenden sprachlichen Abweichungen). Betroffene können laut Musterentwurf auch „andere Personen" sein (s.o.), nach dem Hamburger Entwurf die oben aufgezählten Personen. Auch diese mit schweren Grundrechtseingriffen verbundenen Operationen dürfen zur *„vorbeugenden Bekämpfung"* bestimmter Straftaten durchgeführt werden. Hier geht es keineswegs nur um schwerste Kriminalität

Einsatz von Polizeivollzugsbeamten unter einer Legende oder durch längerfristigen, planvollen Einsatz von V-Personen" personenbezogene Daten zu gewinnen (§ 8c Musterentwurf; § 16f Hamburger SOG - mit unbedeutenden sprachlichen Abweichungen). Betroffene können laut Musterentwurf auch „andere Personen" sein (s.o.), nach dem Hamburger Entwurf die oben aufgezählten Personen. Auch diese mit schweren Grundrechtseingriffen verbundenen Operationen dürfen zur *„vorbeugenden Bekämpfung"* bestimmter Straftaten durchgeführt werden. Hier geht es keineswegs nur um schwerste Kriminalität,
sondern z.B. auch um Delikte wie *„Störpropaganda gegen die Bundeswehr"*, *„Anstiftung und Beihilfe zur Fahnenflucht oder Anstiftung zum Ungehorsam"*, *„Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln"*, *„Sicherheitsgefährdendes Abbilden von militärischen Anlagen und Vorgängen"*, *„Straftaten gegen die Sicherheit der in der BRD stationierten NATO-Truppen"*.

Mit diesen Vorschriften wird der Polizei also der Einsatz geheimdienstlicher Methoden zugestanden und damit ein weiteres Grundprinzip, die **Trennung von Geheimdiensten und Polizei, aufgegeben**.

Während sich der Hessische Entwurf insoweit überhaupt nicht unterscheidet, gibt es Meiungsverschiedenheiten über die Frage, in welchem Ausmaß aus dem grundrechtlich besonders geschützten Bereich der Wohnung verdeckte Datenerhebungen, z.B. durch Wanzen, zulässig sein sollen. In Hessen soll dies nur zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für Leib und Leben, in Hamburg auch schon zur Rettung erheblicher Sach- und Vermögenswerte möglich sein (§ 44b Abs. 7 Hess. SOG, § 16g Hmbg. SOG).

Auch der polizeiliche Zugriff auf sämtliche anderen öffentlichen und privaten Dateien zum Zweck der *Rasterfahndung* wird in Übereinstimmung mit dem Musterentwurf im Hessischen und Hamburger Entwurf gesetzlich geregelt, wobei das Hessische SOG die Voraussetzungen wiederum etwas enger fasst.

Zu den operativen Maßnahmen gehört ferner die Ausschreibung zur *„Polizeilichen Beobachtung"*, früher beobachtende Fahndung genannt. Dadurch geraten Personen, von denen die Polizei vermutet,daß sie *„in nicht unerheblichem Umfang Straftaten begehen werden"* (§ 16e Hmbg. SOG) in die Personenfahndung, so daß in Verbindung mit dem neuen Personalausweisgesetz bei jeder Personalienfeststellung der gesamte polizeiliche Datenbestand über die betreffende Person abgefragt und dieser Abfragevorgang seinerseits gespeichert werden kann.

Nach dem Hessischen Entwurf müssen wiederum bestimmte Formalitäten — Anordnungskompetenz, Überprüfung der Ausschreibung in bestimmten Abständen — beachtet werden.

Schließlich wird auch die heimliche, „präventive" *Überwachung von Versammlungen und Demonstrationen* mit Videokameras und dergleichen erlaubt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse dürfen personenbezogen ausgewertet werden, auch wenn es gar nicht zu *„Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung"* gekommen ist. Es reicht aus, daß die Auswertung *„erfahrungsgemäß zu vorbeugender Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung"* dienen kann (§ 16d Abs. 2 Hmbg. SOG). In Hessen soll im Prinzip das gleiche gelten; statt um Straftaten „mit erheblicher Bedeutung" muß es aber um eine der abschließend aufgezählten Straftaten gehen (zu dem Katalog s.o.) (§ 44b Abs. 9).

3. Die Verwendung der erlangten Daten erfolgt nicht streng zweckgebunden. Wer also glaubt, daß seine im Rahmen der Gefahrenvorsorge erhobenen Daten nur zu seiner eigenen Sicherheit verwendet werden dürfen, irrt sich. Alle nach den neuen Vorschriften *„rechtmäßig"* erhobenen Daten dürfen auch zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung genutzt werden (§ 16h Abs. 3 und Abs. 5 Hmbg. SOG). Außerdem darf nach dem Hamburger Entwurf generell aus jedem Anlaß, bei dem die Polizei nach den Personalien fragen darf, ein Abgleich mit ihrer Fahndungsdatei stattfinden. Wer beispielsweise als ehrlicher Finder eine Geldbörse auf dem Polizeirevier abgibt, wird bei dieser Gelegenheit gleich abgecheckt.

Auch nach dem Hessischen Entwurf ist eine Auswertung aller irgendwie *„rechtmäßig"* erlangten Daten zu allen polizeilichen Zwecken gestattet (§ 44d Abs. 5), mit der Einschränkung, daß die *„Erstellung umfassender Persönlichkeitsbilder"* unzulässig ist. Diese Einschränkung versteht sich allerdings aufgrund des Volks-

SOG). Außerdem darf nach dem Hamburger Entwurf generell aus jedem Anlaß, bei dem die Polizei nach den Personalien fragen darf, ein Abgleich mit ihrer Fahndungsdatei stattfinden. Wer beispielsweise als ehrlicher Finder eine Geldbörse auf dem Polizeirevier abgibt, wird bei dieser Gelegenheit gleich abgecheckt.

Auch nach dem Hessischen Entwurf ist eine Auswertung aller irgendwie *„rechtmäßig"* erlangten Daten zu allen polizeilichen Zwecken gestattet (§ 44d Abs. 5), mit der Einschränkung, daß die *„Erstellung umfassender Persönlichkeitsbilder"* unzulässig ist. Diese Einschränkung versteht sich allerdings aufgrund des Volks-
zählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts von selbst.

4. Der vierte grundsätzliche Kritikpunkt betrifft keine Änderung der bisherigen Rechtslage, sondern gerade deren Beibehaltung: Es geht um das Auskunftsrecht des Bürgers. Dieses Recht auf Auskunft stellt die einzige Kontrollmöglichkeit dar, da die in den neuen Gesetzen geregelten „informationellen Eingriffe" — anders als die klassischen Eingriffsbefugnisse der Polizei — vom Betroffenen nicht bemerkt werden. Die weiteren Rechte auf Löschung bzw. Berichtigung der gespeicherten Daten, falls sich die Daten als falsch oder die Datenerhebung als rechtswidrig herausstellen sollte, können erst in Anspruch genommen werden, wenn ein Auskunftsrecht besteht.

Ein Auskunftsanspruch wird vom Hamburger und vom Hessischen Entwurf in Übereinstimmung mit dem Musterentwurf zwar grundsätzlich gewährt, dabei aber so pauschal formulierten Einschränkungen unterworfen, daß dieses Recht praktisch leerläuft. *„Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht"* (§ 12d Abs. 2 Hmbg. SOG; § 10e Abs. 3 Musterentwurf: *„Die Auskunft unterbleibt ..."*), wenn dadurch die *„rechtmäßige Erfüllung"* der polizeilichen Aufgabe *„gefährdet"* wäre, oder das *„Wohl des Bundes oder eines Landes"* nachteilig betroffen wäre, oder wenn die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung *„ihrem Wesen nach"* (?) geheimgehalten werden müssen. Nach dem Musterentwurf ist außerdem die Auskunft über alle von Geheimdiensten an die Polizei gelangten Daten und alle von der Polizei an die Geheimdienste weitergegebenen Daten verboten, wenn *„die Sicherheit des Bundes berührt wird"*.

Aus den gleichen Gründen wie im Hamburger Entwurf soll auch dem Hessischen Bürger die Auskunft verweigert werden dürfen.

Die gestopfte Lücke

Nach- und Hochrüstung der Polizei in den 80er Jahren

Mit der Polizeiausrüstung ist das wie mit der Strategischen Rüstung: Wer mehr und perfektere Waffen haben will, muß Lücken entdecken. Das Aufrüstungsprogramm der Bereitschaftspolizeien der Länder und des BGS bietet dafür ein anschauliches Beispiel: Seit Mitte der 70er Jahre wurde systematisch Lücke für Lücke entdeckt, und mit modernstem Gerät aufgefüllt. Den Rest erledigten eine perfekt inszenierte Propaganda und einschlägige Firmen.

Der Anlaß: Die großen Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung, die strukturierte Gewalt von Brokdorf und Grohnde, hatten unvermutet aufgezeigt, daß Polizeieinheiten kurzfristig auf dem Schlauch standen: Da gingen in Brokdorf plötzlich die CN-Vorräte zur Neige, ganze Hundertschaften gerieten in Bedrängnis durch trainierte Anti-AKW-BIs und Wasserwerfer zeigten kaum noch Wirkung, da sie aufgrund geringer Tankkapazitäten ständig leer liefen. Kurz: Die Polizei sah ihren Rüstungsvorsprung gefährdet.

In den folgenden Jahren führten Techniker, Polizeitaktiker und Entwicklungsingenieure die Regie. An drei Beispielen will ich verdeutlichen, wie sich seitdem das Erscheinungsbild der Polizei gewandelt hat.

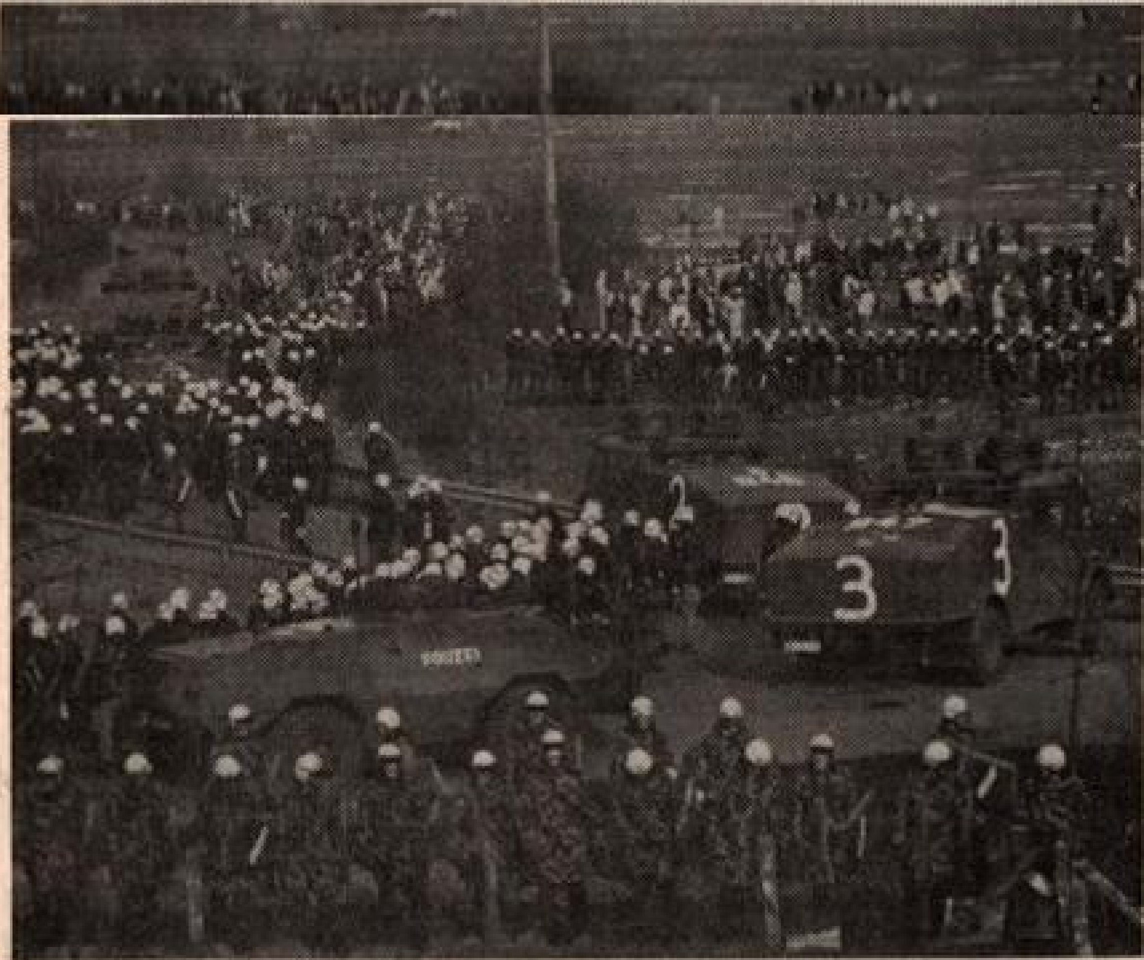


Wasserwerfer 9000 in Brokdorf 1981 (Foto: G. Zint)

1. Die älteste der sogenannten polizeitypischen Waffen ist der Schlagstock, der Nachfolger des preußischen Gendarmensäbels. Er verlängert sozusagen direkt den Polizistenarm. Die klassische Version ist kurz, aus Hartgummi und findet seine Grenzen, wenn in Rangeleien kein Platz zum Ausholen ist. Des Abstandes wegen wurde folglich das Modell verlängert — auf 80 bzw. 100 cm der Hartgummiknüppel, auf bis zu 1,50 m Knüppel aus Eschenholz, die zur Ausrüstung von Sondereinsatzkommandos und Einheiten gehören, deren Aufgaben überwiegend darin bestehen, Menschenansammlungen regelrecht auseinanderzuknüppeln.

Das Nachfolgemodell ist bereits in der Entwicklung: Glasfaserknüppel, die nicht brechen und gleichzeitig elastisch sind. Auch bei der Polizei ist der Trend zu Erzeugnissen der chemischen Industrie nicht zu übersehen — wäre vielleicht mal ein Ansatz für eine ökologische Poizeikritik.

2. In internationalen Konflikten verboten, aber weltweit bei inneren Unruhen im Einsatz: Kampfstoffe aus der Reihe der Tränengase. Hier haben Chemiker und Techniker die möglichen Einsatzformen weitgehend ausgeschöpft: Von 1-120 Meter reichen die Einsatzdistanzen.



Brokdorf 1981: Die Wasserwerfer rücken aus. An der Spitze ein WaWe 9000, gefolgt von drei WaWe 4000 und einem gepanzerten „Sonderwagen" der Polizei. (Foto: G. Zint)

— Die Chemische Keule (Chemical Mace), ein Sprühgerät, das hochkonzentriertes CN bis 7 Meter weit verspritzt.

— Das Pepper-fog-Gerät, ein CN-Vernebler, der bis 20 Meter ganze Menschenmengen eindecken kann bzw. besetzte Häuser ausräuchern. Vor drei Jahren kam diese amerikanische Entwicklung, eine zivil genutzte Technologie aus Vietnam-Kriegs-Erfahrungen, mal wieder an der Startbahn zum Einsatz.

— Das TRGG von Heckler & Koch, ausgeschrieben: Tragbares Reizstoffgroßgerät. Entwickelt für Situationen, in denen eine Chemische Keule nicht ausreicht und Wasserwerfer nicht manövrieren können. An der Startbahn erstmalig unter Einsatzbedingungen getestet. Reichweite 25 Meter.

— Tränengaswurfkörper verschiedener Bauart, Wurfweite 20 bis 40 Meter. Bekannt und bei Demo-Erfahrenen nicht besonders gefürchtet, da verhältnismäßig leicht zurückzubefördern. Eine technische Fortentwicklung sieht vor, die Ausströmdüsen unregelmäßig anzubringen, damit die Plastikbehälter froschähnlich in der Gegend herumspringen und nicht so leicht festzuhalten sind.

— Wasserwerfer „mit Geschmack": In alten Modellen wurden Wasser und Kampfstoff noch mit einer Art Mixer vermischt. Die neuen Modelle haben elektronisch gesteuerte Einspritzpumpen, die konstante Konzentrationen garantieren. Es gibt drei verschiedene Konzentrationsstufen, die Geräte sind auch für den Einsatz mit CS geeignet — (wie alle der vorgenannten Waffen) —, die Reichweite beträgt 65 Meter.

— Abschießbare Wurfkörper, sogenannte Petarden, die erstmals 1981 in Brokdorf bis 120 Meter weit verballert wurden. Darüberhinaus existieren noch CN-Geschosse, die Fenster und Türen durchschlagen, um im dahinter gelegenen Raum den Kampfstoff freizusetzen. Ebenfalls an der Startbahn direkt auf Menschen abgefeuert, Reichweite ca. 60 Meter.

Die Debatte um CS, das in fast allen CDU-regierten Ländern eingelagert ist (und auch noch im sozialdemokratischen Saarland), mutet vor diesem Hintergrund wie eine inszenierte Ablenkung an: zugegeben, das Zeugs ist stärker als CN und verliert seine Wirkung auch nicht bei niedrigen Temperaturen, aber entscheidend bleibt in erster Linie die Einsatztechnologie. Und gegen deren Einführung regte sich kaum Widerspruch.

3. Zum wirkungsvollsten Distanzmittel der 80er Jahre haben sich die Hochdruckwasserwerfer entwickelt. Die alten Modelle waren zwar auch nicht von Pappe, aber Druckstärken und Tankkapazitäten ließen einiges zu wünschen übrig. Von 1977 bis 1981 entstanden deshalb in Zusammenarbeit von Mercedes und Metz (eine Spezialfirma für Feuerwehrausrüstung) mit der hessischen und niedersächsischen Bereitschaftspolizei die Bauserien WaWe 6.000 und WaWe 9.999. Die Tanks wurden größer, die Reichweite steigerte sich von 35 Meter auf 65 Meter, und der Druck verdoppelte sich auf glatte 16 bar. Zum Vergleich: Hydranten des öffentlichen Wassernetzes haben 4 bar Druck; die Feuerwehr fährt ihre Schläuche mit knapp 10 bar. Bereits 5 bar reichen auf eine Entfernung von 10 m aus, einen Helm vom Kopf zu reißen.

An den WaWe 6 und 9 wurde nichts vergessen: Bug- und Heckrohr in Stoßstangenhöhe decken den toten Winkel nach vorn und hinten ab. Der Rundblick wird nach hinten durch eine Kamera ermöglicht, nach vorn und seitlich geben großflächige, bruchsichere Acrylglasscheiben einen freien Blick. Die Behauptung, den Demonstranten Günter Sare nicht gesehen zu haben, gehört m.E. zu den absolut unglaubwürdigsten, zumal jemand, der im Wasserstrahl steht, gleichzeitig von einem parallel geschalteten Scheinwerfer erfaßt wird und mitten im Lichtkegel steht. Überdies hat man bei der Entwicklung auf ziemlich alle ergonomischen Vorschläge von Arbeitsmedizinern und Polizeigewerkschaftern Rücksicht genommen und gerade besonderen Wert auf die gute Sicht gelegt.

Ein Blick auf die Gesetzeslage läßt an der deutschen Perfektion wieder zweifeln: Seit bald zehn Jahren laufen

Ein Blick auf die Gesetzeslage läßt an der deutschen Perfektion wieder zweifeln: Seit bald zehn Jahren laufen

vergebliche Versuche, die Polizeigesetze der Länder bundeseinheitlich zu vereinheitlichen. Das ist eine lange Geschichte, die für diesen Beitrag nur hinsichtlich der sogenannten Waffen und Hilfsmittel des unmittelbaren Zwangs von Interesse ist. Die Einsatzmittel haben sich nämlich fortentwickelt, die Gesetze nicht. Die Folgen beschreibt ein Bremer Anwalt, der einige Demonstrationsverletzte vertritt: Hochdruckwasserwerfer, deren Auswirkungen „vergleichbar einer Geschoßwaffe mit Breitflächenwirkung" sind, werden in den Gesetzen weiterhin als Hilfsmittel geführt. Das gilt ebenfalls für Knüppel und die geschoßähnlichen Kampfstoffe.

Für die Polizeipraxis bedeutet dies: Ein Hilfsmittel kann mehr oder weniger nach der sogenannten Verhältnismäßigkeit der Mittel eingesetzt werden, die Entscheidung darüber liegt auf den unteren Führungsebenen. Im Gegensatz zu Schußwaffen bedarf es dann keines anschließenden Berichtes über die Berechtigung des Einsatzes. Die Schwelle sitzt entsprechend niedrig.

Dieser polizeilichen Aufrüstung wurde v.a. mit dem Argument der Weg geebnet, „militante Störer" könne die Polizei sich nur mit „Distanzmitteln" vom Leibe halten. Insbesondere die Gewerkschaft der Polizei tat sich mit anhaltendem Ruf nach einer besseren Eigensicherung für die Ordnungskräfte hervor. Doch wer verstärkte Verteidigungsfähigkeit fordert, meint in der Regel Aufrüstung zu Angriffszwecken. Auch hierin entsprechen sich Militärs und Polizeiführer. Und folgerichtig beschrieben Polizeitaktiker die Anforderungen an Distanzmittel ganz unverblümt: Hochdruckwasserwerfer beispielsweise müßten „ggf. schmerzhaft sein, umwerfen und verletzen können", forderte 1980 der damalige Chef der Hamburger Wasserwerferzüge — eine „kalte Dusche reicht nicht", faßte er zusammen.

Doch neben der vorgeblichen Eigensicherung und der taktischen Anforderung, gegen militante Störer auch jenseits der Steinwurfgrenze gezielt vorgehen zu können, bietet das Stichwort Distanzwaffe noch einen dritten, mehr psychologischen Aspekt: Aus Untersuchungen an Soldaten läßt sich ablesen, daß mit zunmehmender Entfernung zwischen Täter und Opfer eine Abstumpfung eintritt. Wer die Folgen seiner Handlungen nicht unmittelbar sieht, braucht sich auch nicht vor sich selbst zu verantworten und entfernt sich, distanziert sich damit von seiner (psychologisch gesprochen) Mitleidsfähigkeit. Auch deshalb sinkt die Einsatzschwelle potentiell tödlicher, hochtechnisierter Polizeiwaffen.

Es gehört zu den absurden Begleiterscheinungen, daß die Forderung nach Distanzwaffen ursprünglich einen durchaus fortschrittlichen Ansatz hatte. Es war nämlich die Gewerkschaft der Polizei, die jahrelang die militärische Ausbildung und Ausrüstung der Bereitschaftspolizeien beharrlich ablehnte, Handgranaten und Maschinengewehre aus den Arsenalen verbannt sehen wollte und stattdessen eine polizeitypische Bewaffnung forderte, die den Schußwaffeneinsatz überflüssig machen sollte. Das Ergebnis ist, daß heute das fein ausgeklügelte Distan-

den Schußwaffeneinsatz überflüssig machen sollte. Das Ergebnis ist, daß heute das fein ausgeklügelte Distan-

zwaffenarsenal und eine ganze Palette Schußwaffen zur Verfügung stehen.

Immerhin ist es gelungen, die Einführung von Gummigeschossen zu verhindern: Der gezielte Abschuß von Projektilen hätte sich angesichts der friedlich bleibenden Anti-Raketenbewegung auch nur schwer legitimieren lassen.

Es hat in der öffentlichen Auseinandersetzung nach Günter Sares Tod den Streit gegeben, ob es nun ein Verkehrsunfall mit tödlichen Folgen oder eine vorsätzliche Handlung war. Ich möchte in diesem Zusammenhang zum Schluß die Frage stellen, ob tödliche Einsatzfolgen bei Demonstrationen nicht längst in Kauf genommen werden, und welche Rolle die Polizeitechnologie dabei spielt.

Für jede einzelne Waffe der genannten Aufzählung sind seit ihrer jeweiligen Einführung schwerste Verletzungsfolgen dokumentiert. Und die Zahl der fast tödlichen Zwischenfälle hat in den letzten Jahren zugenommen. Es gibt Einsatzgruppen und Einsatzbefehle, deren einziges Ziel darin besteht, Menschenansammlungen ohne Pardon auseinanderzuprügeln oder mit andrem Gerät zu vertreiben. Und es herrscht häufiger als man glaubt auf Polizeiseite eine Stimmung, die sich in dem Wunsch ausdrückt, dem ganzen Demonstrantenspuk am liebsten gleich den Garaus zu bereiten. Es mutet gelegentlich wie ein Wunder an, daß nicht bereits viel mehr und schlimmere Folgen aufgetreten sind.

Die politischen Verhältnisse der BRD schreiben der Polizei die Aufgabe zu, Protestbewegungen auf der Straße mit einem abgestuften Gewaltkonzept niederzuhalten, mit der jeweils geringstmöglichen Gewalt. Zu dieser innenpolitischen Abschreckungsdoktrin gehört allerdings auch die gezielte Eskalation, der gezielte Übergriff, entweder um Radikalisierungen einen Riegel vorzuschieben oder um exemplarische Strafaktionen vorzuführen. Die vorhandene Unterdrückungstechnologie entspricht von ihrer technischen und taktischen Konzeption her exakt diesem doppelsinnigen Polizeiauftrag.

Der Tod Günter Sares mag durchaus

taktischen Konzeption her exakt diesem doppelsinnigen Polizeiauftrag.

Der Tod Günter Sares mag durchaus

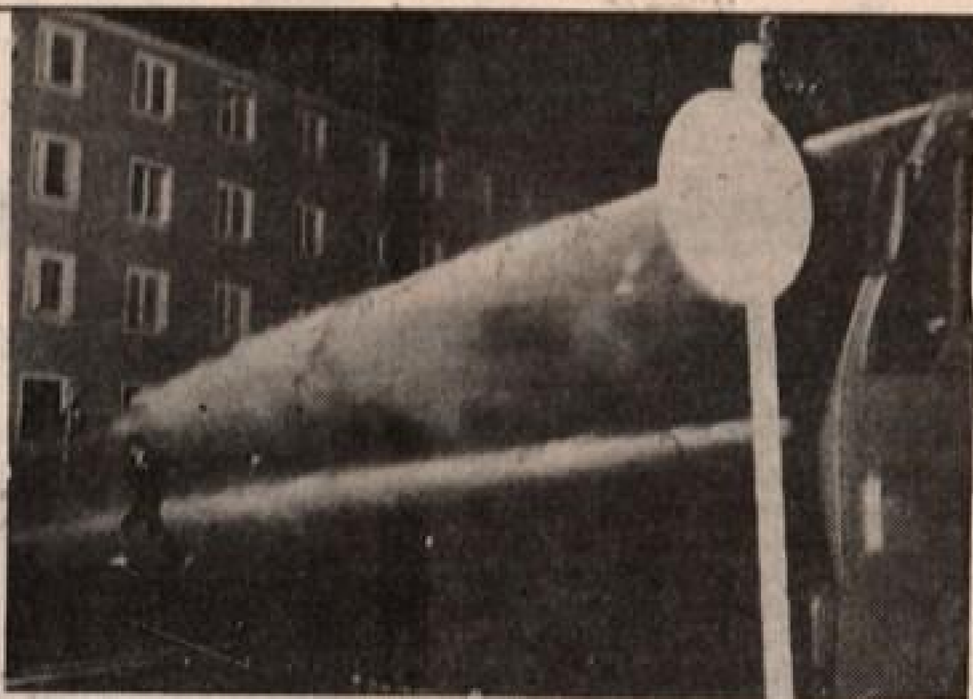
im strafrechtlichen Sinne als Unfall gewertet werden, ein Zufall ist er jedoch nicht — sondern Ergebnis der gezielten Ausweitung und Verfeinerung des Unterdrückungsapparates. Und wer hierfür die politische Verantwortung in Wiesbaden und Bonn zu tragen hat, darüber dürften eigentlich keine Unklarheiten bestehen.

Beitrag für die Veranstaltung der Strafverteidigervereinigung Ffm. und LDÄ (Liste Demokratischer Ärzte in der hess. Landesärztekammer) zum Tode Günter Sares 12.11.1985, Hans-Günter Meyer-Thompson (Fachgruppe Demokratie und Recht) aus: Dokumentation der Bunten Hilfe Frankfurt zum Tode Günter Sares



Berlin 1968 (Foto: G. Zint)

Tod von Günter Sare Polizei 'zielgerecht'



Als ,,außerordentlich verhältnismäßig, behutsam und zielgerecht'' bewertet Hessens Innenminister Winterstein den Polizeieinsatz im Frankfurter Gallusviertel am 28. September letzten Jahres, in dessen Verlauf der Antifaschist Günter Sare von einem Wasserwerfer der Polizei getötet wurde. Der von Winterstein in Auftrag gegebene unabhängige Bericht des ,,Beauftragten Dr. Günther Erkel'' belege, daß die Taktik des Einsatzleiters darauf ausgerichtet gewesen sei, ,,möglichst zurückhaltend und deeskalierend zu agieren''. Mensch muß sich fragen, was SPD-Innenpolitiker für möglich halten, wenn Polizisten, was für diesen Einsatz bestritten wird, einmal die ,,harte Linie'' wählen sollten.

Der Erkel-Bericht stimmte den Leser auf seinen ersten Seiten auf die Polizeisicht einer Einsatzlage anläßlich einer NPD-Veranstaltung ein. Hauswände wurden mit Anti-Nazi-Parolen besprüht, in einem Flugblatt wurde zur Verhinderung der NPD-Versammlung aufgefordert und ,,bei der Polizei lagen im übrigen Erkenntnisse darüber vor, daß möglicherweise sowohl NPD-Sympathisanten, die sich als ,Saalschutz' zur Verfügung stellen wollten, als auch orthodox-kommunistisch beeinflußte Vereinigungen von außerhalb zu erwarten waren. Außerdem ist die Polizei aufgrund der ihr vorliegenden Erkenntnisse auch davon ausgegangen, daß möglicherweise sogenannte ,Autonome' und ,Antiimperialisten' sich an den Aktionen gegen die NPD beteiligen werden. Nach dem Bericht des Hessischen Ministers des Innern ,Verfassungsschutz in Hessen' ... treten die autonomen Gruppen für die Zerschlagung des bestehenden Systems ein ... Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei wie auch bei Sabotagehandlungen zeigten sie in der Vergangenheit erhebliche Militanz und näherten sich teilweise Konzeptionen terroristischer Gruppen an. Die ,Antiimperialisten' werden dem Umfeld der ,Roten Armee Fraktion' zugerechnet.'' Und so bewertet Erkel die Anwesenheit dieser Antifaschisten:,,*Dies ist insofern nicht ungewöhnlich, als Veranstaltungen der NPD, gegen die Gegenkundgebungen durchgeführt werden, nicht nur diejenigen anziehen, die legitimerweise ihren Unmut gegen die Durchführung neonazistischer Veranstaltungen zeigen wollen. Vielmehr kommen auch andere, die den Staat bekämpfen.*'' So eingestimmt, können die geneigten Leser des Erkel-Berichts die folgenden Beobachtungen der Polizei während des 28.9. nicht mehr überraschen:

,,*Etwa 100 davon werden von den Polizeibeamten als sogenannter ,harter Kern' eingeschätzt. Es handelt sich hierbei um junge Leute, die teilweise erkennbar alkoholisiert sind. Sie werden unter anderem wie folgt beschrieben: Dunkle Kleidung — vorwiegend schwarze Lederkleidung, Nietenarmbänder, Glatze oder einseitig geschoren, Haare blau oder grün gefärbt, Springerstiefel. Auf den Jacken sind Aufschriften zu lesen wie ,Nazis raus' oder ,Schieß doch Bulle'. Die beschriebenen Personen trinken zum Teil Bier und Apfelwein aus Glasflaschen''. ... ,,Vor dem Absperrgitter fallen einige angetrunkene Jugendliche etwa zwischen 15 und 18 Jahren auf... Westlich der Absperrung...werden ,Punker' beobachtet, die sich Bier und Apfelwein aus der Umgebung holen'' ... ,,Gegen 19 Uhr werden zehn- bis fünfzehn schwarzgekleidete. Vermummte (Gesichtsmasken und Motorradmützen) unter den Gegendemonstranten ausgemacht, die von der Polizei der militanten Startbahnszene zugeordnet werden.'' ... ,,Gegen 18.40 Uhr bewerfen Störer NPD-Anhänger mit Steinen, Ästen, leeren Bier- und Apfelweinflaschen.''* Die Lage stellt sich also für den Leser recht dramatisch dar. Nach Angriffen auf NPD-Versammlungsteilnehmer und die sie schützenden Polizisten muß deshalb der ,,Polizeiführer'' seine angebliche Zurückhaltung aufgeben: ,,*Um 19.55 Uhr gibt der Einsatzleiter den Befehl zum Wassereinsatz. Aus der Parkbucht vor dem Haus Gallus setzt der Wasserwerfer 9 gegen die Störer im Bereich des Grünstreifens und der nördlichen Fahrbahn Wasser ein. Als ein Teil der Störer nach Norden und Osten in Richtung Hufnagelstraße zurückweicht, verläßt er auf mündlichen Befehl des stellvertretenden Einsatzleiters mit Begleitung von Polizeibeamten die Abgitterung und setzt unter Wassereinsatz über den Kreuzungsbereich Hufnagelstraße/Frankenallee bis in die Hufnagelstraße nach*''.

Das ist eigentlich die erste wirklich interessante Passage des Erkel-Berichts. Dieser hier beschriebene Einsatz scheint der Polizeiführung und Winterstein einiges Kopfzerbrechen bereitet zu haben, wie an den sich immer wieder verändernden diesbezüglichen Darstellungen hierüber deutlich wird:

Offenherzig

,,*Der Bericht stellt der hessischen Polizeiführung, der verantwortlichen Frankfurter Polizeiführung, sowie der Einsatzleitung und den am Einsatz beteiligten Beamten ein beeindruckend positives Zeugnis aus ... zeigt der Bericht, daß der polizeiliche Einsatz insgesamt außerordentlich verhältnismäßig, behutsam und zielgerecht war... Ich stelle deshalb fest, daß der von mir eingesetzte Beauftragte ... mir als für den Einsatz verantwortlichen Minister bestätigt (hat), daß gegen die Polizei und ihren Einsatz ... keine Vorwürfe zu erheben sind.*''

Dieses Zitat ist der Stellungnahme Innenminister Wintersteins vom 15.1.86 entnommen. Sehr beachtlich ist, daß der rot-grüne Politiker und ehemalige Favorit der alternativen Parlamentarier im Wiesbadener Landtag einen Einsatz mit tödlichem Ausgang als zielgerecht bezeichnet. Dafür wird er vermutlich Einladungen nach Pretoria und Santiago erhalten.

Aber auch den letzten Satz muß mensch zweimal lesen: ,,ICH stelle fest, daß der von MIR eingesetzte Beauftragte MIR als dem verantwortlichen Minister bestätigt hat, daß (gegen MICH) keine Vorwürfe zu erheben sind.'' So exakt hat mensch die Realität der Orwell'schen Vision selten bestätigt bekommen: Die zu Kontrollierenden bestellen sich ihre ,,Kontrolleure'', um sich dann persönlich freizusprechen. Zu solch gnadenloser Offenheit hat sich nicht einmal das französich-sozialistische Vorbild der hessisch-sozialdemokratischen Vertuschungspolitik, Monsieur Tricot, der die Bombe gegen Greenpeace ,,untersuchen'' sollte, durchgerungen.

Winterstein leistet damit unfreiwillig einen (im Ernst!) wichtigen Beitrag zur Debatte um das staatliche Gewaltmonopol. Denn bisher wird ja ausschließlich über Staat und Gewalt diskutiert, während wir es hier mit einer typischen Monopol-Erscheinung zu tun haben. Der Staat legitimiert sich aus sich selbst heraus. Oder wie es der Zeitgeist formuliert: ,,Zurück zum Adel'', aber mit Tempo!

— Der ,,Polizeiführer'' vor Ort, ein Polizeioberrat Rehmann, gibt in der Pressekonferenz am 29.9. an, der erste Wasserwerfereinsatz habe um 19.54 Uhr stattgefunden.

— Winterstein will im Innenausschuß am 30.9. von dem Wasserwerfereinsatz schon zu diesem Zeitpunkt gar nichts wissen und berichtet stattdessen von einer Auflösungsverfügung mit gleichzeitiger Androhung von Zwangsmitteln.

— Im Innenausschuß vom 17.10. spricht Winterstein nicht mehr von der Auflösungsverfügung, es sei lediglich der Einsatz von Zwangsmitteln angedroht worden.

— In der gleichen Innenausschußsitzung beharrt der Polizeiobberrat Rehmann auf dem von ihm angeordneten Wasserwerfereinsatz.

— Am 14.1.86 gibt Winterstein zu, daß der Wasserwerfereinsatz kurz vor acht Uhr angedroht und durchgeführt worden sei.

— Diese Version findet sich auch in dem zitierten Teil des Erkel-Berichts.

Sie vernebelt den ersten Räumungsversuch der Polizei gegen die Antifaschisten. Tatsächlich fand er unmittelbar nach dem Ende der Gegenkundgebung, also etwa um 19.45 Uhr statt. Ein Wasserwerfer fuhr einer Gruppe von Demonstranten über die Kreuzung durch die Hufnagelstraße bis in die (vom Haus Gallus mehrere hundert Meter entfernte) Idsteiner Str. nach. ,,*Setzt nach*''!! Das heißt: Er jagte dabei etliche Leute auch unter Wassereinsatz in Hofeingänge, hinter Mauern und Hecken. Verständlich wird die auffällig laxe Schilderung des Herrn Erkel und werden die vorherigen widersprüchlichen Geschehensabläufe erst, wenn man weiß, daß der Wasserwerfer 9, um den es hier geht, die Bezeichnung IV/1 trug und sein Kommandant ein Beamter namens Reichert war. Derselbe Wasserwerfer fuhr mit demselben Kommandanten etwa eine Stunde später wieder diese Strecke bis zur Kreuzung ab — und überfuhr dabei Günter Sare. **Der von Erkel nebenbei erledigte Vorfall erhärtet die These, daß es sich bei der Hetzjagd auf Demonstrantengruppen durch Wasserwerfer an diesem Tag um eine Einsatzstrategie gehandelt haben muß und daß es sich bei der Tötung von Günter Sare um eine Vorsatztat gehandelt hat.**

Auch die Phase vor dem tödlichen Ereignis wird manipulativ dargestellt: ,,*Um 20.49 Uhr wird ein verstärkter Zulauf von Störern im Osten der Absperrung mit Schwerpunkt im Kreuzungsbereich Hufnagelstraße/Frankenallee beobachtet. Der dort stehende Wasserwerfer 4 verteidigt sich und in der Nähe stehende Einsatzkräfte durch Wassereinsatz gegen immer stärker werdende Angriffe*''. Dieser Wasserwerfer (ein kleiner vom Typ 4) sei nun mit Wassereinsatz gegen die bis zu 150 ,,Störer'' vorgegangen, funkte um Hilfe und vertrieb währenddessen die 150 Demonstranten ostwärts. Zur Unterstützung sei der Mammutwasserwerfer IV/1 herbeigefahren. ,,*Gleichzeitig befindet sich auch der Wasserwerfer 4 noch im Wassereinsatz gegen Störer im nordöstlichen Teil der Kreuzung. Durch diesen Wasserwerfereinsatz wird die Mehrzahl der Störer nach Osten (in Richtung S-Bahnhof) und Norden (Hufnagelstraße) abgedrängt. Einige suchen auch hinter geparkten Autos Schutz.*

Eine Person bleibt zurück. Ob diese aus einer Gruppe von vier bis fünf Personen kam, die den Wasserwerfer aus näherer Entfernung beworfen hatte, oder ob sie aus dem Hintergrund kommt, ist nicht sicher. Jedenfalls bewegt sich diese Person auf den in Höhe des Mittelstreifens der Frankenallee stehenden im Wassereinsatz befindlichen Wasserwerfer 4 zu. Diese Person führt möglicherweise, mit beiden Händen vor dem Körper gehalten, eine Art Pfahl mit sich; sie wird vom Wasserwerfer unter Wassereinsatz genommen. Sie nähert sich jedoch dem Wasserwerfer. Infolge des Wassereinsatzes kommt sie zu Fall, erhebt sich jedoch wieder. Jetzt jedenfalls ohne den ,Pfahl', wird sie möglicherweise weiter unter Wasser genommen. Sie läuft aber, nachdem der Wasserwerfer 4 sich in Bewegung setzt, rechts abbiegt, und weiter andere Störer bespritzt, auch ihm möglicherweise noch einen Strahl nachschickt, in nordwestliche Richtung quer über die Hufnagelstraße.

Annähernd gleichzeitig erreicht diesen Bereich der Wasserwerfer, der in die Hufnagelstraße hineinfährt. Es kommt zu dem tödlichen Vorfall.''

Alles vor dem ,,tödlichen Vorfall'' findet Erkel an sich ganz in Ordnung:,,*Die Frage, ob der Wassereinsatz des Wasserwerfers 4 gegen den einzelnen Störer, der sich ihm näherte, erforderlich und angemessen war, läßt sich jedoch nur unter Einbeziehung der unmittelbar vorausgegangenen Ereignisse beantworten.*

Die Annahme, der Störer könne den Wasserwerfer angreifen und beschädigen oder sonst in seiner Funktionsfähigkeit beeinträchtigen, erscheint nicht realitätsfern. Denn bei früheren Einsätzen kam es wiederholt vor, daß selbst einzelne Störer bis unmittelbar an die Wasserwerfer 4 herankamen, die Fahrzeuge bestiegen, und Stahlrohre blockierten, sowie Scheiben, Rückspiegel und Scheinwerfer einschlugen. Dabei spielte es keine entscheidende Rolle, ob der Störer einen Pfahl mit sich führte, weil die Funktionsfähigkeit des Wasserwerfers auch ohne ein solches Hilfsmittel beeinträchtigt werden kann... Gemessen an den Folgen, die eine Beeinträchtigung der Einsatzfähigkeit des Wasserwerfers durch eine mögliche Beschädigung oder Blockade in dieser Situation hätte haben können, kann es in diesem Fall nicht beanstandet werden, wenn sich die Besatzung des Wasserwerfers in dieser Lage dazu entschloß, den einzelnen Störer, der sich nicht entfernte, unter Wasser zu nehmen.''

Erkels Schlußfolgerungen aus dem gesamten Geschehen:

Es seien zu wenig Polizeikräfte eingesetzt worden, so daß keine Festnahmen hätten getätigt werden können. Die Wasserwerferbesatzungen müßten für den Nachteinsatz besser trainiert werden. — Juristen und besondere Polizeirechtler halten sich gelegentlich zugute, mit ihren Sprachverstümmelungen einen Sachverhalt besonders genau und objektiv aufzubereiten. Die Wortwahl des Polizeirechts (z.B. ,,Störer'' für Demonstrant) sagt einiges über eine derartige ,,Neutralität''. Der Erkel-Bericht kann in seiner Dürftigkeit nun nicht einmal substantiiert das Geschehen nachzeichnen und greift deshalb augenfällig zu Relativierungen, Konjunktiv- und Passivformeln: teilweise, zum Teil, möglicherweise, unter anderem, vorwiegend, ein Wasserwerfer erreichte nicht eine Kreuzung, sondern die Kreuzung wurde vom Wasserwerfer erreicht usw. Insbesondere die weitgehend zitierte Phase kurz vor der Tötung Günter Sares stellt den ganzen Einsatz als einen schicksalhaften Ablauf dar, an dessen Ende ein Mann tot auf dem Pflaster lag.

Die interessanten Punkte aber werden nicht offengelegt: Wie lautete der Einsatzbefehl für die Polizei, wie war der Durchführungsplan, warum wurden jeweils die Fahrbefehle für die beiden gefährlichen Nachsetzfahrten mündlich und nicht über Funk angeordnet, warum fiel ausgerechnet im WaWe IV/1 die Funkaufzeichnung aus usw.? Erkel hat sich bisher allen Fragestellungen zu seinem Bericht verweigert und immer nur auf den Bericht selbst verwiesen.

Erkels Bericht hat also zur Aufklärung des Todes von Günter Sare nichts beigetragen, dafür aber den Verantwortlichen für die Polizei attestiert, daß mit ihrem Laden alles zum besten stehe. *Jeder, der etwas anderes erwartet hat, ist ein Idiot oder ein Lügner.*

Was für ein Glück für die grüne Landtagsgruppe, daß der ,,Spiegel''



erst einen Tag nach der Landesversammlung veröffentlichte, daß grüne Realpolitiker bereits am 29.9.85 mit Wintersteins Staatssekretär Andreas v. Schoeler vereinbart hatten, **keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu fordern, sondern stattdessen die Einsetzung eines sog. ,,unabhängigen Untersuchungsbeauftragten'' zu akzeptieren**. Bernd Messinger, grüner Landtagsvizepräsident, fühlt sich durch die Spiegel-Darstellung denunziert: In dem Gespräch in v. Schoelers Privatwohnung, an dem übrigens u.a. auch Minister Winterstein selber, das grüne Nachrückertalent Jochen Vielhauer und Gertrud Schilling teilgenommen hätten, sei vielmehr eine Untersuchungskommission mit etwa Ernst Benda, dem Polizeirechtler Erhard Denninger und anderen verinbart worden. Sei's drum; der Kern bleibt wahr: **Beide Seiten hatten kein Interesse an einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß mit seinen verbrieften Rechten zur Akteneinsicht und Zeugenvernehmung.** Und keine zwei Stunden nach der Ernennung der ,,Untersuchungsbeauftragten'' Kleinschmidt und danach Erkel begrüßte Vielhauer namens der Grünen das Vorgehen des Innenministers. Die Grünen, so muß es heute leider festgestellt werden, haben nicht nur ihre Chancen nicht genutzt, sie haben sich aktiv an der Vertuschung der Umstände des Todes von Günter Sare beteiligt.

,,Ich erkläre meinen Rücktritt aus dem Landesvorstand der Grünen Hessen, dem ich seit Oktober 1982 angehöre.

Der Grund liegt in dem Beschluß der Landesversammlung der Grünen Hessen vom 19.1.86 in Friedberg zum Tod von Günter Sare und der Aufklärung des Vorfalles. Dieser Beschluß zeigt, daß die Partei ihrem demokratischen Anspruch nicht mehr gerecht wird. Stattdessen haben die Grünen an allen entscheidenden Punkten um den Vorfall vom 28.9.85 in Frankfurt versagt.

Nach den Fehlern der vergangenen Monate erklären die Grünen Hessen mit dem jetzt gefällten Beschluß endgülitig ihre Bereitschaft, aus machttaktischem Kalkül auf eine lückenlose Aufklärung zu verzichten und die Vertuschung der Todesumstände Günter Sares sanktionslos hinzunehmen. Diese Bereitschaft zum Komplizentum bei der Vertuschung der Affaire kann Landesregierung und Polizeiführung nur in ihrem Tun ermuntern.

Ich trage das Verhalten der Grünen Hessen um den Tod von Günter Sare nicht mit und kann es nicht als Vorstandsmitglied der Partei vertreten.''

Frankfurt, den 22.1.1986
Werner Wenz

Die Realo-Mehrheit der hessischen Grünen bestätigte diesen Kurs auf der Landesversammlung von Friedberg am 19.1.86. Drei Tage zuvor war der Erkelbericht veröfentlicht worden. Zwar wurde das Papier auch von prominenten Realos als ,,dünn'' bewertet. Trotzdem unterbanden sie unter Hinweis auf die Koalitionsgefährdung jede adäquate Reaktion auf das Vorgehen der SPD. Joschka Fischer drohte mit einem CDU-Innenminister Kanther, wenn es heute zu Neuwahlen käme. So wurde auch die Forderung nach haushaltsrechtlichen Sanktionen (Sperrung des Landeshaushalts durch die Grünen — letztlich die einzige wirklich realpolitische Waffe eines Parlamentariers) für den Fall einer Nichteinrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses definitiv abgelehnt. Dabei ist interessant, wer letztlich für die Realos die Kuh vom Eis holte: es handelte sich um die hessischen Reste des Herausgeberkreises um die ,,Modernen Zeiten'' (ISP). Mit einer scheinbar konsequetnten Einschätzung (Erkel-Bericht trägt nicht zur Aufklärung bei, etwas anderes zu erwarten war dumm, etablierte Parteien nehmen Tote in Kauf, mit parlamentarischem Instrumentarium kann keine Aufklärung des Todes erreicht werden, Grüne werden eigenes Tribunal durchführen) kamen sie zu dem für die Realos erfreulichen Schluß, von ihrem Koalitionspartner **nichts** zu fordern. Joschka Fischer schüttelte dem Antragsteller dafür persönlich die Hand, ist echt wahr!

Das Interesse an dem Tribunal in der Frankfurter Scene ist allerdings nicht groß. Die Skepsis gegenüber der Alibi-Veranstaltung der Grünen ist recht verbreitet. Nur wenn gewährleistet werden kann, daß eine solche Veranstaltung weder der Reinwaschung grüner Westen dient sondern tatsächlich der öffentlichen Aufkärung des Todes von Günter Sare, wird dieses Projekt Zustimmung finden. Die Grünen sollten sich nicht in dem Irrglauben wiegen, sie könnten sich auf diese Weise von ihrem schlechten Gewissen freikaufen.

KB/Gruppe Frankfurt

Ein Kongreß, der nur in Frankfurt stattfinden konnte?

Man könne der „taz" schlecht vorwerfen, daß sie nicht da war, schreibt unser Frankfurter Berichterstatter über die Nacht vom 31.1. auf den 1.2. Er selbst sei nämlich eigentlich zum Skatspielen unterwegs gewesen, als ihm die Mannschaftswagen entgegenkamen. Also: Wenden und dem Blaulicht hinterherfahren, um zu sehen, „wo die Demo ist" — Uhrzeit etwa 22 Uhr. Am Ende der Fahrt war zwar keine Demo, aber ein polizeiliches Heerlager einmaligen Ausmasses. Es folgten sechs ziemlich lange und ziemlich kalte Stunden zwischen Horror und Lokalposse. Schließlich konnte Frankfurt die Liste seiner Kuriositäten um eine weitere ergänzen: Als Stadt, wo sich Antiimpis und Bullen — in übertragenem Sinn — Gute Nacht sagten. Das Blutbad, das die Polizei anzurichten drohte, konnte vermieden werden, möglicherweise nur mit Haaresbreite.

Vom 31.1. bis 4.2. sollte an der Frankfurter Fachhochschule ein Kongreß „antikapitalistischer und antiimperialistischer Widerstand" stattfinden. Thema: „*Wir wollen auf dieser Veranstaltung die gemeinsame Diskussion über unsere Erfahrungen im politischen Widerstand hier in der BRD und wir wollen den Austausch von Gedanken und Informationen mit Genossen und Freunden aus anderen europäischen Ländern, aus Mittelamerika (El Salvador) und Naher Osten (Palästina).*" (Flugblatt) Mehrfach versicherten die Veranstalter, Aktionen irgendwelcher Art seien während des Treffens nicht geplant, es gehe ausschließlich um „*politische Information, Diskussion, Kommunikation und Öffentlichkeit*". Ein Mietvertrag mit der als linksliberal geltenden Leitung der FH konnte abgeschlossen werden.

In der letzten Januarwoche, als eine bundesweite Pressekampagne gegen das sogenannte „Treffen von RAF-Sympathisanten" einsetzte, hatte es sich die Hochschulleitung anders überlegt. Sie versuchte nun — nach eigenen Angaben: auf Druck des Wiesbadener Wissenschaftsministeriums und des Landeskriminalamts — den Vertrag zu kündigen. Es seien Flugblätter aufgetaucht, in denen von IRA und ETA die Rede sei. Mithin prognostizierte die FH einen „unfriedlichen Verlauf", weil „*bei Bekanntwerden des Flugblatts in der Fachhochschule alle hochschulpolitischen Gruppen mit Sicherheit die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen würden, um eine solche Veranstaltung, deren Zielsetzung sie mißbilligten, nicht stattfinden zu lassen.*" Dies bedeutete im Grunde, daß die FH-Leitung damit drohte, selbst für Zwischenfälle zu sorgen.

Es gab einen (zivilrechtlichen) Streit, der die ersten beiden verwaltungsgerichtlichen Instanzen in Frankfurt und Kassel durchlief. Ergebnis: Die Kongreßveranstalter bekamen recht. Dem Versuch der FH, eine durchgängige Ablehnung des Kongresses durch alle Hochschulangehörigen zu konstruieren, widersprach umgehend der z.Zt. von linken Grünen gestellte AStA der FH. Er wandte sich gegen Raumverbote und Ausgrenzungen, denen nur Kriminalisierung folge. In wohltuender Frische schritt der AStA auch gleich zur Tat: Durch formale Verlegung einer Sitzung der Studentenvertretung in die vom Kongreß angemietete Aula half man, den Beginn der Tagung zu ermöglichen. In qualvoller Enge drängten sich am Nachmittag des 31.1. die Leute (nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 400 und 1000).

In dieser Situation verhängte OB Wallmann ein totales Veranstaltungsverbot gegen den Kongreß und alle „Ersatzveranstaltungen" von Freitag abend bis Dienstag mittag. Die Polizei schickte sich an, den sofortigen Vollzug dieser Verfügung am Ort des Geschehens zu vollziehen und bot zu diesem Zweck auf, was das rot-grüne Hessenland an postmoderner Wehrkraft parat hält (plus Truppenverstärkung aus Rheinland-Pfalz). Einer der größten Frankfurter Verkehrsknoten (Nibelungenallee/Friedberger Landstraße) wurde nach allen vier Himmelsrichtungen gegen jeglichen Verkehr abgeriegelt, die Straßen als Parkfläche für die Mannschaftswagen benutzt. In militärischer Formation (Zentrum, Flanken usw.) bezog eine vielhundertköpfige Polizeiarmada Stellung. Sieben Wasserwerfer richteten ihre Kanonen gegen das FH-Gebäude, fünf davon vom modernen „Hochleistungs"-Typ, darunter auch derjenige, mit dem vier Monate zuvor Günter Sare überfahren worden war (inzwischen schamhaft mit einer veränderten Kennzeichnung versehen). Gleich einem Feldherrnhügel hatte sich der Wagen der Einsatzleitung im Zentrum des Belagerungsringes aufgepflanzt, begleitet von einem LKW mit allerlei Sturmgerät, aus dem die Krieger zum Zeichen, wie ernst es ihnen war, alsbald überdimensionale Vorschlaghämmer und Brecheisen entnahmen.

Hart am Rand

Von den potentiellen Opfern dieses Aufgebots war nur soviel zu sehen, daß sie den Eingang zur FH notdürftig mit Tischen und Stühlen verbarrikadiert hatten. Draußen fanden sich, auf die Schnelle mobilisiert oder zufällig vorbeikommend, zwei bis dreihundert lokale Linke ein, zunächst aus vorsichtiger Distanz beobachtend, dann näherrückend und debattierend, was man überhaupt machen könnte. Allmählich mehrt sich die Zahl der bekannten Gesichter, die man von der Startbahn, von den Demonstrationen nach dem Tod Sares, von antifaschistischen Aktivitäten usw. kennt. Eine Frau „kann das hier immer noch nicht glauben"; sie kommt gerade aus dem Stammheim-Film und findet, das Kino gehe offenbar weiter. Die FH-Leitung eilt über den Platz, zwischen der Hochschule, der Presse und der Einsatzleitung hin und her pendelnd. Mit verbundenem Auge ist der Rektor erschienen; es heißt, er habe am selben Tag eine Augenoperation gehabt.

Ein ums andere Mal verkündete die Einsatzleitung über Lautsprecher, die Versammlung sei „aufgelöst". In dieser Situation zweifelte niemand mehr daran, daß die Polizei zum gewaltsamen Sturm auf das Gebäude entschlossen war. Zu recht weigerten sich die Kongreßteilnehmer, der Aufforderung, einzeln oder in kleinen Gruppen die Hochschule zu verlassen, Folge zu leisten und dann wehrlos dieser Polizeimacht ausgeliefert zu sein. Vom Dach des Gebäudes aus versicherten sie über Megaphon, daß von ihnen keine Gewalt ausgehe und daß sie, wie so oft erklärt, ausschließlich zum Zweck der Diskussion beisammen seien. Als „Dummheit" wurde draußen von einigen gewertet, daß die Eingeschlossenen ein Transparent „Solidarität mit den Gefangenen der RAF und des Widerstands" hißten und Parolen zum „Sieg des Weltkommunismus" riefen. Trotzdem war in dieser Situation alles besser als Sprachlosigkeit.



31.1./1.2.86, Frankfurt. Polizei umstellt die Fachhochschule, in der ein antiimperialistischer Kongreß stattfindet. (Foto AK)

Was die Leute draußen von Beobachtern zu Demonstranten werden ließ, bis hin zu fieberhaften Bemühungen, so etwas wie Öffentlichkeit herzustellen, um die Polizei vom Schlimmsten zurückzuhalten, war natürlich — nach dem tödlichen Ausgang des Polizeieinsatzes im Frankfurter Gallusviertel — die Befürchtung, bei einem Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols werde es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht ohne Blutvergießen abgehen. Ein Megaphon wurde besorgt und die Rechtsanwälte der Eingeschlossenen, Vertreter des FH-AStAs, ein grüner Stadtverordneter und wer halt greifbar war, protestierten gegen den Polizeiaufmarsch, der — und das ist diesmal keine bloß agitatorische Übertreibung — an chilenische oder südafrikanische Szenen erinnerte.

Es müssen die gleichen Gedanken gewesen sein, die diese nächtliche Situation nun in den Köpfen der FH-Leitung erzeugte: Sie weigerte sich beharrlich, ihr Einverständnis zum polizeilichen Sturm zu geben und gab diese Weigerung in ständigen Erklärungen an die Medien weiter. Sie forderte einen direkten Kontakt zum Frankfurter Polizeipräsidenten Gemmer, bemühte sich, den hessischen Innenminister Winterstein (der sich verleugnen ließ) einzuschalten und erreichte schließlich zweimal zeitlichen Aufschub für den Versuch, in Verhandlungen zwischen den Eingeschlossenen und der Polizei eine friedliche Lösung herbeizuführen. Der FH-Rektor zögerte nicht einmal, öffentlich zu einzugestehen, er habe wohl in der Vorwoche keine besonders positive Rolle gespielt.

All das ereignete sich absurderweise inmitten der Polizeitruppen, zwischen „Befehls"-Wagen und Wasserwerfer. Aber das Polizeipräsidium mochte bei allem, was man niederzuwalzen offenbar entschlossen war, nicht auch noch über den definitiven Einspruch der Hochschulleitung hinwegtrampeln, zumal die Kongreßveranstalter zweimal vor den Gerichten gewonnen hatten und entschlossen waren, am nächsten Morgen auch Wallmanns Verbotsverfügung rechtlich anzufechten. Zwar sammelte die Einsatzleitung offensichtlich ihre Hundertschaftsführer um sich, um die Modalitäten eines Sturms noch einmal genau abzuklären, rückten Spezialkommandos ohne Schild, aber mit überlangen Knüppeln bis an das Gebäude vor, oder die uniformierten Feldherren schritten wie vor dem Angriff ihre einzelnen Truppenteile ab. Doch die in der Kälte verstreichende Zeit ließ die aufgestaute Spannung langsam abklingen.

Gegen 2 Uhr erklärte die FH-Leitung zwei Frauen und den Rechtsanwälten, die allerdings ohne Mandat verhandelten, man habe die Polizei dazu bewogen, abzuziehen, wenn die Kongreßteilnehmer dazu bereit seien, im Anschluß daran ihrerseits nach Hause zu gehen. Die beiden Frauen waren sich nicht ganz einig; eine meinte, man werde überhaupt nichts zusagen, außer daß der Kongreß sich friedlich verhalten werde, um die geplanten Diskussionen zu realisieren. Die andere wandte ein, man habe vor der ganzen Auseinandersetzung ohnehin vorgehabt, um 24 Uhr Schluß zu machen. Wenn also die Polizei wirklich abziehe — warum nicht für diesen Tag die Versammlung auflösen? Die letzte Äußerung wurde von der FH-Leitung an die Polizei übermittelt. Kurz darauf begab sich die monströse Armada tatsächlich in die Wannen und ward nicht mehr gesehen.

Primat der Politik

Mit etwas Mühe enterten daraufhin einige Linke, die bis zum Schluß draußen ausgeharrt hatten, unter der Führung des FH-AStAs ein Fenster, um zu den Leuten drinnen zu stossen, die ihre Verbarrikadierung sicherheitshalber aufrechterhielten. Dort entzündete sich unter den Kongreßteilnehmern eine fast zweistündige Debatte, wie weiter zu verfahren wäre. Ein Teil verwies auf das Verbot der Stadt, welches ja immer noch in Kraft sei. Wenn man die Räume jetzt verlasse, werde man



Neue Kennzeichnung „II/1". Der Wasserwerfer, mit dem Günter Sare überfahren wurde, ist wieder im Einsatz. (Foto AK)

sie am nächsten Tag nicht wieder erhalten. Und auf den Einspruch vor dem Verwaltungsgericht zu vertrauen, sei ja wohl arg gutgläubig. Deshalb solle man die Aula weiter besetzt halten. Denn die geschlossene Besetzung der Räume sei es schließlich gewesen, was die Bullen zum Rückzug bewogen habe.

Die andere Meinung, vor allem von Frauen vorgetragen, vertrat, nach allem, was gelaufen sei, stünde der Kongreß in der Öffentlichkeit besonders günstig da. Um diese Chance auszubauen und zu nutzen, solle man durch einen Rückzug aus der FH in dieser Nacht unterstreichen, von wem die Gewalt gegebenenfalls ausgegangen wäre. Falls der Einspruch gegen das Verbot schiefgehe, könnten notfalls eventuell nichtöffentliche Ersatzräume beschafft werden. Auch wenn es nicht so deutlich ausgesprochen wurde, lag dieser Argumentation die Einschätzung zugrunde, die Polizei würde noch in derselben Nacht zurückkehren; dann aber hätte eine noch so große Geschlossenheit der Kongreßteilnehmer eine gewaltsame Räumung mit möglicherweise verheerenden Opfern nicht verhindern können.

Daß diese Einschätzung realistisch war, beweist die später bekanntgewordene Tatsache, daß die Hundertschaften nach dem Abzug von der Nibelungenallee keineswegs nach hause geschickt wurden, sondern in Quartiere, von denen sie jederzeit kurzfristig wieder abrufbar waren. Aus einer Presseerklärung der GDP nach Abschluß des Kongresses wird klar, wie berechtigt die Befürchtungen insgesamt waren: „*Wäre es Freitagnacht zu einer Konfrontation gekommen, hätte sich die aufgestaute Wut unserer Kollegen über die unmenschlichen Einsatzbedingungen (?) kaum noch steuern lassen.*" („FR") Daß sich die Wut von der Einsatzleitung nicht mehr hätte „steuern" lassen, ist natürlich Quatsch, und man weiß auch, gegen welches Ziel. Gemeint ist: Sie hätte sich nicht mehr zügeln lassen, und das war vielleicht gerade beabsichtigt.

Zurück in die Fachhochschule: Eine Abstimmung wurde der Versammlung von noch ca. 200 Leuten abgenommen. Die FH-Leitung erschien erneut, bot ihnen die Mensa zur Übernachtung an, forderte aber binnen fünf Minuten eine Entscheidung. Da wurde dann mit den Füssen abgestimmt ... Am nächsten Tag hoben die Verwaltungsgerichte in erster und zweiter Instanz das Versammlungsverbot auf. **Wallmann unterlag glatt den in der bürgerlichen Öffentlichkeit als „RAF-Sympathisanten" bezeichneten Antiimpis — vor bürgerlichen Richtern, die, was Kassel angeht, sogar als stockkonservativ gelten.** Das ist, wie es auch immer motiviert war, nicht nur originell, nicht nur einmalig, sondern ein echter Hammer. Einziger Trost für den gelegentlich als Zimmermann-Nachfolger gehandelten Wallmann: Das Böse ist immer und überall (nicht nur in der Gewerkschaft).

Ohne spektakuläre Ereignisse nahm der Kongreß wie angekündigt seinen Verlauf. Die Polizei beschränkte sich in den folgenden Tagen auf eine allerdings intensive Observation. Die Tagung selbst erregte vor allem Aufmerksamkeit (und unter Frankfurter Linken auch Unverständnis) mit peniblen Durchsuchungsmaßnahmen, die jeder Teilnehmer am Eingang über sich ergehen lassen mußte — um Provokationen zu verhindern, wie die Veranstalter erklärten. Über die dort diskutierten Inhalte lohnt es sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht, zu schreiben, weil sich die Veranstalter mit der Veröffentlichung von Ergebnis-Papieren Zeit lassen.

Aber: Lob, wem Lob gebührt. Die FH-Leitung mag sich in verschiedenen Situationen wankelmütig und opportunistisch verhalten haben. Als es hart auf hart ging, bewies sie, was in diesem Land Seltenheitswert hat: Zivilcourage. Jetzt schon ist klar, daß sie dafür von der CDU in den Rang des „Sympathisantensumpfes" erhoben wird. Immerhin ist damit zum ersten Mal etwas passiert, wovon man vielleicht sagen könnte, daß sich das vielbeschworene rot-grüne Klima bei einer Handvoll Liberalen materialisiert hat.

Das zweite bemerkenswerte Novum: Der politische Spielraum, der — wenn auch minimal — vorhanden war, wurde von einem Teil der Antiimpis bewußt und gekonnt genutzt. Sie nutzten die Widersprüche, artikulierten sich, argumentierten, versuchten zu überzeugen. Mit vordergründiger Absicht dreht es die „FR" (6.2.) so hin, daß dieses Vorgehen die besondere Raffinesse der „RAF-Sympathisanten" kennzeichne, wovor sich die autonome Lederjackenfraktion in acht nehmen solle. Das Gegenteil ist richtig: *Davon*, nämlich vom Versuch, auf dem politischen Parkett zu tanzen und neben dem Arm gelegentlich auch den Kopf zu gebrauchen, können die Autonomen nur lernen.

Auf einer abstrakten Ebene kann man, wie es in der Aula der FH am Ende dieser Nacht tatsächlich geschah, endlos darüber streiten, ob das Verhandeln der beiden Frauen mit der Hochschulleitung, welches nun mal zwangsläufig z.T. spontan und situationsbedingt war, genial war — immerhin erreichten sie so nebenbei eine öffentliche Ohrfeige für Wallmann, nach der sich grüne Realpolitiker die Finger geleckt hätten, wenn sie die Situation nicht gezielt verschlafen hätten — oder „der erste deal der Antiimpis mit den Bullen". Nach Mao ist die Praxis das Kriterium der Wahrheit. Und das erklärte Ziel, den Kongreß ungestört durchführen zu können, wurde erreicht.

de., Ffm



Einsatzleiter „Brecheisen"-Bernhard (Mitte, mit Funkgerät, rechts die Anwälte der Kongreßveranstalter) (Foto AK)

Nur 3700.-
Einmalige Gelegenheit! Polizeigruppe, die eine exklusive Südafrika-Rundreise mit Sonderarrangement unternimmt, hat noch einige Plätze frei: 3.2. bis 22.2.1986 ab Köln. IPD Tours, 0 81 53/10 81

Bullenurlaub in einem 'zauberhaften Land'

Es ist der Mensch ein geselliges Wesen, welches seinesgleichen sucht. Oder auch: ein Herdenvieh. Auf Reisen schätzt der Ami die Begleitung des Amis, und die Krauts nehmen ihr Kraut am liebsten in Gesellschaft von Krauts ein. Das Schwein sehnt sich nach Artgenossen, wie es den Bullen halt zum Bullen zieht. Deswegen ist es in der Tat nicht verwunderlich, wenn BRD-Polizisten in Südafrika urlauben.

„Eine Gruppe deutscher Polizisten möchte sich auf dieser Tour eine eigene Meinung bilden und das zauberhafte Land kennenlernen ... Wir haben diese Sonderreise zu einem absoluten Sonderpreis von nur DM 3700,- ausgearbeitet." Die Reiseagentur IPD-Tours, Sitz in 8031 Wessling/Bayern, die als *„einziger deutscher Reiseveranstalter"* ein eigenes Büro in Südafrika unterhält und *„zu den Polizeistellen, offiziellen und inoffiziellen Stellen sehr enge und herzliche Kontakte"* pflegt, hat auf einem *„rein touristischen Basisprogramm"* die Möglichkeit aufgebaut, *„die Arbeit der südafrikanischen Polizei kennenzulernen bzw. sich abends zu einem Gedanken- und Meinungsaustausch zu treffen."* Der Sonderreisen-Veranstalter verspricht: *„Jeder Reisetag ist ein neuer Höhepunkt des visuellen Erlebens."* Denn: *„Das Nebeneinanderleben der verschiedenen Hautfarben, Religionen und Kulturen muß man selbst erlebt haben, um mitreden zu können..."* Und wenn es ein Gegeneinander ist, dann macht das für diese Kunden vielleicht sogar den besonderen Reiz aus.

IPD-Tours bestellt den Teilnehmern *„dieser subventionierten Reise"* einen *„ganz herzlichen Gruß von Ihren südafrikanischen Gastgebern, die Sie schon freudig erwarten,"* und versichert: *„So ziemlich jeder unserer zahlreichen Südafrika-Gäste ist mit einer gewissen Skepsis auf die Reise gegangen — und als Südafrikafreund und -liebhaber zurückgekommen."* Bei den Kunden glauben wir's unbesehen (Zitate aus einem Werbeprospekt des Reiseveranstalters).

Die „roten blätter" des Marxistischen Studentenbundes (Nr. 2-3/86) sind der Frage nachgegangen, welches die von IPD „herzlich" kontaktierten offiziellen und inoffiziellen Polizeistellen sind und woher die Subventionierung kommt. Ohne Umschweife landeten sie bei BKA und BND. Den MSBler, der sich telefonisch als Polizist meldete, verwies der IPD-Reiseleiter an einen

kommt. Ohne Umschweife landeten sie bei BKA und BND. Den MSBler, der sich telefonisch als Polizist meldete, verwies der IPD-Reiseleiter an einen

Kommissar Landes im BKA Meckenheim bei Bonn. Auch die südafrikanische Botschaft bestätigte bereitwillig die Zusammenarbeit mit diesem Herrn. Landes gab sich dem vermeintlichen Kollegen und Interessenten gegenüber auskunftsbereit. Er sei *„mit Südafrika stark liiert"* und bürge dafür, *„eine bessere Betreuung, als das, was ich unten gesehen habe, kann man nicht erwarten."* („rb" ebenda) Die Kollegen des Apartheid-Regimes würden der Reise nämlich *„auf jeden Fall"* einen hohen Stellenwert einräumen und hätten deshalb schon seit einem Vierteljahr einen Mann dafür abgestellt.

Er, Landes, habe selber einen vorbereitenden Trip unternommen und dabei erfahren können, daß *„alles erlogen"* sei, was man in den Medien über Südafrika lese. Die südafrikanische Polizei werde nur bei *„rein kriminellen Unruhen"* gegen schwarze *„Mafia-Methoden"* eingesetzt. Dann allerdings werde auch *„die ganze special-branch, sprich GSG 9, in diesen Orten stationiert."* Deutscherseits fahre als Betreuer ein Herr Wietasch — *„Der ist hier beim BKA"* — mit, *„der Trainer hier"*.

Zwar könne man die Reise nicht gerade als Bildungsurlaub anmelden, weil *„der Herr Genscher da jetzt starken Widerwillen hat"*. Doch seien andererseits Schwierigkeiten selbstverständlich nicht zu befürchten. Er selbst habe die Fahne Pretorias und eine Erinnerungsmedaille sogar in seinem Dienstbüro stehen, und *„da stört sich kein Mensch dran."* Natürlich nicht.

Nein, in der IPA (International Police Association; pflegt die internationale Bullenzusammenarbeit und opferte ihre UNO-Akkreditierung zugunsten der Mitgliedschaft einer südafrikanischen Sektion) sei er nicht, meint Landes, weil er von Pullach (BND) komme. Aber vom IPA-Chef Klös wisse er, daß der sauer sei, weil er selbst vorhabe, Reisen ans Kap zu managen, aber für fünftausend DM. Dem sei das Reisebüro zuvorgekommen mit Vergünstigungen, die die RSA-Polizei erreicht habe, indem sie direkt bei den Hoteliers vorsprach.

Zu dieser interessanten Information hören wir nun die „FR" (23.1.86): *„Der internationale Präsident der IPA, Jürgen Klös, ist Beamter beim Bundeskriminalamt Wiesbaden und erhielt Anfang 1985 vom hessischen Innenminister Winterstein das Bundesverdienstkreuz als Dank für die Förderung internationaler polizeilicher Zusammenarbeit."* Vor diesem Hintergrund klingt es einigermaßen lächerlich, wenn Wintersteins Pressesprecher Jan van Trott aus tagespolitischen Opportunitätsgründen über eine „geschmacklose und unvertretbare" Reise schwadroniert. Der von seinem rot-

Jan van Trott aus tagespolitischen Opportunitätsgründen über eine „geschmacklose und unvertretbare" Reise schwadroniert. Der von seinem rot-

grünen Dienstherrn ausgezeichnete Klös distanziert sich natürlich nicht: *„Ich distanziere mich ja auch nicht von Neckermann-Reisen."* („FR", 4.2.86)

Als die bürgerliche Presse auf die Enthüllungen einstieg und die Grünen eine Anfrage im Bundestag starteten, vernahm man aus dem Hause Zimmermann, bei derlei handele es sich um „rein private" Angelegenheiten, in welche sich die Bundesregierung nicht einmische (die Auskunft wurde freilich nicht vom dafür zuständigen Spranger erteilt, sondern von seinem Staatssekretärskollegen Kroppenstedt; bei ersterem hätte man ja irgendwie auf die Idee kommen können, nachzuforschen, ob er nicht selber verwickelt ist). Eine dünne Ausrede: Kroppenstedt mußte einräumen, daß es 1983 und '85 offizielle Reisen von BKA-Vertretern zu den Rassisten gegeben hatte, z.B. in Sachen „Terrorismus-Bekämpfung". Sowas bleibt ja nicht ohne die Auswirkungen, die mit solchen Reisen intendiert sind. Der Chef der einheimischen „special-branch, sprich GSG 9", U. Wegener, ebenfalls auf dem Gebiet der internationalen Schießwut, sprich Zusammenarbeit tätig, ließ beispielsweise verlauten, beim ANC handele es sich um „Terroristen". Die Südafrikaner statteten einen Gegenbesuch in Wiesbaden ab, wo sie die Computertechnik bewunderten. Es paßt in das Bild, daß der BND seine (offiziell) pensionierten Sprachrohre auf Vorträge über *„Die Bedeutung Südafrikas für Europa und die freie Welt"* schickt, und gar Edu Zimmermann beim Aufbau einer südafrikanischen xy ungelöst-Sendung behilflich ist.

Die polizeilichen Kontakte, die offenbar nach der Bonner Wende enorm an „Herzlichkeit" gewonnen haben, befinden sich somit in einer Phase der Verbreiterung und engeren Verflechtung. Südafrika verfolgt eine Reise-Diplomatie, wie sie von den Rassisten traditionell auf politischer, ökonomischer, militärischer, geheimdienstlicher, wissenschaftlicher, publizistischer, sportlicher und kultureller Ebene relativ erfolgreich praktiziert wird: Einladungen, sog. Tourismus, Konferenzen, Meinungsaustausch. Den Türaufmacher für solche Verbindungen hat in der BRD seit jeher Franz Josef Strauß gespielt, der dafür mit dem höchsten „good hope" Orden des Regimes belobigt wurde. Welche Typen ihm aber nachfolgten, das hat ein Nürnberger Angeklagter — undementiert — bei Eröffnung seines Prozesses erzählt: Er habe in Südafrika, gab WSG-Hoffmann süffisant zum besten, auf einem Stuhl gesessen, der vom Arsch des bayrischen Ministerpräsidenten vorgewärmt war.

Faschisten waren es auch, die in der Vergangenheit am freizügigsten über die Reiseerlebnisse berichteten, welche

Faschisten waren es auch, die in der Vergangenheit am freizügigsten über die Reiseerlebnisse berichteten, welche

40 BRD-Polizisten seit dem 3.2. „genießen" dürfen. Begeistert äußerte sich eine „Touristengruppe" von der „Deutschen Wochenzeitung" der NPD: Man habe in Südafrika ***„mehr Deutschtum als in Deutschland"*** angetroffen. Söllte es uns da verwundern, wenn die Bullen daselbst mehr Bullentum als im (eigenen) Bullenland ausfindig machen?

Nadelstreifenrassisten im Frankfurter Römer

'Du fliegst aus dem Fenster'

Kaum war der Oberbürgermeister aller Frankfurter den Schlägerkommandos Weimarer Gewerkschaftsterroristen mit knapper Müh und Not entronnen, da passierte es in Wallmanns eigenen heiligen Hallen, wo vom großen Karl bis zum kleinen Dregger der Atem unserer ruhmreichen Geschichte weht. *„Grüne biß — Polizist stöhnte"* („Bild", 22.1.86). Etwas genauer die „Abendpost-Nachtausgabe" — *„Frankfurts Grüne Nr.1 beißt Polizisten"* — und gewissermaßen als Vorbild präziser Berichterstattung die „Frankfurter Neue Presse" gleichen Datums: *„Grüne beißt Polizisten beim Abschied des südafrikanischen Konsuls"*. Zu erfahren war, daß der uniformierte Schmerzensmann sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Oh Ach und Weh, welch' Verwilderung der politischen Kultur und unserer Sitten überhaupt!

Doch die mündigen Frankfurter ahnten es gleich: Das konnte kein Minister gewesen sein, der seine Beißerchen so unziemlich eingesetzt hätte und auch kein/e Staatssekretär/in. Das war — natürlich — eine dieser radikalen Fundi-Frauen, die selbst einem Cohn-Bendit noch im sicheren Fernsehstudio Schauer über den Rücken jagen. Sie sind heute das Freiwild der Boulevard-Presse bzw. von Polizeiführern, die ihre Berichte in die Maschine tippen, während im (diensteigenen?) Videogerät die Pornokassette läuft.

Manon Tuckfeld, Stadtverordnete der Grünen im Frankfurter Römer, stellte sich am 22.1. zusammen mit einigen Kollegen den Medien, und sie sah ernstlich mitgenommen aus. Sechs alternative Abgeordnete hatten am Vortag vor dem Büro des CDU-Bürgermeisters Moog protestieren wollen: gegen die offizielle Verabschiedung des südafrikanischen Konsuls in Frankfurt durch die Repräsentanten der Stadt. Als sie ein Transparent entrollten (**„Wer Südafrika die Hand reicht, hat Blut an den Händen"**), erhielt Manon zunächst von einem ihr unbekannten Mann einen Handkantenschlag auf den Unterarm. Obwohl der Konsul die kleine Gruppe von Apartheidsgegnern und Presseleuten ungehindert passieren und in das Bürgermeisterbüro entschwinden konnte, gab ein Sicherheitsbeamter des Römers namens Falk kurz darauf einigen Männern in Zivil das Kommando zum Einsatz. Zwei stürzten sich völlig überraschend auf Manon T. und bogen ihr den Arm auf den Rücken, bis das Handgelenk auf der Höhe des Nackens war. Die Stadtverordnete schrie auf vor Schmerz und krümmte sich so hef-

den Arm auf den Rücken, bis das Handgelenk auf der Höhe des Nackens war. Die Stadtverordnete schrie auf vor Schmerz und krümmte sich so hef-

tig nach vorn, daß sie mit dem Mund auf den Arm eines der Polizisten stieß, der sie umklammerte. Der „Biß" findet somit seine natürliche, im Aufbau des menschlichen Körpers begründete Erklärung: Seine „Heftigkeit" muß direkt der Wucht entsprochen haben, mit der man Frau Tuckfeld durch Mißhandlung ihres Arms nach unten zwang.

Damit ist die Geschichte keineswegs beendet. Im Polizeigriff wurde die junge Abgeordnete an den oberen Absatz einer breiten Marmortreppe geschleppt, von wo mann sie herunterzuwerfen drohte. Erst das Einschreiten eines zufällig hinzueilenden SPD-Stadtverordneten bewahrte sie davor, daß diese Drohung wahrgemacht wurde. Denn vor ihr war der grüne Ortsbeirat Markus Bocklet tatsächlich die Treppe hinabgestossen worden, nachdem man ihm zunächst im Catcher-Griff den Atem genommen hatte. Dem rücklings die Stufen hinunterrutschenden Markus B., der in dieser Situation an alles andere als an Widerstand dachte, kam einer der Schläger hinterher und drohte ihm wörtlich: „Du fliegst aus dem Fenster, wenn du weitere Zicken machst."

Das muß uns doch ziemlich betroffen machen. Denn das „Aus-dem-Fenster-Fliegen" hat seinen sehr realen historischen Hintergrund, wie mensch zuletzt vor der Glotze registrieren konnte, wenn er/sie sich den Film „Z" nochmal reingezogen hat. Andere werden sich vielleicht an das Schicksal des Anarchisten Pinelli im italienischen heißen Herbst 1969 erinnern. Und, verdammt noch mal, im Polizeijargon heißt das immer noch, daß diese Opfer aus dem Fenster „gesprungen" und nicht „geflogen" sind, oder wie soll mensch das verstehen? Hier wäre ein rot-grüner Innenminister Winterstein, der die Polizeiausbildung reformieren möchte, dringend aufgerufen, darauf zu achten, daß bewährte offizielle Sprachregelungen nicht durch unbedachte Äußerungen durchbrochen werden und ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Obacht! Nachher endet es damit, daß untergeordnete Bullen im Eifer des Gefechts vielleicht verlauten lassen „Du kriegst 'ne Kugel wie Baader" oder „Für dich haben wir einen Strick wie für die Meinhof"...

Daß es sich bei den wehrsporterfahrenen Schlägern überhaupt um Polizisten („Zivilfahndung/Sondereinsatzkommando Mitte") handelte, erfuhren erst auf Nachfragen die anwesenden Presseleute, die zunächst den Eindruck privater Leibgardisten o.ä. hatten und im übrigen die Aussagen der Grünen bestätigten. Manon Tuckfeld trägt nun den rechten Arm in einer Schlinge und muß sich einer aufwendigen medizinischen Untersuchung unterziehen. Nach Abklingen des ersten Schocks stellten sich starke Schmerzen ein: Die Ärzte führen das auf den Handkantenschlag zurück und vermuten, daß ein im Arm verlaufender Nervenstrang verletzt sei. Ihre plötzliche Titelseiten-Publizität findet sie daher wenig erhei-

schlag zurück und vermuten, daß ein im Arm verlaufender Nervenstrang verletzt sei. Ihre plötzliche Titelseiten-Publizität findet sie daher wenig erhei-

ternd. Aber: Der Konsul zog es vor, den Römer nach dem Empfang durch einen Seitenausgang zu verlassen. Frankfurts Apartheidsgegner hoffen nun, daß er bald durch eine/n neue/n Vertreter/in des südlichen Afrikas ersetzt wird; einzige Bedingung: **Mitgliedschaft im ANC.**

KB/Gruppe Frankfurt

Probleme des Kontenkampfes

MLPD gegen Deutsche Bank

Rechtspolitik mit girotechnischen Mitteln

Politik und Geld kann man nicht trennen. Das denken nicht nur Bonner Flickpolitiker, das dachte sich auch die Deutsche Bank, als sie Ende September der MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands) mit sofortiger Wirkung ihre Geschäftskonten bei ihrer Essener Filiale aufkündigte.

Das noch verbleibende Guthaben von etwa 3.000 DM wurde ihr zwangsweise per Postanweisung an das Zentralkomitee in der Rellinghauser Straße zurückgeschickt.

Der vorgeschobene Kündigungsgrund ist ein Novum — wegen der „werblichen Verwendung unseres Namens auf Flugblättern" wollte die Deutsche Bank das Kommunistengeld nicht mehr haben.

Unter anderem waren wohl Flugblätter der MLPD bei Bayer Leverkusen aufgetaucht, die neben politischen Aussagen im Impressum auch die Kontoverbindung der Partei enthielten. In den Vorstandsetagen von Bayer und Deutscher Bank muß dann jemand auf die Idee gekommen sein, ob das nicht als Geschäftsschädigung ausgelegt werden könnte und damit ein Grund für sofortige Kündigung gegeben sei. Gesagt — getan.

Um die Verärgerung der Deutschen Bank nun aber auch deutlich zum Ausdruck zu bringen, wurden noch schnell die Kollegen der restlichen befreundeten Großbanken informiert, eine Kontoverbindung mit der MLPD doch ebenfalls zu unterlassen.

Solidargemeinschaft der Banken

Die Aufforderung muß gehört worden sein, denn weder Dresdner Bank noch Commerzbank waren nach Anfragen bereit, ein Konto dieser Kommunisten zu führen. Nur die gewerkschaftseigene „Bank für Gemeinwirtschaft" — BfG — war etwas langsamer. Bevor die Zentrale ihrer Essener BfG-Filiale die Anweisung geben konnte, kein Kontoersuchen der MLPD anzunehmen, waren die Genossen schon dagewesen und hatten ihre eigene Kontonummer. Aber selbst diese Kontoverbindung währte nur 3 Tage, bis schließlich auch bei der Gewerkschaftsbank das Aus aus der Zentrale kam. Jetzt gibt es einen Rechtsstreit, ob solch solidarisches Verhalten der Banken gegen unliebsame Parteigruppierungen nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen überhaupt erlaubt ist.

Zwar ist nicht bekannt, ob die MLPD nun wirklich alle möglichen Banken um ein Konto ersucht hat und so schließlich nur noch ihr Postscheckkonto übrig geblieben ist, um Finanzgeschäfte zu regeln. Sicher ist aber, daß ein genereller Boykott der Großbanken zu spürbaren Organisationshindernissen führt.

Wenn dieses Beispiel Schule macht, wird auch kein linksorientierter Verlag, Druckerei oder sonst politisch zuordnenbarer Betrieb sicher sein können, nicht aus rein politischen Motiven heraus seine Bankbeziehungen plötzlich gekündigt zu bekommen.

Jedenfalls ist ein vergleichbares Verhalten gegenüber NPD-Gliederungen oder anderen neo-faschistischen Parteien bisher nicht bekannt geworden.

Vorhut MLPD

Es scheint sich hier um ein Pilotprojekt anhand der MLPD zu handeln, auf kaltem Wege linke Organisationsversuche zu schädigen.

Niemand soll hier übertriebene Sympathien für die neo-stalinistische MLPD-Gruppe entwickeln, nur sollten uns deren etwas altertümliche Politikformen nicht daran hindern zu erkennen, daß hier sehr viel größere Gruppen gemeint sind.

Tatsächlich hat mit den Kontenkündigungen gerade erst eine neue Runde finanzieller und staatlicher Behinderungen begonnen. So werden z.T. MLPD-Mitgliedern Spenden- und Beitragszahlungen an ihre Partei als nicht von der Lohnsteuer abzugsfähig bescheinigt. (...) Derartige Versuchsballons von Banken und Ministerien dürfen trotz ihrer vordergründigen Kuriosität nicht als Bagatellen in Vergessenheit geraten. Hier wird subtile Willkür mit Organisationsrechten ausgeübt.

w.w.

Den vorstehenden Beitrag über die Kündigung der Geschäftskonten der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands" (MLPD) durch die Deutsche Bank entnahmen wir der Alternativzeitung „Neue Essener Presse". Nachzutragen ist, daß die MLPD den von ihr angestrengten Prozeß gegen die Deutsche Bank (Rote Fahne: „Alle reden von der Deutschen Bank — wir klagen sie an!") inzwischen verloren hat. Im Urteil des Amtsgerichts Essen heißt es zur Begründung: Bei der Deutschen Bank, *„welche zwar die größte Bank der Bundesrepublik Deutschland ist, kann aber keine Monopolstellung bejaht werden."* Die Behauptung der MLPD, daß *„eine Boykottabsprache auf Initiative der Beklagten (Deutsche Bank; Anm. AK) hin bestehen soll, die gekündigt hat und andere Banken veranlaßt haben soll, einen Kontoeröffnungsantrag der Klägerin abzulehnen"*, wertet das Gericht als *„jedenfalls für Banken im Essener Raum sehr substantiiert (begründet; Anm. Ak)"*. Die MLPD könne aber immer noch ein Postgirokonto eröffnen, da für die Post als Monopolunternehmen „Kontrahierungszwang" bestehe: *„Wenn die Bundespost, wie die Klägerin vorträgt, dem Begehren der Klägerin mit bürokratischer Schikane begegnen sollte, so ist das für den vorliegenden Rechtsstreit ohne Bedeutung."* — **Red.**

§116: Gesetzesänderung im Eiltempo

Hunderttausende Gewerkschafter haben mit betrieblichen Protestaktionen und Demonstrationen am 4. und 5. Februar gegen die Änderung des Streikrechts protestiert. Sie befolgten Aufrufe des DGB aus Anlaß der ersten Lesung einer Gesetzesänderung des § 116 im Bundestag. Die Bundesregierung hatte eine Sondersitzung des Parlaments einberufen, weil sie ihr Vorhaben so schnell wie möglich durchziehen will. Nach den obligatorischen Anhörungen vor dem zuständigen Bundestagsausschuß vom 19.2. bis 4.3. sowie den internen Beratungen des Ausschusses am 12. und 19. März soll das Gesetz am 21. März in zweiter und dritter Lesung über die Bühne gebracht werden. Pro forma wird es dann noch am 18. April den Bundesrat durchlaufen, so daß es rechtzeitig vor dem 1. Mai im Bundesgesetzblatt erscheinen kann, wie ein Regierungsvertreter mit Gespür für Gesten und die Geschichte der Arbeiterbewegung verkündete.

Fast eine halbe Million Beschäftigter haben sich nach Gewerkschaftsangaben an den jüngsten Aktionen beteiligt. 17.000 demonstrierten in Mannheim, 12.000 in Kassel, 8.000 in Bremerhaven, das die größte Demonstration seiner Stadtgeschichte erlebte. Die seit November ungebrochen anhaltende gewerkschaftliche Mobilisierung hat erheblichen Druck auf die Bundesregierung gemacht, die sich zwar wild ,,Verbesserungsvorschläge'' und setze auf einen vernünftigen ,,Dialog'', während auf der anderen Seite Strauß und die FDP der Wirtschaftsklientel versichern, substantiell werde nichts mehr geändert. Das ist das Schicksal einer Volkspartei. Die Sozialausschüsse haben sich zwar hinter ihren Vorsitzenden Blüm gestellt, aber sie fordern eine Änderung des Gesetzes in drei Punkten: Eine nähere Bestimmung dessen, was bei Lohnforderungen ,,nach Art und Umfang annähernd gleich'' bedeutet; eine stärkere Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Feststellung, ob eine Aussperrung Folge des Arbeitskampfes ist oder bewußter Kampfakt der Unternehmen; eine ,,Schiedsstelle'' mit einem ,,neutralen'' Vorsitzenden bei der Bundesanstalt für Arbeit, die die Zahlung oder Nichtzahlung von Arbeitslosengeld entscheiden soll (Biedenkopf-Vorschlag).

Eine der beiden Seiten einer Medaille wird im DGB in diesem Fall gern übersehen. Die Sozialausschüsse ,,demonstrieren Rückgrat'' frohlockt die ,,Welt der Arbeit'' des DGB und: ,,Jetzt läuft alles auf die Arbeitnehmergruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu'', gibt sie der Hoffnung auf Verhinderung des Gesetzes durch die CDU-Gewerkschafter Ausdruck. ,,Die CDU-Sozialausschüsse sind zu einer Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes bereit'', leitartikelte die ,,FAZ'' nach deren Beratungen und dürfte damit treffender das Wesen ihres Beschlusses getroffen haben. Denn: Gewerkschaftliche Position war es bislang, daß kein Handlungsbedarf für Gesetzesänderung besteht. Demgegenüber übt die Orientierung auf die Sozialausschüsse





entschlossen bei der Verwirklichung der Streikrechtsänderung zeigt, aber auch mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der DGB peilt mittlerweile den 6. März als nächstes zentrales Aktionsdatum an. Ein zweistündiger bundesweiter Streik um 13 Uhr ist im Gespräch, von Generalstreik kann und mag man nicht sprechen. Verbunden werden sollen die betrieblichen Aktionen mit regionalen Protestkundgebungen. Linke Gewerkschafter drängen darauf, zum Zeitpunkt der zweiten Lesung unmittelbar in Bonn zu demonstrieren. Bezogen auf das gewerkschaftliche Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie wäre ein solcher unmittelbarer Druck auf das Parlament eine Ungeheuerlichkeit, die mit Sicherheit ein Aufheulen der bürgerlichen Öffentlichkeit provozieren würde.

Die Auseinandersetzungen Gewerkschaften/SPD mit der Bundesregierung konzentrierten sich in den letzten Wochen vor allem auf die Beeinflussung der CDU-Sozialausschüsse. Der DGB war dabei ausgesprochen erfolgreich. Diesen Trend konnte bislang auch nicht die demagogische christdemokratische Kontra-Kampagne aus Anlaß der Sanierung der ,,Neuen Heimat'' umkehren. Als Transmissionsriemen der christdemokratischen Partei in den Gewerkschaften sind die Sozialausschüsse mittlerweile in eine heftige Glaubwürdigkeitsklemme gegenüber der CDU-orientierten Arbeitnehmerschaft geraten. Diesen Druck geben sie in die Partei weiter, die wahre Eiertänze aufführt, mal ihren gewerkschaftlichen Kollegen zu versichern, man sei beim Gesetzesverfahren ,,offen'' für wiederum Druck auf den DGB aus, sich an der Reformierung der Gesetzesverschlechterung zu beteiligen. Kein Wunder, daß daher insbesondere rechte Gewerkschaftsführer wie Hermann Rappe, die Vorsitzenden der NGG und IG Bergbau, Döding und Meyer und der Textilgewerkschafter Keller voll drauf abfahren. Döding verlangte den ,,Schulterschluß'' der Gewerkschaften mit den Sozialausschüssen. Keller forderte den DGB auf, ,,die Arbeit der CDA-Kollegen und -Kolleginnen durch eine ausgewogene Politik der Einheitsgewerkschaft (zu) unterstützen''. Wesentlich konfliktbereiter zeigt sich bislang der Sozialausschüßler und zweite DGB-Vorsitzende Fehrenbach, der seine Kollegen auffordert, den Gesetzentwurf zu Fall zu bringen.

Allein Vorgänge wie die um Krawallmann in Frankfurt und die Forderungen nach Verstärkung der betrieblichen Aktionen, nach mehr Konsequenz im Widerstand, stören den taktisch motivierten Konflikt um Geländegewinne bei den Vertretern der beiden großen Parteien im DGB und könnten dazu beitragen, daß von dieser Auseinandersetzung mehr an konsequenter Gewerkschaftsarbeit nachbleibt als Wahlkampf. Daher sollten die Aktionen am 6. März und die Zielsetzung auf Proteste am Tage der Gesetzesverabschiedung am 21. März in Bonn unterstützt werden. Genügend Leute graben schon die Startlöcher dafür, daß nach dem 1. Mai umgeschaltet wird auf den Bundestagswahlkampf, damit Johannes Rau versöhnen statt spalten kann, anständig wie er ist.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Neujahrsempfang für Wallmann mit Folgen

Aus den millionenfach verteilten Flugblättern von IGM und DGB, aus zahlreichen Presseerklärungen, Interviews usw. wissen wir: Der Angriff der Bundesregierung auf den §116 AFG ist ein Anschlag auf das Streikrecht, ja auf ,,unsere (schwarz-rot-goldene) Demokratie'' und wird von den Gewerkschaften mit allen Mitteln bekämpft. Mit allen Mitteln?

Das schroffe Auseinanderklaffen von innergewerkschaftlicher Schulungsarbeit und öffentlichen Erklärungen einerseits und real stattfindendem Kampf andererseits war wohl auch der Grund für die Aktion von etwa 100 Kolleg(inn)en auf dem Neujahrsempfang des DGB am 11.1. in Frankfurt.

Wie anderswo auch, pflegt auch hier der DGB zu Neujahr seine Kontakte zu Politikern, Vertretern der Kammern u.a. bei Alkohol und kaltem Buffet. Traditionell wird dazu auch der jeweilige Oberbürgermeister eingeladen und fast ebenso traditionell gibt es dagegen auch Proteste.

Daß gerade in diesem Jahr die Proteste gegen die Einladung Wallmanns deutlich ausfielen, zeigt, daß zumindest eine Minderheit in den Gewerkschaften den Kopf noch nicht an der Garderobe abgegeben hat.

Für alle, die Walter Wallmann noch nicht so gut kennen: Zu den Glanzleistungen dieses OB's gehört sein Verbot der DGB-Demonstration gegen den geplanten NPD-Aufmarsch am 17. Juni 1979, eine Maßnahme, die den DGB Frankfurt dazu zwingen sollte, sein damaliges punktuelles Zusammengehen mit der Initiative Rock gegen Rechts zu beenden. Aus Anlaß der Demonstrationen gegen den Tod von Günter Sare im September 85 verhängte Wallmann wieder ein mehrtägiges generelles Demo-Verbot. In dutzenden von Fällen verbot der gelernte Richter Wallmann auch Nazi-Veranstaltungen, allerdings stets so, daß sie vom Verwaltungsgericht praktisch wieder aufgehoben werden mußten. Die Verbotsbegründungen bezogen sich nie auf rassistische Hetze, faschistisches Gedankengut usw. sondern stets auf die zu erwartenden Gegendemonstrationen. Reihenweise hob das Gericht diese Verbote auf mit der Begründung: Für die Gegendemos könne die NPD schließlich nichts .... U.a. mit solchen Taschenspielertricks gelang es Wallmann recht erfolgreich, den zwischen den ,,Extremen'' stehenden OB ,,aller Frankfurter'' zu mimen.

Ferner hat sich Wallmann dadurch einen Namen gemacht, daß er sich offen mit der Landesregierung anlegte wegen deren vergleichsweise liberalen Aufenthaltsbestimmungen für Ausländer. Im Rahmen einer Anzeigenkampagne während des Kommunalwahlkampfes wies Wallmann die Wähler darauf hin, daß das Ausländerproblem ,,in ihrer Hand'' liege. Wen wundert's, daß dieser Mann auch 2. Bundesvorsitzender der CDU ist?

Gründe genug für die Vereinigung ,,Gewerkschafter gegen Wallmann'' gegen die Einladung solcher Leute auf DGB-Veranstaltungen zu protestieren.

Was passierte nun am 11.1.?

,,Der Mob schlug mit Fäusten und trat mit Füßen''. (1) Die ,,FR'' wußte von einem Schlag ins Gesicht und Fußtritten. (2) Bei der ,,Welt'' blieben die Fußtritte, hinzukamen Boxhiebe. (3) Laut FAZ legten die Demonstranten ,,Hand an''. Hier mußte Wallmann ,,Knüffe, Tritte und Schläge'' einstecken. (4) Alle Blätter waren sich einig, daß es sich um einen ,,Spießrutenlauf'' Wallmanns handelte. DGB-Kreisvorsitzender Kiesewetter war sich sicher, daß Wallmann ,,den einen oder anderen blauen Fleck'' davongetragen habe.

Es gab Beobachter, die die Szene mit der beim Winterschlußverkauf oder in der morgendlichen U-Bahn verglichen haben. Es gab sicher nicht nur Gedränge und Geschubse, aber daran haben nicht zuletzt Wallmanns ,,Personenschützer'' schuld, zweifellos keine Chorknaben.

Wenn Polizisten Demonstranten zusammenschlagen und dabei Platz- und Rißwunden, Gehirnerschütterungen, Prellungen, Quetschungen, Blutergüsse oder Frakturen — häufig mit der Folge tage- und wochenlanger Arbeitsunfähigkeiten — entstehen, dann lesen wir am nächsten Tag in der Zeitung von ,,Zusammenstößen'' oder ,,Auseinandersetzungen'' zwischen Polizei und Demonstranten.

Betroffenheit und Distanzierung allerorten

Nachdem mit allerlei sprachlichen Kniffen dafür gesorgt wurde, daß der Vorgang im Gewerkschaftshaus verabscheuungswürdig gewalttätig war, stellt sich die unvermeidliche Frage: Woher kommt die Gewalt?

,,*Die kriegerische Sprache des DGB hat Mitschuld*'', stellt die ,,Welt'' fest und zitiert aus einem Thesenpapier Bangemanns über die DGB-Aktionswoche im Oktober 85: ,,*Worte wie Attacke, Arbeitskampfrecht, Angriffsaussperrung, Trommelklang, Antikriegstag, eine Waffe in den Händen, Kampfentschlossenheit, klingen, als befänden wir uns im Kriegszustand.*''*(5)*

Regierungssprecher Ost meinte gegenüber ,,Bild'': Was sich in Frankfurt ereignet hat, war ein Hauch von Weimar''. Und Blüm laut Kölner Expreß'': *Seit Wochen treibt der DGB die Arbeiter mit Lügen auf die Barrikaden. Das hat zu Haß geführt. Die Folge ist immer Gewalt wie in Frankfurt.''* *(6)* Logisch, oder?

Originell, was die Familie Wallmann dazu zu sagen hat: Dahinter ,,*stecken dieselben Leute, die unseren Jungen schon zweimal zusammenschlugen und die sich durch Bestechung und Verleumdung Einblick in unsere privaten Konten verschafften.*''(7)

IG Cosa Nostra?

Mit weitsichtigem Blick auf die zu erwartenden Distanzierungen von DGB und SPD spricht die FAZ unter der Überschrift ,,Inszenierte Gewalt'' über die ,,*klammheimliche Freude der Schreibtischtäter der Gewaltlosigkeit.*'' (8)

An Distanzierungen von SPD und DGB hat es wahrlich nicht gefehlt. Ganz auf der Linie seines Mottos ,,*Versöhnen statt spalten*'' meinte SPD-Kanzlerkandidat Rau: ,,*Alle Vernüftigen müßten jetzt zusammenwirken, um den Anfängen eines neuen Freund-Feind-Denkens entgegenzuwirken.*'' (9)

Fortsetzung nächste Seite

Die hessische IG Druck und Papier an den DGB

Keine Vertreter des 'autoritären Staates' einladen

Wir dokumentieren nachstehend die Stellungnahmen der IG Druck und Papier Hessen und zum DGB-Neujahrsempfang ihre kritische Position auch nach der öffentlichen Aufregung um die ,,Schläge'' gegen Wallmann.

Wallmann ausladen

Am 7.1.86 übermittelte die IG Druck und Papier dem DGB einen einstimmigen Beschluß ihrer gewerkschaftlichen Vertrauensleute:

,,*Wir die AG der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der IG Druck und Papier Bezirk Ffm fordern den DGB Kreis Ffm auf, den geplanten Neujahrsempfang abzusagen. Wir sind der Meinung, daß es nichts gemeinsames mit den Kapitalvertretern sowie deren Politiker zu feiern gibt. Unsere gewerkschaftliche Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Kollegen leidet darunter, daß Leute, die die Gewerkschaft ausbluten wollen und eine gewerkschaftliche Demonstration verboten haben, von unserer Dachorganisation empfangen werden und mit unseren Geldern verköstigt werden.*

Wir haben keine Gemeinsamkeit mit denen, die den § 116 AFG kassieren wollen.''

Gegen ,,das bewußt inszenierte Geschrei''

Nach dem Neujahrsempfang reagierte die IG Druck am 13.1. mit einer Pressemitteilung. Dabei spricht sie von ,,einer Tätlichkeit'' gegen Wallmann und schreibt weiter:

,,*Es versteht sich von selbst, daß ein solcher Angriff für die IG Druck und Papier kein Mittel gewerkschaftlicher Politik ist.*

Gleichzeitig ist es unverständlich und zeugt von mangelndem gewerkschaftspolitischem Fingerspitzengefühl, wenn in einer Zeit der massivsten Existenzbedrohung der Gewerkschaften durch Unternehmer und reaktionäre Politiker solche Leute auch noch zu einem Empfang ins Gewerkschaftshaus eingeladen waren. Dies galt bereits in jüngster Zeit für die sogenannten Dreiergespräche bei der Bundesregierung, die sich letztlich sogar aus Sicht des DGB Bundesvorstandes als Illusion erwiesen haben. Wer jetzt noch ausschließlich auf den Weg des Dialogs mit jenen Kräften setzt, die die Gewerkschaften knebeln wollen, betrügt sich selbst und leistet keinen Beitrag zur Verteidigung des Streikrechts und der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit. Es kann den Belegschaften in den Betrieben jedenfalls nicht klar gemacht werden, daß sie für ihr Streikrecht kämpfen müssen, wenn gleichzeitig führende Gewerkschafter sich mit Befürwortern und Förderern gewerkschaftsfeindlicher und reaktionärer Politik im Gewerkschaftshaus zu einer Festivität zusammenfinden.

Die Gewerkschaften wären gut beraten, wenn sie sich nicht durch das bewußt inszenierte Geschrei der Gewerkschaftsgegner von einem aktiven Kampf gegen die Knebelung des Streikrechts ablenken lassen würden.''

Frankfurts DGB-Vorsitzender und Wallmann-Beschützer Kiesewetter distanziert sich am 14.1. umgehend hiervon und verweist darauf, daß die Einladung an Wallmann vom DGB-Kreisvorstand im großen Einvernehmen beschlossen wurde.

Gegen den ,,politischen Dialog'' mit Reaktionären

Die IG Druck läßt nicht locker. Mit Schreiben vom 17.1. antwortet sie Kiesewetter. Nach der obligatorischen Feststellung, ,,daß tätliche Angriffe nach unserem Selbstverständnis keine Mittel gewerkschaftlicher Politik sind'', heißt es dann:

,,*2. Wenn wir darüber hinaus die Form und den Teilnehmerkreis des diesjährigen DGB-Neujahrsempfangs kritisiert haben, dann hat dies etwas mit Deiner Erklärung in der Presse zu tun, wonach 'allein der politische Dialog den Gewerkschaften in ihrer gegenwärtigen Lage weiterhelfe'. Diese Position wird in keiner Weise der gegenwärtigen, sehr schwierigen Situation gerecht. Und im Zusammenhang mit solchen Positionen muß auch der diesjährige Neujahrsempfang gesehen werden. Um zu keiner Verwirrung bei unseren Mitgliedern beizutragen, mußten wir hierzu öffentlich eine Gegenposition beziehen, die damit auch den Neujahrsempfang in die Kritik mit einbezog. Dabei geht es uns nicht um diese Einrichtung des DGB Frankfurt an sich, wenn wir uns auch vorstellen könnten, daß selbst in ruhigeren Zeiten weniger Honoratioren und mehr aktive Betriebsfunktionäre eingeladen werden könnten. Wir halten es für eine Überbewertung der Wirkung von Medien, wenn unterstellt wird, daß mit solchen Empfängen wirksame Politik zu Gunsten der Arbeitnehmer gemacht werden kann. Dies läßt völlig unberücksichtigt, daß wir dem politischen Gegner eine öffentliche Plattform bieten, die eine gegenteilige Wirkung zur Folge hat: Es trägt zur Verunsicherung unserer Mitglieder bei.*

Unsere größte Sorge ist aber, daß wir uns auf dem Weg zum autoritären Staat befinden, einem Weg, der von Leuten wie Wallmann und einigen anderen geladenen Gästen des Neujahrsempfangs propagiert und verfolgt wird. Nachdem beim diesjährigen Neujahrsempfang eine sehr belastende Situation eingetreten ist, hätte nur noch die Politik der Schadensbegrenzung geholfen. Unter diesem Gesichtspunkt hielten wir es für richtig, als Gegenposition zu dem hysterischen Geschrei unserer Gegner — wozu ihnen teilweise die Stichworte aus unseren eigenen Reihen geliefert wurden —, eine eigenständige gewerkschaftliche Position einzunehmen.

3. Veranlaßt zu einer Stellungnahme haben uns letztlich Deine gegenüber der Presse abgegebenen Erklärungen über die Frankfurter IG Druck und Papier und unseren Bezirksvorsitzenden Hans-Georg Fritz. Wir fanden es völlig deplaciert, daß bereits wenige Stunden nach dem Vorfall Du den öffentlichen Eindruck vermittelt hast, daß jetzt die Schuldzuweisung gegenüber einzelnen Organisationen und Funktionären erfolgen soll. Weil Du die IG Druck und Papier ins Gerede gebracht hast, mußten wir unsere Position genau so öffentlich darstellen.

Unsere Kritik am diesjährigen Neujahrsempfang schmälert in keiner Weise die großen Verdienste des DGB Frankfurt in der Vergangenheit. Auch erinnern wir uns dankbar der praktischen Solidarität des DGB-Frankfurt während unserer vergangenen Arbeitskämpfe...''

Fortsetzung von vorheriger Seite

Und Holger Börner: ,,*Die gewerkschaftsfeindliche Bonner Politik darf nicht weiter der Radikalisierung den Weg bereiten, sondern muß mit Besonnenheit zurückgewiesen werden.*'' (10) Der Mann muß es wissen: s o l c h e Konflikte, wie die um den § 116 hat die SPD noch nie mit der Dachlatte ausgetragen.

Unter dem Strich wurde sowohl von CDU und Bundesregierung als auch von DGB/SPD darum gestritten, wer den ,,sozialen Frieden'' stört. Für die Rechten ist klar, daß die ,,Maßlosigkeit'' gewerkschaftlichen Auftretens Schuld an den ,,Ausschreitungen'' in Frankfurt hat. SPD und DGB verweisen auf die Politik der Bundesregierung als Ursache für die Ereignisse. Die Ablehnung sozialer Proteste außerhalb legalisierter Bahnen und die Sorge um den sozialen Frieden ist ihnen aber beiden gemeinsam.

Innergewerkschaftliche Folgen?

Die Folgen für die an der Demonstration beteiligten Kolleg(inn)en sind noch nicht absehbar.

Aus der IGM-Ortsverwaltung verlautete: Man wolle sich die eigenen Mitglieder ,,zur Brust nehmen''. Ihre dummen Handlungen würden als gewerkschaftsschädlich interpretiert, blieben aber voraussichtlich ohne Konsequenzen. Der 79-jährige SPDler und Gewerkschafter Alfred Marchand war, nachdem er die Aktion im ZDF gerechtfertigt hatte, vor den Landesvorstand der NGG zitiert worden. Inzwischen meldete die FR, man sei dort aber vom Gedanken eines Gewerkschaftssausschlusses abgerückt. Die IG Drupa, aus deren Reihen die Aktion maßgeblich initiiert wurde, tut sich zweifellos noch am schwersten mit irgendwelchen Distanzierungen. Auf einer Vertrauenskörperleitungs-Sitzung wurde auf Antrag der Offset-Rotation der ,,Frankfurter Rundschau'' eine Erklärung verabschiedet, die sich ausdrücklich mit den Kollegen solidarisiert und die Aktion schärfstens begrüßt.

Inzwischen ermittelt auch die Staatsanwaltschaft wegen ,,versuchter Nötigung''. In die Rolle eines Kronzeugen bei diesem Ermittlungsverfahren hat sich die Gewerkschaft der Polizei begeben. Das Mitglied ihres Landesvorstandes, Noll, war am 11.1. damit beschäftigt, die etwa 100 Demonstranten am Betreten des Gewerkschaftshauses zu hindern. Dieser ,,private'' Einsatz des Polzisten Noll mißlang gründlich und er zog sich dabei ein paar blaue Flecken zu. Jetzt hat Noll Strafanzeige wegen ,,Körperverletzung und anderer Delikte'' gestellt. Noll hatte auch öffentlich Kritik am laschen und zögerlichen Verhalten der Sicherheitsbeamten Wallmanns geäußert!

Außerdem fordert die GdP den Ausschluß aller an der Aktion beteiligten Gewerkschafter.

Die ,,Gewerkschafter gegen Wallmann'', die der wesentliche organisatorische und politische Träger des Protestes beim Neujahrsempfang waren, scheinen die Wirkung ihrer Aktion und deren gegen die SPD gerichtete CDU- und Medienkampagne erheblich zu überschätzen, wenn sie in einem Flugblatt schreiben:

,,*Wenn 100 Gewerkschafter mit ihrer Demonstration ... solch einen Aufruhr, so einen Meinungsterror bürgerlicher Presse, solches Erzittern bei den oberen Zehntausend hervorrufen, dann stehen unsere Chancen, die Änderung des § 116 (Aussperrungsgesetz) zu Fall zu bringen, nicht allzu schlecht.*

Denn wer solch eine beispiellose Verleumdungskampagne nötig hat, der fürchtet sich nicht vor 100 Kollegen, sondern vor Millionen Gewerkschaftern. Der zeigt seine Schwäche in Panik und Angst, daß seine arbeitnehmerfeindlichen Gesetzespläne nicht Wirklichkeit werden, wenn Millionen zum Streik gerufen werden.''

KB/Gruppe Frankfurt

(1) Frankfurter Neue Presse, FNP, 13.1.
(2) Frankfurter Rundschau, FR, 13.1.
(3) Welt, 13.1.
(4) Faz, 13.1.
(5) Welt, 13.1.
(6) lt. FR, 13.1.
(7) FNP 13.1.
(8) FAZ 13.1.
(9 + 10) FR 13.1.

Kommentar

Wallmann Held

Blut geflossen

Gewerkschaft kriminell Journalisten blöd

Wie bescheuert muß man hierzulande eigentlich sein, um ein verantwortungsvolles Amt in Regierungen, Bundestag, Parteien und Redaktionsstuben wahrnehmen zu können? Da protestieren Gewerkschafter mal ein wenig deftiger, proletarisch sozusagen, als dies im spießigen DGB sonst üblich ist, und ein Geschrei geht durch die Republik. Daß BILD, die CDU und alle sonstigen konservativen Reaktionäre Zeter und Mordio schreien, ist ja noch normal. Schließlich spekulieren sie, bereits etwas angeschlagen, auf Rückenwind bei der Verabschiedung des neuen Streikrechtsparagraphen. Aber der dann folgende Distanzierungschor wirft die Frage auf, ob das, was sich hierzulande politische Opposition schimpft, noch verdient ernstgenommen zu werden.

Wenn ewig staatstreue Gewerkschaften sich ,,bis zum ,Geht nicht mehr' '' distanzieren und ,,beinahe kniefällig entschuldigen'', wie die ,,Metall'' schreibt (allerdings: ,,es nutzte nichts''), dann läßt man das ja auch noch durchgehen. Wenn der sozialdemokratische Anstandswauwau Johannes Rau unverzüglich vom ,,Zusammenwirken aller Vernünftigen'' kläfft, weiß man, der versöhnt wieder, statt zu spalten. Wenn Jürgen Roland mit Wallmann und Harald Juhnke in den Hauprollen sowie Marika Rökk als guest-star eine neue 30-teilige Fernsehserie ,,Walli, unser Held'' drehen will, für die Gottlieb Wendehals das Drehbuch schreibt, dann könnte das mehr als ein Gerücht sein. Wenn aber Grüne und ,,taz''-Leser jetzt auch noch in diesen Chor einstimmen, dann hat's mit der Toleranz ein Ende.

,,*Gewalt in der Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden ist kein Mittel, welches von Grünen Unterstützung oder Duldung findet. Die Grünen lehnen als Partei mit dem obersten Prinzip der Gewaltfreiheit jede Art der Gewalt ab*'', formulierte Brigitte Berthold vom grünen Bundesvorstand. Sie hat ihrem Wort zum Sonntag auch noch kritische Bemerkungen über die Bundesregierung angehängt, obwohl ausgewogen war's nicht. Sicher, andere Grüne haben anderes gesagt, Trampert in der ,,taz'' und Fraktionssprecher Schmidt im Bundestag. Aber merkt denn da keiner, daß das Mindeste, das Selbstverständliche zu betonen bereits peinlich ist?

,,Wallmann kriegt längst verdiente Schläge'', leitartikelte die ,,taz'' und geriet unversehens selbst in die Distanzierungslinie. Da kannte sie offensichtlich ihre Leser schlecht. ,,Gewalt als Mittel usw. (s.o.) ist durch nichts zu rechtfertigen'', schreibt Matthias. ,,Die taz zurück auf dem Weg ins ,harte Kern'-Leserghetto?'' fürchtet Frank. ,,Linker Bild-Zeitungsstil'' klagt Erika. ,,Der ,Hauch von Weimar' muffelt wohl in euren Räumen?'' fragt Jens geschichtskundig. Ein toter Türke und Schläge gegen Wallmann müsse man beides ablehnen, die ,,taz'' ein ,,linksfaschistisches Hetzblatt?'' ist Bernd-Otto in Sorge. Alternative ,,Dachlattenmentalität'' hat Horst entdeckt. Und weil's so schön ist zum Abschluß eine Stimme aus dem Ministerbunker. Da sei wohl mit der ,,taz'' der ,,klassenkämpferische Gaul durchgegangen'', schon mal was davon gehört, daß ,,der Mythos von der ,verdienten' linken Gewalt ... zur Gewalt des Gulags und seiner milderen Varianten'' geführt hat und daß Johannes Rau ,,besonnen und politisch weise reagiert'' hat, schreibt Winfried Kretschmann, seines Zeichens Abteilungsleiter bei Minister Fischer. Wen wundert's, daß da die ,,taz'' vorsichtige Rückzugslinien aufbaut. Es sei ja nur wie beim Winterschlußverkauf zugegangen, haben die Ermittlungen erbracht. Was ja offenkundig stimmte. Um so absurder das Geschrei und die Distanzierungen, als ob Abu Nidal für die Grünen in den Bundestag eingezogen wäre.

Warum soll man sich nicht über die Schläge für Wallmann freuen, auch wenn er nichts abbekommen hat? Unter aktiven Gewerkschaftern war die klammheimliche Freude eh groß. Warum verschweigen, daß die IG Druck dahinterstand, daß rot-grün sympathisierende Gewerkschafter Träger der Anti-Wallmann-Aktion waren, daß Steinkühler auffällig zurückhaltend war. Das sind doch Lichtblicke. Viel besser kann bei einem Neujahrsempfang des DGB das Jahr doch kaum anfangen. Zugegeben, besonders politisch-strategisch ist diese Freude nicht, aber ein wohltuender Kontrast

politisch-strategisch ist diese Freude nicht, aber ein wohltuender Kontrast

zur Öde der politischen Reaktion vieler Linker und Grüner im Lande.

hr.

Der freundlich lächelnde Herr in der Mitte ist Wallmann. Beschützt

Der freundlich lächelnde Herr in der Mitte ist Wallmann. Beschützt

und durch Umarmung gewärmt von DGB-Kiesewetter

(Fotoreihe aus: METALL 2/86)

Eine Heldengeschichte

11.1.86: Einhundert Gewerkschafter protestieren gegen den Frankfurter CDU-Oberbürgermeister Wallmann auf dem DGB-Neujahrsempfang. Erregtes Geschiebe und Gedränge, DGB-Kreisvorsitzender Kiesewetter stellt sich schützend vor seinen Gast, der gequält lächelnd Richtung Saal geschoben wird: Knüffe und Tritte bleiben nicht aus, unklar bleibt, wer denn nun was abbekommen hat.

12.1.86: Der Beginn einer Geschichte vom Helden Walter Wallmann und einigen kriminellen Rowdies. BILD am Sonntag: Als Wallmann kam ,,*lauerten Gewerkschaftsmitglieder auf ihn. Sie schlugen ihn mit Fäusten und traten ihn mit Füßen.*''. Wallmann exklusiv in BamS: ,,*Plötzlich schlugen mehrere Männer auf mich ein. Ich wurde am ganzen Körper und im Nacken getroffen. Einige schlugen mit Fäusten, andere traten mich mit Füßen. Ob sie auch mit Gegenständen auf mich einschlugen, kann ich nicht sagen. Es war ein furchtbares Durcheinander.*'' ,,*Ich habe es meinen Sicherheitsbeamten zu verdanken, daß ich nicht ernsthaft verletzt wurde.*'' Aufatmen. Er lebt!

13.1.86: Aufschrei nahezu der gesamten Presse. ,,*Sogar ihre Kinder brachten sie mit*'', entsetzt sich die FAZ über die Rowdies. Wallmann aber bleibt unerschrocken: ,,*So schlugen sie mich beim DGB*'' schlagzeilt die BILD-Zeitung und läßt Wallmann exklusiv einen Erlebnisbericht im Stile eines Schulaufsatzes schreiben. Ratschläge, sich hinten ins DGB-Haus reinzuschlechen, habe er abgelehnt: ,,*Ich bin noch nie durch den Lieferanteneingang.* ***Hier muß ich durch***'' hat er sich Mut gemacht. Der Schilderung aus der BamS folgen neue Enthüllungen: ,,*Ein Mann fummelte mit einer brennenden Zigarre vor meinem Gesicht herum*''. Aber: ,,*Angst? Hatte ich zu keiner Zeit der Tumulte ... Besonders schmerzhaft waren die Fußtritte. Zum Arzt bin ich nicht. Als Jungs sind wir nach einer Prügelei auch nicht gleich zum Arzt gelaufen.*'' BILD-Kommentar titelt: ,,*Die Faust im Nacken*'' und stellt den geschmack- und maßvollen Vergleich mit dem am gleichen Abend im Fernsehspätprogramm gelaufene Film ,,Z'' an.

14.1.86: ,,*Ermittlungen gegen Wallmanns Angreifer*'' meldet die Springer Presse die Suche nach den gescheiterten Totschlägern. ,,*Faustrecht in Deutschland*'' befürchtet der BILD-Kommentar, ,,*wir dürfen keine Schlage-tot-Gesellschaft werden. Niemals.*'' BILD-Empörung über die Verniedlichung von Gewalt in den sozialistischen Medien. Da wird die ARD-Sendung ,,Brennpunkt'' wie folgt angekündigt: ,,*Der Frankfurter OB Wallmann mußte sich Buh-Rufe und Gerangel gefallen lassen...*''. Fetter Kurzkommentar: **,,Gerangel!!! Gefallenlassen!!!''**

17.1.86: Die Täter sind entdeckt. Der BILD-Kommentar vom Tage: ,,*Was ist los in diesem Land?* ***Fünf Tage nach den Schlägen gegen Wallmann*** *traf es nun den CDU-Generalsekretär Geißler in Göttingen.* ***Kalter Haß*** *schlug ihm entgegen. Ähnliches passierte Berlins Senator Kewenig; Vergleichbares geschah beim ,Dreikönigstreffen' der FDP.*
Was ist los in diesem Land? Die Wirtschaft blüht, die Menschen verdienen wieder mehr, die Arbeitsplätze sind sicherer, auch am Arbeitsmarkt gibt's Hoffnungsschimmer. Der Frieden ist sicher. Und doch treten und schlagen Fanatiker mit Fäusten und Füßen. ***Dahinter steckt eine klare Absicht:*** *Die regierende Koalition soll eingeschüchtert und mürbe gemacht werden. Man will sie weghaben*''.

Kurze Zeit später fuhr Kohl nach Wien und erhielt den Faschingsorden überreicht. Gegrinst hat er dabei wie Wallmann beim DGB-Neujahrsempfang.

A. Laaf

Studentenerwachen

— Proteste gegen das Westberliner Hochschulgesetz —



15 - 20.000 Studenten auf der Demo am 29.1.1986, Studentenstreik an der Freien Universität Berlin (FU) am 28.1.1986, eine Woche Warnstreik an der Technischen Universität (TU) vom 20.-25.1.1986, auf der Vollversammlung am 3.2. wurde erneut eine Woche Streik beschlossen, jeden Tag Aktionen verschiedener Studentengruppen, Sit-ins und Go-ins bei Senatoren und Unipräsidenten, in der Nacht vom 28.1. auf den 29.1. Besetzung des Verwaltungsgebäudes der FU, am 4.2. Tag der offenen Tür am Lateinamerika-Institut der FU und und und. Parallel streiken seit dem 23.1.1986 die studentischen Beschäftigten — sie arbeiten als Teilzeitkräfte in der Regel als Tutoren oder in den Bibliotheken — unbefristet für die Wiedereinsetzung ihrer durch den Senator für Wissenschaft und Forschung, Kewenig (CDU), zum 31.12.1985 gekündigten Tarifverträge. Nach Angaben der ÖTV wird hier zum ersten Mal ein Arbeitskampf mit Teilzeitbeschäftigten geführt.

Eine frische Brise lüftet den Studentenmuff der letzten Jahre — und dies bereits seit Oktober letzten Jahres. Mit Bekanntwerden des Vorentwurfs zur Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) verzeichnet der AStA wieder ein regeres Interesse, sind Vollversammlungen besser besucht und bangen Unipräsidenten wie auch Politiker der konservativ-liberalen Koalition des Weltberliner Senats um die Ruhe, die in den letzten Jahren endlich auch an den Westberliner Hochschulen eingekehrt war. In seiner reaktionären Stoßrichtung überflügelt der CDU-Entwurf des Senators Kewenig die letztes Jahr von der Bonner Koalition verabschiedete Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) erheblich und ruft sogar den Protest konservativer Professoren, die die ,,Autonomie der Hochschule" bedroht sehen, auf den Plan. Vollster Zustimmung sicher sein kann sich der Wissenschaftssenator jedoch von Seiten der ,,Notgemeinschaft für eine Freie Universität" (NoFU), Westberliner Sektion des rechtsradikalen ,,Bundes Freiheit der Wissenschaft" (BFdW), die sich loben, wesentliches zu der Novellierung des HRG beigetragen zu haben. (1) Ziel der NoFU sind ,,Hochschulen, an denen mit voller Kraft wissenschaftlich gearbeitet wird, Hochschulen, die ihre Leistung durch Wettbewerb auf allen Gebieten steigern und so auch international konkurrenzfähig sind". (2) Vornehmste Aufgabe dieses Vereins ist, die Hochschulen von ,,Langzeitstudenten" und ,,linksradikalen" Professoren zu befreien, sowie Wirtschaft und Staat vor der Unterwanderung durch ,,Systemüberwinder" zu schützen. Dazu dient das von der NoFU angelegte

ten" und ,,linksradikalen" Professoren zu befreien, sowie Wirtschaft und Staat vor der Unterwanderung durch ,,Systemüberwinder" zu schützen. Dazu dient das von der NoFU angelegte

,,Frühwarnsystem" in Form von ,,zuverlässigen" Informationen und Listen über die universitäre Linke. Diese werden in 10.000er Auflage Wirtschaft, Staat und Springer-Presse zur Verfügung gestellt. Mit ein paar ,,wenn" und ,,abers", in der Tendenz jedoch zustimmend, steht die ,,Liberale Aktion" (LA) , ein Zusammenschluß konservativer Professoren, den Kewenigschen Novellierungsvorstellungen gegenüber. Zwischen der LA und der NoFU bestehen intimste Kontakte. So ist einer der führenden Repräsentanten der LA, Prof.Dr. K.W. Hempfer, Professor für Romanistik an der FU, gleichzeitig im Beirat der NoFU. Ebenfalls in beiden Organisationen vertreten ist Prof. Alexander Schwan, Politologe. Er war langjähriges Mitglied des Akademischen Senats und des Kuratoriums der FU. (3) Zu den Repräsentanten der LA zählt u.a. der jetzige Präsident der FU, Prof. Dr. D. Heckelmann, der wie auch der Wissenschaftssenator Prof. Dr. A. Kewenig auf Mitgliederversammlungen der NoFU als Referent gerne gesehen ist. (4)

Generell abgelehnt wird der Novellierungsentwurf von den Professoren der ,,Linken Fraktion" der FU, der AL Westberlin, der SPD wie auch den Gewerkschaften ÖTV und GEW, welche auch den Aufruf zur Demonstration unterstützten.

Mit seinem Referentenentwurf hat der Senator schlafende Hunde geweckt. Alle linken Hochschulgruppen setzen dem BerlHG einmütigen Protest entgegen — bereits im November letzten Jahres wurde ein Aktionsrat gegen das BerlHG gegründet. Sogar der RCDS wendet sich gegen eine geplante ,,Staatsuniversität" — die Bruderorganisation JU aber hält zu Kewenig. Vorlesungen, die Wissenschaftssenator Prof. Dr. jur Kewenig zuweilen am Fachbereich Rechtswissenschaft hält, erfreuen sich seit Monaten regsten Interesses — natürlich nicht, um Rechtswissenschaft zu betreiben; auf die Tagesordnung wird das BerlHG gesetzt. Da er die Diskussionsfreude der Studenten wiederholt schwer enttäuscht hat, muß er sich mittlerweile mit hautnahen Argumenten der Studentenschaft in Ei- oder Mohrenkopfform auseinandersetzen.

Worin liegt nun der Zündstoff des ,,neuen gesetzlichen Gesamtwerks" (6) aus der Feder des Wissenschaftssenators? Ganz im Sinne des HRG geht es auch in der Westberliner ,,Angleichung" darum, dem bundesdeutschen Unternehmen ,,Wissenschaft, Lehre, Forschung" wieder zu internationaler Konkurrenzfähigkeit zu verhelfen. ,,Entbehrlich erscheinende Vorschriften" (7), dieses sind vornehmlich die übriggebliebenen ,,Reformleichen" des zur Demokratisierung des Hochschulwesens von der SPD-Regierung unter Wissenschaftssenator Glotz 1978 erlassenen BerlHG, fliegen auf den Müllhaufen der Geschichte. Der fleißige Senator will ,,entrümpeln" und ,,entbürokratisieren" (8), für kräftige Finanzspritzen aus der Industrie öffnet er die Pforten der Alma mater. Wohin die Reise geht ist klar, das Unternehmen stellt um, vom Massenprodukt ,,Durchschnittsakademiker" auf Einzelfertigung hochqualifizierter, leistungsstarker, innovations- und investitionsfreudiger Elitewissenschaftler, die möglichst noch vor Studienabschluß das eigene Unternehmen gegründet haben, was durch Kredite von Bund und Land ermöglicht wird.

Mit dem neuen BerlHG will der CDU-Senator Kewenig, ähnlich wie sein Amtskollege E. Pieroth, Senator fü Wirtschaft und Arbeit, mit seinem Projekt, dem neu entstandenen ,,Berliner Innovations- und Gründerzentrum" (BIG) Westberlin wieder zum ,,Schaufenster des Westens" machen, zu einem Ort, an dem ,,die Tüchtigsten zusammenkommen". (9) Wie die Westberliner Hochschulen nach CDU-Vorstellungen zu gestalten sind, soll an Beispielen aus dem BerlHG Entwurf (BerlHG E) veranschaulicht werden.

Hochschulen für das Volk ade, es geht zurück zur Elite

Das Projekt ,,Gesamthochschule", die schrittweise Zusammenführung und Vereinheitlichung der verschiedenen Hochschultypen unter einem Dach, wird ersatzlos gestrichen. Dafür soll das an Fachhochschulen erreichte Diplom zukünftig durch den ZUsatz ,,FH" deutlich vom Uniabschluß zu unterscheiden sein. (§ 45 BerlHG nF) (10) Was bisher Ausnahme war, kann die Hochschule zukünftig durch Satzung zur Regel erheben und über die Hochschulzugangsberechtigung hinausgehende ,,Eignungsfeststellungen" zur Voraussetzung für die Immatrikulation machen. (§18) Zwischenprüfungen für alle Studiengänge mit Hochschulprüfung werden obligatorisch (§37), kurze und besonders qualifizierende Studien sollen für ,,besonders befähigte Studenten" durch extra für diese abgehaltene Lehrveranstaltungen sowie durch die Möglichkeit des ,,Quereinsteigens" in höhere Semester nach erfolgreichem Eignungstest möglich werden. Durch Bereitstellung der Professoren für die Elite, wird sich der Durchschnittsstudent zukünftig in noch vollere Seminare und Vorlesungen quetschen dürfen. Auch müssen Lehrveranstaltungen künftig nicht mehr öffentlich angekündigt werden, was den Professoren ermöglicht, sich ,,ihre Studenten" besser aussuchen zu können. Für die Benutzung von Einrichtung und Lehrmitteln können die Hochschulen zukünftig Gebühren verlangen (§2), was bei der eh schon desolaten Situation in Studentenhaushalten einen weiteren Zwang zum Jobben bedeutet. Exmatrikuliert wird nach dem Willen des Senator Kewenig aber jede/r, der die Regelstudienzeit um 6 Semester ,,ohne rechtfertigenden Grund" überschreitet (§ 19). Im Hinblick auf die Durchsetzungsfähigkeit dieses Entwurfs im Westberliner Senat dürfte von Interesse sein, daß die FDP an diesen Plänen keinen Anstoß nimmt.

Die verfaßte Studentenschaft, seit 1945 Mitglied der mitgliedschaftlich organisierten Körperschaft ,,Universität", soll, Alternative A, durch das neue BerlHG abgeschafft werden, Alternative B, jedes dritte Semester soll eine Urabstimmung über die Existenzberechtigung der Studentenvertretung stattfinden, wobei sich die absolute Mehrheit der an der Hochschule eingeschriebenen Studenten, d.h. über 50% dafür aussprechen müssen. Bei einer Wahlbeteiligung von um die 20% in den letzten Jahren handelt es sich hier nur um eine kosmetische Alternative zu A. (§21) Sollte es zukünftig dennoch eine Studentenvertretung geben, wird der Senator dieser durch restrikti-

Wahlbeteiligung von um die 20% in den letzten Jahren handelt es sich hier nur um eine kosmetische Alternative zu A. (§21) Sollte es zukünftig dennoch eine Studentenvertretung geben, wird der Senator dieser durch restrikti-

ve Finanzpolitik — der Entwurf sieht ,,sparsame Haushaltspolitik" und genehmigungspflichtigen Haushaltsplan vor (§23) — zur Bedeutungslosigkeit verhelfen. Bezüglich dieses Komplexes hat die FDP Protest angemeldet.

Langzeitstudenten raus — Industrie rein

,,Erleichterung und Verbesserung der Bedingungen für Drittmittelforschung" (11) — unter diesem Stichwort fallen, in Angleichung an das HRG, die letzten Schranken der Kontrolle, was und für wen an bundesdeutschen Hochschulen geforscht wird. Forschung mit Mitteln Dritter ist bereits heute gang und gebe und unterliegt keiner Genehmigungspflicht durch die Hochschule. Neu und besonders reizvoll für die Industrie aber ist, daß ,,die Mittel (...) für den vom Geldgeber bestimmten Zweck zu verwenden und nach dessen Bedingungen zu bewirtschaften (sind), soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen." (12) Attraktiv für die Professoren dürfte sein, daß sie zukünftig ,,in begründeten Ausnahmefällen" mit den hauptberuflichen Mitarbeitern der Forschungsvorhaben privat Arbeitsverträge abschließen können. Ein neues Terrain für den Westberliner Filz — zumal die geringen Kontrollmöglichkeiten (bisher mußte dem Wissenschaftssenator im Abstand von drei Jahren ein Forschungsbericht vorgelegt werden) noch weiter abgebaut werden, heißt es doch in § 54 I des Entwurfes lapidar: ,,Die Hochschulen berichten regelmäßig über ihre Forschungstätigkeit."

Democracy made in West-Germany

Zentrale Gremien der Hochschule sind ihr Präsident/Rektor, der Akademische Senat, er führt die Geschäfte der Hochschule im Sinne der Exekutive und setzt sich zusammen aus Professoren als Vertreter der Fachbereichsgruppen, Vertretern der Hochschullehrer, die nicht Lehrstuhlinhaber sind (Mittelbau), Studenten und sonstigen Mitarbeitern (Assistenten und anderen wissenschaftlichen Mitarbeitern, sowie den nicht akademischen Mitarbeitern) und dem Konzil, Parlament der Hochschule, das sich aus den gleichen Gruppen zusammensetzt wie der akademische Senat, aber bislang viertelparitätisch, d.h. jede Gruppe hat 24 Sitze. Aus diesen Gremien sollen jetzt all jene, die Mitglieder von Personalräten sind, rausfliegen (§ 59). Liegt die überwiegende Entscheidungsgewalt bereits im geltenden BerlHG bei den Professoren, wird diese durch Vermehrung der Professorensitze auf Kosten der anderen Gruppen noch weiter untermauert. Dies macht besonders Sinn, weil in o.g. Fragen nach dem Prinzip der ,,doppelten Mehrheit" verfahren wird, nach welchem zukünftig auch der Präsident/Rektor der Hochschulen gewählt werden soll. Und das funktioniert so: entscheidend für das Ergebnis der Abstimmung ist nicht die Mehrheit des Gremiums, sondern die Mehrheit der Professoren. Stimmen beide Mehrheiten auch in der 2. Abstimmungsrunde nicht überein, wird die Entscheidung getroffen, für die sich die Mehrheit der Professoren ausgesprochen hat. Um konservative Entscheidungsfindung auch in dem mit bislang linker Mehrheit besetzten Konzil zu ermöglichen, soll hier die Parität zugunsten einer neuen Sitzverteilung verschoben werden: 24 Professoren zu 7:7:7 Vertretern der jeweiligen anderen Gruppen, was einen Stimmenverlust der anderen Gruppen von jeweils 17 bedeutet. Wie gut solche ,,Verfahrensänderungen" funktionieren, hat der eifrige Senator mit der letzten Novelle bezüglich des Wahlverfahrens für den Posten des Unipräsidenten bewiesen. Seit Einführung der ,,Dreierlisten" — d.h. der Akademische Senat muß sich bei seinen Vorschlägen auf drei Kandidaten einigen, das Konzil kann dann nur noch unter diesen Kandidaten wählen — wurden trotz mehrheitlich links besetzter Konzilien Konservative als Hochschulpräsidenten an FU und TU gewählt. Damals war eine Sitzverschiebung im Konzil nicht ,,machbar", weil die FDP solchen Plänen die Zustimmung versagte, der Senator machte die Not zur Tugend und die FAZ zollte ihm für die ,,Dreierlistenregelung" unverhohlene Bewunderung (13) — wie sich die FDP gegenüber dem neuerlichen Vorstoß des Senators Kewenig nun verhält, wird sich zeigen.

Gestrafft und Entrümpelt

chen Vorstoß des Senators Kewenig nun verhält, wird sich zeigen.

Gestrafft und Entrümpelt

Wenn der Umfang des neuen Gesamtwerkes auf ca. 40% des geltenden BerlHG geschrumpft ist, ist dies u.a. auch der Tatsache geschuldet, daß der Senator die Regelung ganzer Bereiche (wie z.B. der Wahlordnung) aus dem Gesetz herausgenommen hat, und sich mit der Neufassung durch das Instrument der Rechtsverordnung selbst ermächtigen will, dies nach Verabschiedung des Gesetzes zu tun. Insgesamt will der Senator den Einfluß der Staatsverwaltung auf die Hochschulen massiv erweitern, was u.a. dadurch deutlich wird, daß der Entwurf die Einführung eines ,,präventiven Staatseingriffs" vorsieht: der Senator kann in Hochschulangelegenheiten bereits dann eingreifen, wenn begründete Besorgnis besteht, daß ein rechtswidriges Verhalten von Hochschulorganen unmittelbar bevorstehe und nicht anders zu verhindern sei. (§123) Über einen gemeinsamen Entwurf, der dem Westberliner Abgeordnetenhaus Ende Februar vorgelegt werden soll, verhandeln FDP und CDU bereits. Es ist damit zu rechnen, daß ein paar nebensächliche Punkte geopfert werden und die FDP sich wieder einmal als ,,unentbehrliches liberales Korrektiv" bewährt.

ck und st., Westberlin

Quellenverzeichnis
1. Arbeitsbericht 1983 bis 1985, Nr. 629 der Veröffentlichungen der NoFU, S.9
2. ebenda, S.4.
3. ebenda, S.13, FU-info Nr. 14/1985, S.10, Hrg. Presse- und Informationsstelle im Auftrag des Präsidenten der FU
4. ebenda, S.8.
5. entfällt
6. Begleitpapier zur Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes vom Senator für Wissenschaft und Forschung, S.2.
7. ebenda, S.2.
8. ebenda, S.1.
9. Elmar Pieroth in der ARD Sendung ,,Die Profit-Professoren", 3.2.1986, 22.30 Uhr
10. Alle nicht näher bezeichneten Paragraphen sind Bestandteil des BerlHG-Entwurfs
11. entfällt
12. § 25 IV HRG, durch § 53 BerlHG E zu übernehmende Regelung
13. FAZ, 19.1.1985

Die Lage an der

Die Lage an der Technischen Universität

Im letzten Jahr wurde eine Vollversammlung zum Thema ,,Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes" an der 800 von insgesamt 25.000 TU-Studenten teilnahmen, noch als Erfolg gewertet; zur Univollversammlung am 20.1. kamen infolge breiter Diskussion im Vorfeld über 1.500 Studenten (nicht zuletzt wahrscheinlich wegen der Zuspitzung im Tarifkonflikt der studentischen Beschäftigten zu diesem Zeitpunkt). Auf Vorschlag des AStA, der im Gegensatz zur FU von eher linken ALern gebildet wird, wurde ein einwöchiger Warnstreik beschlossen, der dann auch recht erfolgreich umgesetzt werden konnte. Ca. 50% der Vorlesungen fielen flach, stattdessen fanden zahlreiche Gegenveranstaltungen statt, koordiniert über den täglich erscheinenden ,,Streikkurier".

Während dieser Woche wurde des öfteren von größeren oder kleineren Studentengruppen der Ernst-Reuter-Platz bei der TU blockiert, ohne daß die Polizei anders als verkehrsregulierend eingegriffen hätte — obwohl der Ernst-Reuter-Platz ein Verkehrsknotenpunkt Westberlins ist und diese Spontanaktionen meist zur Hauptverkehrszeit stattfanden. Auch eine Demonstration mit 2.000 Studenten zum Sitz des Senators blieb unbehelligt. Offenbar setzt man staatlicherseits auf Deeskalation.

Auf Deeskalation anderer Art setzte der RCDS, der mit Flugblättern, in denen der Studentenstreik als ,,undemokratisch und unakademisch" bezeichnet wurde, auf Dummenfang unter denjenigen ging, die unberdingt und kurzsichtig ihr Recht auf Bildung wahrnehmen wollten.

Die nächste Vollversammlung am 27.1. (überfülltes Audimax, d.h. 2.000 Leute) setzte den studentischen Warnstreik aus, allerdings unter ,,Beibehaltung der Streikbereitschaft", d.h. insbesondere Fortexistenz des Streikrates aus Vertretern der Fachbereiche und des ,,Streikkuriers" zur täglichen Information. Dies sollte ein ,,Signal an Senator Kewenig" sein, ,,innerhalb der nächsten Woche zu einem Tarifabschluß auf Grundlage der Tutorenforderung zu kommen". Während dieser Woche ging der Streik der Tutoren weiter. Der Senator blieb hart. Dementsprechend beschloß die TU-Vollversammlung am 3.2. eine Wiederaufnahme des Streiks der Studenten, allerdings mit schwerpunktmäßiger Blockierung täglich wechselnder Gebäude. Auch die Verhinderung von Klausuren wurde nach einiger Diskussion beschlossen. Das spitzt die Situation an der TU weiter zu, ist doch in einem Brief des Senators Kewenig an die Präsidenten von TU und FU vom 19.12. zu lesen: ,,Ferner bitte ich zu überlegen, wie bei Streikmaßnahmen größeren Umfangs die Lehrveranstaltungen, die für die Anerkennung des Semesters unerläßlich sind, gewährleistet sind. Hier bitte ich insbesondere Vorbereitungen zu treffen, damit etwaige Klausuren oder Seminare ggf. auch in polizeilich geschützten Ausweichquartieren abgehalten werden können". Nun, es hat nichts genützt, die ersten Klausuren sind bereits verhindert worden.

Inwieweit sich allerdings die Situation an der TU verändert, falls die ÖTV demnächst zu einem Tarifabschluß kommt, bleibt abzuwarten. Die Argumentation ,,Die Tutorien sind gefährdet" wurde oft angewandt, und ein Großteil der relativen Duldung von Streikaktionen durch die ,,schweigende Masse" beruht vermutlich darauf. Das Thema ,,Berliner Hochschulgesetz" geriet demgegenüber zwangsläufig etwas ins Hintertreffen.

Rüstungsexport und Golfkrieg

Komitee gegen den Golfkrieg gegründet

Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg gegründet

Mit einem Appell an die Friedensbewegung, alles in ihrer Kraft Stehende zur Beendigung des fünf Jahre alten iranisch-irakischen Krieges zu unternehmen, endete am 18. Januar 1986 die Gründungssitzung des „Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg". Auf dem Treffen in Hamburg wurde die gleichgültige Haltung in der Bundesrepublik gegenüber diesem größten Krieg, der zur Zeit in der Welt geführt wird, kritisiert.

Am Vorabend war auf einer Veranstaltung im Hamburger Gewerkschaftshaus über Entwicklung und Hintergründe des Krieges zwischen Iran und Irak sowie über den Rüstungsexport aus West und Ost an die Kriegsparteien, unter anderem aus der Bundesrepublik informiert worden. Der Ex-Abgeordnete der Grünen, Jürgen Reents, beschuldigte bundesdeutsche Rüstungsfirmen, u.a. mit dem Export von Kampfhubschraubern, Militärelektronik und Militärlastwagen an diesem Krieg zu verdienen.

Vertreter der iranischen Opposition, u.a. Hassan Nazih, Mitglied der ersten Regierung nach dem Sturz des Schah, der Schriftsteller Bahman Nirumand, Prof. Mohssen Massarat und Massoudeh Gholamasad als Vertreterin der autonomen iranischen Frauen sahen das Haupthindernis für einen Frieden am Golf auf Seiten des Khomeiniregimes.

In der Plattform des Komitees heißt es, daß bislang mindestens eine Million Iraner und Iraker in diesem Krieg getötet worden sind. Es wird Giftgas eingesetzt und zwangsrekrutierte Kinder sterben auf Minenfeldern, heißt es weiter.

Die Mitglieder des Komitees, unter ihnen der Bundestagsabgeordnete Otto Schily und der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch, und iranische Oppositionelle aus unterschiedlichen politischen Lagern, wollen das Schweigen gegen diesen Krieg durchbrechen und gegen die internationale Mittäterschaft an diesem Krieg mobilisieren.

Neben einer Kampagne zur sofortigen Einstellung der direkten und indirekten Lieferungen von Waffen und kriegsverwendbaren Gütern an Iran und Irak, sollen bereits existierende Friedensbemühungen unterstützt werden. Das Komitee wird auch über die Leiden von Frauen und Kindern in diesem Krieg informieren und sich dafür einsetzen, daß die Kriegssituation als Asylgrund anerkannt wird.

Neben einer Kampagne zur sofortigen Einstellung der direkten und indirekten Lieferungen von Waffen und kriegsverwendbaren Gütern an Iran und Irak, sollen bereits existierende Friedensbemühungen unterstützt werden. Das Komitee wird auch über die Leiden von Frauen und Kindern in diesem Krieg informieren und sich dafür einsetzen, daß die Kriegssituation als Asylgrund anerkannt wird.

•••••

Plattform

•••••

Plattform

I

Mindestens eine Million Iraner und Iraker sind bis heute im iranisch-irakischen Krieg getötet oder verwundet worden. In diesem Krieg werden chemische Waffen eingesetzt, Kinder zum Minenräumen an die Front geschickt und die Zivilbevölkerung bombardiert. Unzählige Menschen wurden durch den Krieg zu Flüchtlingen.

Das irakische Regime hat den Krieg begonnen, aber das iranische Regime ist heute hauptverantwortlich dafür, daß der Krieg kein Ende nimmt und Gesellschaft und Wirtschaft in beiden Ländern weiter schwerste Schäden erleiden. Dieser Krieg zerstört das Entwicklungspotential der beiden Länder und der Golfregion.

Die Opfer dieses größten Krieges, der zur Zeit in der Welt geführt wird, sind auch Opfer einer ungeheuren Menge von Waffen und kriegsverwendbaren Gütern, die aus den Industriestaaten in West und Ost und zunehmend auch aus Staaten der Dritten Welt an beide Seiten geliefert werden.

In den vergangenen fünf Jahren seit Kriegsbeginn haben die führenden Staaten in Ost und West keine einzige Friedensinitiative zur Beendigung dieses Krieges unternommen. Die Rüstungsexporte, die die Fortsetzung dieses Krieges überhaupt möglich machen, lassen geradezu ein Interesse der rüstungsliefernden Staaten am Blutvergießen in der Golfregion vermuten, verbunden mit der Absicht, äußere Einflüsse in dieser Region und auf ihre Rohstoffe (Erdöl) zu stärken.

II

Diese Situation hat uns zur Gründung eines Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg veranlaßt. Wir wollen nicht weiter durch Gleichgültigkeit an der Fortsetzung dieses grausamen Krieges mitverantwortlich sein.

Das Komitee verfolgt das Ziel, das organisierte Schweigen der Regierungen der Industriestaaten zu durchbrechen und gegen die internationale Mittäterschaft an diesem Krieg zu mobilisieren.

Das Komitee will alle internationalen Bestrebungen für einen sofortigen Waffenstillstand und für ein Friedensabkommen unterstützen, das von den Grenzen vor Kriegsausbruch ausgeht, auf der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten basiert und nicht auf Kosten der in der Region lebenden Völker, Minderheiten und oppositionellen Organisationen geschlossen wird.

III

Das Komitee stellt sich folgende Aufgaben:

1. Kontinuierliche Verbreitung von Informationen gegen den Krieg, insbesondere über die Verwicklung der Bundesrepublik Deutschland in diesen Krieg. Vorbereitung und Unterstützung von Informationsveranstaltungen, Zusammenarbeit mit anderen Initiativen gegen den iranisch-irakischen Krieg.
2. Beginn einer Kampagne zur sofortigen Einstellung der direkten und indirekten Lieferung von Waffen und anderen kriegsverwendbaren Gütern an Iran und Irak.
3. Organisierung einer Kampagne zur Unterstützung von Friedensbemühungen und -initiativen, die den Zielen des Komitees entsprechen. Mobilisierung öffentlichen Drucks, um die Bundesregierung dazu zu bewegen, diese Friedensbemühungen zu unterstützen und durch eigene Initiativen voranzubringen.
4. Untersuchung und Aufklärung über die Lage der Frauen in diesem Krieg. Darstellung der spezifischen Situation der Frauen im Iran.
5. Bemühungen auf internationaler Ebene, um das Verbot des Kriegseinsatzes von Kindern und Jugendlichen entsprechend der Genfer Konvention einzuhalten.
6. Druck auf die staatlichen Stellen, die Kriegssituation als Asylgrund anzuerkennen.
7. Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit Organisationen, Komitees und Personen in anderen Ländern, die aktiv gegen die Fortsetzung des Krieges arbeiten. Bemühungen zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz gegen den iranisch-irakischen Krieg.

IV

Mitglied des Komitees kann jede Person werden, die die Ziele und die Arbeit des Komitees unterstützt.

Hamburg, 18.1.86

Vorläufige Kontaktadresse:
Jürgen Reents, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/16-7776

Vorläufiges Spendenkonto:
Dresdner Bank (BLZ 200 800 00), Kto-Nr. 3 503 690 00, Ulrich Tilgner, Kennwort: Komitee gegen den iranisch-irakischen Krieg

---

Der im folgenden abgedruckte Beitrag von Jürgen Reents ist ein überarbeitetes Manuskript aus der Veranstaltung zur Gründung des Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg am 17. Januar in Hamburg.

Rüstungsexport und Golfkrieg

Der iranisch-irakische Krieg wäre nicht über 5 Jahre lang möglich gewesen, und er könnte nicht über 1 Million Opfer fordern, wenn es außerhalb des Iran und Irak nicht mächtige Kräfte gäbe, die die Fortsetzung dieses Krieges mit massiver Rüstungshilfe garantieren, die an diesem Krieg und seinen Toten verdienen, die gerade in der Aufrechterhaltung der Konfrontation am Golf gegenwärtig die Chance zur Verbesserung ihrer Einflußmöglichkeiten in dieser Region sehen.

Natürlich gibt es international viel Krokodilstränen, die man öffentlich fließen läßt. Aber wann und wo in den vergangenen fünf Jahren hat es eine wirklich engagierte Friedensinitiative, ein Vermittlungsbemühen und politischen Druck seitens der USA, der Sowjetunion oder der Staaten der Europäischen Gemeinschaft zur Beendigung dieses Krieges gegeben? Man sucht vergebens danach. Ansätze in dieser Richtung zwischen dem Golfrat und der EG wurden nicht weiter geführt. Sie wurden innerhalb der EG und durch Einflußnahme der USA blockiert.

In der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde im vergangenen Jahr eine Resolution eingebracht, die die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarats auffordert, „*für einen schnellst-*

bracht, die die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsstaaten des Europarats auffordert, „*für einen schnellst-*

möglichen Waffenstillstand" am Golf zu arbeiten, und zu diesem Zweck u.a. einen Stop jeglichen Rüstungsexports in die Kriegsregion herbeizuführen. Aber der Rüstungsexport geht weiter.

Die Liste derjenigen Staaten, die den Irak oder den Iran mit Waffen und kriegsverwendbaren Gütern beliefern, ist lang. Nach Untersuchungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI sind es sogar mindestens 10 Staaten, die Doppelförderer und Doppelverdiener dieses Krieges sind: sie liefern an beide Seiten.

Die Hauptwaffenlieferanten des Irak sind die Sowjetunion und Frankreich. Im November 1983 berichtete der „Spiegel", daß die Sowjetunion 70% des Rüstungsnachschubs in den Irak deckt; im März 1985 meldete „Die Welt" dann, daß die sowjetischen Rüstungsanteile inzwischen stagnierend seien, weil der Irak sich stärker an andere Lieferanten gewandt habe. Frankreich hat zwischen 1982 und 1984 für 5 Mrd. Dollar Waffen an den Irak geliefert. Mittlerweile sollen 40% aller französischen Rüstungsexporte überhaupt in den Irak gehen.

Die USA, die sich offiziell angeblich jeglicher Waffenlieferung an eine der beiden Kriegsseiten enthalten, haben Hubschrauber an den Irak geliefert, die sie als „zivil" deklariert haben, die es aber nicht sind. Ansonsten kümmern die USA sich mit ihren Rüstungslieferungen mehr um das Umfeld und die Zwischenhändler für irakisches Kriegsgut, vor allem Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien.

Der Iran ist bis zum Sturz des Schah-Regimes vor allem mit hochmodernen amerikanischen Waffen zum Wächterstaat am Golf aufgerüstet worden. Da die USA nach der Geiselaffäre in der US-Botschaft von Teheran aber ein Handelsverbot gegen den Iran verhängt haben, besorgt das iranische Regime sich einen Großteil des Nachschubs an Waffen und Munition für ihre amerikanischen Systeme auf dem sog. grauen Waffenmarkt.

Im Mai 1984 ist z.B. in Hamburg ein Ring von Waffenhändlern aufgeflogen, der 250 Panzer des Typs M 48 an den Iran verkaufen wollte. Da der M 48 lange Zeit Standardpanzer der US-Streitkräfte war und auch in der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten eingesetzt wurde, ist die eigentlich interessante Frage aber, wie Waffen eines solchen Umfangs aus NATO-Beständen überhaupt in die Hand von illegalen Waffenschiebern kommen können.

Andere amerikanische Ersatzteile und Munition besorgt Teheran sich u.a. über Argentinien, Taiwan und Großbritannien, angeblich auch über Südafrika und Israel. 40% des iranischen Rüstungsnachschubs kommen laut SIPRI mittlerweile aber aus Nordkorea, daneben viel aus Libyen und Syrien.

Diese vielfältige internationale Verwicklung in den Golfkrieg ließe sich mit zahlreichen Beispielen illustrieren. Das kann hier nicht im einzelnen geschehen. Es wird aber eine Aufgabe des morgen zu gründenden Komitees gegen den iranisch-irakischen Krieg sein, diese Tatsachen breiter bekannt zu machen.

Der Name eines Staates ist dabei bislang nicht genannt worden: die Bundesrepublik. Angeblich beteiligt sie sich überhaupt nicht am Rüstungsexport in die Golfkriegsregion, und es ist gelungen, diese Behauptung weithin als glaubhaft erscheinen zu lassen. Sie ist dennoch falsch.

Die Bundesrepublik erscheint deswegen nicht als Kriegslieferant, weil sie Lieferungen als „zivil" deklariert, die tatsächlich militärische Verwendung

gen nicht als Kriegslieferant, weil sie Lieferungen als „zivil" deklariert, die tatsächlich militärische Verwendung

finden; und weil alles, was in Kooperation zwischen deutschen und ausländischen Rüstungsfirmen passiert, über die ausländischen Adressen abgewickelt wird und in den Rüstungsexportstatistiken der BRD unerwähnt bleibt. Dies ist bereits unter der Schmidt-Regierung so gewesen: sie hat auf ein Vetorecht gegen Rüstungsexporte aus deutsch-französischer Koproduktion ausdrücklich verzichtet und noch ein halbes Jahr vor dem Machtantritt der Kohl-Regierung Beschränkungen im Rüstungsexport aufgehoben.

Der gerade begonnene Prozeß gegen die Waffenschmiede Rheinmettall, die eine Munitionsabfüllanlage an Paraguay adressiert und an Südafrika geliefert hat, die 1.500 Maschinengewehre an Italien deklariert und an Saudi-Arabien geliefert hat, und die 100 Kanonen an Spanien deklariert und an Argentinien geliefert hat, läßt im übrigen erahnen, daß bei den Geschäften im Rüstungsexport Dinge ablaufen, deren Bedeutung den Flick-Skandal noch bei weitem überschreitet.

Zu den Tatsachen, die bekannt wurden:

— Im Iran wird das G3-Gewehr der deutschen Firma Heckler & Koch in Lizens in einer Fertigungsanlage produziert, die von der bundeseigenen Firma Fritz Werner noch zu Schah-Zeiten errichtet wurde.
— Thyssen-Henschel ist an Entwicklung und Produktion des argentinischen TAM-Panzers beteiligt, der u.a. in den Iran geliefert wird.
— Über den Hafen in Bremen wurden u.a. Panzertransporter mit Zugmaschinen von Daimler-Benz und 90-to-Aufliegern von Titan Kässbohrer an die iranischen Pasdaran geliefert; alles natooliv gestrichen.
— Näherungszünder für die französischen Exocet-Raketen, die an den Irak geliefert wurden, kommen von MBB.
— 1982 erhielt die irakische Armee von der AEG/Westberlin 1.000 Funkempfänger des Typs E 6862.
— Die Erdkampfflugzeuge Alpha-Jet, von denen der Irak 1981 30 Stück über Frankreich erhielt, werden gemeinsam von Dassault und Dornier hergestellt. Ebenso kommen die Panzerabwehrwaffen Hot und Milan und das Flugabwehrraketensystem Roland aus deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion.
— 24 Kampfhubschrauber BO-105 von MBB wurden mit Bestandteilen aus der BRD von der MBB-Kooperationsfirma Casa in Spanien montiert und an den Irak geliefert. Über Österreich wurden 6 MBB-Hubschrauber BK-117 von MBB in den Irak geliefert, nachdem sie zuvor in Augsburg trotz angeblich „ziviler Version" mit Militärelektronik ausgestattet wurden.

Auch diese Liste ist nicht vollständig. Der vermutlich größte Teil direkter bundesdeutscher Kriegsunterstützung im Golf besteht in der Lieferung von unterschiedlichen Transportfahrzeugen. Von 1981 bis heute sind aus der Bundesrepublik für mehr als 6,3 Mrd. DM Fahrzeuge an den Irak und für mehr als 6,1 Mrd. DM Fahrzeuge an den Iran geliefert worden. Das weitaus meiste davon sind alle Arten schwerer Lastkraftwagen und Sattelzugmaschinen, wobei bis 1982 hauptsächlich der Irak und nach 1983 hauptsächlich der Iran beliefert wurde. Auf beiden Seiten des Krieges werden Soldaten von Daimler-Benz und MAN ins gegenseitige Morden gefahren.

Der niederländische Abgeordnete van den Bergh hat in einem Bericht an die Parlamentarische Versammlung des Europarats geschrieben, daß von westeuropäischer Seite her die Bundesrepublik die besten Einflußmöglichkeiten

Europarats geschrieben, daß von westeuropäischer Seite her die Bundesrepublik die besten Einflußmöglichkeiten

gegenüber dem Iran, und Frankreich die besten Einflußmöglichkeiten gegenüber dem Irak hätte. Tatsache ist, daß das Exportvolumen der Bundesrepublik in den Iran 1983 bereits die BRD-Exporte zu Zeiten des Schah-Regimes überschritten hat. Der Krieg stört nicht, er scheint sogar zu nützen: die deutsche Industrie macht hervorragende Gewinne. Aufregung kommt nur da und nur dann auf, wenn Öllieferungen aus der Region beeinträchtigt werden oder die kriegführenden Staaten wegen ihrer hohen Kriegskosten in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Das Sterben von mittlerweile mehr als 1 Million Iranern und Irakern am Golf läßt dagegen gleichgültig.

Wir wollen diese Gleichgültigkeit, das Verschweigen der internationalen Mittäterschaft an diesem Krieg und die dahinter stehenden Interessen durchbrechen.

Wir fordern die sofortige Einstellung jeglicher direkten und indirekten Lieferung von Waffen und anderen kriegsverwendbaren Gütern an Iran und Irak.

Wir fordern die Bundesregierung darüber hinaus auf, endlich die wenigen Ansätze von Friedensbemühungen, die es aus der Dritten Welt gegenüber diesem Krieg gibt, mit eigenen Initiativen zu unterstützen, statt sich bei Besuchen in Teheran und Bagdad um bessere Kriegsgewinne für die bundesdeutsche Industrie zu kümmern.

Noch etwas zum Schluß: auch die Friedensbewegung in der Bundesrepublik hat dem real existierenden Krieg am Golf und der Verantwortung, die auch in diesem Staat dafür liegt, bislang zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Und da ich hier für die Grünen spreche: die Grünen sind von dieser notwendigen Selbstkritik nicht ausgeschlossen. Ich hoffe, daß die Initiative für ein Komitee und eine Kampagne gegen den iranisch-irakischen Krieg, die wir ergriffen haben, in der Friedensbewegung, bei den Grünen und bei anderen Organisationen aktive Unterstützung findet.

Und ein letzter Satz an die iranischen und irakischen Kriegsgegner, die zu dieser Auftaktveranstaltung gekommen sind, und an diejenigen, die nicht gekommen sind: die Initiatoren dieser Kampagne hoffen, daß es euch wie uns gelingen wird, das gemeinsame Interesse an einer breiten Mobilisierung zur Beendigung dieses größten und längsten Krieges, den es zur Zeit auf der Welt gibt, vor allen anderen Problemen in den Vordergrund zu stellen.

Jürgen Reents
Referat auf der Veranstaltung „Der Golfkrieg geht uns alle an" am 17.1.86 in Hamburg/Gewerkschaftshaus



Die französische „Wunderwaffe"

Fortsetzung von Seite 1

Geht Marcos oder kommt das Militär?

Wie kaum ein anderer Herrscher auf der Welt versteht sich Marcos in der hohen Kunst der Machterhaltung. 21 Jahre steht der gelernte Rechtsanwalt schon an der Spitze des Inselreichs und bislang ist es ihm noch immer gelungen, sämtliche innenpolitischen Gegner auszumanövrieren — früher einmal in halbwegs fairen Wahlen durch seine damalige Popularität, danach indessen zunehmend autoritärer mit Tricks, Fälschungen und Gewalt. Und nichts läßt darauf schließen, daß es diesmal anders sein wird. Bisher sind über 30 Todesopfer auf Seiten der Opposition im Wahlkampf bekannt geworden. Hinzu kommen noch über 35 Tote am Wahltag selbst.

Marcos hat rechtzeitig dafür gesorgt, die Wahlen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Bereits im letzten Jahr hat er die staatliche Wahlkommission (Comelec) mit engen Vertrauten besetzt. Mit dem uneingeschränkten Zugriff auf die Staatskasse und dem Geld seiner Günstlinge steht Marcos ein beträchtliches Budget zur Verfügung, mit dem sich eine Vielzahl von Stimmen kaufen läßt. Es gab wieder Städte, die mehr Wähler als Einwohner haben. Auch war für genügend Ersatzurnen gesorgt worden, falls sich in einigen die falschen Stimmen befinden sollten. Die größten Manipulationsmöglichkeiten bieten sich allerdings bei der direkten Stimmenauszählung, die erst in einigen Tagen abgeschlossen sein wird. Mit der Kontrolle der wichtigsten Medien des Landes besaß Marcos einen weiteren, entscheidenden Vorteil gegenüber der Opposition.

Einigung der Opposition in letzter Minute

Ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen sind dagegen recht widersprüchlich. Auf der einen Seite fordert sie einen wirtschaftlichen Neubeginn, durch den die Arbeitslosigkeit eingeschränkt und die Lage der Landbevölkerung verbessert werden soll, indem die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Ausland reduziert wird. Auf der anderen Seite will sie den Spielraum für die in- und ausländische Privatwirtschaft erhöhen, der sie die zentrale Rolle bei der Entwicklung des Landes einräumt. Die ungerechte Einkommensverteilung will sie mit einem Appell an das soziale Verantwortungsbewußtsein der Privatwirtschaft ausgleichen. Es darf sich dann auch niemand wundern, daß sie hofft, daß das internationale Finanzkapital ihrem Land künftig günstigere Rückzahlungskonditionen einräumt.

Die Linke boykottiert die Wahlen

Bereits am 23.Dezember hatte die verbotene *kommunistische Partei der Philippinen (CPP)* einen Boykott der Präsidentschaftswahlen am 7.Februar beschlossen. Die in der *Nationalen Demokratischen Front (NDF)* zusammengeschlossenen verbotenen Frontorganisationen schlossen sich ebenfalls dem Boykottaufruf an. (2) Ein Sprecher der CPP erklärte, er sei zuversichtlich, daß das vom US-Imperialismus unterstützte Marcos Regime durch den Volkskrieg des philippinischen Volkes und nicht durch Wahlen gestürzt werde.

Das legale, linke Bündnis *Bayan* (Volk) hatte am 28.November drei Minimalbedingungen für eine Teilnahme an den Wahlen beschlossen:

— Marcos muß vor den Wahlen zurücktreten.

— Die unter dem Kriegsrecht suspendierten Habeas Corpus-Rechte müssen wieder eingesetzt und die Preventive Detention Action (Möglichkeit der uneingeschränkten Vorbeugehaft) abgeschafft werden.

— Verknüpfung der Präsidentschaftswahlen mit den Kommunalwahlen.

Nachdem weder Marcos die Forderungen akzeptierte noch die bürgerliche Opposition die Forderungen als Bedingung für eine Teilnahme an den Wahlen stellte, entschloß sich am 8.Januar auch Bayan zu einem Boykott der Wahlen. Für Bayan war zudem entscheidend gewesen, daß Cory Aquino weder die Forderung nach Abbau der US-Basen noch nach Umverteilung des Landes an die, die es bebauen, mit in ihr Programm aufgenommen hatte, ebensowenig wie die Forderungen einer allgemeinen Amnestie für politische Gefangene und die Legalisierung verbotener Organisationen wie der CPP.

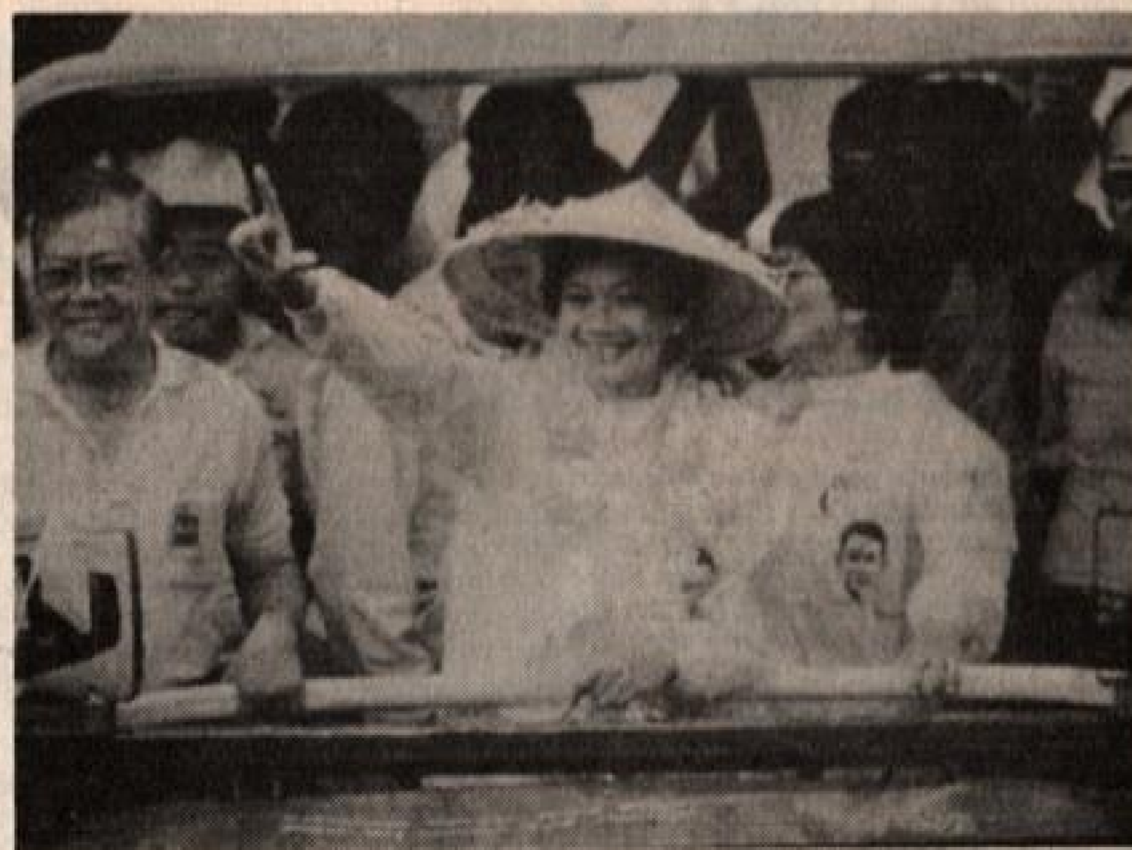
Da eine Reihe von NDF-Mitgliedern auch bei Bayan mitarbeiten, ist davon auszugehen, daß der beschlossene Boykott der Linken auf einem gemeinsamen Diskussionsprozess beruht. Der Unterschied zwischen beiden Organisationen liegt darin, daß Bayan Gewalt ablehnt und daher legal arbeiten kann, während bei der NDF mit der *Neuen Volksarmee (NPA)* die am schnellsten wachsende Guerilla der Welt mitarbeitet.

Ein weiterer Grund für die Skepsis der Linken gegenüber dem bürgerlichen Duo Aquino/Laurel mag in dessen sozialer Herkunft liegen. Über den US-Freund und Großgrundbesitzer Laurel wurde schon einiges berichtet. Aber auch Cory Aquino gehört zu dieser Clique. Ihr Vetter Eduardo Cojuangco ist einer der einflußreichsten Geschäftsmänner der Philippinen und gehört zu den Marcos-Günstlingen, die hauptsächlich durch Korruption und Vetternwirtschaft zu Reichtum gelangt sind. Aquino und Laurel sind Vertreter der städtischen Eliten und man darf annehmen, daß sie dieselben Interessen, die bisher vom Marcos-Regime gewahrt wurden, vertreten werden. Böse Zungen sagen gar, daß dieser Teil der Bourgeosie in den letzten Jahren kaum Gelegenheit hatte, sich zu bereichern, und nun selbst an die Futtertröge will.

Für die städtischen Armen, die auf den Müllhalden von Manila leben, und die Landbevölkerung wird es kaum einen Unterschied machen, wer die Wahl gewinnt. Veränderungen, die der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kommen, sind nur mit der Linken um Bayan und der NDF zu erreichen.

Den USA hingegen würde ein Wahlsieg von Aquino/Laurel nicht ungelegen kommen. Laurel hat bei seinen Reisen in die USA mehrfach bewiesen, daß er in der Anbiederung an den US-Imperialismus Marcos durchaus ebenbürtig ist. Mit einem Wahlsieg von Aquino/ Laurel würden die USA den Makel abstreifen, ein diktatorisches Regime zu unterstützen, was darauf hinausliefe die Legimitation zurückzugewinnen, die Guerilla auch weiterhin zu bekämpfen. Ob Marcos sich allerdings solchen Einsichten beugen wird, ist mehr als zweifelhaft. Alles deutet darauf hin, daß er bis zum bitteren Ende weiter regieren wird.

Ks., Internationalismus-Kommission (HH)


Corazon Aquino: L-Zeichen für den Kampf gegen die Marcos-Diktatur

Anmerkungen:

1.) So der liberale Jovito Salonga, zitiert nach: SZ,19.11.1985

2.) Neben der CPP und der NPA gehören noch die Christen für nationale Befreiung (CNL), die Patriotische Jugend (KM) und eine Reihe von Vereinigungen der Arbeiter, Bauern, Lehrer und Arbeitern des Gesundheitswesens zur NDF.

Philippinen:

Was vertritt die Opposition?

Über die politischen Zielsetzungen von Cory Aquino und der UNIDO

Von Rainer Werning

Als Gegenspieler von Präsident Marcos und seinem designierten Vize, Arturo Tolentino, tritt mit Cory Aquino und Salvador Laurel ein Gespann an, dem selbst bei einem Sieg der auf den 7. Februar vorgezogenen Präsidentschaftswahlen keine Alternative zuzutrauen ist.

Die linke Opposition — vornehmlich die Nationale Demokratische Opposition und die seit knapp einem Jahr bestehende Neue Patriotische Allianz (BAYAN) — boykottiert die Wahl. Der folgende Beitrag vermittelt einen Einblick in das schillernde Spektrum der — im Gegensatz zur NDF — nicht verbotenen Opposition.

Zu einem politischen Poker gestaltete sich die Frage, wer denn nun gegen Maros antritt. Die US-freundliche **UNIDO** (Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation) hatte bereits im Juni ihren Vorsitzenden **Salvador Laurel** zum Präsidentschaftskandidaten ernannt. Der 57-jährige Laurel, der schon lange darauf brennt Präsident zu werden, verfügt als einziger Kandidat der bürgerlichen Opposition über eine effektive landesweite Organisation. Doch der Sproß einer Großgrundbesitzerfamilie, dessen Vater unter der japanischen Besatzung bereits Präsident der Philippinen war, gilt vielen Filipinos als Vertreter der alten Oligarchie, die in der Zeit vor Marcos um die politische Macht im Staate schacherte. Die Laurels waren es auch, die 1965 Marcos von der Liberalen Partei abwarben und zum Präsidentschaftskandidaten aufbauten, weil sie damals noch zu sehr mit dem Makel der Kollaboration mit der japanischen Besatzungsmacht behaftet waren. So ist es kein Wunder, daß kaum jemand den weit verbreiteten Wunsch nach politischem Wandel mit dem Namen Laurel verbindet, schließlich waren Laurel und Marcos bis 1979 noch Parteifreunde.

Die bürgerliche Opposition zu einigen, dazu bedurfte es einer moralisch integeren Instanz, wie sie am besten die politisch bis dato nicht in Erscheinung getretene **Corazon „Cory" Aquino** darstellt. Viele, die gerne selbst kandidiert hätten, unterstützten Cory Aquino, die Witwe des ermordeten Oppositionspolitikers Benigno Aquino, weil sie „ein Symbol für eine saubere Führerschaft ist und die gespaltene Nation wieder einigen könnte". (1)

Eine Stunde vor Ablauf der Frist für die offizielle Anmeldung der Bewerbungen für die Präsidentschaftswahlen einigten sich schließlich Laurel und Cory Aquino auf eine gemeinsame Kandidatur für die UNIDO mit Cory Aquino als Präsidentschaftskandidatin und Laurel als ihrem Stellvertreter.

Das Programm der Opposition

Wer geglaubt hatte, daß das Duo Aquino/Laurel mit einem ausformulierten Programm in den Wahlkampf ziehen würde, der sah sich getäuscht. Hinter ihrem „Kreuzzug für Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit" verbirgt sich ein ziemlich unverbindliches Programm. Cory Aquino kündigte zwar an, daß sie nach einem Wahlsieg Marcos wegen seiner Verbrechen vor Gericht stellen wolle, darüber hinaus wollte sie sich allerdings nicht festlegen lassen. Zu den US-Stützpunkten auf den Philippinen sagte sie, daß sie diese mindestens bis zum Auslaufen der Verträge im Jahr 1991 beibehalten würde.

Das bürgerliche Oppositionslager

Den größten bürgerlichen Oppositionsblock stellt die 1979 aus einem Dutzend Parteien und Regionalgruppierungen hervorgegangene Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation (UNIDO). Ihr gehören u.a. die stärksten Fraktionen der beiden bereits vor dem Kriegsrecht bestandenen Parteien (der Nacionalista und Liberal Party) an, deren Präsidentschaftskandidaten in stetem Wechsel im Malacanang-Palast in Manila regierten. Mitbegründer und Führer der UNIDO-Sammlungsbewegung ist der ehemalige Senator und Parlamentsabgeordnete **Salvador „Doy" Laurel**. Er ist Eigner mehrerer Großunternehmen — darunter auch der Philippine Banking Corporation —, und seine Familie unterhält traditionell gleichermaßen enge Kontakte zu Japan (wo einige der Laurels ihre Hochschulausbildung genossen) und den USA.

„Faire Wahlen" und eine nach Marcos neuerlich zu schaffende Präsidialverfassung nach US-amerikanischem Muster sind die Hauptanliegen der UNIDO. Reformen sollen die repressiven Züge der Marcos Herrschaft beseitigen. Die politischen und wirtschaftlichen Strukturen indes gilt es, in „Freundschaft und Zusammenarbeit mit den USA" unangetastet zu lassen. Auch die US-Basen werden von der UNIDO im Gegensatz zur NDF und den fortschrittlichen Nationalisten nicht als „Dolch im Rücken des Volkes" empfunden.

Einige der in der UNIDO zusammengeschlossenen Gruppierungen haben seit 1984 — vor allem im Vorfeld der Parlamentswahlen im Mai — eigene Wege beschritten. Teilweise schlossen sie sich dem liberalen Oppositionslager an. Darunter fallen z.B. die Philippinische Demokratische Partei — Stärke des Volkes (PDP) — Lakas nq Bayan, kurz: PDP-Laban) unter Führung von regional populären Marcos—Kritikern wie Aquilino Pimental und der von Jovito Salonga, Abraham Sarmiento und Expräsident Diosdado Macapagal geführte Flügel der Liberalen Partei.

Gegen den auf Drängen Laurels geschaffenen Nationalen Vereinigungsrat (NUC), der am 10. März 1985 eine nationale Einigungs-Konferenz durchführte, meldeten letztgenannte Politiker starke Vorbehalte an. Laurel, so ihre Kritik, bediene sich des NUC für werbewirksame Soloauftritte. Mit der Reagan-Administration ist Laurel auf Tuchfühlung und bemüht sich verstärkt um internationale Aufwertung. Washingtons Botschafter in Manila, Stephen Bosworth, hat seinerseits mehrfach demonstrativ mit UNIDO-Politikern konferiert und damit vor allem das Interesse des US-Außenministeriums unterstrichen, aus den UNIDO-Reihen einen „geeigneten" — d.h. „gemäßigten", ihm genehmen — Marcos-Nachfolger aufzubauen. Laurel kann mit US-amerikanischer Hilfestellung rechnen, ist er bzw. die UNIDO doch eine der Trumpfkarten Washingtons zur Beendigung der Krise. In Verbindung nämlich mit dem auf Effizienz und erhöhte Durchschlagskraft erpichten Zögling der renommierten West-Point-Militärakademie, Generalleutnant Fidel Ramos, und dem in internationalen Bank- und Geschäftskreisen wegen seiner Unbestechlichkeit geschätzten Premier- und Finanzminister, Cesar Virata, könnten Aquino Laurel der Part des Gewährsmannes in einem „geordneten" Nach-Marcos-Szenario zufallen. Der UNIDO dürfte es schwer fallen, für die von Marcos nicht prinzipiell abweichende Politik eine soziale Basis zu finden.

Seit Herbst 1983 ist auch Agapito „Butz" Aquino, Bruder des Ermordeten, ins Rampenlicht der Politik getreten. Sich selbst und die von ihm geführte ‚ATOM (Bewegung des 21. August), benannt nach dem Datum der Ermordung seines Bruders Benigno betrachtet er als zum liberalen Oppositionsblock zugehörig. Dies geschah zum einen in Abgrenzung zu der auf traditionelle Parteipolitik und -manöver fixierten konservativen Opposition (UNIDO) und richtete sich andererseits gegen das antiimperialistisch ausgerichtete, militante, aber gewaltlose Aktionen befürwortende nationaldemokratische Oppositionslager.

Ab Sommer 1985 jedoch entfremdete sich Butz Aquino immer mehr seiner eigenen Organisation und optiert seitdem nur noch für ein bedingtes Zusammengehen mit jenen zahlreichen Organisationen und Gruppen, die das sog. „Parlament der Straße" bilden.

Ein Teil der ursprünglich aus Geschäftsleuten und gutsituierten Angestellten bestehenden ATOM verfocht eine zunehmend „gemäßigte" politische Haltung, während ihr aus Arbeitern und Studenten gebildeter Flügel für ein klares antidiktatorisches und antiimperialistisches Vorgehen plädierte. Als schließlich Aquino und weitere ATOM-Führer dem 1. Nationalkongreß der ATOM Ende Juli 1985 fernblieben und damit nicht einmal 200 Delegierte zusammenhalten konnten, ging er zu der „außerparlamentarischen" Opposition auf Distanz. Gemeinsam mit dem Jesuitenpater José Blanco sieht Aquino heute in der von ihnen beiden gegründeten Bandila-Organisation ein Instrument zur Verwirklichung eines Gesellschaftsideals „jenseits von Diktatur und Kommunismus".

Das fortschrittliche Lager und die „cause oriented groups"

Worin nun unterscheiden sich die liberalen von den nationaldemokratischen Oppositionellen; woraus rekrutieren sie sich? Die Liberalen eint das Bemühen, die Demokratie durch Rückkehr zur Verfassung von 1935 (noch unter US-Kolonialherrschaft geschaffen) und mittels Bildung einer provisorischen Übergangsregierung mit patriotischer Ausrichtung herzustellen. Die US-Basen sehen die Liberalen als Bedrohung an und propagieren ihre Beseitigung. Zurückgedrängt werden soll auch die Dominanz internationaler Institutionen wie der IWF-Weltbank-Gruppe. Sind sie sich in einer dem sog. japanischen Weg vergleichbaren kapitalistischen Umgestaltung des Landes einig, so bleibt ihre Haltung gegenüber einer umwälzenden, die Feudalstrukturen auf dem Lande sprengenden Agrarreform schillernd, was u.a. Ausfluß bestimmter Grundbesitzerinteressen ist.

Demgegenüber vertreten die nationaldemokratischen Oppositionellen folgende Ziele: Beseitigung der „US-Marcos-Diktatur", Aufkündigung aller ungleichen Verträge und Abmachungen mit ausländischen (vorwiegend amerikanischen und japanischen) Kapitalgebern und tiefgreifende Land- und Agrarreformen, die durch das politische Instrument einer demokratischen Koalitionsregierung gewährleistet werden sollen. Demokratische Koalitionsregierung — d.h. Teilung der politischen Macht unter jenen Gruppen, Organisationen und Parteien, deren vorrangiges Ziel eine strukturelle soziale und wirtschaftspolitische Umgestaltung bildet und die sich dafür einsetzen bzw. diese Anliegen unterstützen. Volksdemokratie also und kein reiner politischer Elitentausch!

Die nationaldemokratischen Oppositionellen propagieren nicht wie die NDF den bewaffneten Guerillakrieg, lehnen diesen aufgrund von Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung (vor allem Bauern) seitens der Regierungstruppen aber nicht kategorisch ab. In der Verquickung von legalen mit illegalen, militanten wie gewaltlosen Aktionen (Hungermärsche, Protestumzüge, Straßentheater u. dergl.) sehen sie notwendige Schritte, um das Regime mit vielfältigen Methoden in die Knie zu zwingen.

Zu diesm Oppositionsspektrum zählen die zahlreichen sog. cause oriented groups — also auf strukturelle Veränderungen zielende Gruppen: z.B. Vereinigungen von Bauern (AMGL), Rechtsanwälten (MABIN I), Studenten (LFS), Lehrern (ACT), Gesundheitsarbeitern (HEAD), Atomwaffengegnern (NFPC), Bürgerrechtsorganisationen wie TFD und KAPATID sowie kirchliche Verbände. Ergänzt werden diese sektoralen Organisationen durch ein Netz regional verankerter Gruppierungen.

Fortsetzung auf Seite 31

Sag mir, wo die Nelken sind

Zwischenbilanz im Prozeß gegen Otelo de Carvalho und 73 Mitangeklagte

Seit Anfang Oktober findet vor einem Lissaboner Gericht im Vorort Monsanto unter Hochsicherheitsbedingungen ein Prozeß gegen 74 angebliche Mitglieder der „Volkskräfte des 25. April" (FP 25) statt. Die FP 25 zeichneten seit Ende 1979 für zahlreiche militante Aktionen gegen Unternehmer, Großgrundbesitzer und Polizei verantwortlich. Von den 74 Angeklagten hat sich indessen nur ein einziger als Mitglied der FP 25 bezeichnet. Es scheint der portugiesischen Justiz im Monsanto-Prozeß vordringlich um eine Abrechnung mit der in der „Nelkenrevolution" von 1974 erstarkten revolutionären Linken zu gehen.

Bei dem hier abgedruckten Artikel handelt es sich um einen Nachdruck aus der „WOZ", vom 10.1.86, einer linken schweizerischen Wochenzeitung.

Von Res Strehle

Nach rund vierzig Sitzungstagen wurde der Strafprozeß in Monsanto (Lissabon) gegen 74 angebliche Mitglieder der FP 25 über Weihnachten/Neujahr unterbrochen. Ein erster Anlauf zur Prozeßaufnahme war Mitte Juli gescheitert. *José Manuel Barradas*, ein 34jähriger Schlosser, war wenige Tage zuvor in seinem Auto an der Costa da Caparica in der Nähe Lissabons von sieben Schüssen getroffen worden und lag gelähmt in einem Lissaboner Krankenhaus. Barradas war als „reuemütiges" ehemaliges Mitglied der FP 25 von der Anklage als Kronzeuge gegen die 74 Angeklagten im Glaskäfig vor den Schranken des Gerichtes der Lissaboner Vorortgemeinde Monsanto aufgebaut worden. Nun wollte Gerichtspräsident *Adelino Salvado*, der — ein rechtsstaatliches Novum — auch die rund 200-seitige Anklageschrift gleich selbst unterschrieben hatte, erst die Entwicklung des Gesundheitszustandes von Barradas abwarten. Barradas starb Mitte August, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Am 7. Oktober, einen Tag nach den Parlamentswahlen, aus denen die modernen Technokratenparteien von *Cavaco da Silva* (PSD) und Staatspräsident *Ramalho Eanes* (PRD) als Sieger hervorgingen, kam es zur Wiederaufnahme des Prozesses. Gleich zu Beginn gab es für die zahlreichen Pressebeobachter eine Überraschung: *Otelo Saraiva de Carvalho*, als Ex-Oberstleutnant, Präsidentschaftskandidat und Symbolfigur des 74er Putsches von besonderem Interesse für Justiz und Presse, zeigte sich unverhofft gesprächig und disputierte mit Gerichtspräsident Salvado über Demokratie und Faschismus. Otelo, inzwischen 49jährig, war als einstiger Organisator des Putsches und Kommandant der 1974 neu gebildeten Sondereinsatzgruppe COPCON zu einer Symbolfigur des linken Militärflügels geworden. Die COPCON hatte Enteignungen von Ländereien unterstützt, Demonstrationen vor polizeilichen Eingriffen geschützt, Waffen an die Bevölkerung verteilt und die Diskussion in die Kasernen getragen. Nach dem gescheiterten Versuch des Fallschirmspringer-Detachements von Tancos, am 25. November 1975 der Revolution endgültig zum Durchbruch zu verhelfen, begann in Portugal die Stunde der Restauration. Otelo, wiewohl er den Vorstoß von Tancos nicht unterstützt hatte, wurde während vierzig Tagen inhaftiert und vom COPCON-Kommando enthoben. Die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1976 brachten den rechten Militärtechnokraten Eanes an die Spitze, auf Rang zwei mit rund 800.000 Stimmen (immerhin 16 Prozent) lag der aus der Haft entlassene Otelo. Nun schien der politische Stern Otelos zu erlöschen. Nachdem er an den 80er Präsidentschaftswahlen noch ganze 1,5 Prozent der Stimmen erhielt, beschränkte sich der bekannteste übriggebliebene Exponent der Bewegung der Capitanes, zivil fortan aufs Privatisieren — und Tagebuchschreiben.



Otelo de Carvalho, 1976

O wie OSCAR

Genau über diese Tagebücher wurde in den ersten Prozeßwochen von Monsanto verhandelt. Otelo war zusammen mit weiteren 41 Aktivisten im Umfeld der legalen *„Vereinigten Volksfront"* (FUP) am 20. Juni 1984 von zivilen Beamten der Justizpolizei verhaftet worden und ist seither in Haft. Bei einer Hausdurchsuchung waren von der Justiz zwei Hefte mit handschriftlichen Aufzeichnungen Otelos aus den Jahren 1982-84 sichergestellt worden. Otelo hatte darin minutiös Sitzungen und Termine aufgezeichnet, sowie — was ihm die Justiz nun hauptsächlich vorwirft — seine Vorstellungen künftiger linker Politik in Portugal als Modell eines *„Projecto Global"* (vgl. Kasten).

Anklage und Strategie des Gerichts von Monsanto basieren nun darauf, Otelos „Projecto Global" mit der real existierenden Struktur der militanten Linken in Portugal gleichzusetzen. Was in den Tagebüchern als *„politische Massenorganisation"* beschrieben wird, wäre demnach die *FUP*; was als *„militärisch-zivile Struktur"* beschrieben wird, wäre die *FP 25*; was als *„Faktor Kaserne"* skizziert wird, müßte an der linken *Kasernenbewegung von 1974/75* anknüpfen. Kopf der revolutionären Theorie und Praxis wäre — darauf stützt die Justiz ihre Anklage auf Gründung und Leitung einer terroristischen Vereinigung — schließlich, was in den Tagebüchern als *O* oder *OSCAR* (für *O*telo *S*araiva de *Car*valho) chiffriert wird.

Das Konstrukt der Justiz steht freilich auf schwachen Füßen. Die FP 25 haben mehrfach darauf hingewiesen, daß Otelo mit ihnen nichts zu tun hat. Otelo selber hatte an den Sessionstagen im Oktober sehr ausführlich versucht, dem Gerichtspräsidenten das „Projecto Global" darzulegen. Das Projekt war demnach nichts weiter, als die Skizze einer künftigen geplanten Organisationsstruktur, die im Falle einer Rückkehr Portugals zum Faschismus wirksam geworden wäre. Otelo wollte auf Rückfragen des Gerichtspräsidenten immerhin nicht ausschließen, daß die von ihm skizzierte militärisch-zivile Struktur von den FP 25 — ohne seine Kenntnis — unterwandert und verfrüht aktualisiert worden war.

Konkrete Indizien gegen Carvalho gibt es keine, außer den von der Justiz nach italienischem Vorbild aufgebauten *„Arrependidos"*. Nach dem Tod von Barradas sind ihrer vier verblieben, die bei Prozeßbeginn in einem gesonderten Panzerglaskäfig isoliert wurden und seither unter Polizeischutz, der selbst Staatsoberhäupter neidisch machen würde, in der Polizeikaserne wohnen. Prominentester untr ihnen ist *Macedo Correia*, ein 31jähriger Elektronikingenieur und ehemaliger Verantwortlicher eines Operationskommandos der FP 25. Macedo hat angekündigt, *„alles zu erzählen"* und das an den Gerichtstagen im Dezember ausführlichst getan. Macedo geht es insbesondere darum, die internationalen Beziehungen der FP 25 offenzulegen, und er hat dabei die abenteuerliche These einer internationalen Terrorachse Libyen — ETA — IRA — FP 25 aufgefrischt, nicht ohne auch noch den französischen Staatspräsidenten *Francois Mitterrand* als Bürge eines geplanten Putsches in Zaire zu belasten (!). Er will außerdem Otelo an einer Sitzung im April 1984 unter einer schwarzen Kapuze mit der Nummer 7 ausgemacht haben. Macedo ist freilich außerhalb der Anklage wenig glaubwürdig. Er scheint seinem Übernamen *„Der Poet"*, der ihm nach seinen autobiographischen Veröffentlichungen *„Cinzas de um tempo perdido"* (*„Asche einer verlorenen Zeit")* angehängt wurde, auch im Gefängnis gerecht werden zu wollen.

Otelo hat auf die Ausführungen Macedos eher ungehalten reagiert und erst mal sein eigenes Buchprojekt über das „Projecto Global", das in demselben Verlag (Lyon de Castro) hätte erscheinen sollen, zurückgezogen. Er hat seine eigenen Ausführungen vor Gericht aus Solidarität mit dem Hungerstreik von 23 Mitangeklagten anfangs November unterbrochen und seit dem Abbruch noch nicht entschieden, ob er sich noch einmal zu äußern gedenkt. Die Mitangeklagten waren aus Protest in den Hungerstreik getreten, nachdem die Haftbedingungen im Anschluß an einen geglückten Ausbruch von zehn Angeklagten im September massiv verschärft worden waren (23 Stunden totalisoliert in der Zelle, nur noch Besuche von Verwandten ersten Grades, Beschränkungen im Verteidigerverkehr).

Durchgriff auf legale Linke, Verteidigung und Medien

Kennzeichen des vermutlich noch Monate dauernden Prozesses von Monsanto scheint der Durchgriff auf die seit dem 74er Putsch verbliebene legale linke Struktur zu werden. Es geht weniger um einen Schlag gegen die *FP 25*, wie das der Öffentlichkeit glaubhaft gemacht wird. Einige Mitglieder der FP 25 wurden bereits in einem früheren Prozeß zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die meisten sind nach wie vor untergetaucht und bewiesen gerade im Vergangenen Jahr unangetastete Aktionsfähigkeit (vgl. Kasten). Von den Angeklagten in Monsanto hat sich ein einziger als Mitglied der FP 25 bezeichnet. 36 der noch inhaftierten 44 Angeklagten sind demgegenüber Mitglieder der legalen *FUP*, die Ende der siebziger Jahre mit dem Ziel gegründet worden war, die revolutionäre Linke zu vereinigen und sich der legalen politischen Arbeit widmen will (vgl. Kasten). Die FUP beabsichtigte ursprünglich auch, sich an den Wahlen vom vergangenen Oktober zu beteiligen, zog sich dann aber nach der Dezimierung durch die Justiz zurück.

Folgerichtig erstreckt sich der Durchgriff der Justiz jetzt auch auf andere legale Sektoren, insbesondere auf Verteidigung und Presse. Sechs Verteidiger wurden bereits in der ersten Prozeßwoche ausgeschlossen, weil sie versucht hatten, während der Verlesung der Anklageschrift offensichtliche Fehler zu korrigieren. *Romeu Francês*, derals Verteidiger Otelos und zweier weiterer Angeklagter bisher sehr zurückhaltend agierte, soll angeklagt werden, weil seine Mandate angeblich aus ille-

Fortsetzung nächste Seite

Otelo und das „Projecto Global"

Otelo Sarvaia de Carvalho, 49 war ein Protagonist des linken Militärputsches vom 25. April 1974 in Portugal. Als einer der radikalsten Offiziere unterstützte er verschiedene soziale Bewegungen durch Agrarreform, Nationalisierung großer Industrien und Banken sowie Selbstverwaltung kleinerer Fabriken. Gleichzeitig unterstützte er auch verschiedene klandestine Organisationen in der Armee mit dem Ziel der Umwandlung in eine Volksarmee.

Am 19. Februar 1976 wurde Otelo erstamls verhaftet und für 44 Tage inhaftiert. Er wurde beschuldigt, für den Putschversuch der linken Fallschirmjäger von Tancos verantwortlich zu sein. In jener Zeit herrschte in Portugal eine prärevolutionäre Situation. Bauarbeiter hatten mit Unterstützung der Spezialeinheit COPCON den Regierungssitz belagert und Regierung und Parlament eingeschlossen, um ihre Lohnforderungen zu bekräftigen. Zahlreiche Großgrundbesitze waren besetzt worden. Die NATO hatte ihre Kriegsschiffe in den Häfen von Lissabon und Porto in Alarmbereitschaft versetzt. Von der rechten Fraktion der Militärs unter Druck gesetzt, versagte Otelo den Fallschirmjägern von Tancos die Unterstützung, ebenso wie auch die PCP *Alvaro Cunhals*, worauf der Putschversuch scheiterte. Daraufhin startete die Rechte mit *Ramalho Eanes* an der Spitze und seinen *„Commandos de amadora"* eine Gegenoffensive, die die Rechtswende ab 1976 einleitete. Ende 1976 wurde Otelo ein zweites Mal verhaftet und für zwanzig Tage inhaftiert, diesmal wegen seiner Kritik an der Regierung.

Zweimal beteiligte sich Otelo an Präsidentschaftswahlen. Das erste Mal erreichte er zwischen den beiden Verhaftungen im Juni 1976 16 Prozent der Stimmen. Unterstützt worden war er von den GDUPS (Grupos dinamizadores de unidad popular), die sich aus verschiedenen linksradikalen Parteien zusammensetzten. Im Jahre 1980 wurde Otelo von der FUP portiert, erreichte indessen nur noch 1,5 Prozent der Stimmen.

Ohne Mitglied der FUP zu sein (Militärs ist Parteizugehörigkeit untersagt) kämpfte Otelo stets für eine Vereinigung der revolutionären Linken in Portugal. Seinem revolutionären Modell gab er den Namen **„Projecto Global"**: Es setzt sich zusammen aus einer bewaffneten **„militärisch-zivilen Struktur" (Estratura Civil Armada, ECA)**, aus einem **„Faktor Kasernen"** sowie aus einer **„politischen Massenorganisation"**. Dieses Projekt soll im Falle eines offenen Faschismus in die Praxis umgesetzt werden.

FUP (Frente Unidad Popular)

Das Projekt einer Front aller revolutionären Kräfte Portugals entstand aus der Notwendigkeit einer Neustrukturierung in den Jahren des radikallinken Widerstands 1977-79. Damals erreichte die Wende in Portugal mit den Schlägen der Polizei gegen die Revolutionäre Partei (PRP) und die Vereinigte Organisation der Arbeiter (OUT) einen Höhepunkt. Um aus der Defensive der Halbillegalität wieder offensiv auszubrechen wurde 1979 die **Frente Unidad Popular (FUP)** gegründet. 1980 wurde die FUP in eine straff strukturierte vereinigte Volksfront umgewandelt. Ohne Probleme erreichte sie ihre Legalisierung und beteiligte sich an den Wahlen von 1980, wo sie *Otelo de Carvalho* als Präsidentschaftskandidat portierte. Die FUP hat ihre Basis vor allem in den Arbeiterquartieren der Industriestädte Setubal und Marinha Grande, aber auch in Lissabon, in der Universitätsstadt Coimbra sowie im agrarischen Alentejo.

Die FUP nimmt aus taktischen Gründen an Wahlen teil, um die Möglichkeit der Massenmedien zu benützen und die Politik der portugiesischen Regierung als faschistisch, korrupt und arbeiterfeindlich zu denunzieren. Das portugiesische Fernsehen hat während der Sendungen mit der FUP eine der höchsten Einschaltquoten ermittelt. Ziele der FUP die Vereinigung der gesamten portugiesischen Linken, die Bewußtseinsarbeit innerhalb der Arbeiterschaft und letztlich die gewaltsame Eroberung der Macht.

Trotz der (taktischen) Wahlbeteiligung will die FUP das Mittel des bewaffneten Kampfes nicht aus der Hand geben, definiert dieses Mittel im Unterschied zu den FP 25 aber ausdrücklich als Mittel der Massen: *„Die FUP hat die revolutionäre Gewalt immer als Gewalt der Massen verteidigt, als kollektive Gewalt. Wo es Repression gibt, gilt es, direkte Gegengewalt anzuwenden. Während die FP 25 eine Politik der selektiven Gewalt praktizieren, verteidigen wir die Gewalt der Massen. Wir können den Arbeitern, die ohne Arbeit sind oder monatelang arbeiten, ohne entsprechend bezahlt zu werden, das Recht nicht nehmen, Supermärkte zu stürmen oder die Chefs zu entführen."*

FP 25

Die **Forcas Populares 25 Aprile** (FP 25) wurden am 20. April 1980 gegründet. Sie verstehen sich als Teil des Klassenkampfes und Fortsetzung dieses Kampfes mit anderen Mitteln vor dem Hintergrund der langen Tradition des bewaffneten antifaschistischen Kampfes in Portugal. So hatte schon die *Vereinigte Linke der Revolutionären Aktion (LUAR)* Mitte der sechziger Jahre den Kampf gegen Portugals Kolonialarmee und die NATO aufgenommen. Zu Beginn der siebziger Jahre nahmen auch die Revolutionären Brigaden den bewaffneten Kampf gegen den Kapitalismus und seinen faschistischen Staat auf. (Zeitweilig gingen in dieser Zeit auch einzelne bewaffnete Aktionen gegen die portugiesische Armee vom militanten Arm der orthodox-kommunistischen PCP aus.) LUAR und Revolutionäre Brigaden lösten sich später in den FP 25 auf.

Revolutionäre Gewalt ist für die FP 25 die Antwort auf die Repression des Staates, die den Arbeitern aufzeigen soll, daß es auch andere Formen des Klassenkampfes gibt. Als Organisation innerhalb der Arbeiterkämpfe suchen die FP 25 keine direkte Konfrontation mit dem Repressionsapparat. Vielmehr geht es darum, die Arbeiterkämpfe bewaffnet zu stärken. Gleichzeitig führen die FP 25 auch den anti-imperialistischen Kampf gegen die Beherrschung Portugals durch die NATO und den US-Imperialismus.

Vor diesem politischen Hintergrund sind die militärischen Aktionen der FP 25 zu verstehen: Erschießung von Unternehmern, Großgrundbesitzern, Aktionen gegen die NATO und Geldbeschaffung. Nach einer Phase der bewaffneten Propaganda schritten die FP 25 in den vergangenen drei Jahren zur operativen Phase:

6.12.82: Erschießung des Unternehmers Monteiro Pereia
19.10.83: Anschlag gegen das Arbeitsministerium
7.2.84: Erbeutung von umgerechnet 2 Mio. Franken in Lissabon
30.4.84: Anschlag gegen einen Großgrundbesitzer
30.5.84: Erschießung des Unternehmers Canha E Sa
1.6.84: Anschlag gegen den Unternehmer Arnaldo Freitas
24.9.84: Anschläge gegen die Häuser von drei Großgrundbesitzern
15.9.84: Anschlag gegen eine Filiale der Bank „Credit franco-portugais"
29.9.84: Anschlag gegen einen Unternehmer in Barcelos
25.11.84: Handgranaten gegen die US-Botschaft in Lissabon
13.1.85: Anschlag gegen einen Richter aus dem Otelo-Prozeß
28.1.85: Mörserangriff gegen NATO-Kriegsschiffe in Lissabon
29.1.85: Anschlag gegen den Unternehmer Cabanelas
1.2.85: Aktion gegen Militärbase in Beja, wo BRD-Militärs übten
11.4.85: Anschlag gegen das Bauamt in Porto
17.7.85: Erschießung des „Arrependidos" Barradas
21.9.85: Gefängnisausbruch von zehn Genossen
12.12.85: Klandestine Pressekonferenz in Lissabon

Insgesamt haben die FP 25 für rund siebzig Aktionen die Verantwortung übernommen. Die Aktivitäten der FP 25 erfolgen nicht isoliert von anderen Formen des Klassenkampfes. Die FP 25 kämpfen für die Zerstörung des kapitalistischen Staates durch eine sozialistische Revolution, die sich in allen Strukturen der Arbeiter durch den langandauernden täglichen Kampf entwickelt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

gal erworbenem Vermögen der FP 25 finanziert würden. Eine weitere Verteidigerin soll angeblich erwischt worden sein, wie sie Sprengstoff in den Gerichtssaal zu schmuggeln versuchte, und wird ebenfalls unter Anklage gestellt. Die rund 30 Verteidiger/innen haben ohnehin einen äußerst schwierigen Stand, nachdem ihr Verkehr mit den Angeklagten strengstens überwacht wird und sie auch während des Prozesses mit den Angeklagten, die hinter ihrem Rücken in einem Glaskäfig sitzen, keinen Kontakt haben. Eine Gruppe von fünf Verteidigern hat sich angesichts dieser Situation zusammengesetzt, um über eine gemeinsame Verteidigungslinie zu diskutieren.

Nach dem 12. Dezember sind nun auch einzelne Medien unter Anklage gestellt worden, weil sie über die geheime Pressekonferenz der FP 25 berichtet hatten. Vermummte Vertreter der FP 25 hatten an diesem Tag mitten in Lissabon eine Pressekonferenz abgehalten, dabei den ,,Arrependido'' Macedo Correia als *,,Exhibitionisten''* und *,,Verräter''* bezeichnet und gleichzeitig Otelo kritisiert, weil sich *,,ein Revolutionär nicht vor einem bürgerlichen Gericht zu rechtfertigen hat''*. Diese Aussage wiederholten die FP 25-Vertreter auch vor den Kameras des staatlichen Senders, was den Verantwortlichen prompt eine Klage eintrug. Der Direktor des Staatlichen Fernsehens wurde inzwischen entlassen.

Nelken verblüht

Der Versuch der Liquidierung der linken Opposition begann sich in Portugal seit einiger Zeit abzuzeichnen. Im Juni 1984 wurde in zweiter Lesung im Parlament von den Regierungsparteien ein neues *Sicherheitsgesetz* durchgebracht, das sich am italienischen, spanischen und bundesdeutschen Vorbild orientiert und als Voraussetzung des EG-Beitritts Portugals bezeichnet wurde. Nach diesem Gesetz dürfen die verfassungsmäßigen Rechte im Falle einer *,,Bedrohung der inneren Sicherheit''* nahezu beliebig außer Kraft gesetzt werden. Es liegt in der Kompetenz des Premierministers (im ersten Entwurf: des Justizministers) und des Polizeichefs, die Überwachung des Briefverkehrs und das Anzapfen von Telefonen anzuordnen. Präventivverhaftungen ohne gerichtliche Vorführung sind während 48 Stunden möglich, wenn starke Hinweise auf ein mögliches Verbrechen vorliegen. Hausdurchsuchungen ohne richterliche Verfügung sind möglich, wenn *,,ein Verbrechen oder ein terroristischer Akt verhindert werden kann''*. Mit diesen Bestimmungen läßt sich praktisch jede polizeiliche Maßnahme decken. Ein oppositioneller Jurist bezeichnete das neue Sicherheitsgesetz denn auch als *,,De facto-Institutionalisierung des Ausnahmezustandes''* (O Jornal, 21.6.84).

möglich, wenn *,,ein Verbrechen oder ein terroristischer Akt verhindert werden kann''*. Mit diesen Bestimmungen läßt sich praktisch jede polizeiliche Maßnahme decken. Ein oppositioneller Jurist bezeichnete das neue Sicherheitsgesetz denn auch als *,,De facto-Institutionalisierung des Ausnahmezustandes''* (O Jornal, 21.6.84).

Ins gleiche Kapitel gehört auch der Wiederaufbau der politischen Polizei, nachdem 1974 als eine der wichtigsten Errungenschaften des Putsches die gefürchtete Geheimpolizei PIDE aufgelöst worden war. Die neu formierte politische Polizei untersteht wie die Kriminalpolizei der Justizpolizei. Sie wird geleitet von einem Generaldirektor und einem beisitzenden Militärdirektor. Ihnen untersteht ein ,,Analyse- und Koordinationszentrum'', von dem aus Untersuchungen, Operationen sowie zwei streng geheime Observationsgruppen geleitet werden.

Die Geschichte Portugals seit 1974 ist ein Beispiel, wie in einem breiten antifaschistischen Bündnis die bürgerliche Konterrevolution angelegt ist. Seit 1975 werden die Errungenschaften der ,,Nelkenrevolution'' von den Exponenten des rechten Bürgertums *(Freitas do Amarals CDS* und *Cavaco das Silvas PSD)*, der Militärtechnokraten *(Eanes' PRD)* und der ,,Sozialisten'' *(Mario Soares' PS)* Stück für Stück demontiert. Die orthodoxen Kommunisten *(Alvaro Cunhals PC)* stehen Gewehr bei Fuß und machen die militante Linke für die Verschärfung der Sicherheitsgesetze verantwortlich. Derweil haben sich die sozialen Bedingungen in Portugal seit 1974 kontinuierlich verschlechtert (Durchschnittseinkommen heute umgerechnet knapp 500 Franken pro Monat, Inflation 20%, Arbeitslosigkeit 11%, Analphabetismus 40%, ,,lateinamerikanische'' Güterverteilung, neue Armut vgl. WoZ Nr. 48/85). Hohe Zeit also auch für die Schweizer Linke, deren Knopflöcher am 1. Mai 1974 Nelken zierten, über die Bücher zu gehen und aus Portugals Geschichte zu lernen. Der Prozeß von Monsanto gegen Otelo und Mitangeklagte, denen Strafen zwischen fünfzehn und fünfundzwanzig Jahren drohen, wäre dazu immerhin eine Gelegenheit.

Von der Revolte zum organisierten Widerstand

Interview mit einem Vertreter der Kommunistischen Partei Südafrikas

Die folgenden Ausführungen sind einem Pressegespräch entnommen, das im Januar in Hamburg stattfand. Essop Pahad ist Mitglied der internationalen Leitung des ANC in Lusaka, Mitglied der SaCP und Mitherausgeber der Zeitschrift ,,African Communist'', einem Periodikum der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SaCP).

Zu Beginn der Pressekonferenz äußerte sich Essop Pahad zur Situation in der Republik Südafrika. Er wies darauf hin, daß der ANC 1986 zum Jahr des ,,Umkhonto we Sizwe'', dem bewaffneten Arm des ANC, erklärt hat. Weiterhin wird ab 1986 der Jahrestag des Aufstandes in Soweto (16.6.1976) als ,,Tag der Jugend'' gefeiert werden. Essop Pahad forderte nochmals eindringlich, daß die Solidaritätsbewegung ihre Anstrengungen erhöht, das Rassistenregime politisch, ökonomisch und sozial zu isolieren. Ausdrücklich betonte er die Rolle von wirtschaftlichen Sanktionen, die ausdrücklich von der südafrikanischen Befreiungsbewegung begrüßt werden. Zu den Bündnispartnern der Befreiungsbewegung Essop Pahad im weiteren:

Wie arbeitet der ANC oder die SaCP mit Leuten wie Bischof Tutu zusammen?

Nun, wir sind eine illegale Organisation, wie bekanntlich auch der ANC gebannt ist. Deshalb kann man schlecht von einer Zusammenarbeit sprechen. Generell gibt es in der christlichen wie in der moslemischen Kirche viele Persönlichkeiten, die den Kampf gegen Apartheid und Rassismus sehr aktiv unterstützen. Die offizielle katholische Kirche hat in den vergangenen Jahren entscheidende Schritte in diese Richtung unternommen, sie veröffentlichte vor einem Jahr eine Anklage gegen die Greulichkeiten der faschistischen Besetzung in Namibia, wegen der Erzbischof D. Hurley verhaftet wurde. Heute geben die Kirchen nicht mehr nur Einschätzungen über die Rolle des Regimes ab, sondern sie werden praktisch tätig um ihrer Opposition gegen den Rassismus einen Effekt zu geben. Die religiösen Menschen können auf grund ihres Glaubens nicht mit dem Rassismus übereinstimmen. Die religiösen Menschen müssen noch mehr zu einem wichtigen Faktor der antirassistischen Front in unserem

mehr nur Einschätzungen über die Rolle des Regimes ab, sondern sie werden praktisch tätig um ihrer Opposition gegen den Rassismus einen Effekt zu geben. Die religiösen Menschen können auf grund ihres Glaubens nicht mit dem Rassismus übereinstimmen. Die religiösen Menschen müssen noch mehr zu einem wichtigen Faktor der antirassistischen Front in unserem

Land werden. Diese Entwicklung findet statt, nehmen wir z.B. die Rolle des ,,South African Council of Churches''. Beachtet werden muß, daß diese Kräfte sich in einem Land bewegen, in dem viele Gesetze ihre Handlungen einschränken, und es ist sehr schnell geschehen, daß man den legalen Rahmen verläßt, dies ist zweifellos eine Gefahr. Aber innerhalb des legalen Rahmens spielen die religiösen Kräfte zweifellos eine sehr wichtige Rolle.

Der spontane Kampf findet seit eineinhalb Jahren auf einem gewissen Niveau statt. Wird dies so weitergehen ...?

Vorsicht! Da muß man etwas unterscheiden. Sicherlich findet ein spontaner Kampf statt. Irgendetwas passiert, und die Menschen gehen auf die Straße. Aber viele Aktionen der jungen Menschen nehmen eine organisierte Form an. Die Tatsache zum Beispiel, daß jede Beerdigung in Südafrika gegenwärtig die Form einer politischen Demonstration annimmt, ist nicht allein ein Produkt der Spontaneität. Die Särge sind in die Fahnen des ANC gehüllt, und auf den Beerdigungen wird die Fahne des ANC geschwungen. Man darf nicht vergessen, daß dies illegal ist. Dafür kann man im Minimum fünf Jahre Gefängis kriegen. Die Fotos von Nelson Mandela werden gezeigt, und manchmal auch die Fahne der SaCP. All dies zeigt, daß dort eine Form der Organisierung stattfindet.

Aber natürlich ist es in Südafrika so wie überall auf der Welt, daß man eine solche Herrschaft nicht steine- oder knüppelwerfenderweise stürzt. Unsere Aufgabe besteht deshalb darin, dem Aufstand der Massen mehr politischen Zusammenhang, mehr Zielrichtung zu geben. Wir müssen eine Situation erreichen, in der unsere Armee Umkhonto we Sizwe in der Lage ist, die Massen gegen den stattfindenden Massenmord zu verteidigen. Das ist der Unterschied zur Gegenwart oder dem vergangenen Jahr: An die Stelle unkoordinierter ohnmächtiger Attacken muß ein organisierter bewaffneter Widerstand treten.

Wir haben heute in Südafrika eine Situation erreicht, in der die Menschen nichts mehr davon abhalten kann, ihre Wut und ihren Groll auf die Straße zu tragen. Die Menschen sind sehr, sehr wütend! Und besonders die Jugend hat absolut die Schnauze voll — und es gibt nichts was sie stoppen wird! Natürlich ist es für solch ein reaktionäres und bösartiges System möglich, hier und da eine Demonstration zu stoppen, aber im Großen und Ganzen sind sie nicht in der Lage derartige Aktivitäten zu verhindern.

Die engere Zusammenarbeit zwischen den organisierten Arbeitern und der Community stellt ebenfalls eine neue Entwicklung dar. In den letzten fünf, sechs Jahren brachte diese Zusammenarbeit eine bisher nicht gekannte Politik: Die Gemeinden unterstützten den Streik, in dem die Waren der entsprechenden Firma nicht mehr gekauft wurden. Zum anderen schlugen die Konsumentenboykotts im letzten Jahr sehr gut ein. Die schwarze Mehrheit entschied, alle weißen Läden in Kapstadt und Port Elisabeth zu boykottieren. Dieser Boykott weitete sich bis Soweto und Pretoria aus. In der östlichen Kapregion mußten nach sechs Monaten Boykott viele weiße Geschäftsleute schließen. Andere Geschäftsleute forderten die Regierung auf, den Forderungen der Boykottbewegung nachzukommen. Das eigentlich neue ist, daß Aktionen nun nicht mehr nur Konsequenzen für die Ausführenden haben — das war schon immer der Fall — sondern direkt die Geschäftswelt schädigen. Da viele weiße Geschäftsleute ca. 80% ,,schwarze'' Kundschaft haben, kann man sich die Ergebnisse ausmalen. Diese Boykotte werden weiter gehen, und all diese Aktionen werden dem Kampf mehr politischen Zusammenhang geben.

Könnt ihr gegenwärtig mehr Menschen im Umkhonto we Sizwe organisieren?

Natürlich kann ich keine Zahlen nennen. Viele junge Menschen verlassen Südafrika um sich Umkhonto we Sizwe anzuschließen, um die praktische militärische Ausbildung zu erhalten die nötig ist, am bewaffneten revolutionären Kampf teilzunehmen. Über kurz

Könnt ihr gegenwärtig mehr Menschen im Umkhonto we Sizwe organisieren?

Natürlich kann ich keine Zahlen nennen. Viele junge Menschen verlassen Südafrika um sich Umkhonto we Sizwe anzuschließen, um die praktische militärische Ausbildung zu erhalten die nötig ist, am bewaffneten revolutionären Kampf teilzunehmen. Über kurz

oder lang muß dieses militärische Training in Südafrika selbst stattfinden. Natürlich gibt dies Probleme, denn Südafrika ist ein hochentwickeltes kapitalistisches Land mit einer weiten städtischen Infrastruktur.

Wird der ANC einwilligen in eine Teilung der Macht zwischen Buthelezi/Slabbert (1) und dem ANC selbst?

Nein, soweit es nach dem Willen des ANC und der SaCP geht wird es keine Teilung der Macht mit Buthelezi geben. Anläßlich des Treffens mit der PFP (2) erklärte der ANC, daß er sich in keiner Weise an der ,,Convention Alliance'' (3) beteiligen werden, schon wegen der Anwesenheit von Buthelezi. Es wird keine Zusammenarbeit mit Buthelezi geben. Buthelezi hat sich selbst als ein Instrument des Rassismus und Imperialismus offenbart. Als Buthelezi seine Arbeit als Präsident in KwaZulu aufnahm, tat er dies nach Diskussionen mit dem ANC. Wir sagten damals zu Buthelezi, er sollte ruhig nach KwaZulu zurückkehren, denn es sei politisch notwendig, auch in den Bantustans demokratische Massenbewegungen aufzubauen. Aber viele Menschen unseres Volkes arbeiteten nicht mit Buthelezi zusammen, wegen des Charakters und der Natur dieser Bantustans. Und so war Buthelezi frei, Inkartha (4) als sein persönliches Instrument zu nutzen. Er nutzte die Farben und Symbole des ANC, in Versammlungen stand er auf und sagte er sei ANC, er haben mit Luthuli, Mandela und Tambo diskutiert.

Er nutzte den ANC um sein Image aufzubauen. Wir haben Buthelezi nicht öffentlich kritisiert, denn wir wollten eine Front so breit wie möglich aufbauen. Buthelezi wurde jetzt sehr feindlich gegen den ANC, er drohte sogar den ANC zu liquidieren. Der militante Arm seiner Inkartha-Partei ist direkt für den Tod einer Reihe von Aktivisten der UDF verantwortlich. So haben wir teilweise die Situation, daß legale UDF-Aktivisten sich nicht vor dem Rassistenregime verstecken müssen, wohl aber vor Buthelezis Partei.

Und Buthelezi als Übergangspuppe, mit Slabbert im Verbund ...?

Das ist eine Option die sie grundsätzlich haben. Vor ein paar Monaten wurde solch ein Gedanke von der englischsprachigen ,,Financial Mail'' in die Debatte geworfen. Dort wurde das Tandem Botha/Buthelezi favorisiert, unter Ausgrenzung der PFP.

Von den imperialistischen Kräften außerhalb Südafrikas wird Buthelezi als dritte Kraft bevorzugt behandelt, zwischen ANC und dem Rassistenregime. Deshalb wird ihm auch von der Presse soviel Wert beigemessen, Reagan empfängt ihn, etc. Sie unterstützen Buthelezi, sodaß er international eine hohe Reputation erhält. Buthelezis Problem ist aber nicht, ob er in Bonn oder Washington abzeptiert ist, sondern wie das Volk in Südafrika über ihn denkt. Und dort ist er nicht akzeptiert. Aber wir sollten dies Problem nicht unterschätzen, der Imperialismus hat viele Möglichkeiten, und man kann mit dem Imperialismus nicht spielen.

Wie schätzt du den Staatsstreich in Le-

ist aber nicht, ob er in Bonn oder Washington abzeptiert ist, sondern wie das Volk in Südafrika über ihn denkt. Und dort ist er nicht akzeptiert. Aber wir sollten dies Problem nicht unterschätzen, der Imperialismus hat viele Möglichkeiten, und man kann mit dem Imperialismus nicht spielen.

Wie schätzt du den Staatsstreich in Lesotho vor zwei Tagen ein?

Zu den jüngsten Ereignissen kann ich nichts sagen, da ich die deutschsprachige Presse nicht lesen kann. Bekanntlich ist es Strategie der südafrikanischen Rassistenrepublik, die Nachbarstaaten ihrem Diktat zu unterwerfen, ob ökonomisch oder militärisch. Nur so ist die Unterstützung der UNITA und der MNR durch die südafrikanische Armee zu verstehen. Vor Jahren traf sich Pik Botha, der Außenminister, mit ein paar Oppositionsführern aus Lesotho, um mit ihnen über den Sturz der Regierung Lesothos zu beraten. 1986 wird das Rassistenregime seine außenpolitische Aggression verstärkt fortsetzen. Unserer Meinung nach sollte die internationale Solidaritätsbewegung mehr Augenmerk auf die Verteidigung der Frontstaaten legen.

Lesotho z.B. ist Mitglied des Commonwealth. Die Rufe der Regierung von Lesotho nach Unterstützung sind jedoch unbeantwortet geblieben. Oder: Die Verbündeten von Bothswana sind die westlichen Staaten. Wir müssen infolgedessen eine Situation schaffen, in der diese Verbündeten gezwungen werden, sich zu verhalten: erstens den Frontstaaten mehr zu helfen, und zweitens der SADCC (5) unter die Arme zu greifen. Die Rassistenrepublik bekommt ihre Kredite, aber SADCC nicht, und so können viele Projekte nicht realisiert werden.



„Wir haben heute in Südafrika eine Situation erreicht, in der die Menschen nichts mehr davon abhalten kann, ihre Wut und ihren Groll auf die Straße zu tragen ..."

Noch einmal zurück zum Kampf in Südafrika selbst. Welche Bedeutung meßt ihr dem Aufbau von COSATU und dem Übertritt der NUM (6) bei?

Dieser ganze Komplex beinhaltet einen der größten Erfolge der jüngsten Zeit. COSATU ist der größte und breiteste Gewerkschaftsdachverband in Südafrika — nicht vergleichbar mit irgendeinem anderen Verband in der Vergangenheit. COSATU repräsentiert die organisierte Arbeiterschaft in den strategischen Bereichen der Industrie. Alle anderen Gewerkschaften, die noch außerhalb stehen, sind aufgefordert dem Verband beizutreten. Auch international gilt es, COSATU zu unterstützen.

SaCP und ANC

Sowohl die Südafrikanische Kommunistische Partei (SaCP) als auch der ANC sind Organisationen im Untergrund. Einen großen Teil ihrer Geschichte verbrachten die beiden Organisationen in einem strategischen Bündnis miteinander, das auch heute noch besteht.

Die vormals sehr starke CUSA ist durch den Übertritt der NUM entschieden geschwächt. Und die Strömungen, die nun noch in CUSA vertreten sind, wollen zur Zeit COSATU nicht beitreten, weil sie die Linie des ,,Non-Racialism'' ablehnen. An diesem Punkt gibt es keinen Kompromiß auf unserer Seite. Die gewerkschaftlichen

Die vormals sehr starke CUSA ist durch den Übertritt der NUM entschieden geschwächt. Und die Strömungen, die nun noch in CUSA vertreten sind, wollen zur Zeit COSATU nicht beitreten, weil sie die Linie des ,,Non-Racialism'' ablehnen. An diesem Punkt gibt es keinen Kompromiß auf unserer Seite. Die gewerkschaftlichen

Strömungen um das Black Consciousness Movement sind aufgrund der Schwäche von CUSA zur Zeit nicht in der Lage, eine Alternative zu COSATU darzustellen. Und es wird nicht leicht für CUSA sein, ihren Mitgliedern zu erklären, warum sie sich nicht der COSATU anschließen. Im Interesse der Arbeiterklasse ist der Platz von CUSA im Verband von COSATU, nicht außerhalb.

Anmerkungen:

1) G. Buthelezi ist Präsident des „Homelands" KwaZulu und Vorsitzender der Inkartha-Partei, die mehrere Hunderttausend Mitglieder umfaßt. Slabbert ist Vorsitzender der „Progessiv Liberal Party" (PFP), eine Partei des südafrikanischen Multi-Chefs Oppenheimer. Die PFP kritisiert die Apartheid-Politik und setzt sich für einen gemäßigten Übergang ein. Im weißen Parlament ist sie nicht mehr als eine Splitterpartei.
2) Ende 1985 fand u.a. ein Treffen zwischen PFP-Abgesandten und dem ANC statt.
3) Die „convention alliance" war ein Projekt eine breite Front gegen das Apartheid-System aufzubauen. Die Front sollte von Buthelezi über die PFP bis zum ANC reichen. Getragen wurde dies Projekt von opportunistischen Kräften der südafrikanischen Befreiungsbewegung. Der ANC äußerte über längere Zeit verhaltene Kritik an diesem Projekt. Als die verschiedenen Spektren der Befreiungsbewegung einsahen, daß eine solche Front nicht herstellbar war, nahm man öffentlich Abstand von diesem Projekt. Kurze Zeit später wedelten Buthelezi und andere ihrerseits aufgeregt mit dem Projekt der „alliance", nachdem sie es jahrelang sabotiert hatten, um die Befreiungsbewegung zu spalten: Reformisten mit hinein, den ANC raushalten.
4) Inkartha-Partei, Chef Buthelezi. Der militante Arm der Inkartha heißt „Impis" nach einer Eliteeinheit aus den Zulu-Kriegen des 19. Jahrhunderts. Anknüpfen an Zulu-Traditionen und Ausspielen derselben gegen andere Parteien und Strömungen ist eine der Grundzüge Buthelezischer Politik.
5) SADCC ist der Wirtschaftsverbund der Frontstaaten.
6) Siehe zu der Frage auch den Artikel über die südafrikanischen unabhängigen Gewerkschaften in dieser Ausgabe.

Südafrika:

Politischer Gewerkschaftsverband gegründet

Ende November 1985 gründeten die wichtigsten nicht-rassischen Gewerkschaften in Südafrika einen neuen Dachverband. Diese Gründung markiert eine neue Etappe im Kampf um die Freiheit in Südafrika: Sowohl die Größe als auch die Einflußmöglichkeiten dieses Verbandes sind einzig in der Geschichte der Republik. Wir entnahmen diesen Artikel „Afric-Asia" vom Januar 1986.

Vier Jahre lang wurde über das Ziel einer Vereinigung der Arbeiter in einem nationalen Verband verhandelt. Jetzt haben die kampfkräftigsten unabhängigen Gewerkschaften Südafrikas die größte Arbeiterorganisation gegründet, die es in der Geschichte dieses Landes jemals gegeben hat. Der „Congress of South African Trade Unions" (COSATU) vertritt fast 600.000 eingeschriebene Mitglieder (davon ca. 450.000 zahlende) aus allen Bereichen der Wirtschaft, geeint in den Prinzipien: Nicht-Rassismus, Arbeiterkontrolle, ein Industriezweig — eine Gewerkschaft und aktive Opposition gegen die Apartheid.

Fast 1.000 Delegierte aus 36 Gewerkschaften versammelten sich Ende November letzten Jahres in Durban, um COSATU ins Leben zu rufen. Im Anschluß an die geheime Wahl des Exekutivkommitees hinter verschlossenen Türen fand eine öffentliche Massenversammlung statt, an der sich 15.000 Arbeiter/innen beteiligten. Die Wahl Durbans als Ort für diese historische Versammlung hatte gleichzeitig eine symbolische wie auch eine praktische Bedeutung. 1973 war von Durban eine Streikwelle unorganisierter Arbeiter ausgegangen, die nach einer harten Phase der Repression in den 50er Jahren den Ausgangspunkt für das Wiedererstarken der — hauptsächlich von Schwarzen getragenen — unabhängigen Gewerkschaftsbewegung war. Die praktische Bedeutung: Durban ist das einzige bedeutende Zentrum, über das bisher noch nicht der Notstand verhängt war.

Zum Präsidenten der neuen „Supergewerkschaft" wurde der Vizepräsident der National Union of Mineworkers (NUM) Elijah Barayi gewählt. Barayi, ein früheres Mitglied des ANC vor dessen Verbot, kündigte auf der Gründungsversammlung an, falls das weiße Minderheitsregime die verhaßten Paßgesetze nicht spätestens in sechs Monaten abgeschafft habe, werden COSATU-Mitglieder ihre Pässe öffentlich verbrennen. Weiterhin forderte er die ausländischen Investoren auf, sich aus Südafrika zurückzuziehen und drängte Staatspräsident P.W. Botha, den inhaftierten ANC-Führer Nelson Mandela freizulassen. Die bemerkenswerteste Erklärung COSATUs war jedoch Barayis Versicherung, daß „COSATU sich nicht nur auf Lohnforderungen konzentrieren wird, sondern auf alle Bereiche der Politik". Dies könnte ein Hinweis darauf sein, daß der lange schwelende Konflikt über die Bedeutung von politischen Aktivitäten innerhalb von Gewerkschaften gelöst worden ist.

Dieser Widerspruch zwischen denjenigen Gewerkschaften, die sich an weitergehenden politischen Auseinandersetzungen beteiligen und denjenigen, die sich auf Konflikte am Arbeitsplatz beschränken, reicht bis ins Jahr 1955 zurück, als der South African Congress of Trade Unions (SACTU), eine am ANC orientierte Gewerkschaft, gegründet wurde. Nach dem Verbot des ANC waren die meisten SACTU-Mitglieder verhaftet worden oder gezwungen, ins Exil zu gehen. Als sich dann in den späten 70er Jahren die Arbeiterbewegung neu zu organisieren begann, konzentrierten sich die neuen Gewerkschaften wie die Federation of South African Trade Unions (FOSATU) und das Council of Unions of South Africa (CUSA) zunächst mehr auf Fragen der Arbeitsbedingungen als auf weitergehende gesellschaftliche Themen. Demgegenüber argumentierten andere Gewerkschaften, daß „es in einer abnormen Gesellschaft keine normale Gewerkschaftsarbeit geben könne". Sie schlossen sich später der heute größten legalen politischen Organisation Südafrikas an, der United Democratic Front (UDF). Eine dieser „Allgemeinen Gewerkschaften" ist die South African Allied Workers Union. Vier ihrer Führungsmitglieder stehen immer noch unter Anklage wegen Hochverrats. Diese vier und 12 andere UDF-Führungsmitglieder waren über ein Jahr lang festgesetzt, die Anklagen gegen die 12 UDF-Mitglieder waren jedoch im Laufe des Verfahrens fallengelassen worden. Der Staat gab keine Erklärung ab, aber der Grund für die ungleiche Behandlung der Angeklagten ist offensichtlich. Sprecher der Opposition meinen, die Anklagen würden aufrechterhalten um Schlüsselfiguren der Anti-Apartheid-Bewegung aus dem Verkehr zu ziehen.

Die Debatte über das Verhältnis von politischen und gewerkschaftlichen Fragen hatte die „Einigungsgespräche" über die Bildung von COSATU seit dem ersten Treffen Mitte 1981 begleitet. Schließlich war es mehr die Praxis als die Theorie, die die beiden Seiten zusammenbrachte — oder zumindest ihre Differenzen überdeckte. Aus der Sicht von Chris Dlamini, Vizepräsident von COSATU, endete die Debatte Ende November 1984, als Gewerkschaften, Bürgerrechtsorganisationen und boykottierende Studenten sich zusammenschlossen und zwei Tage lang mit dem erfolgreichsten „stay away" in der Geschichte des Landes die südafrikanische Industrie lähmten.

„Am Anfang sagten einige Leute, wir würden uns nur der Gewalt des Staates aussetzen", erklärte Dlamini in einem Interview im East Rand Bezirksbüro von FOSATU in Springs, „aber dann begannen sie einzusehen, wie wichtig es für die Arbeiterklasse ist, sich zusammenzuschließen und als ein Volk zu kämpfen, denn es stimmt nicht, daß der Kampf in der Fabrik etwas anderes ist als der Kampf in den Gemeinden."

Jay Naidoo, Generalsekretär der Nahrungsmittelgewerkschaft innerhalb von FOSATU, betrachtet die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der UDF in dem 1984er „stay away" als „unsere bedeutendste Teilnahme am politischen Kampf." Kurz nach der Gründung von COSATU wurde Naidoo zu einer Versammlung des Weltkirchenrates und des südafrikanischen Kirchenrates eingeladen, die in Harare eine „Krisensitzung" über die Lage in Südafrika einberufen hatten.

„Heute handeln wir in einem anderen politischen Kontext", sagte Naidoo in Harare zu AfricAsia. „Es war hauptsächlich die Jugend, die in den Kämpfen der townships in vorderster Front stand, und die Jugend hat das Tempo und die Richtung dieser Kämpfe bestimmt." Ein noch deutlicheres Zeichen für diese neue politische Entwicklung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung war die Stellungnahme, die COSATU nach Naidoos Rückkehr nach Durban abgab. Sie erklärte selbstbewußt, daß Naidoo während seines Besuches in Harare Gespräche mit Vertretern von ANC und SACTU geführt habe, die „sehr fruchtbar waren und einen freien und offenen Meinungsaustausch erlaubt haben." SACTU hat die Gründung COSATUs begeistert begrüßt, während das südafrikanische Regime COSATU von vornherein als Frontorganisation für den ANC und die UDF angriff.

Die einzigen unabhängigen Gewerkschaften — unabhängig heißt: als Opposition zu den von Weißen dominierten Gewerkschaften — die sich COSATU nicht angeschlossen haben, sind CUSA und der Azanian Congress of Trade Unions (AZACTU), zwei „black consciousness" Gruppierungen, die COSATUs Bekenntnis zum Nicht-Rassismus nicht akzeptieren wollen, obwohl in der Praxis COSATUs Führung nur aus Schwarzen besteht und nur wenige Mitglieder Weiße sind. Trotz der unverbesserlichen rassistischen Haltung der Weißen in der Bergbauindustrie argumentiert NUM-Führer und COSATU-Präsident Barayi, daß „unsere Mitglieder von Anfang an der Überzeugung waren, daß Nicht-Rassismus die einzig mögliche Politik für dieses Land ist."

In der gegenwärtigen Phase liegt die Herausforderung für COSATU vor allem in der geplanten Umwandlung der einzelnen Organisationen zu Gewerkschaften, die entsprechend der Industriezweige zusammengefaßt sind. Dies wird zusätzlich erschwert durch die desolate Lage der südafrikanischen Wirtschaft. Die Inflationsrate beträgt nahezu 20%, die Arbeitslosenzahl wird auf über 3 Millionen geschätzt. COSATUs Parolen sind „Eine Nation, ein Verband" und „Ein Industriezweig, eine Gewerkschaft". COSATU-Strategen glauben, daß die Verschmelzung aller verschiedenen Gewerkschaften in jeder Branche die einzige Möglichkeit ist, einen wirkungsvollen Druck auf die Betriebsführungen auszuüben, sodaß im Falle eines ernsthaften Konflikts alle organisierten Arbeiter einer Branche mit einer Gewerkschaft solidarisch sind, d.h. mit der entsprechenden COSATU-Abteilung.

Trotz des Kriegszustandes in den townships und trotz der Tatsache, daß die Führung der Gemeinden, der Studenten- und Schülerorganisatioen in Haft oder auf der Flucht sind, bestimmt COSATU zweifellos ein Zentrum des Geschehens. COSATU genießt großes Vertrauen seitens einer Reihe von Anti-Apartheid-Kräften die begeistert wären, wen sich der eigentlich mächtige neue Verband als eine Kraft durchsetzen würde, mit der sie rechnen können.

Übersetzung: bt., Hamburg

Übersetzung: bt., Hamburg

Südliches Afrika:

Staatsstreich in Lesotho

Mit einem Staatsstreich übernahm im kleinen Königreich Lesotho eine Militärregierung die Macht. Abgelöst wurde Premierminister Leabua Jonathan, der seit 1965 das Land mehr diktatorisch als demokratisch regierte. Betrieben wurde dieser Staatsstreich von der rassistischen Minderheitsregierung der Republik Südafrika. Die Rassisten vollzogen damit eine Art Frontbegradigung gegenüber der südafrikanischen Befreiungsbewegung.

Der nun gestürzte Premierminister Jonathan kam 1965 mit der Unterstützung der südafrikanischen Rassisten an die Macht. 1970 setzte er die Verfassung außer Kraft und drängte die Opposition ins „Exil" nach Südafrika. Mit der Basotho National Party verwaltete er Lesotho bis Mitte der 70er Jahre zur allgemeinen Zufriedenheit des südafrikanischen Regimes. Dann jedoch veränderte sich das Kräfteverhältnis im südlichen Afrika: Angola und Mosambik befreiten sich vom Kolonialismus. Diese geschichtliche Entwicklung beeinflußte die Politik in Lesotho nachhaltig, denn die BNP folgte nun nicht mehr ausschließlich ihrer Bündnispolitik mit dem Rassistenregime. Jonathan vertrat zunehmend einen Standpunkt der Blockfreiheit, gewährte politischen Flüchtlingen aus der Rassistenrepublik Asyl, und in der Hauptstadt Maseru wurden Botschaften der VR China, Nord-Koreas und der Sowjetuniuon eröffnet. Das Rassistenregime eröffnete nun die Agitation gegen die Regierung in Lesotho, von einem Cuba im südlichen Afrika war die Rede. Die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit Lesothos von Südafrika wurde wiederholt für Versuche benutzt, Jonathan auf den alten Kurs zurückzubringen. Die nach Südafrika verdrängte Opposition verstärkte ihre Anschlagtätigkeit in Lesotho, und sowohl 1982 als auch 1985 unternahm Südafrika Kommandounternehmen um politische Flüchtlinge des ANC und des PAC zu verfolgten und zu liquideren. Bei diesen Anschlägen wurden 1982 fast 40, und im Dezember 1985 neun Menschen ermordet.

Das Rassistenregime verfolgte gleichzeitig das Ziel, mit Lesotho ein Abkommen ähnlich dem Vertrag von Nkomati abzuschließen. Im Vertrag von Nkomati verpflichteten sich Mosambik und Swasiland auf der einen Seite und Südafrika auf der anderen, in ihren Ländern keinen Organisationen Unterstützung zu gewähren, deren Aktivitäten gegen das System des jeweils anderen Landes gerichtet sind. Das Ergebnis des Vertrages von Nkomati ist, daß sowohl Mosambik als auch Swasiland ihren Teil des Vertrages erfüllten, während Südafrika weiterhin die Rebellen in Mosambik unterstützt. Aus diesen Erfahrungen heraus weigerte sich die Regierung Lesothos ein derartiges Abkommen zu unterzeichnen.

In dem Maße, wie die südafrikanische Befreiungsbewegung ihre Sabotageaktionen in den Grenzgebieten zu Botswana und Zimbabwe entfaltete, verstärkte das südafrikanische Regime den Druck u.a. auf Lesotho ein dem Nkomati-Vertrag ähnliches Abkommen zu unterzeichnen. Im Oktober 1985 fand ein letztes Gespräch zwischen dem Außenminister der Republik Südafrika und der Regierung von Lesotho statt, während dem Pik Botha nochmals auf die Anwesenheit von ANC-Flüchtlingen hinwies und eine Auslieferung derselben an Südafrika forderte. Jonathan blieb jedoch standhaft bei seiner Ablehnungslinie. Die südafrikanische Regierung blockierte daraufhin seit Anfang Januar 1986 den Zugang zum Königreich Lesotho. Dies mußte zu schwerwiegenden Konsequenzen für die Wirtschaft dieses kleinen Landes führen, denn Lesotho ist absolut abhängig von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Südafrika.

Ein paar Tage vor dem eigentlichen Putsch befand sich der jetzige Vorsitzende der Militärregierung, General Lekhanja, zu Gesprächen in der Republik Südafrika. Dort dürfte alles weitere besprochen worden sein: Die Ablösung Janathans, die Unterzeichnung eines „Nkomati-Vertrages" — innerhalb einer Woche nach dem Putsch vollzogen —, und die Ausweisung der Angehörigen der südafrikanischen Befreiungsbewegung. Mit dem Abkommen diktierte Südafrika das Recht, den gesamten Verkehr nach Lesotho überwachen zu können. Für den Luftverkehr heißt dies, daß jeder Flug von und nach Lesotho in Südafrika während einer Zwischenlandung kontrolliert wird. Anläßlich der Abschiebung der politischen Flüchtlinge sollte diese Regelung erstmalig angewandt werden, was natürlich ur sofortigen Verhaftung dieser Menschen geführt hätte. Nur durch Intervention des Hochkommissariats für Flüchtlinge bei der UN konnte dies verhindert werden.



Der Staatsstreich in Lesotho und seine Folgen sind eine unmißverständliche Warnung an die übrigen Frontstaaten, daß die südafrikanische Regierung sich das Recht nimmt, ihre Gegner auch in anderen Ländern zu bekämpfen. In den Grenzgebieten zu den Frontstaaten wird die Bewegungsfreiheit der Rassisten zunehmend mittels Verminung des Geländes durch die südafrikanische Befreiungsbewegung eingeschränkt. Viele weiße Farmer haben sich deshalb aus den Grenzgebieten zurückgezogen. Seit 1979 versucht die Rassistenregierung dieser „Landflucht" entgegenzuwirken, in dem sie Farmern Geld für die Ansiedlung in den Grenzgebieten gibt. 1984 wurden diese Prämien sogar erhöht. Am 20. Dezember sandte das Regime eine formale Warnung an die Frontstaaten, daß im Falle die Anschläge fortgeführt würden „das ganze südliche Afrika einen hohen Preis zu zahlen häaten". Deutlicher wurde noch die regierungsfreundliche South African Broadcasting Corporation (SABC) in diesem Zusammenhang. *„Wie Israel kann sich Südafrika in diesem Punkt nicht den Luxus leisten, sich dem Druck der weltweiten Gruppen anzupassen, deren gemeinsame Ansichten dem Terrorismus gelten. ANC-Terrorismus muß ausgerottet werden woimmer er sein bösartiges Dasein zeitigt."* (Guardian, 7.1.86)

wo./Imp.-Kom.

Fortsetzung von Seite 28

Oppositionsbündnisse

Etliche dieser Organisationen schlossen sich der im November 1983 entstandenen Nationalen Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD) an. Drei Leitfäden stellt dieses von dem 86jährigen Exsenator Lorenzo Tanada, dem großen alten Mann der philippinischen Politik, geführte Oppositionsbündnis in den Vordergrund seiner Arbeit:

— Demokratie — gegen den politischen Terror der Diktatur und die wirtschaftliche Ausbeutung vor allem der Arbeiter und Bauern;

— Nationalismus — d.h. nationale Selbstbestimmung auf wirtschaftlichem, politischem, militärischem und kulturellem Gebiet — gegen den US-Imperialismus;

— Fortschritt — d.h. Befreiung der Wirtschaft von imperialistischer Kontrolle und den Fesseln des Großgrundbesitzes.

Auf Initiative der antiimperialistisch ausgerichteten NAJFD entstand schließlich Anfang 1984 ein bis in die Reihen der UNIDO hineinreichendes lockeres Bündnis — COMPACT genannt —, das die Bedingungen formulierte, unter denen man sich im Mai an den Parlamentswahlen beteiligen würde.

Obgleich damals 85% der COMPACT-Teilnehmer für den Wahlboykott stimmten, zerbröckelte das Bündnis. Die UNIDO und PDP-Laban scherten aus der „Ablehnungsfront" aus und beteiligten sich an den Wahlen, den bis dahin blutigsten und gewalttätigsten in der Geschichte des Landes. Sichtbare Resultate: über 400 Tote, massive Einschüchterungen durch das Militär, Fälschungen und Einmischungen durch Beamte des amerikanischen Außenministeriums.

Als Bindeglied zwischen den liberalen und nationaldemokratischen Oppositionellen wollte sich die Convenors Group (Versammlungsgruppe) erweisen. Sie entstand im November 1984 und sinnierte darüber, welche — auch personalen — Alternativen zu entwickeln seien, sollte der erkrankte Diktoator plötzlich von der Bühne abtreten. Führer dieser Convenors Group sind nebst Lorenzo Tanada Cory Aquino und der Industrielle, Präsident der mächtigen Minengesellschaft Benguet Corporation und Vizevorsitzende des Makati-Geschäftsklubs (1), Jaime Ongpin. Die Conenors Group versteht sich als Teil der cause oriented groups und unterstützte denn auch im Frühjahr 1985 den Vortoß von etwa 500 sektoralen und regionalen Gruppierungen, sich mit der Neuen Patriotischen Allianz (Bagong Alyansang Makabayan, kurz: BAYAN) eine organisatorische Struktur zu geben.

Am 4./5. Mai schließlich fand der BAYAN-Gründungskongreß statt. 1.060 Delegierte und Vertreter wohnten ihm bei. Die einstigen Senatoren Tanada und José Diokno wurden zu deren Vorsitzenden bzw. Präsidenten gewählt.

BAYAN ist der bislang letzte Versuch, zwischen liberalen und nationaldemokratischen Oppositionellen ein dauerhaftes Bündnis zu schließen. Aus NDF-Sicht gilt BAYAN als entscheidendes Sammelbecken zur Stärkung des legalen Widerstandes. Auf Ablehnung stößt es u.a. gleichermaßen bei der UNIDO und Butz Aquino. Sie wähnen BAYAN als „kommunistisch unterwandert", ein Vorwurf, der sich auffallend mit der Regierungspropaganda deckt. *„BAYAN"*, so heißt es in ihrem Gründungsdokument, *„begreift sich als Mittel zur Einigung des Volkes, nicht lediglich politischer Führungspersönlichkeiten und Parteien, und sieht sich als Instrument des gewöhnlichen Bürgers, die Zukunft der Nation nicht nur bei, sondern — wichtiger noch — zwischen Wahlen zu bestimmen."* Grundlage der Einheit ihrer Mitglieder ist das Eintreten *„für Demokratie und gegen Diktatur; für Nationalismus und gegen Imperialismus; für das Wohlergehen aller gegen die Privilegien einiger weniger sowie für Einheit der Nation unter Wahrung ethnischer, religiöser, kultureller und ideologischer Vielfalt."* Unmittelbares Ziel von BAYAN ist die *„Beseitigung der Marcos-Diktatur und Beendigung amerikanischer und anderer ausländischer Intervention"*, wobei legale oder konstitutionelle Prozesse als nicht ausreichend gelten, um Marcos zu stürzen. *„Metalegale (übergesetzliche) Prozesse, die Taktik des öffentlichen Drucks und das Parlament der Straße sind Teil des demokratischen Arsenals."*

Anmerkung:

1) Makati ist Manilas Banken- und Geschäftszentrum.

Immer wieder faszinierend:



Abrüstungskonferenz in Genf, 1962

Seit 25 Jahren wird abgerüstet

„Zur Einschätzung der politischen Situation gehört vor allem die Diskussion der großen Möglichkeiten, die das neue sowjetische Dreistufenprogramm zur Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen bis zum Jahr 2000 für unseren Friedenskampf bietet. Das ist ja eine faszinierende Perspektive, die da von der ersten Macht des Sozialismus der Menschheit eröffnet wird. Faszinierend deshalb, weil dieses Programm die historische Chance eröffnet, eine Entwicklung zu korrigieren, die mit den Toten von Hiroshima begann, und die heute das Überleben der gesamten Menschheit in Frage stellt. Faszinierend auch deshalb, weil es den Gegenwartskampf von Millionen Menschen in aller Welt mit dem Zukunftsideal einer Welt ohne Waffen verbindet."
(Peter Dietzel, Abteilungsleiter für Demokratische Bündnispolitik der DKP, in der „UZ" vom 30.1. 86)

Gorbatschow hat im Januar einen Abrüstungsplan vorgestellt, der dazu führen soll, daß die Welt im Jahre 2000 ohne Atomwaffen, ebenso wie ohne chemische und biologische Waffen ist. Also in 14 Jahren. Scheinbar ein gigantischer Entwurf. In Wahrheit aber nur ein schäbiger Abglanz Chruschtschows, der vor der UNO am 18. September 1959 ein Programm für die allgemeine und vollständige Abrüstung der ganzen Welt in vier Jahren vorstellte. In vier Jahren! Und total! Nicht mehr als zahlenmäßig streng begrenzte Polizeikräfte mit leichten Schußwaffen sollten die einzelnen Länder behalten. Welch faszinierende Perspektive für das Jahr 1964!

> **„Die allgemeine und vollständige Abrüstung würde die Möglichkeit bieten, riesige materielle und finanzielle Mittel statt zur Erzeugung von Todeswaffen nun für Zwecke des Aufbaus zu verwenden. Die Energie der Menschen kann auf die Schaffung materieller und geistiger Güter konzentriert werden, die die Arbeit und das Leben der Menschen schmücken und veredeln.**
>
> **Die Verwirklichung des Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung würde die Möglichkeit bieten, kolossale Mittel für den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Wohnhäusern und Straßen, für die Produktion von Lebensmitteln und Industrieartikeln zu verwenden. Die freigewordenen Mittel würden es ermöglichen, die Steuern wesentlich zu reduzieren, die Preise zu senken. Dies würde sich günstig auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirken, was die Millionen einfacher Menschen begrüßen würden."**
>
> (Chruschtschow vor der UN-Vollversammlung, 18.9.59)

Im Vergleich hat Chruschtschow mit seinem Abrüstungsplan von 1959 eindeutig den Vogel abgeschossen. Aber auch andere Vorschläge aus jenen Jahren können sich durchaus neben Gorbatschows jüngstem Produkt sehen lassen. Der britische Außenminister Lloyd zum Beispiel stellte einen Tag vor Chruschtschow, ebenfalls in der UNO, einen auch schon ganz hübsch faszinierenden Drei-Stufen-Abrüstungsplan vor. In der zweiten Phase war man bereits bei der *„schrittweisen Reduktion der konventionellen Rüstungen und der Zahl der Streitkräfte"* sowie der *„Ausschaltung der Verwendung spaltbaren Materials bei der Rüstungsproduktion"*. Die dritte Phase sollte enden mit der *„endgültigen Verminderung der konventionellen Rüstungen und der Zahl der Streitkräfte auf einen Stand, der ausschließlich für die innere Sicherheit erforderlich ist."* Der wesentliche Unterschied zu dem Plan, mit dem Chruschtschow ihn am folgenden Tag noch übertrumpfte, bestand im Verzicht auf konkrete Zeitangaben. Dem Vorschlag Lloyds folgend legten die fünf in Genf vertretenen NATO-Mächte (USA, Großbritannien, Canada, Frankreich, Italien) im März 1960 einen gemeinsamen Drei-Stufen-Plan für die totale Abrüstung vor.

Weitere faszinierende Vorschläge in jenen Jahren waren beispielsweise:

Die Rede des US-Außenministers Dean Rusk vor der Genfer Abrüstungskonferenz im März 1962, in der er als erste Phase eines allgemeinen Abrüstungsprogramms *„eine 30%ige Reduzierung der Atomträgerwaffen und der wichtigen konventionellen Waffen innerhalb von drei Jahren"* vorschlug. Das *„wäre ein ein bedeutsamer Fortschritt. Er würde die Drohung der Rüstungsschraube umkehren, eine Abnahme an die Stelle der Zunahme setzen, und die Menschen könnten anfangen, die Freiheit von der Furcht vor der Massenvernichtungskraft solcher Waffen zu gewinnen"*, erklärte Rusk.

Sieben Monate später, im Oktober 1962, jagte die US-Regierung aber den Menschen lieber wieder einen ganz großen Schrecken vor dem Atomkrieg ein, als sie die Cuba-Krise bis zur direkten Konfrontation hochkochen ließ.

+ Einen Tag nach der Rede von Dean Rusk vor der Genfer Abrüstungskonferenz, am 15.März 1962, legte der sowjetische Außenminister Gromyko dem gleichen Forum den vermutlich umfangreichsten und detailfreudigsten Gesamtabrüstungsplan vor, der der bangenden Menschheit jemals zugemutet wurde. Er bestand aus 46 Punkten und war im Grunde eine ausführliche Fortschreibung des Chruschtschow-Plans von 1959. Die Gesamtfrist bis zur Totalabrüstung war wieder vier Jahre: ein halbes Jahr Anlaufszeit nach Vertragsabschluß, je 15 Monate für die erste und zweite Phase, ein Jahr für die letzte Phase. Selbst über die Formierung einer Weltpolizei hatte man sich schon genaue Gedanken gemacht.

+ Am 27.März 1962 war wieder Dean Rusk an der Reihe, der Genfer Konferenz den Drei-Stufen-Plan der USA zu erläutern. In der ersten Phase Einstellung aller Atomversuche, Verzicht auf weitere Verwendung von spaltbarem Material für die Rüstungsproduktion, 30%ige Reduzierung der Massenvernichtungswaffen. In der zweiten Phase und in späteren Phasen weitere Reduzierungen, einschließlich der konventionellen Waffen, bis zur Auflösung aller Streitkräfte der Welt, mit Ausnahme innerer Sicherheitsverbände.

> **„Was wir ernsthaft anstreben, ist die allgemeine Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen und bewaffneten Streitkräfte. Das Ausmaß unseres Erfolges mag vielleicht die Zukunft des Menschen entscheiden. Eine Fortführung des Rüstungswettlaufs auf unbestimmte Zeit würde die Gefahr vergrößern. Wir müssen unsere ganze Einbildungskraft und Erfindungsgabe einsetzen, um einen Weg zu finden, der diesen Wettlauf unter Kontrolle bringt, und um zu vermeiden, daß dieser Wettlauf sich in einem Atomkrieg entlädt."**
>
> (US-Außenminister Herter vor der UN-Vollversammlung, 17.9. 59)

+ Am 16.Juli 1962 teilte der sowjetische Chefdelegierte bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Sorin, die prinzipielle sowjetische Zustimmung zum amerikanischen Vorschlag mit. Jedoch müßten sich die Reduktionen in den drei Phasen wirklich auf alle Kategorien konventioneller Waffen erstrecken und dürften nicht einzelne ausnehmen. Sorin trug außerdem einige sowjetische Ergänzungswünsche vor. Beispielsweise sollten schon in der ersten Phase größere gemeinsame militärische Bewegungen und Manöver von zwei oder mehr Staaten verboten werden. Auch sollten schon in der ersten Phase die Kernwaffenträger zerstört und alle Stützpunkte auf fremdem Territorium aufgelöst werden.

Mit der Absetzung des phantasiebegabten, stets für überraschende Einfälle guten Chruschtschows im Oktober 1964 und der Konzentration auf eine Kette konkreter Einzelabkommen zur Abrüstung ließ das Interesse an spektakulären Globalplänen sehr nach. Ob Gorbatschow in innenpolitischer Hinsicht gut beraten war, ausgerechnet da wieder anfangen zu wollen, wo Chruschtschow 1964 aufhören mußte, wird sich erweisen müssen.

Keine Aufrüstung ohne Abrüstungsgespräche

Es hat sich im 20.Jahrhundert weithin herumgesprochen, daß Krieg kein reines Vergnügen und vielleicht noch nicht einmal eine unausweichliche Notwendigkeit ist. Der apokalyptische Effekt der heute verfügbaren Massenvernichtungsmittel verstärkt dieses Bewußtsein. Wer im 20.Jahrhundert noch aufrüsten will, muß im Verhältnis dazu von seinem Friedenswillen und von seiner tiefen Sehnsucht nach einer Welt ohne Waffen, von seiner Bereitschaft zu konkreten Abrüstungsschritten sprechen. Daher ist es überhaupt kein Widerspruch, daß die zurückliegenden 25 Jahre nicht nur die wahnsinnigste quantitative und qualitative Aufrüstung der bisherigen Menschheitsgeschichte gebracht haben, sondern daß sie fast durchgehend von bilateralen und internationalen Abrüstungsgesprächen bestimmt waren, aus denen sich eine vergleichsweise große Zahl von Abrüstungsabkommen ergab. Diese Abkommen sollen im Folgenden einzeln vorgestellt und versuchsweise kommentiert werden. Daß alle Abkommen nicht das gebracht haben, was sie explizit versprachen, nämlich ein Herankommen an das Endziel einer Welt ohne Krieg und Waffen, ist heute offensichtlich. Es bleibt aber die Frage, ob sie, wie vielfach behauptet wird, wenigstens in Teilbereichen zu einer Abschwächung des Wettrüstens beigetragen haben, oder ob sie nicht vielmehr in der Gesamtbilanz nur der notwendige Flitter für die reale Verschärfung des Wettrüstens zu völlig neuen Dimensionen waren.

Antarktis-Vertrag

Der Reigen der Abrüstungsverträge wurde im Dezember 1959 mit dem Antarktis-Abkommen eröffnet. Unterzeichner waren 12 Staaten, von denen sieben Ansprüche am Südpol-Kontinent haben. Das Abkommen verpflichtet dazu, in der Antarktis keine Militärstützpunkte einzurichten, dort keine Waffen zu erproben, keine Manöver durchzuführen. In territorialer Hinsicht — die Ansprüche einzelner Staaten sind zum Teil umstritten — wurde durch das Abkommen ausdrücklich nichts entschieden; jedoch sollten während der Laufzeit des Vertrags (30 Jahre) keine neuen Ansprüche erhoben werden dürfen.

In praktischer Hinsicht scheint der Vertrag nicht mehr auszudrücken, als das Desinteresse der Großmächte an einer militärischen Nutzung der Antarktis. Seltsamerweise kam nämlich ein gleicher Vertrag für die Arktis, die Nordpol-Region, nicht zustande. Das Antarktis-Abkommen repräsentiert demnach jenen Typ von Abrüstungsverträgen, die sachlich nichts bewirken, niemanden beeinträchtigen, aber eine Signalfunktion für das globale außenpolitische Klima haben. Mit anderen Worten: Ein erstes Zeichen des guten Willens zu Abrüstungsschritten sollte gesetzt werden, und dafür war der Südpol genau das richtige Terrain.

Zu dieser Zeit war die globale Szene bereits leicht in Bewegung gekommen. Im August 1959 war die Genfer Abrüstungskonferenz gebildet worden; damals noch auf der Basis von 10 Teilnehmerstaaten, später wurden es 25. Im September 1959 hatte Chruschtschow die USA besucht: Eine Premiere in der ganzen Geschichte der Sowjetunion, und das erste Gipfeltreffen auf dem Gebiet einer der beiden Weltmächte seit der Teilnahme Roosevelts an der Jalta-Konferenz 1943. Man feierte den „Geist von Camp David", dem Ort, an dem sich Eisenhower und Chruschtschow zu Gesprächen trafen. Es kam zu der oben erwähnten Rede Chruschtschows vor der UNO, mit dem Vier-Jahres-Total-Abrüstungsplan.

Die Bedingungen waren für irgendein substantielles Abkommen noch nicht reif, hingegen riefen sie geradezu nach einem harmlosen Signal wie dem Antarktis-Vertrag.

Allerdings trat bald nach diesem schönen Auftakt ein vorübergehender Rückschlag ein. Am 1.Mai 1960 wurde über der Sowjetunion ein amerikanisches Spionageflugzeug des Typs U-2 abgeschossen. Ausgerechnet 14 Tage, bevor in Paris eine Vier-Mächte-Gipfelkonferenz stattfinden sollte! Chruschtschow flog zwar noch nach Paris, aber nur, um dort sofort zu verkünden, aufgrund dieser „provokatorischen Aggressionshandlung" sehe die Sowjetunion keine Möglichkeit für fruchtbare Verhandlungen mit den USA. Erst müsse sich die US-Regierung entschuldigen und die Einstellung aller weiteren Spionageflüge versprechen. Da dies nicht zu machen war, verließ Chruschtschow die Konferenz. Nicht aber ohne die interessante Drohung auszustoßen, in Zukunft werde man nicht nur weitere Spionageflugzeuge abschießen, sondern auch *„vernichtende Schläge gegen die Stützpunkte führen, von denen aus sie fliegen, sowie gegen diejenigen, die diese Stützpunkte angelegt haben und wirklich über sie verfügen."*

Es folgten die erste Kongo-Krise und die Ermordung Lumumbas (1960-61), die von den USA aus inszenierte und unterstützte Landung cubanischer Contras in der Schweinebucht, Mauerbau und Berlin-Krise (1961), schließlich die zweite Cuba-Krise im Oktober-November 1962. Alles Ereignisse, die den Fortgang der Abrüstungsgespräche vorübergehend erschwerten und verzögerten.

Teil-Verbot der Atomwaffenversuche

Es dauerte nach dem Antarktis-Abkommen fast vier Jahre, bis im August 1963 das zweite in der Kette der Abrüstungsabkommen unterzeichnet werden konnte: der *Vertrag über ein Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser*. Er läßt, wie der Name schon aussagt, nur noch unterirdische Atomversuche zu, diese allerdings in unbegrenzter Zahl und Stärke. China und Frankreich, die in der Entwicklung eigener Atomwaffen weit hinter den beiden Weltmächten zurücklagen, unterzeichneten nicht.

Über die Einstellung aller Atomversuche war spätestens seit 1957 zwischen den Großmächten hin- und herverhandelt worden. Mehrmals kündigten entweder die Sowjetunion oder die USA und Großbritannien, seltener auch schon mal alle drei zusammen ein einseitiges Teststop-Moratorium an, das dann auch wirklich manchmal mehrere Monate lang eingehalten wurde. Beide Seiten legten im Laufe der Jahre mehrere Vertragsentwürfe vor, die von der Gegenseite mit wechselnden Argumenten abgelehnt wurden. Mal scheiterte es daran, daß die USA ein Teststop-Abkommen nur unterschreiben wollten, wenn ein Junktim mit dem Verbot der Produktion spaltbaren Materials für Rüstungszwecke hergestellt würde (1957). Dann wieder lag es daran, daß die Sowjetunion nur ein Verbot sämtlicher Versuche, einschließlich der unterirdischen, unterschreiben wollte, während die USA für diese unbedingt Inspektionen vor Ort haben wollte, was wiederum die Sowjetunion ablehnte.

Im Rückblick nach 25 Jahren drängt sich der Verdacht auf, daß die USA und die Sowjetunion zu dieser Zeit beide dringend daran interessiert waren, vor einem Teststop-Teilabkommen noch ihre Versuche in der Atmosphäre zum Abschluß zu bringen. So gab es gerade 1961-62 noch einmal besonders viele (und auf sowjetischer Seite auch besonders starke) Versuchsexplosionen in der Atmosphäre.

Bis zum Abschluß das Teststop-Teilabkommens von 1963 hatte es, laut „New York Times", insgesamt 415 Atomtests gegeben. Spitzenreiter waren die USA mit 259 Versuchen, weit abgeschlagen die Sowjetunion mit 126 Versuchen, ferner Großbritannien mit 22 und Frankreich mit 6 Versuchen. Außerdem waren zwei Versuche von den USA und Großbritannien gemeinsam durchgeführt worden.

Ein aktueller Vergleich: Laut SIPRI-Jahrbuch 1985 hat es im Zeitraum 1945 bis Ende 1984 insgesamt 1493 Versuche gegeben. Davon USA 745, Sowjetunion 554, Frankreich 126, Großbritannien 38, China 29 und Indien einer. **Das bedeutet: mehr als zwei Drittel aller Atomwaffentests sind nach dem Teststop-Teilabkommen von 1963 durchgeführt worden.** In den USA haben seither 486 Tests stattgefunden, in der Sowjetunion 428. Dagegen nehmen sich China und selbst Frankreich, denen man 1963 als Nicht-Unterzeichner des Abkommens den Schwarzen Peter zuschieben wollte, vergleichsweise bescheiden bis ärmlich aus.

Die Zahlen lassen darauf schließen, daß das Abkommen von 1963 zwar in ökologischer Hinsicht seinen Wert hatte, für die militärische Abrüstung hingegen absolut nichts gebracht hat. Offenbar wurde das Abkommen zu ei-

Fortsetzung nächste Seite

> **Stimmen zum Teststop-Abkommen 1963**
>
> Der sowjetische Außenminister Gromyko erklärte, daß der Vertrag den Weg für die Lösung noch bedeutenderer Probleme einschließlich der Abrüstung und der europäischen Sicherheit ebnen könne. Die Sowjetregierung werde alles in ihrer Macht stehende tun, um diese Probleme zu lösen. Der amerikanische Außenminister Dean Rusk betonte: *„Unsere drei Regierungen haben heute einen Schritt getan, von dem die gesamte Menschheit hoffen muß, daß es ein erster Schritt auf dem Wege zu einer sicheren und friedlichen Welt sein wird. Der von uns heute unterzeichnete Vertrag ist ein guter erster Schritt — ein Schritt, auf den die Vereinigten Staaten schon lange und sehnlichst gehofft haben."* Der britische Außenminister Lord Home bezeichnete die Unterzeichnung des Vertrages *„als einen großen Augenblick für uns alle — für das englische Volk, für das russische Volk und für das amerikanische Volk sowie für alle Völker der Welt."* Der Vertrag bedeute *„einen Durchbruch in den Beziehungen zwischen unseren Ländern"* und eröffne *„eine Chance, um unsere großen Hilfsquellen für ein reicheres Leben nutzbar zu machen."*

Fortsetzung von vorheriger Seite

nem Zeitpunkt geschlossen, wo USA und Sowjetunion ihre Atomwaffen-Forschung weit genug vorangetrieben hatten, um auf Versuche in der Atmosphäre schadlos verzichten zu können. Zugleich ließ sich damit politischer Druck auf die weit zurückliegenden Staaten China und Frankreich ausüben, die entweder durch Unterzeichnung des Abkommens aus dem Rennen aussteigen oder sich als Entspannungsstörer in die Ecke stellen lassen mußten. Also ein Abkommen, wie es sich aufrüstungswillige Schaumschläger kaum schöner wünschen konnten.

Friedliche Nutzung des Weltraums

Im Januar 1967 wurde der *Vertrag über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums* unterzeichnet. Er sieht in dem militärisch interessantesten Artikel IV vor: „*Die Signatarstaaten des Vertrags verpflichten sich, keine Objekte auf eine Umlaufbahn um die Erde zu bringen, die Kernwaffen oder irgendwelche anderen Massenvernichtungswaffen tragen, und keine derartigen Waffen auf Himmelskörpern oder anderweitig im Weltraum zu stationieren. Der Mond und andere Himmelskörper werden von allen Signatarstaaten des Vertrages ausschließlich zu friedlichen Zwecken benutzt. Die Errichtung militärischer Stützpunkte, Anlagen und Befestigungen, das Erproben von Waffen — gleich welcher Art — und die Durchführung militärischer Manöver auf Himmelskörpern sind verboten...*"

Durch den Vertrag sind also nur der Mond und andere Himmelskörper gänzlich von einer militärischen Nutzung ausgenommen. Hingegen sind für den freien Weltraum nur Massenvernichtungwaffen verboten, andere militärische Nutzungen also implizit zugelassen. Hier klafft im Abkommen eine Riesenlücke, und zweifellos nicht zufällig. Spätestens seit SDI weiß man, wofür unbedingt dieses Loch offengelassen werden mußte.

Die Idee eines Weltraum-Abkommens stammt aus den Anfängen der hier dargestellten 25 Abrüstungs-Jahre, und sie wurde interessanterweise am Anfang in erster Linie von den USA favorisiert. US-Außenminister Dulles machte schon 1958 einen solchen Vorschlag. Sein Nachfolger Herter wiederholte im September 1959 vor der UNO die Idee „die friedliche Nutzung des Weltraums" als ein vordringliches Problem gesondert vor Fragen der allgemeinen Abrüstung zu behandeln. Die Sowjetunion war daran zu diesem Zeitpunkt noch nicht interessiert. Anscheinend vertraute man in der Sowjetunion damals zu sehr auf einen vielleicht nur vermeintlichen, jedenfalls erwiesenermaßen höchstens kurzfristigen Vorsprung, und erkannte noch nicht, daß hier einmal „die Schlüsselfrage des Friedens" in den 80er Jahren liegen würde. Das war auch noch nicht anders, als im Mai 1962 die USA in Genf ein Abkommen
noch nicht, daß hier einmal „die Schlüsselfrage des Friedens" in den 80er Jahren liegen würde. Das war auch noch nicht anders, als im Mai 1962 die USA in Genf ein Abkommen
vorschlugen, daß der Weltraum nur für friedliche Zwecke genutzt werden dürfe und daß er insbesondere von Massenvernichtungswaffen frei bleiben müsse. Der sowjetische Delegierte Sorin erwiderte damals, man könne nicht aus dem Gesamtprogramm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung Einzelpunkte herausgreifen, die einer Seite angenehm seien. Die Sowjetunion sei nicht bereit, einem Weltraum-Abkommen zuzustimmen, solange die USA nicht zur Räumung ihrer Stützpunkte in aller Welt bereit wären. Das gleiche Junktim hatte die Sowjetunion schon 1958 herzustellen versucht.

Atomwaffen-Sperrvertrag

Am 1.Juli 1968 unterzeichneten USA, Sowjetunion und Großbritannien sowie zahlreiche weitere Staaten den *Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen*. Der Artikel 1 des Vertrags verpflichtet die Atommächte, Atomwaffen weder mittelbar noch unmittelbar weiterzugeben. Das schließt die Überlassung der Verfügungsgewalt über Atomwaffen mit ein. Auch dürfen Staaten, die keine Atomwaffen haben, von den Atommächten weder unterstützt, noch ermutigt oder verleitet werden, sich solche Waffen zu verschaffen. Der Artikel 2 verpflichtet die übrigen Staaten dazu, keine Atomwaffen herzustellen, sich keine Atomwaffen zu beschaffen oder übertragen zu lassen, einschließlich der Verfügungsgewalt.

Der Atomwaffen-Sperrvertrag sichert also nichts weiter als das Monopol derjenigen Staaten, die bereits Atomwaffen besitzen. Den Atomwaffenstaaten verbot er lediglich das, was ohnehin keiner von ihnen jemals ernsthaft erwogen hatte: ihre eigenen Atomwaffen mit anderen zu teilen und anderen Staaten auf den Weg zur Atommacht zu helfen. Eine Reihe von Staaten, die sich ihre „Atomwaffen-Option offenhalten wollten, unterzeichneten den Vertrag gleich gar nicht: so unter anderem Indien, Pakistan, Israel, Südafrika. Nicht unterschrieben haben auch Brasilien und Argentinien, die allerdings eine Verpflichtung im Rahmen des Abkommens von Tlatelolco (Lateinamerika als Atomwaffenfreie Zone; 1967) eingegangen sind.

Da der Sperrvertrag in der Substanz abrüstungsmäßig äußerst dürftig ist, mußte wenigstens in der Präambel wieder kräftig Schaum geschlagen werden: die Unterzeichner erklären dort ihre Absicht, „*zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens zu erreichen und wirksame Maßnahmen in Richtung der nuklearen Abrüstung zu unternehmen*", demnächst „*die Einstellung aller*" (also auch der unterirdischen!) „*Versuchsexplosionen von Kernwaffen für alle Zeiten herbeizuführen*", sowie gar „*die Liquidierung aller vorhandenen Vorräte an solchen Waffen und die Entfernung der Kernwaffen und ihrer Träger aus den nationalen Waffenbeständen auf Grund eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erleichtern*". Der Vertrag enthält also in der Präambel auch eine starke Verpflichtung der Atommächte. Das war vor allem für viele Staaten der Dritten Welt der Grund, ihre Bedenken gegen diesen Vertrag, der eigentlich nur den Atommächten diente, zurückzustellen.

Der Sperrvertrag war seit Sommer 1965 anhand zahlreicher Entwürfe, die immer wieder modifiziert wurden, diskutiert worden. In der Anfangsphase ging es noch darum, daß die USA mit Rücksicht auf einige NATO-Verbündete, in erster Linie BRD und Frankreich, im Vertrag die hypothetische Option einer indirekten Weitergabe mittels einer „Multilateralen (Atom-)Streitmacht" (MLF) offenhalten wollten. Da die US-Regierung an diesem Spiel-Projekt nie wirklich interessiert war, löste sich das Problem allerdings bald. In der Folgezeit ging es um die Widersprüche zahlreicher Staaten ohne Atomwaffen gegen den Vertrag. Diese wurden gelöst zum einen durch die Erweiterung der Präambel (s.o.), zum anderen durch Garantie-Erklärungen der Atommächte, einem Staat ohne Atomwaffen beizustehen, falls er von einer Atommacht angegriffen würde. Besonders lange zierte sich die Bundesregierung gegen den Vertrag. Erst die frischgewählte Regierung Brandt unterschrieb am 26.11.69. Als Sprecher der Bundesregierung erklärte Conrad Ahlers, daß durch den Sperrvertrag die „europäische Option" nicht beeinträchtigt werde. Gemeint ist eine zukünftige bundesdeutsche Mitverfügung über Atomwaffen im Rahmen eines Vereinten (West-)Europa.

nicht beeinträchtigt werde. Gemeint ist eine zukünftige bundesdeutsche Mitverfügung über Atomwaffen im Rahmen eines Vereinten (West-)Europa.

Meeresboden-Vertrag

Im Februar 1971 wurde der *Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln auf dem Meeresboden* abgeschlossen. Er verpflichtet die Unterzeichner, außerhalb ihrer 12-Meilen-Zone auf dem Meeresboden keine Atomwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen zu stationieren, sowie auch keine Baulichkeiten, Abschußanlagen etc. für Lagerung oder Einsatz solcher Waffen auf dem Meeresboden zu errichten. Zu diesem Abkommen hatte die Sowjetunion schon im März 1969 einen Entwurf vorgelegt, der ein vollständiges Verbot der Nutzung des Meeresbodens für militärische Zwecke vorsah. Dazu waren die USA aber nicht bereit. In der schließlich unterzeichneten Form ist der Vertrag Ausdruck der Tatsache, daß sich Überlegungen, tatsächlich Atomwaffen fest auf dem Meeresboden zu stationieren, gegenüber der mobilen Stationierung auf U-Booten als unterlegen erwiesen hatten. Die Atommächte verzichteten also wieder einmal auf etwas, an dem sie einfach nicht mehr interessiert waren.

Verminderung der Kriegsgefahr

Am 30.9.71 wurde zwischen USA und Sowjetunion das *Abkommen zur Verringerung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges* geschlossen. Ziel des Abkommens ist die Verringerung des Risikos, daß ein Atomkrieg unabsichtlich, etwa durch einen Unfall oder ein Mißverständnis ausgelöst wird. Zu diesem Zweck wurden konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation und verstärkter Austausch von Informationen vereinbart.

In diesem Rahmen ist dem Abkommen ein praktischer Nutzen wahrscheinlich nicht abzusprechen. Selbstverständlich schützt es aber überhaupt nicht vor der absichtlichen Auslösung eines Atomkriegs. Außerdem hängt der Wert des Abkommens weitgehend davon ab, daß zwischen den Atommächten ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen herrscht. Denn der heisseste Draht wäre im Krisenfall nutzlos, wenn dann die eine Seite nicht den Informationen vertrauen würde, die ihr von der anderen Seite übermittelt werden. Insofern ist das Abkommen den Konjunkturen der Außenpolitik unterworfen. Gegen ein Mißverständnis in Zeiten relativer Ruhe vermag es vermutlich zu schützen. Ob es sich unter den Bedingungen einer bereits begonnenen militärischen Konfrontation zwischen Streitkräften der beiden Weltmächte bewähren würde, ist eine ganz andere Frage.

Verbot der B-Waffen

Am 16.12. 71 wurde von der UN-Vollversammlung die *Konvention über das Verbot bakteriologischer und toxischer Waffen* angenommen. Gemäß dieser Konvention sind die Vertragsstaaten verpflichtet, sogenannte B-Waffen „*niemals und unter keinerlei Umständen zu entwickeln, zu produzieren, zu lagern oder anderwärts zu erwerben oder zu behalten*". Gleiches gilt für „*Waffen, Ausrüstungen oder Trägermittel*" *für den Einsatz von B-Waffen. Alle vorhandenen B-Waffen samt zugehörigen Ausrüstungen sind* „*möglichst bald, aber nicht später als 9 Monate nach Inkrafttreten der Konvention zu vernichten oder zu friedlichen Zwecken umzuleiten*".

Die Konvention soll, laut Präambel, auch „*einen ersten möglichen Schritt zur Erreichung eines Abkommens über wirksame Maßnahmen auch für das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von chemischen Waffen darstellen*". Zusätzlich wurde von der UN-Vollversammlung gleichzeitig eine Resolution angenommen, in der die Konvention begrüßt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß bald ein Abkommen über Verbot und Vernichtung der C-Waffen zustande kommen möge. Das allerdings ist bis heute, 15 Jahre danach, noch nicht in Sicht.

ABM-Vertrag

Ende Mai 1972 besuchte US-Präsident Nixon die Sowjetunion. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Fülle von bilateralen Abkommen unterzeichnet, darunter der ABM-Vertrag und SALT I.

Der ABM-Vertrag begrenzt die ballistischen Raketenabwehrsysteme (ABM) beider Seiten. ABM sind Raketen, die zur Abwehr von Atomraketen dienen sollen. Der ABM-Vertrag er-
Der ABM-Vertrag begrenzt die ballistischen Raketenabwehrsysteme (ABM) beider Seiten. ABM sind Raketen, die zur Abwehr von Atomraketen dienen sollen. Der ABM-Vertrag er-
laubt der Sowjetunion und den USA je zwei ABM-Systeme: eines im Umkreis der Hauptstadt und ein zweites um eine Abschußstellung eigener strategischer Atomraketen (ICBM). Jedes System darf aus maximal 100 ABM-Abschußvorrichtungen und 100 ABM-Raketen bestehen. Auch Zahl und Umfang der zugelassenen ABM-Radarstellungen sind im Abkommen festgelegt. Die beiden Vertragsstaaten verpflichten sich, keine Abschußvorrichtungen zu entwickeln, von denen mehr als eine ABM-Rakete gleichzeitig abgeschossen werden können; ebenso sollen keine Systeme für die rasche Neuladung von ABM-Abschußvorrichtungen entwickelt werden. Die Stationierung von see-, luft- oder weltraumgestützten ABM-Systemen ist ebenso verboten wie die Entwicklung beweglicher landgestützter ABM.

Ein Zusatzprotokoll zum ABM-Vertrag wurde im Juli 1974 unterzeichnet. Es begrenzt die Zahl der erlaubten ABM-Systeme auf eines statt zweien. Also entweder um die Hauptstadt oder um eine ICBM-Stellung. Beim Stand der Dinge bedeutete das, daß die USA kein ABM-System um ihre Hauptstadt, hingegen die Sowjetunion kein ABM-System um eine ICBM-Stellung aufbauen durfte. Jedoch war es beiden Staaten freigestellt, ihr bereits installiertes ABM-System zu demontieren und um ein anderes Objekt herum neu aufzubauen. Inzwischen haben die USA ihr ABM-System (um einen Minuteman-Stützpunkt in North Dakota) „eingemottet", während die Sowjetunion ihr ABM-System nicht bis zur vertraglich möglichen Höchststärke ausgebaut hat.

Zweck des ABM-Vertrags sollte die Herstellung bzw. Aufrechterhaltung einer Situation gleicher Sicherheit oder Unsicherheit beider Weltmächte vor einem Atomwaffenangriff des Gegners sein. Die Tatsache, daß der zugelassene Umfang von ABM erstens noch reduziert wurde und zweitens der reduzierte Umfang von beiden Staaten nicht einmal ausgeschöpft wird, ist darauf zurückzuführen, daß an der Effektivität von ABM große Zweifel bestehen. Durch SDI würde die ABM-Übereinkunft völlig liquidiert werden.

> USA und UdSSR „werden von dem gemeinsamen Schluß ausgehen, daß es im Nuklearzeitalter keine andere Alternative gibt, als die gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage einer friedlichen Koexistenz zu führen..Die USA und die UdSSR legen größten Wert darauf, das Entstehen von Situationen zu verhindern, die zu einer gefährlichen Verschlechterung ihrer Beziehungen führen könnten. Sie werden daher ihr Äußerstes tun, um militärische Konfrontationen zu vermeiden und den Ausbruch eines Nuklearkrieges zu verhindern. Sie werden in ihren gegenseitigen Beziehungen stets Zurückhaltung üben, und sie werden bereit sein, zu verhandeln und Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln beizulegen..Die Vertragspartner werden ihre Bemühungen fortsetzen, die Rüstungen sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Basis zu begrenzen..Die USA und die UdSSR betrachten als das letztliche Ziel ihrer Bemühungen die Erreichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung und die Errichtung eines wirksamen Systems der internationalen Sicherheit..".
>
> (Aus der Moskauer 12-Punkte-Grundsatzerklärung von Nixon und Breschnew, 29.5. 72)

SALT I

Das zusammen mit dem ABM-Vertrag unterzeichnete „*Interimsabkommen zwischen der UdSSR und den USA über bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung von strategischen Offensivwaffen*" (SALT I) enthält im Wesentlichen folgende Bestimmungen:
1.Nach dem 1.7. 72 soll nicht mehr mit dem Bau weiterer landgestützter Abschußvorrichtungen für strategische Raketen (ICBM) begonnen werden.
2.Die Abschußvorrichtungen für U-Boot-gestützte Raketen (SLBM) sollen auf die Zahl begrenzt werden, die bei Abschluß von SALT I einsatzbereit oder im Bau befindlich ist. Ein Zusatzprotokoll begrenzt die Zahl der Abschußvorrichtungen für SLBM auf 710 und der SLBM-tragenden U-Boote auf 44 für die USA, bzw. auf 950 und 62 für die Sowjetunion.

Verhinderung eines Atomkriegs

Verhinderung eines Atomkriegs

Im Juni 1973 besuchte Breschnew die USA. Produziert wurde bei dieser Gelegenheit ein zu Recht in Vergessenheit geratenes Schaumgebilde namens *Abkommen zur Verhinderung eines Atomkrieges*". USA und Sowjetunion versichern sich darin gegenseitig, „*daß es ein Ziel ihrer Politik ist, die Gefahr eines Atomkrieges und der Anwendung von Kernwaffen zu beseitigen*", und daher „*so zu handeln, daß die Entwicklung von Situationen verhindert wird, die eine gefährliche Verschlechterung ihrer Beziehungen verursachen könnten, um auf diese Weise militärische Konfrontationen zu vermeiden...*". Beide Staaten verpflichten sich, „*sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegenüber der anderen Vertragspartei, gegenüber den Verbündeten der anderen Vertragspartei und gegenüber sonstigen Ländern in Situationen zu enthalten, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden könnten.*" In Situationen, die „*das Risiko eines nuklearen Konflikts heraufzubeschwören scheinen*", werde man sich gegenseitig konsultieren.

Offensichtlich hinderte der in dem Abkommen vereinbarte Gewaltverzicht die USA nicht daran, beispielsweise weiter in Indochina Krieg zu führen. Und das nicht einmal im Widerspruch zum Vertrag, denn in dessen Artikel VI heißt es: „*Nichts in diesem Abkommen soll a) das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung. ... und c) die von einer der beiden Vertragsparteien gegenüber ihren Verbündeten oder anderen Ländern in Verträgen, Abkommen und anderen entsprechenden Dokumenten eingegangenen Verpflichtungen beeinträchtigen oder beeinflussen.*" Wer wollte bezweifeln, daß die USA in Indochina gegenüber ihren Verbündeten Verpflichtungen eingegangen waren?

Begrenzung unterirdischer Atomwaffentests

Bei einem zweiten Besuch Nixons in der Sowjetunion, Ende Juni bis Anfang Juli 1974, wurde erneut eine Reihe von Abkommen unterzeichnet, darunter der *Vertrag über unterirdische Kernwaffenversuche*. Er verpflichtet die Partner, ihre unterirdischen militärischen Atomversuche „*auf ein Minimum zu begrenzen* und die Verhandlungen über ein Totalverbot aller Atomwaffentests fortzuführen. Konkret verbietet er allerdings nur militärische Versuche mit einer Sprengkraft von mehr als 150 Kilotonnen, d.h. immerhin des Zehnfachen der Hiroschima-Bombe. Außerdem wurde in einem Protokoll zum Vertrag ein umfangreicher Austausch von Daten und Informationen über die Versuchsgebiete vereinbart.

Der *Vertrag über unterirdische Kernwaffenversuche* wurde von den USA jedoch nicht ratifiziert, trat also nicht in Kraft.

SALT II

Im Juni 1979 wurde in Wien von Carter und Breschnew das SALT II Abkommen unterzeichnet. SALT II begrenzt die Gesamtzahl strategischer Atomwaffenträger der USA und der Sowjetunion zunächst auf je 2400, ab 1.1. 81 auf nicht mehr als 2250. Strategische Atomwaffen im Sinne des Abkommens sind landgestützte Raketen mit einer Reichweite über 5500 km (ICBMs), U-Boot-gestützte Raketen (SLBM), Schwere Bomber, sowie in Flugzeugen installierte Raketen mit einer Reichweite von mehr als 600 km (ASBMs). Das Abkommen begrenzt außerdem die Zahl der mit MIRVs bestückten ICBMs, SLBMs und ASBMs sowie der mit Marschflugkörpern ausgerüsteten Schweren Bomber auf insgesamt höchstens 1320. MIRVs sind Mehrfachsprengköpfe, die mit einem einzigen Träger auf mehrere unterschiedliche Ziele gelenkt werden können. SALT II begrenzt die Zahl der MIRV-Sprengköpfe, die je MIRV-Träger installiert werden dürfen, auf die bei Vertragsabschluß erreichte oder flugerprobte Höchstzahl. Das Maximum liegt bei 14 für amerikanische SLBMs. Pro Schweren Bomber sind maximal 28 Marschflugkörper zulässig. Die Obergrenze von je 2400 strategischen Trägern, davon 1320 für MIRVs, war bereits im Interimsabkommen von Wladiwostok, im November 1974, festgelegt worden.

SALT II verbietet auch mobile Startanlagen für ICBMs. Allerdings gab Präsident Carter ausgerechnet eine Woche vor Unterzeichnung von SALT II Anweisung zum Bau der MX, die ständig zwischen mehreren Silos hin- und herbewegt werden sollte, also de facto ein mobiles ICBM-System dargestellt hätte. Von sowjetischer Seite wurde sofort auf die Unvereinbarkeit des geplanten neuen Systems mit
und herbewegt werden sollte, also de facto ein mobiles ICBM-System dargestellt hätte. Von sowjetischer Seite wurde sofort auf die Unvereinbarkeit des geplanten neuen Systems mit
SALT II hingewiesen.

SALT II wurde von den USA nicht ratifiziert, ist also nicht in Kraft getreten. Die US-Regierung hat jedoch versichert, sich trotzdem an die Vereinbarungen des Abkommens zu halten.

In der Bilanz der seit 1959 geschlossenen Abrüstungsabkommen kann für SALT I und II noch am ehesten gesagt werden, daß sie zwar auch keine Verminderung des Vernichtungspotentials, aber immerhin eine Begrenzung in einem Teilgebiet bedeuten. Zu argwöhnen ist aber, daß diese Begrenzung wesentlich der Tatsache zu verdanken ist, daß im Bereich der strategischen Waffen zumindest vorübergehend ein quantitativer Sättigungspunkt erreicht war. Außerdem lag im Bereich der MIRVs noch sehr viel Spielraum, die Zahl der verfügbaren Atomsprengköpfe und deren Zielgenauigkeit erheblich aufzustocken, was ja auch geschah. Durch NATO-Nachrüstung und SDI ist überdies die ganze SALT-Konstruktion wieder in Bewegung geraten und droht faktisch zusammenzubrechen.

Fazit: Als um 1960 die glorreiche Ära von Abrüstung und Entspannung eingeläutet wurde, war die Entwicklung strategischer Atomraketen noch im Anfangsstadium. Im Juli 1960 testeten die USA erstmals den Abschuß einer Rakete von einem U-Boot. 1963 wurde die Zahl der amerikanischen SLBM mit etwas über 200 und die der ICBM mit 144 angegeben, selbstverständlich alle nur mit je einem Sprengkopf. Der seither erreichte Fortschritt ist unübersehbar und kann nur von hartnäckigen Entspannungsgegnern geleugnet werden.

Kt., Hamburg

Als kürzlich die US-Raumfähre Challenger explodierte, waren dabei sieben „Helden" der Raumfahrt umgekommen. Seit 30 Jahren erst gibt es diese Art Heldentum. Vor 30 Jahren erlebte eine andere Art von Helden, die U-Boot-Fahrer, die schon in zwei Weltkriegen Stoff für Legenden und einen nassen Heldentod geliefert hatten, eine neue Blüte: 1955 wurde mit der „Nautilus" das erste Atom-U-Boot seitens der USA in Dienst gestellt. Mit Tauchfahrten rund um den Globus und unter dem Polareis hindurch demonstrierten sie den technologischen Durchbruch vor aller Welt. Am 15.11.1960 stellten die USA mit der „George Washington" erstmals ein Atom-U-Boot in Dienst, das 16 (Polaris-)Raketen mit Atomsprengköpfen mit einer Reichweite von 2.200 km trug. Seither waren nicht mehr die Bomber die Hauptatomstreitmacht der USA sondern Atom-U-Boote. Auch die Sowjetunion hat heute rund ein Drittel ihrer strategischen Atomstreitmacht auf U-Booten stationiert. Vor einiger Zeit bezeichnete ein amerikanischer Journalist den Kommandanten eines Trident-U-Bootes, des neusten US-Typs, als drittmächtigsten Mann der Welt. Er verfügt über mehr Zerstörungsgewalt als Großbritannien, Italien, Spanien, Brasilien, Argentinien, die BRD, Japan und Philippinen, Indien und Pakistan zusammen, nämlich über eine Zerstörungsgewalt von 2.000 Hiroshima-Bomben. Er könnte seine Raketen nicht nur selbsttätig abfeuern, er ist sogar dazu verpflichtet, falls er keinen Funkkontakt mehr herstellen kann. (1)

In Tauchtiefen unter 200 Meter galten diese Systeme als nicht auffindbar, sie sollen auch nach einem Atomschlag und selbst der totalen Vernichtung der USA noch zur Verfügung und atomaren Vergeltung bereitstehen. Dieser Artikel soll den Stand und die Entwicklung der strategischen Unterwasseratommacht darstellen, zumal hier in den 80er Jahren entscheidende qualitative Änderungen vonstatten gehen.

Von der Vergeltung zum Angriff

Der Rüstungswettlauf bei den strategischen Atomwaffen zur See

USA

Mitte 1983 hatten die USA auf 33 Atom-Booten 544 Raketen stationiert, auf denen sich 4.960 Atomsprengköpfe befanden. Hinzu kommen vier Poseidon-U-Boote mit 400 bis 600 (2) Atomsprengköpfen, die dem europäischen NATO-Oberbefehlshaber unterstellt sind. Die NATO läßt in ihren Rechnungen diese Raketen sowohl aus der Zahl der strategischen Atomraketen, als auch aus der Anzahl der Mittelstreckenraketen in Europa gern herausfallen. Wir kommen somit auf die Gesamtzahl von 5.460 Sprengköpfen seitens der USA (s.Übersicht). Seit Anfang der 80er Jahre wird der älteste U-Boot-Typ (Polaris) durch ein neues Super-U-Boot der Ohio- oder Trident-Klasse ersetzt. Zwischen 1980 und 1981 wurden zehn der alten Polaris-U-Boote ausrangiert. 1985 wurde das dritte Ohio-Boot in Dienst gestellt, insgesamt sollen 15 Stück gebaut werden (es besteht sogar eine Option auf bis zu 30 Boote). Seit 1980 wurde ein neuer Raketen-Typ, die Trident 1 eingeführt. Die neue Rakete hat eine Reichweite von 7.800 km statt bisher „nur" 4.600 km. Damit vergrößert sich das Operationsgebiet (in dem auch die sowjetische U-Boot-Abwehr orten muß) um das Zehnfache auf 14,5 Quadratmeilen Seegebiet, weil sich das Ozeangebiet, von dem diese Raketen jeden Punkt der Sowjetunion bedrohen können, entsprechend mit der Reichweite vergrößert.

Die entscheidende Weiterentwicklung steht noch bevor: die Reagan-Regierung hat die Entwicklung des nächsten Raketen-Typs beschleunigen lassen, um 1989 mit der Stationierung und Umrüstung auf den neuen Typ von Trident-2-Raketen beginnen zu können. Mit einer Reichweite von 10.000 km würde sich das Operationsgebiet der U-Boote noch einmal verdreifachen (auf 42,5 Quadratmeilen), d.h. nahezu auf alle entsprechende Seegebiete des Globus erweitern. Die entscheidende Verbesserung dieser Raketen ist die Endphasenlenkung für die 14 einzelnen Sprengköpfe, die punktgenaue Treffer ermöglichen sollen (s.u.).

len (s.u.).

Frankreich und Großbritannien

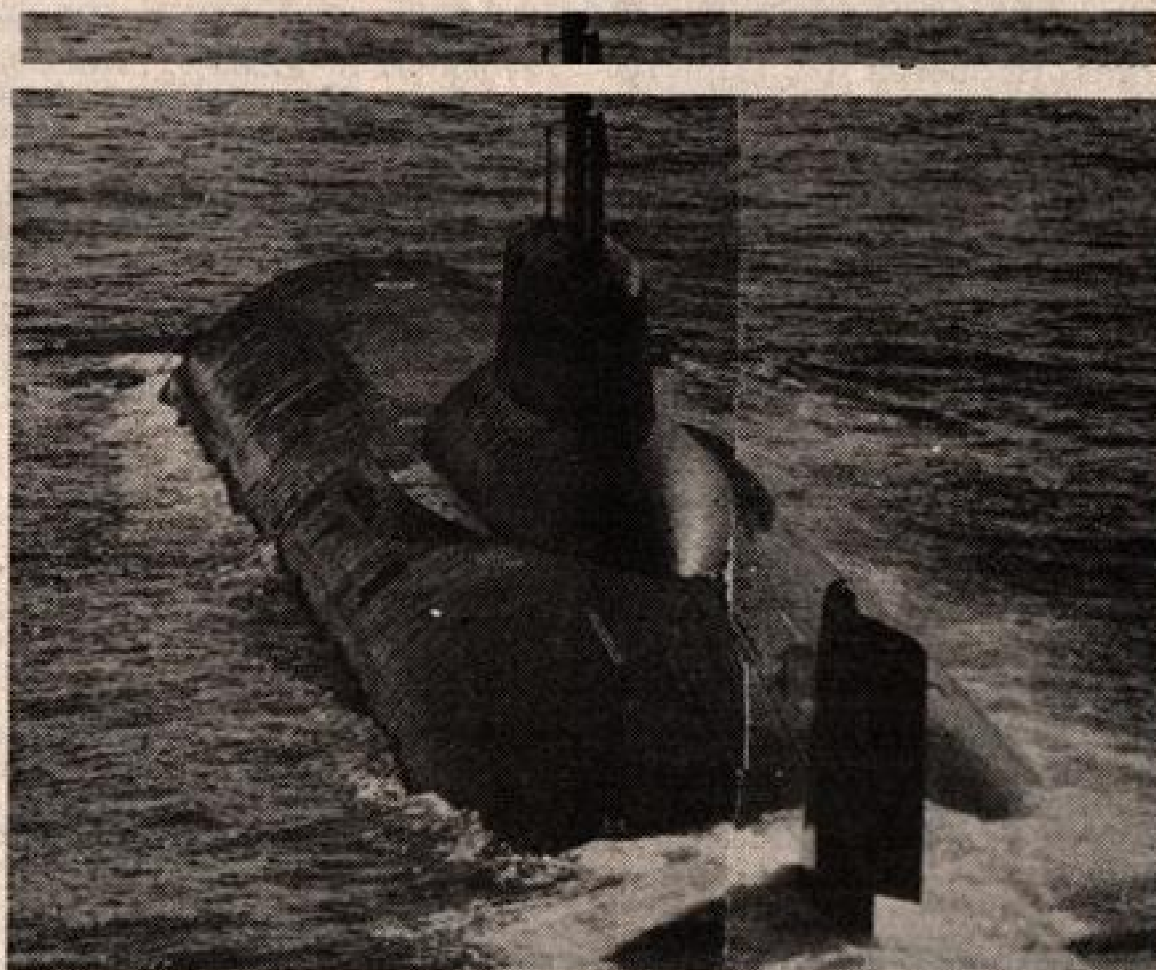
Bei einer Auflistung des westlichen Potentials dürfen die westeuropäische Atomwaffen nicht vergessen werden, wie es ein vielgeübter Trick der NATO-Propaganda ist. Diese Atomwaffen wurden mit Erfolg aus allen Abrüstungsverhandlungen herausgehalten; sie dienten angeblich allein „nationalen Interessen" der „kleinen" Atommächte. Immerhin würden die britischen und französischen seegestützten derzeit 368 Atomsprengköpfe bereits vollkommen ausreichen, um die Sowjetunion in eine atomare Wüste zu verwandeln. Innerhalb der kommenden zehn Jahre soll dieses Arsenal auf (mindestens) 1.216 Atomsprengköpfe anwachsen. Schon heute sprechen Militärstrategen davon, daß man spätestens vom Jahre 2000 an von vier atomaren Großmächten (wenn nicht sogar von acht) sprechen müßte.

Frankreich unterhält derzeit sechs Atom-U-Boote. Das sechste Boot lief 1985 vom Stapel. Es ist mit einem neuen Raketentyp ausgestattet worden. Die Reichweite der Raketen ist von 3.000 auf 4.000 km gesteigert worden. Statt einer Wasserstoffbombe von einer Megatonne kann jede Rakete jetzt sechs Sprengköpfe (je 150 KT) tragen. (Merke: In der Technik verwendet man ganz allgemein den Begriff Kilo (= K) anstelle von Tausender und Mega (M) anstelle von Millionen) In den kommenden Jahren werden sämtliche alten Raketen ausgemustert und durch den neuen Typ ersetzt. Um 1990 kommt ein neues U-Boot hinzu.

Großbritannien hat seit 1968 die veralteten Atombomber durch vier U-Boote der Resolution-Klasse ersetzt. Die USA lieferten die (Polaris-) Raketen, die je drei britische Sprengköpfe tragen (mit je 200 KT Sprengkraft). Jedes Boot ist mit 16 Raketen bestückt. Im Abkommen von Nassau von 1962 war die Raketenlieferung der USA an die Verpflichtung Großbritanniens gebunden, ihre Atomstreitmacht zur See dem NATO-Oberbefehl zu unterstellen. Deshalb wurde sie häufig als „geliehene Atommacht" bezeichnet, allerdings kann Großbritannien diese Raketen auch für eigene Ziele einsetzen. Die Gesamtzahl der britischen Atomsprengköpfe auf Seeraketen beträgt derzeit 192. In den 90er Jahren sollen diese Systeme durch den neuesten US-Raketen-Typ (Trident) und neue U-Boote ersetzt werden. Vorgesehen ist die Ausstattung jeder Rakete mit zehn Sprengköpfen. Großbritannien wird dann 640 seegestützte Atom-

sprengköpfe besitzen. Technisch könnten diese Raketen auch ohne weiteres

sprengköpfe besitzen. Technisch könnten diese Raketen auch ohne weiteres jeweils mit 14 Sprengköpfen bestückt werden, womit sich ihre Zahl sogar auf 896 belaufen würde.



Die sowjetischen Atomraketen zur See

Gegenüber 5.440 Atomsprengköpfen der USA wird für die Sowjetunion heute eine Zahl von 2.813 Sprengköpfen angegeben, die die strategische Atomstreitmacht zur See ausmachen. Beim Wettrüsten in diesem Bereich hinkt die Sowjetunion jeweils rund sechs bis zehn Jahre hinterher.

1958 bereits stationierte die Sowjetunion Flugkörper auf U-Booten. Bei einer Reichweite von 460 km mußten die Boote direkt vor der US-Küste operieren — eine Art Kamikaze-Unternehmen. Spätestens nach dem Abschuß eines Flugkörpers wäre das U-Boot verloren gewesen. 1962, zwei Jahre nach der Indienststellung der ersten Atom-U-Boote mit Raketen durch die USA, testete die Sowjetunion erstmalig einen Raketenstart von einem getauchten U-Boot. 1964 gelang es der SU, eine Rakete von einem atomgetriebenen U-Boot aus abzufeuern. Mit acht Jahren Rückstand, 1978, stationierte die Sowjetunion Raketen mit Mehrfachsprengköpfen auf Atom-U-Booten. Erst 1973 erlangten sowjetische Raketen Reichweiten, die US-Systeme bereits 1964 hatten. Gerade die Entwicklung größerer Reichweiten war für die Sowjetunion von zentraler Bedeutung. Die Beherrschung der offenen See durch die US-Flotten und die Begrenzung sämtlicher der sowjetischen Küste vorgelagerten Gewässer durch Meerengen erforderte eine Raketenreichweite, die einen Abschuß aus ihren Küstengewässern erlaubte. Zwei Raketentypen (die SS-N-18 mit 4.000 bis 5.200 Seemeilen (eine Seemeile entspricht rund 1,8 km) und die SS-NX-20 mit 10.000 km) erfüllen inzwischen diese Voraussetzung. Während die USA von vorneherein, also seit über 20 Jahren, Raketen mit festen Brennstoffen verwendeten, stationierte die Sowjetunion erst jetzt einen Raketentyp mit festem Brennstoff und einem System, das einen Salvenschuß (den Start mehrerer Raketen in Minutenabständen) erlaubt. Ansonsten verwendet die Sowjetunion nach wie vor Raketen mit hochexplosivem flüssigem Brennstoff, der gekühlt werden muß. Solche Raketen können nämlich nur zeitweilig (rund acht Stunden) startbereit gehalten werden. Es wäre schwierig für ein U-Boot, nach einem ersten Schuß mit auch nur einer Rakete noch der gegnerischen U-Boot-Abwehr zu entkommen. Das neue sowjetische U-Boot-System mit den Ausmaßen mittlerer Tanker soll nach Darstellung von NATO-Fachkreisen die Fähigkeit besitzen, unter dem Polarkreis zu operieren und Löcher in die Eisdecke zu stoßen, um von dort aus Raketen zu starten und so der Abwehr zu entgehen. Allerdings behaupten einige Experten, daß die sowjetischen Feststoffraketen immer noch nicht voll funktionsfähig seien, wie es sich aus zahlreichen Fehltests und Stationierungsverzögerungen nachweisen lasse.

Die Operationsfähigkeit strategischer U-Boote — ein Kräftevergleich

In einer Hinsicht besitzt die Sowjetunion Vorteile: Schon in Küstengewässern können die U-Boote die vor gegnerischer Aufklärung sichere Tauchtiefe von 200 Metern erreichen. Bei den verschiedenen US-Stützpunkten müssen bis dahin beträchtliche Strecken von 30 bis 150 Seemeilen zurückgelegt werden (eine Ausnahme ist der Stützpunkt Guam). In jeder anderen Hinsicht sind die USA in erheblichem Vorteil. Von 23 über den Globus verstreuten Stützpunkten sind die offenen Gewässer des Atlantik und Pazifik zu erreichen. Für die Sowjetunion fallen die flachen Ostsee- und Schwarzmeerküsten als Stationierungsräume aus. Sie sind außerdem durch schmale Meerengen von NATO-Ländern begrenzt, die in Kriegszeiten nicht passierbar wären und in Friedenszeiten ein Auftauchen bei „friedlicher Durchfahrt" (nach der Meerengenkonvention) erforderten. Die Hauptstützpunkte für Atom-U-Boote der Sowjetunion sind Poljarny (Nordmeerflotte), Magadan und Petroplawlowsk (Pazifikflotte). Warme Meereströme halten in beiden Regionen zwar die Meere frei, die zeitweise Vereisung der Häfen bedeutet aber eine erhebliche Einschränkung der Operationsfähigkeit. Sowjetische U-Boote müssen auf ihrem Weg vom Stationierungsort Poljarny auf der Kolahalbinsel im Nordmeer aus die Meerengen zwischen Grönland und Schottland passieren, wo die U-Boot-Abwehr der NATO lauert. Erst nach dieser kritischen Passage erreichen sie das Einsatzgebiet im Atlantik. Ähnlich sieht es mit dem Stützpunkt Petropawlowsk auf der Halbinsel Kamtschatka aus. Der Zugang zum Pazifik wird von den Aleuten einerseits und Japan andererseits begrenzt. Die Stärke der U-Boot-Abwehr der NATO (s.u.) macht es im Ernstfalle zu einem ausgesprochen riskanten Unternehmen für sowjetische U-Boote, den freien Pazifik oder Atlantik zu erreichen. Insofern sind sämtliche U-Boote mit entsprechenden Raketenreichweiten der neuesten Typen in den unmittelbar angrenzenden Gewässern, wie der Barentsee und dem Ochotskischen Meer, stationiert. Eine Ausnahme bilden die beiden neuesten Atom-U-Boote der „Typhoon"-Klasse, die, wie gesagt, auch unter dem Polareis operieren können sollen.

Ein weiteres Problem ist die Einsatzfähigkeit. Für die Sowjetunion gibt eine Auswertung der Jahre 1964-73 an, daß nie mehr als 17 sowjetische U-Boote, d.h. durchschnittlich 25% (mit eher abnehmender Tendenz) im Einsatz gewesen seien. Zwar ist die Zahl der sowjetischen U-Boote größer, aber nahezu 50% der US- oder britischen Systeme befinden sich ständig im Einsatz (nach Andreas Pott, 1981). Andere Quellen setzen die Einsatzfähigkeit noch geringer an; Joel Wit spricht von einem Verhältnis von 60%:11% zugunsten der USA (1981). Im Nordatlantik und den angrenzenden Meeren des Polargebietes seien sogar jeweils nur drei bis maximal fünf SU-Boote auf Patrouille, obwohl 70% der strategischen Atomflotte hier angesiedelt sind. Somit sind etwa 20 bis 22 strategische Atom-U-Boote der NATO mit Atomraketen ständig im Einsatz gegenüber maximal 10 bis 17 seitens der Sowjetunion. Ein Grund dafür ist, daß die Sowjetunion pro Boot lediglich eine ausgebildete Crew zur Verfügung hat, während die NATO jeweils eine zweite Ersatzmannschaft bereit hält. Die technische Einsatzfähigkeit der US-Boote ist inzwischen sogar noch gesteigert worden. Die ausgemusterten Polaris-U-Boote hatten Einsatzzeiten bis zu 55%, die der Ohio-Boote sollen 70% erreichen.

Zielgenauigkeit

Seegestützte Raketen galten anfangs in den 60er Jahren ausschließlich als atomare Vergeltungswaffen. Sie würden einen Atomschlag überleben können und andererseits war die Zielgenauigkeit (mit Abweichungen von ein bis zwei Kilometern) zu gering, um meterdick verbunkerte strategische Stellungen des Gegners tatsächlich zerstören zu können. Auf den Raketen waren Wasserstoffbomben mit einer Sprengkraft von einer halben bis mehreren Megatonnen (herkömmlichen Sprengstoffs) installiert, um Bevölkerungszentren vernichten zu können. Ihre Sprengkraft überstieg in jedem Falle mehr als die dreißigfache Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe. Diese Systeme waren mit ihrer Überlebensfähigkeit ein wesentlicher Grundpfeiler der allgemeinen Ansicht, daß die USA und die Sowjetunion in jedem Falle die Fähigkeit der gegenseitigen Vernichtung besäßen. Diese Abschreckungsphilosophie war die Grundlage der „Entspannungspolitik" in den 60er Jahren. Die derzeitigen US-Raketen auf U-Booten übertreffen in ihrer Zielgenauigkeit inzwischen sämtliche sowjetischen Raketen, d.h. auch die landgestützten. Bei der Zielgenauigkeit gibt es jeweils nur noch einen Unterschied von 25% bis maximal 35% zugunsten der Landraketen und dies gilt sowohl für die USA, als auch für die Sowjetunion. Das neueste Raketen-System auf See erreicht in etwa jeweils die Treffgenauigkeit der vorherigen Generation einer Landrakete. Die älteren Poseidon-Raketen der USA treffen mit 500 Metern mittlerer Zielgenauigkeit besser als die landgestützte Minuteman II, die neue Tridentrakete übertrifft mit 300-500 Metern die Trident III. Die vorletzte Sowjet-Rakete, die seit 1978 in Dienst gestellt wird, erreicht 600-800 Meter als mittlere Trefferwahrscheinlichkeit. Dabei gelten die Angaben über die Treffgenauigkeit für die maximale Reichweite. Wird die Flugbahn verkürzt, wird also aus geringerer Entfernung geschossen, so wächst die Zielgenauigkeit entsprechend. Immerhin waren die Vorläufer der neuen US-Mittelstreckenraketen in Europa auf See in europäischen Küstengewässern stationiert. Kriegsminister Rumsfeld bescheinigte 1976 der britischen Polaris-Flotte und den 400 Poseidon-Sprengköpfen, die dem NATO-Oberbefehlshaber für Europa unterstellt wurden, „beträchtliche Fähigkeiten für vorgeplante Schläge gegen verschiedene Ziele auf dem Kriegsschauplatz". Bereits zur Präsidenten-Zeit Johnsons gab es für die seegestützten Raketen die Option einer Einsatzplanung gegen militärische Ziele des Gegners. Auch die sowjetischen Raketen könnten heute zweifellos dazu verwendet werden, um selbst extrem verbunkerte militärische Einrichtungen zu

zerstören. Faßt man alle Qualitätsunterschiede, die Anzahl und Treffgenauigkeit zusammen, um die unter-

zerstören. Faßt man alle Qualitätsunterschiede, die Anzahl und Treffgenauigkeit zusammen, um die unterschiedliche Fähigkeit zu berechnen, militärische, „atomsicher" verbunkerte Stellungen des Gegner zu zerstören, dann kommt man derzeit zu einem Verhältnis von nahezu 10:1 zugunsten der USA bei seegestützten Raketen (lt. SIPRI-Angaben von 1979).

Von der Vergeltungs- zur Erstschlagswaffe

Der entscheidende Durchbruch bei der Zielgenauigkeit für seegestützte Raketen (dies gilt ähnlich auch für andere Stationierungsarten) steht aber noch bevor. Bei entsprechender Zielgenauigkeit bieten gerade seegestützte Raketen sogar entscheidende Vorteile bei einem Atomschlag. Damit würde sich die Funktion von einer ausschließlichen Vergeltungswaffe in das direkte Gegenteil verwandeln. Seegestützte Raketen können zum einen aus allen erdenklichen Richtungen (je nach Standort des U-Bootes) ihr Ziel anfliegen. Wichtiger ist die Verkürzung der Flugzeit, die bei Interkontinentalraketen eine halbe Stunde beträgt. Eine Vorwarnzeit von 25 Minuten ermöglicht noch einen Raketenstart, bevor die Silos zerstört würden. Seeraketen haben je nach Stationierungsort eine Flugdauer von nur 10 bis 15 Minuten oder noch weniger auf „gedrückten (niedrigeren) Flugbahnen", was jede Gegenreaktion ausschließen würde.

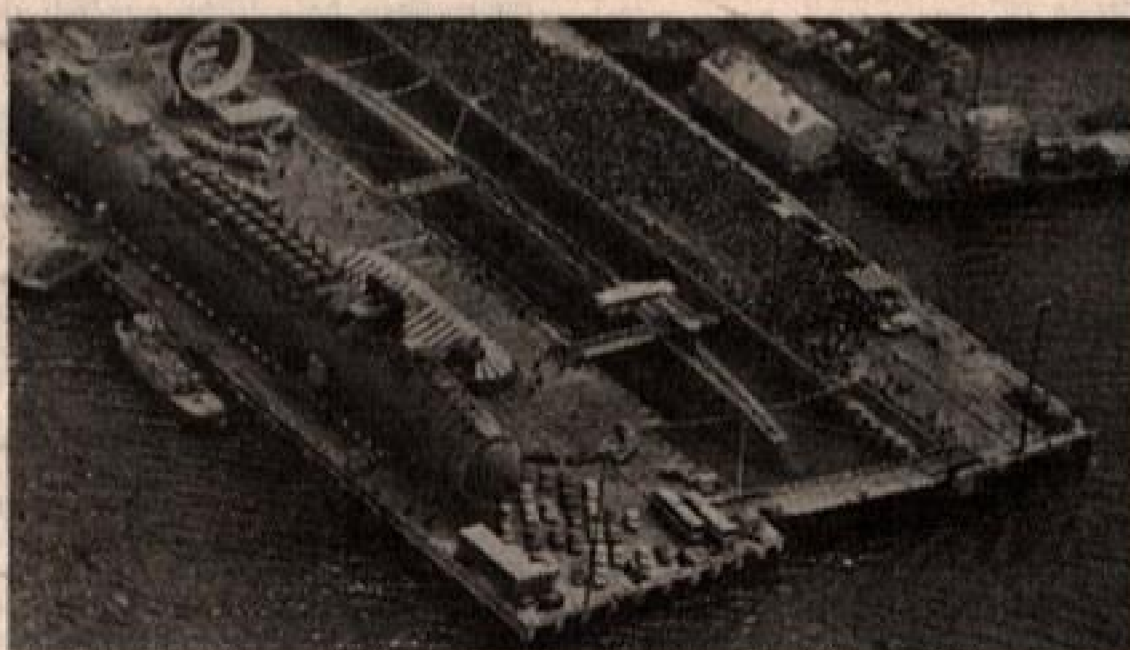
In den nächsten Jahren wird das US-Satelliten-System NAVSTAR in den Weltraum gebracht. Per Funk kann dann jedes Gerät, also auch eine Rakete oder ein Sprengkopf, seine Position etc. bestimmen. Dieses System kann und soll die Zielgenauigkeit sowohl der Trident I als auch der kommenden Generation auf unter 100 Meter mithilfe entsprechender Nachsteuerung herunterdrücken.

Seit Ende der 60er Jahre arbeiten die USA an steuerbaren Sprengköpfen. Asymetrische Sprengköpfe können nach ihrem Wiedereintritt in die Atmosphäre durch Gewichtsverlagerung wie ein Surfbrett auf dem Wasser gesteuert werden. Seit Beginn der 80er Jahre werden Systeme erprobt, die mithilfe von Sensoren das Zielgebiet abtasten und ansteuern sollen, womit dann die Zielgenauigkeit auf unter 30 Meter fallen würde. Die ab 1989 zur Stationierung vorgesehene Trident-II-Rakete soll damit ausgerüstet werden. Ursprünglich wurde die Entwicklung damit gerechtfertigt, daß man einer so-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wjetischen Abwehrrakete ausweichen können müsse. Das war nachweisbar eine Lüge. Das Steuersystem arbeitet erst auf den letzten 60 km Anflug eines Sprengkopfes, der dann mit 20-facher Schallgeschwindigkeit auf sein Ziel zusteuert. Eine Abwehrrakete hat dann sowieso keine Abwehrchance mehr. Schon Präsident Carter erklärte 1979 dazu: „Die Trident II (...) könnte mit ihrem bedeutenden Zerstörungspotential für harte Ziele als Erstschlagswaffe gegen zeitkritische Ziele aufgefaßt werden". 6.300 solcher Waffen wollen die USA schließlich stationieren, über 4.000 davon sind jederzeit einsetzbar.



Die U-Boot-Abwehr von NATO und SU

Beschwört die NATO den Schrecken der Roten Flotte auf allen Weltmeeren, wird dabei Entscheidendes außer acht gelassen. Im Ernstfalle wäre es wohl kaum das wichtigste, ob man in Friedenszeiten eine stolze Atom-Seekriegsarmada besessen hatte. Man muß sie auch noch im Kriegsfall besitzen, der gegnerischen Abwehr also entziehen und man muß außerdem sie per Funkkontakt unter Wasser dirigieren können. Und gerade hier kommt bei einem Kräftevergleich die Tatsache zum Tragen, daß die USA und NATO weltweit die Meere beherrschen und überall Stützpunkte besitzen, während die Sowjetunion mit der Schwierigkeit konfrontiert wäre, ihre Flotte aus ihren Randmeeren herauszubekommen und sich dort schützen zu können. Etwas vereinfacht dargestellt, ist das Kräfteverhältnis hier so, daß die Sowjetunion zwar feste strategische Einrichtungen (wie die Stützpunkte und Funkanlagen) der NATO angreifen könnte, ansonsten aber die U-Boot-Abwehr der NATO einseitig die sowjetische Flotte und zudem wohl jedes Schiff bedrohen kann. Schon 1978 behauptete US-Admiral Rickover, „daß trotz der 1.500 Sechzig-Tage-Patrouillen, die von den 41 US-Polaris (und Poseidon) U-Booten seit ihrem Anfang im Jahre 1960 ausgeführt wurden, die Sowjetunion nicht eines von ihnen entdeckt hat. (...) Die Marine behauptete andererseits, daß sie sowjetische (...) U-Boote dank ihrer eigenen elektronischen Überwachung und der Geräuschentwicklung sowjetischer Boote

rerseits, daß sie sowjetische (...) U-Boote dank ihrer eigenen elektronischen Überwachung und der Geräuschentwicklung sowjetischer Boote

verfolgen kann." (3)

Innerhalb von sechs Jahren, bis zum Jahre 1983, hat das US-Militär zur Perfektionierung dieser Systeme allein 46,2 Mrd. Dollar ausgegeben.

Bei der U-Boot-Erkennung ist nach wie vor das Hauptmittel die Erfassung der Schallgeräusche, die sich im Meer ausbreiten. Ältere Systeme messen den Schall der Motoren und Generatoren, neuere die Geräusche bei der Wasserverdrängung der schnell fahrenden Boote. Da nicht nur U-Boote Geräusche aussenden, ist es von zentraler Bedeutung, diese Geräusche herausfiltern zu können. Dafür steht bei der US-Abwehr der größte Elektronenrechner der Welt zur Verfügung, dessen Kapazität ca. 64 Großrechnern entspricht. Inzwischen wurden neuere Systeme entwickelt oder bereits erprobt, wie die Vermessung des Meeres mithilfe von Lasern auf Satelliten und Flugzeugen, die Vermessung der Änderung des Magnetfeldes durch ein U-Boot oder die Messung der Wärmeabstrahlung eines U-Bootes.

Bereits in den 60er Jahren entwickelten die USA das System von Unterwasserhorchketten (SOSUS). Diese Horchketten sind an allen Engpässen zu finden, die sowjetische Boote passieren müßten, um die Ozeane zu erreichen: SOSUS-Ketten liegen zwischen Grönland, Island und Schottland und in der Nordnorwegen-See, an der Meerenge von Gibraltar und vor den Meerengen der Pazifikflotte der Sowjetunion. Diese Ketten sollen feindliche U-Boote mit einer Genauigkeit von 80 km orten und melden.

Ein festinstalliertes Horchkettensystem ist in Friedenszeiten anfällig für Gegenmaßnahmen und kann in Kriegszeiten vom Gegner zerstört werden. Dies ist aber auch nur eines von mehreren Systemen. Daneben gibt es ein mobiles System (SURTASS). Dabei wird ein 1,8 km langes Kabel mit Hydrophonen von zehn bis zwölf „zivilen" Schiffen in langsamer Fahrt geschleppt. Seit 1983 werden entsprechende Schiffe in Dienst gestellt. Mehrere Millionen Quadratkilometer offener See oder auch an die Sowjetunion grenzende Gebiete können damit überwacht werden. Aber auch dieses System ist für Konfliktfälle ungeeignet.

In diesem Fall sollen Seeaufklärer ganze Teppiche von Überwachungsbojen auch vor der gegnerischen Küste abwerfen, die sich am Meeresboden verankern und ihre Ortungsdaten an ein Flugzeug oder eine Küstenstation übertragen.

abwerfen, die sich am Meeresboden verankern und ihre Ortungsdaten an ein Flugzeug oder eine Küstenstation übertragen.

Unter dem Polareis operierende U-Boote, wie z.B. das sowjetische Typhoon-Boot, können allerdings nur durch Kampf-U-Boote angegriffen werden. Von 1983 an wurde alle US-Boote der neusten „Los-Angelos"-Klasse dafür ausgerüstet. Bis 1989 ist bereits der Bau von 62 Booten dieser Klasse vorgesehen. Mit einem neuen Typ ab 1989 wollen die USA das Ziel von 100 Kampf-U-Booten erreichen. Der jetzige Typ brachte eine Verdoppelung des Torpedo-Raumes für 50 bis 60 modernster Torpedos. Die Fähigkeiten zur U-Boot-Erfassung wurden ebenfalls erheblich verbessert.

Auf offener See sind Flugzeuge die Hauptmittel zur Bekämpfung von U-Booten. Jedes größere Kriegsschiff verfügt dafür über mindestens einen Hubschrauber. Propeller- und Düsenflugzeuge mit großem Radius können in weniger als einer Stunde ein Horchteppich aus Sonarbojen von einigen hundert Quadratkilometern auslegen. Ein einmal ausgemachtes U-Boot besitzt gegenüber solchen Spezialflugzeugen keine Chance mehr und hat keine Abwehrmöglichkeiten. Die USA verfügen über 400 U-Boot-Abwehrflugzeuge großer Reichweite vom Typ P-3 Orion, 280 sind ständig im Einsatz. Derzeit werden jährlich zwölf Flugzeuge eines neueren Typs angeschafft. Die Maschinen sind vor allem auf Flugzeugträgern stationiert. Hinzu kommen noch 600 landgestützte Flugzeuge. Die Sowjetunion hingegen hält ca. 140 Flugzeuge im Einsatz (nach Pott).

In den Jahren 83-85 gaben die USA 350 Mio. Dollar für die Anschaffung von 1000 CAPTOR-Minen aus, die gegnerische U-Boote bis in Tiefen von 760 Metern wie ein Torpedo aufspüren und verfolgen können. 500 Stück reichen, um von Flugzeugen abgeworfen, eine Sperre zum Atlantik aufzubauen, sie können feindliche Boote von eigenen unterscheiden. Derzeit wird an einer Art „Wundermine" geforscht, die per Funk geschärft oder entschärft werden kann. Neben Minen gibt es ein ganzes Arsenal von zielsuchenden U-Boot-Abwehrwaffen, von Torpedos, Wasserbomben, Abwurfdrohnen und Lenkwaffen. Neueste Torpedos haben eine Reichweite von 46 km und erreichen eine Tiefenwirkung von 1.000 Metern.

Atomkrieg zur See

Atomkrieg zur See

Die meisten U-Boot-Bekämpfungsmittel können nicht nur konventionell, sondern heute genauso gut atomar bestückt werden. Als vor einigen Jahren ein sowjetische U-Boot in den schwedischen Schären auflief und auftauchen mußte, machte die westliche Presse Sensationsschlagzeilen mit der Behauptung, daß dieses U-Boote mutmaßlich atomare Kampfmittel an Bord hätte, daß die NATO diese längst besitzt, wurde verschwiegen. Auf See, wo weniger Nebenschäden zu befürchten sind, könnten Atomwaffen tatsächlich in den Augen der Militärs die „moderne Artillerie" darstellen, wie es Adenauer verharmlosend für die Atombomben für die Bundeswehr seinerzeit äußerte. Eine unter Wasser gezündete Wasserstoffbombe mit einer Megatonne zerstört alle U-Boote in 50 Quadratkilometer Umkreis. Auch darüber hinaus lösen Druckwellen erhebliche Zerstörungen aus. Nach US-Berechnungen könnten 60 Wasserstoffbomben mit je 27 Megatonnen sogar sämtliche U-Boote in der Barents und der Kara-See ausschalten und damit 90% der sowjetischen Flotte treffen. Gerade der Seekrieg dürfte wohl die niedrigste Schwelle zum Übergang zu einem Atomgefecht besitzen. Auch die Sowjetunion könnte, wenn auch nicht auf die gesamte US-Flotte, so doch auf einzelne Flotten- oder Flugzeugträgerverbände erfolgreich abzielen. Gerade die mangelnde Fähigkeit der SU, ihre Atomstreitmacht zur See bzw. überhaupt ihre Flotte in einem direkten Seekrieg zu schützen, beschwört ebenso wie Erstschlagsmöglichkeiten der USA gegen zumindest große Teile der sowjetischen Flotte eine mögliche Eskalation herauf, wenn Begrenzungen eines Konfliktes durchbrochen würden.

dsm und Überarbeitung von HH

Anmerkungen

(1) Die großen Probleme, ständigen Funkkontakt zu U-Booten zu halten, werden in diesem Artikel nicht behandelt. Man braucht dazu Antennenanlagen mit Wolkenkratzerausmaßen, bzw. kilometerlange Funkanlagen, die Flugzeuge über Wasser schleppen. Trotzdem bräuchte man für Funkkontakte in größeren Tiefen noch größere Anlagen. Nach 24 Stunden ohne Kontakt kann ein U-Boot keine exakte Positionsbestimmung mehr vornehmen und nur noch entsprechend ungenau Ziele ins Visier nehmen. Falls auch im aufgetauchten Zustand kein Kontakt mehr zustandekommt, hat ein US-Kommandant den vermeintlich „erforderlichen" Vergeltungsschlag auszuführen. Das beschrieb SIPRI-Chef Barnaby im Spiegel (Nr. 49/1984): Der Kommandant eines Atom-Bootes muß lediglich bürokratische Hindernisse überwinden, um die Raketen zum Abschuß bringen zu können. Eine äußere Mechanik, wie die Übermittlung eines entsprechendes Funkschlüssels, ist dazu nicht erforderlich. Der Kapitan eines solchen Bootes, der über den nuklearen Schlüssel verfügt und/oder der Funker, der Abschlußbefehl empfängt oder empfangen haben will, sind theoretisch in der Lage, den Nuklearkrieg „auf eigene Faust" auszulösen. Denn es soll ja auch noch funktionieren, wenn ansonsten zu Land schon alles in Schutt und Asche liegt.

(2) Die genaue Zahl der Atomsprengköpfe läßt sich nicht exakt ermitteln. Die Polaris-Raketen können bis zu 14 Sprengköpfe pro Rakete tragen, bei größeren Sprengköpfen allerdings weniger. Wir folgen hier der Rechnung des Stockholmer SIPRI-Instituts, die im Durchschnitt mit 10 Sprengköpfen pro Rakete

ßeren Sprengköpfen allerdings weniger. Wir folgen hier der Rechnung des Stockholmer SIPRI-Instituts, die im Durchschnitt mit 10 Sprengköpfen pro Rakete

rechnen. Sonst käme man auf eine Zahl von über 1.200 zusätzlichen Sprengköpfen.

(3) „Sowjetboote und das gilt auch für die neueren Baureihen, sind lauter als amerikanische. Mit dem Lärm ‚eines Betonmischers' durchflügen sie die Weltmeere, notierte Tom Buckley, Militärkorrespondent der ‚New York Times'. Die Sowjets legen mehr Wert auf Schnelligkeit als auf Geräuschdämpfung. Als technisches Nonplusultra, was die Geräuscharmut angeht, gelten die amerikanischen U-Boote der Trident-Klasse. Jedes einzelne Gerät an Bord wurde mit einer Schalldämpfung montiert, jedes Deck wiederum schalldämpfend im Bootskörper aufgehängt. ‚Mit diesem Boot', so erklärte Konteradmiral Albert L. Kelln, ehedem Koordinator des Trident-Programms, ‚läßt sich jede bisher bekannte und technisch vorhersehbare U-Boot-Abwehrmaßnahme austricksen'. Die Chance, ein Trident-U-Boot mit den eigenen amerikanischen Horchketten wahrzunehmen, gehe, so ein Experte bei einer Zulieferfirma für Sonargeräte, ‚gegen Null'." (Spiegel, Nr. 46/1983)

Literatur:

Andreas Pott, Sicherheit durch seegestützte Abschreckung?, ISFH-Forschungsberichte, August 1981

Gert Krell/Dieter S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1980

Joel S. Wit, Systeme zur U-Bootbekämpfung, in: „Spektrum der Wissenschaft", 1981

Friedrich Korkisch, Die Nuklearstrategie der USA, Teil II, in: „Österreichische Militär Zeitschrift", Heft 4/1983

SIPRI Jahrbücher 1981/82, 1982/83, 1984

Randall Forsberg, Stopp der Atomrüstung — Für und Wider, in: „Spektrum der Wissenschaft", 1/1983

Les Aspin, Die Überwachung von SALT II, in: „Spektrum der Wissenschaft", 4/1979

Herbert York, Atomraketen mit Mehrfachsprengköpfen, in: „Spektrum der Wissenschaft", 11/1983

Klaus Peterelt, Die Seemine, in: „Wehrtechnik", 5/1985

Wolfgang Laude/Armin Winckler, Torpedos, in: „Wehrtechnik", 5/1985

Admiral a.D. Worth H. Bagley, Seemacht — Vernachlässigte Möglichkeit zur Neubelebung der NATO-Strategie, in: „Internationale Wehrrevue", 4/1978

Gowri S. Sundaram, Sonarbojen und Tauchsonargeräte für die flugzeuggestützte U-Abwehr, in: „Internationale Wehrrevue", 3/1983

Norman Friedman, Taktische U-Abwehr — Neue Lösungen für alte Probleme, in: „Internationale Wehrrevue", 3/1983

ders., Das US-Angriffs-U-Boot der nächsten Generation, in: „Internationale Wehrrevue", 4/1984

Rolf Hallerbach, Die „Kontrollierte Mine" gehorcht der Stimme ihres Herrn, in: „Europäische Wehrkunde", 10/1985

Dirk Horten, Das U-Boot: Ein Werkzeug der taktischen Überraschung, in: „Europäische Wehrkunde", 10/1985

„Horch-Krieg unter Wasser", in: „Spiegel" Nr. 46/1983

„Mehr als erlaubt", in: „Spiegel" Nr. 22/1985

„Mit Feststoff ins Herz der USA", in: „Spiegel" vom 18.2.1983

„Eine ‚gewaltige Herausforderung' für die USA", in: „Spiegel" Nr. 23/1980

„Die sowjetische Bedrohung überwinden", in: „Spiegel" Nr. 22/1981

Armin Wetterhahn, Die neuen sowjetischen strategischen Unterseeschiffe der Taifun-Klasse, in: „Internationale Wehrrevue", 4/1984

Jean Labayle-Couhat, Die sowjetische Marine 1984, in: „Marine Rundschau" 1/1984

Siegfried Breyer, Neue Entwicklungen der sowjetischen Kriegsmarine 1983/84, in: „Marine Rundschau", 11/1984

Dieter S. Lutz/Andreas Pott, Die sowjetische Rüstung zur See: Offensiv oder defensiv?, In: „Friedensanalysen" Bd. 11, Frankfurt a.M. 1980

Rüstung zur See: Offensiv oder defensiv?, In: „Friedensanalysen" Bd. 11, Frankfurt a.M. 1980

Norman Polmar, Das Trident-Raketen-Atom-U-Schiff-System, in: „Marine Rundschau" 10/1977

Waldemar Feldes, Taktik und Technik des Minenkampfes zur See, in: „Europäische Wehrkunde", 2/1985

William M. Rose, Submarine vs. Anti-Submarine, The Billion-Dollar-Merry-Go-Round, in— „Bulletin of the Atomic Scientists", 4/1975

Heiko Leipold, Strategische ASW-Systeme im Dilemma?, in: „Marineforum", 8/1977

Christoph Bertram/Johan J. Holst, New Strategic Factors in the North Atlantic, Oslo/Guildford 1977

Ashton B. Carter, Gefechtsführung im Nuklearkrieg, in: „Spektrum der Wissenschaft", 3/1985

Walter Jablonski, Eine neue Dimension der Seekriegführung: Das ozeanüberspannende Sensoren-Waffen-Netz, in: „Europäische Wehrkunde", 1/1981

Robert C. Aldridge, Erstschlag! Die Strategie des Pentagon für den Atomkrieg, Werkhaus Verlag, 1984

	Name	Reichweite (km)	Vorh. Anzahl	Sprengkraft	Sprengköpfe/ Rakete	Zielgenauigkeit CEP (Meter)	Bemerkungen	Stationiert auf Boots-Typ
USA (Stand Mitte 1983) 5.460 Sprengköpfe 597 Raketen 37 Atom-U-Boot	Poseidon	4.600	304	40 KT	14 MIRVs	560	Fester Treibstoff Strahlungsgehärtet Eindringhilfen	19 Poseidon-Boote je 16 Raketen
	Trident-1	7.400	240	100 KT	8 MIRVs	460	Fester Treibstoff Strahlungshärtet Eindringhilfen	12 Poseidon-Boote je 16 Raketen 2 Trident-U-Boote je 24 Raketen
UdSSR (Mitte 1983) 2.813 Sprengköpfe 998 Raketen 78 U-Boote	SS-N-5	1.300	48		1	3.700	Flüssiger Treibstoff	13 Golf- und Hotel-U-Booten (Dieselantrieb)
	SS-N-6	2.400 (Mods 1&2) 3.000 (Mod 3)	453 (total)	1-2 MT 350 KT	1 3 MRVs	1.850	Flüssiger Treibstoff	28 Yankee-1-Atom-U-Boot 1 Golf-4-U-Boot (Diesel)
	SS-N-8	8.000	267	1 MT	1	1.560	Flüssiger Treibstoff	16 Delta-1, 4 Delta-2 1 Hotel-3, 1 Golf-3 (Diesel)
	SS-NX-17	3.100	12	1 MT	1	930	Fester Treibstoff	1 Yankee-2-Atom-U-Boot
	SS-N-18	8.300	208 (total)	200 KT 450 KT	3 MIRVs 1	1.410 1.400	Flüssiger Treibstoff	13 Delta-3-Atom-U-Boote
Frankreich (1985) 176 Sprengköpfe 96 Raketen 6 Atom-U-Boote	M-20	4.000	80	1 MT	1	800	Fester Treibstoff	5 Atom-U-Boote
	M-4	3.000	16	150 KT	6	300	Fester Treibstoff Eindringhilfen	1 Atom-U-Boot (L'Inflexible)
Großbritannien (1985) 198 Sprengköpfe 64 Raketen 4 Atom-U-Boote	Polaris	4.600	64	200 KT	3		Fester Treibstoff	4 Resolution-Atom-U-Boote

Die Siege des Michael Stamm

Hessisches Szenario: Orte der Handlung eine Straße in Frankfurt und ein Landtagsgebäude in Wiesbaden. Günter Sare tot, vom Wasserwerfer überfahren, ermordet, schreibt Jutta Ditfurth. Generalprobe zur ,,Weltpremiere'' rot-grüne Koalition. Was macht das Premierenensemble? Es probt weiter und läßt — außerparlamentarisch selbstverständlich — Dany alternative Moral predigen, derweil parlamentarisch Zündstoff vermieden wird. Ersatzhandlung: Zustimmung zum nichtparlamentarischen, ,,unabhängigen Gutachter'' und Untersucher Erkel, bewährt als Mitarbeiter des Schleyer-Krisenstabs 1977. Ergebnis: ein unabhängiger Vertuschungsbericht.

2. Szene. Wechsel des Bühnenbilds: Grüne Landesversammlung in Friedberg. Allseits Empörung und/oder Betroffenheit über das erwartungsgemäße Ergebnis. Die Fundis, schwer in Anti-Staatsschulungen, libertäre oder gewaltfrei-anarchistische Debatten verstrickt, schleifen die Messer, um die Koalitionsscharte auszuwetzen: Wintersteins Rücktritt als Torpedo gegen die Koalition. Stunde der Rache? Die Retter: Rolf Ascheberg (ISP) und vier weitere Antragsteller, stamminspiriert und mehrheitsfähig. Kern ihres Vorschlags: radikal im Geiste, gemäßigt in der Sache. Nebensächlich der Inhalt: 1. Der Erkel-Bericht vernebele, statt aufzuklären. 2. Das hätten die Grünen vorher wissen können (Selbstkritik). 3. SPD, CDU und FDP seien sich in diesem Falle einig. 4. Da sieht man's mal wieder, mit denen ist parlamentarisch keine Aufklärung möglich. Daher machen die Grünen ein außerparlamentarisches Tribunal über Umstände und Hintergründe des Todes von Günter Sare. Realistisches Aufatmen, echt ministrabel und zustimmungsfähig.

Szene 3. Erneuter Wechsel des Bühnenbilds: Unfreundlicher Tagungsraum in einem unökologischen Betonhochhaus in Wiesbaden. Sieben abgeordnete Realos stecken in der Mittagspause — während der eine Fundi essen gegangen ist — die Köpfe zusammen, tuscheln und lachen. ,,Mit den parlamentarischen Instrumentarien kann keine Aufklärung erreicht werden'', so der Friedberger Beschluß. Aus, Schluß, erledigt.

Szene 4. Neues Bühnenbild, ein Arbeitszimmer mit Schreibmaschine in einer Privatwohnung in Idstein oder Marburg. Zwei der grünen Antragsteller, Rolf Ascheberg und Brigitte Stumm, verfassen eine Pressemitteilung. Die grünen Realos im Landtag hätten, so formulieren sie, den ,,mehrheitlich verabschiedeten Antrag gänzlich mißverstanden''. Schließlich habe der Antrag begründet, daß parlamentarische Aufklärung aufgrund der Mehrheits- und Kräfteverhältnisse nicht durchsetzbar sei. Handlungsverweis: ,,Aber deshalb braucht man ja nicht darauf zu verzichten, das, was man für richtig hält, auch weiterhin deutlich zu sagen''.
Ob da noch was deutlich gesagt wurde? Open end.







„Links blinken, rechts handeln"

Was aber hat das mit Michael Stamm zu tun, jenem Ex-MGler, der zusammen mit Ex-KBlern aus der Ex-Z-Gruppe die Ex-ISP gegründet hat, deren Reste er publizistisch in die grüne Zeitschrift ,,Kommune'' vom Ex-KBW überführt hat? Stamm hat im Juni 1985 erstmals auf einer GAL-Mitgliederversammlung in Hamburg den Vorschlag einer bedingungslosen

KBW überführt hat? Stamm hat im Juni 1985 erstmals auf einer GAL-Mitgliederversammlung in Hamburg den Vorschlag einer bedingungslosen

Wahl eines SPD-Kanzlers plus Haushalt bei zweijähriger Probezeit gemacht. Die gut zwanzig Zustimmungen konnten ihn ebensowenig bremsen, wie die gleiche Stimmenzahl auf dem grünen Parteitag in Hagen. Das sei nicht viel, aber ein Anfang, so Stamm zufrieden und überzeugt davon, daß angesichts spürbaren Drucks des kleineren Übels Gegner und Zweifler zunehmend auf diesen Vorschlag als Alternative zur Koalition einschwenken werden. Der grüne Fundamentalismus sei nämlich nur um den Preis des Untergangs der Grünen als Parlamentspartei durchzuhalten, weil ein erheblicher Teil der grünen Wählerbasis die Ablösung der Kohl-Regierung einklagen werde. Nötig sei daher die parlamentarische Entlastung der Grünen von der ,,Machtfrage'' und dem Druck, Durchsetzungserfolge vorweisen zu müssen. Während ,,wir uns unsere Regierung selber wählen'' (Stamm), würde den Grünen gleichwohl die Oppositionsrolle ermöglicht und sie könnten befreit vom parlamentarischen Druck ihre Inhalte und außerparlamentarische Orientierung wieder stärker entfalten.

Argumentativ links drapiert bietet sich der Stamm-Vorschlag als einzig realistische Alternative zum Machtbeteiligungskurs an, Realpolitik in fundamentaler Absicht sozusagen. Die Aschebergsche ,,Rettung'' der hessischen Realos ist eine Konsequenz dieser Politik. ,,Links blinken, rechts handeln'' wurde diese Taktik bereits 1983 intern in der damals noch bestehenden ISP genannt.

So sehr links sich der Stamm-Vorschlag zu geben versucht und von seinen Anhängern großenteils sicher auch so verstanden wird, so wenig hat er mit der Ermöglichung linker Politik in den Grünen zu tun. Die hessischen Stamm-Anhänger haben bei ihrem Antrag im Übereifer auch noch das Linksblinken vergessen und nur aus der Logik der Rettung der grünen Partei argumentiert, die in diesem Fall mit der Rettung der Koalition identisch war. Ihre Antragsbegründung wendet sich explizit gegen das Vorgehen der Fundis. Die Forderung nach Wintersteins Rücktritt würde unvermeidlich den Bruch der Koalition, Neuwahlen, eine verheerende Wahlniederlage der Grünen, Stabilisierung der SPD, möglicherweise gar Regierungsübernahme durch die CDU und eine aussichtslose Ausgangslage der Grünen bei der Bundestagswahl zur Folge haben. ,,So jedenfalls ist der realpolitische Ministerflügel in der grünen Partei nicht zurückzudrängen — es sei denn zum Preis der Niederlage der gesamten Partei''. Konsequenz: Vermeidung parla-

flügel in der grünen Partei nicht zurückzudrängen — es sei denn zum Preis der Niederlage der gesamten Partei''. Konsequenz: Vermeidung parla-

mentarischer Konflikte und Verlegung des Handelns ins Außerparlamentarische (Tribunal). Allerdings mit dem Schönheitsfehler versehen, daß auch der unbefangenste außerparlamentarische Beobachter nicht auf die Idee kommen kann, die Grünen würden dieses Handlungsfeld ernsthaft bestellen. Vielmehr ist für jeden ersichtlich das grüne Bemühen, sich ein unangenehmes Problem vom Halse zu schaffen. Wer in Hessen soll denn diesem Sauhaufen (pardon) abnehmen, daß hier eine Strategie der Radikalisierung der eigenen Anhängerschaft (so verschiedene Stamm-Interpreten) oder auch nur des ,,Stachels im Fleisch' (Stamm) der SPD verfolgt werde oder auch nur möglich ist?

Aufklärung der Unaufgeklärten

Emsig werben die Reste der ISP in den grünen Blättern für die bedingungslose SPD-Wahl und einen grünen Diskussionskongreß ohne Abstimmungszwang noch in der Mitte dieses Jahres. Ganz Eifrige haben in Bayern sogar eine ,,Initiative unbedingte Tolerierung'' auf der Basis des Stamm-Vorschlags gegründet.

All diesen Vorschlägen gemeinsam ist ein schreiender Widerspruch. Gesucht wird eine Taktik, die den Wählerwillen, der ,,im geringen Unterschied den großen Gegensatz'' sieht und deshalb vorrangig die Wenderegierung abwählen will, Rechnung trägt durch bedingungslose Kanzlerwahl (so Horst Eckert und Friedhelm Tielesch in den ,,Stachligen Argumenten'' der AL Westberlin), weil diese Wähler nun mal nicht über diesen geringen Unterschied aufzuklären sind. Eine Taktik, die nach der so erreichten Abtrennung der Machtfrage von den grünen Inhalten, nach der Zustimmung zum Haushalt bei gleichzeitiger Opposition gegen seine Vollzugsinhalte, eine ,,gewissenhafte Aufklärung'' der Wähler fordert, *,,daß es sich hierbei nicht um eine opportunistische Unehrlichkeit handelt, sondern um den Versuch, den Anliegen der Schwachen und der Umwelt gegenüber einer chamäleonhaften SPD bestmöglichst Gehör zu verschaffen''* (so die ,,Initiative unbedingte Tolerierung'' in Bayern). Wieso sollte im zweiten Fall die Aufklärung gelingen, wenn sie im ersten versagt, wenn die Grünen daran kaputt gehen würden, daß sie das in den Vordergrund stellen, für was sie ehemals angetreten sind: Opposition gegen die herrschende Politik.

Die vermeintliche Wunderwaffe, ei-

für was sie ehemals angetreten sind: Opposition gegen die herrschende Politik.
Die vermeintliche Wunderwaffe, ei-

ner parlamentarisch befriedeten grünen Partei Spielraum für außerparlamentarisches Handeln und zukünftig neuen parlamentarischen Druck zu verschaffen, ist ein Rohrkrepierer. So anspruchsvoll gedacht die Tolerierung zum Nulltarif auch verkündet wird, sie reduziert die Grünen auf die anspruchslose Rolle eines klassischen Mehrheitsbeschaffers. Diese Überlegung müßte zumindest anzugeben versuchen, wo denn in ihrem Konzept die Potentiale in dieser total verparlamentarisierten Partei liegen — und wenn nicht in ihr, wo denn außerhalb — und wenn dort nicht sichtlich, wieweit ein außerparlamentarisches Wiedererstarken in der BRD möglicherweise auch was mit der Überwindung eines gescheiterten parlamentarischen Experiments der Linken in Grün zu tun haben könnte — oder den Nachweis versuchen, daß dies eine völlig absurde Überlegung ist.

Ein Theoretiker aus Hamburg

... sei der Stamm, folgt man Günter Bannas von der FAZ. So von diesem immer gut mit Informationen versorgten, bürgerlichen Grünen-Kenner erwähnt zu werden, rangiert in grünen Promi-Kreisen an dritter Stelle hinter einem SPIEGEL-Interview und einer Fernseh-Talkshow (oder umgekehrt). Ein Omen für Stamm? Als ,,rechte Nullösung'' hätten grüne Realos Stamms Vorschlag abgetan, weiß Bannas aber auch zu berichten. Nicht gerade eine Empfehlung, aber wenn der FAZ-Beobachter in seiner ersten Charakterisierung recht hätte, warum sollte er in der zweiten so falsch liegen? Halt, ruft Stamm an dieser Stelle sofort, die Realos müssen meinen Vorschlag fürchten, weil er ihnen die so begehrten Posten und Karrieren verwehrt, weil er ein realistisches Bollwerk gegen die Koalition ist. Ascheberg in Hessen nur ein taktischer Fehler?

Irrtum, das hessische Agieren der Stammlinie ist logische Folge einer innerparteilichen Politik, die heute bereits mit dem doppelten kleineren Übel umzugehen hat. Nicht nur mit der SPD, sondern auch mit der Sozialdemokratisierung im eigenen Lager. Bevor man überhaupt dazu kommt, eine politische Strategie gegen die SPD-Hegemonie zu entwickeln, muß zunächst einmal die derzeitige grüne Existenz gesichert werden. Von der Fundi-Linie ist die grüne Existenzsicherung aber nicht zu erwarten, da sie im Unterschied zu den Realos sich nur auf eine Minderheit des Wählerpotentials stützen kann.

Bewegen wir uns ruhig mal auf Glatteis: Der Stammlinie könnte dann ein Erfolg beschieden sein, wenn den Grünen das Wasser bis zum Hals steht, sie nichts mehr können, die SPD nichts mehr geben will und die Partei zum vermeintlich letzten Rettungsanker greift. Und dann?

Vor dem Hintergrund der Existenzgefährdung der Partei verkommen vermeintliche strategische Überlegungen à la Stamm bestenfalls zum Alibi für das, was sie in der Realität sind: in zweiter Linie der Versuch der Rettung der Partei vor dem Untergang und in erster Linie eine Flankierung der Realo-Linie, weshalb die Realos von Hessen bis NRW bei Bedarf auch taktische Zweckbündnisse mit der Stammlinie eingehen. Denn zu befürchten hätten sie angesichts des wachsenden realpolitischen Lagers in den Landesverbänden, an der Partei- und Wählerbasis nur etwas von einer linksgrünen Formierung, die den Versuch machen würde, den Anpassungskurs der Partei umzukehren.

Gerade zu dieser linksgrünen Formierung trägt der Stammkurs nicht nur nicht bei, er arbeitet direkt dagegen, weil er den Hauptgegner in der Partei im schroffen Anti-Realoflügel aller Schattierungen sucht, dem er — siehe Ascheberg — die Gefährdung der Partei vorwirft und an der Legende mitstrickt, er sei für den (möglichen) grünen Niedergang verantwortlich. Diese Konsequenz zogen die Grünen mehrheitlich nach den Wahlniederlagen im Saarland und NRW, sie beherrschte den weiteren grünen Weg in Hessen, in NRW, Bayern und Niedersachsen und beschleunigte vehement den realpolitischen Kurs. Woher bitteschön soll die Kraft kommen, die diesen Zug aufhält?

Etwa aus einem Konzept, das mit der Metapher ,,Links blinken, rechts fahren'', ganz treffend charakterisiert ist? Alle Weichen in der Parteientwicklung sind sowieso schon auf Rechtsabbiegen gestellt, wen interessiert da noch groß das Linksblinken in Form von Sonntagsreden. Doch allerhöchstens noch die Grüsos.

Über Strategen, Taktierer und die Strategie der Taktiererei

Über Strategen, Taktierer und die Strategie der Taktiererei

Stamm nimmt für sich in Anspruch, eine Strategie für die Grünen zu verfolgen, die Einfluß auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nimmt und der Partei eine gesellschaftsverändernde Dynamik bewahrt. Er entwickelt seine Überlegungen in Kritik an seinen ehemaligen linksgrünen Freunden, vor allem Ebermann und Trampert, denen er reine Taktiererei vorwirft. Ein Vorwurf, der nicht falsch ist, wenngleich er vom Übertaktierer Stamm erhoben schon ein wenig absurd klingt. Innerparteiliches Taktieren mit wechselnden Partnern gehörte bei den früheren Zlern zum Hauptwirken bei den Grünen. Dem Bündnis mit Bahro folgte das mit den Fundis. Vor Offenburg wurde in fast panischer Befürchtung eines Durchmarschs der Realos an der Sammlung der Linken gearbeitet. Die reine Personality-Politik schien am Ende, man erinnerte sich wieder der Basistruppen. Nach dem glanzvollen Abstimmungssieg in Offenburg ist wieder Zurückhaltung bei der linksgrünen Fraktionierung angesagt, schließlich hat man die Posten halten können. Obwohl man bezüglich der Bedeutung dieses Sieges der nüchternen Einschätzung eines Albert Sellner im ,,Pflasterstrand'' kaum widersprechen kann: *,,Zumindest gruppendynamisch hat sich die Offenburger Versammlung in diesem Sinne ,vernünftig' entschieden. Wo die Realos faktisch die Politik bestimmen, sollte nicht auch noch die einzige potentiell kritische Instanz von Bedeutung in der Partei, der Bundesvorstand, gedemütigt werden''.*

Die linken Grünen, gerade die größten Strategen aus dem ISP-Lager, haben immer nur eine Strategie für die innerparteilichen Kräfteverhältnisse gehabt. Die Taktik gegenüber der SPD ordneten sieden innerparteilich für notwendig angesehenen Verhältnissen und diversen Bündnissen und Antibündnissen unter. Der Tendenz zum prinzipienlosen Handel mit der SPD 1981/82 folgte 1982 die ,,Hamburger Tolerierungslinie'', die fälschlicherweise heute den Mythos trägt, eine Politik des kalkulierten Bruchs mit der Sozialdemokratie gewesen zu sein, da gerade ihre ISP-Mitträger immer hart am Rande der hessischen Entwicklung balancierten. Allein die damals fehlende Bereitschaft der Hamburger Sozialdemokratie zum Börnerweg hat verhindert, die GAL zu testen, wie ernsthaft sie mit dem Bruch kalkuliert. Dieser Phase folgte Ende 1982/83 die Überlegung, die Tolerierung machbarer zu gestalten bis hin zur bedingungslosen Tolerierung. Erst die hessische Entwicklung seit 1983 und die Erkenntnis, daß immer größere Teile der grünen Partei abdriften, hat aus einigen der ISPler konsequente Koalitionsgegner, ja direkt Fundis gemacht. Thomas Ebermann ist ein solcher prinzipieller Fundi aus parteitaktischen Gründen geworden. In diese Zeit fällt auch die Spaltung der ISP und die Einstellung ihrer Zeitung ,,Moderne Zeiten''.

Nun wollen wir als Kommunisten nicht im Stande der politischen Unschuld verharren. Taktik, kluge Taktik muß Bestandteil von Politik sein. Dabei werden auch Fehler und Irrtümer begangen. Unterschiedliche politische Taktiken, ob Oppositionsrolle, ob Tolerierungspolitik, ja selbst ob bedingungslose Tolerierung oder Koalition, sind für Kommunisten nicht per se Tabus, wie für viele ,,unbefleckte'' grüne Fundis oder wie für Teile der Anarchos beispielsweise jede Wahlbeteiligung bereits Verrat an den heiligen Prinzipien ist. Es ist allerdings erstaunlich, wie ,,unbekümmert'' der Stamm-Vorschlag so tut, als gebe es in der strategielosen grünen Partei eine Basis dafür, sich auf eine gemeinsame Taktik zu einigen. Absurd, wenn man sich etwa anschaut, daß bei den meisten linken Grünen der Begriff Realpolitik heute abgedroschenes und denunziertes Synonym für Anpassung ist, und man sich als Kommunist kaum traut, ihn in den Mund zu nehmen, obwohl für unsereins die Entwicklung linker Realpolitik statt abstrakter Systemüberwindungsparolen aus der politischen Kinderzeit selbstverständlich ein wichtiger Lernprozeß war.

Mit Lenin und Gramsci nach rechts

Die grüne Entwicklung hat sinnvolle taktische Überlegungen in Richtung Sozialdemokratie verunmöglicht. Allein die Polarisierung zwischen dem Koalitions- und dem Oppositionsflügel würde noch Sinn machen, um positiv ein linksgrünes Potential hinüberzuretten für einen neuen linken Anfang. Davor schrecken alle linken Grünen in der Sorge um das Scheitern der Partei zurück. So bleibt nur weitere Taktiererei oder opportunistische Anpassung über Umwege, wie Stamm sie vorschlägt. Das auf der Basis außerparlamentarischer Aktivitäten und als Nebenprodukt sozialdemokratischer

Taktiererei oder opportunistische Anpassung über Umwege, wie Stamm sie vorschlägt. Das auf der Basis außerparlamentarischer Aktivitäten und als Nebenprodukt sozialdemokratischer

Reformversprechungen entstandene Protestpotential Ende der siebziger Jahre schuf einmal die Bedingungen für einen auf die Parlamentsbeteiligung orientierten Organisierungsprozeß, dessen Produkt die heutige grüne Partei ist. Und übte zum anderen durch Erzeugung von Instabilität in der herkömmlichen Regierungsbildung so viel Druck aus, daß zeitweise eine gesellschaftliche Neuformierung der Kräfte möglich war. Diese Situation ist aktuell nicht mehr gegeben. Auf der einen Seite haben sich die Grünen atemberaubend schnell in die Restabilisierung der Verhältnisse eingepaßt, auf der anderen Seite hat der Regierungswechsel trotz geringer gesellschaftlicher Brüche die Rückkehr vieler Protestwähler zur Sozialdemokratie beschleunigt. Die Chance, einen gesellschaftlichen Oppositionsblock zu stabilisieren, haben die Grünen mit ihrem Anpassungsprozeß m.E. gründlich verpaßt. Eher ist sowieso zu vermuten, daß nur der kleinere Teil der Grünen überhaupt in diese Richtung gedacht hat, während der größere Teil gerade der ehemals linken Grünen den Parteibildungsprozeß nach Jahren der Unruhe als Versöhnung mit dem System verstanden hat. Diesen Prozeß kann man als abgeschlossen betrachten.

Doch all diese Einwände werden den ,,Hamburger Theoretiker'' nicht abhalten, seinen rechten Vorschlag weiterhin mit den allerlinkesten Verrenkungen unter die Leute zu bringen. ,,Mit einem Artikel von Michael Stamm wird sich die KOMMUNE auch wieder direkt mit den Problemen der grünen Partei befassen'', droht Joscha Schmierer im letzten Editorial der ,,Kommune'' für die nächste Nummer. Lenins ,,Linker Radikalismus'' wird dabei ebenso zur Begründung herhalten müssen wie Gramscis Ausführungen vom ,,Bewegungs- und Stellungskrieg''. Linke Realpolitiker sollten dabei im Kopf behalten, daß der Autor bei alledem von den Grünen des Jahres 1986 sprechen wird.

hr.

'Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten' für 1987?

1987 wird der Bundestag neu gewählt. Höchste Zeit, sich über eine Kandidatur Gedanken zu machen. Denn kandidiert werden muß natürlich. So hatte das linke Bündnis *Revolutionäre Sozialisten* am 11.Januar zu einer ersten Beratung eingeladen. Vertreten im Bündnis sind die KPD (bekannter unter ihrem früheren Namen KPD/ML), die trotzkistische GIM, der BWK (Restprodukt des mittlerweile aufgelösten KBW), sowie einige kleine anarchistische Gruppen. Eingeladen zum Treffen waren auch zahlreiche weitere linke Verbände, darunter der KB. Erschienen war jedoch als einziger Gast die stramm stalinistische MLPD. Dieses erstaunliche Fossil der untergegangenen ML-Bewegung hatte sich indessen schon vor längerem entschieden, im eigenen Namen zu kandidieren, hatte also zur Diskussion um ein Wahlbündnis absolut nichts beizutragen. Die MLPD war lediglich gekommen, um dem Einladerkreis eine „*prinzipienlose Vereinigungsmacherei*" vorzuwerfen und bekanntzugeben, daß es aus diesem Grund selbstverständlich keine Zusammenarbeit geben könne.

Die Diskussion unter den *Revolutionären Sozialisten* am 11.Januar war durch Stellungnahmen der GIM und des BWK eindeutig vorstrukturiert worden. Beide Organisationen sprechen sich ohne Wenn und Aber dafür aus, daß die *Revolutionären Sozialisten* 1987 unbedingt mit einer Bündnisliste antreten müssen. Mindestens in drei Bundesländern soll kandidiert werden, sagt die GIM, und nennt Nordrheinwestfalen, Hamburg und Baden-Württemberg. In Hamburg müßten die *Revolutionären Sozialisten* überdies auch schon zur Bürgerschaftswahl im November dieses Jahres antreten.

Die Argumente der GIM und des BWK für einen solchen, erfahrungsgemäß sehr arbeitsaufwendigen Schritt sind gleichermaßen mager. Die GIM stellt zu Recht in ihrer Stellungnahme fest: „*Es besteht keinerlei Aussicht, Kandidaten in ein Landesparlament, geschweige in den Bundestag durchzubringen*". Dennoch erfordere die „*Tradition des revolutionären Marxismus*" unbedingt eine Kandidatur, „*wo immer die politischen und organisatorischen Mindestvoraussetzungen vorhanden sind*". Andernfalls könne man nämlich im Wahlkampf nicht „*die sozialistische Position propagieren*", was schließlich Aufgabe der *Revolutionären Sozialisten* sei.

Ähnlich behauptet auch der BWK, daß die spezielle Position der *Revolutionären Sozialisten* (Kritik sowohl an der SPD wie an den Grünen) in der Öffentlichkeit nicht ernst genommen werden würde, wenn damit nicht zugleich eine Kandidatur verbunden wird. „*Eine Kandidatur würde da klare Verhältnisse schaffen und die Entwicklung der inhaltlichen Arbeit begünstigen*".

Die KPD hatte zu dem Treffen am 11.Januar keine eigene Stellungnahme vorbereitet. Es gab jedoch einen Text des KPD-ZK, der am 13.12.85 im Zentralorgan „Roter Morgen" erschienen war. Damals war zwar eine Kandidatur im Prinzip begrüßt, im Konkreten jedoch deutlich abgelehnt worden: „*Die Bedingungen dafür haben sich aber seit der letzten Bundestagswahl, wo BWK und KPD als Bündnis revolutionärer Sozialisten in sechs Bundesländern kandidiert haben, nicht verbessert. Sie haben sich eher verschlechtert. Denn eine wachsende Bereitschaft von revolutionär-sozialistischen Organisationen zu einer solchen gemeinsamen Kandidatur ist nicht festzustellen...Eine Beteiligung an der Bundestagswahl, die sich auf zwei, drei Bundesländer beschränkt, ist aber politisch nicht sinnvoll und kommt nach Ansicht des ZK nicht in Frage.*"

Nach dem Treffen mit GIM und BWK aber hieß es plötzlich, „*die Möglichkeiten für eine Verwirklichung eines Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten*" seien „*weitaus besser als in den ZK-Thesen angenommen*" („Roter Morgen", 11.1.). Erläutert wurde diese überraschende Wendung der Dinge nicht. Schlichte Anpassung an die GIM schien das Hauptmotiv zu sein.

Konkretes Ergebnis des Treffens vom 11.Januar: auf Vorschlag des BWK wurde eine gemeinsame Kommission gebildet. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, den Entwurf einer Wahlplattform auszuarbeiten. Als Grundlage soll die 1983er Wahlplattform von KPD und BWK dienen. Die beiden Gruppen hatten damals gemeinsam zur Bundestagswahl kandidiert und waren bundesweit auf stolze 6000 Stimmen gekommen.

Um Über die Ergebnisse der Programmkommission zu beraten, wurde ein zweites Treffen der *Revolutionären Sozialisten* für den 9.März vereinbart. Eine wesentliche Vorentscheidung für die Kandidatur schien damit schon gefallen.

Einen kräftigen Gegenakzent setzte jedoch der Parteitag der KPD Anfang Februar. Hier wurde, vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen mit Kandidaturen in der Vergangenheit, große Skepsis laut. „*Sie hätten die Partei immer wieder vor Zerreißproben gestellt und letztlich eher dem Parteiabbau als dem Parteiaufbau gedient. Der große Aufwand für reine Propagandakampagnen hätte im Mißverhältnis zu den geringen Erfolgen und dem geringen gesellschaftlichen Gewicht gestanden. Eine sozialistische Bündniskandidatur mit Kräften wie der GIM und dem BWK würde keine Stärkung im Vergleich mit den früher von der KPD allein eingesetzten Kräften bei Eigenkandidaturen bedeuten.*" (nach „was tun", 6.2.).

Mit 43 gegen 33 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, lehnte der Parteitag schließlich eine Wahlbeteiligung der KPD 1987 ab. Dieser Beschluß soll noch durch eine Urabstimmung in der ganzen KPD überprüft werden, aber die Aussichten, ihn noch zu kippen, sind mehr als mager, zumal dafür eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich wäre.

Der BWK betreibt also verfälschendes Wunschdenken, wenn er zum KPD-Parteitag schreibt: „*Beteiligung an der Bundestagswahl offen*" („Politische Berichte", 8.2.). Eine andere Frage ist, ob sich GIM und BWK nun noch zu einem Mini-Wahlbündnis zusammenfinden. Das wäre zwar quer zu den bisherigen Fronten, aber dennoch nicht völlig unwahrscheinlich: Beide Gruppen sind offenbar sehr versessen auf eine Kandidatur um jeden Preis.

Unabhängig vom Zustandekommen eines *Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten* wird zur Bundestagswahlen 1987 die MLPD kandidieren. 1983 hatte die MLPD versucht, im breiten Bündnis mit sich selbst eine *Initiative Vereinigte Arbeiterliste* (VAL) auf die Reise zu schicken, aber diese im letzten Moment dann doch nicht kandidieren lassen. Für 1987 ist „Aktionseinheit" angesagt, das heißt, die MLPD bietet Nicht-Mitgliedern, die ihr erstens genehm sein müssen, und die zweitens einer festgelegten „Minimalplattform" zustimmen, Plätze auf ihren Listen an.

Die MLPD geht davon aus, daß die Bundestagswahl 1987 zu einer „*Polarisierung zwischen ultrarechtem Antikommunismus und der Suche nach einem Ausweg durch die Werktätigen führen*" wird. Anders gesagt also zur Kraftprobe zwischen der MLPD und dem Rest der Welt. Bereits 1984 hatte die MLPD nach eigener Einschätzung „*in den Vorstandsetagen der Unternehmerverbände und höheren Amtsstuben Verwirrung gestiftet*", als sie zu den Gelsenkirchner Kommunalwahlen antrat und auf Anhieb eindrucksvolle 0,05 % der Stimmen erkämpfte. Kaum weniger formidabel war das Abschneiden der MLPD bei den nordrheinwestfälischen Landtagswahlen 1985 mit guten 0,03 %. Nicht einmal 400 Stimmen trennten sie von der knapp vor ihr liegenden EAP. Hier formiert sich offensichtlich eine politische Kraft, deren Namen man sich endlich merken sollte.

Analyse der Ergebnisse der Teilnahme der MLPD an den Landtagswahlen in NRW 1985
% MLPD
Lfd Wahlkreis MLPD relativ

Analyse der Ergebnisse der Teilnahme der
MLPD an den Landtagswahlen in NRW 1985

Lfd Nr.	Wahlkreis Stadt	Nr.	MLPD absol	% MLPD relativ zu Wählern
1	Gelsenkirchen-West	87	134	0.26698
2	Gelsenkirchen-Ost	88	122	0.23813
3	Gelsenkirchen-Nord	89	139	0.22075
4	Wesel-Neukirchen	62	92	0.15005
5	Wesel-Moers	65	79	0.13496
6	Hagen I	119	73	0.12276
7	Duisburg IV	69	50	0.12050
8	Witten	123	73	0.11559
9	Oberhausen I	71	81	[illegible]
10	Bottrop			
				0.05091
	... IV	47	26	0.04399
60	Münster I	98	29	0.04053
61	Dortmund I	130	20	0.03887
62	Dortmund IV	135	24	0.03878
63	Düsseldorf I	44	18	0.03625
64	Münster II	99	23	0.03127
65	Dortmund V	134	21	0.03040
66	Essen VI	80	21	0.03005
67	Köln VI	18	18	0.02869

1) Marl
2) Gladbeck
3) Herten/Dorsten

»Darin bestand das hervorragende Ergebnis unserer Teilnahme an der Landtagswahl in NRW«

ROTE-FAHNE-Interview mit Stefan Engel, Parteivorsitzender der MLPD

„Zwischen 0,26698% und 0.02869% — eine eindrucksvolle Analyse der MLPD über die Sinnhaftigkeit revolutionärer Wahlbeteiligung"

(aus: Rote Fahne 21/85)

Offener Brief an den Parteitag der KPD, Februar 1986

Offener Brief an den Parteitag der KPD, Februar 1986

Liebe Genossinnen, liebe Genossen von der KPD,

Innerhalb von einem Vierteljahr ist dies nun der zweite Parteitag, zu dem wir euch begrüßen können. Wir möchten uns heute diesmal in einer Frage der praktischen Politik an euch wenden, die uns diskussionsbedürftig erscheint: Das Verhalten der Sozialisten zu den Bundestagswahlen 1987. Falls euer Parteitag da nicht noch völlig andere Zeichen setzt, steuert die KPD offenbar eine linksradikale Kandidatur im Rahmen eines Bündnisses mit GIM und BWK an. Die Argumente, die für eine solche Kandidatur von der GIM und vom BWK vorgetragen werden, halten wir für äußerst mager. Immerhin sind bei ihnen aber wenigstens Argumente anzutreffen. Bei der KPD haben wir bisher überhaupt keine Argumente für die Kandidatur ausfindig machen können. Im Gegenteil, im Rahmen der Thesen eures ZK zu diesem Parteitag (RM, 13.12. 85, S.6) beschäftigte sich ein Abschnitt mit der Bundestagswahl, in dem erkennbar einer solchen Kandidatur aufgrund bisheriger Erfahrungen direkt widersprochen wurde. Es hieß dort: „Die Bedingungen" für eine „*gemeinsame Kandidatur klassenkämpferischer Kräfte oder revolutionär-sozialistischer Organisationen*" — die im Prinzip wünschenswert sei — hätten sich „*seit der letzten Bundestagswahl, wo BWK und KPD als Bündnis revolutionärer Sozialisten in sechs Bundesländern kandidiert haben, nicht verbessert. Sie haben sich eher verschlechtert.*" Eine „*wachsende Bereitschaft von revoluti-*

letzten Bundestagswahl, wo BWK und KPD als Bündnis revolutionärer Sozialisten in sechs Bundesländern kandidiert haben, nicht verbessert. Sie haben sich eher verschlechtert." Eine „*wachsende Bereitschaft von revoluti-*

onär-sozialistischen Organisationen zu einer solchen gemeinsamen Kandidatur" sei „nicht festzustellen". Und: „*Eine Beteiligung an der Bundestagswahl, die sich auf zwei, drei Bundesländer beschränkt, ist politisch nicht sinnvoll und kommt nach Ansicht des ZK nicht in Frage*".

Aber was schert uns unser Geschwätz von gestern ?! Totale Kehrtwendung nach der *Beratung revolutionärer Sozialisten über die Bundestagswahl* am 11.Januar: „*Die Tatsache, daß sich sowohl GIM wie BWK und FAU/HD (A) für eine gemeinsame Wahlbeteiligung aussprachen, machten nach Auffassung der KPD-Delegation die Möglichkeiten für eine Verwirklichung eines Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten weitaus besser als in den ZK-Thesen angenommen.*" (RM, 17.1.86, S.11).

Worin besteht eurer Ansicht nach der behauptete wesentliche Fortschritt, der plötzlich doch noch eine linksradikale Kandidatur rechtfertigen soll? Offensichtlich in dem Umstand, daß über das Bündnis KPD-BWK von 1983 hinaus nun auch die GIM und eine Fraktion der FAU als Partner zur Verfügung stehen. Wenn ihr diese „Verbreiterung" des Bündnisses wirklich für einen **qualitativ entscheidenden** Fortschritt gegenüber 1983 haltet, müßten wir uns eingestehen, daß wir euch bisher immer noch überschätzt hatten. An dem Wesen einer Sekten-Kandidatur auf schmalster Basis, bei der Einsatz und Resultate in krassem Mißverhältnis zueinander stehen, ändert sich durch das Hinzukommen der GIM und einiger anarchistischer Genossinnen/Genossen doch überhaupt nichts. Unserem Eindruck nach soll hier einfach eine wohlbegründete Stellungnahme aus eurem ZK — nämlich gegen das nochmalige Abenteuer einer linksradikalen Kandidatur — nachträglich in ihr Gegenteil verwandelt werden. Und zwar nicht deshalb, weil neue Voraussetzungen eingetreten wären, sondern der GIM zuliebe, die euch in ihrer „was tun" (23.1.86, S. 10) ja auch schon deutlich mit dem Zaunpfahl gewunken hat: Das Nicht-Zustandekommen einer linksradikalen Kandidatur wäre „*eine empfindliche Schlappe für die revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten in der BRD*" und würde, so scheint es jedenfalls uns zwischen den Zeilen zu stehen, vielleicht das Klima für eure beabsichtigte Fusion verschlechtern.

Was sind die Argumente von GIM und BWK für eine Kandidatur? Für die GIM (siehe RM, 17.1.86, S.12) gehört es offenbar zur „*Tradition des revolutionären Marxismus*", daß man sich unter allen Umständen „an den Wahlkämpfen" beteiligt, und das kann die GIM sich überhaupt nicht anders als durch eine Kandidatur vorstellen. Indem die GIM die Scheinalternative „Entweder Wahlboykott oder Kandidatur" konstruiert, kommt sie billig zu der Schlußfolgerung, daß ein Boykott „*ohne die Existenz einer massenhaften Boykottstimmung in der Arbeiter- und Massenbewegung*" „*nur auf einen Selbstboykott hinauslaufen*" würde, ergo man also kandidieren muß, selbst bei absoluter Aussichtslosigkeit, und selbst dann, wenn man nur in einer geringen Zahl von Bundesländern überhaupt kandidaturfähig ist. (Die GIM schlägt eine Kandidatur in „mindestens" drei Bundesländern vor).

Abgesehen davon, daß wir die konstruierte Alternative so gar nicht sehen, bestreiten wir die Logik, daß die Selbstisolierung der Sozialisten durch eine Zehntelpromille-Kandidatur politisch zweckmäßiger sein soll als die Selbstisolierung durch einen

struierte Alternative so gar nicht sehen, bestreiten wir die Logik, daß die Selbstisolierung der Sozialisten durch eine Zehntelpromille-Kandidatur politisch zweckmäßiger sein soll als die Selbstisolierung durch einen

Zehntelpromille-Wahlboykott.

Der BWK führt folgende Begründung für den Zwang zur Kandidatur an (RM, 17.1.86): „*Ohne eine Kandidatur würde aber weder die Kritik an der SPD noch die Einwendungen gegenüber den GRÜNEN in der Öffentlichkeit ernst genommen, alle gingen stillschweigend davon aus, daß man SPD und/oder Grüne zu wählen nahelegt. Eine Kandidatur würde da klare Verhältnisse schaffen und die Entwicklung der inhaltlichen Arbeit begünstigen.*"

Übereinstimmend scheinen also BWK und GIM davon auszugehen, daß man kandidieren muß, um im Wahlkampf angehört zu werden, und daß eine andere Form der politischen Intervention im Wahlkampf gar nicht möglich, jedenfalls nicht wirksam sei. Dieser These können wir, die wir als Organisation überhaupt noch nie zu Wahlen kandidiert haben, keinesfalls zustimmen. Unserer Erfahrung nach hängt die Wirkung des Eingreifens im Wahlkampf davon ab, wie bedeutend eine Organisation ansonsten ist und was sie inhaltlich zu sagen hat, nicht aber von ihrer Präsenz auf den Stimmzetteln. Daß irgendeine der ML-Parteien, die in früheren Jahren kaum eine Gelegenheit zur Kandidatur verstreichen ließen, daraus gestärkt hervorgegangen sei, sollte erst einmal jemand behaupten. Wir vermuten eher, daß durch solche zwanghaften Kandidaturen viel Kraft fehlgeleitet wird, zudem letztlich nur Resignation produziert wird.

Wir möchten euch dringend bitten, dem Abenteuer einer letztlich begründungslosen, alle praktischen Erfahrungen verhöhnenden linksradikalen Kandidatur zu den Bundestagswahlen 1987 eine Absage zu erteilen. Wir tragen diese Bitte nicht im Gewand des besorgten Anwalts eurer eigenen Interessen vor. So sehr lieben wir die KPD gar nicht, daß wir um ihr Wohlergehen und ihren Vorteil besonders besorgt wären. Aber wir bitten euch im Interesse der radikalen Linken, zu der wir euch wie uns selbst zurechnen. Diese radikale Linke hat in Gestalt diverser — für keinen normalen Werktätigen überschaubaren — Sekten eine lange Tradition von Wahlkandidaturen mit äußerst erbärmlichen Ergebnissen. Das Streben, die paar Tausend eigenen Anhänger von Staats wegen auszählen zu lassen, oft sogar in konkurrierenden Kandidaturen mehrerer ähnlich benamter Sekten gegeneinander, hat viel dazu beigetragen, das Bild der politisch nicht ernst zu nehmenden „extremistischen Splittergruppen" zu prägen. Den Schaden davon haben nicht bloß die zwanghaft kandidierenden Gruppen — man müßte geradezu von einer Art politischem Exhibitionismus sprechen —, sondern den Schaden hat die sozialistische Linke insgesamt.

Ihr seid zusammen mit dem BWK bei den Bundestagswahlen 1983 auf 6000 Stimmen gekommen; das waren 2700 Stimmen weniger als ihr 1980 mit der Volksfront hattet. Mit wieviel rechnet ihr diesmal, nach der „Verbreiterung" des Bündnisses durch GIM und FAU/HD (A)? Immerhin konnte die Neue Linke, in Gestalt des KBW und der KPD/Rote Fahne, 1976 noch über 40.000 Stimmen auf sich ziehen. Das war genau besehen auch schon kein eindrucksvolles Ergebnis, aber sicher ein Mehrfaches von dem, was ihr 1987 zu erwarten hättet. Welchen politischen Sinn soll es haben, diesen Niedergang der radikalen Linken 1987 durch eine weitere Kandidatur zu dokumentieren? Wie kann denn jemand dermaßen verbohrt sein, sich davon eine Stärkung der radikalen Linken und ihres weiteren Zusammenschlusses zu erhoffen?

durch eine weitere Kandidatur zu dokumentieren? Wie kann denn jemand dermaßen verbohrt sein, sich davon eine Stärkung der radikalen Linken und ihres weiteren Zusammenschlusses zu erhoffen?

Für uns gehört das zwanghafte Kandidieren, sei es als Einzelorganisation oder in Gestalt von Pseudo- und Mini-Bündnissen, zu den klassischen Kinderkrankheiten der ML-Bewegung und überhaupt des linksradikalen Sektenwesens. Wir sehen darin ein Produkt des alten, irrationalen Mißverständnisses, man sei per Proklamation die Avantgarde und müsse sich als solche selbstverständlich den Massen zur Wahl stellen. Dabei würde es den Massen wahrscheinlich schon schwer fallen, wenigstens einen Unterschied zwischen dem angestrebten „*Wahlbündnis der revolutionären Sozialisten*" und der MLPD zu erkennen.

Die Existenz der Grünen, die wir für eine mehr und mehr der Anpassung verfallende und im Niedergang befindliche Strömung halten, die jedoch immer noch das Gros linksradikaler Stimmen auf sich ziehen wird, macht es doppelt notwendig, daß die Sozialisten über ihre Handlungsweise verantwortungsbewußt nachdenken. Eine Kandidatur, die nur die anhaltende Schwäche der sozialistischen Kräfte zum Ausdruck bringt, würde die Entwicklung einer sozialistischen Alternative zu den Grünen nicht fördern, sondern würde sie im Gegenteil hemmen. Auch das im Prinzip positive neue Element des sozialistischen Wahlbündnisses würde nachhaltig diskreditiert werden, wenn ihr es 1987 ohne Rücksicht auf die voraussehbaren Ergebnisse über die Teststrecke jagen würdet. Zurückbleiben würde wahrscheinlich ein Katzenjammer mit Langzeitwirkung. Bitte, erspart das uns und euch, indem ihr auf diesem Parteitag eine eindeutige Beschlußlage schafft!

Mit freundschaftlichen Grüssen
LG des KOMMUNISTISCHEN BUNDES, 28.01. 86

Friedensbewegung und Bundestagswahl

Andreas Zumach,
Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

Die Friedensbewegung ist eine außerparlamentarische Druckbewegung und existiert unabhängig von politischen Parteien — seien es die SPD, die Grünen, die DKP oder die Friedensliste. Erst diese eigenständige Rolle der Friedensbewegung ermöglicht es ihr überhaupt, auf Parteien politischen Druck auszuüben und punktuell dann auch als eigenständiger Partner mit Parteien, Parteigliederungen oder Parteipolitikern zusammenzuarbeiten. Wer diesen parteiunabhängigen Charakter der Friedensbewegung nicht respektiert und die Friedensbewegung zum Vorfeld, zum Anhängsel oder zum Wahlverein einer Partei machen will, abhängig von kurzfristigen, taktisch bedingten parteipolitischen Erwägungen, der zerstört genau die Möglichkeit der Friedensbewegung, politischen Druck auszuüben und etwas zu bewegen, und gefährdet die Existenz dieser Bewegung.

Dieser Grundsatz, dem viele Erfahrungen aus der außerparlamentarischen Opposition der 50er und 60er Jahre zugrunde liegen, kann vor allem in den vor uns liegenden Monaten bis zum Januar 1987 nicht ernst genug genommen werden. Der Verlockungen, Druckausübungen, taktischen Tricks und anderen Bemühungen der Parteien SPD, Grüne, DKP und Friedensliste, die Friedensbewegung oder Teile oder einzelne prominente Vertreter für ihre jeweiligen Wahlkampfziele einzuspannen, wird es zahlreiche geben. Aber die Friedensbewegung kann natürlich nicht so tun, als ginge sie der ganze Wahlkampf, der die öffentlichen Diskussionen bereits heute zunehmend beherrscht, nichts an. Im Gegenteil: Wir müssen während der nächsten Monate eine eigene, deutlich profilierte Rolle spielen, müssen dafür sorgen, daß das Thema Friedens- und Sicherheitspolitik nicht weggedrückt werden kann von den Wahlkampfstrategen der Parteien und daß es am Wahltag im Januar 1987 eine mitentscheidende Rolle spielt für die Wähler, wenn sie ihr Kreuzchen machen.

Was wir im Wahlkampf zu den Märzwahlen des Jahres 1983 nicht geschafft und auch nicht ernsthaft versucht haben, müssen wir diesmal leisten. Dazu müssen wir uns handfest und frühzeitig in diesen Wahlkampf einmischen, wie dies z.B. die amerikanische Freeze-Bewegung seit Jahren immer wieder vormacht. Nicht, indem wir zur Wahl *bestimmter* Parteien aufrufen, sondern indem wir die Kandidaten *aller* Parteien mit einer Reihe ausgewählter, möglichst präziser Forderungen konfrontieren und sie zu Stellungnahmen zwingen. Diese Forderungen, bezogen auf die Legislaturperiode des neuen Bundestages, müßten drei Kriterien erfüllen:

1. Es müssen vorstellbare erste Schritte heraus aus der derzeitien Rüstungssituation sein — ohne daß ich damit die eingangs genannten konkreten Utopien und langfristigen Alternativen für eine friedlichere Welt in irgendeiner Weise aufgeben will. Aber wir müssen als ganze Friedensbewegung das Spannungsverhältnis zwischen diesen konkreten Utopien und der Benennung und Durchsetzung erster realistischer Schritte aushalten und dürfen nicht in zwei Lager zerfallen: auf der einen Seite die Utopisten — auf der anderen Seite die Pragmatiker, die nur noch in realistischen Schritten denken können.

2. Kriterium: Es muß für den durchschnittlichen Wähler vorstellbar sein, daß eine deutsche Bundesregierung und der Bundestag solche ersten Schritte souverän tun können — ohne daß mit Verweis auf tatsächliche oder vermeintliche Grenzen im NATO-Bündnis o.ä. diese Forderungen vom Tisch gewischt werden können —, wobei ihre Durchsetzung natürlich zu Konflikten in der NATO führen werden.

3. Kriterium: Der Forderungskatalog der Friedensbewegung müßte *an entscheidenden Knackpunkten* mögliche Kompromisse zwischen den GRÜNEN und der SPD vorformulieren. Dies nicht, weil ich etwa glaube, daß ein solch rotgrünes Regierungsbündnis auf jeden Fall 1987 zustande kommt, oder weil ich gar alle „Heilserwartungen" auf ein solches Bündnis setzen würde. Aber es ist eine Tatsache, die nicht wegzudiskutieren ist, daß sich immer mehr Menschen nicht vorstellen können, daß die jetzige Regierung nach ihrer Wiederwahl aus ihrer gefährlichen Unsicherheitspolitik aussteigt und daß erste Schritte in eine andere Richtung — wenn überhaupt — daher nur unter einem grün-roten Bündnis möglich sind. Das bedeutet keinen Wahlaufruf für ein rot-grünes Bündnis, aber die Friedensbewegung muß — zusammen mit anderen sozialen Bewegungen — ihren Beitrag leisten, damit politische Mehrheiten entstehen, unter denen die Bevölkerung ja zum Teil bereits mehrheitsfähige Forderungen der Friedensbewegung auch umgesetzt werden. Wobei klar ist: Wie immer die Wahlen 1987 ausgehen — eine starke Friedensbewegung bleibt dringend notwendig!

Forderungen für die Bundestagswahl:

Nun zu meinem Vorschlag für einen Forderungskatalog der Friedensbewegung im Bundestagswahlkampf — ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

1) Der Deutsche Bundestag hebt spätestens sechs Monate nach seiner Neukonstituierung im Frühjahr 1987 den Stationierungsbeschluß vom 22. November 1983 wieder auf und beschließt zur Umsetzung an die Bundesregierung den Stationierungsstopp und den Abzug der bis dahin stationierten Pershing II und Cruise Missiles.

2) Der im Oktober 1984 von der Bundesregierung beschlossene Bundeswehrlangzeitplan 85-97 wird außer Kraft gesetzt; die Rüstungsausgaben werden auf den realen Stand von 1985 eingefroren und in den folgenden Jahren schrittweise reduziert, wobei mit Priorität die Mittel für die offensivfähigen neuen Waffensysteme gesperrt werden. Entsprechendes gilt für die Haushaltsmittel für militärische Forschung.

3) Die Richtlinien für den Export bundesdeutscher Waffen, Waffenproduktionsanlagen, Munition und Produktionslizenzen werden so verschärft und ihre Einhaltung strikt überwacht, daß dies zu einer Unterbindung bundesdeutscher Rüstungsexporte spätestens drei Jahre nach Neukonstituierung des Deutschen Bundestages führt. Öffentliche Finanzmittel zur Förderung von Konversionsprojekten werden bereitgestellt.

4) Den Kriegsführungskonzepten Air-Land Battle und Rogers-Plan und ihrer möglichen Übernahme durch die NATO werden eine eindeutige Absage erteilt. Die bereits erfolgte Zustimmung der Bundesregierung zum „Follow on forces attack"-Konzept innerhalb der NATO wird wieder rückgängig gemacht.

5) Die Bundesregierung kündigt ein bis dahin möglicherweise abgeschlossenes SDI-Rahmenabkommen mit den USA. Bundesdeutschen Firmen, die sich an SDI beteiligen, werden sämtliche öffentlichen Forschungsmittel gesperrt. Etwaige SDI-relevante Forschungsergebnisse bundesdeutscher Firmen werden mit einer Geheimhaltungspflicht und einem Exportverbot belegt. (Anmerkung: An diesem Punkt müßte eine SPD in der Regierung den bisherigen Bekenntnissen gegen SDI Taten folgen lassen.)

6) Es gibt keine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an irgendwelchen westeuropäischen Varianten zu SDI — sei es im Rahmen von Eureka oder diversen „Europäischen Verteidigungsinitiativen".

7) Die Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate wird spätestens zum 1.1.1989 wieder rückgängig gemacht. Die derzeitige — verfassungswidrige — Praxis des längeren zivilen Ersatzdienstes wird revidiert und der zivile Ersatzdienst zu einem echten Friedensdienst ausgebaut.

8) Der Entwurf für ein Zivilschutzgesetz kommt vom Tisch, ein bis dahin möglicherweise beschlossenes Gesetz wird wieder rückgängig gemacht.

9) Bundesregierung und Bundestag bringen das ganze internationale Gewicht der Bundesrepublik Deutschland für einen allseitigen, umfassenden nuklearen Teststopp als ersten Schritt für das „Einfrieren" und den schrittweisen Abbau der nuklearen Waffenpotentiale ein.

Mit einem solchen oder ähnlichen Katalog, auf den sich die Friedensbewegung spätestens im Frühjahr 1986 einigen müßte und der in einer konzertierten Aktion überall in den Wahlkampf eingebracht werden müßte, wäre es möglich, Einfluß zu nehmen.

* Ein Auszug aus der überarbeiteten und gekürzten Fassung eines Referats, gehalten auf dem 5. Medizinischen Kongreß zur Verhinderung des Atomkrieges in Mainz (31.10.-3.11.1985) abgedruckt in: Butterwege u.a. „Weltraumwaffen", Hamburg 85 und im Reader der Aktionskonferenz der Friedensbewegung vom 1./2.2.86

Die DKP will die GRÜNEN retten

Ewald Lienen und Uta Ranke-Heinemann auf grüner Liste?

Bislang nicht bestätigte Gerüchte besagen, daß der DKP-Parteivorstand den Grünen das Angebot gemacht hat, auf eine eigene Kandidatur bzw. die der Friedensliste zu den Bundestagswahlen zu verzichten, wenn die Grünen zwei prominente Mitglieder der Friedensliste auf aussichtsreiche Plätze setzen. Namentlich genannt wurden dabei, so die Meldung, die nordrhein-westfälischen Friedenslisten-Prominenten Uta Ranke Heinemann und Ewald Lienen, beide nicht Mitglieder der DKP.

Hintergrund dieses als realistisch anzusehenden Hinweises dürfte die Spekulation sein, die Grünen müßten 1987 um die fünf Prozent zittern und auf jedes Zehntel angewiesen sein. Gern gemachte DKP-Musterrechnung: die Landtagswahl in NRW letztes Jahr mit 4,5 Prozent Grüne und 0,7 Prozent Friedensliste. Der DKP-Parteivorstand hatte auf seiner 7. Tagung am 26. und 27. Oktober 1985 daraus eine neue Bündnisstrategie seiner Partei abgeleitet. Die Polarisierung zur Rechtsregierung in Bonn werde 1987 einen ungeheuren Druck auf das Wählerpotential von Grünen und Friedensliste ausüben. Erstere könnten dadurch Opfer einer Strategie werden, „die die Grünen aus den Parlamenten herauskatapultieren ... möchte", was „die Wahrscheinlichkeit einer Neuauflage der Kohl/Genscher-Regierung erhöhen' würde (UZ-Beilage, 31.10.85, ausführlicher zitiert in AK 264, S. 17). Daraus leitet sich die Vorstellung eines Bündnisses der DKP über den Umweg der Friedensliste mit den Grünen ab. An die Partei ging die Aufforderung, in allen Bundesländern solche Gespräche in Gang zu setzen.

Erleichtert wurde diese Bündnisstrategie durch die hessische Entwicklung, in der die DKP die Grünen Realos als Bündnispartner für ihr Verständnis vom Kampf gegen Rechts entdeckt hat.

In Niedersachsen hat die Friedensliste die neue Bündnislinie der DKP anzuwenden versucht. In Gesprächen mit dem grünen Landesvorstand und dem Büro Schröder (SPD) habe man „viele Gemeinsamkeiten " festgestellt. „Es ist gemeinsames Anliegen, offensiv gegen die Rechtspolitik vorzugehen", schreibt Karl-Heinz Vach, Mitglied des Sprecherkreises der Friedensliste in der UZ vom 5.12.85. Man habe den Grünen den Vorschlag gemacht, „daß alle Strömungen und Kräfte der Friedensbewegung und der demokratischen Bewegung zusammengehen müssen". „Demonstrativ" schlägt daher die Friedensliste vor, „*daß ein Mitglied der Friedensliste auf Eurer Liste auf einem jener Plätze kandidiert, die bei Überspringen der Fünfprozentklausel mit Sicherheit in den Landtag einziehen*". Die Grünen haben darauf bislang nicht geantwortet.

Ein ähnliches Vorgehen ist in Hamburg zu erwarten, wo die DKP und das ihr nahestehende Bündnisfeld am 16. Februar ein Wahlbündnis zu den Bürgerschaftswahlen im November gründen wollen. In Hamburg hat die DKP bei der Bürgerschaftsneuwahl vom Dezember 1982 erstmals die derzeit wieder aktuelle Bündnislinie probiert, als sie — vergeblich — der GAL den Verzicht auf eine eigene Kandidatur anbot, wenn diese „namhafte und bekannte Persönlichkeiten der außerparlamentarischen Bewegungen" (womit die DKP und ihre Bündnispartner gemeint waren) auf ihre Liste genommen hätte. Im Gründungsaufruf 1986 des Wahlbündnisses wird die GAL kritisiert, nicht dafür gesorgt zu haben, daß durch Verbindung von außerparlamentarischem Kampf zu parlamentarischen Initiativen „reale Veränderungen durchgesetzt werden können". Die Bewegungen sollen die GAL und die mehrheitlich rechte, mehr als 50 Prozent-SPD „stärker in die Pflicht nehmen". Erreicht werden soll ein „Block für gesellschaftliche Veränderungen" aus SPD und Grünen mit gewerkschaftlicher Unterstützung. Erster Schritt ist das Wahlbündnis, dem ein Angebot zur Zusammenarbeit an die GAL folgen soll, sowie das Bemühen, „mit der SPD darin Übereinstimmung zu erreichen, gemeinsam die von CDU und FDP vertretenen Positionen im Hamburger Wahlkampf zu bekämpfen".

Sieht man einmal davon ab, daß die DKP in ihrer Politik gegenüber der SPD am ehesten Bündnispartner bei den grünen Realos finden könnte, drängt sich die Frage auf, warum dieses ‚bescheidene' Vorgehen? Immerhin verschwindet die Partei, für die die Kandidatur in der Vergangenheit ein ergebnisunabhängiges Muß war, zunächst im Bündnis Friedensliste und jetzt noch als Teil des gewünschten Wahlbündnisses der Friedensliste mit den Grünen. Offenkundig hat über die Wahlerfolge grüner und buntalternativer Wahlbündnisse und später der Grünen der Wunsch nach Partizipation an Erfolgen und vermehrter parlamentarischer Betätigung Einzug in die DKP gehalten. Die Friedensliste hat — abgesehen vom finanziellen Erfolg bei der Europawahl — die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen können. Möglich ist nun, daß Teile der DKP ernsthaft auf einen rechnerisch abgeleiteten Bündnisdruck auf die Grünen spekulieren. Realistisch ist dies kaum. Die linken Grünen werden sich hüten, einen de facto Realo-Flügel von außen reinzuholen, die Realos in ihrem Drang nach Politikfähigkeit und Anerkennung werden kaum auf die „Agentur Moskaus" zurückgreifen wollen. Möglich auch, daß manche DKPler um nahezu jeden Preis bündnisbereit sind, wenn ihnen nur die erfolglose Eigenkandidatur erspart bliebe. In Hamburg wird hinter vorgehaltener Hand schon mal davon geredet, daß man sich auch mit Plätzen weiter hinten begnügen würde. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß man beim Parteivorstand den Entwicklungen innerhalb der eigenen Anhängerschaft Genüge zu tun glaubt, indem man alles nur Erdenkliche getan hat, den Grünen ein Bündnis anzubieten, um diesen den Schwarzen Peter zuschieben zu können. Dann bleibt nur die Kandidatur im Rahmen der Friedensliste oder ähnlicher Bündnisse. Damit aber dürfte weiter Erfolglosigkeit vorprogrammiert sein.

hr.

Herbert Mies in „Rote Blätter"

Über den Regierungswechsel:

„Wir Kommunisten machen keinen Hehl daraus, daß wir die Ablösung der Rechtsregierung wollen ... Und das bedeutet heutzutage selbstverständlich, daß eine sozialdemokratisch geführte Regierung an ihre Stelle kommt. Eine von der SPD geführte Regierung ist uns lieber, als eine von konservativen und erzkonservativen Kräften geführte. Rau oder sonstwer ist dabei für mich nicht die Frage. Dabei geht es mir nicht um Rau oder sonstwen. Das ist einfach die Konsequenz der Dinge. Aber uns geht es schlichtweg um eine andere Regierung. Uns geht es um die Durchsetzung einer anderen Politik und einer anderen Regierung oder einer anderen Regierung mit einer anderen Politik ..."

Über die Friedensliste:

„Wahlpolitisch halten wir es für am sinnvollsten, wenn sich ein möglichst breites Bündnis von Kräften aus den außerparlamentarischen Bewegungen bildet. Damit ist am besten gewährleistet, daß die Forderungen der Bewegungen auch Eingang finden in die Parlamente. Ein solches Wahlbündnis ist die Friedensliste, in der ja bekanntermaßen die Kommunisten aktive Teilnehmer sind. Das sind wir, weil die Friedensliste die Schlüsselfrage des Überlebens, den Frieden, bewußt ins Zentrum ihrer Politik rückt, weil sie den Vorrang des außerparlamentarischen Kampfes betont, für eine Zusammenarbeit von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung wirkt und schließlich selbst das Bündnis, das gemeinsame besonders deutlich verkörpert."

Über ein Wahlbündnis mit den Grünen:

„Ich meine, gerade gegenwärtig kommt es darauf an, diejenigen demokratischen Kräfte, die sich nicht auf die SPD orientieren, zusammenzuführen. Das Ziel mancher in der SPD, die Grünen wieder aus den Parlamenten hinauszukatapultieren, darf nicht aufgehen. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen der Friedensliste, sich mit den Grünen auf ein gemeinsames Vorgehen zu den Bundestagswahlen zu verständigen ...

Bei gutem Willen lassen sich mit etwas Phantasie für alle annehmbare Lösungen sicherlich finden. Doch das hängt auch ab von der Bereitschaft anderer Kräfte."

(Interview in „Rote Blätter", Zeitung des MSB, Nr. 2/3, 86).

Zur Diskussion:

Wie aktuell ist der bundesrepublikanische Revanchismus?

Es hat zur Zeit den Anschein, als ob Teile der Linken sich wieder verstärkt antifaschistischen Themen zuwenden. Insbesondere die „Volksfront" und der BWK legen einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den „Kampf gegen den Revanchismus", dessen Anwachsen in allen gesellschaftlichen Bereichen sie konstatieren. Insbesondere bei diesen beiden Organisationen wird dabei der Begriff des Revanchismus weit über das hinaus ausgedehnt, was gemeinhin darunter verstanden wird. Revanchismus ist bei ihnen quasi der Oberbegriff für alles geworden, was als politische Strömung in irgendeiner Weise der Kriegsvorbereitung dienen könnte. Die Bandbreite reicht bei ihnen dabei von Kühnen FAP zur NPD, der Konservativen Aktion bis hin zu den Reden des Bundespräsidenten von Weizsäcker zum 8. Mai und den Europathesen des SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz.

Nun mag es ja richtig sein, die gegenwärtige imperialistische Politik wesentlich unter dem Aspekt der Kriegsvorbereitung zu sehen und dementsprechend alle Kräfte unter dem Banner des „antirevanchistischen Kampfes" sammeln zu wollen. Dann wäre der so breit angelegte Begriff Revanchismus zwar etwas strapaziert, mensch könnte sich aber daran gewöhnen. Verquer wird dieser Begriff aber spätestens dann, wenn als praktische Aktionsmöglichkeiten in diesem antirevanchistischen Kampf vor allem und fast ausschließlich die klassischen Erscheinungsformen des Revanchismus, des Neofaschismus etc. angeboten werden. Denn dahinter steht offenbar — und so wird es auch teilweise angesprochen — die These, daß alle aggressiven imperialistischen Strömungen letztlich dieselbe Zielsetzung hätten und lediglich in der Lautstärke oder dem einen oder anderen Detail sich unterscheiden würden. Wer seine Politik darauf abstellen will, daß alle Strömungen jenseits der Barrikade letztlich dem Imperialismus dienen, der kann einen derart groben Leisten durchaus verwenden.

seits der Barrikade letztlich dem Imperialismus dienen, der kann einen derart groben Leisten durchaus verwenden.

Er soll sich aber nicht wundern, daß die so gefertigten Schuhe dann auch mal zu weit sind oder drücken.

Wohlgemerkt, es geht mir in den folgenden Überlegungen nicht darum, den antifaschistischen, antirevanchistischen oder antireaktionären Kampf abzuqualifizieren. Es geht mir vielmehr darum, einiges in die Diskussion zu bringen, damit eben dieser Kampf besser und zielgerichteter geführt wird, auch wenn dabei das Denken manchmal mehr strapaziert wird.

Die These von der Zunahme revanchistischer Aktivitäten

Eine zentrale Aussage in diesem „antirevanchistischen Kampf" ist die von der Zunahme revanchistischer und neofaschistischer Umtriebe. Ins Feld geführt wird dabei die FAP des Michael Kühnen, die NPD, das Entstehen der „Republikaner", SS-Hiag-Treffen in Nesselwang, die „Konservative Aktion", zunehmende Aktivitäten der Vertriebenenverbände, sowie das Abspielen der Nationalhymne in allen Funk- und Fernsehanstalten, das Wiedereinführen „ostkundlicher" Schülerwettbewerbe etc.pp.

Doch ist dabei wirklich von einer quantitativen Zunahme zu reden? Ich denke, daß dies doch sehr differenziert betrachtet werden muß: Was die offenen Nazis anbelangt, würde ich die These von der Zunahme glatt bestreiten. Weder die FAP noch die NPD scheinen mir heute an Einfluß gegenüber den letzten Jahren der sozialliberalen Koalition gewonnen zu haben (statt der FAP nehme ich mal die ANS als Vergleich.)

Ähnliches gilt m.E. auch für die Treffen der SS-Hiag und der Revanchistenverbände, die z.B. in den 70er Jahren weitaus häufiger und zahlenmäßig wesentlich größer stattgefunden haben und an deren Verbot auch eine SPD-FDP-Regierung nie gedacht hat (was im übrigen heutige Versuche der SPD, sich mit Verbotsforderungen etwa der SS-Hiag hervorzutun, in das richtige Licht rückt). Und was Vereine wie die „Konservative Aktion" oder die „Republikaner" anbelangt, so sind gerade die 70er Jahre voll von Ansätzen einer 4. Partei und Sammlungsbewegungen, die teilweise weit mehr Zulauf hatten und die alle bislang kläglich gescheitert sind.

Qualitative Zunahme?

Nun könnte es ja sein, daß eine allein quantitative Betrachtungsweise nicht

Nun könnte es ja sein, daß eine allein quantitative Betrachtungsweise nicht

ausreichte, daß vielmehr diesen Bestrebungen deshalb mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, weil unter den Bedingungen einer CDU/CSU-FDP-Regierung ihnen mehr Bedeutung zukomme, mithin ihre Qualität sich verändert habe. So bestechend diese Überlegung auch klingt, wird auch diese These sich irgendwann an meßbaren Größen überprüfen lassen müssen; dennoch ist sie bedenkenswert, insbesondere was die Regierungspolitik betrifft. Die Provokation des Reagan-Besuchs in Bitburg bestand ja insbesondere auch darin, daß „die Deutschen" trotz oder wegen ihrer Vergangenheit gleichberechtigt zur „Gemeinschaft der freien Völker" sich zählen dürfen. Und das neue Nationalgefühl aus Oggersheim, dessen führender Vertreter ja zu jung gewesen ist, um im Faschismus gedient zu haben, dieser neue „Stolz, ein Deutscher zu sein", dieser Verdrängungsmechanismus „Einmal muß doch Schluß sein", der sich dann in offenem Antisemitismus im Bundestag Bahn bricht — all dies und noch



viel mehr (der tägliche Rassismus, der neue Chauvinismus) ist Beleg für ein sich reaktionär wandelndes Klima.

viel mehr (der tägliche Rassismus, der neue Chauvinismus) ist Beleg für ein sich reaktionär wandelndes Klima.

Und dennoch führt von hier — und das ist der Grundgedanke dieser Überlegungen — keineswegs ein gradliniger Weg zu Kühnens FAP, zur NPD, zum Revanchismus klassisch deutschnationalistischer Art. Umgekehrt ist es nämlich auch so, daß all diese Versuche, endlich Gras wachsen zu lassen über die Vergangenheit doch letztlich nur immer wieder den braunen Boden zeigen.

Ist Schlesien „deutsch" oder „europäisch"?

In einem Interview, das Kohl dem rechtsradikalen „Deutschland-Magazin" (Chefredakteur G. Löwenthal) im Dezember 85 gab, heißt es: „*Und wir wissen doch auch: Ein Zurück zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts wird es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht geben. Weil die Teilung Deutschlands auch die Teilung Europas ist, ist auch die deutsche Frage nur im europäischen Rahmen zu lösen. Es geht nicht zuerst um die Grenzen oder Hoheitsrechte, sondern um die Freiheitsrechte der Menschen ... Auch Konrad Adenauer gab der Freiheit Vorrang bei den wichtigsten Zielen der deutschen Politik, mit friedlichen Mitteln die Freiheit zu sichern und die Einheit wieder zu gewinnen.*" Dieses Primat der „Freiheit" über die „Hoheitsrechte" gehört heute zu den Standardfloskeln der CDU/CSU incl. Dregger (der ja zu den härtesten „Revanchisten" des Bundestags zählt) und stößt im nationalistischen Lager auf erheblichen Protest. Von der FAP über die NPD bis hin zu den „Nationalrevolutionären" wird dies genau umgekehrt propagiert, bis hin zu Forderungen nach Auflösung der Paktsysteme, bzw. dem Austritt der BRD (und der DDR).

Kohls Hinweis auf die Tradition Adenauers ist dabei nicht bloße Effekthascherei, sondern verweist auf die Tatsache, daß in den ersten Jahren der BRD gegen den Widerstand der äußersten Rechten eben die eindeutige Festlegung auf eine europäische Orientierung durchgesetzt wurde, was Adenauer wegen seiner Einbindung der BRD in die EVG, EWG und NATO den Vorwurf des Vaterlandsverrats eingebracht hat.

So bestanden im rechten Lager unmittelbar nach Kriegsende und bis weit in die 50er Jahre hinein Hoffnungen, sozusagen in einer Fortführung des 2. Weltkrieges das Ziel der deutschen Wiedervereinigung im imperialistischen Verbund erlangen zu können (was ja kurzzeitig eine der politischen Optionen der Westalliierten gewesen war; Churchill: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet"). Militärisch boten sich alte Wehrmachtsoffiziere samt einer „Geheimarmee" als Grundstock für die Bundeswehr (gegen den Preis der Freilassung der in Landsberg einsitzenden Kriegsverbrecher) an; eine Vielzahl von politischen Parteien (Deutscher Block, Deutsche Partei, Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) trat mit der Perspektive der unmittelbaren Wiedervereinigung auf den Plan. 1951/52 wurde eine

Entrechteten) trat mit der Perspektive der unmittelbaren Wiedervereinigung auf den Plan. 1951/52 wurde eine

„Verschwörung" um den ehemaligen Goebbelsstaatssekretär Naumann „aufgedeckt", der gegen den „Ausverkauf" Deutschlands eine nationale Sammlung ins Leben rufen wollte; die Verschwörung reichte bis weit in die CDU/CSU und die FDP hinein. Von Seiten der Revanchistenverbände wurden derartige Zielsetzungen geteilt: In den „heimatpolitischen" Grundsätzen der Landsmannschaft Schlesien von 1952 heißt es z.B.: „2. Darüber hinaus ist die Landsmannschaft Schlesien der Ansicht, daß die Wiedereingliederung Mitteldeutschlands auch für die Westmächte von überragender Bedeutung ist und von ihnen in wohlverstandenem eigenen Interesse gefördert werden sollte. " In diesem Zusammenhang wurden Exilregierungen gebildet und ihre Anerkennung durch die BRD-Regierung gefordert etc. Auch wenn bis in die 60er Jahre der Revanchismus (in Form der Hallstein-Doktrin — keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkennen) ein Hauptmoment westdeutscher Politik war und in vielerlei „Alltäglichkeiten" sichtbar war (grüne Kerzen für die „Brüder und Schwestern", Ostkundewettbewerbe, Seebohms berüchtigten Sonntagsreden etc.), verloren doch alle diejenigen Kräfte an Boden, die nicht eindeutig das Primat „Europa" anerkannten. Am deutlichsten wird dies an der Auflösung von DP und BHE in die CDU/CSU hinein (Globke und Oberländer, die Skandalminister der ersten Adenauerregierungen, kommen aus diesen Parteien) bzw. dem Zerfall der verbleibenden Restparteien in die politische Bedeutungslosigkeit, aus der sie erst mit der NPD-Gründung wieder herauszukommen versuchten.

Die Neue Ostpolitik und die kurze Blüte des alten Nationalismus

Welche Stärke der spezifisch deutsche Revanchismus Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre hatte, zeigte sich anhand des Erstarkens der NPD (bis knapp 5% bei den Bundestagswahlen 1969 und der Aktion Widerstand 1971/72, als unter Parolen wie „Brandt an die Wand" noch einmal Zehntausende militant für „ihr" „Großdeutschland" und gegen den „nationalen Verrat" (der ja im übrigen unter einem CDU-Kanzler — Kiesinger — eingeleitet worden war, eine Tatsache, auf die sich CDU/CSU zuweilen berufen, wenn es um „positive" Seiten der Neuen Ostpolitik geht) auf die Straße gingen.

Der Regierungswechsel hin zur SPD/FDP dokumentiert das völlige Scheitern des — bei aller Europaorientierung — Revanchismus Adenauerscher Prägung, er ist Ausdruck einer geänderten Weltlage (Nationalstaaten der 3. Welt Anfang der 60er Jahre), angesichts derer ein offensiv vorgetragener Revanchismus (der in der BRD zumindest damals eine erhebliche Grundlage hatte) sich als tendenziell direkt kontraproduktiv für den Fortgang der Geschäfte ausgewirkt hätte. Dieser Widerspruch ist m.E. auch hauptsächlich verantwortlich dafür, daß die in den 70er Jahren immer wieder entstandenen diversen rechten Sammlungen und Parteien erfolglos blieben, und insbesondere ihr Wunschkandidat Strauß sich auf derart festgelegte aussichtslose Experimente nie anders als integrativ eingelassen hat.

Revanchismus passé?

Die Revision von Jalta und Potsdam ist heute ein beliebter Gegenstand rechter Diskussionen (daß auch eher der Linken zuzurechnende Gruppierungen darüber ernsthaft diskutieren, gehört zu den traurigsten Kapiteln der Linken); in diesem Sinne ist der Revanchismus sicher nicht erledigt. Die besondere Schwierigkeit der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer Ideologen besteht aber darin für diese Revision griffige Formeln zu finden, die mobilisierungsfähig sind. Und mit der Entwicklung solcher Ideologien, die nicht mit dem Manko der deutschen Geschichte belastet sind, tut sich die Bourgeoisie bis heute schwer. Dies scheint mir gerade das besondere Charakteristikum beispielsweise der 8.Mai-Rede Weizsäckers zu sein, der für einen CDU-Politiker in geradezu „revolutionärer" Weise sich von diesem Ballast freizumachen versuchte (was ihm auch prompt den wütenden Aufschrei der Rechten eingetragen hat), ohne griffige aggressive Alternativen bieten zu können.

der Rechten eingetragen hat), ohne griffige aggressive Alternativen bieten zu können.

Für die antifaschistische Linke liegt gerade in dieser Widersprüchlichkeit eine gewisse Chance. Nicht weil die Faschisten heute etwa schon sagen, was die offizielle Politik noch nicht zu sagen wagt (aber „insgeheim" angeblich will), sind sie zu bekämpfen, sondern weil reaktionäre Politik in der BRD geradezu gesetzmäßig nicht anders auf die Füße kommt als im traditionell faschistischen Nationalkostüm. Nicht weil der deutsche Un-„Rechtsstandpunkt" auf Wiedererlangung verlorener Gebiete eine r e a l e Option der westeuropäischen Politik wäre, ist er zu bekämpfen, sondern weil aggressive Mobilisierung gegen den RGW in der BRD notwendigerweise und bisher ohne ideologische Alternative auf dieser Schiene läuft.

Der Unterschied beider Betrachtungsweisen mag gering erscheinen, mir scheint er doch nicht unbedeutend, weil dadurch vielleicht das europäische Moment imperialistischer Politik besser mit dem antifaschistischen Kampf verbunden werden kann.

Vielleicht dienen diese Überlegungen dazu, eine tiefer gehende Diskussion zu diesen Fragen anzuleiern. Mich würde es freuen.

E., Hamburg

> „Revanchismus und antifaschistischer Kampf heute" lautete das Motto eines Kongresses, zu dem die „Volksfront" am 1.2.86 in Hamburg geladen hatte. Zur Debatte standen laut Einladung Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung, die der Kampf gegen den Revanchismus und Faschismus für die antifaschistische Bewegung hat.
>
> Die Aktualität der Fragestellung ist unumstritten. Umstritten ist allerdings, was Revanchismus heute eigentlich heißt. Wird da nur nach altbewährter Manier unter Absingen des Deutschlandliedes zur nationalen Sammlung geblasen? Wird der altgewordene Nationalismus wieder aufgekocht, mit ein paar Zutaten gestreckt oder schafft man es, aus Eurochauvinismus, Nationalismus und „Treue zur Allianz" eine ganz neue Suppe anzurühren?
>
> In fünf AGs sollte dieser Frage nachgegangen werden. Der KB war als Ko-Referent bei der Eröffnung des Seminars mit von der Partie. Die Artikel auf diesen Seiten sind im Zuge dieser Auseinandersetung entstanden.

Eine neue 'antifaschistische Einheit'?

Vor dem Hintergrund der verschiedenen neofaschistischen Aktionen und Veranstaltungen der letzten Monate und der daraufhin zustande gekommenen antifaschistischen Bündnisse in vergleichsweise bemerkenswerter Breite (Sare-Demo, HIAG, „konservative Aktion" und zuletzt zum Mord an Ramazan Avci) verstärken sich derzeit in Hamburg die Versuche, ein strategisches Antifa-Bündnis der verschiedensten Organisationen und Initiativen aus der Taufe zu heben. Gemeinsamer Ausgangspunkt dieser Bemühungen mit dem Ziel eines gemeinsamen Vorgehens auf der Grundlage einer politischen Plattform ist — wenn auch verschieden akzentuiert — ein generell unterstelltes **Ansteigen** des Neofaschismus und Neokonservatismus.

Insbesondere nach dem Mord an Ramazan Avci setzen sich offensichtlich vermehrt Überlegungen durch, dem vorgeblich auch qualitativ veränderten neofaschistisch motivierten Rassismus eine ebenfalls neue Qualität entgegen zu setzen.

Herausragend wird diese Orientierung von der DKP propagiert. Von ihrer Seite wird, mit Blick auf die Aktivitäten von FAP und HLA vor dem „Hintergrund der Wendepolitik", die Notwendigkeit eines breiten antifaschistischen und antirassistischen Zusammenschluß **neben** bereits bestehenden, wie z. B. dem Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis, betont — zielgerichtet vor allem auf die Einbeziehung der Gewerkschaftskampagne „Mach meinen Kumpel nicht an!".

Die Vorstellungen der DKP bezüglich eines derartigen, sich faktisch als antifaschistischen „Dachverband" für Hamburg verstehenden Bündnisses, dessen Tätigkeit vorwiegend in der dokumentarischen Arbeit und der Durchführung von jugendorientierten dezentralen Veranstaltungen begründet sein soll, stoßen u.a. bei der VVN auf Interesse. Zwar wird von dieser nicht unbedingt eine gefestigte Struktur als notwendig erachtet. Dennoch propagiert man/frau von hier u.a. unter dem Motto „Sie werden nicht durchkommen!" (so die Leitparole einer zentralen VVN-Veranstaltung in Hamburg Anfang diesen Jahres) ebenfalls mit Hinweis auf zunehmenden Einfluß von Neofaschisten vor allem unter Jugendlichen die „antifaschistische Einheit".

Bemerkenswert ist bei diesen Bestrebungen, daß — neben den Jusos, Vertretern von Devrimsci Isci und Pax Christi — vor allem von Seiten der „Volksfront" und des BWK Interesse geäußert wird. Auf der Grundlage ihrer Einschätzung zur Entwicklung und Einflußnahme des Neofaschismus (vgl nebenstehenden Artikel) kritisieren sie u.a. die angeblichen Versuche vornehmlich des KB, „vor allem das Trennende zwischen Konservativen und Faschisten" zu betonen und somit den „Angleichungsprozeß" zwischen Neofaschisten und Bundesregierung zu verharmlosen.

Die „Volksfront"/BWK — Vorschläge schließen gemeinsame Veranstaltungen wie z.B. zum 17. Juni ebenso ein wie eine Verbotskampagne gegen die NPD als „ein zentraler Schlag gegen die reaktionäre und faschistische Formierung". Immerhin eine Ausrichtung, die beispielsweise der NPD eine steigende Relevanz einräumt, welche auch im KB zumindest umstritten sein dürfte.

Bislang jedoch wird die Notwendigkeit einer langfristig fest strukturierten Zusammenarbeit aus den bekannten realen Entwicklungen nicht zwingend deutlich.

pe.

Um was diskutieren wir?

— Ein Beitrag zur Diskussion um die Faschisierungsthese —



Die als Kritik der Faschisierungsthese aus den 70er Jahren von F. begonnene Diskussion entwickelt sich zu einer Grundsatzdebatte, in deren Mittelpunkt die Frage steht: Mit was für einem Staat haben wir es hierzulande zu tun? Rudolf aus Frankfurt hat im AK 266 (S. 34) auf meine Kritik an seinem Artikel geantwortet. Leider droht mit seiner Replik die Debatte den Boden unter den Füßen zu verlieren und sich in eine Begriffsklärung über den Begriff vom Begriff zu entwickeln. Ich möchte versuchen, die Diskussion wieder auf die Füße zu stellen und dabei auch etwas Grundwissen über die sozialistische Kritik der bürgerlichen Demokratie zu vermitteln. Denn der Staatsbegriff, den uns Rudolf mit seiner Replik andient, steht festverwurzelt in der sozialdemokratischen Tradition. Ich habe bereits in meiner ersten Kritik an Rudolfs Artikel (Es gibt keine Teilfaschisierung, AK 264, S. 45) ausgeführt, daß wir nicht über den Faschismus oder die Faschisierung diskutieren können, ohne auch über die bürgerliche Demokratie zu diskutieren. Das ist keine abgehobene Sache und kein terminologischer Streit unter Spezialisten, sondern die Frage nach dem Charakter der bürgerlichen Demokratie gehört zu den wichtigsten politischen Fragen, um die heute diskutiert wird (ob es um den Parlamentarismus geht oder um das Gewaltmonopol des Staates, um die Einschätzung der SPD oder die Politik der Grünen). In Rudolfs Replik scheinen sich die Begriffe völlig von den politischen Fragen zu lösen. Damit aber wird der Diskussion ein schlechter Dienst erwiesen.

Vorwort

Dieser Artikel ist schwerfälliger geworden, als er es eigentlich sollte und erfordert beim Lesen etwas Geduld. M.E. nützt es nichts, allein über die Konsequenzen zu diskutieren, die aus unterschiedlichen Ansätzen gezogen werden, sondern wir müssen auch über die grundsätzlichen Ansätze selbst diskutieren, damit die politische Diskussion nicht zu einem bloßen Wettkampf von Behauptungen wird. Rudolfs Artikel machen ja sehr klar, daß man nicht von einem gemeinsamen Verständnis der Begriffe ,,Faschismus'' und ,,Demokratie'' ausgehen kann. Diese Begriffe spielen aber in allen Diskussionen eine zentrale Rolle und ich benutze die Gelegenheit dieser Diskussion, um ein Demokratie-Verständnis anzugreifen, das in der ganzen Linken eine letztlich reformistischen Haltung gegenüber dem konkreten bürgerlichen Staat erzeugt oder aber zu einer ebenso hilflosen wie abstrakten Kritik führt.

Leider haben wir heutzutage so geringe Pressemittel, daß an sich sinnvolle Aufteilungen nicht möglich sind (etwa Hintergrunddiskussionen in einem theoretischen Organ und politischer Streit in der Zeitung). So werden aus sachlichen Gründen Artikel überfrachtet, weil die Alternative darin bestünde, ganz auf theoretische Diskussion zu verzichten. Das aber hieße nichts anderes, als lebenslang Symptome zu bekämpfen und die Ursachen der Fehler nicht anzutasten. In einer Zeit, in der die sozialistische Diskussion innerhalb der Linken nicht eben entwickelt ist und theoretische Probleme zunehmend zu Spezialistenfragen erklärt werden, wäre dies für eine politische Zeitung wie den AK tödlich. Und wen die theoretischen Streitereien gar nicht interessieren, der braucht ja die ersten Teile nicht zu lesen, sondern liest nur den fünften.

1. Noch einmal: Worum geht es?

Es geht im Kern um die Frage, ob hier und heute konkret erkennbare Tendenzen auszumachen sind, die bürgerliche Demokratie aufzuheben und durch ein terroristisches Regime zu ersetzen. Ich habe in meiner Kritik an Rudolf die Position vertreten, daß aktuell keine Krise sichtbar ist, die über den jetzigen Staat hinausweist, sondern daß dieser *,,bislang mit (historisch gesehen) minimalen Verlusten die Fortentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu garantieren vermag''*. Rudolf hat dieser These nicht widersprochen und ich gehe davon aus, daß sie Konsens ist. Mit dem von mir dargelegten Faschismus-Begriff hat sich Rudolf nicht auseinandergesetzt, sondern einen anderen Faschismus-Begriff dagegen gesetzt, nämlich daß Faschismus *,,Kapitalismus pur''* sei, daß der Faschismus das *,,logische ... Endstadium des Kapitalismus''* sei. Gleichzeitig behauptet Rudolf, daß Demokratie und Repression unvereinbar seien (,,antagonistische Begriffe''). Wenn man Rudolfs Artikel sorgfältig liest, ist nicht zu verkennen, daß er eine Ansicht vertritt, die als These von der ,,Doppelnatur des Staates'' bekannt und eng verbunden ist mit linkssozialdemokratischen Reformismuskonzeptionen. Es geht also hier nicht um einen terminologischen Streit, sondern um die politische Gretchenfrage: Wie hältst du es mit dem Staat?

Rudolf meint, es gebe eine *,,Verknüpfung von demokratischen Teilbereichen mit anderen repressiven Teilbereichen''*, aber Demokratie schließe Repression aus. Das Problem der bürgerlichen Demokratie ist für Rudolf nicht, daß diese eben nur bürgerliche Demokratie ist, sondern daß sie nur auf einige Teilbereiche begrenzt wäre. Ich bin da ganz anderer Ansicht. Damit es aber nicht bei einem öden Austausch von Resultaten bleibt, möchte ich die Sache etwas systematischer angehen. Ich möchte zuerst die Marxsche Position vorstellen. Dann möchte ich kurz skizzieren, wie die klassische Sozialdemokratie die Sache verstand. Und erst dann wieder auf Rudolf zurückkommen und mich kritisch (sehr kritisch) mit seiner Replik auseinandersetzen.

2. ,,Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings!" — Karl Marx

Das Staatsverständnis von Marx ist nicht ganz zufällig eine heftig umstrittene Sache. Es kann hier natürlich nicht allseitig und erschöpfend abgehandelt werden, sondern hier kann es nur um einige Stichworte gehen. Eine grundsätzliche Staatskritik ist bei Marx älter als die Kritik der Politischen Ökonomie und die ganze Theorie, die als Marxismus berühmt wurde. Einerseits hat die sozialdemokratische Marx-Interpretation sich um die Marxsche Staatstheorie nie sonderlich bemüht, andererseits hat der Marxismus-Lenismus, wie er sich nach Lenins Tod in der UdSSR herausgebildet hat, die Sache auf das ,,Zerschlagen'' reduziert. Dabei ist die frühe Marxsche Staatskritik heute wieder interessant, weil einige Ansätze (wenn auch meistens in ganz verquerer Form) heute in den Debatten eine neue Rolle spielen. Vor allem die berühmte ,,Rücknahme des Staates in die Gesellschaft''.

Die Frage, mit der sich die revolutionäre Bewegung zu Marxens Zeiten herumzuschlagen hatte, war vor allem die, weshalb der Kapitalismus die Ideale der bürgerlichen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) nicht erfüllte, sondern so ziemlich das genaue Gegenteil ins Werk setzte (soziales Elend, politische Unterdrückung und kulturelle Reaktion). Was Marx von den radikalen Demokraten unterschied, war die These, daß Emanzipation sich nicht allein auf der politischen Ebene abspielen könne, denn die *,,Grenze der politische Emanzipation erscheint sogleich darin, daß der **Staat** sich von einer Schranke befreien kann, ohne daß der Mensch **wirklich** von ihr frei wäre, daß der Staat ein Freistaat sein kann, ohne daß der Mensch ein **freier** Mensch wäre''* (1). Marx kritisierte die Spaltung des Individuums in ein konkretes, privates Individuum und einen ,,abstrakten Staatsbürger'' (2). Deshalb begriff Marx die wirkliche Emanzipation als eine *,,Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst''* (3) und erklärte: Erst *,,wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt ..., erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht''* (4). Die bürgerliche Revolution und Demokratie setzt nur eine formale Individualität frei, weil sie die Menschen **dem Staat gegenüber** zu formal freien und gleichberechtigten Bürgern macht, aber ihre reale, soziale Unfreiheit unangetastet läßt. Dies ist zugleich die prinzipielle Grenze der bürgerlichen Demokratie. (Rudolf hat mich da gewaltig mißverstanden, weil er meint, es gäbe ja nicht nur ,,formale'' sondern auch ,,reale'' Freiheiten in der bürgerlichen Republik. Schon dieser Gegensatz ist absurd, weil natürlich auch Formales ganz ,,real'' ist).

Die Kritik an der formalen, nur politischen Emanzipation hat Marx dann dazu geführt, zu fragen, warum die ka-

> *,,Beachte, daß ferner ein sogenannter Grundsatz oder Prinzip der Philosophie, wenn er wahr ist, schon darum auch falsch ist, insofern er nur als Grundsatz oder Prinzip ist.''*
>
> Hegel: Phänomenologie des Geistes, 1807

pitalistische Gesellschaft bei dieser bloß scheinhaften Freiheit stehen bleibt, und zu einem tiefen Umbruch in dem Marxschen Denken geführt, aus dem der eigentliche Marxismus entstand (5). Die entscheidende Antwort liegt in der These, daß die kapitalistischen Verhältnisse einen *,,trügerischen Schein''* (6) hervorbringen, der die Menschen über den wirklichen Charakter der Verhältnisse täuscht, daß also die Menschen nicht aufgrund von Manipulation und Propaganda sich einbilden, frei zu sein, sondern aufgrund des Anscheins, den die Verhältnisse selbst erzeugen: *,,Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham (ein bürgerlicher Ökonom — Anm. jb). Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen''* (7).

Es sind gerade diese Elemente der Marxschen Theorie, die in den heutigen linken Diskussionen fast völlig verschwunden sind: die Kritik an dem bürgerlichen Bewußtsein, das sich frei wähnt, weil die Menschen auf der Oberfläche der Gesellschaft (d.h. vor allem: rechtlich) gleichberechtigt sind, womit die soziale Ungleichheit garantiert wird; die Kritik an dem ,,trügerischen Schein'', der den Eindruck eines gerechten Lohnes erweckt und die wirkliche Ausbeutung unsichtbar macht; die Kritik an einer formalen Freiheit, die das Individuum ebenso politisch befreit wie sozial entmündigt.

> *,,Die Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpflückt, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche.''*
>
> Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, 1844

Die bürgerliche Demokratie steht nicht im Gegensatz zum Kapitalismus. Es ist nicht so, daß ein ,,Teilbereich'' schon demokratisch wäre und die anderen noch nicht. Sondern die republikanische Demokratie ist der adäquate Ausdruck einer Gesellschaft, die auf dem ,,freien'' Warenaustausch beruht; sie ist der adäquate Ausdruck einer Gesellschaft, die sich einbildet, frei zu sein, nur weil ihr der Kaiser fehlt; sie ist der logische Ausdruck der juristischen Ideologie, die der Kapitalismus hervorgebracht hat, d.h. der logische und vernünftige Ausdruck rein formaler Menschen- und Bürgerrechte; sie ist abstrakte, formale Freiheit, die auf der realen Unfreiheit und Ungleichheit basiert. Da die formale Demokratie aufbaut auf einer Gesellschaft, in der die konkreten Interessen der konkreten Menschen in permanentem Konflikt stehen, **kann** sie nicht nur, sondern sie **muß** repressiv sein, sie muß die Menschen unter eine scheinhafte gesellschaftliche Vernunft **zwingen**, damit die Gesellschaft nicht am sozialen Krieg aller gegen alle zugrunde geht. (Dies ist der rationale Kern der bürgerlichen Staatsauffassung, des ,,contrat social'' etc.). Daher auch die schizophrene Haltung des bürgerlichen Individuums zum Staat, den es einerseits verflucht und betrügt, wo immer es ihm nützt, und den es ebenso feiert als seinen Beschützer gegen den Betrug der anderen. (Von daher ist es auch so unsagbar dämlich, wenn uns sehr bekannte Grüne jede ,,Staatsverdrossenheit'' als umstürzlerischen ,,Wertewandel'' deuten).

Dieser bürgerliche Staat ist also Klassenstaat. Nicht weil die Bourgeoisie Abgeordnete besticht (das tut sie auch), nicht erst, wenn er bewaffnet das Proletariat niederwirft. Sondern deshalb, weil er der notwendige, logische, vernünftige Ausdruck des Kapitalismus ist und die Freiheit des Eigentums von allen ,,bürgerlichen Freiheitsrechten'' das allerfreieste ist. Weil dieser Staat (gleich in welcher Form) nur bedingt in die Gesellschaft eingreifen kann, diese also nicht wirklich verändern, sondern nur beeinflussen kann, ist er (gleich unter welcher Regierung) ein kapitalistischer Staat. Weil dieses grundsätzliche Verhältnis von Staat und Gesellschaft einen dieser Gesellschaft entsprechenden Staatsapparat ausformt, kann diese Maschinerie von der Arbeiterbewegung nicht ,,für ihre eigenen Zwecke in Bewegung'' gesetzt werden (8), sondern muß ,,zerschlagen'', ,,gesprengt'', ,,zertrümmert'' werden (alles Marx — 9).

Im Sinne einer marxistischen Staatstheorie ist die politische bürgerliche Demokratie also nicht der Anfang der Demokratisierung der ganzen Gesellschaft, es gibt nicht schon demokratisierte und noch nicht demokratisierte Teile, sondern die bürgerliche Demokratie ist die politische Form, in der die ökonomischen Verhältnisse ihren ,,stummen Zwang'' ausüben können und die den bürgerlichen Individuen den rechtlichen Raum schafft, um ihre bürgerlichen Beziehungen eingehen zu können. Dazu gehört es selbstverständlich auch, daß der Staat Rechtssicherheit schafft, d.h. Verstöße gegen das bürgerliche Recht ahndet, was nichts anderes heißt, als daß er das bürgerliche Recht mit den staatlichen Gewaltmitteln durchsetzt und garantiert.

Diese Zustände sind Ausdruck einer besonderen Trennung von gesellschaftlich-politischen und privaten Funktionen, die es in den vorbürgerlichen Gesellschaften nicht gab (bzw. in dieser allgemeinen Form nicht gab), wo sich ökonomische, militärische und politische Macht direkt in den Händen der herrschenden Aristokratie befand. Weil sich im Kapitalismus eine gesonderte, eigenständige politische Sphäre herausgebildet hat, in der das Kapital nicht direkt und persönlich, sondern in erster Linie über den ,,stummen Zwang'' herrscht, deshalb ist der Anschein eines klasseneutralen Staates entstanden. Und seit der bürgerliche Staat soziale Funktionen wahrnimmt, die ihm aus den Reproduktionsbedürfnissen der Gesellschaft zuwachsen (Sozialversicherungswesen, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Infrastruktur usw. usf.), erscheint er dem Alltagsbewußtsein als Hort der Freiheit, sozialen Sicherheit und des Klassenkompromisses. Diesem Anschein erliegt Rudolf völlig, wenn er die politische Form des Kapitalismus, d.h. die bürgerliche Demokratie als wahre Demokratie in einem ,,Teilbereich'' **abfeiert.**

3. Der Demokratiefetisch der alten SPD

Die deutschen Sozialdemokraten des 19. Jhs. sahen die Sache anders als Marx. Für die SPD-Vorläufer war der Staat eigentlich der Garant der ,,gesunden Entwicklung'' und wurde nur zum Klassenstaat, wenn unvernünftige Politik herrschender Kasten ihn dazu mache und ihn daran hindere, seiner eigentlichen Aufgabe nachzukommen (10). Da nun revolutionäre Erschütterungen auch den oberen Klassen schaden würden, läge es im allgemeinen Interesse via ,,Sozialreform'' zum Sozialismus zu schreiten. Die SPD hat den bürgerlichen Staatsbegriff übernommen und ihn um die ,,Sozialreform'' bereichert (daher ja auch der Name Social-Demokraten). Der wichtigste Theoretiker der alten SPD, Karl Kautsky, erklärte 1893, *,,daß ein wirklich parlamentarisches Regime ebenso gut ein Werkzeug der Diktatur des Proletariats sein kann, als es ein Werkzeug der Diktatur der Bourgeoisie ist''* (11) und definierte die Diktatur des Proletariats so: *,,ein starkes kraftvolles Parlament nach englischem Muster, mit einer sozialdemokratischen Mehrheit und einem starken und selbstbewußten Proletariat hinter sich''* (12). Als Beweis führte Kautsky an, daß die Bourgeoisie gegen das allgemeine Wahlrecht sei, weil sie sonst politisch entmachtet würde. Diesem Staatsbegriff blieb Kautsky auch nach dem 1. Weltkrieg treu: *,,Aber der moderne demokratische Staat unterscheidet sich dadurch von den früheren Arten von Staaten, daß diese Ausnutzung des Staatsapparates für die Zwecke ausbeutender Klassen nicht zu seinem Wesen gehört, nicht untrennbar mit ihm verknüpft ist''* (13). Genau das ist die *Kernthese* des ganzen sozialdemokratischen Staatsbegriffes: Der demokratische Staat (= die repräsentative Republik) kann zwar von den herrschenden Klassen ausgenutzt werden, aber seinem Wesen nach ist er kein Klassenstaat. Der politische Unterschied lag darin, daß es im 19. Jh. in Deutschland keine Republik gab und **deshalb** die SPD grundsätzlich oppositionell war. ,,Eroberung der politischen Macht'' hieß für die SPD immer: Durchsetzung der Republik und sozialdemokratische Regierungsmehrheit.

Weiterhin hat die SPD im 19. Jh. dann behauptet, daß es zwischen Demokratie und Kapitalismus einen unversöhnlichen Gegensatz gebe, weil Republik heiße, daß der Mehrheitswille herrscht und der Mehrheitswille könne ja nur sozialistisch sein, weil außer einer kleinen bourgeoisen Minderheit niemand ein Interesse an der Ausbeutung haben könne. (Es ist wohl überflüssig, lange darüber zu reden, wie naiv so eine Sichtweise ist. Jede Bundestagswahl beweist ja praktisch das Gegenteil). Die SPD hat also behauptet, daß die Sozialreform (= der Sozialismus) bereits in der ,,Idee der Demokratie'' liege, daß der Kapitalismus ihrem Wesen widerspreche. Und genau **diese** These taucht bei Rudolf wieder auf. Die SPD hat so nur argumentieren können, weil sie von folgenden Prämissen ausging:

1. Staatsmacht und Regierung sind gleichbedeutend, der Staatsapparat ist zweckneutral, d.h. er tut stets das, was eine Regierung ihm vorschreibt, man kann ihn einfach übernehmen.
2. Das Proletariat ist spontan und unweigerlich sozialistisch, weil Sozialismus die Harmonisierung von Produktionsvolumen und Massenkaufkraft bedeutet und die sozialen Kämpfe der Arbeiter sich um eine Erhöhung der Massenkaufkraft wie insgesamt eine Verbesserung ihrer sozialen Lange drehten.
3. Der Sozialismus ist deshalb unvermeidlich und kommt mit ,,naturgesetzlicher'' Zwangsläufigkeit, weil der Kapitalismus immer mehr produziert, als die Gesellschaft wegen der Ausbeutung konsumieren kann. Die soziale Revolution komme also zwangsläufig.

Dementsprechend hat Kautsky immer wieder betont, die SPD sei eine *,,revolutionäre, nicht aber eine Revolution machende Partei''* (14), d.h. *,,daß das Proletariat als selbständige Partei nicht im Polizeisinn revolutionär sein (müsse), sondern im Sinne der politischen Ökonomie''* (15).

Die politischen Konsequenzen aus diesen Ansichten waren verheerend: Die SPD hat auf die Revolution buchstäblich gewartet; sie hat sich keine Gedanken gemacht, wie der Staatsapparat umgestaltet werden muß, um wirklicher Massendemokratie Platz zu machen; und sie konnte die zunehmende Verbürgerlichung des proletarischen Alltagsdenkens nicht erkennen, weil für sie der Sozialismus einfach die Zusammenfassung der proletarischen Interessen war. Der Kern, um den sich dieses Drama abgespielt hat (und Drama meine ich nicht spöttisch, angesichts der Katastrophe von 1914!), war eine Staats- und Politiktheorie, die jeder politischen Offensive im Weg stand.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Es geht nicht um die Frage, ob man im Sozialismus ein Parlament oder Räte oder alles zusammen braucht. Sondern es geht darum, daß man sich selbst politisch entwaffnet, wenn man den besonderen und spezifischen Zusammenhang von Kapitalismus und repräsentativer Demokratie nicht erkennt, sondern in dem Repräsentativsystem einfach allgemein einen demokratischen „Teilbereich" erblickt. Rudolf bleibt mit seinem Ansatz der bürgerlichen Demokratie gegenüber unkritisch und darum **muß** er als Linker den ganzen Kapitalismus als faschistisch denunzieren, um sich überhaupt noch auf der politischen Ebene abzugrenzen. Das ist allerdings kein persönliches Problem von Rudolf, sondern heute so weit verbreitet, daß es schon fast langweilig ist. Ich hatte in meiner Kritik an Rudolfs Artikel davor gewarnt, sich auf eine Kritik eines möglichen Faschismus zu beschränken und die Illusion zu nähren, es könne eine nicht-repressive bürgerliche Republik geben. Es ist kein Zufall, daß Rudolf mit keinem Wort auf diese politische Frage eingegangen ist.

4. Rudolfs Staatsverständnis — Philosophie statt Analyse?

Leider zwingt mich Rudolfs Replik, mich z.T. auf eine philosophische Diskussion einzulassen. Und da Rudolf seine Thesen in einer ausgesprochen unverständlichen Art dargelegt hat, bin ich zu dem undankbaren Geschäft gezwungen, auch noch erklären zu müssen, was er (vermutlich!) meint. Wenn man schon philosophische Probleme bei der Staatsdiskussion mitbehandelt, sollte man klipp und klar sagen, um welches theoretische Problem man genau diskutieren will, welchen Zweck man damit verfolgt und aus welchem Zusammenhang das Problem stammt. Wenn man das nicht tut, sondern wie Rudolf einfach dem Laien unverständliche Prinzipien in den Raum schleudert, wird davon niemand schlauer. Die Laien ärgern sich, weil sie nur noch Bahnhof verstehen, und die Fachleute werden in diesem Fall auch nicht begeistert sein, denn Rudolfs Begriffe sind schon grammatisch so unklar, daß man raten muß, was er sagen will. Z.B. schreibt er, es gehe ihm „gegen das Denken der Wirklichkeit in Kategorien der Totalität" — und meint natürlich Totalität unterstellende Begriffe der Philosophie bzw. der Theorie, denn die Wirklichkeit denkt gar nicht!

Das Problem, um das Rudolfs Ausführungen kreisen, stammt letztlich aus der „nachidealistischen Identitätskrise" der Philosophie (16). Grob vereinfacht geht es um folgendes: Kann man die Welt aus **einem** Grundprinzip erklären (Gott, Hegels Widerspruch etc.) oder muß man nicht jeden Gegenstand in seiner eigenen Logik begreifen? Oder noch allgemeiner: Kann man überhaupt richtige allgemeine Aussagen machen? Um das mal konkret zu machen: Es gibt in einer Gesellschaft eigenständige Bereiche (Ökonomie, Politik, Wissenschaft, Religion usw.usf.), die jeweils wieder aus unendlich vielen Teilen, Aspekten etc. bestehen. Nun wird niemand bestreiten, daß man zunächst jeden Teilbereich für sich untersuchen muß. Aber — und jetzt wird es erst interessant — dann kommt das Problem: Wie wird aus all den Teilchen eine konkrete Gesellschaft, was ist das Einheit stiftende Moment? Marx z.B. erklärte, daß in letzter Instanz die Entwicklung der Produktivkräfte über die Entwicklung der ganzen Gesellschaft bestimme. Das kann man nun wieder ganz unterschiedlich verstehen und darum hat es im Marxismus immer wieder Kontroversen gegeben. Der sog. Ökonomismus geht davon aus, daß die Ökonomie direkt alle anderen Erscheinungen bestimmt, also daß nur das Ökonomische wirklich wirklich und alles andere nur abgeleitete Formen (Epiphänomene) seien. Wenn man das ganz konsequent durchzieht, dann fängt man mit der Warenform an und versucht dann, die ganze Gesellschaft daraus logisch abzuleiten (in der Theorie zu rekonstruieren). Gegen diese Auffassung sind immer wieder Einwände erhoben worden, weil sie zumindest zu kurz greift und nur sehr allgemeine Analysen ermöglicht. In diesem Zusammenhang spielt dann die Totalitäts-Problematik eine Rolle, eben die Frage, wie hängen die gesellschaftlichen Sphären zusammen, wie wird aus all den Einzelteilen eine Gesellschaft. Bei Rudolf aber haben sich die Begriffe von dem Problem abgelöst und so eine Wortakrobatik geschaffen, die die Probleme mehr verdeckt, als zu einer Klärung beizutragen. Ganz unsinnig wird es, wenn man am Anfang des Arteikels wortgewaltig gegen Totalität unterstellende Begriffe anficht, um dann am Ende den ganzen Kapitalismus unter die „Totalität" Faschismus zu subsumieren. D.h. Rudolfs eigenes Herangehen, ganz abstrakte und allgemeine Einschätzungen in den Raum zu werfen, die sich von jeder konkreten Analyse getrennt haben, widerspricht völlig seinem Anspruch auf konkrete Analyse konkreter Teilbereiche.

Dies führt dann zu politisch und theoretisch unüberlegten Konsequenzen. Ich will diese Behauptung an Rudolfs Demokratieverständnis beweisen. Rudolf schreibt: *„Die Auseinandersetzung um die Entwicklungsform der Demokratie ist ... um die Begrenzung und Reduktion dieser Form auf bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche"* zu führen. Und, um alle gutgemeinten Zweifel zu zerstreuen, behauptet Rudolf, daß *„eine Ent-Staatlichungsstrategie ... tendenziell immer einen Ent-Demokratisierungsprozeß"* bedeute.

Es ist kein Zufall, und Kennern ist bereits klar, wes' Geistes Kind diese Ideen sind. Das ist sozialdemokratische Staatstheorie sans phrase. Das theoretische Problem (zu dem politischen komme ich noch) ist, daß mit diesem Ansatz die bürgerliche Demokratie überhaupt nicht als eine Form des Kapitalismus zu erklären ist. Kautsky hat darum damals behauptet, das konstitutionelle Kaiserreich sei die natürliche, logische Form bürgerlicher Demokratie und deshalb wäre umgekehrt die Republik die Staatsform des Sozialismus. Rudolf ist da moderner, sagt aber dasselbe, wenn er meint, der Faschismus sei das *„logische ... Endstadium des Kapitalismus"*.

Das ganze abstrakte Gerede von den Teilbereichen statt „Kategorien der Totalität" löst sich auf in das Unvermögen, die politischen Strukturen des Kapitalismus als Ausdruck seiner konkreten Gesellschaftlichkeit zu begreifen, oder anders gesagt: in das Unvermögen, die konkrete kapitalistische Gesellschaft als eine in sich schlüssige Einheit zu begreifen. (Daß diese Einheit widersprüchlich ist, ist keine neue Entdeckung, sondern Allgemeingut des Marxismus). Diese Unfähigkeit kommt daher, daß Rudolf mit einem total abstrakten Demokratie-Begriff arbeitet, denn Demokratie ist für ihn ganz einfach Freiheit, Abwesenheit von Repression. Dieser ahistorische und metaphysische Demokratiebegriff verursacht das ganze Dilemma. Statt konkret zu fragen: Was ist **bürgerliche** Demokratie, welchen Verhältnissen entspringt sie usw., konfrontiert Rudolf die Wirklichkeit mit einem allgemeinen, abstrakten Demokratiebegriff. Das kann man ja machen. Aber dann ist es total unlogisch und inkonsequent gegen die „Kategorien der Totalität" zu wettern, wenn man selbst mit ahistorischen Allgemeinbegriffen hantiert.

Ebenso verhält es sich mit der Behauptung, Faschismus sei der logische Ausdruck des Kapitalismus. Diese Ansicht hat eine Tradition, und zwar eine stalinistische. In der Komintern ist zeitweise tatsächlich so argumentiert worden: dem Frühkapitalismus entsprach wegen der Herrschaft der „freien Konkurrenz" die liberale Demokratie; dem Imperialismus aber entspricht wegen der Monopolisierung die reaktionäre Diktatur; daraus folge: Faschismus ist die Form der politischen Herrschaft der Bourgeoisie im Imperialismus. Und weil dieser bekanntlich das „letzte Stadium" sei, komme danach zwangsläufig der Sozialismus.

Bruder Kleist

Legendenlast: Du trägst sie schwer.
Du ahnst zuviel. Und wagst nichts mehr.
Die Welt verläuft. Du bist allein.
Und bist zugleich der Widerschein
von einem längst verwehten Geist
von dem du nur den Namen weißt.
Ein deutsches Schicksal: Was da tönt
ist stets ein Schuß. Bleib unversöhnt.

Günter Kunert

Rudolf argumentiert nicht so. Er kommt aber auf einem anderen Weg zu dem selben Resultat. Er behauptet nämlich, Faschismus sei die Beseitigung der *„Grenzen der Verwertung und Akkumulation des Kapitals"*. Damit hat er sich selbst endgültig ad absurdum geführt. Denn den Faschismus reinweg aus dem Ökonomischen zu definieren, das ist platter Ökonomismus, da wird die „Verwertung und Akkumulation" zur Totalität und zur abstrakten obendrein. Dies alles macht nur dann Sinn, wenn man unterstellt, daß die bürgerliche Demokratie eine **Behinderung** der Kapitalentwicklung darstelle. Das aber belegt Rudolf mit keinem Wort. Es dürfte ihm auch recht schwer fallen, diese Behauptung zu beweisen, denn der Kapitalismus gedeiht unter republikanischen Verhältnissen bestens. Und theoretisch abgeleitet ist nicht eine offene Gewaltherrschaft, sondern der stumme Zwang das Spezifikum des Kapitalismus, denn im Unterschied zu den vor-bürgerlichen Formen der Eintreibung von Mehrarbeit (Sklaverei, Fronarbeit etc.) sorgt der „täuschende Schein" dafür, daß sich die Menschen frei wähnen und gerecht behandelt fühlen, bekommen sie für ihre Plagen nur den „gerechten" Lohn.

Gänzlich unverständlich ist mir, was „normaler Imperialismus" sein soll. Oder, was wäre denn dann „unnormaler" Imperialismus? Wozu muß man bloß dauernd neue Worthülsen erfinden, die null konkrete theoretische Aussage haben? Auch die Definition des Faschismus als *„Aufhebung der Artikulation (?) von (??) kapitalistischem Entwicklungsweg und (???) bürgerlicher Gesellschaft"* ist eher eine Nebelkerze als ein Theorem. Begriffe sind dazu da, präzise Aussagen über präzise Gegenstände zu machen. Begriffe sind nicht dazu da, durch grammatisch unsinnige Konstruktionen den letzten Rest an Klarheit zu verdunkeln.

(Man mag mir vielleicht vorhalten, daß ich allzu polemisch werde. Aber hier geht es um einen großen Einsatz. Denn wenn unsere Diskussionen mit so unverständlichen Wortungeheuern belastet werden, verlieren sie jeden Sinn bzw. die ambivalente ‚Motivationsstruktur entweicht einer qualifizierten Aktionsrelevanz und erreicht die letale Identifikationsphase).

5. Stabilität, Krise, Zusammenbruch — Gesetzmäßige Katastrophen?

Die Diskussion um die Faschisierungsthese hat schon eine merkwürdige Eigendynamik angenommen. Niemand verteidigt diese These öffentlich und doch kommt häufiger der Verdacht gegen die Kritiker, es würde der Kapitalismus beschönigt, die KB-Geschichte in den Dreck gezogen oder dergleichen. Rudolf unterstellt mir gar, ich würde nur noch von der Stabilität des Kapitalismus reden. Das ist absurd. Natürlich produziert der Kapitalismus weiterhin ökonomische Krisen (vergl. mein Schulungsreferat im Schulungsinfo Nr. 12, Nachdruck im AK 230, S. 41ff). Welche *politischen* Auswirkungen diese Krisen aber haben werden, läßt sich nicht aus einer allgemeinen Theorie vorhersehen. Es gibt kein Gesetz der Ökonomie, daß den Kapitalismus in *existentielle* Krisen zwänge. Die bislang größte Wirtschaftskrise, die Weltwirtschaftskrise, war nicht allein Ausdruck ökonomischer Faktoren (vergl. Schulungsinfo Nr. 12), sondern wesentlich verschärft durch die Bedingungen, die sich aus dem 1. Weltkrieg ergaben. Insgesamt waren gesamtgesellschaftliche Krisen, die revolutionäre Situationen oder terroristische Regimes hervorgebracht haben, bislang niemals Ausdruck reiner Wirtschaftskrisen, sondern entstanden in solchen Ländern, in denen die politischen Strukturen in Gegensatz zur gesellschaftlichen Entwicklung geraten waren. Aus der Tatsache, daß der Kapitalismus *ökonomische* Krisen gesetzmäßig produziert, folgt *nicht*, daß die Republik daran *politisch* zusammenbricht. Wenn man diese These akzeptiert, muß man auch die folgende hinnehmen: Wenn also nicht die ökonomischen Krisen *allein* schon zu existentiellen politischen Krisen führen, dann muß die Frage nach der absehbaren Krisenqualität auch nicht auf dem Gebiet der Ökonomie, sondern auf dem der Politik beantwortet werden, d.h. aus der Frage, ob der politische „Überbau" soweit hinter der gesellschaftlichen Entwicklung zurückbleibt, sich von ihr soweit entfremdet, daß er gesprengt werden muß (in Gestalt einer Revolution oder einer reaktionären Diktatur).

Und mir scheint *bislang* der konkrete westdeutsche Staat hervorragend geeignet, die Fortentwicklung des Kapitalismus zu garantieren. Mehr habe ich nicht behauptet. Es werden gleichzeitig auch Schwachstellen erkennbar, an denen sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen entzünden (die ökologische „Unfähigkeit" dieses Staates, die partielle Auflösung des Sozialstaates, Integrationsdfizite etc.pp.). *Bislang* aber hat das politische System der BRD eine hohe Integrationskraft, wie die erfolgreiche Re-Sozialdemokratisierung der Grünen beweist. Es gibt also keine *aktuell* absehbare Krise, die zu einer Auflösung der jetzigen Staatsform führen könnte.

Man muß feststellen, daß der KB mit der Faschisierungsthese die Qualität der Krisenelemente falsch eingeschätzt hatte. Man muß aber auch feststellen, daß er damit voll im Trend lag. Denn der Faschisierungsthese lag die gleiche Grundannahme zugrunde wie den Revolutionsphantasien der ml-Gruppen: Man nahm an, daß die erste echte ökonomische Krise nach dem 2. Weltkrieg und die politischen Erschütterungen Ende der 60er Jahre der Beginn einer sich schnell zuspitzenden Krisenentwicklung seien. Das war falsch. Betrachtet man die Sache nicht nur aus der Perspektive von Irrtum und Wahrheit, sondern aus der Dynamik der politischen Diskussion, dann muß man zugeben, daß die KB-Position eine überzogene Reaktion auf die Traumtänzereien der ml-Gruppen war.

„Die Geschichte ist gründlich und macht viele Phasen durch, wenn sie eine alte Gestalt zu Grabe trägt. Die letzte Phase einer weltgeschichtlichen Gestalt ist ihre Komödie. (...) Damit die Menschheit heiter von ihrer Vergangenheit scheide. Diese heitere geschichtliche Bestimmung vindizieren wir den politischen Mächten Deutschlands."

Marx, 1844

Der KB hat in diesem Zusammenhang eine Menge guter empirischer Untersuchungen über den Ausbau der Repressionspotentiale erarbeitet. Aber ihre theoretische Zusammenfassung als Faschisierungsthese war falsch. Es geht nicht darum, jetzt die ganze KB-Geschichte zu verdammen und über die damaligen Fehler selbstgerecht zu schwadronieren, sondern darum, jetzt zu fragen, wo man sich konkret geirrt hat, um zu besseren, tragfähigeren Analysen zu kommen. Ich fände es verheerend, wenn dabei das Richtige der damaligen Analysen weggeworfen würde. Der rationale Kern der damaligen KB-Position lag in der empirisch fundierten Behauptung, daß in der BRD ein präventiver Sicherheitsapparat aufgebaut würde, der strukturell für terroristische Krisenlösungen nutzbar sei. Das ist unbestreitbar. Wahr ist auch, daß bei dem Personal der Sicherheitsapparate in der BRD eine faschistoide Mentalität vorherrscht. Dieser institutionaliserte Sadismus wurde denn auch in der Praxis erprobt (Brokdorf, Grohnde, Kalkar, Sartbahn etc.etc.) und an der RAF demonstriert, daß dieser Apparat zum gezielten staatlichen Mord fähig und bereit ist. Der Fehler lag nicht darin, diese Wahrheiten immer wieder und möglichst laut auszusprechen und davor zu warnen, was dieser Apparat anrichten *könnte, wenn* sich die Auseinandersetzungen zuspitzen. Der Fehler lag darin, einerseits die aktuelle Krise gradlinig in die Zukunft zu verlängern und zu überschätzen sowie zweitens darin, in dem Aufbau von präventiven Sicherheitsapparaten etwas Besonderes zu sehen, etwas auf den Faschismus Hintreibendes. Jeder bürgerliche Staat baut sich nach besten Kräften und aktuellster Technik einen bürgerkriegsfähigen Apparat auf. In der BRD war es so, daß aufgrund der Erfahrungen mit dem Faschismus Einschränkungen bestanden, die es in anderen Ländern nicht gab, daß also in der BRD schrittweise nachvollzogen wurde, was in anderen Ländern Praxis war (Die Anti-Terror-Praxis in Italien etwa, die CRS in Frankreich, die Irland-erprobten Sondereinheiten in England und ... und ... und). Der Fehler lag darin, in dem Abbau der BRD-spezifischen Beschränkungen eine Faschisierung zu sehen und nicht einen Prozeß des Nachholens eines in anderen kapitalistischen Staaten erreichten bzw. ebenfalls angestrebten Standes. Wer das bezweifelt, der zeige mir nur eines unter den herrschenden kapitalistischen Ländern, das die für die BRD behaupteten Symptome *nicht* aufweist! Wenn es bei Rudolf heißt, es könne nicht von „demokratischer Repression" gesprochen werden, sondern nur davon, *„daß es sich in den betreffenden Teilbereichen von Staat und Gesellschaft nicht mehr um Demokratie handelt"* (hvg. v. mir), dann unterstellt er doch, daß dies einmal anders gewesen sei. Aber wann und wo? Im Wilhelminischen Kaiserreich und unter seinen Sozialistengesetzen? In der Weimarer Republik mit ihren Freikorps, Noske, Zörgiebel und der erstarkenden NSDAP? Es mag uns ja nicht gefallen, aber die BRD ist von allen bisherigen deutschen Staatsformen noch am ehesten als bürgerliche Demokratie zu bezeichnen. Daß man sie trotzdem nicht liebt, ist eine ganz andere Sache. Ich möchte von Rudolf ein einziges Argument hören, wann und wo es je eine bürgerliche Demokratie gab, die nicht gleichzeitig die Instrumente der Diktatur gepflegt hätte.

Rudolf hat bei Poulantzas einige Passagen herausgepickt, die er für Argumente hält, um eine Faschisierungsthese zu belegen. Tatsächlich scheint mir auch bei Poulantzas der Begriff eines „faschistischen Dispositivs" falsch. Poulantzas hat ja Faschismus ganz klipp und klar als „Ausnahmestaat" definiert, als Ausdruck einer existitiellen Krise des Staates und als historische Niederlage der Volksmassen. Die These, der Staat bilde in sich faschistische Strukturen heraus, scheint mir bei bei Poulantzas wenig belegt zu sein (ich habe in meiner Kritik an Rudolf in diesem Punkt auch F. kritisiert). (Poulantzas hat in der „Staatstheorie" betont, daß es zwar eine Verlagerung politischer Funktionen in die Staatsbürokratie gebe, diese jedoch einer politischen Vereinheitlichung bedürften und deshalb die bürgerlichen Parteien als „dominante Staatsparteien" bezeichnet. Auch bei Poulantzas erfolgt keine Begründung, wie das „faschistische Dispositiv" die Funktion einer „dominanten Staatspartei" wahrnehmen sollte. Daher reduzieren sich die „faschistischen Elemente" auch bei Poulantzas auf die These, bestimmte Staatsapparate wären als materielle Instrumente der Diktatur verwendbar. Der Sachverhalt scheint mir zwar unbezweifelbar, der Terminus jedoch als falsch, weil er den Eindruck erweckt, es könne bürgerliche Repressionsapparate geben, die grundsätzlich *nicht* für diktatorische Lösungen geeignet wären. Wenn Poulantzas sagt, ein neuer Typ von Faschismus würde nicht wie die NSDAP *von außen* den Staat übernehmen, scheint mir das doppelt fragwürdig. Denn erstens haben die klassischen Faschisten den Staat durchaus nicht nur von außen erobert, sondern saßen längst in den zentralen Staatsapparaten fest, und zweitens kann ein „Bruch im Innern des Staates" nur einen Faschismus hervorbringen, wenn er eine „dominante Staatspartei" schafft (das muß nicht formal eine Partei sein, wie die zahlreichen Militärregimes beweisen, aber es muß eine Organisation sein, die parteimäßig agieren kann).

Ich habe den Eindruck, daß der Faschismus-Vorwurf deshalb in der Linken solchen Eindruck macht, weil man sich nicht genug von der radikaldemokratischen Kritik absetzt, sondern ihre Prämissen teilt (daß Demokratie und Repression unvereinbar seien, daß die nicht-faschisierte bürgerliche Demokratie ein Hort der Freiheit ist usw. usf.). Der Faschismus-Begriff ist oftmals *nicht* Resultat *theoretischer* Analysen, sondern der *politischen* Notwendigkeit einer Abgrenzung von radikal-demokratischen und radikalliberalen Positionen verschuldet und Ausdruck eines im Grunde bürgerlichen Demokratieverständnisses. (Deshalb ist es auch kein Zufall, daß gerade die theoretisch total unterbelichtete Autonomenszene einen inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffes bis zum Exzess betreibt).

6. Schlußwort

Diese Polemik ist kein Selbstzweck, sondern dreht sich um einen hohen Einsatz. Denn wenn wir aus dem politischen Dornröschenschlaf herauswollen, dann schaffen wir das nur, indem wir bessere Antworten auf die politischen Fragen geben als andere. Das setzt präzise und überprüfbare Positionen ebenso voraus wie eine vernünftige, lesbare Form der Positionen. Und die theoretischen Auseinandersetzungen bestimmen nicht unwesentlich, mit welchen Positionen welche Politik geschaffen werden soll. Es ist kein Darstellungsfehler, sondern Ausdruck unserer politischen Isolierung, wenn die Diskussion einen nur-theoretischen Charakter annimmt.

jb

Anmerkungen:

1. Marx: Zur Judenfrage (1844), in: Marx/Engels: Staatstheorie, hrg. v. Hennig et al., Ffm-Berlin-Wien 1979, S. 12. Dieser Sammelband ist mit seinen ausführlichen Einleitungen sehr zu empfehlen.
2. Vergl. den Aufsatz von Reichelt: Zur Staatstheorie im Frühwerk von Marx und Engels, a.a.O., S. XI-LIIX
3. Marx, a.a.O., S. 93
4. ebd.
5. vergl. dazu Althusser, Louis: Elemente der Selbstkritik, Berlin/W. 1975
6. Marx: Lohn, Preis und Profit, MEW Bd. 16, S.131/32
7. ders.: Das Kapital, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 189/90
8. ders.: Bürgerkrieg in Frankreich, MEW Bd. 17
9. ebd., S. 342
10. vergl. Stephan, Cora: „Genossen, wir dürfen uns von der Geduld nicht hinreißen lassen!", Ffm. 1981
11. Kautsky, K.: Der Parlamentarismus ..., Stuttgart 1893, S. 2
12. Kautsky an Mehring v. 18.7.1893, zit. n. PKA: Kautsky-Marxistische Vergangenheit der SPD?, Berlin/W. 1976, S. 102
13. ders.: Materialistische Geschichtsauffassung, Bd. 1, Berlin 1929 (2. A), S. 598
14. ders.: Der Weg zur Macht, Hamburg 1909, S. 53
15. ders.: Bernstein und das sozialdemokratische Programm, Stuttgart 1899, S. 182
16. Der Begriff stammt von Herbert Schnädelbach, Philosophie in Deutschland (vergl. meine Rezension im AK 239, S. 48)

Notstand in der Nicaragua-Solidarität

Die Erweiterung des Notstandes Mitte Oktober letzten Jahres hat in der Solidaritätsbewegung zu Verunsicherung und Unverständnis geführt. Ein Grund dafür mag sein, daß viele ein Bild von der nicaraguanischen Revolution wahren, das mit der gesellschaftlichen Realität in Nicaragua nichts zu tun hat. Der Notstand hat diesen Widerspruch aufgedeckt. Mit der Zuspitzung des Konfliktes mit dem Imperialismus werden sich solche Vorfälle oder Maßnahmen notwendigerweise häufen und können zu Enttäuschung und empfindlichen Einbrüchen an der Solidaritätsfront führen.
Daraus ergibt sich eine neue Aufgabe für die Solidaritätsbewegung und die Berichterstattung über Nicaragua.

Die Solidarität in der Defensive?

Innerhalb weniger Jahre ist es der Nicaragua-Solidaritätsbewegung gelungen, sich sehr breit zu verankern, über die Szene der Linken hinaus, bis hinein in die Sozialdemokratie, die Kirchen und die Gewerkschaften, also in bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise. Was ist das Attraktive an Nicaragua? Es geht um den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Es ist etwas Unfertiges und viele projizieren ihre Wunschvorstellungen und Hoffnungen auf das Projekt Nicaragua. Diese Breite der Bewegung ist für Nicaragua unzweifelhaft nützlich, politisch wie materiell. Auf das stürmische Anwachsen der Bewegung begann die Rechte nach der Regierungsübernahme durch das CDU/FDP-Bündnis erstmals offensiv zu reagieren. Als Beispiele sind hier zu nennen: Menschenrechtskampagnen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Einfrieren der Entwicklungshilfe (finanzielle und technische), die Geißler-Auftritte, die finanzielle Unterstützung und Beziehungen zur Contra und eine offensive Desinformationspolitik. Vor allem die Pressekampagnen brachten die Solidaritätsbewegung zunehmend in eine defensive Position: Nachdem Reagan die Blockade im Mai propagandistisch mit der Moskaureise Ortegas legitimierte und die bundesrepublikanische Presse in diese Angriffe einstimmte, hat sich so mancher gefragt, ob solche „Provokation" Ortegas denn wirklich nötig gewesen sei und in der Solidaritätsbewegung diskutierte und hinterfragte man das Verhältnis Nicaraguas zur Sowjetunion. Die Beispiele der MIG-Krise und aktuell der Notstand zeigen, daß die Solidaritätsbewegung oft in die Situation gerät, auf Themen reagieren zu müssen, die der Imperialismus der Weltöffentlichkeit aufzwingt.

In solch eine Defensivposition gedrängt, zeigen sich unterschiedliche Reaktionen in der heterogenen Solidaritätsbewegung. Einige dieser Strömungen haben desintegrativen Charakter und können zur Schwächung der Solidarität führen:

Die Verbreiterung der Bewegung leitete auch eine Entpolitisierung ein. Man kann sagen, daß die vorherrschende Tendenz in der Solidarität die Unterstützung eines Entwicklungslandes im gesellschaftlichen Transformationsprozeß ist und nur relativ wenige die Revolution als Sieg gegen den Imperialismus unterstützen, d. h. die Solidarität ist eher „pronicaraguanisch" als „antiimperialistisch".

Diese „pronicaraguanische" Grundhaltung gab den Nährboden dafür ab, für die vielen Illusionen und Projektionen, die auch in großen Teilen der Linken anzutreffen sind. Die objektive geschichtliche Entwicklung und konkret die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche in Nicaragua läßt solche Illusionen immer weniger zu. Obwohl einige immer noch an solchen Wunschvorstellungen festhalten, indem sie keinerlei Kritik an der FSLN zulassen, hat bei einem großen Teil die Ent-Täuschung zu dem anderen Extrem geführt: eine radikale Kritik an der sandinistischen Revolution, die sich dadurch „auszeichnet", daß sie die gesellschaftlich-historischen Bedingungen des revolutionären Prozesses vernachlässigt. Somit steht die Nicaragua-Solidarität vor einem ähnlichen Problem wie die post-revolutionäre Cuba-Solidarität (1). Damit der Nica-Solidarität nicht deren Schicksal zuteil wird, entwickeln einige Vertreter der Solidaritätsbewegung eine Strategie, zum Erhalt der Glaubwürdigkeit eine mögliche Kritik vorwegzunehmen, schwerpunktmäßig ein kritisches Bild der sandinistischen Revolution zu zeichnen, um die Solidarität zu erhalten.

Eine solidarische Kritik ist grundsätzlich richtig. Problematisch an dieser Vorgehensweise ist, daß unter „Kritik" meist eine Beurteilung der Revoltuion mit BRD-Kriterien verstanden wird, somit die Kontextanalyse in den Hintergrund gerät (2).

Damit kann der Solidarität Schaden zugefügt werden, da solche Kritiken meist von meinungsbildenden Gruppen entwickelt werden mit richtungsweisendem Charakter für die Solidaritätsbewegung. Wir als BRD-Linke haben kaum Erfahrung im Verständnis revolutionärer Prozesse. Geschichtliche Erfahrungen werden viel zu wenig ausgewertet. Deshalb erscheint uns der Blick auf's historische Beispiel der russischen Revolution in diesem Zusammenhang hilfreich. Wie analysierte der KB die unmittelbaren nachrevolutionären Probleme der jungen SU?

Ohne parallelisieren zu wollen, halten wir einige der damaligen Fragestellungen für wert, in die Reflexion über die Entwicklung der nicaraguanischen Revolution einbezogen zu werden.

Wie sah es in der Anfangsphase der SU aus?

Der KB bestand in der Analyse der Politik der SU in den ersten Revolutionsjahren darauf, daß die äußeren Bedingungen, wie der totale wirtschaftliche Bankrott, die Massenverelendung, die ab 1918 einsetzende Konterrevolution im Innern und die ausländische Aggression in die Beurteilung mit einfließen müssen.

Die Politik einer revolutionären Bewegung an der Macht muß in ihrem Bedingungsrahmen und Kontext gesehen werden, sie ist abhängig vom Stand der Klassenkämpfe. Denn, so der KB in AK 120: „Die Macht ist keine ‚Sache', sie ‚wechselt' nicht von einer Hand in die andere — sie ist ein Klassenverhältnis." (3)

sie ‚wechselt' nicht von einer Hand in die andere — sie ist ein Klassenverhältnis." (3)

In der SU waren die Bolschewiken zu weitreichenden Zugeständnissen an die alte Bourgeoisie gezwungen und mußten teilweise vorrevolutionäre bürgerliche Strukturen beibehalten bzw. wiedereinsetzen.

— Die Rote Armee mußte angesichts der Aktivitäten der konterrevolutionären Weißen Garden extrem schnell aufgebaut werden. Dazu war notwendig: Einführung der Wehrpflicht, materielle Privilegierung der Offiziere und Übernahme zaristischer Offiziere.

— Um unter wachsendem inneren und äußeren Druck die Funktionstüchtigkeit des Verwaltungsapparates gewährleisten zu können, mußte der „Rat der Volkskomissare" alte Strukturen und Funktionäre übernehmen.

— Die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen konnten nicht auf die Einführung des Sozialismus zielen (begründet im Widerspruch Proletariat-Bauern und der mangelnden ideologischen und organisatorischen Verankerung der Bolschewiki vor allem auf dem Land). Als Ziel der Wirtschaftspolitik nennt Lenin in den Aprilthesen „den Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion" (4). Angestrebt wurde ein sogenannter Staatskapitalismus, der sowohl staatliche wie private Elemente enthält, eine Gemischte Wirtschaft.

— Nach und nach wurde bürgerlichen Spezialisten und ehemaligen Kapitalisten wieder größerer Handlungsspielraum eingeräumt. Lenin begründete dies: „ ... für die Verwaltung für den Aufbau des Staates Menschen zu haben, die die Verwaltungstechnik beherrschen, die in Staat und Wirtschaft erfahren sind, solche Menschen können wir aber nirgendwoanders hernehmen als aus der früheren Klasse." (5)

Diese Rekrutierung bürgerlicher Fachleute, deren Privilegien und hohe Bezahlung stellten für Lenin einen ursprünglich nicht so weitreichend vorgesehenen Kompromiß an die Bourgeoisie dar (6).

In der Beurteilung dieser Zugeständnisse folgerte der KB in AK 120 (Januar 1978): „Die russischen Revolutionäre sind durch die Umstände g e z w u n g e n — vielleicht abgesehen von dem einen oder anderen Fehler — so und nicht anders zu arbeiten." (7) Der KB, versuchte eine Analyse und ein Verständnis der Politik der Revolutionäre innerhalb des historischen Bedingungsrahmens zu entwickeln.

„Das Elend aller Revolutionen"

Ein Beispiel für eine der aktuellen, nicht-kontextualen kritischen Auseinandersetzungen mit der nicaraguanischen Revolution — in dem auch Enttäuschung eine Rolle spielen mag — ist der Artikel „Notstand mit vielen ???" in den „Lateinamerika-Nachrichten" (LN) vom Dezember 1985 (8). Der Artikel drückt das „Unbehagen" gegenüber den Notstandsmaßnahmen vom 15. Oktober 1985 aus: „*denn als Notstandsland können wir Nicaragua schlecht in kirchlichen, sozialdemokratischen und humanistischen Kreisen*

Fortsetzung nächste Seite

Antwort auf die Kritik an der Nicaragua-Berichterstattung

Antwort auf die Kritik an der Nicaragua-Berichterstattung

Der nebenstehende Artikel wurde geschrieben, bevor uns der AK 266 erreichte mit zwei Kritiken an unserer Nicaragua-Berichterstattung, einer sachlichen (von ch.) und einer, deren Ton im AK ansonsten unter Genossen unüblich ist, und die den Autor beinahe schon ins Unrecht setzt (1).

Diese Kritik von kl., Gö am Notstand und an unserem Artikel dazu bestätigt, zusammen mit anderen Meldungen aus der BRD, daß der von uns im folgenden Artikel kritisierte „Lateinamerika-Nachrichten"-Artikel nicht eine Ausnahme in der bundesdeutschen Nicaragua-Solidaritäts-Szene darstellt (2).

Da nun bedauerlicherweise durch kl. solche Positionen auch Eingang in den AK gefunden haben, möchten wir vorher noch einige erläuternde Anmerkungen zum Leserbrief von kl. machen:

Zu Beginn zwei Richtungstellungen:
1. Kl. bezichtigt uns der Aufstellung falscher Behauptungen, alle Parteien hätten „*den erweiterten Notstand sofort scharf verurteilt*" (3). PCD: „*Das Mittel des Notstandes ist notwendig unter den gegenwärtigen Zuständen.*" PLI: „*Etwas stark (un poco fuerte), aber die Regierung muß Maßnahmen ergreifen, um der Situation des Krieges zu begegnen.*" PSN: „ ... *hält ihn* (den Notstand, U. + U.) *für notwendig, um der zunehmenden US-Aggression zu begegnen.*" (4) Die Parteien kritisierten später — nach Fertigstellung unseres Artikels — den Notstand, aber zogen keinerlei politische Konsequenzen. Sie verblieben im Parlament, sie zogen sich nicht aus den Gremien der Verfassungserarbeitung zurück. In einem Kommunique erklärt die Polizeichefin Doris Tijerno: Die Aktivitäten und die Rechte sowie die Propaganda der politischen Parteien innerhalb des Parlaments (die einzige legale Opposition) sind garantiert nach dem Abkommen des Nationalrates der Politischen Parteien (CNPP) (5).
2. Der Notstand wurde vom Parlament ratifiziert. Dabei wurden nicht nur der „recurso de amparo", wie kl. schreibt, sondern auch die Habeas Corpus Akte wieder in Kraft gesetzt.

Kl. sieht das Gesetz als den Gesetzestext und der ist repressiv und knallhart und fertig. Kl. vergißt, daß in der BRD und in Nicaragua Opposition nicht gleich Opposition ist und Repression nicht gleich Repression. Das eine nennen wir (noch) Faschisierung, das andere. Verteidigung revolutionärer Macht, zumindest, solange wie sich Regierungsmaßnahmen nicht gegen das Volk, sondern gegen die Konterrevolution richten. Von ersterem scheint kl. jedoch überzeugt. Leider liefert er keinen Beleg. Kl. hält unseren Bericht für Erfindung, der Notstand würde das gesellschaftliche und politische Leben Nicaraguas nicht beeinträchtigen. Er macht dabei mehrere Fehler:
1. Er verkennt den Charakter der nicaraguanischen Konterrevolution. Da bereits im Befreiungskampf gegen die somozistische Diktatur die nationale Bourgeoisie eine untergeordnete Rolle spielte, ist auch die aktuelle Konterrevolution stärker durch das direkte Eingreifen des Imperialismus gekennzeichnet. Konkret sind dies die Söldnerbanden in Honduras und Costa Rica. Aber dies ist nicht die einzige Option des US-Imperialismus. Es gibt in Nicaragua eine illegale Opposition, die mit der Contra verbunden ist. Deren Ziel: Aufbau einer sogenannten „Inneren Front", d.h. Sabotage und Desinformations-Kampagnen. Gegen diese Gruppen richtet sich der Notstand und nicht, wie kl. schreibt, gegen die „legalen Parteien". Der Feind ist letztlich die CIA.

Beispiele: Einschränkung der Meinungsfreiheit richtet sich gegen diejenigen, die nachweislich Informationsbulletins der CIA nachdrucken, mit dem Ziel der Desinformation und Legitimierung der US-Aggression. Die oppositionelle Menschenrechtskommission CPDH erhielt beispielsweise 50.000 Dollar von der US-Regierung (6), um angebliche Menschenrechtsverletzungen zu verkünden, die die Reagan-Administration zu ihrer antisandinistischen Kampagne benötigt. Einschränkung des Versammlungsrechtes richtet sich u. a. gegen gelbe und illegale Gewerkschaften, die mit Unterstützung der jeweiligen Unternehmer z. B. Streiks organisieren, das sind dann Produktionsstreiks gegen die Regierung (7).

Andere Gewerkschaften wie CST, ATC, UNE, Festsalud, UPE und Anden haben den Notstand als notwendig beurteilt (8). Aus diesem Grunde ist es schon wichtig zu fragen, wofür (bzw. wogegen) der Notstand gedacht ist, wie er realisiert wird und nicht nur den Text zu lesen und entsetzt zurückzuschrecken.

Der zweite Fehler von kl. ist die Unterschätzung der Situation des Krieges. Obwohl Nicaragua im Krieg steht, lebt es eben nicht im Kriegszustand, sondern „nur" unter Notstandsbedingungen. Die FSLN antwortet ihren ausländischen Kritikern: „*Der Krieg ist kein Sportwettkampf, wo man dem Rivalen Handlungsspielraum läßt.*" (9) Der Notstand wurde eben weder präventiv gegen wachsenden Unmut der Bevölkerung noch aus einer politischen Schwäche heraus erweitert, sondern „*innerhalb eines Prozesses, in dem wir den militärischen Krieg gegen die Contra strategisch gewinnen.*" (10)

Der Notstand soll einer militärisch geschlagenen Contra den Rückzug ins „Innere" verwehren, ihnen die Möglichkeit nehmen, ihre „Innere Front" aufzubauen, eine Karte, die auch vom Imperialismus derzeit stärker gespielt wird.

Bereits im letzten Jahr gab es dafür erste Anzeichen:
18.10.85 Das Innenministerium nimmt eine Gruppe hoch, die Anschläge auf staatliche Busunternehmen und Supermärkte plante (11).
19.10.85 Das Innenministerium verhaftet 129 Mitglieder einer Contra-Unterstützungsgruppe in Matagalpa, deren Aufgabe neben der Logistik (Kurierdienste) besonders auch Sabotage war (Sprengstoff- und Waffenfunde) (12).
5.12.85 Die erste Bombe geht hoch bei einer kirchlichen Prozession in Rivas



Ergebnisse des konterrevolutionären Krieges: Brand im Treibstofflager von Corintho nach einem Contraangriff

— viele Verletzte, darunter Kinder — Rechtsterror! (13)
15.1.86 An der Grenze zu Honduras wird ein Überlandmast gesprengt und die Stromversorgung unterbrochen (14).
25.1.86 Das Innenministerium verhaftet 29 Mitglieder einer bislang unbekannten Gruppe FESI (Fuerzas Especiales de Sabotaje Interno — Spezialkräfte für innere Sabotage) beim Versuch, einen Strommast am Managuasee zu sprengen (15).

Kl.'s dritter Fehler ist seine behauptete Wende in der nicaraguanischen Innenpolitik: 1984 hätte laut kl. der „ideologische Kampf" geherrscht, heute die Repression. Leider fehlen wieder die Belege. Diese Wende existiert nicht. Der Notstand wurde nie aufgehoben. Daniel Ortega verkündete am 19. Juli 1984, daß der Notstand erst dann enden kann, wenn die US-Aggression aufhört (16).

Allerdings wurden — für den Wahlprozeß — einige Rechte wieder in Kraft gesetzt, die die politische Arbeit der Parteien betreffen — also eine vorübergehende Maßnahme im Wahlkampf.

Vorher herrschte derselbe Notstand wie wieder seit dem 15.10.85, ebensowenig und ebensosehr repressiv. Zu dieser Zeit — vor Lockerung des Notstandes — schrieb im AK ein gewisser Kaffee-Brigadist kl., Gö: „Die Konfrontation mit den wirklichen Verhältnissen unterscheidet sich gründlich von deren theoretischem 'Durchdringen' " (17). Einen repressiven Charakter des Notstandes hat kl. damals ebensowenig wie wir heute entdecken können, aber jetzt „durchdringt" er von der BRD aus.

Am Schluß seines damaligen, hervorragenden Artikels schreibt kl.: „*Diese gewonnene realistische Sicht kann uns viele davor bewahren, der sandinistischen Revolution den Rücken zu kehren, wenn einmal nicht mehr so ermutigende Nachrichten aus Managua zu uns dringen*" (18).

Hoffentlich, kl., denn diese Meldungen sind im Anmarsch!

U. + U.

Anmerkungen:
1. „Der Machismo und die versuchsweise Zerschlagung des gordischen Knotens" von ch. und „Geil! Notstand verhängt" von kl., Gö in AK 266
2. Hans Ulrich Klose hält Folterungen in Nicaragua für möglich („Deutsche Welle", 27.1.86), Ilse Brusis (DGB-Bundesvorstand) fordert Aufhebung des Notstandes (E + W, 1/86)
3. kl. in AK 266
4. alle Zitate „Barricada", 17.10.85
5. „Barricada", 30.1.86
6. „Barricada", 11.11.85
7. so geschehen im Zuckerbetrieb San Antonio durch die CUS (hat 12 illegale Mitgliedergewerkschaften)
8. „Barricada", 18.10.85
9. „Barricada", 24.10.85
10. ebd.
11. „Barricada", 18.10.85
12. „Barricada", 19.10.85
13. „Barricada" 6.12.85
14. „Barricada", 16.1.86
15. „Barricada", 26.1.86
16. „Barricada": vgl. Artikel von U. + U. in AK 249 „Am 5. Jahrestag der Revolution in Managua"
17. siehe AK 246
18. ebd.

Fortsetzung von vorheriger Seite

präsentieren'' (9). Ebenso wie der ,,Spiegel'' (10) sehen die ,,LN'' die Hauptstoßrichtung des Notstandes gegen die nicaraguanische Linke und die Gewerkschaften, als präventiven Schlag gegen die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. *,,So empfindlich viele Linke sonst mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung auch sind, sobald es sich um Nicaragua handelt, kennen sie nur noch Linie und Parolen''* (11). Bemängelt werden Kommentare wie der in der ,,taz'', der *,,das Volk''* als *,,von den Notstandsmaßnahmen gar nicht betroffen''* ansieht (12).

Der Notstand sei ein ,,wuchtiger Schlag''. So, wie die FSLN ,,immer wieder mal'', jedoch ,,stets fast unvermittelt'', ,,nach links oder rechts'' einen ,,Denkzettel'' austeile, um ihren ,,Durchsetzungswillen'' zu demonstrieren (13). Dem gegen die Linke gerichteten Notstand entspräche, laut ,,LN'', eine zunehmend bevorzugende Behandlung der Besitzenden: *,,Die Armen werden immer ärmer''*, so daß die ,,LN'' sich wundern, daß noch nicht gestreikt wurde, und sich fragen, *,,wie lange dieses Wohlverhalten dauern wird''* (14). Der Artikel kommt dann konsequenterweise am Schluß zur Aufforderung, das sinkende Schiff der Nicaragua-Solidarität zu verlassen: *,,An dieser Stelle wäre ein seitenlanges Lamento fällig über das Elend aller Revolutionen, in dem die Sieger stets nach kurzer Zeit derart in die Enge getrieben wurden, daß ihre anfänglichen Ideale gänzlich in den Hintergrund treten. Das Erstaunlichste an dieser ganzen Geschichte ist aber doch, daß noch eine jede solche Revolution bis zu ihrem bitteren Ende oder bis zu ihrer völligen Verstümmnelung von einer Schar von Gläubigen begleitet wurde, die es einfach nicht sehen, sondern ihren Traum behalten wollen''* (15).

Fazit: Revolutionen bringen's nicht, No Future in Nicaragua, nicht nur in der BRD scheint der revolutionäre Kampf immer aussichtsloser zu werden.

Der Notstand, eine Maßnahme, die im nicaraguanischen Kontext von untergeordneter Bedeutung ist (d. h. es gibt keine repressiven Auswirkungen auf die Bevölkerung, beispielsweise wird gegen den Notstand von der Opposition i n n e r h a l b Nicaraguas auch keinerlei Kampagne gestartet), führt zu Verunsicherung bis hin zu kleinmütigem Umkippen, wie am Beispiel ,,LN'', angesichts einer international angelegten Pressekampagne. Die ,,LN'' scheinen vergessen zu haben, daß mit dem Sieg einer Revolution die Klassenkämpfe im Land nicht aufhören, sondern unter veränderten Bedingungen stattfinden. Eine revolutionäre Regierung hat das Recht und die Pflicht, mit staatlichen Machtmitteln gegen die Konterrevolution vorzugehen. Eine Kritik beispielsweise an der Pressezensur ,,an sich'' ist naiv, ist bürgerlich.

Analysiert man die Situation, die zur erneuten Ausrufung des Notstandes führte, so könnte man eher zu der Kritik gelangen, daß die Maßnahmen nicht weitreichend genug sind. Nicaragua ist ein Land im Krieg. (Man kann es nicht oft genug sagen.) Dennoch tritt die innere Opposition zunehmend dreister auf. Rückendeckung erfahren sie dabei weniger durch militärische Siege der Contra, als durch wachsende internationale Unterstützung.

Die FSLN ist derzeit jedoch im nationalen Rahmen zu einer Verständigungspolitik mit dem Privatkapital gezwungen. Nur ein Beispiel: Der größte Teil der Wirtschaft befindet sich in privater Hand, gerade auch der exportorientierte Agrarsektor. Die FSLN könnte, selbst wenn sie wollte, keine größeren Verstaatlichungsmaßnahmen durchführen, da, um nur einen Grund zu nennen, sie nicht über die ausreichende Anzahl ausgebildeter und qualifizierter Spezialisten und Verwaltungskader verfügt, um die Betriebe zu übernehmen. Diese Abhängigkeit vom Kapital gibt dem oppositionellen Unternehmerverband COSEP u. a. das Kampfmittel eines Produzentenboykotts in die Hand. Dies war einer der Gründe, der die FSLN veranlaßte, die früheren Notstandsmaßnahmen wieder in Kraft treten zu lassen. Der Artikel in den ,,LN'' ist ein typisches Beispiel dafür, wie Interpretationsmuster aus der BRD auf nicaraguanische Verhältnisse übergestülpt werden. In Nicaragua ist derzeit alles bestimmt durch den Krieg. Für die Nicaraguaner ist ausschlaggebend, zu überleben gegen den Imperialismus. Dies ist nur möglich unter Führung der FSLN.

Wie kann die Solidarität mit Nicaragua aussehen?

Je weiter die revolutionäre Entwicklung in Nicaragua voranschreitet, desto schwieriger wird die Solidarität, weil der Prozeß eben kein geradliniger ist ohne Brüche und Schönheitsfehler. Der Handlungsspielraum der Sandinisten wird in nächster Zeit eher kleiner werden. Es ist abzusehen, daß die Revolution für die internationale Solidaritätsbewegung einige schwerverdauliche Brocken bereithält. Wenn diese Entwicklung auf eine politisch unvorbereitete Solidaritätsbewegung trifft, kann sie dazu führen, daß die Tendenz des Abbröckelns zunimmt.

Grundlegende und definierende Forderung für die Solidaritätsbewegung ist nach wie vor die Verteidigung der sandinistischen Revolution
— solange es keine revolutionäre Alternative zur FSLN gibt
— solange der Imperialismus dem Land keine allseitige Selbstbestimmung gestattet.

Die Verteidigung der Revolution muß natürlich verbunden sein mit einer Kritik der Politik der FSLN (die aber niemals Entsolidarisierungstendenzen unterstützen darf). Solidarische Kritik heißt zu fragen, ob die Sandinisten die richtige Antwort auf eine konkrete Situation geben, ob sie alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, um ihre langfristigen Handlungsspielräume zu erweitern, ob sie das ,,historisch Mögliche'' tun, d. h. heute das Mögliche tun, um morgen das umsetzen zu können, was heute noch nicht möglich ist (selbst, wenn dies taktische Rückschritte bedeutet, um ein strategisches Ziel erreichen zu können) (16). Die Kunst revolutionärer Politik besteht nicht in der reinen Machterhaltung, sondern in der Benutzung der Macht, um das erklärte Ziel zu verwirklichen. Tomàs Borge umschreibt dies so: *,,Man kann nicht die Revolution machen, die man gerne hätte, sondern die, die man machen muß''* (17). Das strategische Ziel steht dabei nicht zur Debatte. Aber das Wie muß in jeder geschichtlichen Situation neu überdacht und überprüft werden.

Damit stellen sich für die Solidaritätsbewegung zwei unverzichtbare Forderungen:
1. Eine konsequent antiimperialistische Haltung einnehmen;
2. die Entwicklung der nicaraguanischen Revolution nur auf Grundlage einer genauen Kontextanalyse beurteilen.

Das heißt konkret:
— Um die FSLN beurteilen zu können, muß man sie selbst zu Wort kommen lassen.
— Um eine Kontextanalyse durchzuführen (die überprüfbar ist), muß detailliertes Hintergrundmaterial geliefert werden.
— Es muß eine Untersuchungsarbeit initiiert werden, um die ,,historischen Zwänge'' klar herauszustellen, ,,die man solidarisch verstehen muß'' (18).

Am Beispiel hieße das:
— Nicht Verteidigung der Revolution t r o t z Notstand, sondern Verteidigung des Notstandes gegen Geißler und ,,LN''.
— Nicht Verteidigung der Revolution t r o t z äußerst gemäßigter Agrarreform, sondern Untersuchung, ob die nicaraguanische Agrarreform die richtige Antwort auf die Probleme der Campesinos ist oder nicht. (Im übrigen ist es bei genauerer Analyse nicht einfach, der FSLN politische Fehler n a c h z u w e i s e n .)

In diesem Sinne spielt auch die Berichterstattung im AK eine wichtige Rolle, einem vorhersehbaren Abbröckelungsprozeß der Solidarität vorzubeugen.

U./U. León

Anmerkungen:
1. Dazu Eduardo Galeano: „Ich glaube, die europäische Linke hat ihre Wünsche auf Kuba projiziert. Sie verwandelte Kuba in eine Art paradiesisches Modell, und gleich darauf wurde dieses paradiesische Modell durch denselben Mechanismus der fehlenden Achtung vor der Wirklichkeit zu einer Hölle.", zit. nach „taz", 11.5.84.
2. Dieser Streit ist nicht neu. Exemplarisch ist die Auseinandersetzung zwischen „LN" und bundesdeutschen, in Nicaragua lebenden Internacionalistas in „LN" 134 und 135. Bezeichnenderweise spielt auch hier die Frage des „Kriteriums" eine wichtige Rolle.
3. „Alle Macht den Sowjets", AK 120, Januar 1978
4. Lenin Werke (LW) 24, Aprilthesen, These 4
5. LW 27, Seite 39
6. ebd., S. 246
7. „Alle Macht ...", AK 120
8. „Notstand mit vielen ???", „LN" 143, Dez. 1985
9. ebd.
10. „Spiegel" 18.11.85
11. „LN", a.a.O.
12. ebd.
13. ebd.
14. ebd.
15. ebd.
16. vgl. die Konzeption von Paulo Freire in „Der Lehrer ist Politiker und Künstler", Hamburg 1981
17. Cmdte Tomàs Borge, „Inprekorr" 110, Oktober 1979
18. vgl. Fernando Mires, Kuba: Die Revolution ist keine Insel, Berlin 1978

'Wer nicht denkt, fliegt raus'

(Joseph Beuys)



Der Tod kann kein Grund sein, über einen Menschen Böses zu sagen. Aber ein Zwang zum Gegenteil ist er gerade auch nicht.
Karl Kraus

Joseph Beuys ist tot. Und auf meinem Schreibtisch stapeln sich die Nachrufe. Zeit, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau und FAZ — sie alle haben begonnen, ihm ein schriftliches Denkmal zu setzen — hoch oben auf einem Kunstolymp, weit weg von allem, was das Leben und die Arbeit Beuys ausgemacht hat. Kaum ist er tot, reklamiert den unbestritten höchst umstrittenen Künstler jeder für sich. Der Streit um des Genies Hut ist entbrannt. Aber Beuys ist keinen von ,,uns'' — kein Grüner, kein Linker, kein Weltentrückter, kein purer Ästhet, kein Ökofreak.

Viele haben ihn zu Lebzeiten verprellt, fanden ihn lächerlich, schimpften ihn einen Scharlatan, einen Naiven, einen publicitygeilen Hochstapler. Studenten, Mitglieder der Association Marxistischer Studenten (AMS, eine Vorläuferorganisation des heutigen MSB Spartakus), haben ihn Ende der sechziger Jahre an der Hamburger Hochschule für Bildende Kunst als elitären Scheißer beschimpft, haben ihm den Filzhut vom Kopf geschlagen und den bloßgestellten Künstler verlacht. Johannes Rau, in den siebziger Jahren Wissenschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, entließ den Kunstprofessor Beuys, weil dieser meinte: ,,Wenn ein Professor das Recht hat, sechs Studenten zu unterrichten, darf er auch 400 nehmen.'' Seine persönliche Kampfansage an den Numerus Clausus, die er durch seine Teilnahme an einer Besetzung des Akademiesekretariats unterstrich, führte zum endgültigen Bruch mit seinem sozialdemokratischen Dienstherren und provozierte einen jahrelangen Rechtsstreit.

Als er bei den ,,Grünen'' eintrat und 1980 für den Bundestag kandidierte, war er wegen seiner anthroposophischen Ausrichtung, seinem mystischen Weltbild bald für viele ein eben nicht rotes Tuch.

In meinem dtv-Lexikon, Redaktionsschluß 1975, ist ein Joseph Beuys, in den Nachrufen immerhin als bedeutendster deutscher Gegenwartskünstler bezeichnet, nicht bekannt: auf ,,Beutler, Ernst; Literaturhistoriker'' folgt ,,Bevan, Aneurin; brit. Politiker''.

Beuys letzte langfristig angelegte Werke mit auch vordergründiger politischer Substanz sind entweder nicht zustandegekommen, wie seine Hamburger Schlick-Begrünungsaktion, oder nicht beendet worden, wie seine Kasseler Pflanzaktion. ,,Im Frühjahr 1983 ist die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt auf mich zugekommen und hat mich gefragt, ob ich daran interessiert bin, unter dem Titel ,Kunst-Natur-Kultur' ein Konzept zu entwickeln, das also ein ökologisches Kunstwerk wäre.'' Beuys, der das erzählt, war natürlich interessiert, ein Spülfeld bei Hamburg-Altenwerder zu begrünen, und damit zum einen das Absickern des aus der Elbe via Schlick nach Altenwerder gebaggerten Industriegiftes ins Grundwasser zu verhindern, zum zweiten *Das Ende des 20. Jahrhunderts* auf einer Basaltsäule, die ins Zentrum des Environments gestellt werden sollte, zu verkünden. Etwas mehr als ein Jahr später konnte die FAZ melden: ,,Kein Umwelt-Mahnmal'' — der Hamburger Senat hatte es geschafft, daß 400.000 Mark teure Beuys-Projekt abzuwürgen. ,,Dieser Flappmann von einem Bürgermeister'' (Beuys über Dohnanyi) war der Meinung, wenn es ums Anpflanzen von Bäumen gehe, seien seine städtischen Förster qualifizierter und billiger als der Düsseldorfer Kunstprofessor. Aber nicht nur die eindeutig interessierten bürgerlichen Politiker — das Umwelt-Mahnmal hätte sich gegen die Hafenerweiterung gewendet — ,auch die kunstsinnige Zeit meldete damals Kritik ob der vor allem politischen Stoßrichtung des Projekts an. Wichtiger sei doch die Unterstützung der Kunstsammlungen in den Museen, Beuys' ,,Kunst im öffentlichen Raum'' liege nämlich kaum erreichbar für die Öffentlichkeit inmitten eines Autobahngewirrs. Der möglicherweise geringe Zuschauerzulauf wäre für die Zeit sicher kein Grund, Ausstellungen amerikanischer Avantgardisten abzulehnen oder dem Ankauf einer abstrakten Plastik kritisch gegenüberzustehen — anders aber ist das bei einer politisch motivierten Kunst.

> Bei mir ist es aber so, daß ich mir für viele Fragen unseres Lebens, für die Frage der Kunst und auch für die Frage der Wissenschaft den größten Erfolg versprochen habe, indem ich versuche, auf dem Papier eine Sprache zu entwickeln, die eine Anregung dazu gibt, Weitergehendes in die Diskussion zu bringen, mehr als nur das, was die gegenwärtige Zeitkultur an Wissenschaftlichkeit, an Kunstbegrifflichkeit und Sinnen darstellt. Ich gehe darüber hinaus: ich stelle Fragen, ich bringe Sprachformen aufs Papier, ich bringe auch Empfindungs-, Willens- und Denkformen aufs Papier und versuche damit eine Anregung zu geben, Ich will also stimulieren, ich will auch provozieren. Auch wenn gerade in den Zeichnungen der Provokationscharakter nicht sehr laut erscheint — ist er umso nachhaltiger. Meine Zeichnungen bilden für mich eine Art von Reservoir, woraus ich wichtige Antriebe erhalten kann. Es findet sich also in den Zeichnungen eine Art Grundmaterial, um daraus immer wieder etwas zu nehmen.
>
> **Joseph Beuys**

Der Konflikt um Beuys' Hamburger Projekt, aber auch der um seine Pflanzung von mehreren tausend Eichen in Kassel zeigen *einen* Aspekt seiner Arbeit: den politischen. Beuys Interesse war es nie, sich einen Freiraum zu sichern, der ihm außerhalb der gesellschaftlich relevanten Auseinandersetzungen ruhiges, konzentriertes Arbeiten unter ,,besten Bedingungen'' ermöglicht hätte. Beuys zielte auf die Reibungsflächen, wollte mit seiner Kunst etwas bewegen, eingreifen. ,,Letzte Warnung an die Deutsche Bank. Beim nächsten Mal werden Namen und Begriffe genannt'' titelte Beuys auf einem Plakat, nachdem die DB zwar mehrfach Zeichnungen von ihm einkaufte, sich aber keineswegs dazu überreden ließ, einen Baum für die Kasseler Eichenwaldaktion zu spenden.

> Ich setze mich erst hin, wenn eine Notwendigkeit besteht, wenn sich irgendeiner meldet. Wenn sich keiner meldet, dann zeichne ich nicht. Also wenn sich irgendwo ein Gegenstand äußert, der sich darstellen will, wenn er sagt: Ich will jetzt, ich muß dargestellt werden, weil das nötig ist, daß ich dargestellt werde, dann zeichne ich erst. Aus diesem Grunde bin ich ja auch kein Künstler. Ich produziere auch nicht, wie viele andere produzieren. Es gibt viele Künstler, die produzieren einfach stilistische Charaktere. Ich produziere erst, wenn sich einer meldet, den man unbedingt drauf machen muß.
> Die Zeichnungen haben einen elementaren Niederschlag in meiner Sprache gefunden, in der Art und Weise, mich auszudrücken, und natürlich auch als Einfluß auf mein Denken. Am Anfang war das Interesse gewesen, eine Methodik zu entwickeln, über Kunst und Wissenschaft nachzudenken. Die Zeichnungen waren ein Beweggrund dazu.
>
> **Joseph Beuys**

Beuys barg aber auch den Widerspruch zu seiner offensichtlich politischen Arbeit in sich: er beförderte den außerordentlichen Kult, der um seine Person getrieben wurde. Durch sein Auftreten, seine Äußerungen und seine Ambitionen wirkte er mit am Geniemythos des Künstlers und konterkarierte damit seine eigene These, daß in jedem Menschen ein Künstler stecke. Er, der das Offene, das Klare und Eindeutige liebte, mystifizierte sich selbst und die Natur. Er war ,,so modern wie kaum ein anderer und doch ein Schamane aus abgründig fernen Zeiten'' schrieb die taz. Dieses schroffe Auseinanderklaffen von Beuys' Anspruch und Wirklichkeit und die Vereinigung dieser kaum überbrückbaren Gegensätze in seinen Installationen, Aktionen, Zeichnungen und Arrangements macht die Bedeutung des Künstlers aus: die politische wie die ästhetische.

Beuys war eben nicht nur ein ,,moralischer Existentialist'' — wie es sich die FAZ in ihrem Nachruf wünschte. Zwar hat Beuys selbst seine Vorliebe für die Materialien Fett und Filz damit begründet, daß ihn nach einem Flugzeugabsturz Tataren aus dem Tod ins Leben geholt hätten und er dabei wochenlang auf fettigem Filz gelagert habe — der autobiographische Verweis ohne den ergänzenden darauf, daß Beuys seinen hart am Idyll vorbeischrappenden Vorstellungen von der ,,sozialen Plastik'' damit gänzlich unidyllische Installationen entgegenstellt verstellt den Zugang zu ihm eher, als daß er ihn eröffnet.

Doch die Gegenpole in Beuys selber lassen sich auch kaum synthetisieren. Dialektisch ist dem avantgardistischen Antroposophen kaum beizukommen. 1 + 1 wird bei ihm nur in den seltensten Fällen 3. Um zusammenzählen zu können, zu dividieren, überhaupt wertend zu Ergebnissen, keinesfalls endgültigen, kommen zu können, wird einige Zeit verstreichen. Beuys' Werke werden ohne die leise aber permanente Präsenz ihres Schöpfers, ohne seine Auftritte, Aktionen, Shows andere werden, anders wahrgenommen werden können. Daß dabei nur seine Zeichnungen bleiben, von seinen spektakulären Auftritten aber kaum mehr als ein paar Photos, Materialien und Relikte — in einem Theatermuseum so gut oder so schlecht aufgehoben wie in einer Galerie —, glaube ich nicht. Es sei denn, von dem Aktionisten Beuys bliebe nur die Legende, der Künstler Beuys würde zum Klassiker degradiert. Aber da seien wenigstens seine Gegner vor, die sich noch aus ihren Schlupfwinkel wagen werden.

Fassanbass

Purple Rose of Berlin



Heini K., im Sonntagsausgehdress, steht auf und singt vor: „Waldesluhuhust ... Meinen Vater kenn' ich nicht, meine Mutter liebt mich nicht, sterben mag ich nicht, bin noch zu jung ..." Familie K., zu Tränen gerührt, will es nochmal hören. Und der Bub wiederholt: „...Meinen Vater kenn' ich nicht..."

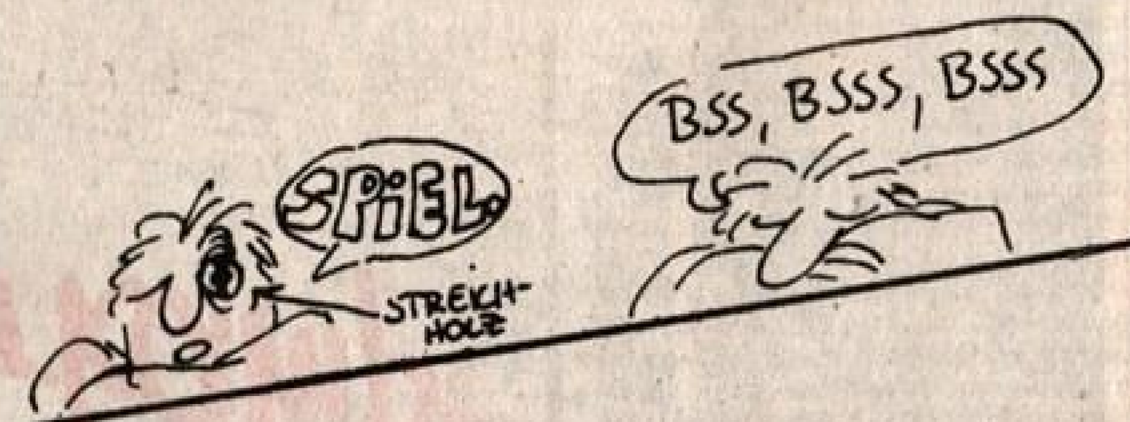
So spielte Samy Drechsel, 1985, vor der Familie der Kabarettisten den Heini K., der er vor einem halben Jahrhundert war oder zum Teil war. Drechsel kam als uneheliches Kind sogenannter „rassisch minderwertiger" Eltern zur Welt. Er wurde von der Familie K. adoptiert und wuchs in einfachsten Berliner Verhältnissen auf.

Anläßlich seines Todes lieferte ein beachtliches Spektrum seine Kränze ab, von „Bild" bis „UZ", von Brandt bis Beckenbauer. Aber die Nachrufe über sein „spannnendes Leben" als Sensations- und Sportreporter, schließlich als „Vater der Münchner Lach- und Schießgesellschaft" beginnen durch die Bank erst 1945, obschon jeder weiß, daß da vorher etwas war, „etwas Peinliches", wie man heute zu sagen pflegt. Es ist nicht so, daß ausgerechnet wir nun Genaueres wüßten, aber die wenigen Anhaltspunkte, die man hat, muß man ja nicht unbedingt verschweigen.

Samy Drechsel ist der hiesigen Öffentlichkeit ganz sicher nicht mit seinen Kindheits- und Jugenderfahrungen „auf die Nerven gefallen", weshalb er von den Fellners, Grafen Wilderichs und anderen unterdrückten Wüterichen nicht nur verschont blieb, sondern sogar in deren Kreisen vermutlich einigen Respekt genoß. Er hat aber in seinem letzten Lebensjahr darüber erzählt, und es wird seinen Grund gehabt haben, daß er diese Mitteilungen machte. In einem Fernsehgespräch sagte er, er sei der Verfolgung durch die SS dadurch entkommen, daß sein damaliger Berliner Fußballverein auf ihn als Mittelstürmer nicht verzichten wollte. „Wer hier Arier ist, bestimmen wir", habe der Vereinsvorstand erklärt und über Beziehungen erreicht, daß er von der schwarzen Liste gestrichen wurde.

Vor diesem Hintergrund sieht das, was in der „taz" mit postmoderner Sensibilität als Macke abgetan wird, etwas anders aus, z.B. Drechsels geradezu fanatischer Fußballtrieb („mein größter Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen: einmal in der Nationalmannschaft zu spielen"). Bis ans Ende seiner Jahre zwang er geradezu seine Freunde und Mitarbeiter, in seiner Münchner Prominentenmannschaft FC Schmiere mitzuspielen, und er soll sich — bei seinem öffentlichen Erscheinungsbild kaum zu glauben — echt zum ungenießbaren Säuerling gewandelt haben, wenn ihm nicht mindestens ein Tor gelang und sei es unter grober Mißachtung der Abseitsregel. Sein sportliches Ethos „Elf Freunde müßt ihr sein" bewegte sich, oberflächlich gesehen, auf Bildzeitungsniveau — gewiß doch. Das war ja das Gute daran. Was wäre denn die Devise in einer progressiven Boulevardzeitung?

Seine Reporter-Karriere in der Nachkriegszeit begründete er mit „Verrücktheiten". Er sprang mit laufendem Mikrophon vom Berliner Funkturm oder ließ sich zwischen den Gleisen von einem fahrenden D-Zug überrollen. Vielleicht muß es jemand, der dem Tod auf so irrsinnige Weise von der Schippe gesprungen ist, wieder und wieder wissen.



Und dann das Kabarett. Von Ursula Herking bis Renate Küster, von Dieter Hildebrandt bis Henning Venske haben sie auf der winzigen Bühne seines kleinen Schwabinger Klubs gestanden und zwar immer erst dort und dann im TV. Er machte eigentlich gerade nicht den Eindruck, „der Gröööößte" (weiß der Teufel, warum Neuss diese Parole an die „taz" ausgab) zu sein oder sein zu wollen. Er war der kleine schlitzohrige Impresario, der seine Stars gelegentlich auf den Unterschied zwischen Witz und Humor aufmerksam machte. Nicht daß er selbigen beschrieben hätte; er hat anscheinend kaum etwas geschrieben und Kompliziertes schon gar nicht. Vielmehr kamen die Mitglieder seiner Ensembles in den Genuß einer außerordentlich begreifbaren Erklärung: Er lebte sie vor. So einfach ist das nun nicht mehr.

Das Lachen unterscheidet den Menschen vom Tier, lesen wir bei Umberto Eco. Und doch fehlt etwas an diesen wunderschönen Überlegungen in „Der Name der Rose". Z.B. wie ausgerechnet ein Heini K. zum Kabarett kommt oder umgekehrt das Kabarett zu ihm. Wie man nach einer Gratwanderung zwischen Endlösung und Wahnsinn dennoch Humor ... erarbeiten (?) kann. Das ist ... komisch. Komisch als Kulturleistung im Unterschied zu *ur*komisch oder *sau*komisch, wie der Arier empfindet, wenn er über den reichen Juden lacht. Folglich würde das Lachen auch den Menschen vom Menschen unterscheiden. Je mehr man darüber nachdenkt, desto komplizierter wird die Materie.

Versuchen wir lieber, Samys einfache Kombinationen etwas zu extrapolieren. Lachen ist zu wenig, wenn nicht auch geschossen wird. Fußballspielen ist zu wenig, wenn nicht auch gelacht wird. Sportstudio ist zu wenig, wenn nicht auch selber gespielt wird. Wenn aber alles zusammen käme, müßte es unter aktiven Fußballfreunden genügend Leute geben, die lachenden Herzens auf einen Hitler schießen und auch treffen oder was? Wobei es auf die Abseitsregel dann wirklich nicht ankommt.



Kopfzeile einer Rubrik der früheren KB-Jugendzeitung „Rebell" nach dem Titel einer noch früheren Radiosendung von Samy Drechsel.



Inhalt